Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher



ZEIT GESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts

Band 7

Mit Beiträgen von

Jürgen Aretz
Winfried Becker
Eugen Biser
Anton Brenner
Günter Buchstab
Klaus Gotto
Hans-Otto Kleinmann
Gerhard Lange
Anton Losinger
Ursula Männle
Rudolf Morsey
Hugo Ott
Brigitte Poschmann
Anton Rauscher
Konrad Repgen
Otto B. Roegele
Norbert Trippen
Paul-Ludwig Weinacht

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 7
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher

Grünewald

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06117-6
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17582-8



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort der Herausgeber*

9 *Anton Brenner*

Therese Studer (1862-1931)

21 *Rudolf Morsey*

Fritz Gerlich (1883-1934)

39 *Hugo Ott*

Max Josef Metzger (1887-1944)

49 *Brigitte Poschmann*

Maximilian Kaller (1880-1947)

63 *Otto B. Roegele*

Franz Albert Kramer (1900-1950)

81 *Paul-Ludwig Weinacht*

Leo Wohleb (1888-1955)

97 *Günter Buchstab*

Josef Beyerle (1881-1963)

113 *Ursula Männle*

Maria Probst (1902-1967)

129 *Eugen Biser*

Gertrud von le Fort (1876-1971)

143 *Norbert Trippen*
Josef Kardinal Frings (1887-1978)

161 *Gerhard Lange*
Alfred Kardinal Bengsch (1921-1979)

175 *Konrad Repgen*
Hubert Jedin (1900-1980)

193 *Anton Losinger*
Karl Rahner SJ (1904-1984)

209 *Jürgen Aretz*
Alois Mertes (1921-1985)

227 *Winfried Becker*
Franz Josef Strauß (1915-1988)

245 *Hans-Otto Kleinmann*
Kurt Georg Kiesinger (1904-1988)

265 *Klaus Gotto*
Heinrich Krone (1895-1989)

277 *Anton Rauscher*
Oswald von Nell-Breuning SJ (1890-1991)

293 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*

309 *Personenregister*

Vorwort der Herausgeber

In den Jahren 1973 bis 1984 sind in der Reihe "Zeitgeschichte in Lebensbildern" sechs Bände erschienen. Die beiden ersten enthalten insgesamt 36 Porträts herausragender katholischer Persönlichkeiten aus Politik, Kirche und Gesellschaft, die den oder jedenfalls einen Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit in der Zeit vor 1933 und während der Epoche des "Dritten Reiches" hatten. Diese zeitliche Eingrenzung kam im Untertitel der Bände, "Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts", zum Ausdruck, die Rudolf Morsey herausgegeben hat.

In den folgenden vier Bänden dieses Sammelwerkes sind weitere insgesamt 73 Persönlichkeiten gewürdigt. Dabei wurden zum einen Frauen und Männer auch des 19. Jahrhunderts einbezogen, zum andern in stärkerem Maße solche, die in der Geschichte des Denkens und Handelns innerhalb des Sozialkatholizismus eine überregional bedeutsame Rolle gespielt haben. Diese erweiterte Zielsetzung unterstrich der neue Untertitel "Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts", ebenso die Mitherausgeberschaft von Jürgen Aretz und Anton Rauscher.

Inzwischen sind Herausgeber und Verlag immer wieder nach einer Fortsetzung des Sammelwerks gefragt und dazu ermuntert worden. Zudem sind in den letzten zehn Jahren Persönlichkeiten verstorben, die von ihrer christlichen Überzeugung her einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Verhältnisse in Politik, Kirche und Gesellschaft in Deutschland geleistet haben, so daß sie eine vergleichbare Würdigung wie ihre "Vorläufer" verdienen. Aus diesen Gründen haben sich die Herausgeber entschlossen, die Reihe "Zeitgeschichte in Lebensbildern" mit zunächst zwei Bänden weiterzuführen. Dabei wenden sich Herausgeber und Autoren wiederum nicht in erster Linie an die Fachwelt. Vielmehr sollen die Lebensbilder trotz ihrer wissenschaftlichen Fundierung auch dem interessierten Laien zugänglich sein. Ein Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur, das jedem Portrait beigegeben ist, erleichtert eine weitere Beschäftigung. Noch lebende Persönlichkeiten sind nicht aufgenommen.

Der Band enthält die Lebensbilder von 18 Persönlichkeiten. Einige von ihnen sind noch in der Epoche des Kaiserreichs geprägt wor-

den - so die Fabrikarbeiterin und Verbandsvorsitzende Theresia Studer. Andere sind in ihr aufgewachsen und haben in der Zeit der Weimarer Republik politische Verantwortung getragen - wie Josef Beyerle in Stuttgart - oder publizistisch gewirkt und wegen ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus ihr Leben verloren, so Fritz Gerlich 1934. Max Joseph Metzger wurde wegen seines christlichen Pazifismus 1944 ermordet. Der Bischof von Ermland, Maximilian Kaller, ist nach dem Untergang des "Dritten Reiches" und der Vertreibung aus seiner Diözese zum Symbol der "wandernden Kirche" geworden. Der zur Emigration gezwungene Publizist Franz Albert Kramer wurde nach 1945 mit dem "Rheinischen Merkur" zu einem Vorkämpfer der Westintegration, der aus Rom zurückberufene Hubert Jedin in Bonn zu einem der großen Kirchenhistoriker.

Der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings gewann während des Zweiten Vatikanischen Konzils Bedeutung für die Weltkirche, der Berliner Bischof Alfred Kardinal Bengsch immunisierte seine Ortskirche gegen die kommunistische Bedrohung. Der Jesuit Oswald von Nell-Breuning gehört zu den großen katholischen Sozialwissenschaftlern, sein Ordensbruder Karl Rahner zählt zu den international bekannten Theologen. Die Unionspolitiker Kurt Georg Kiesinger, Franz Josef Strauß und Heinrich Krone haben die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet, Leo Wohleb die seiner badischen Heimat. Die Sozialpolitikerin Maria Probst und der Außenpolitiker Alois Mertes gehörten zu den einflußreichsten Bundestagsabgeordneten der fünfziger bzw. der siebziger Jahre. Gertrud von le Fort wirkte epochenübergreifend als Dichterin einer vorwärtsgewandten Mystik.

Die Herausgeber danken allen Autoren für die Bereitschaft, sich an diesem Band zu beteiligen. Dieser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach für die Vorbereitung der Publikation.

Bonn, Speyer und Mönchengladbach, im Juni 1994

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher

Therese Studer (1862 - 1931)

Der Arbeiterbischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler hob 1869 auf der Bischofskonferenz in Fulda in seinem Referat "Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter" besonders die sozial-wirtschaftlichen Reformziele hervor. Ketteler hatte erkannt, daß Caritas allein den modernen sozialen Fragen nicht gewachsen ist und nur der Aufbau neuer sozialer Strukturen eine Lösung der brennenden Probleme bringen kann. Der um sich greifenden Proletarisierung weiter Bevölkerungsschichten mußte entgegengetreten werden. In der ersten Sozialenzyklika Rerum novarum vom 15. Mai 1891 behandelte Papst Leo XIII. (1878-1903) - der Ketteler seinen "großen Vorläufer und Initiator" nannte - die Arbeiterfrage und betonte die Würde des Menschen, auch des Arbeiters, und die daraus erwachsenden Konsequenzen für die Organisation und Entlohnung der Arbeit. Er forderte die Arbeiter auf, sich zusammenzuschließen und wies auch auf das Bewußtsein von der eigenen Kraft hin, das in der Arbeiterschaft immer lebendiger geworden ist.

Der wegen seines politischen Denkens unter ständiger Polizeiaufsicht stehende Präses Anton Hauser, der 1874 den "Christlichen Arbeiterverein" in Augsburg gegründet hatte, übersetzte die Enzyklika bald nach ihrem Erscheinen und ließ sie mit folgendem Hinweis verteilen: "Die christlich gesinnten Arbeiter sind vor die Wahl gestellt, entweder Mitglieder von Vereinigungen zu werden, die ihrer Religion Gefahr bringen oder aber ihrerseits Vereine zu gründen, um mit gemeinsamen Kräften gegen ein schmähliches System der Unterdrückung anzukämpfen." Hauser dachte hier an die Zustände, unter denen die Arbeiter litten und die der liberale Kapitalismus bewirkte. Unter denen, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzten, war auch die Fabrikarbeiterin Therese Studer. Ihr Interesse galt den aktuellen und praktischen Fragen der Arbeits- und Lohnbedingungen.

Auch innerhalb der Geistlichkeit vollzog sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein großer Wandel. Es waren meist jüngere Priester, die sich um die soziale Frage kümmerten und die sich mit Engagement und großer Hingabe bewußt auf die Seite der Arbeiter und Arbeiterinnen, auch der Handwerksgesellen, stellten. Sie erhielten

den Spottnamen "Rote Kapläne", der zum Ehrennamen - auch für Laien - wurde. Therese Studer ist die einzige Frau, die zusammen mit 23 Männern in dem Buch "Die roten Kapläne" (1961) verzeichnet ist.
Die breitgefächerte Literatur über den Sozialismus zeigt gegenüber der Fabrikarbeiterin und der Frauenbewegung, erst recht gegenüber einer Arbeiterinnenbewegung katholischer Prägung, eine merkwürdige Gleichgültigkeit. Das Leben des arbeitenden Menschen galt lange nicht "geschichtswürdig". Erfreulich ist deshalb, daß Therese Studer selbst kurz vor ihrem Tode im "Arbeiter-Familienkalender 1930" über ihr Leben berichtet. Darüber hinaus veröffentlichte Centa Bentenrieder, Arbeiterin wie sie, bereits ein Jahr nach dem Tod der langjährigen Freundin das allerdings etwas glorifizierend geschriebene Büchlein "Therese Studer - Das Leben einer Arbeiterin". Ohne diese Aufzeichnungen wüßten wir kaum etwas über die Bemühungen dieser couragierten Frau um Bildung und Rechte für "ihre" Arbeiterinnen.
Therese Studer wurde am 22. September 1862 als erstes Kind einfacher Landleute in Senden a. d. Iller geboren. Bei der Geburt des zweiten Kindes starb die Mutter. Wohlhabende Verwandte mütterlicherseits wollten die kleine Therese zu sich nehmen; dem stimmte der Vater jedoch nicht zu. Nach der Geburt eines weiteren Kindes - der Vater hatte wieder geheiratet - erkrankte die Stiefmutter und starb nach wenigen Monaten. Nun führte die Großmutter den Haushalt. Nach einigen Jahren heiratete der Vater ein drittes Mal. Therese ging noch nicht zur Schule, als das eigene Häuschen unter den Hammer kam. Als noch weitere Geschwister geboren wurden, war Therese der neuen Stiefmutter, aber auch dem Vater, überall im Wege. Mit acht Jahren wurde die Älteste in ein mehrere Gehstunden entferntes Dorf zu einem Großbauern in Dienst gegeben. Sie erlebte nun - wie eine Vielzahl von jungen Mädchen aus der unteren ländlich-bäuerlichen Schicht - einen Alltag, in dem die körperlich-seelische Entwicklung sowie die schulische Ausbildung zu kurz kamen. Als Kindermädchen gedungen, durfte sie diese Aufgabe nur Sonntags versehen. Wochentags mußte sie wie eine Dienstmagd um vier Uhr früh aufstehen und in Stall und Feld, in Haus und Küche mitarbeiten. Die einzige Freude von Therese war schon damals das Lernen. Allerdings durfte sie den Sommer über nicht zur Schule gehen.
In der Winterzeit war Therese wieder zu Hause. Die paar Mark Verdienst, die sie mitbrachte und worauf die Familie schon wartete, verhinderten nicht, daß die Armut immer mehr zunahm.

Selbst ihr Bett hatte man verkauft, so daß sie, zugedeckt mit einem alten Mantel des Vaters, auf einem Strohsack schlafen mußte. Doch sie konnte jetzt zur Schule gehen und war eine der fleißigsten Schülerinnen.
Therese war zwölf Jahre alt, als die Eltern von Senden weg in das Pfründstübchen eines Bauern nach Altenstadt zogen. Therese freundete sich mit Barbara Renz (1863-1955) an, die im Nachbarhaus aufwuchs und sich später für die Studienmöglichkeiten und für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzte. Der ein Jahr jüngeren Barbara war Therese, die gegen alle so fremd sein konnte, anfangs nicht sympathisch. Später schrieb sie dann: "Ich war erstaunt, daß eine Fabrikarbeiterin so viel Wissen besaß. An Lebenserfahrung und Menschenkenntnis war sie mir überlegen." Von Altenstadt aus besuchte Therese die Volksschule in Illereichen. Sie holte alles Versäumte nach und schloß die Schule mit einem guten Zeugnis ab. Doch für die Eltern - der Vater war kränklich und konnte allein nicht mehr für die Familie sorgen - war es beschlossene Sache: "Du bleibst bei dem Bauern!" Bei Therese Studer findet man nur selten ein Wort der Klage. Doch ein Gedanke quälte sie bis zu ihrem Lebensende: "Mein ärgster Schmerz war, daß ich nicht lernen durfte, so wie ich es gewollt hätte."

II

Mit vierzehn Jahren wird Therese Arbeiterin in der Winkle'schen Zündholzfabrik in Altenstadt. Die eintönige Arbeit ließen ihr Zeit, um ihrem Denken und ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen. Die Mitarbeiterinnen schätzten sie wegen ihrer Erzählkunst. Zugleich war sie hilfsbereit. In der Fabrik wurde im Akkord gearbeitet. Einer älteren Frau ging die Arbeit nicht mehr rasch genug von der Hand. Um ihr einen erträglichen Lohn zu verschaffen, warf Therese, die sehr flink sein konnte, ihr immer wieder bereits verpackte Zündhölzer zu. Die Kolleginnen waren ihr zugetan.
Nach zwei Jahren wurde die Zündholzfabrik geschlossen. Therese diente wieder einige Jahre bei einem Großbauern. Es ging ihr nicht schlecht, doch sie hatte anderes im Sinn. Zunächst wollte sie noch die Hausarbeit erlernen. Sie wurde Küchenhilfe bei einer angesehenen Familie in Innsbruck. Doch sie bekam Heimweh. Eine Verwandte mütterlicherseits vermittelte ihr für einige Jahre einen Platz im Cassianeum in Donauwörth, wo sie sich neben den üblichen Hausarbeiten auch das Kochen aneignete. Anschließend war sie in

der Familie eines Amtsrichters in Illereichen tätig, nach dessen Tod bei einem Apotheker in Fellheim. Doch ihr Wissensdrang und ihre Lernbegier waren so groß, daß sie sich nach einigen Jahren entschloß, wieder in einer Fabrik zu arbeiten: "Der Wunsch zu lernen, mich weiterzubilden, regte sich mächtig in mir und ließ sich nicht mehr zurückdämmen. Ich überlegte hin und her, wie ich es anzustellen habe, um mein Ziel verwirklichen zu können. Dabei kam mir der Gedanke, in einer Fabrik Arbeit zu nehmen, um die viele Freizeit meinem Zwecke dienstbar zu machen."
Sie bekam Arbeit in der nahe ihres Geburtsortes gelegenen Spinnerei und Weberei in Ay. Anfangs hatte sie im sogenannten "Wollteufel" eine äußerst gesundheitsschädigende Arbeit zu verrichten. Nach kurzer Zeit wurde sie wegen ihrer flinken Finger als Spulerin eingesetzt. In der Fabrik wurde durchgehend in zwei Schichten von jeweils 12 Stunden gearbeitet. Junge Arbeiterinnen mußten häufig von Beginn der Frühschicht um fünf Uhr bis Mitternacht ununterbrochen an der Maschine stehen, bisweilen, wenn jemand ausfiel, sogar noch länger.
Daheim versuchte Therese Studer sich durch eigenes "Studium" eine bessere Bildung und ein größeres Wissen anzueignen. Der Arbeiterinnenfrage, die sie schon seit der Jugendzeit beschäftigte, galt dabei ihr Hauptinteresse. Sie hatte erkannt, daß der Arbeiterinnenstand insgesamt gehoben werden müßte. Bitternis empfand sie, wenn sie mitansehen mußte, wie viele auf die Arbeiterinnen herabschauten, die ihr Brot in der Fabrik, in den öden, dumpfen und unhygienischen Arbeitsräumen verdienen mußten. Therese Studer war den meist jungen Arbeiterinnen, auch ihren männlichen Kollegen ein gutes Vorbild. Sie duldete keine schlechten Witze und zweideutige Redensarten; sie wies jeden in seine Schranken. Bei allen, die mit ihr an den Maschinen standen, errang sie Hochachtung und Wertschätzung.

III

1884 wechselte Therese Studer zur "Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei" in Kaufbeuren. Es war eine aufstrebende Industriestadt mit 6.000 Einwohnern. Das Unternehmen, im Volksmund nur "Fabrik" genannt, beschäftigte damals 400 Arbeitskräfte, meist Frauen, die an 50 Webstühlen und 16.000 Spindeln arbeiteten. Als die Fabrik ihre Produktionsanlagen vergrößerte und weite-

re Arbeiterinnen in die Stadt strömten, erhielten nicht mehr alle eine Unterkunft bei einheimischen Familien.
Um dieser Not abzuhelfen, gründete Johann Georg Weinhart (1825-1907), der zwölf Jahre als Kaplan in der Stadtpfarrkirche St. Martin die sozialen Probleme der beginnenden Industrialisierung erlebt hatte, 1858 das "Marienheim" für ledige Fabrikarbeiterinnen, das von Franziskanerinnen geführt wurde. Er war davon überzeugt, daß nur durch die Umsetzung christlicher Werte die sich zuspitzende "soziale Frage" zu lösen sei. Dazu gehörte für ihn eine gediegene religiöse Erziehung in einer guten, häuslichen Atmosphäre. Aus diesen Überlegungen heraus entstand in Kaufbeuren das erste Fabrikarbeiterinnen-Wohnheim Deutschlands. Auch Therese Studer fand im "Marienheim" Unterkunft. Die Begegnung mit dem sozial engagierten Priester Weinhart wurde für sie richtungweisend.
In diesem Heim empfand Therese Studer zum ersten Mal so etwas wie Geborgenheit. Ihr von Natur aus heiteres Gemüt wachte im Kreise ihrer Alters- und Standesgenossinnen erst so recht auf. Ihr erfrischender Humor und ihre Rednergabe waren im Städtchen bald bekannt. Zu den von Therese Studer vorbereiteten Theaterstücken und humoristischen Zwiegesprächen, die an Festtagen aufgeführt wurden, kamen auch die Geistlichkeit und viele Bürger der Stadt in das "Marienheim". Dadurch hat das Haus viele Freunde und Wohltäter gewonnen.
Bei 70 bis 80 Mädchen im Heim war es nicht leicht, die Hausordnung einzuhalten. Auch hier konnte Therese Studer ihren Teil mit dazu beitragen, daß dies der Heimleitung gelang. Bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten konnte sie oft vermitteln. Ihr Gerechtigkeitssinn kam ihr dabei sehr zustatten. Ihr Rat wurde gerne befolgt. Bei der Aufnahme von neuen Mädchen ins Heim wurde sie wegen ihrer guten Menschenkenntnis gefragt.
In ihrer Kaufbeurer Zeit lernte Therese Studer einen Bürgersohn kennen. Er war reich und Protestant; sie war eine arme Fabrikarbeiterin und katholisch. Die Eltern des jungen Mannes wollten einer Heirat nur bei einer protestantischen Trauung zustimmen. Dies hätte Therese Studer als Verleugnung ihres Glaubens empfunden, so daß sie schweren Herzens diese Verbindung abbrach.
Im "Marienheim" konnte Therese Studer ihren Neigungen nachgehen und sich weiterbilden. Sie bestellte die täglich erscheinende "Augsburger Postzeitung", um die Neuigkeiten zu erfahren. Ihre Lektüre bildeten soziale und volkswirtschaftliche Werke, Reisebeschreibungen, Bücher der Länder- und Völkerkunde. Nebenbei las

sie auch gerne schöngeistige Literatur. Ihr liebstes Fach war Geschichte.
Der stille Wunsch von Therese Studer, nämlich Lehrerin zu werden, war am Geld gescheitert. Die Präfektin des nahen Frauenklosters kannte diesen Wunsch und ließ ihr einige Stunden in Geschichte und Literatur geben. Man hätte sie auch gerne im Kloster aufgenommen. Dem stand ihr Lebensspruch entgegen: "Was du bist, das sei ganz!" Sie hatte wohl Sympathie fürs Klosterleben, aber "Beten nach Vorschrift" hätte sie nicht gekonnt. Dabei war gerade das Gebet eine ihrer Kraftquellen. Wenn alle im Hause schon schliefen, ging sie noch häufig in die Kapelle. Als sie 1895 Exerzitien machte, sagte sie: "Seit Jahren war ich nicht mehr so froh und heiter wie jetzt; ich besitze den Frieden des Herzens und das ist doch ein köstliches Erdenglück." Ihre ganze Lebenseinstellung war geprägt von tiefer Frömmigkeit. In einem ihrer Briefe schreibt sie: "Was ich zu tragen habe, in Gottes Namen, ich trage es halt! Einmal ist ja doch alles zu Ende, und dann werde ich erkennen, daß alles gut und nützlich war, wie es immer kam. Ein gutes Gewissen, das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung sind schließlich die Hauptsache."

IV

Die "Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei" war damals mit den modernsten Fabrikationsanlagen ausgestattet. Da die Arbeit an Spinn- und Webmaschinen weniger Kraft als Geschicklichkeit erforderte, waren vorwiegend un- oder angelernte Arbeiterinnen beschäftigt. Ihr Anteil an der Mitarbeiterzahl, die 700 betrug, schwankte zwischen 50 und 80 Prozent. Schulentlassene waren darunter, doch vor allem waren es junge, unverheiratete Frauen im Alter bis etwa 25 Jahre. Die tägliche Arbeitszeit betrug 12 Stunden. 1892 wurde sie auf 11, und 1908 - als Therese Studer die Fabrikarbeit aufgab - auf 8 Stunden vermindert, obwohl die Gewerbeordnung immer noch eine 10stündige Arbeitszeit zuließ. Therese Studer bekam bald ihre eigene Maschine. Für uns heute schwer nachvollziehbar, was sie dazu sagte: "Meine Maschine wurde mir eine lieb vertraute Gefährtin, die ich hegte und pflegte und deren Vorzüge und Tücken ich erlauschte. Man mag darüber lächeln, es ist doch so." Sie hatte Freude an ihrer Arbeit und war stolz, eine Arbeiterin zu sein. In ihrem Mund klang das Wort von Papst Leo XIII. nicht hohl: "Arbeit ist keine Schande, sondern Ehre."

Therese Studer fand das Leben in einer Fabrik interessant. Wenn Außenstehende behaupteten, Fabrikarbeit mache stumpfsinnig, wurde sie fuchsteufelswild, konnte erregt von ihrem Sitz aufspringen und mit der Faust auf den Tisch hauen. Eine solche Behauptung empfand sie als Kränkung des Arbeiterstandes. Denn sie war der Ansicht, daß keine Arbeit den Menschen stumpfsinning macht, auch wenn sie noch so einfach ist, vorausgesetzt, daß sie im rechten Sinn und mit dem nötigen Fleiß getan wird.
Therese Studer begann ihre Arbeit in der Spinnerei, wechselte nach zweieinhalb Jahren in die Spulerei, um dann später als Zettlerin zu arbeiten. Die Arbeitsbedingungen in den Fabriksälen waren belastend, vor allem die Staubentwicklung, der fast unerträgliche Lärm, der nicht selten zu Hörschäden führte, und, besonders im Sommer, die stickige und schwüle Luft, die durch die betriebstechnisch notwendige Raumbefeuchtung bedingt war.
In der Fabrik genoß Therese Studer großes Ansehen und Wertschätzung in der Arbeiterschaft. Ihre Stimme wurde gehört; bei Einstellungen und Entlassungen konnte sie mitsprechen. Ihr Gerechtigkeitssinn war allgemein anerkannt. Das "Betriebsklima" war in der Fabrik gut. Das Verhältnis zwischen der Fabrikleitung und der Belegschaft war der Zeit gemäß patriarchalisch geprägt. Der Besitzer kannte nicht nur die Mitarbeiter persönlich, sondern auch die jeweiligen Familienverhältnisse. Bei den Rundgängen in den Arbeitssälen erkundigte er sich danach und besuchte gelegentlich die Arbeiter in ihren Wohnungen. Die Fabrik besaß 1889 70 Fabrikarbeiterwohnungen für 300 Personen. Der Lohn war gut, so daß sich ein großer Teil der Arbeiter einen eigenen Hausanteil, ein sogenanntes Gemach, kaufen konnte. Sie gehörten somit nicht mehr zur Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter, zum Proletariat. Auch Therese Studer hat gut verdient.

V

Nach Meinung von Therese Studer war die soziale Gesetzgebung allein nicht im Stande, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zum Durchbruch zu verhelfen; wesentlich komme es auf die Selbsthilfe in den Organisationen an. Für sie waren dies die katholischen Arbeiterinnenvereine und die christlichen Gewerkschaften. Die Aufgabe des konfessionellen Standesvereins sollte sein, das sittlich-religiöse Bewußtsein wie auch die soziale Bildung der Arbeiterinnen zu fördern. Doch von ihrer Anlage und Struktur her

waren diese Vereine mit ihren Fachabteilungen - so Studer - nicht geeignet, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten. Hier sah sie wirksame Selbsthilfe nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegeben. Nachdem sich die in der Fabrik beschäftigten Frauen und Mädchen auch gewerkschaftlich zusammenschließen konnten, setzte sich Therese Studer mit allen Kräften für den Anschluß der Kaufbeurer Arbeiterinnen an die Christliche Gewerkschaft (Textil) ein.
Ebenso war sie von der Demokratie und von der Bedeutung von Wahlen überzeugt. Therese Studer nahm die Parole einer sozialdemokratischen Frauenzeitschrift "Dürfen wir nicht wählen, so können wir doch wühlen" zum Anlaß, mit wahrem Feuereifer unter ihren Arbeitskolleginnen aufklärend zu wirken. Sie kämpfte gegen den verbreiteten Standpunkt: "Die Politik ist nichts für Frauen." Katholische Arbeiterinnen sollten nicht gleichgültig beiseite stehen, während andere Frauen sich für ihre Partei einsetzten. Sie wirkte aber auch auf ihre männlichen Kollegen ein. In der Zeitschrift die "Arbeiterin" schrieb sie: "Obwohl das Wahllokal kaum fünf Minuten von der Fabrik, in der wir arbeiteten, entfernt war, machte eine Anzahl von Männern gar keine Anstalten, zur Wahl zu gehen. Nur solche, von denen man wußte, daß sie ausgesprochene Sozialdemokraten waren, stellten ihre Maschinen ab und gingen. Diese Gleichgültigkeit unserer Leute verdroß uns, wir gingen, da an diesem Morgen die Disziplin im Saal ohnehin gelockert und eine Bestrafung wegen Verlassens der Maschine nicht zu befürchten war, zu den Einzelnen und redeten mit ihnen. Wir stellten ihnen vor, daß es für einen Mann Ehrensache sein müsse, zur Wahlurne zu gehen. Nur solche, die der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig seien oder die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch nehmen, gehen nicht, weil sie nicht gehen dürfen. Dieser Appell an das Ehrgefühl wirkte bei manchen. Zu unserer freudigen Genugtuung gingen daraufhin elf Männer zur Wahl. Drei blieben zurück, weil deren Frauen wegen Zeitversäumnis dagegen waren."
Therese Studer setzte sich mit den brennenden Fragen der Zeit auseinander. Im Niedergang des Glaubens und der guten Sitten in allen Schichten der Gesellschaft erblickte sie die Wurzeln der vielen Übel. Wenn diese Einsicht nicht Theorie bleiben sollte, mußte etwas geschehen. Die erste Anregung, sich auch sozial zu betätigen, verdankt Therese Studer einem für die katholische Arbeiterbewegung begeisterten Arbeiter. Dieser hatte ihr eingehend von jeder Versammlung und den dort besprochenen Zeit- und Streitfragen be-

richtet. Bedauerlich fand sie es, daß zwar Arbeiter "aufgeklärt" wurden, die Frauen aber draußen vor der Tür bleiben mußten.
Deshalb interessierte sich Therese Studer für die katholische Arbeiterinnenbewegung in Süddeutschland. Durch die Tagespresse, hauptsächlich aber durch Arbeitskollegen, wurde sie auf den 15. Delegiertentag (Verbandstag) der katholischen Arbeitervereine im Jahre 1905 in Aschaffenburg aufmerksam. 142 Delegierte vertraten dort 853 katholische Arbeitervereine mit 105.271 Mitgliedern. Erstmals stand auch die "Arbeiterinnenfrage" auf dem Programm. Themen waren u. a. die tägliche Arbeitszeit und die gesundheitlichen Schädigungen, vor allem bei arbeitenden Müttern.
Große Sorge bereitete damals die Agitation der sozialistisch orientierten Gewerkschaften und ihre Bemühungen um die Arbeiterinnen. 1903 waren schon 40.000 Frauen organisiert, während die Christlichen Gewerkschaften gerade 3.500 weibliche Mitglieder zählten. Die schon in weiten Kreisen bekannt gewordene Vorkämpferin der katholischen Frauenbewegung, Elisabeth Gnauck-Kühne (1850-1917), hielt ein Referat über die Arbeiterinnenfrage. Sie vertrat die Ansicht, die Maschine habe "die lebendige organische Gemeinschaft der Arbeiterin mit der Familie gelockert, mit dem Vaterlande zerstört, mit der Kirche gefährdet." Deshalb forderte sie, daß der Zusammenhang mit der Kirche und dem Nächsten wiederhergestellt werden müsse, indem sich die Arbeiterinnen in katholischen Arbeiterinnenvereinen sammeln. Von Aschaffenburg ging der Anstoß zur Gründung von zahlreichen katholischen Arbeiterinnenvereinen aus. Zehn Jahre früher, nämlich bereits 1895, hatte Lorenz Huber in München den ersten Arbeiterinnenverein ins Leben gerufen.
"Lebendige Organisation wird nur aus Liebe geboren", sagte Therese Studer. Sie ging daran, zusammen mit Prof. Georg Rupfle, dem späteren Stiftungspriester und ersten Präses, auch in Kaufbeuren einen katholischen Arbeiterinnenverein zu gründen. Nach entsprechenden Vorarbeiten wurden die katholischen Arbeiterinnen über die Presse zu einer Versammlung für Sonntag, den 1. Juli 1906 in das Kaufbeurer Vereinshaus des Gesellenvereins "Rosenau" eingeladen. Der Vortrag von Rupfle imponierte, so daß danach spontan 159 Arbeiterinnen ihren Beitritt erklärten. Nach den "Normalsatzungen" sollten die Arbeiterinnenvereine das religiössittliche Leben fördern, für die berufliche Ausbildung sorgen, den Arbeiterinnen zur Wahrung ihrer rechtlichen Interessen behilflich sein, sie zur genossenschaftlichen Selbsthilfe und zur Übung gegenseitiger christlicher Nächstenliebe anleiten und Geselligkeit pfle-

gen. Um dies zu erreichen, war gedacht an kirchliche Veranstaltungen, Vereinsversammlungen mit Vorträgen, Unterricht in Handarbeiten und Haushaltsführung, Unterstützungskassen. Die Aufnahmegebühr betrug 50 Pfg.; der monatliche Vereinsbeitrag wurde auf 25 Pfg. festgelegt. Als Vereinsorgan sollte die "Arbeiterin" eingeführt werden. Gleich bei der Gründungsversammlung wurde auch beschlossen, sich an die Münchner Verbandskrankenunterstützungskasse anzuschließen. Therese Studer wurde zur 1. Vereinsvorsitzenden und zur Vorsteherin der örtlichen Krankenzuschußkasse gewählt. Im Jahre 1907 war die Mitgliederzahl auf 235 angewachsen.

VI

1891 hatten sich die in Bayern und Süddeutschland bestehenden katholischen Arbeitervereine zum "Süddeutschen Verband katholischer Arbeitervereine" in München zusammengeschlossen. Auf der Suche nach einer geeigneten Verbandssekretärin, die im Anschluß an die Aschaffenburger Verbandstagung einsetzte, wurde der Verbandspräses Karl Walterbach auf Therese Studer aufmerksam. Zur Fahnenweihe des Arbeiterinnenverbandes 1908 kam er nach Kaufbeuren. Über seine Begegnung schrieb er später: "In ihrer mütterlichen Art übte sie auf die Mitglieder einen großen Einfluß aus, hatte aber doch mit fester Energie die Führung in Händen. Sie konnte fließend reden, war aber keine Vielrednerin und was sie sagte, hatte Hand und Fuß."
Eingedenk ihres Wahlspruches "Nichts für mich, alles für andere" gab Therese Studer nach über einem Jahr des Widerstandes dem Drängen Walterbachs nach. Der Abschied von Kaufbeuren und vom Marienheim fiel ihr sehr schwer. Im Juni 1908 trat sie das Amt der Verbandssekretärin beim "Süddeutschen Verband katholischer Arbeiterinnenvereine" in München an. Das Verbandsgebiet umfaßte Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und das Elsaß. In der Vorbereitungszeit auf ihre neue Tätigkeit besuchte Therese Studer zur weiteren Ausbildung die 1904 gegründete soziale Schule "Ketteler" der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine Münchens und auch Kurse und Vorträge befreundeter Organisationen.
Bei ihrer ersten Reise nach Baden und ins Elsaß konnte sie mehrere Arbeiterinnenvereine gründen. Es gab für Therese Studer viel zu tun, denn die Arbeiterinnenbewegung stand noch in den Kinderschuhen. Mit unermüdlichem Eifer trachtete sie, den Einfluß des

Verbandes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu stärken. Bei den Gründungsversammlungen spürten die Arbeiterinnen, da kommt eine von ihnen, eine, die wußte, wovon sie sprach, die humorvoll und warmherzig war, aber auch kämpferisch sein konnte und den Männern die Meinung sagte. Bei ihrer Antrittsrede in Kempten 1908 sagte sie: "Eines ist mir unverständlich, nämlich, wie es selbst heute noch hochgebildete Männer und leider, daß ich es sagen muß, darunter selbst Geistliche gibt, welche den Mut haben zu behaupten, daß es keine Arbeiterinnenfrage gibt!"
Bald stand der Arbeiterinnenverband dem Arbeiterverband ebenbürtig zur Seite. Therese Studer machte ihre Arbeit ausgezeichnet. Sie war durchaus keine Asketin, sie trank gerne ein gutes Glas Wein und rauchte regelmäßig Zigarren. Ihre Erfolgsstatistik konnte sich sehen lassen. 1907 umfaßte der Verband 36 Vereine mit 12.868 Mitgliedern; 1914, nach sechs Jahren Tätigkeit, waren es 176 Vereine mit 20.648 ordentlichen und 6.380 außerordentlichen Mitgliedern. Zu den vielen Vorträgen und Gesprächen, die Therese Studer auf den Versammlungen der Arbeiterinnenvereine in Süddeutschland hielt und zu den zahlreichen kleinen Artikeln, die sie für die "Arbeiterin" schrieb, kam noch eine ausgedehnte Korrespondenz. Bei allen Erfolgen blieb sie selbstkritisch. Über den Kongreß, zu dem 6.000 Arbeiterinnen 1912 nach Berlin gekommen waren, bemerkte sie: "Es ist natürlich sehr viel, wenn auch nicht immer sehr gescheit, geredet worden. Die Arbeiterinnenfrage wurde ziemlich stiefmütterlich und mit viel grauer Theorie behandelt, was bei dieser Zusammensetzung der Rednerinnen nicht besonders verwunderlich war."

VII

Leid und Enttäuschungen blieben Therese Studer nicht erspart. 1915 erkrankte sie so schwer an Rheuma, daß sie arbeitsunfähig wurde. Die 24 Jahre Fabrikarbeit und die vielen Reisen als Verbandssekretärin hatten ihren Tribut gefordert. Nach viermonatiger Behandlung im Moorbad erfuhr sie bei ihrer Rückkehr, daß Msgr. Walterbach, ohne ihre Genesung abzuwarten, eine Nachfolgerin eingesetzt hatte. Das war für Therese Studer, die mit ganzer Seele am Verband hing, ein harter Schlag, von dem sie sich nie mehr so recht erholte. Bei der Einarbeitung ihrer Nachfolgerin stand sie dieser mit Rat und Tat zur Seite. Sie selbst fand im Archiv und in der Bibliothek eine weniger anstrengende Beschäftigung. Hierbei

kam ihr zugute, daß sie in ihrer Kaufbeurer Zeit die von Stadtpfarrer Landes neueröffnete Volksbibliothek betreut hatte. Nach einiger Zeit ging sie nochmals auf Reisen. 1916 schuf man an der Verbandszentrale in München die "Leofilm GmbH", die von der Verbandszentrale gegründet worden war. Es wurden Filme produziert, die in allen größeren und kleineren Städten zur Vorführung gelangen sollten.
Es war eine kleine Wiedergutmachung, als Therese Studer 1920 auf dem Verbandstag in München zur Verbandsvorsitzenden gewählt wurde. Dieses Ehrenamt hatte sie bis zu ihrem Tode inne. Weihnachten 1925 wurde sie vom "Ministerium für soziale Arbeit" mit dem Titel eines Arbeitsrats ausgezeichnet. Sie sah darin eine Anerkennung des gesamten Arbeiterinnenstandes. Auf dem Verbandstag der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine 1928 in Neustadt i. d. Pfalz sah man Therese Studer zum letzten Mal in der Öffentlichkeit.
In den letzten zweieinhalb Jahren ihres Lebens wurde es einsam und ruhig um Therese Studer. Sie hatte wieder mehr Zeit zum Lesen. Allerdings schritt auch ihre Krankheit fort. Die großen, oft unerträglichen Schmerzen ertrug sie ohne Klagen. An eine Freundin schreibt sie: "Ich will nicht Jeremias an der Klagemauer spielen. Mein Befinden ist gegenwärtig nicht recht gut. Die Nebel setzen mir arg zu. In Gottes Namen! Habe auch manches abzubüßen aus meinem Leben: ging mir immer viel besser, als ich es verdient habe." Weihnachten 1930 empfing sie die Sterbeskramente. Als Walterbach sie kurz darauf besuchte, scherzte sie und bemerkte, sie sei bereit, doch "es eile ihr aber gar nicht". Am Mittwoch, den 21. Januar 1931 entschlief sie in den Armen von Frau Centa Bentenrieder. Zwei Tage später wurde Therese Studer im Städtischen Friedhof Sendling zu Grabe getragen. An der Beerdigung nahm auch eine Abordnung des von ihr gegründeten Arbeiterinnenvereins Kaufbeuren teil.
Oswald von Nell-Breuning schrieb 1980: "Was die Kirche als das 'Große Gebot' Jesu Christi verkündet, das übersetze ich in die soziale Welt von heute." Therese Studer hat die christliche Wertordnung zur Grundlage ihres Handelns gemacht. Nicht Ehrgeiz und Eitelkeit hat sie getrieben, sondern Güte und Opferbereitschaft sowie die Absicht, die Verhältnisse für ihre Arbeiterinnen zu ändern. Sie hat sich aus der Enge ihres sozialen Standorts befreit und sich in den verschiedenen Lebensbereichen Gehör, Geltung und Mitwirkung verschafft. Therese Studer war als Frau und als Arbeiterin ihrer Zeit voraus.

Fritz Gerlich (1883 - 1934)

Zu den ersten Opfern während der Zeit der Hitlerherrschaft, die im Zusammenhang mit dem "Röhm-Putsch" Ende Juni / Anfang Juli 1934 ermordet worden sind, gehört der damals 51jährige Archivar und Publizist Fritz Gerlich. Als Herausgeber und Chefredakteur der Wochenschrift "Der gerade Weg" in München hatte er unentwegt vor der Gefahr des Totalitarismus, des bolschewistischen wie des nationalsozialistischen, gewarnt. Mit seinem literarischen Mitstreiter, dem Eichstätter Kapuzinerpater Ingbert Naab, gehörte Gerlich zu den entschiedensten Gegnern Hitlers. Beide haben die Formen und die Folgen von dessen verbrecherischer Herrschaftspraxis mit geradezu prophetischer Voraussicht vorhergesagt.
Am Tage der "Machtergreifung" in Bayern, am 9. März 1933, stürmten SA-Trupps den Naturrechts-Verlag und die im gleichen Hause befindliche Redaktion des "Geraden Weges". Gerlich wurde verhaftet, nach einem 16monatigen Martyrium in Gefängnissen in München und Stadelheim am späten Abend des 30. Juni 1934 in das Konzentrationslager Dachau gebracht und dort unmittelbar nach seiner Ankunft ermordet. P. Ingbert Naab OFM Cap. konnte im September in die Schweiz fliehen; er ist am 28. März 1935 in Straßburg gestorben.
Der wechselvolle Lebens- und Leidensweg Gerlichs, der 1931 vom Freidenker zum Katholizismus konvertierte, ist weithin unbekannt. Er zählt zu den "vergessenen Gegnern des Dritten Reiches" (K.O. Frhr. von Aretin). Gerlich gehörte seit 1927/28 zum "Konnersreuther Kreis" um die stigmatisierte Therese Neumann, für deren Glaubwürdigkeit er ebenso vehement eintrat wie für die Durchsetzung von "Wahrheit und Recht" (im Sinne des Untertitels seiner Wochenschrift) im öffentlichen Leben insgesamt.

I

Geboren wurde Fritz Gerlich am 15. Februar 1883 in Stettin als Sohn des Großhandelskaufmanns und Fischhändlers Paul Gerlich (1853-1899) und dessen Ehefrau Therese, geb. Scholwin (1849-

1919), die ebenfalls aus Stettin stammten. Fritz war der Älteste von drei Söhnen. Sein Vater, der keinen geschäftlichen Erfolg hatte, ist früh verstorben. Die energische Mutter übernahm die Erziehung der Kinder, die in beengten Verhältnissen aufwuchsen, aber alle eine "gehobene Erziehung" (E. Frhr. von Aretin) erhielten, geprägt von der calvinistisch-reformatorischen Grundhaltung der Mutter.
Nach der Vorschule durchlief Gerlich, seit 1889, das traditionsreiche humanistische Gymnasium Marienstift in Stettin mit guten Noten. Sein Interesse galt den Naturwissenschaften und der Geschichte. Kennzeichnend für ihn waren und blieben eine spezifische wissenschaftliche Neugier und ausgebreitete Lektüre. In diesen Jahren erwarb er sich, auch in einem gymnasialen "Leseverein", die Grundlagen eines umfassenden Wissens. Aus den Stettiner Schülerjahren stammt Gerlichs Vorliebe für Rudern und Segeln, das einzige "Hobby", das er behielt und in seinen späteren Münchner Jahren auf dem Starnberger See weiterhin pflegte.
Nach dem Abitur im September 1901 begann Fritz Gerlich, zusammen mit einem Freund, zum Wintersemester 1901/02 ein Studium der Naturwissenschaften und Mathematik in München. Angesichts der bescheidenen äußeren Verhältnisse, die einen raschen Studienabschluß erforderten, lautete sein ursprüngliches Berufsziel: Mittelschullehrer. Die barocke und katholisch bestimmte Atmosphäre Süddeutschlands, verstärkt durch eine Italienreise zu Ostern 1902, beeindruckte ihn. Zum Kummer seiner Mutter brach er das anschließend begonnene Sommersemester in Leipzig ab und setzte sein Studium in München fort. Die bayerische Metropole wurde dem protestantisch-norddeutsch geprägten Studenten zur Wahlheimat.
Seit dem Sommer 1903 galt sein Studium der Geschichte, den Historischen Hilfswissenschaften und der Anthropologie. Als zeitweiliger Vorsitzender der mehr als 3.000 Mitglieder zählenden "Freien Münchner Studentengemeinschaft" entwickelte er zunehmend auch Fähigkeiten als Debatter. Um seinen Unterhalt zu finanzieren, arbeitete Gerlich zeitweise als Werbetexter der Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabrik. 1905/06 war er Sekretär des Liberalen Arbeitervereins München.
Im Dezember 1906 reichte er seine Dissertation "Das Testament Heinrichs VI." ein, die von den Historikern Hermann Grauert und Karl Theodor von Heigel mit "magna cum laude" bewertet wurde (obwohl Grauert mit der "Hauptthese" Gerlichs, wonach das Testament als "falsch angesehen werden muß", nicht einverstanden war). Das "Gesamtresultat" des Rigorosums am 9. März 1907 lau-

tete "Note II". Im Mai 1907 trat Gerlich in den bayerischen Archivdienst ein und absolvierte seine Vorbereitungszeit beim Allgemeinen Reichsarchiv in München. Bis einschließlich des Wintersemesters 1909/10 hörte er weiterhin an der Universität Vorlesungen zur Rechtsgeschichte, zum Kirchenrecht und zur bayerischen Geschichte.
Nach der Staatsprüfung für den höheren Archivdienst (Juni 1910) als Jahrgangsbester erhielt Gerlich eine Anstellung als Praktikant, seit 1911 als Akzessist im Allgemeinen Reichsarchiv. Während der Jahre 1909 bis 1912 erarbeitete er nebenbei das "Generalregister" der in 55 Bänden abgeschlossenen Allgemeinen Deutschen Biographie mit ihren 26.300 biographischen Eigenartikeln. Der 1912 erschienene stattliche Band enthielt ein entsprechend lobendes Vorwort des Vorsitzenden der Historischen Kommission bei der kgl. Akademie der Wissenschaften.

II

Seit 1910 erweiterten sich Gerlichs Interessenkreis und Gesichtsfeld, angeregt durch einen Freund Emil Liecke, der als Buchhändler vielfältige Kontakte zu Münchner Gesellschaftskreisen unterhielt. Aus der Bekanntschaft mit dem bedeutenden Münchner Chemiker Adolf Wilhelm Keim, der an einem "Farbbuch" arbeitete, entstand 1913 Gerlichs erster literarischer Beitrag "Bildidee und Maltechnik", eine Art Probestück seines umfassenden Wissenschaftsinteresses. Davon zeugte ebenso ein Aufsatz "Oliver Cromwell und die Idee der religiösen Toleranz". Ebenfalls noch im gleichen Jahr veröffentlichte der durch seinen Beruf keineswegs ausgelastete Archivar ein Buch "Geschichte und Theorie des Kapitalismus", dessen Ursprünge er auf Alt-Babylon zurückführte. Diese Arbeit eröffnete ihm allerdings nicht den erstrebten Zugang zu einer Professur für Nationalökonomie an der Universität bzw. an der Technischen Hochschule in München. Sein entsprechendes Gesuch um Zulassung zur Habilitation wurde von seinen Vorgesetzten im Archivdienst unterstützt, die Gerlich "besser für einen akademischen Lehrstuhl denn für die stille Archivarbeit" geeignet hielten.
Aus gesundheitlichen Gründen nicht zum Wehrdienst einberufen, blieb Gerlich auch während des Ersten Weltkriegs "militäruntauglich". Der seit Dezember 1914 als Assessor am Kreisarchiv in München tätige Beamte, seit Dezember 1916 aushilfsweise in der Lebensmittelversorgung "eingesetzt", wechselte bald nach Kriegs-

ausbruch seinen politischen Standort. Als Mitbegründer der "U-Boot-Bewegung" 1916 und des bayerischen Flügels der alldeutschen Vaterlandspartei unterstützte er die Annexionspolitik, 1917 auch in der von ihm u.a. mit Karl Graf von Bothmer in München begründeten Zeitschrift "Die Wirklichkeit" (Untertitel: "Deutsche Zeitung für Ordnung und Recht"). Das geschah derart radikal, daß dieses Blatt noch Ende 1917 von der militärischen Zensur verboten wurde. Zu deren Mitarbeitern zählte auch Dietrich Eckart aus Neumarkt, einer der Wegbereiter Hitlers, gegen den Gerlich 1920 in einem Beleidigungsprozeß obsiegte.

Vom März 1917 bis zum Oktober 1918 war Gerlich vom Dienst beurlaubt, "zum Zwecke der Erprobung eines Verfahrens zur Erzeugung von Fett und Eiweiß" als Ersatzfutter - ein Experiment, das gründlich mißlang. Inzwischen hatte er mit seiner aggressiven politischen Publizistik einflußreiche nationalistische Kreise in München auf sich aufmerksam gemacht.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie im November 1918 gründete Gerlich - wie er in einem Lebenslauf aus der Gefängnishaft im August 1933 formulierte - den Verband der Beamten der wissenschaftlichen Anstalten und Kunstsammlungen Bayerns mit dem Zweck, "das Berufsbeamtentum aufrecht zu erhalten sowie das Eindringen von Eisner-Protegés in die Anstalten und Sammlungen zu verhindern". Gleichzeitig trat er in die Leitung der "Bayerischen Gesamtbeamtenschaft" ein und betätigte sich im Frühjahr 1919 in der Liga zur Bekämpfung des Bolschewismus. Nachdem sich Anfang April 1919 in München eine kommunistische Räteherrschaft etabliert hatte, entzog er sich einer drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Nürnberg und wenig später nach Bamberg, wohin die Regierung des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (SPD) geflüchtet war. In deren Auftrag warb er in Nordbayern für die Gewinnung von Freiwilligenverbänden, um München von den "Roten" zu befreien (was Ende Mai 1919, allerdings vornehmlich mit Hilfe von Reichswehrverbänden, gelang).

Nach seiner Rückkehr nach München setzte der Kreisarchivassessor seinen Kampf gegen Marxismus und Kommunismus im neugegründeten Reichsbürgerrat und dem mit ihm verbundenen Bayerischen Heimatdienst fort, auch in der Zeitschrift "Feurio". Eine Reihe nationalistisch getönter Artikel in den "Süddeutschen Monatsheften", in denen er bereits seit 1916 publizierte, und in den "Historisch-politischen Blättern" faßte er in dem 1920 erschienenen Buch "Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich" zusammen. Darin stellte er als einer der ersten Beobachter den Zu-

sammenhang von Kommunismus und russischem Chiliasmus heraus.

III

Seine antimarxistische Publizistik hatte Gerlich inzwischen zunehmendes Echo im "nationalen Lager" Bayerns verschafft. Aus diesen Kreisen erreichte ihn 1920 das Angebot, die Stellung des Hauptschriftleiters der "Münchner Neuesten Nachrichten" (MNN), der größten und einflußreichsten Tageszeitung in Süddeutschland, zu übernehmen. Deren Verlag Knorr & Hirth war soeben auf ein Konsortium "Süddeutsche Treuhand AG" übergegangen, in dem maßgebende Kreise der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie (Karl Haniel, Hugo Stinnes, Alfred Hugenberg) dominierten (was der Öffentlichkeit verborgen blieb). Sie wollten die MNN zum "Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik" machen. Als Mittelsmann zum Verlag fungierte der "geheimnisumwölkte" (K.A. von Müller) Herausgeber der "Süddeutschen Monatshefte", Paul Nikolaus Cossmann, ein nationalistischer Publizist jüdischer Herkunft, der 1905 zum Katholizismus konvertiert war. Der Generaldirektor der staatlichen Archive Bayerns, Georg Maria von Jochner, hatte Cossmann auf den 37jährigen Archivar aufmerksam gemacht. Im Oktober 1920 heiratete Gerlich Sofie verw. Botzenhart, geb. Stempfle, aus Babenhausen in Schwaben. Die Ehe blieb kinderlos.

Gerlich erhielt ab 1. Juli 1920 die zunächst auf drei Jahre befristete und später noch zweimal verlängerte Beurlaubung aus dem Staatsdienst. In seinem Vertrag als Hauptschriftleiter der MNN ließ er sich nicht nur eine großzügige Honorierung zusichern - die sein bisheriges Einkommen um ein Vielfaches überstieg -, sondern auch das Recht, die Politik des Blattes im Sinne seiner "nationalen" Auffassungen selbständig zu leiten. Schließlich erhielt er weitgehendes Mitspracherecht bei Anstellung und Abberufung der Redakteure.

Für seine neue Position brachte Gerlich umfassendes Wissen, die "richtige" Gesinnung sowie die Fähigkeit zur rhetorischen Diskussion mit, weniger die zur journalistischen Schreibe. Zudem hatte dieser Choleriker und rationalistische Calvinist bisher nur als "Ein-Mann-Betrieb" gearbeitet. Er schien mit seiner "explosiven Natur" (B. Zittel), die jedem anstehenden Problem mit wissenschaftlicher Akribie auf den Grund zu gehen suchte, nicht gerade als Chef einer großen Redaktion prädestiniert zu sein.

Gerlich brachte jedoch den journalistischen Lernprozeß rasch hinter sich. Allerdings hielt er an seinen ellenlangen, betont antimarxistisch grundierten Leitartikeln, die er aus dem Stand zu diktieren vermochte, fest. Er beherrschte bald das ihm - auch in der tagesbezogenen Hektik - durchaus zusagende journalistische Metier. Er schrieb anschaulich und schaffte es, die linksliberale Zeitung auf die von ihren Besitzern erwartete antirepublikanische Linie zu bringen.
In der Anfang der zwanziger Jahre erhitzten völkisch-nationalistischen Atmosphäre Münchens, deren rasch wechselnde Regierungen auf Distanz zum Reich gingen, hielt Gerlich keineswegs immer genügenden Abstand zu extremen Strömungen, einschließlich der rasch erstarkenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. 1923 traf er dreimal privatim auch mit Hitler zusammen. Nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen im Januar 1923 hatten die MNN ihre Agitation gegen Frankreich so sehr verschärft, daß die Reichsregierung in München intervenierte.
In der verworrenen Situation des Spätherbstes 1923 weigerte sich die bayerische Regierung, die von Reichspräsident Ebert verordneten Maßnahmen zur Wiederherstellung der bedrohten verfassungsmäßigen Ordnung auszuführen. Gerlich unterstützte die auf Konfrontation mit der Reichsregierung angelegte Demonstration des Generalstaatskommissars Gustav Ritter von Kahr. Am Entwurf der Rede, mit der sich Kahr am Abend des 8. November 1923 im Bürgerbräukeller zum Diktator ausrufen wollte, hatte Gerlich mitgearbeitet. Da er allerdings die Versammlung bereits verlassen hatte, bevor sich Hitler ihrer Anführer im Handstreich bemächtigte, fiel Gerlichs Schilderung dieser "nationalen" Tat in den MNN am 9. November im Sinne der Putschisten aus.
Nachdem sich diese jedoch inzwischen untereinander entzweit hatten und nachdem am späten Vormittag der Umsturzversuch der Nationalsozialisten an der Feldherrenhalle blutig gescheitert war, schwenkte Gerlich abrupt um. Sein am 10. November erschienener Kommentar unter der Überschrift "Adolf Hitlers Ehrenwortbruch" lag in der Linie einer "sophistischen Rechtfertigung" von Kahrs (K.A. von Müller) und war eine scharfe Abrechnung mit der revolutionären Zielsetzung der Nationalsozialisten. Über diesen Umfall Gerlichs waren nicht wenige seiner Leser empört, weil sie ihn als nationalistischen Propagandisten kannten.
Von diesem Zeitpunkt an datiert Gerlichs Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus. Dadurch wurde er in der Folgezeit allerdings

keineswegs etwa zum Vernunftrepublikaner. Wohl aber vollzog er nach der Anfang 1924 erfolgten Beruhigung der politischen Verhältnisse in Bayern, nachdem die Bayerische Volkspartei unter Ministerpräsident Heinrich Held die Regierung übernommen hatte, eine Annäherung an deren konservativ-föderalistischen, auf Revision der Reichsverfassung gerichteten Kurs. Als er im Mai 1924 im Kampf um ein Journalistengesetz den Standpunkt der Verleger vertrat, schloß ihn der Vorstand des Landesverbands der Bayerischen Presse als Mitglied aus.
Künftig entwickelte Gerlich, der 1924 aus der Deutschen Demokratischen Partei austrat, auch zunehmendes Verständnis für die Ausgleichspolitik des seit 1923 amtierenden Reichsaußenministers Gustav Stresemann, die er zunächst im Sinne der deutschnationalen Opposition bekämpft hatte. 1925 propagierte er, wie die Bayerische Volkspartei, die Kandidatur des preußischen Exmarschalls Paul von Hindenburg für die Wahl zum Reichspräsidenten - gegen den katholischen Vorsitzenden der Zentrumspartei Wilhelm Marx. Ein Jahr später gehörte er zu denen, die den von Linkskreisen initiierten Volksentscheid zur "Fürstenenteignung" ablehnten.
Die von Gerlich 1924 in den MNN unterstützte Regierungsposition zum Abschluß des bayerischen Konkordats sicherte ihm die Anerkennung des Erzbischofs von München und Freising, Michael Kardinal Faulhaber. In diesem Fall wie bei der Unterstützung des Entwurfs der Deutschnationalen für ein Reichsschulgesetz (1927/28), das die Position der konfessionellen Volksschule verbessern sollte, bezog Gerlich Positionen, die er vom liberalen Postulat der Glaubensfreiheit her begründete. Die zeitweise Mitarbeit der Deutschnationalen in der Reichsregierung (1925, 1927/28) erleichterte es ihm, sich mit der weiterhin von Regierungskrisen und Koalitionswechseln geschüttelten Weimarer Republik abzufinden.

IV

Im September 1927 veränderten sich Gerlichs Leben und Arbeitsweise von Grund auf. In deren Gefolge schied er nur fünf Monate später als Chefredakteur der MNN aus und kehrte in den ihm inzwischen fremd gewordenen Archivdienst zurück.
Den Auslöser zu dieser Veränderung bildete ein Artikel des Redakteurs der MNN, Erwein Frhr. von Aretin, in deren Beilage "Einkehr" am 31. August 1927 über die stigmatisierte Therese Neumann im oberpfälzischen Dorf Konnersreuth. Dieser Artikel in

dem liberalen Münchner Blatt, der das Phänomen der Visionen einer seit 1926 bekannt gewordenen Schneiderstochter verständnisvoll beschrieb, löste ein ungeheures Presseecho aus, wurde viermal nachgedruckt und in 32 Sprachen übersetzt. Gerlich, der den Eindrücken seines katholisch-monarchistischen Redakteurs nicht traute, wollte, wie gewohnt, selbst den Dingen auf den Grund gehen. Bereits am 14. September 1927 fuhr er nach Konnersreuth, um dem dortigen "Schwindel" auf die Spur zu kommen.
Das Gegenteil jedoch geschah. Der skeptische Freidenker, aber radikale Wahrheitssucher, erlebte sein Damaskus, eine "innere Umwandlung". Von Stund an wurde Gerlich zum glühendsten Verteidiger der Stigmatisierten und zum literarischen Verfechter ihrer Glaubwürdigkeit. Dabei begann er, den Katholizismus zu entdecken.
Die Folge war eine Veränderung seiner Persönlichkeitsstruktur, seiner Publizistik wie seiner Lebensweise. Das Verhältnis zu Cossmann verschlechterte sich. In einem Konflikt mit der bayerischen Regierung strengte diese einen Beleidigungsprozeß gegen Gerlich an. Am 15. Februar 1928, seinem 45. Geburtstag, kam es, auch unter Alkoholeinfluß, in der Redaktion der Münchner Neuesten Nachrichten zu einem "nicht ganz geräuschlosen Krach" (E. von Aretin) Gerlichs mit der Verlagsleitung. Der Eklat zog die sofortige Entlassung dieser "hysterischen Operndiva" (so der Repräsentant des Verlagskonsortiums, Karl Haniel) nach sich. Er versuchte vergeblich, sein Ausscheiden wieder rückgängig und eine Zusammenarbeit in "nationalen Aufgaben" möglich zu machen. Die damit verbundenen Demütigungen nahm Gerlich in Kauf, weil Therese Neumann ihn ermuntert hatte: "Du darfst von deinem Beruf nicht fort."
Dieses ungewöhnliche Vorgehen wurde seitdem zur Regel: Vor jeder künftigen Entscheidung - in beruflicher oder finanzieller Hinsicht - holte sich Gerlich in Konnersreuth Rat, mündlich oder schriftlich, auch durch Vertrauenspersonen. Die Antworten der "Resl" erfolgten jeweils während ihrer regelmäßigen Ekstasen, in ihrem "erhobenem Zustand".
Die erste Frucht von Gerlichs "Bekehrung" war eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Phänomen Konnersreuth. Bereits 1929 veröffentlichte er eine umfassende Verteidigung der Stigmatisierten. Dieses zweibändige Werk, überfrachtet mit der Beschreibung anthropologischer, medizinischer, biologischer und psychologischer Vorgänge, brachte seinem Autor allerdings nicht den erhofften Erfolg. Bis Ende 1932 wurden vom ersten Band 4.725, von

Band 2 insgesamt 3.423 Exemplare verkauft. Dabei hatte der Autor im Vertrauen auf entsprechende Aussagen aus Konnersreuth mit einem Absatz von 50.000 gerechnet, schon als Äquivalent für seinen erheblichen finanziellen Einsatz. Einen anderen Teil seines Vermögens verlor er 1930, beim Aktiensturz im Gefolge der Wirtschaftskrise.

Seit Ende Juni 1928 drängte Gerlich, der vom Verlag der MNN eine Abfindung erhalten hatte, zum "Schrecken" von Generaldirektor Otto Riedner in den bayerischen Archivdienst zurück. Da jedoch keine Etatstelle frei war, erklärte er sich mit seiner Wiedereinstellung erst zum 1. November 1929 einverstanden. Für seine Rückkehr in den Staatsdienst hatte sich, auf Bitten Gerlichs, Kardinal Faulhaber bei Ministerpräsident Held eingesetzt, der seinerseits eigens einen entsprechenden Beschluß des Ministerrats herbeiführte. Die Begründung lautete, der "Gesuchsteller" habe sich durch seine Tätigkeit in der Presse "große, unleugbare Verdienste um die Ruhe und den Frieden des Staates Bayern und damit um das Gemeinwohl erworben".

Künftig fand der Archivrat (ab Februar 1930 Staatsoberarchivrat) jedoch an seiner Tätigkeit im Oberbayerischen Kreisarchiv in München keine Freude mehr. Auf der Suche nach einer erneuten Einflußmöglichkeit auf die Öffentlichkeit begegnete er im "Konnersreuther Kreis" zwei Männern, denen er seitdem verbunden blieb: Zunächst dem Eichstätter Kapuzinerpater Ingbert Naab. Dieser Jugendseelsorger und Schriftsteller gab seit 1914 die Monatsschrift "Der Weg" heraus, eine "Zeitschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten". Sie erschien im Zeichenring-Verlag in München, in dessen Geschäftsführung Hanns Steiner tätig war.

P. Ingbert Naab hat sich als einer der ersten Kritiker bereits 1930 mit Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" beschäftigt und dieses Machwerk als "atheistische und biologisch-materialistische Komponente der nationalsozialistischen Ideologie" entlarvt (F. Herre). Naab nahm - wie künftig auch Gerlich, ansonsten aber nur wenige andere Zeitgenossen - selbst die abstrus erscheinenden Äußerungen der Nationalsozialisten ernst und enthüllte deren Geistesverwandtschaft mit bolschewistischem Gedankengut.

Im Frühjahr 1930 begegnete Gerlich dann Ernst Fürst von Waldburg zu Zeil (bei Leutkirch in Württemberg). Dieser erst 30jährige oberschwäbische Großgrundbesitzer war von dessen Radikalität in der Vertretung naturrechtlicher Positionen beeindruckt. Er schlug ihm - wie Gerlich später festhielt - vor, in das "Zeitungswesen

zurückzukehren und Politik zu machen". Der Archivar griff umso lieber zu, als ihm Therese Neumann bereits 1928 prophezeit hatte: "Du kommst wieder in eine Zeitung."

V

Zur Realisierung dieses Projekts gründeten beide im Sommer 1930 in München zunächst einen Verlag mit der Tarnbezeichnung "Naturverlag"; die eigentlich vorgesehene programmatische Bezeichnung - "Naturrechts-Verlag" - erschien für die geplanten ersten Aktionen nicht opportun. Fürst Waldburg stellte das Stammkapital für die Gründung der neuen GmbH, 50.000 Mark, zur Verfügung. Er konzedierte von vornherein Gerlichs gleichberechtigte Partnerschaft.

Der Verlag erwarb die Münchener Wochenschrift "Illustrierter Sonntag", und zwar vom "Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn" in der Schellingstraße 39. Da diese Firma seit 1920 auch den "Völkischen Beobachter" der Nationalsozialisten druckte, ließ Gerlich die redaktionelle Freiheit des "Illustrierten Sonntag" vertraglich sicherstellen. Er gab dieser farblosen und defizitären Illustrierten, deren Auflage nicht einmal 30.000 Exemplare betrug, den anspruchsvollen Untertitel "Das Blatt des gesunden Menschenverstandes". Geplant war, nach Zukauf einer weiteren, finanziell gesunden Wochenschrift in München, der "Welt am Sonntag", beide Blätter zusammenzulegen, um rentabel arbeiten zu können. Dieser Plan scheiterte jedoch an Waldburg-Zeil, der 1930 zögerte, auch den Rest des von ihm zugesicherten Kapitals von insgesamt 250.000 Mark zur Verfügung zu stellen. Ein Jahr später hat er sein damaliges Zögern ("mangelndes Gottvertrauen") als Fehler bedauert.

Zu diesem Zeitpunkt war aber längst offenkundig, daß es dem Geldgeber Schwierigkeiten bereitete, auch nur die laufenden Mittel für den "Illustrierten Sonntag" aufzubringen. So arbeitete der Naturverlag von Anfang an mit Unterdeckung. Wiederholt stand Gerlich vor der Entscheidung, den Konkurs zu erklären, mehr als einmal war er einem "Verzweiflungszusammenbruch" (18. März 1931) nahe. Seine Versuche, weitere Geldgeber zu gewinnen, vor allem in der Schweiz, blieben ohne Erfolg. 1931 scheiterte auch seine Absicht - ebenfalls "im Auftrag der Ekstase" unternommen -, einen kleinen Buch- und Kunstverlag in Köln zu erwerben.

Gleichwohl haben Gerlich und Waldburg-Zeil ihr von Anfang an unrentables Unternehmen durchgehalten - der Fürst übrigens trotz wachsender Schwierigkeiten mit seiner Familie -, weil sie sich einer "Missionsaufgabe" verpflichtet wußten, die ihnen Therese Neumann "zugeteilt" hatte. Gerlich verstand sich als "Werkzeug" und "Pfadfinder Gottes"; er glaubte, daß die Art und Weise seiner Verkündigung einmal "vorbildlich für das Zeitungswesen zu seinem [gemeint war: Gottes] Dienste" sein könne. In seiner Zielsetzung fand er Unterstützung bei Kardinal Faulhaber.
Die materielle Misere des Naturverlags führte dazu, daß Gerlich den am 14. September 1930 übernommenen "Illustrierten Sonntag" erst nach monatelanger behutsamer Einstimmung seiner Bezieher zu einem Meinungs- und Kampfblatt umstellen konnte. So zeichnete er erst vom 12. Juli 1931 an - wiederum in Konnersreuth entsprechend ermutigt - seine Artikel mit Namen. Einige Wochen später erschien er im Impressum auch als Herausgeber. Hingegen blieb die Finanzierung des Blattes der Öffentlichkeit unbekannt. Die publizistische "Nebentätigkeit" Gerlichs hatte dessen Dienstvorgesetzter genehmigt, allerdings mit Auflagen: Sein Archivdienst dürfe darunter nicht leiden und seine Artikel müßten "staatserhaltenden Inhalts" sein.

VI

Letztere Bedingung interpretierte Gerlich auf seine Weise: Er begann seinen ersten Namensartikel am 12. Juli 1931 mit einem publizistischen Paukenschlag. Unter der Überschrift "Hitler und Wilhelm II." (mit gesondertem Aufdruck: "Auflage 100.000") verglich er beide als größenwahnsinnige Politiker. Der Versuch Hitlers, Gerlich sofort gerichtlich mundtot machen zu lassen, scheiterte. Daraufhin antworteten die Nationalsozialisten auf dieses "Pamphlet gegen Hitler" mit einem langen und gehässigen Artikel im "Völkischen Beobachter" vom 2. August. Unter der Überschrift "Vom Alldeutschen zum Reklamechef von Konnersreuth" wurden der mehrfache politische Stellungswechsel Gerlichs seit 1914 glossiert, die "Selbstgefälligkeit" des "maßlos cholerischen Bandwurm-Artikel-Schreibers" karikiert und Gerlich als "Spezialist von Konnersreuth" verhöhnt. Schließlich enthielt der Artikel eine Warnung - vor allem an die Adresse der bayerischen Regierung - vor der großdeutsch-antipreußischen Geschichtsauffassung des Archivrats.

Diese Attacke hat Gerlich getroffen. Bereits einen Tag später antwortete er in seinem Blatt auf diese "Beschimpfung und Geschichtsverdrehung" unter der Überschrift: "In wessen Diensten schreibt Fritz Gerlich?" und legte seinen eigenen "Lebensweg bis zum heutigen Tage" offen: Derzeit "Katechumene der katholischen Kirche", sei er durch "viele Irrtümer hindurch gegangen", habe bei der Leidenschaft seines Temperaments "sicher mehr gefehlt als die meisten meiner Zeitgenossen und allerlei wieder gutzumachen". Daran schloß er folgendes Bekenntnis: "Aber unser Herr und Heiland ... wird dem Manne, der wegen der offenen Aussprache seiner Überzeugung mit dem Strick um den Hals eines Tages zum letzten Urteil vor ihn hin tritt, sicher vieles verzeihen." Weiter bezeichnete sich Gerlich als überzeugten Anhänger der Staats- und Gesellschaftslehre des Thomas von Aquin und des Aristoteles; er habe nach "Jahren schwersten Ringens" schließlich neben der "verstandesgemäßen Erkenntnis" von der Richtigkeit der Lehre des Aquinaten "auch noch den Weg zur Ruhe des Herzens" gefunden.
Einige Tage später schrieb Gerlich einem Freund, er habe seit seinem "öffentlichen Bekenntnis", unter Belastungen "bis hart an die Grenze des physisch Möglichen", seine innere Ruhe wiedergefunden. Diese Wendung bezog sich auf seinen inzwischen vorbereiteten Übertritt zum Katholizismus. Er erfolgte einige Wochen später, in aller Stille, in Eichstätt - wobei auch seine frühere Ehe kirchlich eingesegnet wurde. Ebenfalls insgeheim empfing er dann von Kardinal Faulhaber die Firmung. Den zweiten Vornamen Michael, den Gerlich bei der - sub conditione erfolgten - Taufe am Michaelstag angenommen hatte, führte er nicht in der Öffentlichkeit.
Seit August 1931 registrierte Gerlich mit Genugtuung, daß die deutsche Presse "steigende Notiz" von seinen Artikeln nähme, vor allem die der Nationalsozialisten. Deren seitdem mehrfach wiederholte "wütende Erklärungen" und Morddrohungen nahm er ernst. Er ging davon aus, "daß wir zu den ersten gehören werden, die gehängt werden, wenn der Tag der 'Freiheit' für das deutsche Volk anfängt". Da Gerlich wußte, daß Hitler seine Angriffe registrierte, rechnete er es sich als "Verdienst" an, daß der "Führer" auf diese Weise "wenigstens alle acht Tage einmal mit dem gesunden Menschenverstande" - im Sinne des Untertitels des "Illustrierten Sonntag" - in Berührung komme. Für seinen Artikel "Hitler: Frankreichs Hoffnung" (13. November 1931) erhielt Gerlich die von Ministerpräsident Held erbetenen finanziellen Mittel, um die betreffende Ausgabe weit zu streuen.

Inzwischen hielt Gerlich die Zeit für gekommen, schon im Titel des Wochenblatts seine eigentliche Zielsetzung zum Ausdruck zu bringen. Er lautete ab Januar 1932 "Der gerade Weg", und der neue Untertitel "Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht" - verstanden als Grundwerte des Naturrechts ("Illustrierter Sonntag" blieb zweiter Untertitel). Mitte Februar verschaffte dann die Druckerei Müller & Sohn dem Naturrechts-Verlag - wie er seit Jahresanfang hieß - die willkommene Möglichkeit, den Vertrag für den "Geraden Weg" aufzulösen. Hitler hatte der Firma gedroht, andernfalls den lukrativen Druckauftrag für den "Völkischen Beobachter" zu kündigen. Der "Gerade Weg" wurde künftig bei der katholischen "Verlagsanstalt vorm. J.G. Manz AG" in der Hofstatt 4-6 gedruckt. Dorthin zog auch der Naturrechts-Verlag von der Schellingstraße 39 um.

Gerlich warnte weiterhin Woche für Woche, häufig unterstützt von P. Ingbert Naab, mit offensiv-missionarischer Absicht vor der Gefahr des Nationalsozialismus. Er beschrieb konkret und detailliert, daß, warum und auf welchem Wege ein Regierungschef Hitler - den er im Sommer 1932 einmal als mongolischen Typ karikierte - mit seinen "Untermenschen" das deutsche Volk ins Unglück stürzen werde. Zudem druckte Gerlich bereits seit Anfang dieses Jahres (mit insgesamt 42 Fortsetzungen) großaufgemachte "Russenberichte" aus Moskau. Sie sollten beweisen, daß Stalin und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale aus eigensüchtigen Interessen den Aufstieg der NSDAP förderten.

Gerlich beließ es aber nicht bei der Abwehr moderner Irrlehren und totalitärer Ersatzreligionen. Er erstrebte vielmehr im "weltanschaulichen Gegenangriff" eine Erneuerung des politischen Lebens in Deutschland auf der Grundlage des katholischen Christentums und des Naturrechts. Er hoffte auf eine "Wiederbelebung des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation" und auf die Schaffung eines "europäischen Friedens-Staatenverbands". Häufig bezog er sich auf die Sozialenzykliken der Päpste. Deren Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität wollte er in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens anerkannt sehen, auch als Grundlage für die Lösung drängender sozialer Fragen.

Unbeschadet der "Zufriedenheit" über das publizistische Echo seiner Wochenschrift (1. Februar 1932) kam der Verlag jedoch nicht aus den roten Zahlen heraus. Dabei stieg die Auflage des "Geraden Weges" allmählich von knapp 40.000 Exemplaren Ende April 1932

auf 62.000 im Juli. Selbst der sensationelle Erfolg eines Artikels von P. Ingbert Naab: "Herr Hitler, wer hat Sie gewählt?" vom 20. März 1932 - nach dem ersten Urnengang zur Wahl des Reichspräsidenten -, der in 20 Millionen Flugblättern verbreitet worden sein soll, hatte keine finanzielle Entlastung gebracht. Die schließlich verkauften 90.000 Exemplare des "Geraden Weges" bildeten die unterste Grenze der Rentabilität.
Die Radikalität, mit der Gerlich die "geistige Pest" des Nationalsozialismus bekämpfte - so prophezeite er am 31. Juli 1932: "Nationalsozialismus bedeutet: Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Innern, Bürgerkrieg, Völkerkrieg" -, übertrug er auch auf den seit Anfang Juni amtierenden Reichskanzler Franz von Papen. Als dessen Regierung am 20. Juli die Regierung in Preußen absetzte, ließ sich Gerlich zu der Forderung hinreißen, Reichspräsident von Hindenburg wegen Verletzung der Reichsverfassung abzusetzen und auch die Reichsregierung anzuklagen. Am 31. Juli dehnte er diese Forderung auf weitere Reichsminister aus, weil sie die täglichen politischen Morde duldeten. Daraufhin verbot die Polizeidirektion München den "Geraden Weg" auf die Dauer von vier Wochen. Am 10. August beschäftigte sich auch das Reichskabinett mit diesem Fall, beschloß aber, von einem Strafantrag gegen den Herausgeber abzusehen.
Der Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Riedner, leitete - um ein Dienststrafverfahren zu vermeiden - gegen seinen Oberarchivrat ein "Ordnungsstrafverfahren wegen Beschimpfung des Reichspräsidenten und Verächtlichmachung von Reichsministern" ein. Am 7. Oktober 1932 verhängte er eine Geldstrafe von 100 RM (Gerlichs Jahresgehalt betrug 7.800 RM). Daran knüpfte Riedner eine erneute "Warnung": Beim nächsten "Fall des Widerstreits" zwischen Gerlichs politischer Tätigkeit und seinen "engeren Amtspflichten" werde er ihn auffordern, sich "für die eine oder andere Laufbahn zu entscheiden".

VIII

Nach Ablauf der Verbotsfrist des "Geraden Weges" nahm Gerlich Anfang September 1932 sein "Drecksgeschäft" (12. März 1932) sofort wieder auf, gestärkt durch "ungezählte Sympathiekundgebungen aus ganz Deutschland". In den folgenden Wochen attackierte er massiv auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei - deren Wahl er im Juli noch empfohlen hatte - wegen ihrer Koali-

tionsverhandlungen mit der NSDAP. Er prophezeite, daß die "Hitler-Partei nach der Machtergreifung" Zentrum und BVP "rücksichtslos an die Wand drücken" werde.
Fritz Gerlich ließ sich auch durch "fortgesetzt" ausgesprochene "Todesdrohungen" nicht einschüchtern, wollte aber gegebenenfalls auch nicht kampflos aufgeben. So hatte er am 19. April 1932 bei der Polizeidirektion in München einen Waffenschein beantragt und sich einen Revolver besorgt, aber auch Vorsorge getroffen, um in dem von ihm befürchteten, von den "Nazi-Sozi" ausgelösten Bürgerkrieg nicht sofort ausgeschaltet zu werden. Eine Bargeld-Reserve von 5.000 Franken sollte es ermöglichen, in einer solchen Situation entweder von der Schweiz aus den Kampf gegen die "Nazi-Sozi" weiterzuführen, oder aber, in München, mit diesen Devisen Druckpapier zu beschaffen; denn im Gefolge eines Umsturzes - den er erstmals für Februar 1932 erwartet hatte - rechnete er, wie nach 1918, mit Währungsmanipulationen.
Es war Gerlich wichtig, daß er sich in seiner Grundhaltung von Kardinal Faulhaber gestützt wußte. Der Erzbischof belehrte im September 1932 einen bischöflichen Kritiker, daß über Gerlichs "Volksblatt" in den "Kreisen der Völkischen eine wahre Wut" herrsche, während der "bayerische Klerus" darüber geradezu begeistert sei. Nur brachte auch eine derartige "Begeisterung" nicht die erforderlichen Abonnenten. Bis Ende 1932 hatte Fürst Waldburg-Zeil "etwa 400.000 Mark in den Verlag gesteckt", ohne daß dessen "finanzielle Gesundung" in Sicht war.
Seit dem Herbst dieses Jahres berichtete Gerlich wiederholt über Zerwürfnisse innerhalb der NSDAP-Spitze, auch über Putschpläne, bis hin zu Mordabsichten, aus den Reihen unzufriedener SA-Leute gegen Hitler. Die Wut der Nationalsozialisten über diese Enthüllungen und Kombinationen war deswegen besonders groß, weil entsprechende Informationen von Georg Bell stammten, einem bisherigen Mitarbeiter des SA-Führers Ernst Röhm. Der Gehalt von Bells Informationen wie deren Bedeutung für Gerlichs politische Reaktionen dürfen allerdings nicht überschätzt werden; denn der Publizist war für seine Kenntnis der "politischen Vorgänge in Berlin nicht auf Herrn Bell angewiesen" (so im Dezember 1932).
Zwischen dem 30. Januar 1933 - mit dem Gerlich "Deutschlands Leidensweg" beginnen sah (1. Februar) - und dem 5. März, dem Termin der Neuwahl des Reichstags (P. Ingbert Naab: "Die Flammenzeichen rauchen"), konnten noch zehn Ausgaben des - seit Jahresanfang zweimal wöchentlich erscheinenden - "Geraden Weges" vertrieben werden. Zwei von ihnen fanden besondere Aufmerksam-

keit bei den neuen Machthabern: Am 26. Februar veröffentlichte Gerlich einen Umsturzplan von Ernst Röhm, am 1. März konkretisiert durch den Abdruck des "Aufmarschbefehls" der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg. Am 23. Februar schrieb Gerlich einem Freund in der Schweiz: "Die Zustände bei uns sind trostlos. Man rechnet bestimmt damit, daß es nach der Wahl noch viel übler wird. ... Wir wissen von heute auf morgen nicht, ob wir landesflüchtig oder erschlagen werden."

IX

Mit der Erstürmung des Naturrechts-Verlags und der gleichzeitigen Verhaftung Gerlichs am Abend des 9. März 1933, der eine Haussuchung in seiner Wohnung folgte, war auch das Schicksal seines Blattes besiegelt. Gerlich hatte den drängenden Rat seiner Mitarbeiter, in die Schweiz zu fliehen, strikt abgelehnt. Georg Bell, der sich im Verlagsgebäude aufhielt, konnte zwar nach Österreich entkommen, wurde dort aber bereits am 3. April 1933, in Durchholzen bei Kufstein, von einem SA-Rollkommando ermordet. Am 13. März verbot Münchens neuer Polizeipräsident Heinrich Himmler den "Geraden Weg" "auf vier Wochen", kurz darauf "für dauernd".

Gegen den ohne Prozeß in "Schutzhaft" befindlichen Archivar leitete seine Behörde am 5. April ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung ein. Noch bevor es abgeschlossen war, wurde Gerlich, am 1. September, aus dem Staatsdienst entlassen; die Urkunde wurde ihm im Gefängnis zugestellt. Ab Dezember 1933 erhielt er Versorgungsbezüge zugesprochen (und seine Witwe ab 1948 Wiedergutmachungsleistungen).

Anfang 1934 waren seine Prophezeiungen über die Gefahr einer Herrschaft Hitlers bereits zum Teil eingetroffen, andere wurden in der Folge Wirklichkeit - ihr Verfasser aber vergessen. Dieser missionarische Publizist, der noch im Januar 1933 der Bayerischen Volkspartei beigetreten war, hatte viele Zeitgenossen, nicht zuletzt Katholiken, wegen seines Freimuts wie der Radikalität des von ihm angeschlagenen Tones schockiert. Sie teilten auch nicht seine extrem föderalistische und antipreußische Einstellung, waren keineswegs vergleichbar abendländisch gesinnt.

Die sechzehnmonatige Haft, die meiste Zeit im Polizeigefängnis in der Ettstraße, mit ihren Quälereien und Schikanen hat Gerlich, der sich mit viel geistlicher Lektüre beschäftigte, mit Märtyrergesin-

nung ertragen - von Mithäftlingen als Vorbild bewundert und verehrt. Seine Frau, die unter schweren Lähmungserscheinungen litt, durfte ihn nur in großen Abständen besuchen. Noch im Frühsommer 1934 plante Gerlich, eine Internationale Katholische Nachrichtenzentrale aufzubauen. Nach seiner Ermordnung in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1934, im Konzentrationslager Dachau, im Zusammenhang der Massenmorde des "Röhm-Putsches", wurden sein Leichnam verbrannt und die Asche verstreut. Bereits sieben Tage später brachte der "Tiroler Anzeiger" in Innsbruck einen langen Nachruf des Benediktiners Maurus Carnot aus Disentis, der die Mörder Gerlichs benannte: "Hitler und die vor und hinter ihm, rechts und links von ihm stehen!"
Erst am 26. Juli konnte Sofie Gerlich in zwei Münchner Zeitungen ("Statt Karten") "allen lieben Freunden meines Mannes" bekanntgeben, "daß mein herzensguter Gatte" im Alter von 51 Jahren gestorben sei; sie durfte aber weder den Tag, noch die Art, noch den Ort seines Todes erwähnen, auch nicht das Requiem in St. Bonifaz.
Am 5. August 1934 teilte ein namentlich nicht genannter, zeitweise mit Gerlich im gleichen Gefängnis inhaftierter Autor in einer Wiener Zeitung mit, was dieser ihm am 12. März 1933 gesagt hatte: Er würde zu denjenigen zählen, von denen Hitler erklärt habe, daß sie, "wenn er zur Macht käme, aufgehängt werden".

X

Gerlich und Naab sind in ihrem Kampf für "Freiheit und Recht"- im Sinne des Untertitels des "Geraden Weges" - unterlegen. Auch ist, im Vergleich mit anderen Opfern des Hitler-Regimes, ihr Vermächtnis nach 1945 wenig in das allgemeine Bewußtsein getreten. Ein Grund dafür lag offensichtlich darin, daß eine Auswahl von Artikeln Gerlichs und Naabs unter dem Titel "Prophetien wider das Dritte Reich" schon 1946 erschienen ist, übrigens ohne Hinweis auf eine bereits 1934 in Innsbruck erschienene Auswahl und die 1935 in Wien von Maurus Carnot veröffentlichte Würdigung Gerlichs.
Ein anderer Grund war der vom Herausgeber der "Prophetien", Johannes Steiner, in seinem Vorwort erwähnte "gewaltige Kraftstrom", den Gerlich und Naab aus der "nahen Berührung mit der Mystik" empfangen hätten; darüber aber müßten Aussagen "erst einer späteren Zeit vorbehalten" bleiben. Im Zusammenhang mit der Widmung von Steiners Dokumentation ("Den Freunden im

'Konnersreuther Kreis'") vermochten nur wenige Leser zu erahnen, was mit den Andeutungen über die "Mystik" gemeint war. So bleibt künftig zu klären, inwieweit sich Gerlich von bzw. durch Äußerungen von Therese Neumann in seinem konkreten Handeln hat beeinflussen lassen oder dadurch eher bestärkt worden ist.
Fritz Gerlich hat als einer der ersten den Aufstand des Gewissens gewagt. Er war sich der Konsequenzen seines Kampfes gegen den Nationalsozialismus und ein von Hitler geführtes Deutschland bewußt und in dessen Konsequenz zum Blutzeugnis bereit.

Max Josef Metzger (1887 - 1944)

"Es war mein ganzer Lebensinhalt, für die Reinheit, Heiligkeit und Einheit der Braut Christi zu wirken; nichts könnte meinem Leben einen sinnvolleren Abschluß geben, als wenn ich für den Frieden Christi im Reich Christi mein Leben hingeben dürfte" - Sätze aus dem Testament Metzgers, der nach langer Haft in der Todeszelle am 17. April 1944 hingerichtet worden ist. Dr. Metzger, Priester der Erzdiözese Freiburg, war am 14. Oktober 1943 vom Volksgerichtshof unter Vorsitz des Präsidenten Freisler wegen Feindbegünstigung gem. § 91b StGB zum Tode verurteilt worden, nachdem er seit 1942 von Gestapo und SD schärfer als bislang ins Visier genommen und am 29. Juni 1943 verhaftet worden war.

I

Dr. Metzger, international bekannt geworden durch seine Aktivitäten in der antialkoholischen Bewegung (Weißes Kreuz), durch die Friedensinitiativen 1917, durch die Errichtung der Christkönigs-Gesellschaft (seit 1928 in Meitingen, Diözese Augsburg) und durch die Gründung der ökumenisch ausgerichteten Una-Sancta-Bewegung, hatte 1940 sein Büro nach Berlin verlegt in der (eher naiven) Meinung, dort falle er weniger auf als in dem ländlich geprägten Meitingen, wo ihn jeder kannte.
Der Kriegsausbruch mußte dem überzeugten Pazifisten - er hatte jahrelang versucht, durch internationale Friedensarbeit die Völkerverständigung zu stärken - als Katastrophe erscheinen, zumal er bald sicher war, Deutschlands Schicksal sei angesichts der militärischen Übermacht der Feindseite besiegelt. Die Sorge um Deutschland brachte ihn in Kontakt zu informellen Kreisen der Opposition, eher lockeren Beziehungen. Es blieb bei mehr oder weniger unverbindlichen Gesprächen. 1942 lernte er den aus Freiburg i. Br. stammenden Dr. Richard Kuenzer, damals Legationsrat zu besonderer Verwendung im Auswärtigen Amt, kennen. In diese Gruppierung schob sich als agent provocateur ein angeblicher Schweizer Kaufmann, Großmann, der Grüße des im Schweizer Exil lebenden

Alt-Reichskanzlers Dr. Joseph Wirth übermittelte - in Wirklichkeit war es der für die Gestapo arbeitende Dr. Reckzeh, der 1943 u. a. auch die Verhaftung des Verlegers Peter Suhrkamp zu verantworten hatte.
Nach der Stalingrad-Katastrophe verfaßte Dr. Metzger ein Memorandum über die staatliche Neuordnung Deutschlands und die Einbindung der deutschen Nation in eine Weltfriedensordnung, hoffend, daß seine Argumente mäßigend auf die künftigen Sieger einwirken würden. Diese knappe Denkschrift war an den schwedischen (lutherischen) Erzbischof Eidem adressiert, den Metzger aus der ökumenischen Arbeit kannte. Der Bischof sollte das Memorandum in kirchlichen Kreisen, vor allem in der anglikanischen Kirche publik machen. Als Kurier diente sich eine Deutsche schwedischer Abstammung an, die seit kurzem sich der Una-Sancta-Bewegung angeschlossen hatte, freilich ein Lockspitzel des SD war. Mit ihr hatte Metzger seine Vorstellungen intensiv diskutiert. Er sollte nie erfahren, daß er auf fatale Weise betrogen worden ist.
Dr. Metzger bekannte sich während der über Monate dauernden Verhöre ohne Abstriche zu seiner Überzeugung, zusammenfassend in einer Darstellung vom 1. Oktober 1943 zu Händen des Oberreichsanwalts, wobei er die tödliche Gefahr überhaupt nicht erfaßte. Er wolle "nicht glauben", daß ihm seine Handlungsweise "ernstlich zum Vorwurf gemacht werden" könne. Er argumentierte aus einer ethischen Dimension, die in jener Zeit des totalitären Systems völlig ins Leere lief. Fast jeder Satz seiner Rechtfertigung konnte als Beleg für sein "verbrecherisches" Tun gemäß dem novellierten Strafgesetzbuch gelten, dessen Straftatbestände eben derartige Aktionen und Gesinnungen umschrieben. Die Diskrepanz von geradezu kindlich anmutender Haltung sowie Lageeinschätzung und der Realität nationalsozialistischer Terror-Justiz kann kaum größer gedacht werden. Es verwundert nicht, daß sein Verteidiger schon aufgrund der Aktenlage mit dem Todesurteil rechnete. Dr. Metzger, der bereits in den Verhören durch die Gestapo von gleicher Offenherzigkeit war, hatte sich hoffnungslos in die tödliche Maschinerie verfangen.
Wie aus den Berichten hervorgeht, hat Metzger sich bei den ersten Verhören offensichtlich auch seiner Verbindung zu Legationsrat Dr. Richard Kuenzer wegen aufs Glatteis führen lassen und, mit den Vernehmungsmethoden nicht vertraut, auf diese Weise Richard Kuenzer, den "badischen Landsmann", belastet. Dr. Kuenzer war noch im Juli 1943 verhaftet und in das Gestapo-Gefängnis Berlin, Prinz-Albrecht-Straße, eingeliefert worden, wo auch Dr. Metzger

inhaftiert war. Damit war der Gestapo der Einbruch in einen Kreis gelungen, der zu den wichtigsten Widerstandsgruppierungen zählte. Dr. Kuenzer galt bei der Gestapo als Kopf des Solf-Kreises, der durch Kontakte mit der militärischen Opposition den entscheidenden Schlag gegen Hitler führen wollte. Dr. Kuenzer blieb inhaftiert und wurde, während die Kämpfe um Groß-Berlin tobten, in der Nacht vom 23. zum 24. April 1945 durch ein SS-Kommando aus dem Gefängnis geholt und 'liquidiert'.
Die Verwicklung in den politischen Strafprozeß überlagert bis heute das gesamte Lebensbild von Dr. Metzger, zumal die Rolle, die der für ihn zuständige Ordinarius, Erzbischof Dr. Conrad Gröber, in dem Verfahren spielen mußte, kontrovers beurteilt wird. Darauf wird noch einzugehen sein.

II

Max Josef Metzger wurde am 3. Februar 1887 im badischen Schopfheim (am Ausgang des Wiesentals) als Sohn eines Realschullehrers geboren. Die Bevölkerung des Amtsstädtchens war überwiegend protestantisch. So wuchs der Bub in einer Diasporasituation auf, die seinen späteren Weg entscheidend prägen sollte. Die konfessionellen Gegensätze wurden - wie früher üblich - vor allem auf den schulischen und gesellschaftlichen Ebenen ausgetragen; ein hoher Grad von gegenseitiger Abschottung war gegeben. Der hochbegabte und hochsensible Metzger durchlief das Gymnasium mit Bravour. Die oberen Klassen absolvierte er am humanistischen Gymnasium in Konstanz, wo er zugleich als Alumne Aufnahme fand in das erzbischöfliche Gymnasialkonvikt (Konradihaus). Sein damaliger Rektor war Dr. Conrad Gröber. Sehr früh also kreuzten sich beider Lebensbahnen. Von Gröber stammt eine sehr einläßliche Beurteilung Metzgers für die Aufnahme in das Freiburger Theologische Konvikt (1905), die deutlich zeigt, daß Gröber eine sehr distanzierte Haltung zu dem Kandidaten hatte. Er charakterisierte ihn als zwar sehr begabten, aber auch unausgereiften und selbstherrischen Menschen, dessen Berufung zum Priestertum er nicht klar erkennen könne. Es bedürfe in Freiburg eines wachsamen Auges und einer festen Hand, solle aus Metzger ein guter Priester werden: eine, wie sich später zeigte, durchgehende Beurteilungslinie.
Über die engeren Disziplinen hinaus entwickelte der Student der katholischen Theologie vor allem geschichtliche Interessen, die er

in einem zweijährigen Studium an der katholischen Universität Fribourg in der Schweiz vertiefte. Diese junge Universität, von den Schweizer Katholiken finanziert, in einer Stadt auf der Grenze zwischen französischer und deutscher Sprache und Kultur, war besonders für die historischen Fächer bekannt. Der Student Metzger entdeckte jedoch auch soziale Probleme, die er zu lindern versuchte, und er knüpfte internationale Beziehungen. Vermutlich kam er auch schon mit dem Ideengut der katholischen Friedensbewegung in Berührung. Als er 1910 in das Priesterseminar St. Peter im Schwarzwald eintrat, war er ein entschiedener Anhänger der Abstinenzbewegung geworden, entschlossen, seine spätere pastorale Arbeit der Bekämpfung des Alkoholismus zu widmen. Wissenschaftliche Ambitionen verfolgte er nicht weiter - trotz einer guten Dissertation über "Zwei karolingische Pontifikalien am Oberrhein", die er 1910 mit dem Rigorosum abschloß.

Die Kaplanszeit führte den jungen Geistlichen nach 1911 u. a. auf Pfarreien in Mannheim und Karlsruhe, wo die Arbeiterseelsorge im Vordergrund stand und wo Metzger die Trinkerfürsorge vor Ort praktizierte, sich aber auch diözesanweit für die Ausbreitung der Abstinenzbewegung in der Form des "Katholischen Kreuzbündnisses" einsetzte. In den ersten Augusttagen 1914 brach bei Dr. Metzger die nationale Komponente durch. Er war von der gerechten Sache der Deutschen überzeugt, meldete sich spontan zur Militärseelsorge und durchlitt die schweren Kämpfe an der südlichen Vogesenfront. Hochdekoriert zog er sich infolge einer schlimmen Erkrankung im Frühjahr 1915 zurück. In diesen wenigen Kriegsmonaten reifte er zum überzeugten Pazifisten, wie er 1943 nach der Verhaftung durch die Gestapo niederschrieb: "Das Erlebnis des Weltkrieges hat in mir die feste Überzeugung wachgerufen, daß nur eine großzügige und weitschauende Friedenspolitik dem wahren Interesse des eigenen Volkes wie zugleich der Menschheit im ganzen diene. Das erregende Erlebnis des schließlichen Zusammenbruchs Deutschlands war mit eine Bestätigung für meine grundlegende Überzeugung, daß politisch nur richtig sein kann, was auch ethisch richtig ist."

Eine Plattform für überregionales Wirken bot sich Dr. Metzger im Herbst 1915, als er, gesundheitlich wiederhergestellt, von seinem Erzbischof für die internationale katholische Trinkerfürsorge beurlaubt wurde und in Graz als Generalsekretär des Katholischen Kreuzbündnisses in Österreich tätig wurde. Es ging ihm freilich um mehr als nur um Trinkerfürsorge - Graz sollte zur Keimzelle einer Volksheilzentrale werden. "Zentralstelle der Volkserziehung zur

Lebens- und Gesellschaftserneuerung auf katholischer Grundlage" - so lautet die Bezeichnung der Organisation. Totale Gesellschaftsreform unter katholischem Aspekt, die freilich nur bei Gewährleistung des inneren und äußeren Friedens möglich sei: Versöhnung der Klassengesellschaft und Versöhnung der Völker.
Als die Friedenssehnsucht 1916 unüberhörbar wurde und politische Aktivitäten gerade in katholisch-kirchlichen Kreisen bis hinauf zum Papst sich entfalteten, unterstützte Dr. Metzger von Österreich aus solche Bemühungen, verfaßte eine Reihe von Denkschriften, die sich im Mai 1917 zu dem berühmten Friedensprogramm verdichteten, das Metzger auch dem Papst in einer Privataudienz überreichen konnte. Noch im gleichen Monat gründete er den "Weltfriedensbund vom Weißen Kreuz" - all diese Vorgänge griff Roland Freisler 1943 im Prozeß auf, Dr. Metzger als einen Mann charakterisierend, "der schon 1917 - mitten im Krieg - in Österreich an einer Weltfriedensorganisation arbeitete, also, getreu Erzbergers Haltung in Deutschland, half, unsere Kriegsfront zu zermürben".

III

Die Lebensbahn Dr. Metzgers war vorgezeichnet: Über alle Differenzen, organisatorische Schwierigkeiten, auch wirtschaftliche Pleiten, herbe Enttäuschungen, Umgründungen, kurz: über alle Wechselfälle des menschlichen Lebens hinweg blieb Dr. Metzger seinen Zielen treu - nach dem Ersten Weltkrieg mehr denn je. In einer ungeheuren publizistischen Tätigkeit warb er für seine Sache, die ihm die Sache Gottes und der Menschen war.
Freilich: Dr. Metzger, Generalleiter der in Graz residierenden Bewegung "Weißes Kreuz", die sich der katholischen Inneren Mission verpflichtet wußte (Selbstinterpretation: "religiössoziale Arbeit im Dienste des sozialen und eucharistischen Königtums Christi"), hatte sich in größte wirtschaftliche, organisatorische und juridische Schwierigkeiten gebracht und zugleich das Klima unter den Geistlichen von Stadt und Diözese negativ aufgeladen, so daß im Herbst 1926 der Seckauer Fürstbischof zu Graz nicht mehr bereit war, das Gastrecht zu verlängern und beim Freiburger Erzbischof auf Abberufung Metzgers drang. Die Freiburger Kirchenbehörde erfüllte indessen Metzgers Wunsch, sein Werk nach Freiburg zu verlegen und es in Verbindung mit dem Deutschen Caritas-Verband weiter auszubauen, nicht, gab aber Unterstützung für die Verlegung nach Meitingen (Diözese Augsburg). Dr. Metzger blieb jedoch in seiner

Heimatdiözese inkardiniert, aber Augsburg wurde zum neuen Mittelpunkt seiner Gruppierung, der er, aus der liturgischen Bewegung kommend den Namen "Christkönigsgesellschaft vom Weißen Kreuz" gab. Metzger erschloß sich später ein weiteres Betätigungsfeld: die ökumenische Arbeit, die Versöhnung der christlichen Konfessionen. Die Una-Sancta-Ecclesia - die eine heilige Kirche Christi sollte nach Jahrhunderten der Trennung wieder zusammenfinden.
Dr. Metzger war seiner Zeit voraus, weit voraus. Er war ein Vordenker - und ein Vorkämpfer, den Boden für vieles bereitend. Er war ein scharfer Analytiker, vielleicht ein Utopist, dem manche realen Bezüge mangelten. Jedenfalls baute er in diesen Jahren vor dem Dritten Reich das internationale Renommee, das er seit 1917 genoß, weiter aus, knüpfte viele neue Kontakte. Was Wunder, daß dieser Mann, der die nationale Enge längst überwunden hatte, den neuen Machthabern äußerst verdächtig war. Bald - schon 1934 - griff die Gestapo zu, Dr. Metzger gleichsam ein Warnsignal setzend. Dabei hatte dieser Priester gerade in den ersten Monaten nach der sogenannten nationalen Revolution Hoffnung für eine nationale Erneuerung gehegt: Gesundung des Volkes - Überwindung der gesellschaftlichen Probleme - es war ihm manches in der Programmatik der Hitler-Partei vernünftig erschienen. Er wurde rasch eines Besseren belehrt und verfocht seine Ziele des Friedens in der Welt, in der Nation und unter den Konfessionen ohne Abstriche. In einer nachrichtendienstlichen Karteikarte ist er wie folgt charakterisiert worden: "Lt. Auskunft des Chefs der Sicherh. Pol. und des SD vom 13. 1. 41 ist M. Generalleiter der Christkönigsgesellschaft vom weissen Kreuz Meitingen bei Augsburg, die unter dem Deckmantel karitativer Bestrebungen eine ausgesprochene kath. Kampfgemeinschaft darstellt, gegen die wiederholt schärfstens vorgeschritten werden mußte. M. war seitens der Gestapo wiederholt festgenommen."
Das Freiburger Ordinariat erfuhr erst Mitte April 1943 von der Verhaftung. Die näheren Umstände und auch der Grund für die Inhaftierung waren nicht bekannt. Umgehend wurde der Leiter des Commisariats der Fuldaer Bischofskonferenz, Bischof Wienken, um Intervention gebeten. Nach mehreren Recherchen mußte Wienken am 22. September mitteilen, daß Metzgers Verfahren vom RSHA an den Volksgerichtshof abgegeben worden war und daß Anklage wegen Hochverrats erhoben werde, was in der Tat der Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 20. September zu entnehmen ist. Metzger wurde angeklagt, "während der ersten Hälfte

des Jahres 1943 in Berlin durch eine schriftliche Erklärung, in der er für den Fall der von ihm erwarteten Niederlage Deutschlands die Bildung eines unter dem Einfluß der Feindmächte stehenden demokratischen deutschen Staatenbundes vorschlug, zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu feindlichen Regierungsstellen in Beziehungen getreten zu sein und dadurch zugleich den Feind des Reiches begünstigt zu haben."

IV

Damit war höchste Alarmstufe gegeben. Erzbischof Gröber bat, für die Verteidigung Metzgers besorgt zu sein. In dem angesehenen Berliner Justizrat Dr. Dix wurde ein hervorragender Verteidiger gewonnen, der jedoch wenige Tage vor dem Prozeß nach Freiburg mitteilte: "Nur so viel darf ich sagen, daß der Fall doch recht schwer und gefährlich liegt und daß bei der geltenden Rechtsprechung mit der Möglichkeit der schwersten Strafe zu rechnen ist." Man müsse sich taktisch einstellen. So habe es z. B. keine Aussicht, einen Antrag auf Freispruch einzubringen. Was erreicht werden könne, sei lediglich eine mildere Strafe als die Todesstrafe. Dr. Dix kannte die Atmosphäre des Volksgerichtshofs und konnte Roland Freisler richtig einschätzen. Da Dr. Metzger, wie er aus der Aktenlage wußte, zu seiner Tat stand, ja sie sogar ausführlich rechtfertigte, besaß er von vornherein keine Chance. Erzbischof Gröber hatte auf Bitte von Dr. Dix ein wohlwollendes Gutachten über Dr. Metzger geschrieben, das mit großer Wärme und innerer Anteilnahme am Schicksal Metzgers abgefaßt ist und deutlich macht, daß Gröber seinen Diözesanpriester wirklich genau kannte - seit der Konstanzer Zeit. Seine Kernthese lautete: Metzger sei ein weltfremder Idealist und ein Hyperphilanthrop, der sich vielleicht verrannt habe, der aber unpolitisch sei und nur das Beste gewollt habe. Dr. Metzger erfuhr über seinen Schwager von Gröbers Bemühungen und schrieb ihm am 7. Oktober 1943 einen ausführlichen Brief, der den Adressaten freilich nie erreichte, sondern von der Gefängnisleitung einbehalten und zu den Prozeßakten genommen wurde. Metzger legte vor seinem Bischof Rechenschaft ab und brachte auch hier zum Ausdruck, es sei ihm um den Ausgang seiner Sache nicht bange, "wenn meine Handlungsweise in ihren tatsächlichen Beweggründen und Absichten gewürdigt wird." Er könne sein Schicksal vertrauensvoll in Gottes Hand geben. Er bat den Erzbischof, den Papst zu unterrichten, daß er nicht "aus uned-

len Motiven, sondern aus vaterländischem wie religiösem Idealismus heraus gehandelt habe, um den friedlichen Wiederaufbau zu sichern."
Der Erzbischof hatte einen Ordinariatsrat als Prozeßbeobachter nach Berlin entsandt, der den verurteilten Dr. Metzger nach der Verhandlung kurz sprechen konnte, diesem versichernd, der Erzbischof werde alles tun, um eine Begnadigung zu erwirken. Dr. Metzger war zwar pessimistisch, meinte jedoch, es müsse sogleich geschehen. Dr. Dix gab Instruktionen für die Abfassung des Gnadengesuches mit, das an den Reichsjustizminister und an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof zu richten war. Überdies erbat Dix von Freiburg telefonisch die Aufgabe eines Blitztelegramms an den Oberreichsanwalt, um die Aufschiebung der Hinrichtung zu ermöglichen.
Nun haben die Formulierungen in den Gröberschen Gnadengesuchen Aufsehen erregt, nachdem diese 1970 in einer Veröffentlichung aus der DDR publiziert worden waren (Klaus Drobisch), wie wir heute wissen, gesteuert vom Zentralkomitee der SED, in deren Zentralarchiv die Volksgerichtshofakten sich befanden. Gröber formulierte im Gnadengesuch an den Justizminister u. a.: "Ich bedaure sein Verbrechen aufs tiefste. Dennoch wage ich es, die Bitte an Sie zu richten, Gnade statt Gerechtigkeit walten zu lassen, weil der Verurteilte, wie meine persönliche Kenntnis und unsere Akten beweisen, ein Mensch ist, der trotz hoher Veranlagung immer in Extremen sich bewegt hat und in Verstiegenheiten sich erging, ohne die Tragweite seiner Ideen und Pläne zu kennen." Der Erzbischof schickte darüber hinaus auch an Freisler einen Brief, dessen Inhalt - für sich genommen und isoliert betrachtet - nur schwer zu rechtfertigen ist: "Ich bedaure aufs allertiefste das Verbrechen, dessen er sich schuldig gemacht hat. Wenn ich ihn in meinem an Herrn Rechtsanwalt Dr. Dix gerichteten Schreiben als Idealisten geschildert habe, so geschah es, ohne daß ich irgendeine Kenntnis des von ihm verbrecherisch Unternommenen hatte. Ich lege Wert darauf, Ihnen das mitzuteilen, weil es mir völlig fern liegt, seine Tat in das Gebiet des Idealismus, wie ich ihn geschildert habe, einzubeziehen." Schwer zu rechtfertigen in der Tat, und doch muß der Historiker sich bemühen, auch ein solches Schreiben aus dem Zusammenhang zu erklären. Der Erzbischof, von seinem Ordinariatsrat über die unvorstellbare Härte der Verhandlungsführung Freislers informiert, hat wohl geglaubt, er müsse diesen Fußfall vor Freisler machen, um für das Gnadengesuch ein günstigeres Klima zu schaffen.

Gröbers Distanzierung hätte demnach eine taktische Funktion gehabt. Zu beweisen ist dies freilich letztlich nicht. Doch hat meine Vermutung viel für sich. Denn der Freiburger Oberhirte ließ in der Folge nichts unversucht, Dr. Metzger vor dem Fallbeil zu retten: Der päpstliche Nuntius in Berlin wurde eingeschaltet, sogar der Papst intervenierte für Dr. Metzger. All dies ohne Erfolg. Der zum Tod Verurteilte mußte ein halbes Jahr auf den letzten Gang warten, Tag für Tag schwerster seelischer Belastung ausgesetzt. Es lag im Ermessen der Gestapo, die möglichst viele Informationen aus Metzger herauszupressen versuchte, wann die Exekution angesetzt wurde.

V

Selbst die erbetene Hafterleichterung, nämlich ihn von der Handfesselung zu befreien, wurde nicht gewährt. Dr. Metzger, der in seiner Christkönigsgesellschaft Bruder Paulus genannt wurde, ertrug in der Nachfolge des Apostels Paulus die Monate in der Todeszelle, anderen Trost spendend, auf den Tod vorbereitet, den er als persönliches Opfer für den Frieden der Welt und für ein friedliches Deutschland begriff. So konnte er im Januar 1944 noch dichten:

Mutter Deutschland!'
Die Du getragen mich im Mutterschoße,
Aus deren Herzen floß mein warmes Blut,
Die mir bestimmt' des Lebens Schicksalslose,
An deren treuer Brust ich froh geruht.
Dir, Mutter, bleib' ich wandellos verbunden,
Wohin auch dunkle Sphinx mich führen mag.
Ich teile Deinen Stolz und Deine Wunden,
Ich halt' zu Dir, auch an dem schwarzen Tag.

Am 17. April 1944 um 13.30 Uhr wurde Dr. Metzger die unmittelbar bevorstehende Hinrichtung eröffnet. Um 15.26 Uhr fiel das Beil. Er war der Dreißigste an diesem Tag. Der Verurteilte sei ruhig und gefaßt gewesen, vermerkt das Hinrichtungsprotokoll. Die Leiche wurde wider Erwarten zur Bestattung freigegeben. In aller Stille fand Dr. Metzger auf dem Brandenburger Friedhof sein Grab. 1946 wurde die sterbliche Hülle feierlich auf den St.-Hedwigs-Friedhof in Berlin überführt, und 1968 durften die Mitglieder der Christkönigsgesellschaft ihren Gründer nach Meitingen heimholen.

Ein besonderer Ort des Gedenkens und des immerwährenden Gebets für die Ziele Dr. Metzgers ist dieser kleine Kreis der Societas Christi Regis in Meitingen (heute in der kirchenrechtlichen Form eines Säkularinstituts gefaßt). Das Werk von Dr. Metzger freilich blieb stets lebendig, wie bescheiden auch die Zahlen anmuten mögen, und seine Saat ist aufgegangen - auch auf dem kargen Acker der modernen Gesellschaft, die anscheinend in ihrer Weltverlorenheit auch Gott vergessen hat.

Zu bedauern bleibt indes, daß das erinnernde Gedenken über viele Jahre hinweg bis in die jüngste Zeit instrumentalisiert und ideologisch aufgeladen worden ist. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen ist vielleicht symptomatisch, daß anläßlich der 50. Wiederkehr der Hinrichtung Metzgers am 17. April 1994 Versuche, einen Platz im ehemaligen Wohnumfeld Metzgers in Berlin (Ost) nach dem Blutzeugen zu benennen, gescheitert sind.

Maximilian Kaller (1880-1947)

"Da ich..., menschlich gesprochen, ganz ins Ungewisse hineingehe, ohne jede menschliche Hilfe, ich also mich ganz auf Gott verlassen muß, glaube und hoffe ich, daß dieser mein Wille dem Willen Gottes entspricht."

Der Bischof schrieb dies im Jahre 1942 an den Päpstlichen Nuntius Cesare Orsenigo in Berlin - betroffen von dessen provozierender Bemerkung, "daß die Zeit der großen Opferbereitschaft anscheinend vorüber sei" - in einem Brief, in dem er sich, unter Verzicht auf sein Amt, erbot, als Priester die Seelsorge an den todgeweihten jüdischen Christen im Konzentrationslager Theresienstadt zu übernehmen.
Alle seine kirchlichen Ämter hatte er im Bewußtsein, ins Ungewisse hineinzugehen, übernommen, zugleich im unerschütterlichen Glauben, sich nur auf Gott verlassen zu können und zu müssen: der 25Jährige, als er als Pfarradministrator nach Bergen auf Rügen in eine über die ganze Insel zerstreute Missionsgemeinde geschickt wurde, die aus Angst vor "konfessionellen Zwistigkeiten" keinen eigenen Seelsorger wollte und seit mehr als zwei Jahrzehnten auch nicht bekommen hatte, - 1917, als er, statt die Pfarrei Greifswald zu übernehmen, um die er sich beworben hatte, in das hungernde Berlin als Pfarrer der nach St. Hedwig ältesten und größten Pfarrei St. Michael berufen wurde, - 1926, als er zum Leiter der Apostolischen Administratur Tütz ernannt wurde, den vier von einander getrennten Restteilen der 1920 beim Deutschen Reich verbliebenen Diözesen Posen und Kulm, - 1930, als ihn das Domkapitel in Frauenburg, nur dem Wunsch des Heiligen Stuhles folgend, mit knapper Mehrheit zum Bischof von Ermland gewählt hatte und er vom älteren Klerus mit Reserve empfangen wurde, - und 1945, als er, von der SS aus Frauenburg nach Danzig verschleppt und dort durch die Gestapo ausgewiesen, heimatlos Unterschlupf im Kloster der Grauen Schwestern in Halle a.d. Saale fand.
Einmal, bei seiner Abschiedspredigt von St. Michael, formulierte er seine Befindlichkeit: "Wohin führt mich mein Weg? Ich weiß es nicht. In ein unbekanntes Gebiet, zu unbekannten Menschen, aber

zu unsterblichen Seelen, die Gott mir anvertraut hat. Gott der Herr hat mir dieses Amt verliehen. Kenntnis und Fähigkeiten bringe ich dafür nicht mit. Er aber muß wissen, wofür er mir dieses Amt gab. Er, der Allmächtige, wird mir Kraft geben, mein Amt zu versehen. Ihm übergebe ich mich ganz. Er hat mich bisher wunderbar geführt, Er wird mich weiter führen. Ihm vertraue ich, aber auch euch, meine lieben Pfarrkinder." - Dieses Gottvertrauen, zeit seines Lebens täglich in einer frühen Gebetsstunde vor der hl. Messe und oft in langen Nachtstunden neu erfleht, ließ ihn zum Bahnbrecher moderner Seelsorgsmethoden werden. "Laienapostolat", "Katholische Aktion", "Wandernde Kirche" sind in Deutschland mit seinem Namen verbunden. Durch dieses Gottvertrauen reifte er zu der großen mitreißenden Priesterpersönlichkeit heran, für die die "excelsa fidelitas", die hochherzige Treue und Verläßlichkeit, in der Nachfolge Christi Maßstab seines Dienstes vor Gott und an den Menschen war. So konnte er sich schließlich als heimatloser Flüchtlingsbischof für die ihm anvertrauten Millionen von Vertriebenen verzehren, er, der genauso armselig lebte wie sie, der seitens der Behörden und seiner Amtsbrüder dieselben Demütigungen erfuhr wie sie in den Dörfern Mittel- und Westdeutschlands - und sie klaglos ertrug - und der ihnen durch sein Beispiel und selbst durch die herbe Predigt des Kreuztragens neuen Lebensmut zu vermitteln vermochte. - Bei seinem plötzlichen Tode weinten die ermländischen Priester an seinem Grabe, und es weinten die Menschen, für die er der einzige war, der ihnen Hoffnung gab.

I

Max Joseph Johannes Kaller, am 10. Oktober 1880 in Beuthen als zweites von acht Kindern geboren und in einer Kaufmannsfamilie des oberschlesischen Industriereviers aufgewachsen, brachte als väterliches Erbe praktischen Sinn und Organisationstalent, Arbeitsdisziplin, Zielstrebigkeit und soziale Sensibilität mit, als mütterliches Erbe eine tiefe franziskanische Frömmigkeit. Er war ein schlichter, unauffälliger und bescheidener Mensch - so auch im Nachhinein der Eindruck seiner Konsemester im Priesterseminar, denen er nur als der Benjamin ihres Kurses in Erinnerung war, der mit noch nicht 23 Jahren am 20. Juni 1903 mit Altersdispenz in Breslau zum Priester geweiht wurde. Als junger Kaplan in Groß Strehlitz verausgabte er sich völlig und zog sich im Beichtstuhl ein schweres Rheumaleiden zu. Nach einem längeren Kuraufenthalt in Bad Land-

eck schickte ihn die bischöfliche Behörde im Dezember 1905 als Administrator der Missionsstation Bergen auf die Insel Rügen - wohl in der Annahme, daß diese Seelsorgestelle auch für einen Rheumakranken eine Sommerfrische sei - , und seine Kursgenossen im Breslauer Priesterseminar fragten sich, was er wohl verbrochen habe, daß er in die Wüste geschickt werde. Die Missionsstation umfaßte die gesamte Insel mit ihren 325 Orten, in denen 200-300 Katholiken verstreut lebten, die drei Monate lang seinen Gottesdienst boykottierten. Hinzu kamen 2000-3000 polnische Schnitter, die auf 68 Gütern arbeiteten, sowie eine steigende Zahl von mehreren Hundert Badegästen in den Sommermonaten.

Als er 12 Jahre später die Insel verließ, war Bergen (seit 1908) eine ordentliche Pfarrei mit einer erheblich erweiterten Kirche (1912), deren Baufinanzierung Kaller selbst organisiert hatte; dasselbe galt für die neuen Kirchen in Bad Sellin (1912) für die Badegäste und in Gartz (1913) als Zentrum der Schnitter-Seelsorge. Darüber hinaus fanden an fünf weiteren Orten Sonntagsgottesdienste statt, an acht Orten erteilte der Pfarrer Religionsunterricht für deutsche und polnische Kinder; er hatte in Bergen das Ewige Gebet eingeführt und mehrere Volksmissionen abhalten lassen. Der Kommunionempfang war von 730 im Jahre 1906 auf 12 000 im Jahre 1916 gestiegen, die Taufen im gleichen Zeitraum von 19 auf 217.

Kaller selbst sah "das Geheimnis meiner Wirksamkeit" in der Führung eines "status animarum". Bei seiner Ankunft in Bergen hatte er keinerlei Unterlagen über seine Gemeinde vorgefunden. Er mußte sie zusammensuchen, jede einzelne Familie wie auch die polnischen Schnitter, bei deren Gutsherren er erreichte, daß sie von der Arbeit am Sonntag zum Besuch des Gottesdienstes freigestellt wurden und, soweit erforderlich, auch eine Fahrgelegenheit erhielten. Hinter der Führung der Namenskartei wird der Seelsorger sichtbar, der jedem Einzelnen nachging. Er verließ die Insel in der Gewißheit, daß auch der letzte Schnitter seiner Osterpflicht nachgekommen war. Um mit den Kurgästen in Kontakt zu kommen, gründete er in Bad Sellin einen "Strandclub", in dem sich während der Saison jeden Montag abend bis zu 150 von ihnen mit dem Pfarrer trafen. Sie waren es dann auch, die nicht unerheblich zur Finanzierung der drei Kirchenbauten beitrugen.

Auf Rügen begegnete ihm die Diaspora in ihrer ganzen Gefahr, aber auch in ihren großen Möglichkeiten. Er erlebte das soziale und moralische Elend der entwurzelten Schnitter und wurde ihr treuester Anwalt und Helfer. Ihretwegen hatte er Polnisch gelernt;

er traute sie ohne die während des Krieges nicht zu beschaffenden Papiere und nahm die Strafe des Amtsgerichts auf sich.

II

Auf Rügen hat Kaller sein Seelsorgskonzept entwickelt, das sich auf allen seinen weiteren Stationen - so unterschiedlich sie im religiösen und sozialen Milieu als auch in der Größe des Aufgabenbereichs waren - als fruchtbar und ausbaufähig erwies: ebenso in der Gemeinde St. Michael in Berlin-Kreuzberg, in der die Mehrzahl der 17 000 Katholiken unter ca. 150 000 Nichtkatholiken "im Seitenflügel oder Quergebäude eines der Hinterhäuser, meist in den obersten Stockwerken oder im Keller hausten", mit einem hohen Anteil an Arbeits- und Obdachlosen sowie Gestrandeten ("Die Armut ist ein Zeichen unserer Gemeinde"), wie auch als Bischof des eigenwüchsigen, selbstbewußten Bistums Ermland mit einer bäuerlich traditionell-katholischen Bevölkerung.
Anregungen hatte er in dem Buch "Großstadtseelsorge" des Wiener Pastoraltheologen Heinrich Swoboda gefunden, der die Probleme der Pastoral in der anonymen Industriegesellschaft zum ersten Mal benannt hatte. Er verglich die Großstadtseelsorge mit einem "wohlgepflegten Leitungsnetz, welches das Wasser bis in die letzte Dachstube und in den tiefsten Keller führt." Was Pfarrer Kaller auf Rügen als Einzelkämpfer erfolgreich praktiziert hatte, nämlich sich um jeden Einzelnen - um "die unsterbliche Seele" - zu kümmern und sich schriftlich davon Rechenschaft zu geben, erweiterte er jetzt zum "Laienapostolat". Er hatte den Mut, seinen "lieben Pfarrkindern", aber auch seinen Mitarbeitern, "große Opfer aufzuerlegen", ihnen "Mühen, Sorgen und Widerwärtigkeiten in großer Zahl zuzumuten", aber ihnen auch zuzusagen, daß sie so "in wachsender Liebe zu Jesus Christus" die Kraft finden würden, ohne "Schwarzseherei", stets "mit fröhlichem Mut ans Werk zu gehen." Er teilte die Riesengemeinde in 40 Haupt- und je acht Unterbezirke, für die jeweils Laienhelfer zuständig waren. Jeder der 320 Helfer hatte wöchentlich 15 Kirchen- und Pfarrblätter in 3-5 Häuser zu tragen und dabei den Kontakt mit den Gemeindemitgliedern herzustellen und sie laufend zu den Gottesdiensten und Veranstaltungen der Gemeinde einzuladen. Bei dieser Laienseelsorgshilfe integrierte er die vielen Pfarrvereine, Gruppen, Standes- und Zweckverbände in die Gesamtaufgaben der Pfarrei, brachte Leben in die Gemeinde und machte jene großen pastoralen und caritativen Initiativen möglich

wie die erste öffentliche Fronleichnamsprozession in Berlin 1922, das Krankentriduum, in dem mehrere Hundert Kranke und Behinderte in die Kirche zum Gottesdienst gebracht und tagsüber betreut und beköstigt wurden. In der Not der Kriegs- und Nachkriegsjahre richtete er Werkstätten für die Arbeitslosen ein und eine "Volksküche", in der täglich bis zu 400 Hungrige - ohne Rücksicht auf die Konfession - beköstigt wurden; hinzu kamen die Schulspeisung und die Betreuung von Obdachlosen, Asozialen und Strafentlassenen. "Als Mitte und Ziel jeden Apostolats" forderte Kaller "die eucharistische Verbundenheit mit dem Herrn", die möglichst tägliche Teilnahme der Helfer am heiligen Opfer, die Vertiefung des religiösen Lebens durch Einkehrtage und Exerzitien und eine intensive religiöse Schulung und Fortbildung. - Als Grundlage systematischer Pfarrarbeit legte Kaller auch hier eine Haupt- und eine Reihe von Nebenkarteien an, in der auch die caritativen Notwendigkeiten erfaßt wurden.

1922 hielt er beim "Lehrgang für Caritashilfe in der Seelsorge" in Essen ein Referat über den organisatorischen Aufbau der "Laienhilfe in St. Michael", das in der ersten Nummer der Zeitschrift "Die Seelsorge" im April 1923 als Leitartikel erschien. 1926 veröffentlichte er dann seinen Bericht über "Unser Laienapostolat in St. Michael-Berlin", eine nüchterne Bilanz 9jährigen Bemühens und ein begeisternder Aufruf zum weiteren Ausbau des Laienapostolats, der große Beachtung und Anerkennung im deutschsprachigen Raum fand, aber auch Aufsehen erregte wegen des schonungslosen Realismus in der Offenlegung der pastoralen Situation: "Zwei Drittel stehen mehr oder minder abseits vom religiösen Leben"; 58 % der Ehen sind Mischehen, in denen 66 % der Kinder evangelisch getauft sind - alles mit exakten Zahlen belegt. Die dem Buch zugrundeliegende Wirklichkeit und das in wenigen Jahren sich zu hoher Blüte entfaltende Gemeindeleben in St. Michael bewahrheiteten das vom jungen Pfarrer Kaller für sein Exlibris gewählte Motto: "In Deo meo transgrediar murum" (Mit meinem Gott übersteige ich Mauern) (Ps 18, 30).

III

Als 1933 die nationalsozialistischen Angriffe gegen die Kirche nicht mehr zu übersehen waren und die Fuldaer Bischofskonferenz Auswege aus der schwierigen Situation diskutierte, schlug Kaller als aussichtsreichen Weg vor, die Seelsorge auf dem Fundament

der Katholischen Aktion aufzubauen, wie sie Papst Pius XI. verkündet hatte, mit aktiven Laienhelfern in den Pfarrgemeinden, einem Diözesanausschuß, der diesen Laienaktivitäten Richtungsweisung und Schulungsmöglichkeiten gibt, und einem Zentralausschuß für alle Diözesen, der den Gedankenaustausch fördert sowie Material, Auskunft und Rat zur Verfügung stellt. In der Aussprache darüber dominierte bei den Bischöfen Pessimismus, Vorsicht und ängstliche Sorge. Der Erzbischof von München, Kardinal Faulhaber, fragte: "Wird seitens der Reichsregierung die Katholische Aktion überhaupt anerkannt? ... Es werden vielleicht die Machtmittel des Staates eingesetzt werden." Die Mehrzahl der Bischöfe wie auch die deutschen Katholiken waren im allgemeinen überzeugt, daß die Katholische Aktion in der großen Zahl der kirchlichen Vereine und Verbände bereits im Sinne Papst Pius' XI. verwirklicht sei. Als letztere Ende 1936 aufgelöst wurden, "hatten die Bischöfe die Schlacht verloren" (W. Adolph).

Im Ermland - als einzigem deutschen Bistum - hatte Bischof Maximilian seit seinem Amtsantritt Ende November 1930 den Aufbau der Katholischen Aktion als Laienapostolat in diözesanem Maßstab vorbereitet und zur Grundlage der gesamten Seelsorgsarbeit gemacht. Dazu gehörten der Bau des seit Jahren geplanten neuen Priesterseminars in Braunsberg 1931/32, die Gründung des "Ermländischen Kirchenblattes" und die Abhaltung einer Diözesansynode 1932, die Durchsetzung der päpstlichen Bestimmungen über die Frühkommunion der Kinder und sein Eintreten für den häufigen Sakramentenempfang. Seit Beginn des Jahres 1933 propagierte der Bischof seine konkrete Konzeption der Katholischen Aktion in Hirtenbriefen, in Predigten - vor allem bei den großen Diözesanwallfahrten, bei denen neben dem Bischof auch ein Priester und ein Laie dies Thema ansprachen - , in Priester- und Dekanatskonferenzen und gemeinsamen Tagungen von Priestern und Laien.

Die "Leitsätze zur Gewinnung und Formung der Laienapostel der Katholischen Aktion" sahen die Pfarrgemeinde in drei konzentrische Kreise gegliedert: die Gesamtgemeinde mit ihren vier Lebensständen - Männern, Frauen, Jugend, Kinder - , für die je ein feststehender Sonntag im Monat mit Gemeinschaftsgottesdienst und Kommunionempfang festgesetzt wurde, der engere lebendigere Kreis der Mitglieder der Vereine und als dritten die Kernschar der eigentlichen Laienapostel. Die gesamten Seelsorgsaufgaben faßte der Bischof in der von ihm selbst geleiteten "Bischöflichen Arbeitsstelle für die kirchlich-seelsorglichen Angelegenheiten" zusammen und verteilte deren Arbeit auf 16 ehrenamtliche Diözesanämter -

von der Männerseelsorge über die liturgische bis zur Pressearbeit, die von Priestern und Laien wahrgenommen wurden. Diese Ämter übernahmen dann fast ohne Probleme die Arbeit der völlig lahmgelegten kirchlichen Verbände. Es wurden Richtlinien für die Arbeit auf Dekanats- und Pfarrebene herausgegeben, vor allen aber Schulungsbriefe für die religiöse Bildung einzelner Gruppen von Laien an jede Gemeinde versandt, Kurse für Laienkatecheten und Katechetinnen veranstaltet, Exerzitien, Einkehrtage, Werkwochen angeboten, Kinderseelsorgestunden und Jugendstunden zur Ergänzung und bald als Ersatz des schulischen Religionsunterrichts angeordnet. 1937 gab der Bischof einen "Vorkatechismus" zur religiösen Unterweisung der Vorschulkinder heraus. Als Handreichung für die mütterliche Hauskatechese erschienen im "Ermländischen Kirchenblatt" abwechselnd von einer Mutter und einem Priester ausgearbeitete praktische Katechesen unter dem Titel "Die Mutter lehrt". Für die Kinder der verstreuten ostpreußischen Diaspora, die zum Teil ohne jeden Religionsunterricht aufgewachsen waren, wurden zwei Kommunikantenanstalten in Insterburg und Lyck errichtet, in die die Kinder für mehrere Monate unentgeltlich aufgenommen und auf die Erstkommunion vorbereitet wurden. Im Jahre 1938 kam das neue ermländische Gesang- und Gebetbuch "Lobet den Herrn" heraus. Es verband die reiche ermländische Tradition mit den Anliegen der liturgischen Erneuerung. Das in der Diözese seit alters gepflegte Vierzigstündige Gebet ergänzte der Bischof 1934 um das "Ewige Gebet" und erreichte damit, daß eine ständige Tag- und Nachtanbetung vor dem Allerheiligsten in der Diözese im Wechsel der Pfarrgemeinden stattfand.

1938 erbat Papst Pius XI. auf Grund des amtlichen Status-Berichts von Bischof Kaller einen ausführlichen Sonderbericht über die Entwicklung, die Formen und den Stand der Katholischen Aktion im Ermland. Darin nannte Kaller abschließend als "kostbarste Frucht aller Mühe der vergangenen Jahre": "Bischof und Priester, Klerus und Volk sind zu einer engeren Lebens- und Arbeitsgemeinschaft zusammengewachsen. Es ist ein großes gegenseitiges Vertrauen, Freudigkeit und Beweglichkeit bei der Arbeit im Reiche Gottes, man darf wohl sagen, die Liebe ist größer geworden", und er schloß seinen Bericht mit einem Zitat von Kardinal John Henry Newman: "Die Zeit ist voller Bedrängnis. Die Sache Christi liegt wie im Todeskampf. Und doch - nie ... war seine Nähe spürbarer, nie sein Dienst köstlicher als jetzt."

Als 1933 die vom Dritten Reich angeordneten Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit Hunderttausende von Jugendlichen in

Bewegung setzten - im Arbeitsdienst, in der Landhilfe und im Landjahr - , machte Kaller als erster auf die Gefahr aufmerksam, die das Herausgerissenwerden aus familiären und heimatlichen Bindungen für die Bewährung des Glaubens bedeutet, zumal angesichts der nationalsozialistischen Indoktrination in den Lagern. Als Pfarrer von St. Michael-Berlin hatte er zu Beginn der 20er Jahre die Erfahrung gemacht, daß jährlich fast ein Viertel der Familien und Einzelpersonen weg- oder neu hinzuzogen. Damals hatte er den Laienaposteln die wichtige Aufgabe übertragen, sich um die abwandernden Kirchenmitglieder zu kümmern, vor allem aber sich der Zugezogenen anzunehmen. "Die Wandernden sind das ständige Gericht der Gemeinde: die Abwandernden das Gericht über den Glauben, die Zuwandernden über ihre Liebe."
Jetzt prägte er den Namen "Wandernde Kirche" und schuf in seiner Diözese schon seit dem Sommer 1933 eigene selbständige Seelsorgsbezirke, da die Jugend- und Arbeitsdienstlager überwiegend in den landschaftlich reizvollen, aber kirchenfernen Gegenden eingerichtet wurden. Auf seine Initiative beschloß die Fuldaer Bischofskonferenz 1934 die Errichtung einer Zentralstelle für außerordentliche Seelsorge in Berlin, die die Meldungen der Pfarrämter über die Dienstverpflichteten an das neue zuständige Pfarramt weiterleiten sollte. 1937 erschienen die von Kaller erarbeiteten "Allgemeinen Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der kirchlichen Sorge für die Wandernde Kirche", die in fast allen deutschen Diözesen als verpflichtend in Kraft gesetzt, aber nur in geringem Umfang durchgeführt wurden. Das veranlaßte ihn, 1940 im Priester-Jahrheft des Bonifatiusvereins einen dramatischen Appell an die Priester zu richten: "Wachsende Sorge um die Wandernde Kirche". Er beklagte die Resignation der Seelsorger, "unsern eigenen Mangel an Glauben, unsern Unglauben!" Seit Kriegsbeginn habe sich die vorübergehende Wanderung der Jugend auf die von Jahr zu Jahr zunehmende Umsiedlung und Rückwanderung ganzer Volksteile verlagert. "Dieser Vorgang ist von solcher Tragweite, daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Bezeichnung Wandernde Kirche einmal als der charakteristische Name der Kirche der Gegenwart angesehen wird... Ist es zuviel behauptet, daß durch die Wanderung in wenigen Jahren unsere ganze Kirche in Deutschland völlig umgeschichtet wird? Es ist an der Zeit, daß wir diese Wirklichkeit erkennen, unsere Verantwortung spüren und unsere Seelsorge danach ausrichten." Kaller mahnte eine neue Sicht der Gesamtseelsorge an: "Wir müssen darauf ausgehen, Christen zu erziehen, die nicht von dem Halt ihrer Umgebung, sondern von der

Kraft ihrer eigenen Entscheidung für Christus leben, ... daß sie Boten Gottes, in irgendeiner Weise Gesandte Christi in dieser Welt sind."
Er selbst hat das in seinem Bistum zu verwirklichen versucht. "Diaspora-fähig", d. h. reif für die Bewährung des Glaubens ohne den Halt der Heimat und ihrer Überlieferungen, zu werden, war das Thema seiner Hirtenbriefe und Predigten, als ahnte er, daß die Zeit nicht fern sei, da auch seine Diözesanen durch Flucht und Vertreibung heimatlos Wandernde würden.

IV

Auch als Leiter der Apostolischen Administratur Tütz blieb Kaller in erster Linie Seelsorger - so imponierend auch die Zahl der schulischen und caritativen Einrichtungen ist, die er in den kurzen vier Jahren ins Leben rief: zwei Schülerheime, eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule und die Landvolkshochschule Marienbuchen, Caritashäuser und Schwesternstationen. Nach zähen Verhandlungen hatte er schon im ersten Jahr seiner Tätigkeit seinen Amtssitz von dem entlegenen Städtchen Tütz nach der neuen Provinzhauptstadt Schneidemühl verlegt, dessen große Pfarrei Hl. Familie er selbst übernahm.
Kaller brauchte den direkten Kontakt mit den Menschen; durch seine persönliche Zuwendung und Liebenswürdigkeit gewann er schnell ihre Herzen, so auch im Ermland. Seine "geliebten Diözesanen" gewöhnten sich bald daran, ihn auch ohne jeden offiziellen feierlichen Anlaß in ihrer Kirche auf der Kanzel oder im Beichtstuhl zu erleben. Jedes Jahr hielt er in zwei großen Gemeinden die Fastenpredigten. Jede Einladung, die ihm Gelegenheit gab, den Menschen etwas zu sagen, nahm er an, und seine offene praxisnahe Sprache überzeugte. Die Jugend begeisterte er, ob es der "Jungborn" war, der abstinente, linksorientierte, pazifistische Jugendbund der Werktätigen, zu deren Programm er beim Bundestag in Allenstein 1931 herzerfrischend Stellung nahm, oder die ermländische Jugend, der er in Josef Lettau einen begnadeten Diözesanjugendpräses gab und als Zentrale der Bistumsarbeit das bischöfliche Residenzschloß Heilsberg schenkte.
Ein erheblicher Teil des Klerus war durch die Unruhe stiftenden Aktivitäten verunsichert. Mit der ihm eigenen Energie und Zielstrebigkeit übertrug der Bischof seine Erfahrungen mit der aufgeschlossenen Großstadtgemeinde wohl zu stürmisch auf das so an-

ders geartete, unbeweglichere ländlich katholische Ermland, unterschätzte wohl auch die vorhandene solide religiöse Substanz bei Klerus und Volk und griff - allein gelassen - schon mal bei der Wahl seiner Mitarbeiter und Ratgeber daneben. Von den Priestern in der weiten Diaspora wurde er schnell angenommen und fühlte sich dort verstanden, besonders in Königsberg, wohin es ihn oft zog: in die beiden Pfarreien, die er in den nächsten zehn Jahren um weitere drei vermehrte, und besonders auch in die katholische Studentengemeinde. Mehr Zeit brauchten die Pfarrer im katholischen Kernland der Diözese, um sich durch seine lautere, tieffromme Priesterpersönlichkeit, durch seine Güte und Demut überzeugen zu lassen und zu erkennen, daß sein bischöflicher Wahlspruch "Die Liebe Christi drängt mich" (2. Kor. 5,14) die Triebfeder seines rastlosen Seelsorgsdienstes war. Die gemeinsame politische Bedrängnis brachte Bischof und Klerus bald noch enger zusammen.

V

Seit 1931 hatte Kaller anläßlich der Reichstagswahlen in seinen Kanzelaufrufen den Nationalsozialismus vehement verurteilt und im März 1933 - entgegen aller Übung - direkt zur Wahl des Zentrums aufgerufen, zudem in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln vor der Gefahr des staatlichen Dirigismus, besonders auf dem Gebiet der Kulturpolitik und Jugenderziehung, gewarnt. Dahinter standen theologische Bedenken; politisches Kalkül ging ihm völlig ab. Walter Adolph, der kirchenpolitische Sachbearbeiter des Berliner Bischofs Konrad Graf von Preysing, sagt in seinen "Aufzeichnungen", daß sein ehemaliger Religionslehrer "eine viel zu einfache und gradlinige Natur (war), um das komplizierte kirchenpolitische Spiel mit der Taktik und der Intrige voll zu verstehen". Nur Seelsorger, gewohnt, arglos und gutgläubig voll Vertrauen auf die Menschen zuzugehen, war er in der Gefahr, vor allem in der Zeit des beginnenden, aber offiziell noch verdeckten Kirchenkampfes mißbraucht zu werden. Ausgerechnet Nuntius Cesare Orsenigo, der sich bemühte, den Bruch der Kirche mit dem Nationalsozialismus zu vermeiden, forderte Kaller bald nach der Machtergreifung auf, "etwas zu tun", um die Spannungen zwischen Staat und Kirche zu beseitigen. Der Bischof erblickte darin eine Weisung von Rom und "konnte gar nicht anders handeln, wie ich gehandelt habe", nämlich in seinen Reden jetzt zur aktiven Mitarbeit im Dritten Reich aufzufordern und sogar anläßlich des Konkordatsabschlusses dem ost-

preußischen Gauleiter Erich Koch ein Glückwunschtelegramm zu schicken. Im Sommer 1934 von Walter Adolph darauf angesprochen, sagte er: "Heute habe ich jedes Vertrauen zum Nuntius verloren und lasse zum Beispiel auch nicht mehr sehr wichtige Sachen über die Nuntiatur nach Rom gehen. Heute habe ich aber auch erkannt, wie ich irregeführt worden bin."
Noch schmerzlicher trafen ihn die Machenschaften des Rektors der Staatlichen Akademie in Braunsberg, Prof. Karl Eschweiler, dem Kaller besondere Wertschätzung entgegengebracht, ihn mit der Erstellung von Gutachten beauftragt und selbst vertraulichen Schriftwechsel anvertraut hatte. Als Eschweiler das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14.7.1933 als theologisch-kirchlich gerechtfertigt propagierte, ging der Bischof zwar deutlich auf Distanz zu ihm, aber selbst als Rom ihn - und seinen Vertreter in der Leitung der Akademie, Prof. Hans Barion - im August 1934 "wegen schwerer Verfehlungen gegen die kirchliche Disziplin" suspendierte, bemühte sich der Bischof weiter um Eschweiler, und wohl nie hätte er glauben können - was erst Jahrzehnte später der Nachlaß Eschweilers zutage förderte - , daß dieser seit der Machtübernahme Hitlers sich als Spitzel beim Berliner Kultusministerium und den Gestapodienststellen angedient hatte und alles, was Kaller ihm anvertraute, weitermeldete.
Die Predigten Kallers bei den großen Wallfahrten im August und September 1934 zeigten wieder einen kämpferischen Bischof, der sich in Dietrichswalde zudem provokativ in polnischer Sprache an die polnisch sprechenden Bewohner der südlichen Dekanate seiner Diözese wandte. Die als Gegenreaktion der Staats- und Parteidienststellen verhängten Behinderungen der kirchlichen Arbeit sowie Schikanen gegen Priester und aktive Laien machte er in seinem Hirtenbrief vom 21. Mai 1935 öffentlich. "Die katholische Kirche Ostpreußens befindet sich zur Zeit in schwerster Bedrängnis. Unser uns allen liebgewordenes Ermländisches Kirchenblatt wurde im Laufe dieses Jahres sechsmal beschlagnahmt... Besonders gilt der Kampf unseren Vereinen... Unsere Arbeiter und kaufmännischen Angestellten sind schwersten Drohungen ausgesetzt... Die Betätigung unserer Vereine ist in den Kreisen Heilsberg und Braunsberg verboten worden. Unsere Katholische Aktion wurde des Hochverrats bezichtigt..." Und dann wiederholte er, was er schon in Dietrichswalde gesagt hatte und was für die folgenden Jahre der Tenor seiner Predigten blieb: "Es ist nicht Politik, Zeugnis abzulegen für Christus... Es ist nicht Politik,... die heiligen zehn Gebote Gottes und die von Gott gewollte Rechtsordnung zu verteidigen... Wenn

die Verteidigung dieser unserer Grundsätze... immer unsere Pflicht war, so heute erst recht." Und immer solidarisierte er sich mit den Menschen: "Wir Priester halten euch die Treue." "Ich, euer Bischof, stehe hinter euch." - Er besuchte die inhaftierten Geistlichen in den Gefängnissen und kam für die Prozeßkosten auf. 1938 galt er der Geheimen Staatspolizei als der "noch vor Clemens Galen bestgehaßte Bischof".

VI

Maximilian Kaller verkündete die Frohe Botschaft mit einem fröhlichen Herzen, unbeirrt von Enttäuschungen, Mißerfolgen und Irrtum, und mit einem Optimismus, der die Menschen faszinierte. Mutlos wurde er auch nicht, als er im Februar 1945 kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee Frauenburg verlassen mußte. Zwei Monate nach Kriegsende machte er sich von Halle a. d. Saale aus, z. T. zu Fuß, auf den vierzehntägigen abenteuerlichen Weg zurück ins Ermland. Kaum angekommen, veranlaßte ihn der polnische Primas Kardinal Augustyn Hlond in entwürdigender Weise, auf die Ausübung seines Amtes im nun polnisch verwalteten Teil seiner Diözese zu verzichten. Innerhalb von drei Tagen mußte er sein Bistum verlassen. Erschöpft und krank kehrte er nach Halle zurück.
Völlig mittellos, aber ungebrochen, suchte er die Vertriebenen in ihren Lagern auf. Einen provisorischen bischöflichen Auftrag für die vielen heimatlosen Katholiken auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone verwehrten ihm die Ordinarien der westlichen Zonen, obwohl sie jene selbst nicht betreuen konnten. Er bemühte sich um seine ermländischen Priester und konnte dank einer schnell anwachsenden Suchkartei viele seiner Ermländer trösten, ermutigen und mit Familienangehörigen zusammenführen. Seine Hirtenbriefe, hektographiert in der Sowjetischen Besatzungszone verteilt, erreichten bald, nachdem sie ohne sein Wissen im Westen gedruckt wurden, eine großen Teil der Ermländer, vor allem die in der schleswig-holsteinischen Diaspora gestrandeten. Der Bischof machte ihnen keine falschen Hoffnungen; er vermittelte ihnen eine positive Wertung und Annahme ihres Schicksals aus dem Glauben heraus. "Gott hat zugelassen, daß wir unsere Heimat verloren, daß namenloses Elend über uns kam, daß die Familien auseinandergerissen und wir in alle Winde zerstreut wurden, bis an den Rhein, bis an den Ural... Aber wir wollen nicht undankbar sein...; mit der hl. Elisabeth wollen wir auch in Elendszeiten das Te Deum laudamus

nicht verstummen lassen... Unsere Heimat ist uns verloren. Das ist hart. Aber an harten Tatsachen dürfen wir nicht vorübergehen. Unsere Trauer muß sich trösten und aufrichten lassen... Nun gilt es, neue Heimat zu suchen, zu finden, zu bilden. Dazu will ich einige Hinweise geben:... Haltet Gemeinschaft untereinander! Werdet lebendige Mitglieder eurer zuständigen Kirchengemeinden! Bemüht euch um eine Gottesdienststation in eurer Nähe... Fragt nicht nur nach kommunalen und kirchlichen Hilfsstellen! Richtet nach Möglichkeit mit euren Seelsorgern solche Stellen selbst ein!... Helft also mit, anderer Tränen zu stillen und Wunden anderer zu heilen." - "Nicht Verfluchte, Entrechtete, Gottverlassene seid ihr, sondern Auserwählte und Gesandte des Reiches Gottes. In Armut, Not und Fremde seid ihr berufen, das Kreuz mit Christus zu tragen, zu sühnen für eigene und fremde Schuld." - "Über allem muß ein großes Gottvertrauen stehen, ein Vertrauen auf Gottes Vatergüte und Vorsehung, das durch kein noch so großes Leid und keine noch so große Not vernichtet werden kann, ein Vertrauen, das in allen schweren Heimsuchungen den verborgenen Ruf Gottes vernimmt, ein Vertrauen, das keine Mühe für vergeblich, das kein Opfer für sinnlos hält."

Größer wurden seine Wirkungsmöglichkeiten, als Papst Pius XII. ihn im Juni 1946 zum "Päpstlichen Sonderbeauftragten für die heimatvertriebenen Deutschen" ernannte und er nach Frankfurt a. M. übersiedelte. Ohne entsprechende Vollmachten und nach wie vor mittellos, war er rastlos unterwegs, um Hilfe zu organisieren, unterwegs in überfüllten Zügen, die Nacht notfalls auch in einem Bunker der Bahnhofsmission verbringend. Die Tage waren zu kurz, um die Hunderte von Briefen zu beantworten, die ihn täglich, zumeist hilfesuchend, erreichten; er sammelte die leidenden Menschen bei Wallfahrten um sich, und sie kamen zu Tausenden trotz der chaotischen Verkehrsverhältnisse jener Jahre. Da sahen sie einen verhärmten, elenden, aber frohgemuten Bischof, der genauso litt wie sie, ohne zu klagen, der genauso armselig lebte wie sie - in zwei schäbigen Zimmerchen, zusammen mit seinem Sekretär - und trotzdem Zuversicht ausstrahlte.

Am 7. Juli 1947 überraschte ihn der Tod während einer kurzen Rast in seiner Frankfurter Notwohnung. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem kleinen Friedhof hinter der Pfarrkirche in Königstein i. Taunus. Erzbischof Lorenz Jäger von Paderborn sagte in seiner Gedenkrede: "Es dauerte nicht lange, da war sein Name in aller Munde, und die vielen Flüchtlingsherzen schlugen ihm in Liebe und Verehrung entgegen. Sahen sie in ihm doch ihren Vater,

hatten sie in ihm doch ein Stück Heimat bewahrt." Aber es war mehr als das. Es war seine persönliche Haltung, die die Menschen anzog. Der Frankfurter Rundfunk formulierte es in einer kurzen Lebensskizze abschließend so: "Dieser Bischof lebte keine Minute anders, als er sprach. Und solch ein Mann fehlt nun." - Im Juli 1944 hatte Kaller "Richtlinien für die Seelsorge, betr. christliche Gestaltung der Lebenshaltung" entworfen, in denen er ausführte: "Die apokalyptische Not unserer Tage zerstört endgültig jedes Anrecht auf bürgerliche Behaglichkeit. Ein hartes Priestergeschlecht muß imstande sein, auf alles zu verzichten, um 'allen alles zu werden'." - Er war allen alles geworden.

Franz Albert Kramer (1900 - 1950)

Seinen Platz in der Geschichte der frühen Bundesrepublik Deutschland und seine nachwirkende Bedeutung für den deutschen Katholizismus verdankt er den vier letzten Jahren seines Lebens, in denen er den "Rheinischen Merkur" neu gegründet und mit seinem Geist erfüllt hat. Sein Lebenslauf wirkt wie eine einzige Vorbereitung auf dieses Unternehmen. Im Leitartikel der ersten Ausgabe vom 15. März 1946 schrieb er: "Es gibt keinen größeren Namen, zu dem wir greifen könnten. Mit der Ursprünglichkeit seines Denkens, mit der Kraft seiner Sprache, mit der ganzen hinreißenden Leidenschaftlichkeit seines Geistes hat Görres dem 'Rheinischen Merkur' den höchsten Rang gesichert, den eine Zeitung deutscher Zunge je erreicht hat... Napoléon sprach vom 'Rheinischen Merkur', als er die Presse eine fünfte Großmacht nannte."
In diesen Zeilen, die mit Audax unterzeichnet waren, steckt der ganze F. A. Kramer: Kühn im Zugriff des Wortes, knapp und klar in der Formulierung, auf den höchsten Anspruch zielend, um ihn zuerst an sich selbst zu richten. Mit der Beschwörung des Namens Görres meinte er nicht so sehr den Koblenzer Patrioten von 1814, sondern den "ganzen Görres"; er wollte mit seiner Gründung keine Lokaltradition fortsetzen, sondern eine neue Welt aufbauen helfen, die nicht bloß eine "Welt nach Hitler", also aus dem Gegensatz konstruiert, werden sollte. Mit der Beschwörung des "großen Korsen" signalisierte er auch der französischen Besetzungsmacht, daß er seinen eigenen, unabhängigen Weg zu gehen beabsichtigte, denn das Wort von der "cinquième puissance" fiel im Zusammenhang mit den Mächten, die sich gegen den Eroberer verbündet hatten. Zugleich war dies eines jener Spiele mit dem Risiko, die ihn besonders reizen konnten, eine Spitze, um herauszufinden, wie weit er sich vorwagen könne.

I

Franz Albert Kramer wurde am 18. Dezember 1900 in Solingen geboren. Sein Vater Albert Wilhelm Kramer war Tierarzt, die

Mutter hieß Katharina geb. Schwarte. Franz Albert war der Älteste von fünf Geschwistern. Die drei ersten Jahre der Volksschule besuchte er in Disteln bei Recklinghausen, mit 9 Jahren kam er in die Sexta des Paulinum in Münster, das er bis zum Sommer 1918 besuchte. Im Lebenslauf zur Promotion mit Datum vom 21.1.1923 heißt es: "Nach Versetzung zur Oberprima wurde ich im Juni 1918 zum Feldartl. Rgt. 22 einberufen, mit dem ich im Oktober ins Feld rückte. Nach Beendigung des Krieges wurde gem. Ministerial-Verordnung mir das Reifezeugnis ohne Prüfung zuerkannt. Nachdem ich bereits an der Universität Münster mein staatswissenschaftliches Studium begonnen hatte, stellte ich mich bei den Berliner Unruhen den Regierungstruppen zur Verfügung und stand noch das Sommerhalbjahr 1919 beim Ostschutz im Baltikum. Im Sommer 1920 studierte ich in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, im Winterhalbjahr mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte und Philosophie. Zum Sommersemester 1921 kehrte ich nach Münster zurück, wo ich neben meiner staatswissenschaftlichen Hauptdisziplin nunmehr auch juristische Studien aufnahm. Den Winter 1921/22 benutzte ich zu einer Studienfahrt durch Italien. Seit Beginn des Sommersemesters 1922 bin ich ohne Unterbrechung bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster immatrikuliert."

Die Dissertation Kramers behandelte die Ideenbildung der christlichen Gewerkschaften und wurde von Prof. Plenge in Münster betreut, geht aber wohl auf Anregungen aus der Studienzeit in Köln zurück, wo Benedikt Schmittmann und Theodor Brauer lehrten. Vor allem Max Scheler hatte lebenslang haftende Eindrücke hinterlassen, wie der Gedenkartikel mit der Überschrift "Dem Lehrer und Meister" im "Rheinischen Merkur" vom 19.5.1948 zeigt. Als der Vater tödlich verunglückte, mußte der älteste Sohn für die Familie mitsorgen. Zunächst arbeitete Franz Albert Kramer bei der Westfälischen Landesbank, dann trat er als Volontär in die Redaktion der Tageszeitung "Die Glocke" in Oelde ein.

Für 1925/26 ist Kramers Tätigkeit beim "Münsterschen Anzeiger" belegt. Zeitlebens bewahrte F. A. Kramer den beiden westfälischen Zeitungen ein dankbares Andenken. Die dortige Arbeit hatte ihn gelehrt, wie man mit den Leuten umgehen muß, für die das Blatt gemacht wird, nicht nur mit Prominenten, die man als Informationsquellen, und Autoren, die man als Mitarbeiter braucht. Er verglich die kollegiale und menschliche Förderung, die ihm dort zuteil geworden war, mit Erfahrungen seines späteren Lebens. Stets schätzte er die "Provinz" hoch als den Ort, wo Menschen eigener

Prägung und solider Bürgertugend leben und heranwachsen können. Seine später so deutlich zutage tretenden Vorstellungen von einem Deutschland, das aus der Kraft seiner Regionen neu aufgerichtet werden und die Irrungen von Nationalismus, Zentralismus und Diktatur überwinden sollte, sind in jener Zeit grundgelegt worden.
Von 1927 bis 1930 berichtete F. A. Kramer aus Paris für die beiden überregional verbreiteten Zentrumsblätter "Kölnische Volkszeitung" und "Germania". Für seinen persönlichen Lebensweg bedeutete die Eheschließung mit Margot Thull im Februar 1928 die wichtigste Entscheidung. Drei Kinder (Thomas 1929, Elisabeth 1930, Martin 1940) gingen aus diesem Bund, der auch eine Arbeitsgemeinschaft war, hervor. Als Saarländerin perfekt zweisprachig, mit französischer Literatur aufs beste vertraut, war Frau Margot für den Allround-Korrespondenten Kramer eine unentbehrliche Hilfe.
Für die gleichen Zeitungen ging F. A. Kramer 1930 nach London. Auch von diesem Standort aus verfolgte er mit starkem Interesse die Ereignisse in den Krisenjahren der Weimarer Republik. Im Juli 1932 setzte Reichskanzler von Papen die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens unter Ministerpräsident Braun ab und ernannte einen "Reichskommissar". Kramer forderte in einem Bericht über die Konferenz in Lausanne, der in der "Kölnischen Volkszeitung" unter der Überschrift "Dieser Kanzler ist eine Katastrophe..." erschien, den sofortigen Rücktritt Papens. Die Zeitung wurde für drei Tage verboten, beim Reichsgericht wurde Anklage erhoben. Die schreckliche Zeile erwies sich als Zitat aus dem Munde des Reichstagsabgeordneten Artur Mahraun von der Deutschen Staatspartei, blieb aber in der Folgezeit mit dem Namen Kramers verknüpft, bei Freund und Feind gleichermaßen, und dies insofern gewiß mit Recht, als sie auch die Auffassung des Korrespondenten wiedergab. Jedenfalls fanden Verlag und Autor es geraten, Kramer solle das Angebot einer größeren Reise durch die Sowjetunion akzeptieren und damit aus dem Gesichtskreis der deutschen Obrigkeit für eine Weile verschwinden.
Diese Reportage-Fahrt 1932/33 hat eine Vor- und eine Nachgeschichte. Die "Deutsche Saatgutgesellschaft" auf der Krim konnte ihre Rubel-Erlöse nicht in andere Währungen konvertieren und bot daher über das Auswärtige Amt in Berlin ein Reise-Stipendium für die Sowjetunion an. Der Band mit den gesammelten Reportagen, der 1933 erschien, ist heute eine Rarität; kaum gedruckt, wurde er von dem inzwischen an die Macht gelangten nationalsozialistischen Regime aus dem Verkehr genommen. "Das rote Imperium" ist ein

glänzend formulierter, durch viele Beispiele anschaulicher Angriff auf das totalitäre Prinzip, auf einen Staat unter dem Joch einer alles beherrschenden Partei und eines allmächtigen Führers. Die Vergleichsmöglichkeiten waren zu offensichtlich, als daß sie dem deutschen Publikum hätten angeboten werden dürfen.

II

Im Frühjahr 1933 entließen die beiden Zentrumsblätter ihren Korrespondenten, der sich so mißliebig gemacht hatte. Immerhin hatte sich Kramer inzwischen einen Namen erschrieben, der in Pressekreisen bekannt war und, je nach politischer Richtung, geschätzt oder gefürchtet wurde. Es dauerte dennoch ein halbes Jahr, bis die "Vossische Zeitung" und die "B.Z. am Mittag" den stellungslos gewordenen Journalisten engagierten. Sie schickten ihn unverzüglich wieder über die Reichsgrenze, und zwar nach Rom. Dort blieb er, als die "Vossische Zeitung" 1934 unterging. Vom 1.1.1935 an berichtete er für das "Berliner Tageblatt". Das Mussolini-Regime erwies sich auch in dieser Hinsicht nicht als unbedingt williger Handlanger der Herren in Berlin. Es hatte sich kein so anstrengendes System zur Lenkung der Presse zugelegt wie Joseph Goebbels mit seinem täglichen Konferenzbetrieb, sondern sich mit der Installierung einer komfortablen Marmorgruft für die "Stampa Estera" begnügt, in der die ausländischen Korrespondenten die Facilitäten eines bevorzugten Telegraphen- und Telephonverkehrs und andere Bequemlichkeiten genießen konnten; diese Einrichtung bot auch für die Geheimpolizei Vorteile, weil sie die zentralisierte Überwachung der Texte und Gespräche ermöglichte.
Indes, in den eigenen Angelegenheiten verstanden auch die Schwarzhemden wenig Spaß. In seinen Berichten über den italienischen Einmarsch in Abessinien machte Kramer keinen Hehl aus seiner Überzeugung, es handele sich um einen Angriffskrieg, und die Verhängung von Sanktionen durch den Völkerbund sei unvermeidlich. Da aber auch die italienischen Standpunkte berücksichtigt wurden, hätte das Außenministerium unter Graf Ciano wohl kaum einen Konflikt ausgelöst. Das änderte sich, als sich Kramers spitze Feder an der geheiligten Person des Duce vergriff. Im "Berliner Tageblatt" vom 20.6.1936 erschien ein Artikel, der schon durch die Gestalt der Überschrift aus dem Rahmen fiel; sie bestand aus dem einzigen Buchstaben "M". Darin ergeht sich der Verfasser im Tone subtiler Bewunderung über die Bescheidenheit, mit der Mus-

solini nach dem afrikanischen Sieg dem König den Vortritt überließ, alle Ehrungen für seine Person ausschlug, seinem Namen keinen neuen Titel hinzufügte, sondern etwas von ihm wegnahm. Seine letzten Proklamationen zeigten nur noch das große M, jeder wußte, was dahinter nicht mehr zu folgen brauchte. Dann erinnert Kramer an jenen anderen Großbuchstaben, das "N im Kranze schmalblättrigen Lorbeers, als Zeichen für jene Epoche der französischen Geschichte, die sich gleichfalls das 'Empire' nannte..." Schließlich holte Kramer einen Mussolini-Satz aus der Frühzeit des Faschismus hervor: "Ja, ich bin besessen von diesem rasenden Ehrgeiz. Er lodert in mir, er zerfrißt und verzehrt mich wie ein körperliches Leiden. Mit vollem Bewußtsein ein Merkmal in die Zeit eingegraben, wie der Löwe mit seinen Pranken - so..."
Das war zuviel. Die Regierung des Königs von Italien und Kaisers von Äthiopien, vor dessen Thron "M" eben halt gemacht hatte, "wie Bismarck" 1871, verfügte im Juli 1936 die Ausweisung des Achsen-Korrespondenten, der dem Weihrauch für den Triumphator ein so bitteres Aroma verliehen hatte. Die Berliner Zeitungsleute um Paul Scheffer zeigten beträchtlichen Mut, indem sie Kramer nicht in die Wüste schickten, sondern auf den Korrespondentenposten in Paris, wo er bis zur Einstellung der Zeitung im März 1939 tätig sein konnte. Als er die Wolken des nächsten großen Krieges heraufziehen sah, zog er in die Schweiz, um dort auf den Zusammenbruch Hitler-Deutschlands zu warten, von dem er überzeugt war.

III

Was Kramer in der Schweiz bevorstand, war das schwierige Leben eines Emigranten, der als Korrespondent ins Land gekommen war, seinen Beruf aber nicht ausüben konnte, weil er in der Heimat keinen Abnehmer für Berichte fand, der daher nicht über regelmäßige Einkünfte verfügte und sich ausrechnete, wann die mitgebrachten Ersparnisse zu Ende gehen würden. Der Umzug samt Hausrat und Büchern war noch im Schutze der Akkreditierung als Journalist erfolgt, dann verfielen die Ausweise, die Quellen waren versiegt. Schließlich mußte Stück um Stück veräußert werden, um die täglichen Ausgaben zu bestreiten.
Der Emigrant, der im Asylland Schweiz weder politisch noch publizistisch tätig sein durfte, weil dies seine polizeiliche Ausweisung bewirkt hätte, war keineswegs untätig. Es gab zwei Hauptrichtun-

gen, in die sich vorbereitende Fühlungnahmen erstreckten: Er hoffte, daß die christlichen Kirchen, wäre der Tyrann erst beseitigt, bei der Gestaltung der künftigen Dinge in Mitteleuropa entscheidend mitzusprechen hätten. Und er wußte aus den Informationen, die er in der Schweiz erhalten konnte, daß sich die alliierten Regierungen noch keineswegs einig waren, also auch noch zu beeinflussen sein müßten, was ihre Absichten in bezug auf die Behandlung Deutschlands anging.

Eine Frucht der Bemühungen um die Weckung kirchlichen Interesses an einem "Deutschland von morgen" war die Konzeption des "Aufbau-Ausschusses der christlichen Bekenntnisse Deutschlands", dem bekannte Persönlichkeiten aus beiden Kirchen (Dr. W. Visser 't Hooft und A. Freudenberg vom Ökumenischen Rat in Genf), der Baseler Neutestamentler Prof. Dr. Karl L. Schmidt, die Professoren Wilhelm Röpke und Karl Thieme angehörten. Besondere Bedeutung kam Prof. Dr. Wilhelm Schmidt SVD zu, dem bekannten Ethnologen und Mitglied der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, der aus Österreich emigriert war, bei Freiburg in der Schweiz lebte und (mit Recht) als Vertrauensmann Pius' XII. galt.

Die zweite Aktivitätsrichtung F. A. Kramers in der schweizerischen Emigration bezog sich auf die rechtlich-politische Struktur für Nachkriegs-Deutschland. Hierfür war Wilhelm Röpke der wichtigste Diskussionspartner und Mitkämpfer. Als ordentlich bestallter Hochschullehrer in Genf war Röpke nicht den strengen Auflagen der Ausländerpolizei unterworfen, er fühlte sich trotzdem und aus guten Gründen als Deutscher zur Zurückhaltung verpflichtet. Wie Kramer bemühte er sich, auf die künftige Deutschland-Politik der Alliierten Einfluß zu nehmen. Beiden deutschen Patrioten war klar, daß die unter Hitler begangenen Verbrechen Strafe und Sühne verlangten; beide wollten aber auch verhindern, daß ein ganzes Volk (und damit Millionen Unschuldiger) büßen müßten für die Untaten eines Regimes, das die eigenen Untertanen in Not und Verbrechen mitgerissen hatte. Beiden ging es darum, auf den Trümmern des "Großdeutschen Reiches" einen neuen Anfang zu machen, der auf den alten landsmannschaftlichen Ordnungen aufbauen konnte, den Irrweg des preußisch dominierten Nationalstaats verließ und den historischen Ländern ihr Recht und ihre Eigenständigkeit zurückgab.

Nach jahrelangen vergeblichen Versuchen, unter den Repräsentanten alliierter Regierungen einen kompetenten und zugleich verstehenden Partner ausfindig zu machen, trafen Kramer und Röpke auf Allan Welsh Dulles, den Bruder des späteren Außenministers der

Vereinigten Staaten. Er war als Sonderbeauftragter Roosevelts nach Bern geschickt worden und ermutigte die deutschen Hitler-Gegner in der Schweiz, Vorschläge für die Zukunft Deutschlands auszuarbeiten und ihm zur Weiterleitung zu übermitteln. Zunächst ließ sich alles gut an. Publizistische Aktivitäten wurden konkret erörtert. Dann verwandelte sich die Szene plötzlich. In Washington war der Wind umgeschlagen, Roosevelt wünschte nun keine Störung seiner Beziehungen zu Stalin. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diese enttäuschenden Erfahrungen waren, die F. A. Kramer in der Folgezeit mit Skepsis reagieren ließen, wenn von "leadership" der Amerikaner die Rede ging. Er traute den Politikern in Washington einfach nicht genug Europa-Kenntnis zu. Er war überzeugt von einem Wiedererstarken des Isolationismus - als Gegenbewegung zur Kriegsbeteiligung und deren Folgen - und beobachtete die sowjetisch-amerikanische Liaison mit wachsendem Argwohn.
Außerdem ließ die Kunde von einer beabsichtigten Aufteilung des deutschen Gebiets nach dem Sieg der Alliierten, so unbestimmt sie war, doch erwarten, daß der Westen weitgehend unter französische Aufsicht gelangen werde, nachdem es General de Gaulle gelungen war, Frankreich unter den Siegermächten zu etablieren. Wilhelm Röpke und Franz Albert Kramer sahen in Süddeutschland, im Rheinland und in Westfalen die besten Chancen für einen politischen und publizistischen Erfolg ihrer Ideen. Zur Vorbereitung gründeten sie das "Westdeutsche Landeskomitee", dem vor allem die Förderung des föderalistischen Ideengutes zugedacht war. Zu den Zielen gehörte der Aufbau einer selbständigen, von Preußen losgelösten Verwaltung, die auf die Gemeinden und Landkreise gestützt werden sollte.
Für F. A. Kramer kam noch eine besondere, sehr persönliche Aufgabe hinzu: Er bereitete sich auf seine eigene künftige Tätigkeit in einem vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland vor, wobei für ihn die Gründung eines Presse- und Buchverlags im Vordergrund stand, mit der zweifachen Aufgabe, die Wahrheit über den Nationalsozialismus aufzudecken und die geistigen Impulse für den Aufbau eines neuen Staates auf den Grundlagen von Christentum, Föderalismus und Demokratie zu formulieren. Systematisch sammelte er die Texte von Vordenkern einer föderalistischen Politik, von Constantin Frantz, Julius Ficker, Philipp Anton von Segesser zum Beispiel, aber auch von Kritikern des preußisch-deutschen Machtstaates wie Jacob Burckhardt und Georg Gottfried Gervinus. Diese Sammlung von Texten brachte er als Eiserne Ration für die Anfänge der Redaktionsarbeit später mit nach Koblenz, er faßte sie

auch als "Politische Leitsätze" in einem Buch zusammen, das er 1947 in dem von ihm gegründeten "Historisch-politischen Verlag" herausbrachte. Dessen Nachwort bringt den Kern seiner Botschaft auf die Formel:

"Die Person ist, lebt und wird fortleben.
In der Familie hat sie ihren natürlichen Ursprung, ihre gesellschaftliche Urzelle.
Die Gemeinde ist der erste und wichtigste politische Verband.
Die Stämme und Länder stehen, als Gebilde eigenen Rechtes, vor dem Staat.
Die Staaten bilden nachbarliche Gruppen, in ihrer Gesamtheit die Staatengesellschaft."

IV

Hatte man sich bei den Beratungen im "Westdeutschen Landeskomitee" noch Gedanken darüber gemacht, wer wohl in die praktische Politik gehen, wer als Bürgermeister oder Landrat kandidieren oder an einer Parteigründung mitwirken wollte, so stand für F. A. Kramer nach der ersten Erkundungsreise, die ihn, mit streng limitiertem Passierschein, in das besetzte Rheinland führte, sein Entschluß fest, daß er sich um eine eigene Zeitung bemühen werde. Nach seinen Vorstellungen war es Köln, wo er seine Gründung ansiedeln wollte. Aber die Stadt lag so vollständig in Trümmern, daß er dort keine Möglichkeit sah. So erwog er, in Bonn den Sitz einer "Görres-Zentrale" mit Verlag, Informationszentrum und Volksbildungswerk zu errichten. Die Festsetzung der Zonengrenzen Mitte 1945 ließ diese Pläne scheitern. Im Hochsommer entdeckte er bei einem Besuch in Koblenz eine Druckerei, die zwar schwer beschädigt, aber doch in ihren wichtigsten Funktionen wiederherstellbar war, und in deren Leiter Rudolf Verhülsdonk einen erfahrenen Zeitungsfachmann mit hilfreichem Verständnis für seine Pläne. Es war die Stadt, in der Joseph Görres 1814 - 1816 seinen "Rheinischen Merkur" herausgebracht hatte.

Ludwig Zöller, der erste Chefredakteur unter dem Herausgeber Kramer, hat in einem "Rückblick auf die Anfänge" (im "Rheinischen Merkur" vom 13. März 1970) berichtet, wie die ersten Redakteure angeworben, in sehr direkten Gesprächen examiniert und "vergattert" wurden. "Es kam dann so, daß in der Kernredaktion bestenfalls zwei, drei 'gestandene', im Umbruch erfahrene Kollegen waren, neben ihnen aber je ein Mediziner, Jurist, Volkswirt,

Philologe, Betriebswirt, Diplomat, auch zwei junge Soldaten, die damals am Punkte Null standen und sich die ersten Sporen als Volontäre verdienten. ... Die beiden Räume im dritten Stock der Görres-Druckerei wurden Büro-, Wohn- und Schlafstätte zugleich. Druckerschwärze lag in der Luft."

Zur Grundausstattung einer deutschen Zeitung gehörte damals der Zensuroffizier der Militärregierung, den das Hauptquartier in Baden-Baden entsandte, der aber im stark bürokratisierten System der französischen Okkupationsverwaltung einer regionalen Dienststelle in Bad Ems zugeteilt war. Es fügte sich, daß Jean-Michel Bing, ein "Mitverschwörer" aus dem Wartesaal Schweiz, dazu bestellt wurde und drei Tage vor Auslieferung der ersten Nummer des "Rheinischen Merkur" in Koblenz erschien. Für die redaktionelle Arbeit war es auch in der Folgezeit entscheidend, wie die Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Militärregierung klappte. Nur über ihn waren ausländische Zeitungen zu bekommen, über ihn gingen alle Anträge auf Dienste und Hilfsmittel, die nicht mit Mark zu bezahlen waren, er mußte den Passierschein für alle Reisen befürworten, nur er verfügte über ein Telephon, mit dem über die Ortsnetze hinaus gesprochen werden konnte. Im Laufe der Jahre hat sich nicht nur die Vorzensur in Nachzensur verwandelt, aus dem "Aufseher" wurde ein Gesprächspartner und Mitarbeiter.

Am 15. März 1946 erschien die erste Nummer des neuen "Rheinischen Merkur", die Auflage betrug zunächst 220.000 Stück; diese zu verkaufen, war kein Problem, der Hunger nach Information war groß, auch der Papierbedarf. Zunächst konnten nur zwei Nummern pro Woche gedruckt werden. Gegen Ende 1946 besserte sich die Versorgung mit Papier ein wenig. Die Zeitungen konnten zum dreimal wöchentlichen Erscheinen übergehen. F. A. Kramer schlug den entgegengesetzten Weg ein. Er entschloß sich, aus dem "Rheinischen Merkur" ein Wochenblatt zu machen. Er entschied sich damit für einen Pressetyp, der in Deutschland nicht eigentlich heimisch war. Es war eine Entscheidung gegen die Jagd nach Details, gegen das Kaleidoskop der Fragmente und für die bessere Übersicht aus der Distanz. Es war aber auch die Entscheidung für eine Zeitung, die man nicht unbedingt braucht, um sich über das tägliche Leben zu informieren, und damit für die "Zweitzeitung", die es schwerer hat und gefährdet bleibt, weil sie ihre Unentbehrlichkeit immer wieder neu beweisen muß.

F. A. Kramer trug die letzten Jahre der Weimarer Republik in so schmerzhafter Erinnerung, daß er jede Regung von Nationalismus und Radikalismus, von links wie von rechts, mit geschärften Sinnen

wahrnahm. In der Innenpolitik galt sein Hauptinteresse den im Kirchenkampf während des "Dritten Reiches " durch ihr Standhalten bewährten Kräften, denen er es zutraute, daß sie ein neuerliches Versagen der Demokratie in Deutschland verhindern könnten. Die Zusammenarbeit der Christen in der Politik, institutionalisiert in einer großen demokratischen Partei, war für ihn die sicherste Gewähr gegen ein Übermächtigwerden der Extreme. Der geistigen Fundierung und der journalistischen Begleitung einer solchen Zusammenarbeit wollte er dienen. Nichts lag ihm ferner, als aus dem "Rheinischen Merkur" in naher oder in ferner Zukunft eine Parteizeitung zu machen oder werden zu lassen. Er kannte aus eigenem Erleben das Schicksal, das solchen Blättern in Krisenzeiten drohte. Auch für die politischen Akteure schien es ihm ratsamer zu sein, sie verfügten nicht über parteieigene "Sprachrohre", sondern müßten sich einer Wählerschaft stellen, die von unabhängigen Journalisten mit verwandten Überzeugungen informiert wird.
Im Gesellschaftsvertrag der "Rheinischer Merkur Verlag GmbH" wurde als Zweck des Unternehmens die Herausgabe einer Zeitung "im Sinne christlicher Politik auf der Basis der gleichberechtigten Zusammenarbeit beider Konfessionen" bezeichnet. F. A. Kramer hatte diese Formulierung nicht zuletzt deshalb so gewählt, weil er nichts hielt von den damals umlaufenden Vorstellungen eines "überkonfessionellen Christentums", einer "Oekumene jenseits der Kirchen", aus der, wenn überhaupt etwas, nur eine dritte Konfession werden konnte, die neue Spaltungen und Ärgernisse bringen mußte, auch nichts von einer Weltgestaltung von oberhalb der real existierenden Kirchen, ihrer Menschen, ihrer Ämter, ihrer Probleme und ihrer allzeit unbequemen Forderungen.
Diese "festrichtungsbestimmte Gesinnungszeitung", wie Emil Dovifat sie in seiner Begriffssystematik wohl genannt hätte, war ein Solitär in der deutschen Presselandschaft.
Ganz oben auf der Pflichtenliste der leitenden Redakteure stand die Entdeckung und Heranführung neuer, begabter, aussagekräftiger Autoren, bekannter wie unbekannter "Namen". Ihre Gedanken waren dabei wichtiger als ihr Stil; für dessen Adaptation an den Stil des Blattes waren die Redakteure zuständig, manche Manuskripte wurden zwei- und dreimal umgeschrieben, bevor sie dem kritischen Anspruch genügten. Die Leistung des Redakteurs wurde weniger nach den von ihm verfaßten Zeilen gemessen, sondern nach seiner Redigier-Arbeit. Kramer wußte zu gut, daß es einem talentierten Schreiber leichter fällt und rascher von der Hand zu gehen pflegt,

manchen Artikel selbst zu schreiben als den Edelstein des Gedankens aus dem Text eines anderen herauszuschleifen.
Kramers Vorstellungen von Arbeits- und Freizeit waren ausgesprochen hart, aber sie entsprachen den zeitbedingten Umständen und wurden akzeptiert, wenn auch zuweilen mit Zähneknirschen. Wer Urlaub genommen oder eine Reportagefahrt angemeldet hatte, tat gut daran, pünktlich zurückzukehren. Wer "überzog", mußte mit Kündigung rechnen. Gelegentlich ist bezweifelt worden, ob dieser Zeitungs-Unternehmer, der sich so intensiv das Gedankengut der christlichen Gewerkschaften angeeignet hatte, genug von dem besaß, was man "soziales Verständnis" nennt. Er hielt auf Distanz, wirkte im Umgang zuweilen schroff, konnte Gespräche sehr überraschend beenden und sparte nicht mit ironischen Aperçus. Wer ihn kannte, spürte darin auch die eigene Verletzlichkeit, die "dünne Haut", die nur mühsam bewahrte aufrechte Haltung unter dem Leidensdruck der Krankheit. Und keinem konnte es entgehen, daß da ein Mann nicht für sich selbst kämpfte, sondern für eine Sache, die er als seine Lebensaufgabe ansah und um deren Fortbestand er sich Sorgen machte.
F. A. Kramer haßte alle kollektiven Veranstaltungen, zumal solche, die keinem anderen Zweck als der Herstellung von "Gemütlichkeit" dienten. Die Privatsphäre war unantastbar, in sie zog er sich zurück, wenn er seine Leitartikel schrieb. Er respektierte sie aber auch bei anderen. Entscheidende Gespräche über Personal- und Themenfragen bereitete er gut vor, der Partner mußte sich Mühe geben, wenn er sich nicht Überraschungen ausgesetzt sehen wollte. Es gab wohl direkte Angriffe, unverbrämte Rügen, unerwartete Änderungsvorschläge, aber keine Fallstricke, keine Tricks, keine heimlichen Tests. Gegenargumente mochten ihn zuweilen ärgern, aber er wischte sie nicht vom Tisch, sondern ging auf sie ein; sie mußten nur klar und knapp formuliert sein.
Zu den Hausregeln gehörte, daß die Redakteure in der Druckerei präsent waren und den Satz, den Umbruch und die Korrekturen überwachten, bis die von ihnen verantworteten Seiten "standen". Kramer erschien selbst am Umbruchstisch, Woche für Woche, auch wenn es ihm nicht gut ging. Um Einzelheiten eines Texte, um Überschriften zumal wurde oft lange gerungen.

Hatte das Jahr 1947 vor allem der Konsolidierung der redaktionellen Zusammenarbeit und der Durchsetzung des Typs Wochenzeitung gedient, so kam 1948 die "große Stunde" für den "Rheinischen Merkur" als Organ der Aussprache und Einflußnahme bei der Gestaltung des Grundgesetzes. Ein Interview Konrad Adenauers, das am 21.2.1948 erschien, bildete den Auftakt zu einer Campagne, die die Verfassungsberatungen der Ministerpräsidenten der Länder, des Konvents von Herrenchiemsee und des Parlamentarischen Rates bis zu dessen Schlußabstimmung am 8.5.1949 mit zunehmender Vehemenz begleitete. Wie in einer Vorausschau auf seine künftige Aufgabe als Präsident des Parlamentarischen Rates sprach Adenauer hier von einer Mittlerfunktion, die der rheinisch-westfälische Westen "zwischen dem nüchternen zentralistischen Norden und den von starker landsmannschaftlicher Eigenwilligkeit geprägten Ländern des deutschen Südens zu bilden" habe, von der "besonderen Rolle", die ihm in einem "deutschen Föderativsystem" zufalle: "Es finden sich hier die Grundlagen, die wir für eine Erneuerung des naturrechtlichen Denkens, für eine Verbindung von Sittengesetz und Politik, für die Gesamtschau eines christlich universalen Weltbildes benötigen." Auch das Hauptziel seiner Außenpolitik wurde ausgesprochen: "Eine Erneuerung des abendländischen Gedankens kann nur das Ergebnis einer fruchtbaren Begegnung zwischen Frankreich und Deutschland sein."
Als erster hatte F. A. Kramer selbst den Namen Adenauer ins hellste Licht gerückt. Der "Eindruck staatsmännischen Ranges ergibt sich heute nur noch, wenn ein Adenauer durch das Vestibül geht, mit jener Gelassenheit, wie sie natürliches Selbstbewußtsein und lange, mit vielen Enttäuschungen durchsetzte Erfahrung verliehen", schrieb er am 17.7.1948. In Paul Wilhelm Wenger, der mit kämpferischem Elan für Adenauers Leadership und für die Verwirklichung eines "durchgängigen Föderalismus" - im Innern subsidiär organisiert, nach außen offen für übernationale Lösungen - eintrat, besaß der "Rheinische Merkur einen Beobachter, Berichterstatter und Kommentator der Bonner Szene von herausragender Kenntnis und starkem Echo bei Freund und Feind. Die effizienteste Mitwirkung am Werden der Bonner Verfassung geschah jedoch durch die Symbiose mit Adolf Süsterhenn (vgl. Winfried Baumgart).
In einem Rückblick erinnerte Adolf Süsterhenn an die "grundlegenden Vorarbeiten", die intensive kritische Berichterstattung des

"Rheinischen Merkur" und an dessen "verfassungspolitisches Programm":
"1. Anerkennung natürlicher vorstaatlicher Menschenrechte, die im Gegensatz zur Weimarer Verfassung der Disposition der Staatsgewalt entzogen und durch eine unabhängige Gerichtsbarkeit geschützt sind;
2. ein föderalistischer Staatsaufbau unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, wonach der Bundesgewalt nur diejenigen gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Kompetenzen eingeräumt werden, die im Interesse des Bundes und der Länder einheitlich geregelt werden müssen;
3. Mitwirkung der Länder an der staatlichen Willensbildung des Bundes;
4. Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft und in die Gemeinschaft der freien Völker der Welt;
5. Wiedergewinnung der bundesstaatlichen Einheit des deutschen Volkes auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen auch in der sowjetischen Besatzungszone."
Mit Genugtuung konnte er 1970 resümierend darlegen, "daß dieses Programm in allen wesentlichen Punkten realisiert wurde". Aus den Reihen der politischen Gegner wurde diese Einschätzung schon früh bestätigt. Theodor Heuss rügte in seinem Schlußvotum am 8.5.1949 drei "Pole" außerhalb des Parlamentarischen Rates, die starken Einfluß auf das Werden des Grundgesetzes ausgeübt hätten: die Odeonstraße in Hannover (das Büro des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schumacher), die Kölner Kurie und den "Rheinischen Merkur". Hans-Peter Schwarz, der besonders die Bedeutung Wilhelm Röpkes für den "Rheinischen Merkur" in seinen Anfangsjahren hervorhebt, kommt zu dem Ergebnis: "Als dieser Staat im Sommer 1949 konstituiert wurde, hatten die Publizisten des "Rheinischen Merkur" allen Grund, ihn uneingeschränkt willkommen zu heißen. An seiner eindeutig föderalistischen Struktur konnte kein Zweifel sein. Es war sogar gelungen, die Hauptstadt an den Rhein zu bekommen, womit die Verlagerung des politischen Schwergewichts nach Westen sinnfällig verdeutlicht wurde. Preußen war wenigstens in der Konsolidierungsphase ausgeschlossen. Und Konrad Adenauer, der an die Spitze dieses Staates trat, verkörperte genau die Tendenzen des Blattes, das schon vor Gründung der Bundesrepublik entschiedener als alle anderen deutschen Zeitungen und Zeitschriften den Geist zum Ausdruck brachte, der die Außenpolitik Bonns unter dem ersten Bundeskanzler bestimmen sollte." ("Vom Reich zur Bundesrepublik", S. 422).

Der augenscheinliche Prestigegewinn in der Debatte über das Grundgesetz konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Jahr 1948 auch einen Mißerfolg brachte, der in solchem Ausmaß selbst von F. A. Kramer nicht vorausgesehen worden war. Offenbar ohne absichernde Vorgespräche mit Politikern und möglichen publizistischen Mitstreitern forderte Kramer in einem Sechzig-Zeilen-Artikel (6.11.1948), die werdende Bundesrepublik solle eine eigene Streitmacht aufbauen und damit ihren Beitrag zur Verteidigung der westlichen Welt leisten. Das Echo war ein einziger Aufschrei der Empörung. Die Argumente stießen auf emotionale Ablehnung einer Mehrheit, die sich gerade in einer Nische der Weltgeschichte häuslich einrichtete und dies nicht nur als Tat für den Frieden auslegte, sondern auch als Teil von "Trauerarbeit" wegen der Mitschuld an Krieg und Machtmißbrauch.
In Kramers Weltbild gab es keinen Anspruch von einzelnen, Gruppen oder Völkern, daß andere sie verteidigen müßten, wenn sie angegriffen würden, es sei denn innerhalb eines Bündnisses auf Gegenseitigkeit. Mit einem "Umschwenken" zu "Militarismus" irgendwelcher Art hatte sein Vorstoß nichts zu tun. Es war ein Aufruf, den vielgebrauchten Begriff Solidarität des Westens endlich ernstzunehmen. Wohl mochte er glauben, daß Adenauer so dachte wie er. Aber öffentlich geäußerte Zustimmung war weder von den Spitzen der CDU noch von anderen Politikern oder gar aus kirchlichen Kreisen zu erwarten.
Es gab einige tausend Abbestellungen. Die Kritiker, denen "die ganze Richtung" des Blattes nicht behagte, hatten nun eine griffige Formel gefunden, um den "Rheinischen Merkur" zu brandmarken: Remilitarisierung. Wie die seither bekannt gewordenen Vorgänge in der sowjetischen Welt zeigen, war der von Kramer gewählte Augenblick realpolitisch gut begründet, wenn er auch psychologisch verfrüht sein mochte. F. A. Kramer hat unter dem Mißerfolg seines publizistischen Vorstoßes ohne Deckung wohl schwer getragen, ihn aber nie bedauert. Er war davon überzeugt, daß er die elementaren Triebkräfte der Politik und die Logik der Geschichte richtig eingeschätzt habe.

VI

"Ethik des Journalismus" war kein Thema für die Redaktionskonferenz, dort wurde von den Handwerksregeln und ihrer Anwendung im vorliegenden Fall gesprochen. Landesbischof Lilje, der gerade

im Begriffe stand, seiner Evangelischen Akademie eine über Region und Konfession hinausreichende Bedeutung zu verleihen, gelang es im Spätsommer 1947, F. A. Kramer zur Formulierung seiner Gedanken über dieses Thema zu bewegen. Es wurde daraus eine harsche Absage an Vorstellungen von einem "Stand des Journalisten" (nach einheitlichem "Professionalisierungskonzept") "mit gleichmäßiger Vorbildung, mit eindeutigem Ehrenkodex mit fester gesellschaftlicher Einordnung, mit klar umrissener Aufgabe, etwa vergleichbar mit dem des Richters, des Lehrers, des Arztes. Es ist stets das Wagnis des einzelnen, ein tatsächliches und für seine Person sehr ernsthaftes Wagnis, Journalist zu werden. Es wird seine eigenste Angelegenheit sein und bleiben, was er auf diesem Felde bedeutet. Wenn kaum eine freiere Tätigkeit denkbar ist, so sicherlich auch keine, die weniger inneren und äußeren Halt gäbe. Der Journalist kann sich wie kaum ein anderer über die Grenzen der Sachgebiete, der Stände und Länder und gesellschaftlichen Schichten hinwegbewegen. Diesem eigentümlichen und starken Anreiz sind schon viele echte und reiche Begabungen unterlegen, die dann nicht die Konzentration und die unerbittliche Selbstdisziplin aufbrachten, welche dieser Beruf nun einmal verlangt, wenn man nicht einer geistigen Selbstauflösung verfallen will. Niemand hat seine stillen Tag- und Nachtstunden so bitter nötig wie derjenige, der das Recht aufgegeben hat, zu schweigen."

Dieser personalistischen Sicht der Situation des Journalisten entspricht die Vorstellung vom Publikum, das weniger denn je als amorphe Masse begriffen werden kann und soll. "Der Anruf des Einzelnen in der Menge" ist es, auf den der Journalist seine Arbeit ausrichten, seine Hoffnung setzen muß, zumal im Blick auf die Nachkriegsjugend, "deren im Grunde sehr gesundes Mißtrauen uns nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß ihre Besten von einem wirklichen geistigen Hunger geplagt sind". Was Niklas Luhmann und andere Theoretiker der "Öffentlichen Meinung" später als agenda setting function bezeichneten, beschreibt F. A. Kramer aus der Sicht des Praktikers: "Der Journalist ist der erste, der spricht, und sein Wort findet die größte Verbreitung. Er kann den Tagesereignissen ihren Namen und ihren Platz geben, bevor andere sprechen und urteilen können. Wenn er im Dienste der Wahrheit steht und seiner Aufgabe wirklich gewachsen ist, kann er die Personen und die Dinge schon an ihre Stelle rücken, bevor falsche Deutungen und Bewertungen laut werden könnten. In der heutigen Situation Deutschlands, ja der modernen Gesellschaft überhaupt, wird sein erstes Bemühen deshalb sein, in persönlichster Arbeit wieder

eine unterscheidende, abwägende, wirklichkeitsgetreue Sprache zu finden." (20.9.1947)
Spätestens seit Frühjahr 1948 wußte Kramer, daß er an einer schweren Erkrankung von Herz und Kreislauf litt und daß seine Lebenserwartung auf wenige Jahre beschränkt war. Ohne Selbstmitleid zog er die Konsequenz, die für ihn die wichtigste war: Er traf Vorsorge für den "Rheinischen Merkur", wie er an W. Röpke am 2.8.1948 schrieb:
"Ich hätte zu keiner Zeit das leisten können, was Sie seit geraumer Zeit ohne Unterbrechung leisten. Mein Lebensgefühl entspricht dem eines Mannes, dem es nur noch gegeben ist, sein Haus zu bestellen. Ich hoffe, den Ausbau der Redaktion so weit vorwärts getrieben zu haben, daß der Rheinische Merkur steht, unabhängig von der Person seines augenblicklichen Herausgebers." Nach kurzen Charakterisierungen von Paul Wilhelm Wenger, Curt Hohoff, Konrad Legat, Erich Mende, Paul Broicher und Otto B. Roegele schreibt er: "Alle diese Leute, nahezu alle unsere Mitarbeiter sind 'unica', d. h. sie könnten auf absehbare Zeit nicht ersetzt werden, und nachdem wir sie haben, kann ein anderes Blatt gleicher Richtung in Deutschland nicht mehr gegründet werden." Und zu seiner persönlichen Lage: "In den zahlreichen Stunden, in denen mein Herz mich nachts nicht schlafen läßt, führe ich im Geiste eine lebhafte Korrespondenz, die dann aber im Sturm der Geschäfte des nächsten Tages (an den ich nicht gewohnt und dem ich nicht mehr gewachsen bin) nicht zum Diktat kommt. Die Artikel, die ich selbst schreibe, kosten mich eine solche Mühe, daß ich für mehrere Tage völlig erschöpft bin."
F. A. Kramer war ein Christ von männlich-herber Frömmigkeit, für den das Credo der Väter und die überlieferte Lehre der Kirche verbindliche Gültigkeit hatten. Wie viele Intellektuelle, die ihre Kindheit in einem bürgerlichen Elternhaus verbracht hatten, dann aber von den Aufbrüchen der Zwischenkriegszeit (Jugendbewegung, Liturgische und Bibel-Bewegung) erfaßt worden waren, verband er eine unbeirrbare Treue zur Institution Kirche mit einer sehr offenen, kritischen Wahrnehmung von Menschlichem und Allzumenschlichem in dieser Kirche. An Pius XII. schätzte er die Präzision und Kohärenz der Lehraussagen auch zu politischen und sozialen Themen. Am Gedankenaustausch mit den deutschen Beratern dieses Papstes war er sehr interessiert.
Ein Verhältnis freundschaftlicher Hochschätzung verband ihn mit dem Bischof der Hannoverschen Landeskirche, Hanns Lilje. Er bewunderte in ihm den modernen Kirchenmann, der die Welt gesehen

und die Auseinandersetzung mit ihr offensiv aufgenommen hatte, ebenso den Theologen, der Rolle und Bedeutung der Presse für die Position des Christentums zutreffend erkannt und in sein Handlungskonzept einbezogen hatte.
Seine persönliche Spiritualität war eher benediktinisch geprägt, auch wenn der französische Katholizismus des "Renouveau" und Literaten von Charles Péguy und Léon Bloy bis zu Georges Bernanos und Paul Claudel ihre Spuren hinterlassen hatten. Er war lange genug in Rom tätig gewesen, um ein differenziertes Bild der dortigen Dinge gewonnen zu haben. Kirchenfürsten schreckten ihn nicht, zwischen Amt und Person unterschied er scharf, er war frei von jedem Ressentiment gegen die Repräsentanten dessen, was man heute "Amtskirche" zu nennen pflegt. Er fühlte sich als ein zum Dienst in der Welt gerufener Laie, war aber von Laizismus mindestens ebenso weit entfernt wie von Klerikalismus. Er hielt sich darauf nichts Besonderes zugute, war sich jedoch seiner unübertragbaren Verantwortung für den ihm zugewiesenen Abschnitt der Welt ganz sicher. Ihr vor allem wollte er gerecht werden.
Die innere Gewißheit, aus der F. A. Kramer lebte, teilte sich seiner Umgebung mit. In den vier Jahrzehnten meines Umgang mit "Leuten von der Presse" bin ich niemandem begegnet, der über eine so starke persönliche Ausstrahlung verfügte wie er. Sie war sinnlich wahrnehmbar, aber durchaus geistigen Ursprungs. Wo er auftrat, wurden Probleme durchsichtig, ordneten sich Schwierigkeiten zu überschaubaren Hindernissen, wurden innere Quellen freigelegt, stellten sich Zusammenhänge her, blühten Ideen auf, die vorher verkümmert waren. Diese Kraft war es, die so unterschiedliche Menschen in seinen Bann ziehen konnte.
Die Behandlung mit den damals erst in der Entwicklung begriffenen Medikamenten zur Regulierung des Blutdrucks brachte keinen Erfolg. Während eines Kuraufenthalts in Bad Münstereifel erlitt F. A. Kramer einen ersten Schlaganfall. Die leichten Sprechstörungen, die ihm folgten, störten den auf Genauigkeit und Form der Aussage so bedachten Patienten weit mehr als die Gesprächspartner. Für den Arzt war vor allem erstaunlich, mit welcher Furchtlosigkeit dieser Mann von seinem Tod sprechen konnte, ohne den Blick von seinem Gegenüber abzuwenden.
Am 11.2.1950 besuchte F. A. Kramer mit dem Verlagsgeschäftsführer Hans Kaufmann eine mehrstündige Zusammenkunft der Zeitungsverleger im Berghotel Rittersturz in Koblenz. Auf der Rückfahrt sank er ohne einen Laut in sich zusammen. Im Krankenhaus "Evangelisches Stift" bemühte man sich vergeblich um den Tod-

kranken. Er starb am 12.2.1950, 5 Uhr morgens, noch nicht fünfzig Jahre alt. Es war ein Sonntag. Auf dem Koblenzer Hauptfriedhof wurde er begraben.

Leo Wohleb (1888 - 1955)

Er gehört zu der Generation von Nachkriegspolitikern, deren Jugend im zweiten deutschen Kaiserreich lag und die - ohne in die Ära Bismarcks, Windthorsts, Bebels schon eingegriffen zu haben - ihr doch nahe standen. Einige kannten einander aus der Zeit der Republik, in der ihre Parteien zur Weimarer Koalition gehörten. Im Dritten Reich waren viele von ihnen kaltgestellt, einige politisch verfolgt. Wohleb zählte in manchem nicht zu ihnen, war ein *homo novus*. Er hatte noch kein politisches Amt bekleidet, ja nicht einmal einer Partei angehört. Gleichwohl wurde er der Repräsentant Badens und wirkte im Kreis der elf Regierungschefs der Westzonen-Länder, als sie im Sommer 1948 als "Treuhänder des deutschen Volkes" am Bau eines Bundesstaates mit Hand anlegten. Von der damals begonnenen Staatsgründung wußte keiner, wieviel an Selbstbestimmung sie den Westdeutschen beschere, ob sie die Teilung der Nation besiegele, wie stark sie den bestehenden Bund deutscher Länder unitarisiere.

Wohleb kämpfte nicht, einem Jakob Kaiser vergleichbar, der sich darüber mit Konrad Adenauer stritt, um die deutsche Einheit angesichts der Polarisierung der Anti-Hitler-Koalition. Das Ziel des Badeners war bescheidender: er suchte, den Weg zu mehr Selbstbestimmung in Deutschland zu öffnen und den dabei entstehenden Trend der Unitarisierung zu begrenzen. An der Stelle der Besatzungsländer sollten zumindest für Südwestdeutschland die alten Länder wiederherhergestellt werden. Dafür hat er sich leidenschaftlich eingesetzt - die Parallele zu den "süddeutschen Partikularisten" nicht scheuend, die seit 1868 im Zollparlament das Mißfallen der Nationalliberalen und Bismarcks gefunden haben. Sein Kampf um Baden hat ihn in den Jahren 1948 bis 1951 zu einem vielbeachteten politischen Akteur gemacht. Er scheute vor keiner politischen Arena zurück, auf der im Nachkriegsdeutschland das Bund-Länder-Verhältnis diskutiert wurde: vor keiner Regierungskonferenz, keiner Parlamentssitzung, keinem Plebiszit. Er erzwang die Eröffnung des Bundesverfassungsgerichts, dem es bis dahin an einem Kandidaten für das Präsidentenamt gemangelt hatte. Der Streit Land

Baden gegen Bundesrepublik Deutschland wurde zum ersten Verfassungsgerichtsprozeß des neuen Staates.
Die Bedeutung des Politikers Wohleb erschöpft sich nicht im Neugliederungsstreit, doch in ihm wurde er bundesweit wahrgenommen und beurteilt: im Südweststaats-Lager war er von Anfang an zum Feindbild ausersehen. Man hielt ihn - die nationalliberale Schablone dafür griffbereit - für einen "Reichsfeind", den französischen Herren "nicht gewachsen", in seinem Auftreten "devot", man tadelte seine "skrupellose Verschlagenheit" in Verhandlungen und qualifizierte ihn noch aus der Rückschau als "vorderösterreichischen Hinterbänkler, aber mit Format" (Th. Eschenburg). Im badischen Lager und bei den mit ihm sympathisierenden Föderalisten galt er als "Inbegriff der badischen Heimatliebe und Verkörperung der badischen Staatsidee" (R. Jäger), als einer der ersten, die auf "eine gutnachbarliche Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands" hinarbeiteten und darin einen Schlüssel zur europäischen Einigung sahen (H. Kopf), als "echtbürtige staatsmännische Gestalt von besonderem Rang" (W. Hausenstein).
Außer allem Streit waren seine auf große Gelehrsamkeit fundierte humanistische Bildung, sein pädagogisches Talent, seine rhetorische Kunst, seine bis zum Wunderlichen gehende persönliche Bescheidenheit und Sorge um Menschen, die ihm anvertraut waren. Nicht selten fuhr er nach heftigem Streit einen Kontrahenten in der Staatskarosse nach Hause oder verließ eine Sitzung der Regierungschefs, um nachzusehen, ob sein Fahrer bewirtet werde.

I

Leo Wohleb entstammt dem katholischen Freiburger Kleinbürgertum. Der Vater stammt aus einem Schreinerbetrieb, die Mutter ist das Kind einer Kaiserstühler Lehrersfamilie. Joseph Wohleb, der Vater, ist Angestellter einer Anwaltskanzlei und verwaltet von der Wohnung in der Colombistraße aus zusätzlich die Kirchensteuer der Pfarrei St. Martin. Als "Verwalter" im Nebenamt pflegt er Umgang mit der Freiburger Geistlichkeit, und der Sohn kommt früh in Berührung mit einigen Berühmtheiten unter ihr - so dem liberalen Zentrumspolitiker und Heimatschriftsteller Heinrich Hansjakob, der ihm das eine oder andere seiner Bücher mit persönlicher Widmung überläßt.
Leo hat zwei jüngere Geschwister - den Bruder Joseph Ludolf, der ins Volksschullehramt geht und als Schulrat und Lokalhistoriker

sich einen Namen macht, und die Schwester Amelie. Leo ist der erste der Wohlebs, der nach dem Abitur (Bertold-Gymnasium 1907) ein Universitätsstudium aufnimmt. Er versteht sich zeitlebens als *alumnus* der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität, die er in einer lateinischen Rede vor dem Senat, dessen Ehrenmitglied er 1952 wird, als *ejusdem matris* bezeichnet, *quae me enutrivit, ut homo fierem*. Er studiert, der Sparsamkeit des Haushalts in der Colombistraße zum Trotz, zunächst nicht aufs Brot, sondern nach Interessen: Archäologie, Patristik, Bibelwissenschaft und steigt bald selbst in die Forschung mit ein. Noch als Student veröffentlicht er in Fachzeitschriften und wird international beachtet. Auf diesen Umstand schiebt er es, daß er kein größeres Manuskript für eine Dissertation übrig behält und unpromoviert die Universität verlassen muß. Von den in Freiburg dominierenden farbentragenden Verbindungen hält er sich fern; er bleibt "freier Student", gründet einen philologischen Verein mit, die Societas Graeca. Er hört in volkswirtschaftliche Vorlesungen hinein, tut sich in "sozialen Zirkeln" in Fabrikunternehmen der Stadt um und sitzt dort mit Gewerkschaftern zusammen. Was ihn jedoch mehr begeistert, ist - wie er in seinen Jugenderinnerungen schreibt - die "menschliche Persönlichkeit" des Dr. Carl Sonnenschein in Berlin, von dem er erfährt, daß er "ein Sozialreformer nicht nur aus dem Verstande, sondern, was mehr wert ist, aus dem Herzen heraus gewesen ist."
Als der Gedanke an einen künftigen Broterwerb ihn zur Beschränkung auf ein Lehramtsstudium zwingt, entstehen unversehens neue Risiken. Das großherzogliche Ministerium übernehme, so heißt es, nicht mehr alle Kandidaten in den Schuldienst; seit 1909 sagt man nur noch denen eine Anstellung voraus, die sich guter Protektion erfreuen - Wohleb gehört nicht dazu. So läßt er sich im Winter 1911 - seinem Examenssemester - dazu hinreißen, die Universität zu wechseln und setzt sich ins Preußische ab, wo angeblich Altphilologen für den Schuldienst noch gesucht werden.
Mit einigen Freiburger Konsemestern schreibt er sich an der Universität Greifswald ein. Der überstürzte und nach vier Monaten schon wieder abgebrochene Studienaufenthalt bringt auch die erste Berührung des Badeners mit Berlin. Politisches Ressentiment kommt nicht zum Vorschein, desto mehr vom Eifer des Provinzlers, der sich und seine Welt gegenüber der Hauptstadt behaupten will: Nein, die Damenmode kann ihn nicht betören, und auch die neue deutsche Hauptstadt überwältigt ihn nicht. Fast aufreizend herablassend beschreibt er in Briefen an die Familie, was er in Begleitung eines anderen Freiburgers bei seinem nächtlichen Gang

durch die Straßen wahrnahm: "Unter den Linden, Schloß, Zeughaus, Dom usw., sogar die Siegerallee mit allen sich hier präsentierenden Marmordubeln" (der mildere badische Ausdruck für bayerisch "Depp") - dies alles habe man sich angeschaut. "Daß die Häuser statt 3 eben 6 oder 7 Stöck haben und alle 10 m schon eine Laterne steht und alle 5 ein größeres oder kleineres Denkmal, kann mir nicht imponieren" (1.11.1911). Greifswald zeichnet er den Daheimgebliebenen als "Universitätsdorf", das ihn an Emmendingen erinnere, wobei nur das Universitätsgebäude modernem badischem Zivilisationsstand entspreche. Um die Jahreswende kommen ihm Bedenken, ob er nicht doch einen Fehler mache, aufs preußische Pferd zu setzen. In Tag- und Nachtarbeit bereitet er ein badisches Examen vor - wozu eine 75seitige lateinisch verfaßte Facharbeit über eine Elegie Catulls und eine 35seitige Philosophie-Arbeit gehören. Im März 1912 legt er das Examen am Karlsruher Ministerium ab und kann, mit vorzüglichen Noten, nun doch eine Stelle als Lehramtspraktikant antreten.
Es folgen Einsätze an Gymnasien in Freiburg und Donaueschingen. Trotz seiner 1.57 m Körpergröße verschafft er sich vor den Schülern Respekt, im Lauf der Zeit gewinnt er sogar ihre Anhänglichkeit. Statt "Bimbo", wie in Freiburg, bekommt er später als Schulleiter den liebevollen Namen "Aetti" (Papa). Da er - wie eine Generation vor ihm die "kleine Exzellenz" Ludwig Windthorst - wegen fehlender Mindestgröße kriegsuntauglich geschrieben wird, finden wir ihn während des I. Weltkriegs am Gymnasium in Bruchsal eingesetzt. Der allgemeine Patriotismus schlägt bei ihm ins Zivile: ehrenamtlich organisiert er während seiner Freizeit die Lebensmittelversorgung der nordbadischen Kleinstadt. Nach Kriegsende holt man den tüchtigen Pädagogen und Organisator für zwei Jahre - von 1918 bis 1920 - ins Unterrichtsministerium. In Karlsruhe lernt er auch seine spätere Frau Maria Clorer, eine Handarbeitslehrerin, kennen, damals in Ausbildung auf dem Institut, an dem er nebenamtlich unterrichtet. Die Ehe der Wohlebs bleibt kinderlos. Maria Wohleb steht ihrem Mann ein Leben lang tatkräftig zur Seite. Sie zögert nicht, nach seinem frühen Tod seine politische Mission im Rahmen des Heimatbundes Badenerland fortzuführen, und sie sorgt dafür, daß sein Bild, nachdem der Pulverdampf des Südweststaats-Kampfs sich zu legen beginnt, zu ehrendem Andenken gelangen kann.

II

Fünfundzwanzig Jahre hindurch ist Wohleb als Gymnasiallehrer tätig, davon zehn - von 1920 bis 1930 - an seinem eigenen Freiburger Bertold-Gymnasium. Gleichzeitig nimmt er einen Lehrauftrag für lateinische Stilübungen an der Universität wahr. 1931 überträgt man ihm die Leitung des Donaueschinger Gymnasiums. Den Parteilosen rechnet man politisch dem Zentrum zu, mit dessen linkem Flügel er sympathisiert. Am 11. August 1931 hat er vor Donaueschinger Honoratioren die obligate Verfassungsrede zu halten, für die vom Ministerium das Gedenken an die Stein'sche Städtereform vorgegeben ist. Wohleb wendet sich darin gegen ausufernden Parteienstreit und macht darauf aufmerksam, daß Stadtverordnete in Notzeiten nicht durch das Streben nach "verdeckten Vorteilen" den Bürgersinn überfordern dürften. Ihre Arbeit solle im wesentlichen ehrenamtlich gemacht werden. Selbstverwaltung solle nicht in "bürokratische Mammutgebilde" ausarten. Er lobt einen überschaubaren und bürgernahen Verwaltungsraum und nimmt so ein Thema auf, das er nach dem Kriege aus dem Amt des Regierungschefs heraus kräftig entwickeln sollte: die heimatliche Demokratie und das auf Bürgersinn zielende Lob der kleinen und mittleren Gemeinden. Er gibt zwischen 1947 und 1951 28 südbadischen Gemeinden feierlich das Recht zurück, die Bezeichung Stadt (Stadtgemeinde) zu führen, das die Deutsche Gemeindeordnung ihnen im Jahr 1935 aberkannt hatte. Sein Demokratieverständnis gründet zeitlebens in bodenständiger Selbstverwaltung und im überschaubaren Raum. Damit, so ist er überzeugt, würden auch "zertrümmerte Atome neue Bindungen" gewinnen. Wie der gewählte Amann von Wälder- und Talbauern, so wird er nach dem Krieg selbst als badischer Staatspräsident zu den Leuten reisen, in ihrer Sprache mit ihnen reden. "Denken Sie daran", so ermahnt er als Kultusminister seine Mitarbeiter, "daß hinter jeder Akte ein Mensch steht".

Wenige Wochen nach der Verfassungsrede des Jahres 1931 zieht ihn der badische Unterrichtsminister mit politischer Unterstützung der Zentrumsfraktion als Referent für die Gymnasien nach Karlsruhe, eine Tätigkeit, die ihn landesweit mit der Philologenschaft in Kontakt bringt. Doch schon 1934 verliert er den Posten wieder. Er hatte gegenüber Freistellungsanträgen der Hitler-Jugend den laufenden Schulbetrieb zu sichern versucht und sich dadurch politisch verdächtig gemacht. Aus nichtigem Anlaß fühlte sich Gauleiter Wagner von ihm provoziert und verlangt seine Amtsentsetzung. Da er jedoch aus der Kultusverwaltung heraus gestützt wird, gelangt er

in die gerade freigewordene Stelle des Direktors des kleinen Baden-Badener Gymnasiums. Hier wird er zwar von der Gestapo überwacht, findet aber in dem Geistl. Rat Maichle einen freundschaftlich verbundenen Kollegen, mit dem er nach dem Zusammenbruch die Gründung einer christlichen Partei vorbespricht. Im Jahr 1946 erscheint, mit Erlaubnis der Militärregierung, aus seiner Feder eine kurzgefaßte Geschichte des Zisterzienserinnenklosters Lichtental. Er stellt darin seinen Lesern einen "geformten Bereich menschlichen Lebens" vor Augen, der "Anhaltspunkte gibt in unserer Lage des Zwangs und Willens zum Neuaufbau unseres badischen staatlichen Bereichs, um den unsere Gedanken kreisen."

III

Wenige Wochen nach dem Einmarsch der Franzosen wird Wohleb, von Kollegen empfohlen, als Referent nach Karlsruhe geholt. Auch in Heidelberg, wo vorübergehend ein eigener Regierungspräsident etabliert ist, bemüht man sich um ihn. Im Juli 1945 verlassen die Franzosen die Residenzstadt und Wohleb übernimmt zusammen mit andern Karlsruhern Verwaltungsaufgaben in Freiburg - zunächst in der Annahme, es handele sich um ein Provisorium. Die geteilte Dienststellung wird im Oktober 1945 jedoch von den Amerikanern beanstandet, und Wohleb entscheidet sich für seine Vaterstadt und den Dienst unter den Franzosen. Er gehört als Ministerialreferent für das Hochschulwesen sofort zu der Freiburger Nachkriegsgesellschaft, die aus Vertretern der neuen Ministerien, des Rathauses, der Universität, Justiz, Kirchen, Schulen besteht und in der er mit guten Kontakten zur Besatzungsmacht vermittelnd tätig werden kann.

Im Jahr darauf erhält er den politischen Titel eines Ministerialdirektors und damit die Leitung des Kultusministeriums. Der badische Landtag überträgt ihm das Amt des Kultusministers, das er bis 1952 - unterstützt von seinem Staatssekretär Paul Fleig - verwaltet und in dem er erfolgreich das humanistische Gymnasium gegen sozialreformerische Pläne der Franzosen verteidigt, aber auch an der im badischen Kulturkampf errungenen Simultanschule festhält, als sie aus Kreisen um den vormaligen Zentrumsführer Prälat Ernst Föhr zugunsten von Konfessionsschulen abgelöst werden soll. Wohlebs aus tiefer persönlicher Überzeugung vorgetragenes Argument, den Schulfrieden nicht aufs Spiel zu setzen, wird nicht nur von den Franzosen erwartet, sondern auch von Erzbischof Gröber

geteilt. Als die Militärregierung Wohleb zum - zunächst einflußlosen - Vorsitzenden einer vorläufigen Landesregierung beruft, ist dies gleichwohl eine Ausgangsposition und verlangt einen Blick auf Wohlebs Verhältnis zu den Franzosen und auf seine Stellung im System der Nachkriegsparteien.

Wohleb verfügt nicht über alte Kontakte nach Frankreich - vergleichbar denen Carlo Schmids in Tübingen. Er findet die Aufmerksamkeit der Besatzungsmacht als unbelasteter und tüchtiger Schulmann durch die Empfehlung deutscher Bezugspersonen. Sein Umgang mit den Besatzungsoffizieren entspricht den Machtverhältnissen. Stets bemüht er sich darum, Konflikte im Verhältnis zur Militärregierung auf möglichst niedrigem Niveau zu halten, was auch den Franzosen entgegenkommt, die ja daran interessiert sind, die deutsche Verwaltung als Paravent ihrer Besatzungsinteressen zu benutzen. Mancher unter den Kriegsheimkehrern in den Reihen der Jungen Union wünscht sich damals einen mannhafteren Umgangsstil und sympathisierte mit Persönlichkeiten wie Anton Hilbert, der sich gegen die Willkür der Besatzungsmacht zur Wehr setzt und der - wie aus anderen Gründen Anton Dichtel - sein Amt verliert. Der Regierungschef behält in solchen Turbulenzen die Ruhe: "vernünftig und geduldig, wie er war, wußte er, daß der morgige Tag oft das mit sich bringt, was der heutige nicht vermochte" (A. François-Poncet). Zugeständnisse auf französischer Seite sind die Ausnahme. Aber je mehr Zeit ins Land geht, desto nachhaltiger drängt Wohleb auf Entgegenkommen. Am 5. Juli 1948 verlangt er für seine Regierung mehr Freiheit von Überwachung (contrôle), damit ihr so "gegenüber der Bevölkerung mehr Autorität eingeräumt wird, ohne die sie auf Dauer weder regieren, noch die Prinzipien der Demokratie durchsetzen kann. Die gleiche Feststellung muß hinsichtlich der Funktionen des Badischen Landtags gestellt werden, die mit den Bestimmungen der... demokratischen Verfassung nicht in Einklang stehen." Konrad Adenauer, der im Verhältnis zu den Besatzungsmächten die gleiche Verständigungs-Strategie wählt wie Wohleb, und der sich so gegen Jakob Kaiser und gegen Kurt Schumacher erfolgreich behauptet, hat es allerdings nicht nur mit Baden-Baden oder Paris zu tun.

Was Wohlebs Stellung zu den Nachkriegsparteien angeht, so wird er zu früh aus seiner Tätigkeit am Gymnasium Hohenbaden weggerufen, als daß er im Stadium der Gründung einer Ortspartei dort noch hätte hervortreten können. In Freiburg aber scheint er zu spät zu kommen, da die Vorbereitungen zur Parteigründung dort im Oktober 1945 so gut wie abgeschlossen sind. Indes ist das christli-

che Lager in der Bischofsstadt gespalten: Eine interkonfessionelle Gründergruppe um die Professoren Franz Büchner und Constantin von Dietze und eine Zentrumsparteigruppe unter Prälat Ernst Föhr stehen einander unversöhnlich gegenüber. Die Einigung zwischen beiden Richtungen verlangt einen Namenskompromiß - keinesfalls CDU - und einen neutralen Mann. Als Kompromißkandidat wird der nach Freiburg heimgekehrte Gymnasiumsdirektor bzw. Ministerialreferent angesehen, der nicht nur beim Erzbischof und bei den Freiburger Honoratioren Ansehen genießt, sondern als politisch Unbelasteter und entschiedener Föderalist auch bei den Franzosen auf keine Schwierigkeiten stößt. So wird der 57jährige am 20. Dezember 1945 von Vertretern beider politischer Richtungen zum vorläufigen Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen gewählt mit dem Auftrag, für die Zulassung der Partei Sorge zu tragen.

IV

Am 24. Februar 1946 findet im Historischen Kaufhaus in Freiburg der Gründungsparteitag der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei statt. Strikt hatten die Franzosen das Wort "deutsch" im Parteinamen verhindert, wie es in der Berliner Gründung der CDU Deutschlands enthalten war, und selbst Kommunisten und Sozialdemokraten mußten hierzulande "badisch" firmieren. Dem vorläufigen und jetzt zu wählenden ersten Landesvorsitzenden wird nachgesagt, er habe die Gründung einer Baden-Partei nicht nur widerwillig akzeptiert, sondern geradezu angestrebt und sympathisiere mit separatistischen Bestrebungen, wie sie damals in Singen am Hohentwiel, im Seekreis, in Oberschwaben und Vorarlberg sich regten. Richtig ist, daß er mit ihnen einen Hauptgegner gemeinsam hat: ein von Berlin regiertes zentralistisches Deutsches Reich. Vor den christlich-sozialen Delegierten darf er den Verdacht des Separatismus nicht tolerieren, darf andererseits aber auch nicht die gaullistische Deutschlandpolitik der Besatzungsmacht offen herausfordern. Er findet die passenden Worte, indem er sagt: "Niemand verwehrt uns ... gerade weil wir christlich zusammenhalten wollen gegen die Not, unseren Gruß hinauszusenden in die anderen deutschen Länder, über welche die gleiche Not gekommen ist, unter welcher Besatzungsmacht sie auch immer stehen, und gerade der Franzose, der, selbst sich rühmend 'Sohn des Vaterlandes' nennt, sein Frankreich glühend liebt, hätte am wenigsten Verständnis da-

für, wenn wir in der Notzeit an unserem Vaterland verzweifelten". Der eigentliche Schwerpunkt seiner Parteitags-Rede liegt jedoch in ihren Anfangspassagen. Hier macht er eine Aussage, die den Delegierten in einprägsamen Bildern die Zeitsituation vor Augen stellt und Orientierung aus der gemeinsamen christlichen Religion bietet: "Das Spiel vom Antichrist ist aus. Es hat geendet, wie es enden mußte: Die Teufel sind wieder in der Hölle verschwunden, die Götzen von ihren Sockeln herabgestürzt, und gesiegt hat über die Lüge der wahrhaftige Gott, über Verbrechen und Gewalttaten Gottes Gerechtigkeit, und Not und Elend wird Gottes Barmherzigkeit wenden." Keiner der Delegierten hat die Wucht dieser Bildworte aus seiner Erinnerung verdrängen können.
Die BCSV holte bei den Kommunalwahlen auf Anhieb die Ergebnisse, die in den zwanziger Jahren von Zentrum und Evangelischem Volksdienst zusammen erreicht worden waren. Dennoch schwelt das Unbehagen an der Freiburger Gründung in einigen Gliederungen der Partei, vor allem in der Jungen Union. Unter dem Druck der Parteikreise am Bodensee und einiger aktiver Köpfe in der Jungen Union klärt sich das Profil der Partei im Verlauf des Zweiten Freiburger Parteitags im April 1947: Regierungschef und Parteivorsitzender werden zu unvereinbarlichen Ämtern erklärt. Die Partei soll so von Rücksichten freigehalten werden, die der Regierungschef zu nehmen hat ("lex Wohleb"). Die Informationspflicht der Parteileitung wird unterstrichen, der Anspruch auf innerparteiliche Demokratie angemeldet und der Name der Partei in CDU geändert. Mit dieser Namensänderung ist die Hoffnung von Prälat Föhr, er könne das Einmünden der oberbadischen Christlich-Sozialen in den allgemeinen CDU-Strom verhindern und den Zentrums-Freunden im Rheinland einen oberbadischen Brückenkopf anbieten, endgültig geplatzt.
Am 18. Mai 1947 finden Landtagswahlen statt, bei denen auch - gegen die Stimmen der Linksparteien - die Verfassung für das Land Baden in einer Volksabstimmung angenommen wird. Die BCSV geht aus ihnen noch einmal mit absoluter Mehrheit hervor. Paul Zürcher, Gründungsmitglied der BCSV, mag gehofft haben, mit Wohleb um das Amt des Staatspräsidenten zu konkurrieren. Indes scheidet er wegen eines damals spektakulären Vorgangs in seinem Verantwortungsbereich als Chef der badischen Justiz aus dem Wettbewerb aus. Er hatte gewagt, die Richter einer Schwurgerichtskammer gegen Maßregelung zu schützen, die die Besatzungsmacht ihnen wegen eines politisch unerwünschten und wohl auch falschen Urteils zuerkannt hatte (Tillessen-Prozeß). So wird

Wohleb ohne Gegenkandidat an der Spitze einer Koalition mit den Sozialdemokraten zum ersten badischen Regierungschef gewählt. Die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten ist ihm nichts Unbequemes, denn er ist seit seiner Jugend sozialreformerisch eingestellt. In scharfen Arbeitskonflikten vermag er keinen Sinn zu sehen, darum gehört er zu den Streitern für ein Betriebsrätegesetz. Das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone entspricht seinen Vorstellungen. Aber er begrüßt Erhards Wirtschaftsgrundsätze-Gesetz als willkommenen Abbau der Zwangswirtschaft. Die Währungsreform ist ihm wegen ihrer Nebenfolgen eine große sozialpolitische Herausforderung. Er appellierte an praktische und tatkräftige Nächstenliebe, um die schlimmsten Härten auszugleichen. Als im Herbst 1948 die Teuerungswelle hochtreibt, droht er denen "drakonische Maßnahmen" an, die "unmoralische Gewinne" machten und Steuern hinterzögen. Daß das arme Baden im Bereich der Sozialpolitik Vorbildliches zustandebringt, wird offenbar, als nach Gründung der Bundesrepublik Zuständigkeiten der Sozial- und Arbeitsverwaltung auf den Bund übertragen werden. Das zieht in Baden z.T. erhebliche Verschlechterung mit sich (Soforthilfegesetz, Arbeitsstock).

Im Januar 1948 scheiden gleichwohl die Sozialdemokraten aus dem Kabinett aus. Sie sehen sich für Maßnahmen in die Pflicht genommen, die von der Besatzungsmacht zu verantworten sind und fürchten, gegenüber den Kommunisten an Ansehen zu verlieren. Willkommener Anlaß hierfür ist ihnen die Bodenreform, für die Wohleb und Zürcher gegen die Stimme der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften und des Bauernverbandes ein eigenes Gesetz durch den Landtag bringen. Doch der Bruch hat für Wohleb auch sein Gutes: von nun an muß die CDU-Fraktion sich geschlossen um "ihre" Regierung scharen.

Die Lage in der französischen Besatzungszone spitzt sich im August 1948 unter dem Eindruck von Demontagen zu, die fortgesetzt werden, als bereits die westdeutschen Ministerpräsidenten sich auf den riskanten Weg einlassen, für die in den drei Westzonen lebende Bevölkerung einen westdeutschen Teilstaat zu gründen. Eine Reise Wohlebs nach Paris endet ergebnislos. Als das Tübinger Kabinett aus Protest gegen die Demontagen zurücktritt, folgt er unter einmütiger Billigung des Landtags in Freiburg diesem Beispiel. Wie sein Tübinger Amtskollege nimmt er an den folgenden Ministerpräsidenten-Gesprächen als geschäftsführender Regierungschef teil.

Wohleb steht im Prozeß der "Demokratiegründung" in Westdeutschland auf der Seite derer, die eine deutsche Einheit von den

Ländern aus und "auf feinerem Wege" verwirklichen wollen. So lädt er schon im Frühjahr 1947 die Ministerpräsidenten der Westzonen zu einem Verfassungskonvent nach Badenweiler ein. Hans Ehard hätte die Ministerpräsidenten der amerikanischen und Karl Arnold die der britischen Zone dafür gewinnen sollen. Indessen hat der Bayer eigene Interessen und Arnold traut den Franzosen nicht. Die Konferenz findet nicht statt.

Die Beratungen des Parlamentarischen Rates verfolgt Wohleb mit wachsender Sorge. Sein Zwischenbericht für die heimische Öffentlichkeit, den er im Dezember 1948 erstattet, schwankt zwischen "nicht befriedigend" und "untragbar": "Wenn man den deutschen Ländern die Finanzhoheit nimmt, entkleidet man sie in Wirklichkeit des Charakters von Staaten, macht sie zu abhängigen Kostgängern der Bundes-Bürokratie." Wohleb ist drauf und dran, dem bayerischen ein badisches Nein zum Grundgesetz an die Seite zu stellen. Indes würde er damit die politische Toleranz des Publikums vermutlich überfordern, dem französische Vorbehalte gegen einen Weststaat nicht unbekannt sind. Hinzu kommt, daß General de Gaulle damals die Pariser Regierung auffordert, französische Interessen in Deutschland durch "Faustpfänder" in ihren Besatzungszonen zu sichern. Wohleb zögert keinen Augenblick, solche Absichten im Landtag zurückzuweisen. Damit steht die badische Zustimmung zur Weststaatsgründung fest. Wohleb hofft zugleich, sich Konrad Adenauer in der Frage der Länderneugliederung geneigt zu machen. Den Bundeskanzler interessiert diese Frage aber nur im Blick auf Bundesratsunterstützung für seine Westpolitik.

Es scheint, als habe die Verfassungsdebatte in Deutschland in den achtzig Jahren zwischen 1868 und 1948 mehr Gemeinsamkeiten gehabt als in den fünfundvierzig zwischen 1948 und 1990-1993. Das gilt schon gar für die Frage Reich und Einzelstaaten bzw. Bund und Länder. Wie Windthorst im Zollparlament und im Reichstag, so streitet auch Wohleb erst um die Souveränitätsrechte, dann um deren landsmannschaftliche Identität. Er denkt und empfindet vom geschichtlichen Befund aus: Wir stehen, so erklärt er bereits in der Parteitagsrede vom Februar 1946, "unbedingt auf dem Boden des Föderalismus", weshalb für Baden "ein staatliches und kulturelles Eigenleben" zu verlangen sei, "unbeschadet der Notwendigkeiten der Einigung in den Fragen, die alle deutschen Länder gleichmäßig betreffen." In der badischen Verfassung war "die Zustimmung zu einer Bundesverfassung der deutschen Länder" von einem verfassungsändernden Gesetz, d.h. einem erfolgreichen Plebiszit abhängig gemacht (Art. 52 Bad.Verf. v. 19.5.1947). Das kritische

Moment der inneren Akzeptanz ist, daß jedes Mitglied eine ausdrückliche oder faktische Garantie seines Bestandes habe - hierin sind ihm die Eidgenossenschaft und die USA vorbildhaft.
Welches Landesstaatsgebilde ihm vor Augen steht, wenn er von Baden spricht, daran läßt er schon im Frühjahr 1946 keinen Zweifel: "Unser Heimatland ist das Badenerland ungeteilt. Es gegen die napoleonische Intention zu zerreißen, ist ein ebenso gewagtes Experiment wie ein Zusammenschluß mit dem Nachbarland Württemberg." Damals ist er sich noch mit dem Karlsruher Landesbezirkspräsidenten und vormaligen Reichsfinanzminister (1927/28) Heinrich Köhler einig. Doch Köhler fällt im Sommer 1948 um und stellt sich auf die Seite der Südweststaatler. Er fürchtet, das nördliche Baden könne im Tausch gegen Südwürttemberg wieder unter französische Besatzung geraten, worin nicht nur er einen schlechten Tausch sieht. Ein nationalpolitisches Argument kommt hinzu: Frankreich könne in einem selbständigen Baden versuchen, Rheinbund-Politik zu treiben, und: Baden könne sich davor nur sichern, wenn es mit den ungeliebten Schwaben zusammenzugehe und sich dadurch ins Reich rückverbinde. Natürlich steht und fällt das Räsonnement mit zwei Annahmen: die Amerikaner müßten überhaupt bereit sein, aus Nordbaden herauszugehen, wofür schon damals wenig spricht. Außerdem müßten die Angelsachsen bereit sein, Frankreich in Südwestdeutschland freie Hand zu geben - nichts spricht dafür, zum Zeitpunkt der Genehmigung des Grundgesetzes erst recht nicht. Schon kurz nach seinem Tod, im Herbst 1949, sind also die Gründe für Köhlers "Umfall" verschwunden. Wohleb hat die Frankophobie anderer nie geteilt, obwohl auch er der Besatzungsmacht keineswegs unkritisch gegenübersteht. Eine Länderfusion erscheint ihm jedoch unangemessen, geschichtslos und undemokratisch.Der konservative Liberale Wilhelm Röpke sollte ihm darin zustimmen.
Vom August 1948 bis Herbst 1951 zieht sich eine Serie von Regierungskonferenzen, Parlaments- und Gerichtsverhandlungen hin, deren Vorlagen und Entscheidungen später unter dem Titel "Kampf um den Südweststaat" veröffentlicht werden. Wohleb wird von hervorragenden badischen Juristen beraten: von Oberlandesgerichtspräsident Paul Zürcher, Innenminister Alfred Schühly, dem Staatsrechtslehrer an der Freiburger Universität Theodor Maunz. Die Neugliederungsfrage überlagert phasenweise alle anderen innenpolitischen und - innerhalb der Union - parteipolitischen Themen. Eine Einigung mit den württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier und Gebhard Müller, die von dem Ländergrenzen-

ausschuß der deutschen Ministerpräsidenten im August 1948 erwartet worden war, bleibt jedoch Wunschdenken. Den Württembergern geht es immer nur um die Bildung des Südweststaats in einem Zuge, dem Badener entweder um eine Stufenlösung: zunächst Wiederherstellung der alten Länder, dann Volksbefragung über einen Zusammenschluß, oder um die gleichberechtigte offene Alternativfrage: alte Länder oder Südweststaat. Zwischen diesen Positionen und den Verfahren, nach denen sie zustandekommen sollten, kommt eine Vermittlung nicht zustande. Auch als im Grundgesetz der für die südwestdeutschen Länder gedachte Artikel 118 GG in Anspruch genommen wird, laufen sich die Verhandlungen an immer denselben Fragen fest.
Zuletzt verabreden die drei Regierungschefs für September 1950 in ihren Ländern wenigstens eine informatorische Volksbefragung. In ihr wird festgestellt, daß 9 von 10 Württembergern dem Südweststaat zuneigen, daß aber die Badener sich ihm gegenüber reserviert verhalten. In Nordbaden sprechen sich gerade einmal 6 von 10 Votanten, unter ihnen viele Ostflüchtlinge, für den ökonomisch reizvollen Südweststaat aus. Zählt man die südbadischen Stimmen dazu, ergibt sich in Baden eine Mehrheit für die alten Länder. Dieses für viele Südweststaats-Freunde unerwartete Ergebnis wurde durch Werbung und durch Kundgebungen erzielt, die die Arbeitsgemeinschaften der Badener organisiert hatten. Die Presse unterstützt überwiegend die Fusion. In Karikaturen wird Wohleb bald als Kind, das den andern das Spiel verdirbt, bald als Zwerg, der sich hinter des Bundeskanzlers Rockschößen versteckt, bald als einer, der auf dem Schoß eines Kollegen Platz findet, zu öffentlicher Erheiterung angeboten - bis ins ikonographische Detail vergleichbar den Karikaturen der "kleinen Exzellenz" Windthorst aus der Zeit des Kulturkampfs.
Der Wirkung des Kundgebungsredners auf die Zuhörer im Ober- und im Unterland wird dies natürlich nicht gerecht: "die sonore und feste alemannische Stimme füllt den Saal auch ohne Lautsprecheranlage und erweckt in der Zuhörerschaft Vertrauen" (O.B. Roegele). Selbst die Gegner räumen ein: "Wohleb konnte mit seiner männlichen schönen Stimme wirklich überzeugend reden". Er ist schlagfertig und witzig. Angriffe auf seinen angeblichen Separatismus unterläuft er durch Ironie: Er lasse sich gerne dabei ertappen, wie er im Bundeshausrestaurant separatistisch auf der Weinkarte badische Weine suche. Die emotionale Seite seiner Rhetorik hat den Gegnern besonders zugesetzt. Das "befremdliche" Phänomen versucht man vergeblich als Druck auf die Tränendrüse

oder als Mitleidshascherei zu verstehen; es geht um etwas anderes: Baden ist ihm "nicht nur eine Angelegenheit des Verstandes", wie ein Verwaltungsbezirk, "sondern des Gefühls". Hölderlin hätte ihn warnen können: "Herz und Verstand ... beides verdammen sie Dir, zeigest Du beides zugleich." Die Liebe zur Heimat und die Idee der Selbstverwaltung und des minimalen bürokratischen Aufwands gehen wie von selbst zusammen, und der Redner muß nur noch Gefühlsimpuls und Gedanken im "Volkston" aufeinander abstimmen. Darum bewegt er auf Versammlungen vor den Bürgern mehr als im Plenum des Bundestags, wo ihm die forensischen Juristen Kurt-Georg Kiesinger, Carlo Schmid und Gebhard Müller voraus sind.
In Bundestag und Bundesrat erreichen es Gebhard Müller und seine Mitstreiter aus allen Parteien, daß der Volkswille Badens durch Abstimmungsgeometrie zum Verschwinden gebracht wird. Die Mehrheit in drei Landesbezirken - und seit September 1950 weiß jedermann, daß dies die beiden Württemberg und Nordbaden sein werde - sollten den vierten Landesbezirk überstimmen. "Noch ist Baden nicht verloren", schließt Wohleb seine Rede vor dem Bundestag und "Wir kapitulieren nicht" vor dem Bundesrat. Aber die Hoffnung auf die Solidarität der anderen Länder im Bundesrat und dann auf Gerechtigkeit durch das oberste Verfassungsgericht trügt. Am 11. Dezember 1951 findet der umstrittene Volksentscheid über die Neugliederung der südwestdeutschen Länder statt. Südbaden zeigt das erwartete gute Ergebnis für die alten Länder, in Nordbaden machen die alten Länder ebenfalls Boden gut, so daß beide Bezirke zusammengenommen mit 52,2% eine Mehrheit für die alten Länder aufweisen - die aber nicht berücksichtigt werden darf.
Die Verbitterung hält lange an und sitzt tief. Wohleb spricht noch drei Jahre später von der "badischen Krankheit", die das badische Volk, darüber hinaus den ganzen Bundesstaat befallen habe: "Der Staat, der sich heute Baden-Württemberg nennt, ist auf einem Unrecht aufgebaut ... Keine Krankheit frißt tiefer als klar erkennbares und erkanntes Unrecht. Das bohrt unausgesetzt und kommt nicht zur Ruhe, bis das Recht wiederhergestellt ist". Er sollte die Genugtuung nicht mehr erleben, daß das Bundesverfassungsgericht seine Diagnose mit Urteil vom 29. Mai 1956 bestätigt hat - Klageführer war der Heimatbund Badenerland: "Der Wille der badischen Bevölkerung ist durch die Besonderheit der politisch-geschichtlichen Entwicklung überspielt worden". Weil das Grundgesetz das demokratische Prinzip ernst nehme, perhorresziere es "die Bildung neuer Länder über den Kopf der Bevölkerung hinweg". Von Ver-

fassungs wegen müsse im alten Land Baden ein Volksbegehren nach Art. 29 GG zugelassen werden.
Nach einigen Nachhutgefechten verläßt der letzte Staatspräsident Badens Ende Mai 1952 seinen Amtssitz im Colombischlößle, der ihn noch einmal in Sichtweite des väterlichen Hauses gebracht hat. Die beiden badischen Flaggen, die hier aufgezogen waren, nimmt er an sich. Sie werden heute in seinem Nachlaß verwahrt.

VI

Wohleb ist mit 63 Jahren noch nicht so ausgebrannt, als daß er sich auf ein Altenteil zurückziehen will. Er spielt mit dem Gedanken, nach Stuttgart zu gehen, doch will er nicht als einfacher Abgeordneter ziehen, sondern als Vorsitzender der südbadischen CDU. Anton Dichtel, seit 1947 im Landesvorsitz, hält es indes für seine Pflicht, vom bestehenden Zustand auszugehen und CDU und badische Politik nicht weiter miteinander zu verquicken als bereits geschehen. Tatsächlich wird die CDU mehr als 10 Jahre lang wegen der landespolitischen Grundsatzfrage in Süd- und in Nordbaden immer wieder "am Scheidewege" ankommen (P. Fleig). Zweimal kommt es darüber zu Gegengründungen: 1951 zum Badischen Zentrum von Freiburg aus, 1959 zur Badischen Volkspartei von Karlsruhe aus. Sie bleiben jeweils erfolglos und schaden der Union nur wenig.
Die andere Wirkungsstätte für Wohleb wäre Bonn gewesen, doch dort fanden erst in zwei Jahren Neuwahlen statt. So ist ihm ein Angebot des Kanzlers willkommen, das ihn auf einen Gesandtschaftsposten im Ausland entführen soll. Am liebsten wären ihm Bern oder Wien, doch Adenauer verlangt Lissabon - sicherlich auch, um den Badener weit vom südwestdeutschen Kampfplatz zu entfernen. Wohleb hält gleichwohl von Lissabon enge Verbindung zum Heimatbunde Badenerland, dessen Ehrenvorsitzender er im gleichen Jahr wird. Bei gelegentlichen Heimatbesuchen spricht er in gut besuchten Badenerversammlungen und mahnt mit dem neuerworbenen portugiesischen Wort paciencia zur Geduld. Der diplomatische Posten bleibt währenddessen für ihn ohne Glanz. Das Auswärtige Amt verhindert die Aufstufung der Gesandtschaft zur Botschaft. 1953 bemüht sich Wohleb mit Rückenwind des Kanzlers und Bundesparteivorsitzenden um eine Kandidatur für den Zweiten Bundestag, doch die "Fernkandidatur" mißlingt. Keiner der badi-

schen Wahlkreisabgeordneten will seine Pfründe aufgeben, und auf der Landesliste ist der Name des Badeners nicht vermittelbar.
Die Zukunftsperspektiven von Wohleb und seiner Frau, die ihn nach Portugal begleitet hat, verdüstern sich, als just zum Hl. Abend 1954 die Aufkündigung des Dienstvertrages für Ende März 1955 eintrifft. Wohleb fühlt sich dem Druck der Erwartungen und Hoffnungen seiner Badener, die er so lange genährt, die er aber auch oft und oft zu Geduld gemahnt hat, ohne Amt oder Mandat nicht gewachsen. Eine bittere Rückkehr steht bevor. Während seine Frau den Umzug kontrolliert, begleitet er eine portugiesische Wirtschaftsdelegation auf deren Deutschland-Reise, bereits von einer schmerzhaften Thrombose am Bein behindert. In Frankfurt endet die Dienstfahrt. Die Staatsgäste fliegen ab, Wohleb erleidet noch in derselben Nacht, es ist der 12. März 1955, Embolien. Er stirbt in der Universitätsklinik unter den Händen des Notarztes.
In Freiburg wartet Maria Wohleb auf die Überführung des Leichnams ihres Mannes. Die Beisetzung vereint viele Weggefährten, Deutsche und Franzosen, an seiner Bahre. Eindrucksvoller als Reden und Kränze ist das Geleit von zehntausenden von Menschen aus allen Teilen Badens, die es dem Mann danken, daß er ihnen eine Vorstellung vom unzerstörbaren Wert der Heimat, der Demokratie und von der unverbrüchlichen Geltung des Rechts gegeben hat. Der Südweststaat brauchte 33 Jahre Zeit, bis er Leo Wohleb durch den Mund von Ministerpräsident Lothar Späth bei der Gedenkfeier zum 100. Geburtstag im Basler Hof in Freiburg als "einen großen unserer gemeinsamen südwestdeutschen Geschichte" endlich anerkennt.

Josef Beyerle (1881 - 1963)

I

Als "Gerechtesten der Gerechten" bezeichnete der erste Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden, Reinhold Maier, Josef Beyerle in seinen Erinnerungen. Beyerle hatte schon in der ersten deutschen Republik, in den schweren Jahren zwischen 1923 und 1933, das württembergische Justizministerium geleitet. 1945, vier Tage nach der Kapitulation, kam er in Schwäbisch Gmünd mit Maier zu einem ersten Gespräch über die Zukunft des Heimatlandes zusammen. Zehn Tage darauf fand - nach Auskunft seines Notizkalenders - ein erster Kontakt mit Repräsentanten der amerikanischen Besatzungsmacht statt. Am 13. Juni machte ihn die französische Militärregierung in Stuttgart, die am 7. Juli wiederum von der amerikanischen abgelöst wurde, zum Landesdirektor für Justiz. Am 24. September erfolgte die Ernennung zum Justizminister von Württemberg-Baden. Beyerle war - so Reinhold Maier - als "ein Mann des Rechts", als Persönlichkeit "von unbestrittenem Ansehen" für dieses Amt, das er bis Anfang 1951 innehatte, "der so klar gegebene Mann, daß keine Diskussion entstehen konnte und nicht entstand".
Josef Beyerle zählt zu jenem nicht allzu großen Kreis von Politikern, die in der ersten wie in der zweiten deutschen Republik mit großem Verantwortungsgefühl höchste Ämter eingenommen haben und in ihrer Person die rechtsstaatliche und demokratische Tradition Deutschlands verkörpern.

II

Josef Beyerle war am 27. August 1881 als Sohn des Gräflich-Adelmannschen Rentamtmanns Anton Beyerle (1844-1925) und seiner Frau Maria Anna, geb. Schmid (1851-1914), in Hohenstadt, einem kleinen Ort bei Abtsgmünd im Oberamt Aalen (heute Ostalbkreis), zur Welt gekommen. Er hatte eine Schwester, die 1933 verstarb.

Die väterliche Familie stammte aus Weilderstadt, wo sie wiederholt Bürgermeister gestellt hatte. Ein Onkel, Anton Franz von Beyerle (1824-1886), war Senatspräsident am Reichsgericht in Leipzig. Mütterlicherseits war er mit der in Weilderstadt seit vielen Generationen ansässigen Patrizierfamilie Gall verwandt, aus der mehrere Gelehrte und Politiker hervorgegangen sind. Administrative und juristische Neigungen waren Josef Beyerle also gewissermaßen in die Wiege gelegt. Seinem Heimatort, der ihm in schwieriger Zeit Zuflucht bot, blieb er bis an sein Lebensende eng verbunden.

Beyerle wurde im katholischen Glauben erzogen. Von 1887 bis 1892 besuchte er in Hohenstadt die Volksschule. Seine guten Leistungen legten den Besuch einer weiterführenden Schule nahe. Für katholische Schüler aus dem Gebiet des östlichen Württemberg kam dafür nur das staatliche Progymnasium in Rottenburg in Frage. Als externer Schüler fand er im Martini-Haus Aufnahme, einem bischöflichen Knabenseminar, das die gründliche schulische Bildung durch religiöse Unterweisung ergänzte. 1896 wechselte er, nachdem er das schwierige schwäbische Landesexamen bestanden hatte, zum humanistischen Gymnasium nach Ehingen, das ebenfalls mit einem bischöflichen Konvikt verbunden war. Dort legte er 1900 das Abitur ab.

Manches deutet darauf hin, daß Beyerle den Weg zur Theologie einschlagen sollte. Er selbst entschied sich jedoch für Rechts- und Staatswissenschaften und studierte in Tübingen und Berlin, wo er sich der katholischen Studentenverbindung Alamannia bzw. Ascania/Guestfalia anschloß. Dem Studentenleben war Beyerle, der später so asketisch wirkte, offensichtlich nicht ganz abhold: 1901 handelte er sich eine Polizeistrafe wegen nächtlicher Ruhestörung ein. Nach vierjährigem Studium legte er 1904 die erste und nach weiteren vier Jahren 1908 die zweite höhere Justizdienstprüfung ab. Er bestand beide Prüfungen mit Auszeichnung. Sein Referendariat absolvierte er an den Gerichten in Heidenheim, Ellwangen und Stuttgart. Von 1908 bis 1910 arbeitete er in einer angesehenen Stuttgarter Anwaltskanzlei, in der er Einblicke in das Rechts- und Wirtschaftsleben erhielt, bevor er am 14. April 1910 als Gerichtsassessor in den Staatsdienst eintrat. Am 24. Juli 1911 wurde er - nach kurzer Tätigkeit am Landgericht Tübingen und am Grundbuchamt Ulm - als "Hilfsarbeiter" in das königlich-württembergische Justizministerium berufen.

Damit begann eine steile Karriere im Staatsdienst. Am 7. März 1913 folgte die Ernennung zum Justizministerialsekretär mit dem Titel und den Dienstrechten eines Amtsrichters, am 9. November

1915 wurde er in die Dienstrechte eines Landrichters eingewiesen. Am 9. Oktober 1918, kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges, ernannte Justizminister Mandry ihn zum Kanzleidirektor des Justizministeriums mit dem Titel eines Landgerichtsrates. Mit dieser Berufung zum "politischen" Beamten zeigte sich, daß Beyerle zu weiteren Aufgaben befähigt war. Am 1. April 1921 erfolgte die Beförderung zum Oberregierungsrat.

III

Die Übernahme seines neuen Amts fiel in eine schwierige Umbruchphase. In der Bevölkerung verbreitete sich wegen der miserablen Ernährungslage Unzufriedenheit; sie verstärkte den allgemeinen Vertrauensschwund in die alten Gewalten. Nach Protestaktionen in Friedrichshafen konstituierte sich am 4. November 1918 in Stuttgart ein Arbeiterrat. Im Verlauf der großen Demonstration vom 9. November vollzog sich der unblutige Umsturz; Ende November verzichtete der württembergische König Wilhelm II. auf seinen Thron. Am 9. Dezember tagte die erste Landesversammlung aller württembergischen Arbeiterräte. In dieser unruhigen Phase wollte Beyerle, der sich als Staatsdiener bisher nicht parteipolitisch betätigt hatte, nicht abseits stehen. Aus tiefer Überzeugung entschloß er sich, die Geschicke des Staatswesens aktiv mitzugestalten und trat der Zentrumspartei bei. Zwei Monate danach, im Januar 1919, wurde er schon als Nachfolger von Alfred Rembold (gest. 1922) zum Landesvorsitzenden gewählt. Von nun an beeinflußte er das politische Geschehen im Lande entscheidend mit.
Seit dem 11. November 1918 bestand bereits unter Führung des Mehrheitssozialisten Blos eine Regierung, der neben der SPD und USPD je ein Minister des Zentrums und der beiden liberalen Parteien angehörten. In der verfassunggebenden Landesversammlung von 1919 konnte sich die sogenannte Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Linksliberalen auf eine Mehrheit von 121 der 150 Abgeordneten stützen, so daß die Regierung Blos bis auf wenige personelle Veränderungen im Amt blieb. Eine der Veränderungen war die Übernahme des Justizministeriums durch Eugen Bolz (Zentrum) im Oktober 1919, der in der folgenden Zeit bis 1933 zu einem der wichtigsten politischen Köpfe des Landes aufstieg. Der ruhende Pol der Justizverwaltung war in dieser stürmischen Zeit Beyerle; für die Minister Mandry, Liesching, Kiene und schließlich Bolz erwies er sich als erfahrener und zuverlässiger Berater. Mit

der Ernennung von Bolz trat eine merkwürdige Konstellation ein: Bolz, der mit Beyerle in Rottenburg zur Schule gegangen war und auch mit ihm studiert hatte, war in der juristischen Hierarchie erst bis zum Amtsrichter aufgestiegen (21. Dezember 1918). Nun wurde er zum direkten Vorgesetzten seines gleichaltrigen Freundes, der wiederum als Vorsitzender der württembergischen Zentrumspartei Bolz politisch übergeordnet war. Konflikte erwuchsen daraus jedoch nicht, beide verband vielmehr ein uneigennütziges Freundschaftsverhältnis.

Beyerle stand der württembergischen Zentrumspartei während der gesamten Dauer der Weimarer Republik vor; von 1920 bis 1933 war er zugleich Mitglied des engeren Parteivorstandes auf Reichsebene. Ihm und seiner Partei war seit den Wahlen von 1920 die Rolle zugefallen, das Land mit wechselnden Mehrheiten zu regieren und dabei mal mit den linken, mal den rechten Kräften zusammengehen zu müssen. Daß diesen wechselnden Koalitionen zum Trotz Württemberg in der Weimarer Republik eine insgesamt ruhige und stetige Entwicklung nahm, ist der besonnenen Führung durch Beyerle und seiner Kooperation mit Bolz und Lorenz Bock zu verdanken - der eine war von 1928 bis 1933 Staatspräsident, der andere stand der Landtagsfraktion vor. Von 1924 bis 1933 war Beyerle auch Landtagsabgeordneter für die Kreise Aalen, Ellwangen, Gmünd und Neresheim. Ein begnadeter Rhetor war er nicht, aber es zeichnete ihn die Gabe aus, das Grundsätzliche und Entscheidende darlegen und in klaren und eingängigen Formulierungen vermitteln zu können. Die Neuorganisation der württembergischen Zentrumspartei nach der Revolution und ihr straffer Aufbau im Lande waren maßgeblich seiner Initiative zu verdanken.

Nachdem Bolz zum Staatspräsidenten gewählt worden war, wurde Beyerle, mittlerweile 42jährig und im Rang eines Oberregierungsrates, mit dem Amt des Justizministers betraut. Eine seiner vordringlichen Aufgaben sah er darin, das mit der Inflation verbundene Unrecht an zahllosen Bürgern durch eine gerechte und der Billigkeit entsprechende Aufwertung wiedergutzumachen. Der Reichsregierung riet er, dem Unmut und der Verbitterung weiter Volkskreise durch eine entgegenkommende Haltung den Boden zu entziehen. Auf dem Stuttgarter Katholikentag von 1925 setzte er sich in einer bemerkenswerten Rede vehement mit der sozialen Frage auseinander und forderte Gerechtigkeit als "Richtschnur für das soziale Handeln auch jedes einzelnen von uns". Die Lösungsmodelle von Liberalismus und Sozialismus bezeichnet er als verhängnisvolle Irrwege, die nur in die "soziale Friedlosigkeit" führen könnten. Be-

sondere Aufmerksamkeit widmete er in den folgenden Jahren neben der sozialen Frage vor allem der Reform des Strafrechts, Strafverfahrensrechts und Strafvollzugs, dem württembergischen Ausführungsgesetz zum BGB und der Auflösung der Fideikommisse. Gegen Ende des Jahrzehnts versuchte er, der Vertrauenskrise der Justiz entgegenzuwirken, die in den politischen Wirren jener Jahre einen immer schwereren Stand hatte.

Nach der Wahl vom 20. Mai 1928 stand das Zentrum, das seine Mandatszahl (17) gegenüber der Wahl von 1924 hatte halten können, vor der Frage, ob es mit den Siegern, der SPD (22 gegenüber 13), eine Koalition zusammen mit der DDP (8 gegenüber 9) und der DVP (4 gegenüber 3) eingehen solle. In den ersten Gesprächen mit der Führung der Sozialdemokratie vermied Beyerle jede Festlegung; er schätzte die Stimmung in seiner Partei für eine sogenannte bürgerliche Koalition und eine Orientierung im rechten Spektrum gegen einen Linksschwenk wohl richtig ein. So kam es zur Wahl von Bolz zum Staatspräsidenten durch eine Minderheitskoalition von Zentrum, DVP und Christlichem Volksdienst, in der Beyerle wiederum das Justizressort und zwischen 1928 und 1930 auch das Wirtschaftsministerium übernahm. Seine Reden bei der Einbringung des Etats des in jenen Jahren besonders geforderten Wirtschaftsministeriums zeugen von hoher Sachkenntnis und von tiefer Sorge um die ständig steigende Arbeitslosigkeit. Im Amt des Justizministers verstand er sich nicht so sehr als Politiker, sondern eher als höchster Staatsbeamter. Sein zurückhaltendes Wesen und sein ausgeglichenes Temperament, verbunden mit seinem allseits geschätzten juristischen Sachverstand, verhalfen ihm im ganzen Land zu hohem Ansehen. Daß er nicht ausschließlich in staatsrechtlichen und verwaltungstechnischen Kategorien dachte, sondern auch parteipolitischen Erwägungen aufgeschlossen war, zeigte seine Empfehlung, bei der Erweiterung der Koalitionsregierung 1930 um einen ehrenamtlichen Staatsrat aus den Reihen der DVP von beamtenrechtlichen Gesichtspunkten ausnahmsweise abzusehen. Im allgemeinen jedoch entschied er sich, wenn es um die Alternative Parteipolitik oder beamtenmäßige Sachlichkeit ging, für letztere.

Beyerle widersetzte sich 1931 nicht dem deflationistischen Wirtschaftskurs von Bolz, dem "Brüningschen Schleppenträger" (Heinrich Köhler), der ganz auf der Linie des Reichskanzlers lag. Doch gab er seiner Befürchtung Ausdruck, daß die steigende Zahl der Arbeitslosen zu einer schweren politischen Belastung führen könnte. Eine Verschuldungspolitik lehnte allerdings auch er ab. Diese Haltung, die das Auseinanderbrechen von Staat und Gesellschaft

nicht verhinderte, führte in der Konsequenz zum Scheitern der Weimarer Republik. Beyerle blieb - trotz seiner Vorbehalte - bei dem eingeschlagenen Kurs der Sparsamkeit, als Bolz 1932 bereit war, die - bescheidenen - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mitzutragen, wie sie von der Reichsregierung vorgeschlagen worden waren. Am besten wird die Einstellung Beyerles durch seine Feststellung in der Sitzung des Staatsministeriums vom 1. Juni 1932 charakterisiert: "Die Minister der Regierung müssen die Verantwortung übernehmen, ohne Bindung an ihre Parteien, wenn es das Wohl des Landes erfordert. Die Minister handeln nicht als politische Persönlichkeiten, sondern als Beamte." Wenn der Haushaltsplan Lücken zeige, führte er in derselben Sitzung aus, so müsse die Regierung sie ausfüllen. Die Ausgleichung des Etats sei eine Beamtenpflicht.

Beyerle gehörte in der Zentrumspartei zu jenen, die auch in solch extremen Situationen jeder Interessenpolitik entgegentraten und eine grundsatztreue politische Haltung der Bevölkerung einforderten, wohl wissend, daß Parteien und Fraktionen und der Landtag damit letztlich ohne politischen Gestaltungswillen sich selbst zur Ohnmacht verurteilten. Sein unbeugsames Bauen auf Recht und Gerechtigkeit äußerte sich in der Diskussion um das Amnestiegesetz, das - aus parteipolitischen und taktischen Erwägungen - am 9. Dezember 1932 vom Reichstag beschlossen worden war und einen tiefen Eingriff in die noch funktionierende Justiz darstellte. Beyerle war nicht bereit, das Rechtsempfinden und das Ansehen der Rechtspflegeorgane zu gefährden. Die Amnestie, hieß es in einer Stellungnahme seines Ministeriums, bedeute "einen ungeheuren Stoß gegen das Rechtsempfinden". Man dürfe nicht "wegen innenpolitischer Schwierigkeiten ein rechtspolitisches Prinzip opfern", meinte er in der Sitzung des Staatsministeriums vom 19. Dezember 1932 und verpflichtete die württembergische Landesregierung gegenüber der Reichsregierung auf diese Linie. In kritischer Situation wandte er sich somit gegen die Selbstaufgabe des Staates.

IV

Beyerle war gegen einen harten Konfrontationskurs gegenüber der neuen Reichsregierung unter Hitler, obwohl er sich seit 1923 in vielen Reden mit dem Gedankengut der Nationalsozialisten grundsätzlich auseinandergesetzt und insbesondere Akademikerkreise, aber auch oberschwäbische Bauern vor dem Nationalsozialismus

gewarnt hatte. Bolz wollte die Mitarbeit im Reichsrat sofort einstellen. Beyerle hingegen plädierte für eine Fortsetzung, weil er sonst Schwierigkeiten für Württemberg befürchtete.
An seiner antinationalsozialistischen Haltung gibt es keinerlei Zweifel. Er warnte in zahlreichen Veranstaltungen vor Hitlers Alleinherrschaft und zeigte sich besorgt, daß Terror an die Stelle des Rechts trete. Mit einer "entschiedenen Rechtsverwahrung" wollte er gegen die Einsetzung eines Polizeireichskommissars für Württemberg protestieren, die nach den März-Wahlen von 1933 verfügt worden war. Zur Tragik dieses aufrechten und prinzipientreuen Mannes gehört jedoch, daß er sich - wie viele damals - gar nicht vorstellen konnte, wie schnell der Nationalsozialismus sich des Staates und seiner Bürger bemächtigen würde.
Schon im Vorfeld der nationalsozialistischen "Machtergreifung" und mehr noch während des Wahlkampfes zu den März-Wahlen von 1933 wurde klar, daß die Tage von Bolz und Beyerle gezählt sein würden. Die NSDAP fuhr, unterstützt vom Bauern- und Weingärtnerbund, scharfes Geschütz gegen beide auf: "Bei uns Schwaben ist eine Dynastie Bolz oder Beyerle auf die Dauer nicht mehr erträglich. Es ist jetzt hohe Zeit, mit dem Schwindel dieser Zentrums-Interessentengruppe ... ein Ende zu machen." Bolz und Beyerle standen auf verlorenem Posten, zumal ihre Partei selbst nicht geschlossen hinter ihnen stand. So betonte der Reichstagsabgeordnete Oskar Farny im Februar 1933 bei einer Bezirkstagung in Wangen, daß das Zentrum eine Kanzlerschaft und Regierungsverantwortung Hitlers wünsche, um ihm Gelegenheit zu geben, seine Versprechungen gegenüber dem deutschen Volk einzulösen. Die Quittung für diese Haltung blieb nicht aus: Die Stimmenzahl des Zentrums fiel im Wahlbezirk Farnys von 85,8 auf 57,2 %, weil ein Großteil der bäuerlichen Bevölkerung nun NSDAP wählte. Dennoch konnten die Nationalsozialisten das Zentrum in Württemberg nicht entscheidend schwächen. Zu hoch war das Ansehen, das Staatspräsident Bolz und Justizminister Beyerle weit über die eigene Anhängerschaft hinaus genossen. Nicht zuletzt waren die Verleihung des Ehrendoktortitels an Beyerle durch die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen (1927), seine Ernennung zum Ehrenbürger seines Heimatorts Hohenstadt (1931) Ausdruck dieser Tatsache. So sehr er sich über diese Ehrungen auch freute, viel Aufhebens hat er darum nie gemacht.
Am 15. März 1933 wurde Beyerle seines Amtes enthoben. Wie mußte ein Mann, der so vom Streben nach Recht und Gerechtigkeit geprägt war, empfinden, als der Rechtsstaat durch Polizeiterror ab-

gelöst wurde? Schmerzlich erlebte er die Zerstörung der Gesellschaftsordnung, in der er aufgewachsen war. Nun wurde ihm bewußt, daß die Existenz einer parlamentarischen Demokratie, wie sie die Weimarer Republik darstellte, für den Erhalt des Rechtsstaats keine ausreichende Garantie bot. Vom Legalitätsprinzip durchdrungen, baute er darauf, daß die deutschen Länderverfassungen die rechtsstaatliche Ordnung durch die Bindung an das Gesetz und an das Zusammenspiel verschiedener voneinander unabhängiger Institutionen hinreichend sichern würden. Die Wirklichkeit belehrte ihn schnell eines anderen.

Nach seiner Absetzung begann für Beyerle auch in materieller Hinsicht eine schwierige Zeit: Als Beamtenminister nach dem württembergischen Beamtengesetz erhielt er nach damals geltender Regelung keine Pension. Doch kam Beyerle im Unterschied zu Bolz, der im Juni 1933 zum erstenmal verhaftet und am 23. Januar 1945 wegen seiner aktiven Beteiligung an der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 hingerichtet wurde, vergleichsweise glimpflich durch die zwölf Jahre der Diktatur. Möglich, daß seine weniger auf Konfrontation als auf Ausgleich angelegte Haltung ihm einen Bonus bei den neuen Machthabern einbrachte. So hatte er am 9. April 1933 vor dem Landesausschuß seiner Partei erklärt, es lohne nicht, in einer Außenseiter- und Minderheitenposition oder in sinnlosem Widerstand zu verharren: "Mitarbeit im politischen Leben ist immer nur möglich, wenn man mit den vorhandenen Kräften und Gegebenheiten vernünftig rechnet ... Unsere Aufgabe muß vielmehr sein, innerhalb dieser Entwicklung der Gegenwart unsere Erfahrung und die geistige Kraft unserer Bewegung nutzbar werden zu lassen, damit diese neue Entwicklung zu einem glücklichen Ende führt." Dem entsprach, daß er seinem Nachfolger im Amt des Justizministers, Jonathan Schmid, der über keinerlei administrative oder gar ministerielle Erfahrung verfügte, den Rat nicht verweigerte, um zu retten, was überhaupt zu retten war. So gelang es ihm, Dr. Anton Huber, der als Wahlkampforganisator des Zentrums in Oberschwaben 1933 in "Schutzhaft" genommen war, nach kurzer Zeit wieder aus dem Gefängnis freizubekommen.

Am 1. Januar 1934 wurde Beyerle als Hilfsrichter in einen Zivilsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart eingestellt und Ende 1934 sogar zum Oberlandesgerichtsrat ernannt. Die Übernahme einer Stelle im Staatsdienst entsprach der gesetzlichen Verpflichtung der sogenannten Beamtenminister, der Beyerle sich nicht entzog und aus Rücksicht auf seine Familie mit fünf Kindern auch nicht entziehen konnte. Weitere Beförderungen kamen allerdings für ihn nicht

mehr in Frage. So gut es ging, versuchte er, dem Recht Geltung zu verschaffen. Daß dies nicht unproblematisch war, zeigte eine von der Gestapo am 7. Juni 1937 veranlaßte Hausdurchsuchung, bei der seine wesentlichen Akten beschlagnahmt und abtransportiert wurden.
Im familiären Leben mußte er in den folgenden Jahren schwere Schicksalsschläge hinnehmen: Zwei seiner Söhne fielen im Krieg. 1943 verlor er seine Frau im Alter von erst fünfzig Jahren. Schließlich fiel sein ganzer Besitz einem Bombenangriff auf Stuttgart zum Opfer. Seine tiefe Frömmigkeit und sein unerschütterlicher Glaube halfen ihm, diese schweren Schläge zu verkraften. Der ihm noch verbliebene dritte Sohn kam erst fünf Jahre nach Kriegsende aus russischer Gefangenschaft zurück.

V

Als Beyerle unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches die Bitte erreichte, am Neuaufbau seines Landes aktiv mitzuwirken, versagte er sich nicht. Am 13. Juni 1945 wurde er von General Jacques Schwartz zum Landesdirektor für Justiz berufen und mit dem Wiederaufbau der württembergischen Justizverwaltung und Rechtspflege beauftragt, die durch Krieg und Besatzung in Auflösung begriffen und durch die Alliierte Proklamation Nr. 1 zum Stillstand gekommen war. Im September erfolgte die Ernennung zum Justizminister durch die amerikanische Militärbehörde. Dieses Amt behielt Beyerle nach der ersten Landtagswahl vom 24. November 1946 in der Allparteienregierung von CDU, SPD, DVP und KPD unter Reinhold Maier bis zum 11. Januar 1951 bei. Es gelang ihm, allen äußerlichen Widrigkeiten zum Trotz, mit einer Handvoll Mitarbeitern innerhalb weniger Monate geeignete und politisch unbelastete Richter, Rechtsanwälte und Notare auszuwählen und in die entsprechenden Positionen zu bringen. Oberstes Ziel war für ihn, der Rechtspflege wieder ihre eigentliche Aufgabe zuzuweisen, nämlich das Zusammenleben der Bewohner in den Bahnen gerechter Ordnung zu halten und jedermann die Gewähr persönlicher Sicherheit und des Schutzes gegen rechtswidrige Angriffe zu geben. Bei der Vereidigung von Richtern führte er am 16. Juli 1945 aus: "Das erste Ziel ist, das Vertrauen zu erringen. Wir müssen ringen um das Vertrauen der Bevölkerung in die Gesetzmäßigkeit und unbeeinflußte Rechtlichkeit der Richtersprüche. Wir wollen aber auch der Militärregierung und den Völkern der Welt durch die

Tat beweisen, daß es den deutschen Gerichten ernstlich darum zu tun ist, den verderblichen Geist des Nationalsozialismus, der nach innen und außen Unfrieden und Zerstörung gebracht hat, aus der deutschen Rechtsprechung auszuscheiden und diese auf dem Boden des wahren Rechts wieder ins allgemeine Bewußtsein zu heben, um es lebensfähig zu machen." Bei der Umsetzung dieses Ziels ging er mit unermüdlichem und vorbildlichem Einsatz voran; stets war er der erste im Dienst und der letzte, der die bescheidenen Büroräume verließ.

Ebenso gewissenhaft nahm er sich der zahlreichen Anfragen und Petitionen von Bürgern an, in denen es um berufliche Fragen, um Einstellungen, um Mietpreisfragen und vieles andere ging. Daneben fanden dauernd Beratungen über Gesetzesvorhaben statt, die zwischen den Koalitionsparteien, den Fraktionen und nicht zuletzt mit der Militärregierung abgestimmt werden mußten. Er kämpfte ebenso beharrlich gegen die Demontage wie er für die Gleichbehandlung der Zeitungen stritt; Ausnahmeregelungen für Partei- und Gewerkschaftsblätter wollte er nicht zulassen. Das "ultraliberale" Pressegesetz (Reinhold Maier), das ein Informationsrecht der Presse gegenüber den Behörden und eine Informationspflicht der Behörden gegenüber der Presse festlegte, trägt seine Handschrift. Auch um die Frage der Eingliederung der ins Land strömenden Heimatvertriebenen hatte er sich zu kümmern, wobei das Justizministerium von Württemberg-Baden im damaligen Länderrat für die heimatvertriebenen Juristen federführend war. Mitarbeiter schlugen vor, in diesen Fällen über die bereits gegebenen Richteramtsbefähigungen hinaus eine nochmalige Prüfung zu verlangen. Einsprüche gegen eine derartige Diskriminierung trafen bei Beyerle auf offene Ohren; der Gesetzentwurf wurde geändert und die Auswahl der Bewerber zur Übernahme in den Justizdienst einer Kommission übertragen, in der auch ein Heimatvertriebener saß. Vergleichbar entgegenkommend behandelte er ehemalige Mitläufer der NSDAP, die er, soweit es der Individualfall erlaubte, wieder in den Justizdienst zu integrieren suchte. Handlungsleitend war für ihn in allen Fällen das Recht, mehr aber noch sein unbestechlicher Gerechtigkeitssinn. Bei Personalfragen achtete er streng auf Qualifikation. Hier stand er ganz in der Tradition einer überkommenen Vorstellung, die die staatliche Bürokratie vor den Ansprüchen und Gruppeninteressen zu bewahren suchte, wie sie im modernen demokratischen Staat westlicher Prägung von Parteien und Verbänden verkörpert werden. In diesem Punkt war er auch gegenüber seiner Studentenverbindung wie auch seiner eigenen Partei streng: So äußerte er zum

Beispiel erhebliche Vorbehalte gegen die Überlegung seines engen Mitarbeiters Otto Küster, für den CDU-Vorsitz in Stuttgart kandidieren zu wollen, weil damit im Justizministerium neben ihm selbst drei weitere Beamte als "Exponenten der CDU" vertreten wären.
An seiner weltanschaulichen Orientierung ließ Beyerle, der in seiner Pfarrgemeinde St. Fidelis engagiert mitarbeitete und - soweit möglich - jeden Morgen die Messe besuchte, nicht den geringsten Zweifel aufkommen. An der Gründung der überkonfessionellen christlichen Volkspartei im Sommer 1945 war er maßgeblich beteiligt. Am 25. September 1945 traf er sich mit Vertretern der früheren Zentrumspartei, des Christlich-Sozialen Volksdienstes und des Bauern- und Weingärtnerbundes im Stuttgarter Katholischen Gesellenhaus zu einer Besprechung über eine neue Partei. Bei einer internen Beratung der ehemaligen Zentrumspolitiker wurde der Entschluß gefaßt, auf die Wiedergründung des Zentrums zu verzichten. Die neue Partei erhielt den Namen "Christlich-Soziale Volkspartei". Anfang 1946 erfolgte nach dem sogenannten Reichstreffen dieser neuen Gruppierung im Dezember 1945 in Bad Godesberg die Umbennenung in "Christlich-Demokratische Union". Beyerle zählte von Anfang an zum engen Führungskreis der Landespartei und war bis 1948 einer der fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden. In den schwierigen Anfangsjahren der neuen Partei - der nordwürttembergische Landesverband erlebte mehrfache Wechsel im Vorstand - war er durch sein ausgleichendes Wesen ein Garant für Kontinuität. Eine herausragende Rolle spielte er in der Parteipolitik jedoch nicht mehr.
Seine kirchliche Bindung bedeutete nicht, daß er in der Politik allen kirchlichen Wünschen gefolgt wäre. So kam er in der Frage der Konfessionsschule den Vorstellungen des Bischöflichen Ordinariats in Rottenburg durchaus nicht entgegen. Von der Notwendigkeit der politischen Zusammenarbeit der Konfessionen überzeugt, gab er anfänglichen Widerstand gegen die Einführung der Simultanschule in Nordwürttemberg bald auf und stellte sich damit in Gegensatz zu seiner Kirche. Bedenken, der parteipolitische Zusammenschluß der Konfessionen bewirke eine Verwässerung christlicher Grundsätze, ließ er nicht gelten.

VI

Wie sehr seine Kompetenz und Unbestechlichkeit geschätzt und sein Rat gesucht wurde, weit über Württemberg hinaus, zeigt die

Fülle der Aufgaben und Ämter, die ihm in den kommenden Jahren angetragen wurden. So wurde er 1947 in das Präsidium des Juristentages, Anfang 1948 zum Leiter des Rechtsausschusses des Länderrats und am 8./9. Juli desselben Jahres bei der Rittersturzkonferenz der Ministerpräsidenten der drei Westzonen in Koblenz zum Vorsitzenden der Kommission über das Besatzungsstatut gewählt. Bei ihrer Frankfurter Konferenz wurde er im gleichen Monat mit Hermann Louis Brill, Rudolf Katz, Carlo Schmid, Werner Hilpert und Justus Dankwerts in den Sechser-Ausschuß berufen, der die Arbeit des Parlamentarischen Rats vorbereiten sollte. Ebenso war er Mitglied der Kommission von Herrenchiemsee, die ihn am 16. August 1948 zum Vorsitzenden des Grundsatzausschusses berief, der unter anderem die bis zuletzt umstrittene Gestaltung einer Länderkammer zu bearbeiten hatte. Vorarbeiten für die Formulierung der Texte hatte der sogenannte Ellwanger Kreis geleistet, der sich am 1. und 2. März 1947 in der Nähe seines Heimatortes konstituiert hatte. Dieser Kreis, in dem Beyerle von Anfang eine herausragende Rolle spielte, beruhte auf dem Wunsch, die Arbeit von CDU und CSU besser aufeinander abzustimmen. Er war für Beyerle als Kreis von Gleichgesinnten ein Hort der Besinnung und wertorientierten Diskussion, dem er bis an sein Lebensende eng verbunden blieb.

Die Ergebnisse des Herrenchiemseer Konvents strukturierten die Debatten der kommenden Monate im Parlamentarischen Rat. Als Mitglied des Bundesrats, in dem er eine Unterkommission des Rechtsausschusses leitete, pendelte er 1949/50 unermüdlich zwischen Stuttgart und Bonn hin und her. Rege nahm er an den gemeinsamen Beratungen des Ausschusses von Bundestag und Bundesrat teil, wobei er auch am Gesetz über das Bundesverfassungsgericht mitwirkte. Sein ausgleichender Charakter war auch im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat gefragt. Man wußte, daß er stets nach gerechten Lösungen suchte und in den Fällen, in denen gegensätzliche Standpunkte nicht zu überbrücken waren, mit dissimulierenden Formulierungen Mißstimmungen zu vermeiden trachtete. So hielt er mit Befriedigung am 20. Juni 1950 in seinem Tagebuch fest: "im Vermittlungsausschuß (Vorsitz Dr. Kiesinger, CDU) zu dem Gesetz über Notaufnahme Deutscher im Bundesgebiet Einigung erzielt über einen von mir angeregten, in Verbindung mit Justizminister Dr. Katz formulierten Antrag".

Wenige Tage später stellte er die Weiterführung seines Tagebuchs "wegen zu starker Inanspruchnahme durch Bundesrat" ein. Selbst diesem so eminent fleißigen Mann wuchs die Arbeit langsam über

den Kopf, zumal er nicht nur in Bonn stark gefordert, sondern auch in Württemberg-Baden mit Aufgaben überhäuft wurde. Seit dem 26. Februar 1949 fungierte er auch als stellvertretender Ministerpräsident. Zu seinen schwierigsten Aufgaben zählte die Zusammenführung der beiden Landesteile Nordwürttemberg und Nordbaden mit ihren landsmannschaftlich so unterschiedlichen Bevölkerungsteilen, der er hohe Bedeutung zumaß, weil er in ihr die Keimzelle für einen gemeinsamen Staat im Südwesten sah. Aus diesem Grund pflegte er, so gut es ging, die Verbindungen nach Württemberg-Hohenzollern über die Grenzen der Besatzungszone hinweg. Um die beiden nördlichen Landesteile zu verklammern, richtete er für das Oberlandesgericht Stuttgart eine Außenstelle in Karlsruhe ein mit einem Vizepräsidenten, der im badischen Teil zugleich auch Vertreter des Justizministers war. Seine Rücksicht auf die Badener Empfindsamkeiten führte sogar so weit, daß er es in der Frage der Errichtung von zwei Regierungspräsidien in Nordwürttemberg und in Nordbaden, die Reinhold Maier nicht wollte, zum offenen Eklat im Kabinett (26. November 1947) kommen ließ. Dieser Rücksichtnahme, die Beyerle gegen Reinhold Maier durchhielt, der eine "strammere Zusammenfassung" wünschte, ist zu verdanken, daß Nordwürttemberg und Nordbaden das Beispiel gaben für die spätere Vereinigung der ehemaligen Länder Württemberg und Baden. Beyerles Verdienst am Zustandekommen des Südweststaats ist nicht gering zu achten.

Nach den Wahlen vom 19. November 1950 bildete Maier eine Koalitionsregierung, der die CDU, die schwere Stimmeneinbußen hatte hinnehmen müssen, nicht mehr angehörte. Beyerle zog sich nun im Alter von fast 70 Jahren weitgehend aus der Politik zurück. Nicht nur das Ministerium fühlte sich nach seinem Ausscheiden "verwaist", auch in Bonn war die württembergische Position, wie der SPD-Abgeordnete Alex Möller es ausdrückte, auf ein Schattendasein reduziert. Beyerle hatte in den fünf Jahren seines Ministeriums unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegsjahre das Justizwesen wieder aufgebaut, die Annäherung zwischen Baden und Württemberg gefördert und mit lebhaftem Anteil das Entstehen der Bundesrepublik begleitet. Tätig setzte er sich weiterhin für die Schaffung des Südweststaats ein. Bis 1952 wirkte er noch als Richter am Staatsgerichtshof von Württemberg-Baden und von 1955 bis 1958 am Staatsgerichtshof von Baden-Württemberg. Im Jahre 1961 fand der Dank für seine Aufbauleistung in der Verleihung der Goldenen Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg ihren sichtbaren Ausdruck.

VII

Im Frühjahr 1951 sah sich Beyerle vor die Entscheidung gestellt, ob er nicht doch noch einmal ein hohes Amt übernehmen sollte. Anlaß war ein Brief von Bundesjustizminister Dehler, der ihn bat, sich für das Amt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts zur Verfügung zu stellen. Dehler würdigte darin Beyerles unbestechliches Rechtsempfinden sowie seine Gabe des Maßes, des Ausgleichs und der Besonnenheit - Eigenschaften, die allseits hoch geschätzt und anerkannt würden. Beyerle lehnte jedoch ab, unter Hinweis auf sein Alter, eine schwere Erkrankung und - dies ist für seine Selbsteinschätzung bezeichnend - seine "vielleicht zu irenische Natur". Vergeblich war auch der Versuch Gebhard Müllers, des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Beyerle für das hohe Amt zu gewinnen. Schließlich trat sogar Bundeskanzler Konrad Adenauer an ihn heran und entsandte - nach einem ersten brieflichen Versuch - Staatssekretär Otto Lenz nach Stuttgart. Endlich bemühte sich Anfang August der Bundespräsident, Theodor Heuss, das "ebenso seltene wie große Aktivum" Beyerle in einem persönlichen Schreiben für die große Aufgabe zu gewinnen. Beyerle blieb jedoch bei seinem Nein. Heuss nahm ihm dies nicht übel; am 3. Dezember 1951 überreichte er Beyerle persönlich für seine Verdienste um den Aufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.
In seinen letzten Lebensjahren widmete sich Beyerle verstärkt der Mitarbeit im kirchlichen Raum. Für sein Wirken in der Pfarrgemeinde, in der Caritas und für die Katholische Akademie Hohenheim erhielt er 1962 das Komturkreuz des St. Gregorius-Ordens. Er starb am 2. Juni 1963 in Stuttgart im Alter von fast 83 Jahren.

VIII

Josef Beyerle eignete ein konservativ-bedächtiger Grundzug. Seine Arbeit vollzog sich im Stillen, gewissenhaft und sorgfältig, von ungemeinem Fleiß und hoher Moral getragen. In seiner unermüdlichen täglichen Pflichterfüllung war er Vorbild für Mitarbeiter und Kollegen. Selbstdarstellung und permanente Präsenz in der Öffentlichkeit, wie sie heute im politischen Raum üblich sind, wären ihm zuwider gewesen. Sachpolitik hatte für ihn stets Vorrang vor Parteiinteressen; seine Person trat hinter die Sache zurück. Er begnüg-

te sich in der Politik zeitlebens mit der Rolle des zweiten Mannes. Der letzte Durchsetzungswille fehlte ihm, er vertraute in seiner "irenischen Natur" mehr der Macht der Argumente. In der Weimarer Zeit überließ er die politische Gestaltung in Württemberg weitgehend seinem Freund Eugen Bolz, nach 1945 war Reinhold Maier der dominierende Politiker. Dem Justizwesen seines Heimatlandes hat er nicht nur vorgestanden, er hat es in untadeliger Amtsführung gestaltet, geformt, geprägt. Der Wiederherstellung des Rechts und Rechtsdenkens widmete er nach 1945 seine ganze Kraft. Reinhold Maier bezeichnete ihn als "Zierde des schwäbischen Juristenstandes", ja man könne ohne Übertreibung sagen: "In seiner Generation wird er von keinem anderen deutschen Richter übertroffen."

Maria Probst (1902 - 1967)

"Weil ich so viel Not gesehen und erlebt hatte und sie lindern helfen wollte." - So lautet die knappe Antwort von Maria Probst auf die Frage nach dem Grund ihres politischen Engagements. Es ist gleichsam der Programmsatz einer erfolgreichen Politikerin der Nachkriegszeit, die maßgeblich die Sozialpolitik mitgestaltete. Maria Probst kämpft unbeirrt und hartnäckig für die Menschen in Not, ist von der Richtigkeit ihres Handelns überzeugt, tritt überzeugend für notwendige sozialpolitische Reformen ein; sie ist durchsetzungsfähig, weil notwendige Konfrontationen nicht scheuend und meidend, aber auch - im Interesse der Sache - auf Ausgleich und größtmögliche Zustimmung bedacht. Treffend wird Maria Probst mit den Namen "Maria Hilf" und "Maria Heimsuchung" bezeichnet. Für die einen - vor allem die Kriegsopfer - ist sie Interessenvertreterin, Helfende, ihre Sorgen Teilende, für die anderen - die Kollegen, die Kabinettsmitglieder, die Referenten der zuständigen Ministerien, vor allem des Finanzministeriums - ist sie Fordernde, Einklagende, Insistierende, für mehr Finanzmittel hart Streitende. Die Etiketten dokumentieren eine zweifache Wertschätzung, bewundernde Dankbarkeit und von Furcht geprägten Respekt.

I

Sicherlich ist Betroffenheit ein wesentliches Motiv für Maria Probst, sich politisch zu engagieren, aktiv zu werden. Für sie ist Politik vor allem eine soziale Aufgabe, Bürgerinnen-Pflicht für die Gemeinschaft. Die "Vollblutpolitikerin", die "nichts als die Politik kennt" wächst mit Politik auf. Ihr Elternhaus ist quasi politische Schule. Einige biographische Daten: Am 1. Juli 1902 wird Maria Mayer in München geboren. Ihre Eltern stammten aus der Rheinpfalz und aus Lothringen. Ein Großvater war Festungsbaumeister und Erbauer der Festungen Metz und Helgoland. Ihr Vater, der Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Mayer, zieht 1907, als Maria 5 Jahre alt ist, als Abgeordneter des Wahlkreises Kaufbeuren in den Reichstag

ein. Zuerst ist Wilhelm Mayer Zentrumsabgeordneter, später Vertreter der Bayerischen Volkspartei. Er ist Mitunterzeichner der Weimarer Verfassung, gehört einem der ersten Kabinette der Weimarer Republik als Reichsschatzminister an, vertritt Deutschland von 1921 bis 1923 (dem Jahr seines Todes) als Botschafter in Paris. Die Schulzeit verbringt Maria Mayer in verschiedenen Internaten, in Aachen, München und zuletzt bei den Englischen Fräulein in Regensburg, einem Institut für Mädchen aus gehobenen sozialen Schichten. Das Engagement des Vaters, die Auswirkungen des Politikerberufes auf das familiäre Zusammenleben, vor allem aber die politischen Ereignisse, die sie bewußt miterlebt, wie Kapp-Putsch, Spartakusbund, Radikalismus von rechts und links, Wiederaufbaupolitik Walther Rathenaus, Brandanschlag auf den Berliner Reichstag, prägen sie nachhaltig.
Ab 1921 lebt die Familie in Paris, arbeitet sie - nachdem sie ihr Abitur abgelegt hat - an der Deutschen Botschaft. In dieser Zeit festigt sich das schon auf dem großväterlichen Weingut in Lothringen geweckte Interesse an französischer Denk- und Lebensart. Sie selbst verweist in einem Interview darauf, daß das Frankreich der 20er Jahre bleibende Eindrücke hinterlassen habe.
Nach dem Tod des Vaters studiert Maria an den Universitäten von Freiburg/Breisgau, Zürich und München Germanistik und Geschichte. In ihrer Doktorarbeit beschäftigt sie sich mit der Familienpolitik des bayerischen Herrscherhauses zu Beginn des 19. Jahrhunderts. 1930, dem Jahr ihrer Promotion, heiratet sie einen Politiker, den Juristen Dr. Alfred Probst, Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag. Das Ende der Weimarer Republik und die Machtergreifung der Nationalsozialisten prägen entscheidend ihr familiäres Leben. 1933 wird Alfred Probst in "Schutzhaft" genommen, später erst nach Frankfurt/Oder und 1938 an das Finanzamt in Stettin strafversetzt. Für die Familie bedeutet dies Umzüge und ein ziemlich zurückgezogenes, isoliertes Leben. "Wir gingen nun viel spazieren ..." 1939 wird Alfred Probst eingezogen und fällt im März 1945 - kurz vor der Kapitulation - in Danzig.

II

Bei Kriegsende ist Maria Probst - wie Tausende anderer Frauen - alleinerziehende Mutter. Mit ihren beiden Töchtern im Alter von 4 und 14 Jahren lebt sie als Evakuierte in Hammelburg in Unter-

franken, einer der ärmsten Gegenden der amerikanischen Besatzungszone. Inmitten der Zerstörung, der Flüchtlingsströme und der Lager beginnt sie mit einer vielseitigen Aufbauarbeit. Sie kümmert sich um die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, um Bildung, um Politik. Sie "sammelt" 60 Kinder für den privaten Unterricht, erhält zunächst eine Lehrerlaubnis an einer höheren Privatschule, später an der Oberschule und am Progymnasium in Hammelburg. Der allgemeinen politischen Apathie begegnet sie mit tatkräftigem Engagement. Sie gehört zu den Gründungsmitgliedern des Ortsverbandes der Christlich-Sozialen Union in Hammelburg, wird Bezirksdelegierte, geht 1946 als Redakteurin der "Bayerischen Rundschau" nach München. Politik bedeutet für sie, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, politisches Engagement der Bürger durch vorbildhafte Tatkraft zu stärken. Es herrschen Hunger und Medikamentenmangel, in den Ställen gibt es Maul- und Klauenseuche. Die Stadt Gemünden ist zu 65 % zerstört, die Wasserversorgung versagt, Typhus bricht aus. Frau Probst reist nach München, organisiert Bezugscheine für Leitungsrohre und Serum gegen die Maul- und Klauenseuche.
Die Aufforderung, für den Bayerischen Landtag zu kandidieren, bleibt folgerichtig nicht aus. Von 1946 bis 1949 vertritt sie den Wahlkreis Hammelburg-Gemünden im Bayerischen Landtag, konzentriert ihre parlamentarischen Aktivitäten auf die Gebiete Haushalt, Soziales und Kultur.

III

"Die offene Türe für uns Frauen ist die Politik." Maria Probst setzt auf die Nutzung der rechtlichen Chancen, um am Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates mitzuwirken, sie baut auf Gemeinsamkeit und Kooperation. Frauen seien keine Einzelkämpferinnen. Ihr Appell an den demokratischen Staatsbürger schließt auch und vor allem die Staatsbürgerin ein. Für sie korrelieren Recht auf Mitwirkung und Pflicht zur politischen Mitarbeit. Mit Gleichgesinnten, wie Thusnelda Lang-Brumann, Dr. Elisabeth Meyer-Spreckels, Elisabeth Hahn und Zita Zehner, gründet sie 1947 die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU.
Ihr Statement auf der Gründungstagung zeugt von einem doppelten Optimismus. Im Recht auf politische Betätigung und im Wahlrecht sieht sie die Chance für politische Partizipation von Frauen, in den Mehrheitsverhältnissen eine erfolgversprechende Bedingung für

eine umfassende Mitsprache und Mitwirkung von Frauen. Aus der Retrospektive wirkt die Hoffnung von Maria Probst jedoch etwas blauäugig. "Die Parteien kämpfen um die Frauen, weil wir 60 % der Wähler ausmachen. Ein wesentliches Plus ist, daß wir Frauen in der Politik da sind." Auch nach Jahren politischer Erfahrung (1966), die keineswegs von einem steilen Anstieg der politischen Repräsentanz von Frauen gekennzeichnet sind, vertraut sie dem Leistungsprinzip. Der Anteil weiblicher Abgeordneter stieg von der 1. bis zur 3. Legislaturperiode leicht an, von 6,8 % auf 9,2 %, ging dann aber zurück, z.B. in der 5. Legislaturperiode, zum Zeitpunkt des Interviews, auf 6,9 %. Ihre Devise lautet: "Gute Leistung setzt sich immer durch." Daher wehrt sie sich gegen eine, wie sie glaubt, passive Haltung des Hoffens auf Frauenförderung. Die Frage "Werden wir gefördert?" sei falsch, sie müsse vielmehr lauten: "Was leisten wir? Wie gut ist unser Beitrag?" Denn - wie gesagt - gute Leistung setzt sich immer durch.
Gründe für die faktische Benachteiligung der Frauen werden - ganz im Sinne weiblicher Sozialisation und gesellschaftlicher (Vor)-Urteile? - bei den Frauen gesucht: "Die Hemmnisse für die Frauenarbeit in der Partei liegen bei uns selbst, und zwar in einer jahrhunderte alten Passivität. Wir Frauen hatten eine gewisse Scheu, an die Öffentlichkeit zu treten. Frauliches Wesen und die Mütterlichkeit kann überwunden werden. Wir dürfen keine Hemmungen haben und müssen die große Gefahr der Minderwertigkeitsgefühle beseitigen."
Ihr Rezept heißt: mehr gesellschaftliches Engagement, Basisarbeit, Tätigkeit in Verbänden und Organisationen, Aneignung von Sachkenntnissen. Trotz aller Hinweise auf Chancengleichheit und gute formale Startbedingungen konzediert auch Maria Probst, daß Gleichberechtigung in der Politik relativ ist. In einem Interview mit Werner Höfer antwortet sie auf die Frage, ob es Frauen in der Politik leichter oder schwerer haben als Männer, mit einem "bitteren Bonmot": "Eine Frau muß immer doppelt so gut sein wie der Partner. Sie muß zugleich robuster und sensibler als ein Mann sein, aber auch mehr rezeptiv, mit feinerem Spürsinn reagieren. Mit diesen Eigenschaften kann eine Frau sogar die Saalschlachten eines Wahlkampfes überstehen."
Daß in der Politik bzw. in der politischen Theorie vieles schon vorgedacht, lediglich immer wieder neu formuliert und akzentuiert wird, belegt auch die Frauenpolitik. Zu der heute wieder oder immer noch aktuellen Diskussion über geschlechtsspezifische Politikgestaltung und weibliche Politik leistet Maria Probst einen interes-

santen Beitrag. Kritische Bestandsanalyse männlich geprägter Politik verbindet sich mit der Hoffnung auf eine qualitativ neue Politik durch Eintritt von Frauen in die Politik. Heftig attackiert Maria Probst in ihrem Statement bei der Gründungstagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU die männliche Überheblichkeit: "Die Selbstzufriedenheit der Männer führt uns ins Verderben. Die größte Gefahrenquelle ist die Überheblichkeit der Männer, auf die Sauberkeit der politischen Motive kommt es an. Die Männer erschüttern uns durch ihre Gegenteile. Daß der Zweck das Mittel heiligt, ist falsch in der Einstellung der Männer. Intrigen und gegenseitige Beschnüffelung bis ins privateste Leben sind in den politischen Kampf hineingezerrt. Der politische Mord durch Gift oder Denunziation geschieht. Es kommt nicht nur auf das politische Ziel, es kommt auch auf die Methodik an." Fraueneinmischung hat - so eine Mitstreiterin von Maria Probst - Korrekturfunktion; sie ist unerläßlich, um neues Unheil zu verhindern. Frauen sind - nach dem Selbstverständnis der exponierten Frauenpolitikerinnen der CSU - "Vorbereiter der geistigen Erneuerung". Die Aufgabe von Frauen, Krisen zu bewältigen, eine neue Gesellschaft aufzubauen, gesellschaftliche Reformen zu initiieren, wurde damals - wie heute - beschworen. Frauen wird die Rolle politischer Missionarinnen zugeordnet.

Aber nicht nur der politische Stil, sondern auch die politischen Inhalte werden sich ändern, sofern Frauen von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch machen. Neue Themen werden Gegenstand der Politik. Auf die These der Stimmrechtsgegnerinnen in der Schweiz, politische Gleichberechtigung führe zur Auflösung der Gesellschaft, erwidert sie: "Im Gegenteil haben die Frauen ja durch das Stimmrecht Gelegenheit, für die Festigkeit der Familie in ganz anderer Weise zu sorgen, wenn sie wirken können an der Gesetzgebung, die die Familie betrifft, und das sind ja fast alle Gesetze." In der Terminologie der neuen Frauenbewegungen: Das Private ist politisch; Politik beeinflußt das Private; Politik muß ganzheitlich sein.

"Frau und Politik" ist für Maria Probst kein Störfaktor, kein Gegensatz. Vielmehr sind die politische Beteiligung und die Vertretung von Frauen notwendig, um das Prinzip demokratischer Repräsentanz umzusetzen. Denn: Ein Staat ohne Frauen bedeute, daß "dieser Staat eines Teiles der echten Substanz des Menschlichen beraubt (wäre), das ja aus beiden Geschlechtern besteht".

Trotz aller klaren und unmißverständlichen Bekenntnisse zur politischen Gleichberechtigung von Frau und Mann bleibt aber auch ein

in Traditionen verhaftetes Resignieren wegen der Schwierigkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren. Auf die Frage, ob sie - wenn ihr Mann aus dem Krieg heimgekehrt wäre - sich auch für die Politik oder nur für die Familie entschieden hätte, erwidert sie: "Wenn mein Mann wiedergekommen wäre, hätte ich mich nur meiner Familie gewidmet. Nachdem ich weiß, wie wichtig und wie schwierig die Arbeit einer Frau ist, die sich der Politik verschrieben hat, ist mir klar, daß eine Mutter zunächst einmal ihren Platz im Hause hat."
Ihren Kindern bleibt nur der Trost, daß die Mutter ihre politische Pflicht zu erfüllen sucht und anderen hilft, selbst dafür Opfer bringen muß, von ihren eigenen Kindern gleichfalls erhebliche Opfer verlangt, damit anderen geholfen wird. "Man muß den Kindern den Sinn der Arbeit und den Sinn des Opfers, das sie mittragen, klarmachen. Ich habe meine Kinder mitunter in den Wahlkreis mitgenommen, habe sie besondere Notstände miterleben lassen und habe ihnen gesagt, daß durch ihren Verzicht, ihre Mutter immer um sich zu haben, vielen anderen Kindern geholfen wird, die sich in Not befinden."

IV

1949 wechselt Maria Probst als Direktabgeordnete des Wahlkreises Karlstadt/Bayern in den 1. Deutschen Bundestag und vertritt dort ein ländliches Notstandsgebiet von der Größe Luxemburgs. Sie ist ordentliches Mitglied in diversen Ausschüssen, u.a. im Haushaltsausschuß, im Ausschuß für europäische Sicherheit, für Verteidigung, für Wiedergutmachung, für kommunalpolitische und öffentliche Fürsorge.
Ihr Arbeitsfeld mit der größten Öffentlichkeitswirkung ist sicherlich die Kriegsopferfürsorge. Sie spricht als Betroffene, als Witwe, als Vertreterin des Verbandes der Kriegsbeschädigten Deutschlands, vor allem aber als Politikerin, die sich um soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Integration und den Wiederaufbau der Wirtschaft und der Gesellschaft müht. Acht Jahre lang - von 1957 bis 1965 - ist sie stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen. Daneben leitet sie zahlreiche Unterausschüsse, die eng mit der genannten Thematik verbunden sind, wie Unterausschuß für das "Schwerbeschädigtengesetz", das "Zweite Heimkehrergesetz" und das "Soldatenversorgungsgesetz".

In der 1. Lesung des Bundesversorgungsgesetzes 1950, des ersten vom Deutschen Bundestag zu beschließenden großen Sozialgesetzes, expliziert Maria Probst die grundsätzliche Bedeutung der Kriegsopferversorgung. In den folgenden Jahren ist es eines ihrer besonderen Anliegen, die Gemeinschaftsverpflichtung gegenüber den Kriegsopfern anzumahnen. Das Exzeptionelle der Kriegsopferversorgung begründet sie wie folgt: "Die einmalige Größe des für die Allgemeinheit gebrachten und fortdauernden Opfers an Lebenskraft, an Gesundheit, der Verlust des nächsten Angehörigen begründen einen ethischen, ja sogar naturrechtlich fundierten Rechtsanspruch auf eine ausreichende Versorgung und den Unterhalt durch eben jene Gemeinschaft, für die das Opfer gebracht worden ist." Dezidiert begründet sie den Rechtsanspruch Jahre später (1959) bei der 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Neuordnung des Bundesversorgungsgesetzes. Die Rechte der Kriegsopfer basierten auf unverletztlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die der Staat zu achten und zu schützen habe. Es sei die Pflicht des Gesetzgebers, Voraussetzungen zu schaffen, daß jeder die ihm vom Grundgesetz verbrieften menschenwürdigen Lebensbedingungen erhalte und seine Persönlichkeit frei entfalten könne. "Wenn schon das Grundrecht auf die körperliche Unversehrtheit im Zusammenhang mit dem Wehrdienst aufgehoben ist, so bleibt in Geltung, unangetastet und nicht aufhebbar, die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die Würde des Menschen und das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zu achten und zu schützen und für ihre Wiederherstellung in bestmöglicher Weise Sorge zu tragen."

Maria Probst plädiert überzeugend für eine Zweiteilung der Rente in eine Grundrente und eine Ausgleichsrente. Leitideen sind: die größtmögliche Anpassung an individuelle Bedürfnisse, die Sicherung der materiellen Existenz und die Möglichkeit der Anteilnahme am kulturellen Leben. Dabei gilt die Grundrente als "Äquivalent des anatomischen Schadens"; sie ist neben jedem Einkommen zu gewähren und soll vor allem dem Beschädigten einen Ausgleich für Mehraufwendungen an Kraft und Gütern, die Gesunde nicht haben, und eine kompensierende Starthilfe geben, damit er im beruflichen Wettbewerb konkurrieren kann. Die Grundrente ist Teil der Rehabilitation, sie ist Voraussetzung der Integration in den Arbeitsprozeß, der Förderung und Stärkung des Arbeits- und Leistungswillens. Die Begründung der Grundrente belegt für Maria Probst, daß das Bundesversorgungsgesetz Beispiel einer produktiven Sozialpolitik - Hilfe zur Selbsthilfe, Stärkung der individuellen Leistungs-

fähigkeit - ist, gleichsam das Gegenteil vom versorgenden Wohlfahrtsstaat.
Die Ausgleichsrente ist Äquivalent des wirtschaftlichen Schadens; sie ist einkommensabhängig. Wichtig ist für Probst jedoch, daß die Anrechnung nicht zur Minderung des Leistungswillens führen darf. Die Festlegung von Einkommensgrenzen hat dem Gebot zu folgen: Sozialpolitik ist "keine Arme-Leute-Politik". Nicht müde wird sie darauf hinzuweisen, daß das Bundesversorgungsgesetz rechtliche Verpflichtungen der Allgemeinheit festschreibt, nicht fürsorgerisch-karitatives Ermessen. Das Bundesversorgungsgesetz vollziehe eine radikale Abkehr vom bloßen Entschädigungsgedanken, "von der rein mechanischen Abfindung nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten", eine Hinwendung zur Beachtung der Unterhaltspflicht des Staates als einer ethischen Pflicht. Dies habe auch Konsequenzen für den Vollzug des Gesetzes, für das Verhalten der Verwaltungsbeamten. Gefordert sei "Dienst am Einzelschicksal in der Achtung vor der Einzelpersönlichkeit". Ein besonderes Anliegen von Maria Probst ist die durch das Bundesversorgungsgesetz geregelte Versorgung der Hinterbliebenen. Garantiert werden soll z.B., daß die alleinstehende Mutter "ihre ureigenste Aufgabe, Mittelpunkt der Familie und Erzieherin ihrer Kinder zu sein", erfüllen kann.
Mit Blick auf den sozioökonomischen Wandel, die Wiederaufbauleistungen der Kriegsopfer und vor allem die soziale Gerechtigkeit fordert Maria Probst vehement eine gerechte Anpassung der Kriegsopferversorgung an den allgemein höheren Lebensstandard. An praktischen Beispielen erläutert sie inakzeptable Disparitäten z.B. zwischen Leistungen nach der gesetzlichen Unfallversicherung und nach dem Bundesversorgungsgesetz. Im Rahmen der Debatte zum Soldatenversorgungsgesetz illustriert sie gravierende Ungerechtigkeiten: Ein Wehrpflichtiger und ein Kraftfahrzeugmeister bei der Bundeswehr erleiden den gleichen Unfall; der Erwerbsminderungsgrad beträgt bei beiden 50 %. Während nach geglückter Rehabilitierung der ehemalige Wehrpflichtige eine Grundrente von 48 DM erhält, beträgt die Unfallrente des Kraftfahrzeugmeisters neben jedem sonstigen Einkommen 150 DM. Nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, das für die Versorgung der Angehörigen der Wehrpflichtigen Anwendung findet, erhält die Frau eines jungen Rechtsanwaltes, der seine Wehrpflicht erfüllt, eine Unterhaltssicherung von 400 DM, wenn von einem Verdienst ihres Mannes von 650 DM ausgegangen wird. Wenn der gleiche Rechtsanwalt bei einer Wehrdienstübung sein Leben verliert, erhält seine Witwe nur

180 DM. Dies widerspricht - so Maria Probst - nicht nur dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit und dem Grundsatz der gleichen Bewertung von Schäden bzw. der materiellen und immateriellen Konsequenzen für Betroffene, sondern ist auch kontraproduktiv für eine effiziente Wehrpolitik.
Parlamentsgeschichte hat Frau Probst ohne Zweifel durch ihr Kräftemessen mit den Finanzpolitikern geschrieben. Maria Probst und ihre "Rebellen-Gruppe" innerhalb der Unionsfraktion erzwingen - mit Unterstützung der starken Lobby der Kriegsopferverbände - notwendige Erhöhungen der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, drängen den Bundesarbeitsminister Theodor Blank, einen Fraktionskollegen von Maria Probst, zum Umdenken und zu den von ihr geforderten Aktionen. Es handelt sich keineswegs um kleine Beträge, vielmehr um Finanzmittel in Milliardenhöhe. Der Ausspruch, Maria Probst sei "die teuerste Frau im Bundestag", belegt ihre Durchsetzungskraft und ihren Mut, ihr Mandat im Interesse der von ihr vertretenen Bevölkerungsgruppen vollends zu nutzen.

V

Am 9. Dezember 1965 gibt es eine Premiere im Deutschen Bundestag. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird eine Frau zur Vizepräsidentin des höchsten politischen Vertretungsorgans gewählt, und zwar einstimmig. Maria Probst wird Nachfolgerin von Richard Jäger, der zum Justizminister ernannt wird. Die Wahl einer Frau löst den gordischen Knoten der innerparteilichen Querelen und des zwischenparteilichen Zwists. Der frühere Generalsekretär der CSU Friedrich Zimmermann zog seine Kandidatur zurück, nachdem es in der veröffentlichten Meinung einen großen Wirbel um seine Person gegeben hatte.
Das Novum "Präsidentin" produziert auch technische Probleme. Weiterhin ertönt bei Eröffnung der Plenarsitzungen, die von Maria Probst präsidiert werden, die Geisterstimme "der Präsident". Bei der direkten Ansprache präferiert sie - wie Frau Ministerin Schwarzhaupt - die weibliche Form ihres Amtstitels.
Auf die Aktualität der Geschichte verweisen die Ermahnungen der Vizepräsidentin zur dringend notwendigen Parlamentsreform, zu einem neuen Selbstverständnis des Parlaments, zu einer Reorganisation des parlamentarischen Arbeitsprozesses. Ihre Kritik richtet

sich gegen das Spezialistentum, die Durchbrechung des - von der Verfassung konzipierten - Gewaltenteilungsprinzips, d.h. gegen die Übergewichtigkeit der Regierungsmaschinerie. Sie klagt die Bundesregierung an, die immer häufiger über die Köpfe von Bundesrat und Bundestag hinweg paragraphierte Referentenentwürfe herausgebe, die dann vor der Öffentlichkeit zerfetzt und zerredet würden, ehe die Debatte im Parlament überhaupt begonnen habe. Das Parlament, einzige Repräsentation des Volkes, müsse wieder Forum der öffentlichen Debatte und Entscheidung werden, die Massenmedien dürften nicht originär politische Funktionen übernehmen. Die Angst vor den Massenmedien als vierter Gewalt schwingt mit. Die Konsequenzen der Veränderung des politischen Klimas und des politischen Marketings durch den Bedeutungszuwachs von Massenmedien werden analysiert. Es ist keineswegs eine frühe oder frühzeitige Medienschelte, vielmehr eine weitsichtige Bestandsaufnahme und Folgenabschätzung einer Mediengesellschaft, in der auch einzelne Politiker ihre Profilneurose pflegen können.
Sie mahnt notwendige Kurskorrekturen an: eine Abkehr vom Spezialistentum und von der Parzellierung politischer Fragen. Die unerläßliche grundlegende Information über politische Gegenstände und vor allem die Gesamtschau gingen durch die Aufsplitterung und die Arbeitsteilung den Abgeordneten verloren. Sie plädiert für eine Zentralstelle der Verwaltung, die die Abgeordneten über die in den einzelnen Arbeitskreisen anstehenden Teilfragen unterrichtet, für kürzere und häufigere Plenarsitzungen, für den Ausbau aktueller Stunden. Jahrzehnte später sind - abgesehen von einigen Anmerkungen zur wissenschaftlichen Begleitung parlamentarischer Arbeit, zum Ausbau von Informationsquellen - die Kritik und die Anregungen Maria Probsts ohne große Veränderungen wiederholbar: mehr Lebendigkeit der Debatten, mehr Öffentlichkeit, bessere Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern, Konzentration der politischen Debatte auf Essentielles, das Parlament als Forum des öffentlichen Diskurses und politisches Zentrum.

VI

Bayern, Bundesrepublik Deutschland, Europa - dies sind die geographischen Koordinaten des politischen Engagements von Maria Probst. Über viele Jahre - 1958 bis 1966 - ist sie gleichzeitig Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments. Sie arbeitet im politischen Ausschuß, im Rechts- und Ge-

schäftsordnungsausschuß sowie im Ausschuß für Kommunalpolitik mit. Von 1963 bis zu ihrem Tod hat sie das Amt der Präsidentin der Europäischen Frauen-Union, die 1955 gegründet wurde, inne.
Europäische Integration ist für die Nachkriegspolitikerin, die selbst den Zerfall der Weimarer Demokratie, die individuellen und sozialen Folgen eines totalitären Regimes, das Zerstörungspotential eines pervertierten Nationalismus erlebt hat, Hoffnung für einen Neubeginn. Der 2. Weltkrieg belege, daß "der Mechanismus des europäischen Staatensystems des 19. Jahrhunderts keine regelnde Kraft" mehr habe, daß das "Konzert der europäischen Nationalstaaten endgültig verstummt" sei. Treibende Kraft für den Europagedanken ist für sie die Sorge um die wirtschaftliche und politische Zukunft Europas und vor allem die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Sicherheit. Den tieferen Sinn der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, gegründet 1951) sieht sie darin, "den Krieg in Europa materiell unmöglich zu machen". Wirtschaftliche und politische Kooperation ist Instrument zum Abbau von Konfrontationen, Bindung der Kräfte für ein gemeinsames Europa ist Entkräftung von Nationalismen und somit Minderung der Gefahren eines zerstörerischen Gegeneinanders. Für Maria Probst ist die europäische Welt dreifach bedroht, militärisch, wirtschaftlich und politisch, worauf dreifach geantwortet werden muß: "1. durch ein geschlossenes Verteidigungssystem, 2. durch eine höchstmögliche Entwicklung und Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte und 3. durch eine gemeinsame politische Willensbildung".
In ihrer vielbeachteten Rede im Europäischen Parlament vom 20. Oktober 1964, in welcher Maria Probst für die christlich-demokratische Fraktion Stellung nimmt zum 7. Generalbericht über die Tätigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, formuliert sie wesentliche Grundsätze der Weiterentwicklung Europas, nennt Lücken, weist auf Felder hin, wo dringender Handlungsbedarf besteht.
Für Leser und Leserinnen des Jahres 1994, in einer Zeit der Grundsatzdebatten über die Form und die Reichweite der Politischen Union, des Streits über die Implikationen des Maastrichter-Vertrages, sind Maria Probsts Ausführungen über die Interdependenz von Wirtschafts- und Politischer Union von enormer Aktualität. Für sie und ihre Fraktion besteht "zwischen wachsender wirtschaftlicher Integration und politischer Gemeinschaft keine Antithese". Im Gegenteil: "Die Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht nur Vorbereitung auf die sogenannte Politische Union. Die politische

Gemeinschaft ist vielmehr der immanente Wesenskern der Verträge von Rom und Paris." Die politische Gemeinschaft ergibt sich für Probst zwangsläufig aus der kontinuierlichen Entwicklung und der Festigung der wirtschaftlichen und sozialen Integration, sie folgt organisch aus der steten Fortentwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft.
Der Auffassung, die Europäische Gemeinschaft sei möglicherweise reversibel, tritt sie entschieden entgegen. Nicht nur gibt es zur Europäischen Einigung für sie keine Alternative, die EWG hat auch den "point of no return" erreicht. Aus der unbestreitbaren Tatsache der wechselseitigen Abhängigkeit fordert Maria Probst weiteres Handeln, insbesondere in der Sozialpolitik. Die durch die soziale Marktwirtschaft theoretisch und praktisch begründete Wechselwirkung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, von ökonomischem und sozialem Handeln, prägt auch ihr Engagement für die europäische Sozialpolitik, ohne daß sie für die Einführung der deutschen Sozialpolitik votiert. Der Grundsatz "progressiver Konvergenz in der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen" heißt für sie Harmonisierung, nicht "Nivellierung nach unten", auch nicht "schematische unterschiedslose Verallgemeinerung einer bestimmten Höhe des sozialen Schutzes ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das historisch Gewordene".
Auch in der Europapolitik bleibt sie ihrem politischen Credo treu, programmatisch Grundsätzliches mit Pragmatischem zu verbinden, politische Theorie und politische Praxis aufeinander zu beziehen, das Ganze nicht ohne das Einzelne zu betrachten, den einzelnen in den Gesamtkontext einzubeziehen. Orientierungs- und Bezugsgröße ist stets: der Bürger und die Bürgerin, der Mensch, um dessen willen Politik gestaltet wird.
Folgerichtig tritt sie für eine echte Verfassung der Gemeinschaften ein, die ausdrücklich Menschenrechte bzw. Persönlichkeitsrechte des einzelnen aufnimmt. Kritisch und gleichzeitig Handeln einfordernd fragt sie nach der konkreten Ausgestaltung des "Europas des Bürgers", insbesondere nach der Legitimation der politischen Repräsentation, des Europäischen Parlaments.
"Die Funktion des Abgeordneten, der, vom Volke gewählt, mit dem Volke verbunden, seine Aufgaben im steten Kontakt mit dem Bürger und Wähler erfüllt, kann der wachsenden Gemeinschaft unserer Völker nicht länger mehr vorenthalten werden." Zwar konzediert sie die gewachsene Bedeutung des Europäischen Parlaments und lobt die Fortschritte des parlamentarischen Gewohnheitsrechts. Sie weiß, daß das Europäische Parlament "ein dynamisches Ele-

ment und eine treibende Kraft der europäischen Einigung" ist, verlangt somit eine Funktionserweiterung, echte parlamentarische Befugnisse und vor allem - conditio sine qua non für eine Stärkung der Europäischen Idee - die direkte demokratische Legitimation, die Direktwahlen zum Europäischen Parlament.
Die innere Befriedung Europas und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebenssituation der Menschen in Europa gehören unzweifelhaft zu den zentralen Zielen europäischer Kooperation und Einigung. Maria Probst wehrt sich aber gegen Tendenzen eines Euro-Zentrismus und eines Protektionismus im Wirtschaftsbereich. Die EWG sei keine "inward-looking Community", sondern Teil eines neuen - global ausgerichteten - Denkens. In der Terminologie der 90er Jahre: die Europäische Integration als Vorläufer einer neuen Weltfriedensordnung? Maria Probst betont die Notwendigkeit internationaler Kooperation infolge der Internationalisierung der Probleme, die Verantwortung Europas insbesondere gegenüber den Ländern der Dritten Welt, verweist auf die Kontakte der Parlamentarier und Parlamentarierinnen des Europäischen Parlaments mit Vertretern nationaler Parlamente aller Länder der Erde, unterstreicht die Notwendigkeit von Assoziierungsabkommen. Die europäische Vision wird mit viel Pathos beschrieben: Mit Prof. Hallstein wehrt sie sich gegen ein "Europa des Reißbretts und der Retorte, das Europa der logischen Perfektion und der Technokratie". Für sie kann Ziel und Methode der europäischen Integration nur sein, "den ganzen Reichtum der europäischen Tradition virulent zu machen, lebendig zu machen, wirksam werden zu lassen in einem organischen Wachstumsprozeß, der alle Gebiete des Lebens und des staatlichen Seins unaufhaltsam durchdringt und dabei immer mehr der schöpferischen Vielfalt des europäischen Geistes Raum gibt zu neuer Entfaltung".
Nicht unerwähnt bleiben soll die Rolle der Frauen im Prozeß der Europäischen Einigung. Auf der 5. Generalversammlung der Europäischen Frauen-Union in Rom, wo Maria Probst zur Präsidentin gewählt wird, warnt sie vor dem Rausch des materiellen Erfolges, ermahnt die christlichen Frauen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und als "Wächterinnen am Wege der Entwicklung Europas" zu fungieren.
Die Zeitspanne zwischen politischer Einsicht und politischer Deklaration einerseits und politischer Umsetzung andererseits, d.h. die Dauer der "Vorlaufphase", ist in Europa besonders lang. Politiker brauchen einen langen Atem. Dies illustrieren folgende Daten: Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament findet 1979 statt,

1989 wird die Sozialcharta verabschiedet, im Maastrichter-Vertrag von 1992 werden die Grundsätze einer Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) proklamiert. Die Konstitution - von Maria Probst vehement gefordert - läßt noch immer auf sich warten. Über das Entwurfsstadium sind wir noch nicht hinausgekommen. Mittlerweile hat sich aber das Europäische Parlament mit dem Bericht von Fernand Herman beschäftigt.

VII

Persönlichkeiten prägen Geschichte. Dies gilt insbesondere für die Nachkriegszeit, in der wegweisende und zukunftssichernde Weichenstellungen vorgenommen wurden. Geschichtsbewußtsein, Realitätsnähe, Weitblick, Zivilcourage, Mut, Standhaftigkeit - all dies war gefordert, ist heute - angesichts der globalen Veränderungen und der neuen Konflikte - nicht weniger notwendig.
Eine Annäherung an eine politische Persönlichkeit soll auch immer Hinweise für die Beantwortung und Bewältigung von aktuellen Fragen und Problemen geben. "Aus der Geschichte lernen" schließt auch ein "von Personen lernen".
Die Leistungen von Maria Probst für die Kriegsopfer, für die Europäische Einigung, für die Bürger und Bürgerinnen ihres Wahlkreises, für die sie sich aufopfernd einsetzte, sind unbestritten.
Selbst legt sie die Kriterien für einen "guten Politiker" fest: die Fähigkeit zu systematischer Arbeit, zur Analyse und Synthese, die schnelle Unterscheidung zwischen wesentlichen und unwesentlichen Fakten, Kenntnis der Realität.
In ihrem Handeln zeigen sich zentrale Elemente des Politiker(innen)-Typus, der in aktuellen Gesprächen modelliert wird, um der Politikverdrossenheit zu begegnen: aus Verantwortung heraus für Menschen handeln, mit den Menschen über ihre Probleme reden, mit ihnen Strategien zur Problembewältigung entwickeln, eine Vision für ein besseres Leben formulieren. Maria Probst demonstriert Bürgernähe im doppelten Sinn: in der Art und Weise des Kommunizierens mit den Bürgern und der Art und Weise der Problembetrachtung und -lösung. Sie ist Politikgestalterin, nicht Politikverwalterin.
Die Vollblut-Politikerin kann sich trotz ihres Engagements, trotz ihres Pflichtgefühls, trotz des Wissens um ihre exponierte Rolle ein Leben jenseits der offiziellen Politik vorstellen. Ihr Tagtraum: mehr Familienleben, Fortsetzung ihrer historischen Arbeiten, Ein-

satz für die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend - ein politisches Leben jenseits der politischen Maschinerie.
Der Traum wird leider nicht Wirklichkeit. Am 1. Mai 1967 stirbt Maria Probst plötzlich im Alter von 64 Jahren in Bonn.

Gertrud von le Fort (1876 - 1971)

"In dem selben Maße, wie wir uns der Menschenliebe öffnen, wird uns auch die göttliche Liebe wieder glaubhaft werden. Ja, um die Wahrheit zu sagen, die menschliche Liebe ist der einzige Gottesbeweis, den weite Kreise der heutigen Welt noch anzunehmen bereit sind. Es ist kein rationaler Beweis, aber die Ratio wird ihn schwerlich entkräften können" (Gertrud von le Fort).

Wenn der Historiker als "rückwärtsgewandter Prophet" zu gelten hat, ist der christliche Dichter, von innen her gesehen, ein vorwärtsgewandter Mystiker. Auf kaum einen Vertreter dieser nahezu verschollenen Gruppe trifft das unmittelbarer zu als auf Gertrud von le Fort, und es erklärt zudem ihr literarisches Schicksal. Hätte sie einer introvertierten Mystik das Wort geredet, so hätte sie heute vermutlich eine ständig wachsende Leserschaft. Wer aber das bei ihr sucht, wird durch den exoterischen und mehr noch durch den vorwärtsstrebenden Zug ihrer Mystik irritiert. Und ebenso wäre ihr stärkere Beachtung gewiß, wenn ihre Schriften dazu angetan wären, den verlorenen Kontakt mit der Geschichte wiederherzustellen. Dem aber steht nicht nur der große Verzicht auf die von ihr geplante Reichs-Dichtung entgegen, die sie in der klaren Erkenntnis aufgab, daß sie sich dadurch unweigerlich an den Propagandaapparat des Dritten Reiches ausgeliefert hätte, sondern mehr noch durch die Tatsache, daß ihr die historischen Stoffe immer nur als Spiegel der gegenwärtigen Probleme dienten und von ihr nie um ihrer selbst willen behandelt wurden. Doch wer war Gertrud von le Fort?

I

Mit einem Bild gesprochen: Die vox humana im vielstimmigen Orgelklang der christlichen Dichtung, die in der Rückschau als Vorbote des durch das Zweite Vatikanum besiegelten religiösen Aufbruchs zu gelten hat. In Minden am 11. Oktober 1876 als Offizierstochter geboren, verbrachte sie ihre Kindheit in einer Reihe von

Garnisonsstädten, hauptsächlich von ihrem geschichtskundigen Vater unterrichtet. Während ihrer Heidelberger Studienjahre gewann der Theologe Ernst Troeltsch, dessen 'Glaubenslehre' sie posthum herausgab, prägenden Einfluß auf ihr Denken. Ihm verdankte sie insbesondere die Entdeckung der christlichen Mystik und in deren Konsequenz die Orientierung zur katholischen Kirche hin, der sie 1924 durch die ihren dichterischen Ruhm begründenden 'Hymnen an die Kirche' huldigte und zu der sie nach mehreren Romreisen 1926 übertrat. Dies jedoch nicht, um mit ihrer protestantischen Herkunft zu brechen, sondern im Bestreben, den umfassenden Atemraum der in der Kirche verleiblichten Wahrheit zu finden. Während bei anderen die Konversion den dichterischen Aufschwung lähmte, wurde sie durch diesen Schritt erst wirklich zu ihrem Lebenswerk beflügelt. Wegbegleiter und Anreger war ihr dabei der geniale Jesuitentheologe Erich Przywara, wichtig für sie wurden aber auch der Kontakt mit dem Hochlandkreis, die Begegnung mit Edith Stein und die Korrespondenz mit Hermann Hesse, Reinhold Schneider, Carl Zuckmayer, Bernd von Heiseler und Arthur Maximilian Miller. Inzwischen gewann ihre Dichtung ihre von historischer Weite und mystischer Innerlichkeit geprägte Gestalt. Ihr Romerlebnis spiegelt sich in ihrem Roman 'Das Schweißtuch der Veronika' (1928), dessen Fortsetzung im Heidelberg-Teil 'Der Kranz der Engel' (1946) ihr bittere Anfeindungen extrem konservativer Kreise, aber auch die Anerkennung als Wegbereiterin des kirchlichen Aufbruchs eintrug.
Im Dritten Reich, dessen Schrecknisse sie in der Meistererzählung 'Die Letzte am Schafott' (1931) vorweggenommen hatte, verfemt, erhob sie dennoch in den Novellen 'Die Abberufung der Jungfrau von Barby' (1940) und 'Das Gericht des Meeres' (1943) unerschrocken ihre Stimme gegen den nationalsozialistischen Bildersturm und die Ermordung behinderter Kinder. Zurückgezogen vom Literaturbetrieb verbringt sie ihre späten Jahre in Oberstdorf, unermüdlich bemüht, ihrem Werk, das inzwischen auch die Romane 'Der Papst aus dem Ghetto' (1930) und 'Die Magdeburgische Hochzeit' (1938) umfaßte, immer neue Facetten, so die Abrechnung mit dem Diktatur in 'Die Consolata' (1943), ihren Bericht über die Schreckenszeit in dem Vortrag 'Unser Weg durch die Nacht' (1947) und ihre Galilei-Novelle 'Am Tor des Himmels' (1954) hinzuzufügen. Wiederholt geehrt und zum Ehrendoktor der Theologie promoviert, stirbt sie, zunehmend vereinsamt, 95jährig am 1. November 1971, vom literarischen Zeitgeschehen übergangen, doch gegenwärtig in einem Werk, dessen religiöse und ge-

schichtstheologischen Qualitäten noch immer der Erschließung harren.

II

Wenn le Fort von der "Letzten am Schafott", der unstillbar geängsteten Blanche bemerkt, daß deren Gestalt aus der Vorahnung des künftigen Unheils vor ihrem geistigen Auge aufgestiegen sei, deckt sie damit, wenn zunächst auch nur im Blick auf die Unheilsgeschichte der Menschheit, den prospektiven Zug ihrer dichterischen Intuition auf. Dabei stellt sich ihre Geschichtserfahrung, wie sie diese in ihrem vor Schweizer Freunden gehaltenen Vortrag "Unser Weg durch die Nacht" entfaltet, im Bild einer Nachtwanderung dar. Nur scheinbar gibt sie darin den Eindruck einer zurückliegenden Schreckenszeit zu Protokoll. Wenn sie betont, daß ihr damals alles unter dem Aspekt "der Vergänglichkeit und des Gerichtes" erschienen sei, hebt sie im Gegenteil den eschatologischen Blickpunkt ihrer Schau hervor. Das wird durch die erstaunlichen Berührungspunkte des Textes mit dem von Hans Joachim Maaz erstellten Psychogramm der einstigen DDR bestätigt. Was sie damals sagte, hat inzwischen an Wahrheitswert gewonnen. Das gilt vor allem von dem Schlüsselwort des Textes, mit dem sie die religiöse Summe aus den Erfahrungen der Schreckenszeit zieht und zugleich den Grundakkord ihres Gesamtwerkes anschlägt:
"Denn nicht nur der lichte Tag, auch die Nacht hat ihre Wunder. Es gibt Blumen, die nur in der Wildnis gedeihen, Sterne, die nur am Horizont der Wüste erscheinen. Es gibt Erfahrungen der göttlichen Liebe, die uns nur in der äußersten Verlassenheit, ja am Rande der Verzweiflung geschenkt werden."
Der Anklang an die 'Hymnen an die Nacht' des Novalis ist so deutlich, daß sich zunächst das vielfach als Rezeptionsbarriere empfundene Sprachproblem stellt. Es läßt sich negativ mit dem Satz umreißen, daß le Fort das Kommende meist in einer antiquierten, an spätromantischen Mustern geschulten Sprache ausdrückt, die sich allerdings durch eine erstaunliche Adaptionskunst auszeichnet und immer wieder zu suggestiven Bildern erhebt. Indessen bleibt diese kritische Beschreibung an der Oberfläche haften. Substantiell ist ihre Sprache durch eine weitgehende Kongruenz von Inhalt und Form gekennzeichnet. Schon durch die Sprache, nicht erst durch das Erzählte, drückt sie ihre Botschaft aus: the medium is the message. Denn le Fort widersetzt sich dem Fundamentalirrtum der

modernen Sprachtheorie, die Sprache nur als Mittel des Informationstransfers gelten läßt. Für sie ist die Sprache dem Menschen in seinem auf Mitmenschlichkeit hin angelegten Menschsein konsubstantial und deshalb Medium seiner existeniellen Selbstmitteilung, oder, im Anschluß an eines ihrer Leitworte gesprochen, eine Form der Liebe. Liebe aber ist für sie die Kommunikation der empirischen Faktenwelt mit der Anwesenheit des Göttlichen in ihr. Dazu weiß sie sich durch ihre Geschichtserfahrung geführt. Deshalb spricht sie im selben Atemzug, mit dem sie sich zum Gerichtsmotiv bekennt, von "Erfahrungen der göttlichen Liebe", wie sie nur "am Rande der Verzweiflung" geschenkt werden.

III

Für le Fort gibt es aber auch eine Kurzform, in der die Geschichtsnot, wie sie extrem, aber durchaus paradigmatisch unter den Diktaturen erlitten wurde, individuell vorweggenommen wird: die Angst. Sie erschließt in Form einer vertikalen Abbreviatur, was der Gang durch die geschichtliche Schreckensstunde lehrt. In diesem Sinn schattet sich in der "zitternden Blanche", der Titelfigur der Revolutionsnovelle, die in ihr erahnte Unheilszeit voraus. Deshalb wird sie, nur in vertikaler Blickrichtung, im Sinn der in dem Vortragstext niedergelegten Erfahrung charakterisiert:
"Es war, als schwebe dieses bedauernswerte kleine Leben in der beständigen Erwartung irgendeines grauenvollen Ereignisses, dem es, ähnlich jenen kleinen, kranken Tieren, die mit offenen Augen schlafen, nur durch unausgesetzte Wachsamkeit entgehen könne, oder als reiche ein großer, erschrockener Kinderblick durch das feste Gefüge des gesicherten Daseins überall in eine entsetzliche Zerbrechlichkeit hinab."
Daß dabei die Liebeserfahrung nicht fehlt, macht die Dichterin durch eine kühne Extrapolation deutlich. Denn die Angst, die Blanche zunächst zum wiederstrebend hingenommenen und dann, in der klösterlichen Verwiesenheit an die Todesangst Jesu, zum mystisch angenommenen Schicksal wird, steht für le Fort in einer Wechselbeziehung zum Gebet. Sie ist, strukturell gesehen, ein unvollständig gebliebenes Gebet und dieses eine bis auf den letzten Grund durchgehaltene Angst. Denn im Ungrund des Nichts, in den der Geängstete versinkt, erfolgt für den der sich ihm religiös anheimgibt, ein Umschlag, der ihn dort, wo ihn der Abgrund zu verschlin-

gen droht, auf jenen Grund auftreffen läßt, der kein weiteres Fallen mehr zuläßt: der Grund der in der Leidensgeschichte der Welt anwesenden göttlichen Liebe. Daran fühlt sich der Erzähler der Revolutionsgeschichte unter dem Eindruck der Todesszene, in der die Erzählung dramaturgisch wie ideell gipfelt, erinnert:
"Ich erinnere mich noch sehr deutlich aus meinen Kindertagen an dieses eigentümliche Absinken im Gebet, gleichsam durch alle Stockwerke des Seins bis - sagen wir - auf jenen Grund der Dinge, wo kein Fallen mehr möglich ist."

IV

Strukturell ist damit die Geschichte der "Letzten am Schafott" erzählt, die in einen machtvollen Selbsterweis der Liebe, dem "Wunder in der Schwachen", ausmündet. Bei der Neigung der Dichterin zur Typisierung kann es aber nicht verwundern, daß damit aber auch schon der Grundriß der großen Mehrzahl ihrer Werke freigelegt ist. Sie führen insgesamt zur Fühlung der göttlichen Rettermacht und sind insofern, im biblischen Bild gesprochen, allesamt der dichterisch gestaltete Griff des Versinkenden nach der göttlichen Retterhand, ob sich diese nun wie in der 'Consolata' oder im 'Turm der Beständigkeit' als innere Katharsis oder wie in der 'Abberufung der Jungfrau von Barby' und dem 'Gericht des Meeres' als Anverwandlung im Tod oder schließlich wie in der 'Magdeburgischen Hochzeit' als Zitadelle des Überlebens im Feuersturm des Untergangs darstellt.
In diesem Zusammenhang ragen zwei Todesszenen hervor, die auch im Kontext der unter dem Leidensdruck dieses Jahrhunderts erfolgten Todesreflexion entscheidende Akzente setzt. Die erste berichtet von der Verwandlung der in den Strudel der Revolutionsereignisse hineingerissenen Blanche, die zu Füßen des Schafotts das Veni creator ihrer hingerichteten Schwestern zuendesingt und dadurch, mit Horkheimer gesprochen, den durch die terroristische Gewalt zum Verstummen Gebrachten eine Stimme leiht. Hier eröffnet der Tod Freiheit, nicht nur im emanzipatorischen, sondern im kreativen Sinn des Wortes: Freiheit zu den größeren, gottgeschenkten Möglichkeiten des Daseins. Demgegenüber schildert die zweite den Tod der jugendlichen Anne de Vitré, die sich in einer ersten Regung mütterlicher Gefühle dem auf unerbittliche Sühne drängenden "Gericht des Meeres" widersetzt und dafür ins Meer geschleudert wird. Doch in der Qual des Ertrinkens fühlt sie die

Umarmung jener menschgewordenen Liebe, zu der sie sich ahnungsvoll erhoben hatte. Und damit schließt sich die tiefste Dimension des Todes, der hier, wie er sich zuvor von der Erscheinungsform des Vernichters zu der des Befreiers gelichtet hat, in einer letzten Verwandlung zum Sachwalter der unverlierbaren Geborgenheit wird:
"Die Wasser schlugen brausend über ihr zusammen, Anne stürzte ins Meer, hinab in die bodenlose Tiefe, dort hinab, wo man alle Dinge mit demselben Namen rufen kann. Es kam die Qual des Ertrinkens - plötzlich nahm sie wieder jemand in die Arme - sie war gerettet, das Leben ward ihr geschenkt...! Anne hörte dicht an ihrem Ohr eine Stimme, süß wie die Stimme der Mutter an der Wiege ihres kleinen Bruders Alain: Sie sang dasselbe Lied, das Anne dem Kind des königlichen Mörders gesungen hatte - sie sang es zuende."

V

Wie sich die Angst als vertikale Abbreviatur der geschichtlichen Nachtwanderung ausnimmt, setzt sich die durch Blanche und Anne verkörperte Annahme der Angst im Eingangsband des Hauptwerks umgekehrt in eine Szene um, die dasselbe im Bild eines horizontalen Geschehens beschreibt, doch so, daß sich damit definitiv der Tatbestand der "vorwärtsgewandten Mystik" bestätigt. Veronika, die Titelgestalt des Schweißtuchromans, hat sich mit ihrem Dichterfreund Enzio im nächtlichen Rom verlaufen und erlebt im Zustand einer progressiven Selbstentfremdung die Auflösung der empirischen Daseinsgestalten, bis der Einbruch einer überirdischen Macht diesem Prozeß Einhalt gebietet. Die Szene setzt mit einer eindringlichen Beschreibung des Auflösungs- und Entwirklichungsprozesses ein:
"Alles schien seiner Augenblicklichkeit halb schon entkleidet und wie eingetaucht in eine fremdartige Ungewißheit, als sei es bloße Spiegelung eines unerkennbaren Dahinter. Zuweilen wurde die Ungewißheit so zauberhaft, daß es war, als würden die Gebäude, an denen wir vorübergingen, lautlos abgebrochen oder aufgeschoben; Hintergründe öffneten sich, als hingen da in den sichtbaren Mauern gleichzeitig viele andere Mauern schleierhaft übereinander: Erscheinungen von Gebäuden, zart, grau, wie Häute, eine über die andere gezogen und eine von der anderen ablösbar; immer feiner, immer dämmriger, immer unsichtbarer werdend, schienen sie wie

in der Unerkennbarkeit eines Anfanglosen zu zerschweben, um dann plötzlich doch wieder zu neuen Formen zusammenzufließen."
Übergangslos setzt sich dieser Eindruck wachsender Weltentfremdung in das Erlebnis einer unaufhaltsam fortschreitenden Identitätskrise fort:
"Und auch wir waren von unserem Einzelsein gelöst, nicht nur von unseren Körpern, sondern auch von unseren Seelen, bloßen Witterungen gleich, zusammengeflossen mit dem einzigen großen, dumpfen Bewußtsein oder Unbewußtsein dieser schönen, wilden, schauerlichen Welttiefe."
Der Bericht gipfelt in der Peripetie, die geradezu als Einbruch einer jenseitigen Rettermacht erfahren wird, wenn die Liebenden plötzlich den aus der Finsternis aufleuchtenden Lichteraltar des offenen Peters-Domes wahrnehmen:
"Aber plötzlich war es, als würde das dunkle Geström, in das wir verspült waren, von einem Pfeil durchbohrt und stünde still: Etwas Strahlenhaftes drang in meine Augen, eine Monstranz von unbegreiflicher Größe stand wie die Vision eines riesigen Sternes, mitten aus der Nacht emporgestiegen vor uns. Mit feierlicher Ruhe drang ihr Licht nach allen Seiten in die Finsternis ein, die vor ihm zurückzuweichen schien: Ich sah es noch halb im Traum, aber doch wieder mit meinen eigenen Augen ... Plötzlich erkannte ich den Baldachin Sankt Peters. In diesem Augenblick blitzte ein Gefühl in mir auf, als wäre ich durch die ganze Welt gegangen und stünde nun vor ihrem innersten Herzen."
Das ist die christliche Gegenthese zu dem Wort, mit welchem Nietzsches Zarathustra den "Feuerhund" in seine Höhle zurücktreibt: "Das Herz der Erde ist von Gold". Der Weg durch die Nacht führt nicht nur zu einer neuen Sicht der Dinge unter der extremen Perspektive der Vergänglichkeit und des Gerichts; er führt vielmehr zu der visionären Erfahrung, daß am Ende der durch Tod und Entsetzen geprägten Geschichte die göttliche Liebe steht, weil sie, unerkannt, diese Geschichte auf sich nahm und durchlebte.
Mehr noch: Den Grund allen Geschehens bildet die Geschichte der göttlichen Liebe, die seine Ereignungen leidend und gestaltend mitbestimmt. Sie hat ihr grundlegendes Modell in der Lebensgeschichte Jesu, das sich so der Menschheitsgeschichte als mystisches Formgesetz auferlegt.
Damit greift die Dichterin, vermutlich unter dem Einfluß des inzwischen fast vergessenen Theologen Erich Przywara, den Gedanken der Patristik auf, wonach sich die Jesusvita in individueller Kurzform, zumindest stadienhaft, im Leben der Glaubenden wie-

derholt: in dem einen im Stadium des noch unmündigen Kindes, im anderen als der zu sich selbst erwachende Jüngling, in einem dritten als der zum vollen Mannesalter gelangte Lehrer. Auf die Universalgeschichte bezogen, ergibt sich daraus die Vorstellung, daß sich in ihr die Lebensgeschichte Jesu in der Form wiederholt, daß jede Epoche aus ihr ihre innerste Sinnzuweisung empfängt. Danach steht die eine, wie es 'Das Gericht des Meeres' voraussetzt, im Zeichen der von Anne geahnten Menschwerdung, eine zweite, wie das an der Gestalt der zitternden Blanche aufscheint, im Zeichen der Todesangst, eine dritte, wie es die Karfreitagsszenerie der 'Abberufung der Jungfrau von Barby' andeutet, im Schatten des Kreuzes von Golgata, eine vierte, wie es in der 'Tochter Farinatas' anklingt, im Morgenglanz des Auferstehungslichts und eine weitere, wie dies die 'Magdeburgische Hochzeit' zusammen mit der 'Frau des Pilatus' zu verstehen gibt, im Vorgefühl des Endgerichts und der Parusie. So ordnet sich das Gesamtwerk der Dichterin zwanglos zu einer an der Lebensgeschichte Jesu abgelesenen organischen Systematik, die durch ihre Neigung zu Symbolisierung und Allegorisierung auch darstellerisch unterstrichen wird.

VI

Mit diesem Geschichtskonzept meldet die Dichterin unüberhörbar ein Mitspracherecht im theologischen Disput der Gegenwart an, zumal sich die Theologie durch das bisher kaum gewürdigte Ereignis der Wende aufs nachdrücklichste nach ihrem Geschichtsverständnis befragt sieht. Wenn es zu einer Verständigung kommen soll, muß freilich zunächst das Recht des dichterischen Beitrags gesichert werden; und das ist zweifellos an eine Neueinschätzung der künstlerischen Zeugnisse, näherhin an ihre Qualifizierung als genuine Glaubenszeugnisse gebunden. Denn nur unter dieser Voraussetzung wird sich die Theologie dazu verstehen können, Motive, die nicht aus ihrer Interpretation der Heilsbotschaft hervorgingen, in ihre Ableitungen einzubeziehen. Doch gerade dazu gibt die Dichterin einen Fingerzeig, wenn sie den Kardinallegaten aus der 'Consolata' sich daran erinnern läßt, daß seinen geistigen Entdekkungen stets ein freudiges Erzittern, also ein dem Vorspiel künstlerischer Intuition vergleichbares Erlebnis, vorangegangen war. Doch auch unabhängig von dieser Andeutung nimmt le Fort einen eigenen gläubig-intuitiven Zugriff auf das von ihr dargestellte Mysterium für sich in Anspruch. Ihre Dichtung ist keinesfalls nur

nacherzählte Theologie, sondern Ausdruck einer dichterischen Versenkung in den Gang der von ihr beschworenen und szenisch dargestellten Geschichte.
Als Brücke könnte vor allem eine anthropologische Einsicht der Dichterin dienen, welche die Geschichtsfähigkeit des Menschen betrifft. Zwar hat sie nicht ausdrücklich den patristischen Gedanken eines individualgeschichtlichen Nachvollzugs der Jesusvita, wohl aber dessen philosophisches Pendant. Denn im selben Maß, wie ihre Figuren von der Geschichte in Mitleidenschaft gezogen werden, durchleben sie eine Geschichte mit sich selbst, welche die ganze Spannweite von Selbstentfremdung und Selbstverfehlung bis zu gnadenhaft gewährter Selbstaneignung umfaßt. So stehen im Ganzen ihres Szenariums neben den sich heroisch Behauptenden und den dämonisch in sich Verkrampften die sensibel für die Sinnzuweisung von oben Geöffneten, aber auch die tragisch von sich Abgehaltenen und unter ihr Niveau Gedrückten. Und fraglos bestätigt sich ihre gestalterische Kunst dort am eindruckvollsten, wo sie wie in dem als Entwicklungsroman angelegten 'Schweißtuch der Veronika' einer menschlichen Werdegeschichte von ihren kindlichen Anfängen bis zur definitiven Selbstfindung nachgeht.
Hier zeigt sich dann auch, daß sie dem menschlichen Gestaltungs- und Behauptungswillen mit tiefer Skepsis begegnet und die geglückte Individuation niemals von Akten der Selbstsetzung, wohl aber von demütiger Offenheit und einem "existentiellen Gehorsam" erwartet. Darin zeigt zugleich, daß sie das Werk der Selbstfindung synergetisch, als Zusammenspiel von menschlicher Rezeptivität und göttlicher Sinngewährung, versteht. Das aber nötigt zu einer präziseren Fassung dessen, was ihr bei der Rede von der "ewigen Liebe" und deren rettender Entgegenkunft vor Augen steht.

VII

Zunächst hat es den Anschein, als umgehe sie damit die präzisere Bestimmung, ähnlich dem nach dem Modell von Troeltsch gestalteten Vormund im 'Kranz der Engel', von dem es heißt, daß er anstatt von Gott und Christus lieber vom "göttlichen Leben" rede. Indessen gibt sie die scheinbare Zurückhaltung in aller Form auf, wenn es bei Blanches Einkleidung heißt, daß ihr der Namenszusatz "de Jésus au jardin de l'Agonie" zugewiesen wurde, weil der Ordensobere der Überzeugung lebte, daß sich der fortlebende Christus "gegenwärtig gleichsam im Garten Gethsemane" befinde.

Daß le Fort nach dieser einen Verdeutlichung dann in der Regel doch verallgemeinernd von der "ewigen Liebe" spricht, dürfte sich, abgesehen von ihrer Nähe zur philosophischen Terminologie - bekanntlich sprach auch der von ihr hochgeschätzte Karl Jaspers von "Transzendenz" anstatt von Gott - aus ihrem Bestreben erklären, die göttliche Geschichte mit dem empirischen Geschichtsverlauf synergetisch zusammenzudenken und die Vorstellung eines "Eingriffs" von diesem Zusammenspiel fernzuhalten. Somit erlaubt ihr die versachlichende Ausdrucksweise, die von dem göttlichen Geschichtsgrund ausgehenden Impulse vergleichsweise undramatisch, dafür aber nachvollziehbar auszusagen.
Daran mußte ihr umso mehr gelegen sein, als sie mehr als jede vergleichbare Gestalt aus dem Bewußtsein der das ganze Zeitgeschehen durchgreifenden Inversion der tragenden Verhältnisse lebt. Das von ihr inszenierte Rollenspiel ist insgesamt darauf angelegt. Im Vergleich zu den alltäglichen Erfahrungsweisen agieren ihre Figuren geradezu "spiegelverkehrt". Die profilierten und heroischen unter ihnen wie Marie de l'Incarnation in der Revolutionsnovelle, die Äbtissin in der Erzählung aus den Tagen des reformatorischen Bildersturms, aber auch der unschlüssige Doktor Bake in der 'Magdeburgischen Hochzeit' arbeiten, ohne daß sie es beabsichtigen oder auch nur ahnen, den Mächten des Untergangs wie dem finsteren Obristen Falkenberg im Magdeburg-Roman in die Hand. Dagegen stehen die Zerbrechlichen, wie das "Spiegelchen" Veronika, und die Zerbrechenden, wie Blanche, der Möglichkeit der Rettung von ihrer ganzen Verfassung her nahe. Diese Anlage würde den Gesamtablauf stagnieren lassen, wenn die Dichterin bei ihrem ausgeprägten Sinn für geschichtliche Entwicklungen und Ereignisse nicht vom Primat der göttlichen Interzession durchdrungen wäre. Ihrer kaum merklichen Intervention ist es zuzuschreiben, daß in das starre Szenario unvermutet Bewegung kommt und daß sich immer dann, wenn scheinbar unüberwindliche Grenzen erreicht werden, der rettende Umschwung ereignet. Nur vordergründig ist Geschichte für le Fort das Ergebnis menschlicher Interaktion, sozialer Entwicklung und geistiger Tendenzen; denn im Grund geht es um das Anrecht Gottes auf sie, das ihm unablässig durch die Macht des Bösen streitig gemacht wir und doch nie wirklich in Frage gestellt werden kann.
Damit erhebt die Dichterin ein Grundmotiv der Mystik, die Inversion des Gott-Mensch-Verhältnisses, zum Formgesetz der Geschichte und deren dichterischer Spiegelung in ihrem Werk. Wie der Mystiker erfährt, daß er sein Wissen einem Erkanntsein durch

Gott verdankt, und daß sich in seiner Liebe Gott selbst liebend begegnet, kommen die rettenden Umschwünge im Geschichtsgang für le Fort nur dadurch zustande, daß sich die Heilsmacht Gottes der menschlichen Schwachheit annimmt. Für sie sind gerade die Schwachen und Scheiternden die lebendigen Einfallstore der göttlichen Selbsterweise und darum die scheinbar verlorenen Positionen die in einem höheren Sinne chancenreichsten. Deshalb wäre für sie auch das Fehlen mitreißender Protagonisten und stimulierender Programme kein Beweis gegen die historische Bedeutung der großen Geschichtszäsur, die mit dem Zusammenbruch der Ostdiktaturen eintrat, sondern eher der Gegenbeweis dafür, daß in diesem Umbruch etwas nach der Art dessen geschah, was Schelling das Aufblitzen einer "höheren Geschichte" im empirischen Geschichtsgang nannte, um damit die Auferstehung Jesu als "transzendenten" Grenzwert historischer Ereignungen zu bestimmen.

VIII

Obwohl Hinweise auf die allen Initiativen zuvorkommmende und der menschlichen Schwäche aufhelfende Entgegenkunft eher spärlich sind, ist hier doch mehr als irgendwo sonst der Herzschlag der le Fortschen Dichtung zu spüren. Zu den wichtigsten Stellen zählt das Nacherleben der Nachtwanderung, das in Veronika den Eindruck aufkommen läßt, als "drückte etwas Körperloses und doch Gewichtiges" auf sie herab, das sich dann doch wieder erhob, um "wie von seiner eigenen Schwere angezogen, aufs neue niederzusinken". Das verdichtet sich bei ihr schließlich zu der Gewißheit, "als ob das Kleinste wie das Größte, ich selbst und die ganzeWelt von einer unausprechlich tiefen Liebe bedacht, bestätigt und durch die beständige Gegenwart dieser Liebe gesegnet wäre". In der extremen Entscheidungsstunde, von der dann im 'Kranz der Engel' berichtet wird, ist es deshalb auch nicht so sehr sie selbst, die sich entschließt; vielmehr fühlt sie sich entschlossen. Und in dem Augenblick, als ihre Widerstandskraft zu erliegen droht, tritt die Ewige Liebe mit ihrer rettenden Macht selbst auf den Plan. Umso beredter sind die Szenen, die von dieser tragenden Einsicht eingegeben sind und ihr Ausdruck verleihen. Als Paradigma steht dafür das Ende der römischen Nachtwanderung, das von Veronika als rettender, den erlittenen Auflösungsprozeß aufhaltender Lichteinbruch erlebt wird.

Nur aus der Fühlung dieses Impulses erklärt sich die Verwandlung der "Abberufenen", die im Verlust aller Analogien und im Entzug allen Trostes sterbend zum Bild der göttlichen Verlassenheit wird, nur so die Bewahrung Bices, der "Tochter Farinatas", vor der drohenden Vergewaltigung, nur so die Rettung des verhängnisvoll taktierenden Doktor Bake und der treulosen Braut in der 'Magdeburgischen Hochzeit' und nur so, jetzt mit le Forts eigener Anwendung ihrer dichterischen Einsicht auf das Zeitgeschehen gesprochen, das Überleben der dem Feuersturm des Zweiten Weltkriegs Entrissenen, der "noch einmal Davongekommenden". Seine vollkommenste Verdichtung erlangt dieses Zentralmotiv aber fraglos, auch im Blick auf seine mitreißende Gestaltung, in der Todesszene der Revolutionsnovelle, von der der Erzähler im Stil einer freisetzenden Verwandlung und, hintergründiger noch, einer durch den Opfertod der Titelheldin besiegelten Anrufung des Schöpfergeistes berichtet. Ihrer Ordenstradition folgend gehen die Mitschwestern Blanches, die nach deren Flucht aus dem Karmel verhaftet und als angebliche Konterrevolutionäre verurteilt wurden, singend in den Tod. Schon droht der Gesang mit der Hinrichtung der Letzten abzubrechen, da wird er aus der Tiefe der Zuschauermenge durch die in ihr verlorene Blanche wieder aufgenommen. Der Erzähler erinnert sich:
"Ihr kleines, blasses, zusammengedrücktes Gesicht brach gleichsam aus seiner Umgebung hervor, warf sie von sich ab wie ein Tuch - ich erkannte dieses Gesicht in jedem Zug wieder, und doch: ich erkannte sie nicht wieder - es war völlig furchtlos: sie sang. Sie sang mit ihrer kleinen, schwachen, kindlichen Stimme ohne jedes Zittern, nein, jubelnd wie ein Vögelchen, sie sang ganz allein über der großen, blutigen, schrecklichen Place de la Révolution das Veni creator ihrer Schwestern zuende."
Dafür wird sie "auf dem Fleck erschlagen". Doch der Zeuge hat das Gefühl, endlich wieder unter Menschen zu sein und die Gewißheit, daß der Schrecken der Revolution gebrochen ist. Die Inversion, die im nahezu ausgelöschten Innern der Geängsteten begann, hat auf das Zeit- und Weltgeschehen übergegriffen. So wird sie im Sinne der Dichterin, die Gegenwartsprobleme im Interesse ihrer reineren Gestaltung auf historische Situationen zurückzuspiegeln pflegt, zum Paradigma, wie Rettung unter den Bedingungen des diktatorischen Terrors überhaupt möglich ist. Nicht umsonst bekennt sie sich zu der Überzeugung, daß alle "im Grunde nur so davongekommen sind" wie die furchtsame Blanche, an der sich nicht der "Triumph einer Heldin", sondern das "Wunder in der Schwachen" ereignete.

IX

Es gehört zum Wesen großer Dichtung, daß sie zusammen mit ihrer inhaltlichen Aussage auch Hinweise auf die von ihr geforderte Rezeption gibt. In diesem Zusammenhang ist mit Wilhelm Emrich an Goethes Genius-Gestalten zu erinnern, insbesondere an das "Zwitterwesen" Mignon, die als die unvollkommene und deshalb zum Sterben verurteilte Synthese von Natur und Kunst, Trieb und Geist, Außen und Innen, Individuum und Gesellschaft, für den Leser zum Spiegel wird, der sich mit der Aufforderung an ihn verbindet, sich selbst im dichterischen Werk wahrzunehmen und es durch seinen Mitvollzug zu vollenden. In diesem Sinn warnt Veronika die Leser des letzten, hochdramatischen Abschnitts ihrer Lebensgeschichte:

"Von jetzt an wird man mich nicht mehr verstehen, ja, ich weiß nicht einmal, ob man mich verstehen darf. Ich wage es nicht zu entscheiden."

Doch damit hat sie die Entscheidung nur umso nachdrücklicher dem Leser auferlegt. Und sie begründet ihren Einwurf mit der Frage:

"Was weiß denn die Mehrzahl der Christen - ich meine jene immer nur um den Besitz der eigenen Seligkeit bemühten - von den Qualen eines Herzens, das gezwungen ist, sich an der Hölle eines geliebtesten Menschen zu entzünden? Was weiß sie von den abstürzenden Gefilden des Schicksals, wo alle Gewißheiten frommer Seelen fragwürdig werden, sich gleichsam umwenden und in ihr Gegenteil verkehren, so daß schließlich diejenige Haltung als die rettende erscheint, die eigentlich die verlorene ist?"

Ähnliches geschieht, nur ungleich direkter, am Schluß der 'Letzten am Schafott', wenn der Erzähler am Ende seines Berichts die "Beweislast" für das aller Erfahrung widerstreitende "Wunder in der Schwachen" förmlich an den Leser abwälzt, indem er ihm das Wort erteilt und dies in der unverkennbaren Absicht, daß er die Erzählung in sich zuende dichte. In diesem Sinn schließt er den für eine emigrierte und in Vorstellungen von Heldentum und religiösem Heroismus befangene Aristokratin abgefaßten Bericht mit der wiederholten Aufforderung: "Sie haben das Wort". Das aber kommt der Zumutung an den Leser gleich, in die Spur Blanches zu treten, die den verstummten Opfern der Revolution ihre Stimme lieh.

X

Indessen gibt es noch ein anderes Verstummen als das in der blutigen Todesszene beschriebene und von Max Horkheimer geforderte. Es betrifft die Sprachlosigkeit, der die berufenen Diagnostiker des gegenwärtigen Zeitgeschehens angesichts des freiheitlichen Aufbruchs und der Selbstauflösung der Ostdiktatur verfielen. In ihr betretenes Schweigen mischt sich, ebenso leise wie unüberhörbar, die Stimme der fast schon vergessenen Dichterin ein, die vermutlich ihrerseits verstummt wäre, wenn sie nur die Fatalität der damaligen Stunde empfunden und nicht an das Licht am Ende der Nachtwanderung geglaubt hätte. Mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches war dieser "Lichteinfall" nur bedingt gegeben, weil in der geteilten Welt auch die höchsten Lebenswerte Menschenwürde, Hoffnung und Freiheit geteilt waren. Der Entschluß der Dichterin, ihr Werk trotz der Bedrohung durch Diktatur und Krieg und trotz des sie enttäuschenden Verlaufs der Nachkriegsgeschichte fortzusetzen, war somit zweifach gerechtfertigt. Zunächst schon durch den sie zweifellos schwer ankommenden Verzicht auf die Ausführung des dem Reichsgedanken gewidmeten Werkes, mit dem ein Liebesverzicht einherging, der am vernehmlichsten aus der Novelle 'Plus ultra' spricht; vor allem aber durch das gegenwärtige Zeitgeschehen, das, von seiner unkalkulierbaren Kausalität her, die historische Verifizierung dessen brachte, was le Fort dachte und aussprach.

Über den Zeitenabstand hinweg wirkt die Chiffrensprache ihrer Dichtung wie ein Deutungsmuster, das sich als Schlüssel für die sanfte Revolution ohne Blutvergießen, ohne Programm und ohne herausragende Initiatoren anbietet, besonders dort, wo sie von der Ermächtigung der Schwachen, vom Sieg der Erliegenden und von der Heilserfahrung am Rande der Verzweiflung redet. So gesehen wurde sie nicht nur von der Vorahnung des diktatorischen Verhängnisses bedrängt; vielmehr lebte sie auch schon aus dem Vorgefühl der umfassenden Inversion, die nach der Stunde des exzessiven und bis in seine politischen und ökologischen Extreme gesteigerten Herrschaftswissens eine Kultur der Vorgegebenheiten, der Dankbarkeit und des Dienens erhoffen läßt, weil die letzten Fragen nur durch eine rettende Entgegenkunft und durch die Hilfe der am menschlichen Streben teilnehmenden Liebe "von oben" gelöst werden.

Josef Kardinal Frings (1887 - 1978)

In der Erinnerung der Kölner lebt Kardinal Frings als der einzige Rheinländer unter den Kölner Erzbischöfen der jüngeren Geschichte fort, zumal in manchen Anekdoten - echten und treffend erfundenen. Wenig bewußt ist den heutigen Zeitgenossen die Bedeutung, die dieser Erzbischof zwischen Zweitem Weltkrieg und Zweitem Vatikanischen Konzil für die Kölner Ortskirche, für die Kirche in Deutschland und ihr zum Teil richtungweisendes Engagement in der Weltkirche hatte, welches Ansehen und welchen gestaltenden Einfluß er zumal auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil besaß.
Außerdem erlangte Kardinal Frings unter den besonderen Verhältnissen der Jahre nach 1945 eine Stellung auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet, die er für einen Bischof selbst als Ausnahmesituation empfand: In den Jahren 1945 - 1949, als es in Deutschland keine von den Besatzungsmächten respektierte staatliche Autorität gab, übernahm der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz und römische Kardinal - gelegentlich im Zusammenwirken mit dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Wurm in Stuttgart - die Rolle eines Sprechers der deutschen Bevölkerung bei den alliierten Besatzungsbehörden. Der Einfluß der Kirchen auf die Entstehung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Länderverfassungen wurde deshalb bis 1950 kaum in Frage gestellt. Kardinal Frings wurde so zu einer Schlüsselfigur für die Entwicklung der Staat-Kirche-Beziehungen im Nachkriegsdeutschland.
Diese Bedeutung und Ausstrahlung seiner Persönlichkeit waren ihm durch Herkunft und Charakterstruktur nicht vorherbestimmt. Seine Lebensgeschichte wirkt wie eine positive Umkehr der resignativen Inschrift am Grabe Papst Hadrians VI. in der von Frings so geschätzten Kirche von Santa Maria dell'Anima in Rom: "Proh dolor quantum refert in quae tempora vel optimi cuiusq(ue) virtus incidat!" (Ach, wieviel hängt davon ab, in welche Zeit auch des besten Mannes Wirken fällt!).

I

Josef Richard Frings wurde am 6. Februar 1887 als Sohn des Fabrikanten Heinrich Frings und seiner Ehefrau Maria Sels in Neuss geboren. Über die väterliche wie mütterliche Familie war er in den wichtigsten Neusser Kaufmannsgeschlechtern verwurzelt. Sein Großvater Michael Frings war 1851 - 1858 Bürgermeister von Neuss gewesen. Dieses Amt bekleidete nach dem Zweiten Weltkrieg Frings' jüngerer Bruder Alfons. Ein anderer Bruder hatte bis 1945 das Amt eines Reichsgerichtsrats in Leipzig inne und kam 1946 in einem sowjetischen Gefängnis zu Tode. Insgesamt hatte Frings fünf Geschwister.

Volksschule und Gymnasium durchlief er ohne Schwierigkeiten, öfter als Jahrgangsbester. Eduard Hegel bemerkt: "Hier wird er jene solide Gedächtnisschulung geübt sowie deutschen und lateinischen Stil gelernt haben - Vorzüge, die ihn bis in sein hohes Alter befähigten, seine Reden und Predigten ohne Stocken vorzutragen und grammatikalisch richtig zu Ende zu bringen. Nicht ohne Stolz bemerkte er später, als er ins Konzilspräsidium berufen wurde: 'In Rom hat man gemerkt, daß ich was vom a.c.i. verstehe' ".

Die Wahl des Priesterberufs ergab sich für Josef Frings aus dem religiösen Klima seines Elternhauses eher selbstverständlich. Seine Studien absolvierte er als Alumne des von den Jesuiten geleiteten internationalen Theologenkonvikts "Canisianum" in Innsbruck. Während seiner "Freisemester" in Freiburg trat er der KV-Verbindung "Bavaria" bei. In Bonn und am Kölner Priesterseminar schloß er seine Studien ab und wurde am 10. August 1910 in Köln zum Priester geweiht.

Schon als Kaplan an der gerade gegründeten Pfarrei St. Pius in Köln-Zollstock legte Frings in den Jahren 1910 - 1913 durch die Gründung und geistliche Begleitung eines Arbeitervereins möglicherweise das Fundament für seine späteren sozialpolitischen Initiativen. Zwischen 1913 und 1915 konnte er seine Studien fortsetzen, zunächst als Kaplan an S.Maria dell'Anima in Rom, dann in Freiburg. Für das Fach der Promotion wechselte er bald vom Kirchenrecht zur neutestamentlichen Exegese. Seine Freiburger Dissertation "Die Einheit der Messiasidee in den Evangelien. Ein Beitrag zur Theologie des Neuen Testamentes" belegt, daß er ein kluger, aber kein spekulativ-schöpferischer Theologe war. Frings erwies sich, je länger, je mehr, als praktischer Theologe, als Seelsorger mit Gespür für die Nöte der Menschen und der Bereitschaft, das jeweils Geforderte und Mögliche zu tun.

Die Absicht, ihn 1922 als Sekretär an die Seite Nuntius Pacellis in München zu berufen, wurde, wie Frings später dankbar anerkannte, von seinem ehemaligen Konviktsdirektor Dr. Paschen vereitelt. Den Versuch, ihn in die Schullaufbahn zu bringen, beendete Frings selbst durch die erfolgreiche Bewerbung auf die Pfarre St. Josef in Köln-Braunsfeld. Über die Braunsfelder Pfarrerzeit 1924 - 1937 bekennt Frings in seinen Lebenserinnerungen: "Hier habe ich nun dreizehn sehr schöne und glückliche Jahre verbracht". Zu seinen Gemeindemitgliedern zählte (von den amtlichen Pfarrgrenzen abweichend) der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Das gute sachliche und menschlich-persönliche Verhältnis der beiden Männer zueinander (das später manchen Fehldeutungen ausgesetzt war) dürfte auf die Braunsfelder Jahre zurückgehen.

II

Für Frings kam es schmerzlich-überraschend, daß Kardinal Schulte ihn ausersehen hatte, als es 1937 darum ging, ein überzogen strenges und pädagogisch nicht geschicktes Erziehungssystem am Priesterseminar des Erzbistums Köln in Bensberg abzulösen. Als Regens unter Kardinal Schulte änderte Frings zwar keine Ordnungen am Seminar, doch er handhabte die bestehenden Regeln mit mehr Verständnis für die jungen Seminaristen. Aber das Seminar wurde schon bald durch den Kriegsausbruch im September 1939 aus seiner gewohnten Bahn geworfen. Nicht nur, daß das Bensberger Gebäude sofort für Lazarettzwecke beschlagnahmt wurde und das Seminar zunächst nach Altenberg, schließlich - nach verschiedenen Zwischenstationen - in das St.Antonius-Heim nach Honnef ausweichen mußte; auch die Zahl der Seminaristen ging durch Einberufungen zum Militär immer weiter zurück und beschränkte sich schließlich auf Kriegsversehrte und vom Wehrdienst Befreite.
In die Regentenzeit von Frings fiel die Enteignung des Bensberger Seminars am 8. Januar 1942, als der Kölner Erzstuhl nach dem Tode Kardinal Schultes bereits neun Monate vakant war und die Wahl eines neuen Erzbischofs unmittelbar bevorstehen mußte. Die "Nationalpolitische Erziehungsanstalt" in Bensberg begehrte das benachbarte Seminargebäude zu Erweiterungszwecken, und Randbemerkungen in einer durch Nachlaß eines Pfarrers in die Seminarbibliothek gelangten Broschüre boten der Gestapo und der preußischen Regierung den Vorwand zur Enteignung des Seminarkomplexes mit der fadenscheinigen Begründung, "daß das Vermögen

des Erzbistums Köln, soweit es dem Erzbischöflichen Priesterseminar in Bensberg zur Verfügung gestellt worden war, volks- und staatsfeindlichen Zwecken gedient hat und daß die Bestrebungen der Insassen des obengenannten Hauses volks- und staatsfeindlich gewesen sind".

Was die nationalsozialistischen Machthaber bewogen hat, das Bischofswahlverfahren in Köln 1941/42 völlig korrekt nach den Bestimmungen des Preußen-Konkordats von 1929 verlaufen zu lassen, ist nicht erkennbar. Sowohl die Akten des Auswärtigen Amtes wie die des Reichskirchenministeriums enthalten zwischen März 1941 und März 1942 nichts, was auf eine staatliche Ingerenz in das Kölner Wahlverfahren hindeuten könnte. Erst die amtliche Mitteilung des Dompropstes Dr. Paschen an den "Reichs- und Preußischen Minister für kirchliche Angelegenheiten", das Metropolitankapitel in Köln habe am 7. März 1942 Frings zum Erzbischof gewählt, löste hektische Recherchen durch Gestapo und Partei im Rheinland aus, wen man in Frings vor sich habe. Frings selbst schreibt in seinen Lebenserinnerungen 1973: "Das Gerücht, daß ich für diesen Posten kandidiere, hatte sich schon im Herbst des Jahres vorher (1941) verbreitet und war mir zu Ohren gekommen". Doch scheint man in Berlin die Kandidatur des bis dahin ziemlich Unbekannten nicht registriert, jedenfalls nicht ernstgenommen zu haben.

Das Ergebnis der Gestapo-Nachforschungen im März und April 1942, mit denen die Gestapo-Akte Frings in Düsseldorf beginnt, lautete: "Frings sei ein einfacher, natürlicher und liebenswürdiger Mensch. Als Pfarrer und Regens sei er von tief religiöser und aszetischer Veranlagung. Er sei keine Kämpfer- und auch keine Führernatur. Man könne seine Wahl nur als Verlegenheitswahl bezeichnen". Bei Kenntnis der nationalsozialistischen Praxis in anderen Bischofswahlverfahren, aber auch angesichts der Vorgehensweise späterer deutscher Regierungen bis zur Gegenwart ist es überraschend, daß man in Berlin auf Anweisung des Ministerpräsidenten Hermann Göring beschloß, die amtliche Anfrage des Dompropstes nach Bedenken allgemeinpolitischer Art gegen den erwählten Erzbischof Frings nicht zu beantworten. Auf den Hinweis des Dompropstes auf die auslaufende 20-Tage-Frist für einen Einspruch im Kirchenministerium und des Apostolischen Nuntius im Auswärtigen Amt erhielt das Kapitel unter dem 17. April 1942 die Antwort des Kirchenministeriums: "Da innerhalb der zwanzigtägigen Frist staatlicherseits Bedenken gegen die Wahl des Pfarrers Dr. theol. Josef Frings zum Erzbischof von Köln nicht erhoben worden sind, sehe ich der Beantragung des Vereidigungstermins entgegen". Die

päpstliche Ernennung erfolgte daraufhin am 1. Mai 1942, ihre Publikation in Köln am 3. Mai. Der Vereidigungstermin wurde auf den 2. Juni im Arbeitszimmer des Reichskirchenministers angesetzt. Da Kirchenminister Kerrl im Dezember 1941 verstorben war, wurde Staatssekretär Dr. Muhs mit der Entgegennahme des Eides beauftragt. Auch darin lag eine politische Herabstufung des ganzen Vorgangs!
Sollte der später für protokollarische Formen durchaus empfindliche Erzbischof daraus die Konsequenz zu der Anweisung gezogen haben, zu seiner Bischofsweihe durch Nuntius Orsenigo am 21. Juni 1942 nur die staatlichen und städtischen Funktionsträger des Rheinlandes einzuladen, die NSDAP-Spitzen dagegen zu übergehen? Die Rache des Regimes war das Totschweigen der Bischofsweihe in den Medien. Trotzdem füllte den Dom und seine Umgebung eine unübersehbare Menschenmenge, unter der die Gestapo mit Mißmut eine auffallend große Zahl von Jugendlichen registrierte, die nach der Feier noch zum Erzbischöflichen Palais zogen und dem neuen Erzbischof Ovationen bereiteten.

III

In den folgenden Wochen fanden in zentralen Kirchen des Erzbistums vom damaligen Diözesanjugendseelsorger Frotz sorgfältig vorbereitete Begegnungen des neuen Erzbischofs mit der Jugend und den Eltern statt. Daß diese Rundreise durch das Erzbistum - von der Gestapo sorgfältig überwacht - "zu einem 'Triumphzug' ohnegleichen wurde, wäre trotz vorzüglicher Organisation nicht möglich gewesen, wenn ihr nicht die Teilnahmebereitschaft der katholischen Jugend entsprochen hätte. Die Gründe für diesen Aufschwung in der Bekundung des religiösen Lebens", so urteilt Ulrich von Hehl, "müssen nicht zuletzt der Person des neuen Erzbischofs zugeschrieben werden, der, wie auch der Gestapo auffiel, jede Gelegenheit zu persönlichem Auftreten nutzte und keinerlei Aufhebens aus seiner bischöflichen Stellung machte. Hatte [sein Vorgänger] Schulte durch Zurückhaltung und Öffentlichkeitsscheu viele Erwartungen gerade von jugendlichen Diözesanen enttäuscht, so brachte Frings alle Voraussetzungen zu echter Volkstümlichkeit mit ...".
Als Erzbischof Frings sein Amt antrat, hatte der nationalsozialistische Kirchenkampf seinen Höhepunkt bereits überschritten, und der Zweite Weltkrieg ging seiner bisweilen apokalyptisch anmuten-

den Endphase entgegen. Trotzdem fiel die größere Deutlichkeit mancher Hirtenbriefe und Verlautbarungen des neuen Kölner Erzbischofs gegenüber den moderateren Tönen seines Vorgängers auf. Zusammen mit dem kurz vor ihm in sein Amt eingetretenen Erzbischof Jaeger von Paderborn steuerte Frings das Westdeutsche Bischofskonveniat auf einen deutlicher abgrenzenden Kurs gegenüber dem Regime, als der Fuldaer Konferenzvorsitzende, Kardinal Bertram von Breslau, gutheißen mochte.
Doch die weltanschauliche Auseinandersetzung wurde bald von der Kriegsnot überlagert. 1943 wurden bei Bombenangriffen auf Köln auch Dom und Generalvikariat zerstört. Der Erzbischof selbst verlor dreimal Wohnung und Habe, bis er - zunächst für neun Monate, dann im Oktober 1944 endgültig - nach Honnef auswich. Wie unter solchen Verhältnissen Seelsorge versucht wurde, hat der damalige Kölner Stadtdechant Robert Grosche in seinem "Kölner Tagebuch 1944-1946" festgehalten. Frings selbst ergriff in diesen Jahren mehrfach Partei für die Menschen, z.B. für die um ihrer Rasse willen verfolgten Juden wie für die nach dem 20. Juli 1944 verhafteten Kölner Diözesanen. Doch die Großstädte seines Erzbistums entvölkerten sich durch die Zerstörung und die Evakuierung der Bevölkerung nach Thüringen, Sachsen und Niederschlesien. Frings sandte diesen evakuierten Rheinländern über fünfzig junge Priester in die Diasporagebiete nach. Die Sorge der Menschen ums Überleben verdrängte am Ende des Krieges alle Perspektiven für eine völlig ungewisse Zukunft.

IV

Einen ersten Höhepunkt der bischöflichen Wirksamkeit brachten für Frings die Jahre 1945 - 1949. Es ist nicht zu ermessen, welche Bedeutung er nicht nur für den Neuanfang kirchlichen Lebens nach dem Kriege, sondern auch für die Weckung neuen Lebensmutes in der Bevölkerung gehabt hat. Bei der ersten Fuldaer Bischofskonferenz im August 1945 wurde er als Nachfolger Kardinal Bertrams zum Vorsitzenden gewählt, am Ende des Jahres zusammen mit Clemens August Graf von Galen, dem "Löwen von Münster", sowie dem Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing in das Kardinalskollegium berufen. Diese Auszeichnung durch den international hoch angesehenen Pius XII. gab Frings einen Rückhalt für die außergewöhnliche Aufgabe, die ihm durch die Zeitverhältnisse in den nächsten Jahren zufallen sollte, zumal Kardinal Galen un-

mittelbar nach der Rückkehr vom Konsistorium im März 1946 verstarb. Als Sprecher der Bevölkerung ging Kardinal Frings in kritischen Situationen zu den Besatzungsbehörden, um Härten abzubauen und Ungerechtigkeiten zu verhindern.
Seine Themen bei solchen Vorsprachen waren regelmäßig: die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen sowie ein Mindestmaß an humanen Bedingungen bei der Durchführung der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz wandte er sich in dieser Sache auf der Grundlage von Informationen von Bischof Wienken, des "Commissarius" der Konferenz in Berlin, an den "Alliierten Kontrollrat" der vier Besatzungsmächte. Nach Besuchen in Kriegsgefangenenlagern Italiens, Englands und Schottlands 1946 waren menschenwürdige Behandlung, seelsorgliche Versorgung und baldige Entlassung der Kriegsgefangenen weitere ständige Themen seiner Eingaben. Wiederum auf Nachrichten Bischof Wienkens hin prangerte er die Praxis der Sowjets an, aus westlichen Ländern nach Ostdeutschland entlassene Gefangene erneut zu internieren und in sowjetische Arbeitslager zu überführen. Die insistierenden Eingaben des Kölner Kardinals 1947/48 dürften auch wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Sowjets - im Kontrollrat zur Rede gestellt - davon abließen, arbeitsfähige Jugendliche nachts aus den elterlichen Wohnungen oder vormittags von den Schulhöfen weg zu verhaften und in die Sowjetunion zu deportieren.
Bei den westlichen Alliierten setzte sich Frings zusammen mit Landesbischof Wurm für mehr Gerechtigkeit bei den zunächst sehr undifferenziert durchgeführten Entnazifizierungsverfahren ein. Ebenso wiesen beide auf das Erfordernis juristisch korrekter Durchführung der sich noch über Jahre hinziehenden Kriegsverbrecherprozesse hin. Mit den Briten und Amerikanern focht Frings um eine Einschränkung der Industriedemontage angesichts der durch Flüchtlingsströme, ganz abgesehen von den Kriegsschäden, extrem belasteten wirtschaftlichen Lage Westdeutschlands.
Hatte Frings bei seinen Begegnungen mit dem Volk keinerlei Bedürfnis gezeigt, seine bischöfliche Würde herauszukehren, so wußte er in seiner Begegnung mit den Besatzungsoffizieren Würdebewußtsein zu bekunden und eine angemessene Behandlung einzufordern. Die Militärbehörden mußten bald erfahren, daß Frings die anläßlich des Konsistoriums in Rom 1946 geknüpften Kontakte in die Weltkirche ausgiebig nutzte, um seine Klagen und Forderungen an die internationale Öffentlichkeit zu bringen, wenn die Besat-

zungsbehörden in Deutschland auf seine Vorsprachen nicht reagierten.
Zu der Zeit, als keine gewählte Regierung als Sprecher des deutschen Volkes die Mauer der Verurteilung und Isolierung durchbrechen konnte, die in den ersten Jahren nach dem Kriege um Deutschland gelegt war, als die "Kollektivschuld" aller Deutschen für die Katastrophe des zurückliegenden Jahrzehnts eine vieldiskutierte These war, haben die Auslandsreisen des Kölner Erzbischofs (Niederlande, Großbritannien 1946; Kanada 1947; Frankreich 1948) eine kirchliche Anliegen übersteigende Durchbruchsfunktion gehabt: Die Kirche, die in den Augen der damaligen Zeitgenossen intakt und achtenswert die Jahre der Schreckensherrschaft überstanden hatte, trat in ihrem führenden Bischof mit einer skeptisch beobachtenden Welt in einen ersten Kontakt.
Das war zweifellos die Voraussetzung für den Erfolg der Einladung, die Kardinal Frings zur 700-Jahr-Feier der Grundsteinlegung des Kölner Domes 1948 aussprach. Unter heute nicht mehr vorstellbaren Schwierigkeiten war es gelungen, Chor und Querschiff des Domes wieder benutzbar zu machen. Kardinäle und Bischöfe aus ganz Europa kamen nach Köln und machten die durch den Weltkrieg nicht unterbrochenen Beziehungen innerhalb der Weltkirche sichtbar. Die mehrtägige Feier, die Frings in Anwesenheit eines päpstlichen Legaten vor der Silhouette des in Trümmern liegenden Köln ausrichten ließ, brachte den Durchbruch des Lebensmuts und des Wiederaufbauwillens der Kölner Bevölkerung. Gleichzeitig war mit einem religiösen Fest der erste Schritt einer Rückkehr der Deutschen in die europäische Völkergemeinschaft getan.
Kardinal Frings hat keinen Augenblick gezögert, sich aus der ihm durch die Verhältnisse zugewachsenen Rolle eines Vermittlers und Überbringers deutscher Interessen bei den Besatzungsmächten zurückzuziehen, als 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet und eine neue staatliche Autorität vorhanden war. Frings wurde wieder ausschließlich zum Seelsorger und zum Mann der Kirche.

V

Der äußere Wiederaufbau in Kirchengemeinden und Diözesanverwaltung begann nach Wiederherstellung erträglicher Post- und Verkehrsbedingungen damit, jeder Gemeinde, die durch den Krieg ihre Kirche verloren hatte, einen Notgottesdienstraum zu verschaffen.

Erst nach der Währungsreform von 1948 war bei beginnender Stabilität der wirtschaftlichen Lage an Wiederaufbau bzw. Neubau von Kirchen zu denken. Frings hat die einmalige Chance genutzt und - beraten durch Diözesan- und Dombaumeister Willy Weyres sowie bedeutende Architekten wie Dominikus Böhm und Rudolf Schwarz - die Erzdiözese Köln zu einem beispielhaften Zentrum des modernen Kirchbaus gemacht. Als einem lebenslang für die soziale Frage engagierten Bischof war ihm neben Dom- und Kirchenbau der Siedlungsbau für wohnungssuchende Menschen ein Anliegen.
Wichtiger als der äußere Wiederaufbau war für Frings der innere: Predigt, Katechese und Jugendarbeit, die religiöse Beheimatung der heimkehrenden Evakuierten und der unübersehbaren Flüchtlingsströme aus dem Osten Deutschlands und Europas. Da es unter den divergierenden Flüchtlingsvertretern nach dem Tode des vertriebenen ermländischen Bischofs Maximilian Kaller keine allgemein anerkannte Führungspersönlichkeit gab, ließ Frings sich 1948 als Vorsitzender der Bischofskonferenz selbst zum Päpstlichen Protektor für das Flüchtlingswesen bestellen.
Über Prälat Wilhelm Böhler erlangte er Einfluß auf die Gestaltung des Grundgesetzes der Bundesrepublik und vor allem auf die Verfassung des neugebildeten Landes Nordrhein-Westfalen, in der Religionsunterricht und Bekenntnisschule verankert werden konnten.
Neigten die Bischöfe nach 1945 zunächst dazu, an die Stelle der früheren katholischen Verbände das System der stärker bischöflich geführten "Katholischen Aktion" zu setzen, so ließ Frings doch die Verbände nach und nach wiedererstehen, rief örtliche und regionale "Katholikenausschüsse" ins Leben und förderte die Neubelebung der Katholikentage und das Entstehen des "Zentralkomitees der deutschen Katholiken" als Vertretungsorgans der Laien.
Bald nach Kriegsende dachte der Erzbischof auch an eine Mitwirkung bei der Neugestaltung des sozialen Bereichs. Er versammelte in seinem Hause einen "Sozialen Kreis", "ein Gremium von sachverständigen Männern aus den verschiedensten Berufen und sozialen Gruppen, von denen er sich in den anstehenden und großenteils politisch brisanten Fragen beraten ließ" (E. Hegel). Aus dem gleichen Interesse gründete der Kardinal im Oktober 1947 das "Katholisch-soziale Institut der Erzdiözese Köln" zur Schulung von Führungskräften in kirchlichen Einrichtungen sowie in Parteien und Gewerkschaften, das seit 1952 in Honnef seine Unterkunft fand.
Instrumente des inneren Wiederaufbaus sollten auch das vom Vorstand des Priesterseminars 1949 neu zusammengestellte Diözesangebetbuch sowie die Kirchenzeitung und die Zeitschriften der Ver-

bände, z.B. der Jugend und der KAB, sein, für die der Erzbischof bei den Besatzungsbehörden um die erforderlichen Lizenzen und Papierzuteilungen kämpfte. Die Bemühungen um eine den Nachkriegsverhältnissen angemessene Ordnung des kirchlichen Lebens fanden ihren umfassendsten Ausdruck in der Diözesansynode des Jahres 1954, die das allgemeine Recht der Kirche auf die inzwischen eingetretenen Entwicklungen im Erzbistum Köln anwandte. Andere Ideen und Pläne des Erzbischofs wurden nicht verwirklicht, z.B. die Überlegung, bei der Verlegung des Priesterseminars von Bensberg in die Kölner Innenstadt in den fünfziger Jahren mit dem neuen Seminar in Köln eine kirchliche theologische Fakultät zu verbinden, die zweifellos die Existenz der katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Bonn gefährdet hätte.

VI

Wenn auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil die gemeinsame Verantwortung der Bischöfe für die Weltkirche - neben der persönlichen Verantwortung des Bischofs für seine Diözese - erkannt und artikuliert wurde, so hatte der Kölner Erzbischof Frings dafür durch beispielhafte praktische Initiativen die Wege geebnet. Als in den frühen fünfziger Jahren die Erholung Deutschlands von den Kriegsschäden fortschritt und sich erste Anzeichen einer Wohlstandsmentalität zeigten, wollte Kardinal Frings den Blick der Kölner Katholiken auf die Not der Menschen in anderen Teilen der Welt lenken. Er dachte an ein Partnerschaftsverhältnis mit einer indischen Diözese, etwa New Delhi oder Kalkutta. Doch nahm Frings den Hinweis aus dem Päpstlichen Missionswerk in Aachen ernst, im gerade (1947) unabhängig gewordenen Indien könnte ein solches "Partnerschaftsverhältnis" als Neuauflage des europäischen Kolonialismus durch die kirchliche Hintertür mißdeutet werden. So kam es 1954 zu dem - weltkirchlichen! - Pilotprojekt der Partnerschaft zwischen den Erzbistümern Köln und Tokyo. Der Papst mußte zuvor um die Genehmigung angegangen werden, denn solche Kontakte zwischen Ortskirchen verschiedener Erdteile an Rom vorbei waren damals unvorstellbar. Glaubensverbreitung und Hilfe für die "Missionsländer" waren päpstliches Monopol.
Kardinal Frings, der in allen Bereichen seines Amtes den Rat von Mitarbeitern wie kompetenten Außenstehenden gern annahm und später deren Anteil an seinen bischöflichen Erfolgen öffentlich anerkannte, erhielt von seinem Generalvikar Joseph Teusch Idee,

Konzeption und Namen des Hilfswerks der Deutschen Bischöfe gegen Hunger und Krankheit in der Welt "Misereor" vermittelt, das die Bischofskonferenz 1958 ins Leben rief und das 1959 erstmals die deutschen Katholiken um ein spürbares "Fastenopfer" für dieses Werk bat. Über die Hilfe in akuten Notlagen hinaus sollte "Misereor" vor allem "Hilfe zur Selbsthilfe" in der Dritten Welt gewähren. "Misereor" erwies sich als zündende Idee, die zahlreiche Nachahmer fand und auch im staatlichen Bereich die Einsicht förderte, daß "Entwicklungshilfe" eine der Zukunftsaufgaben der Industrienationen zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit in der Welt sei.

Joseph Teusch, der eigentliche Initiator und Motor dieser weltkirchlichen Initiativen des Erzbistums Köln, stellte 1971 nüchtern fest: "Der Beziehung Köln - Tokyo folgte manche andere Beziehung von Heimatbistümern zu Missionsbistümern, etwa Trier - Bogota, Essen - Hong-Kong. Nach Misereor entstanden misereorähnliche Werke: u.a. in der Schweiz, in Österreich, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich. Zu Misereor trat [im] Advent 1961 das Bischöfliche Werk Adveniat hinzu" - wiederum in Idee, Konzeption und Namensgebung ein Gemeinschaftswerk des Kölner Kardinals und Generalvikar Teuschs, der die Aufgabenstellung von Adveniat umschreibt: "Adveniat will der Seelsorge in Lateinamerika zu Hilfe kommen. Es entstand nicht ohne entscheidende Mitwirkung von Kardinal Frings".

Teuschs Feststellung ist auch aus heutiger Sicht noch zuzustimmen: "Wenn in unserer Bundesrepublik der Gedanke der Verpflichtung zur Entwicklungshilfe sich weitgehend durchgesetzt hat, dürfte das nicht ohne den Blick auf Misereor und [das evangelische, im Herbst 1959 gegründete Werk] Brot für die Welt geschehen sein". Ein Bundesministerium für Entwicklungshilfe gab es erstmals 1961!

VII

Hubert Jedin erinnerte sich 1980, kurz vor seinem Tode: "Gegen Ende des Konzils hat der Löwener Professor Onclin mir gegenüber einmal gesagt, nach seiner Ansicht sei Kardinal Frings der angesehenste Vater des Zweiten Vaticanums; wohlgemerkt der angesehenste, nicht der einflußreichste. Man kann über jeden derartigen Superlativ streiten. Aber aus eigener Beobachtung kann ich bezeugen, daß, wenn der Generalsekretär des Konzils eine Rede des

Kölner Kardinals ankündigte, die Seitenschiffe von St. Peter (einschließlich der Bar) sich leerten, weil man diesen Redner nicht verpassen wollte. Denn Kardinal Frings hatte stets etwas Wichtiges zu sagen - und er hatte den Mut, es zu sagen".

Als das Konzil 1962 begann, war Frings 75 Jahre alt, fast erblindet und von eher gebrechlich wirkender Gestalt. Schon als Mitglied der vorbereitenden Kommission seit 1960 hatte er sich zunehmend auf seine Berater gestützt: den Bonner Fundamentaltheologen Joseph Ratzinger in den theologischen Fragen; seinen Generalvikar Joseph Teusch in Fragen der Kirchendisziplin und Kanonistik; den Bonner Kirchenhistoriker Hubert Jedin in Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen des Konzils. Angesichts seiner Sehbehinderung war Frings ganz auf die absolut zuverlässige und theologisch kompetente Mitarbeit seines damaligen Sekretärs Hubert Luthe angewiesen.

Kardinal Ratzinger hat schon 1976 davor gewarnt, Frings zu einer revolutionären Gestalt des Konzils zu stempeln, und seine eher vermittelnde Wirkung beschrieben, die der Kölner Kardinal vor allem durch die Zusammenkünfte der deutschsprachigen Bischöfe im Priesterkolleg an S.Maria dell'Anima erzielte. Auch Ratzinger weist auf die Beachtung hin, die die Reden des Kölner Erzbischofs in der Konzilsaula fanden: "Wenn ich recht zähle, waren es in den vier Sitzungsperioden zusammen 19 solcher Voten, in denen der Erzbischof zu den meisten wichtigen Themen der Kirchenversammlung Stellung bezog ... Es war beeindruckend, zu sehen, wie der fast blinde Kardinal frei aus dem Gedächtnis sprach, mutig an den Kern der Dinge heranging und doch zugleich eine überzeugende Güte ausstrahlte, so daß sich auch in kritischen Situationen nie jemand verletzt fühlen konnte ... Auch die Autorität, die er als Schöpfer von 'Misereor' und 'Adveniat' in der Weltkirche genoß, hat eine Rolle gespielt, und schließlich war es natürlich auch nicht gleichgültig, daß er als Mitglied des Präsidialkollegiums immer als einer der Ersten das Wort erhielt und so die Richtung eher prägen konnte als die späteren Redner".

Von den Konzilsvoten des Kölner Kardinals hatten zwei eine herausragende Bedeutung und Wirkung. Gleich in der ersten Generalkongregation am 13. Oktober 1962 nahm er das Wort, als der Generalsekretär des Konzils die Väter unvorbereitet über die Zusammensetzung der später so entscheidenden Konzilskommissionen nach Vorschlagslisten der Kurie abstimmen lassen wollte. Jedin hatte Frings vor einem solchen Manöver gewarnt. So meldete sich Frings nach dem französischen Kardinal Liénart von Lille zu Wort und forderte eine Verschiebung der Abstimmung bis zum 16. Ok-

tober. Während des dazwischenliegenden Wochenendes wurde das Anima-Kolleg zur Anlaufstelle von Vorschlagslisten aller Erdteile, aus denen Frings dann Vorschläge für die Zusammensetzung der Kommissionen erarbeiten ließ, die am 16. Oktober in der Konzilsaula große Mehrheiten fanden.
Jedin wertete diesen Vorgang schon 1969 anläßlich der Emeritierung des Erzbischofs Frings: "Man darf die Generalkongregation vom 13. Oktober 1962 ... geradezu als das erregende Moment dieses Konzils bezeichnen, denn hier entschied sich, wie Joseph Ratzinger gesagt hat, daß das Konzil entschlossen war, selbständig zu handeln und sich nicht zum Vollzugsorgan der vorbereitenden Kommissionen zu degradieren. Noch spektakulärer wirkte die ein Jahr später in der Generalkongregation vom 8. November 1963 von Frings erhobene Forderung, daß das heilige Offizium vor der Verurteilung von Lehren und Büchern sowohl den Angeklagten wie den zuständigen Diözesanbischof anhören soll. Dies provozierte eine heftige Erwiderung des Kardinals Ottaviani, aber sie (!) gab den Anstoß zu der, freilich bis heute noch nicht abgeschlossenen, Umgestaltung dieser höchsten Glaubensbehörde".
Was der Kölner Erzbischof zusammen mit anderen Kardinälen in kritischen Konzilssituationen durch unmittelbare Eingaben bei Paul VI. bewirkt hat, kann erst nach sorgfältiger, derzeit noch nicht möglicher Auswertung der Quellen dargestellt werden.

VIII

Während des Konzils erhielt Kardinal Frings durch eingehende ärztliche Untersuchungen die für ihn schmerzliche Gewißheit, daß es von seiner Augenerkrankung keine Heilung mehr geben, daß vielmehr seine Erblindung unaufhaltsam fortschreiten werde. So entschloß sich der Kardinal, noch vor Abschluß des Konzils am 2. Dezember 1965 in Rom, den Vorsitz der Deutschen Bischofskonferenz niederzulegen, die er zwanzig Jahre lang mit Führungstalent und Respekt vor der Selbständigkeit jedes Bischofs zugleich geleitet hatte. Vergeblich hatte er - von seinem Generalvikar Teusch beraten - auf dem Konzil versucht, eine Ausweitung der Bischofskonferenzen von der in Deutschland gewohnten informellen Ordinarienkonferenz zur Vollversammlung aller Bischöfe mit dem Behördenapparat eines Sekretariats zu verhindern. Daß er mit dem Herzen an manchen der Bischofskonferenz zugewachsenen Aufgaben

hing, zeigt die bis 1973 fortgeführte Mitarbeit in einzelnen Gremien, zumal der Misereor-Kommission.
Mit der Rückkehr vom Konzil im Dezember 1965 begann die Phase der Umsetzung der Konzilsbeschlüsse in die Wirklichkeit des kirchlichen Lebens. Schon bald setzten die Versuche ein, mit Verweis auf den angeblichen "Geist des Konzils" über dessen Beschlüsse weit hinausgehende Veränderungen zu fordern. Kardinal Frings war tief erschrocken, welche Nachwirkungen der konziliare Prozeß - von der Mehrheit der Konzilsväter sicher unbeabsichtigt! - zunehmend zeigte, bis die "68er Revolution" in Europa sichtbar machte, daß die Kirche hier wohl in einen gesamtgesellschaftlichen Umbruch einbezogen wurde.
Kardinal Frings hat die Anfänge dieser Entwicklung als bedrückend und wohl auch als ihn - bei altersbedingt abnehmenden Kräften - überfordernd empfunden. Zunächst einmal begegnete er jedoch einer Woge der Wertschätzung und Anerkennung. Im Nachgang zur Vollendung seines 80. Lebensjahres am 6. Februar 1967 überreichte ihm der Oberbürgermeister der Stadt Köln am 22. Juni 1967 die Urkunde über die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Köln. Der Kardinal schilderte bei dem Festakt im Ratssaal des Kölner Rathauses, wie sehr er sich seit 1910 mit der rheinischen Metropole verbunden fühlte. Mochten Stadtdechant Grosche und einzelne Pfarrer 1944 dem jungen Erzbischof verdacht haben, daß er aus der zerstörten Stadt nach Honnef ausgewichen war, weil von dort aus leichter Kontakte in die große Erzdiözese zu halten waren als aus den Trümmern der zunehmend von allen Verbindungen abgeschnittenen Stadt Köln. Das Herz der Kölner eroberte sich der Erzbischof in den Notjahren nach dem Kriege, zumal durch jene berühmt gewordene Silvesterpredigt 1946. Als die Menschen in jenem extrem kalten Winter froren und dazu übergingen, für das alliierte Ausland bestimmte Kohlenzüge in Köln-Bickendorf und anderenorts zu plündern, entlastete Frings das Gewissen der bedrängten Menschen durch die moraltheologisch abgesicherte Aussage: "Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf eine andere Weise, durch seine Arbeit oder durch Bitten, nicht erlangen kann". Der Kardinal hat hier erstmals die später häufigere Erfahrung gemacht, daß aus sicherem Gespür für eine Herausforderung des Augenblicks und nach kluger Abwägung der Argumente getätigte Aussagen Wirkungen zeigten, die ganz und gar nicht in seiner Intention gelegen hatten. Es bedurfte nicht der scharfen Reaktionen der bri-

tischen Besatzungsbehörden, um ihn darüber erschrecken zu lassen, welche Ausmaße der Kohlendiebstahl nach diesem rasch kolportierten Bischofswort annahm. Aus der Neigung, fragwürdige Verhaltensweisen sprachlich abmildernd zu umschreiben, nannten die Kölner den Kohlendiebstahl und vergleichbare Eigentumsdelikte jener Jahre künftig "fringsen". Zutreffend entnahmen sie der Predigt des Kardinals jedenfalls, daß er ein Herz für ihre Not hatte, daß er seinen Wahlspruch ernst nahm: Pro hominibus constitutus - Für die Menschen bestellt. Das Verhältnis der Kölner zu diesem Erzbischof blieb über seinen Tod hinaus von Zuneigung und Respekt zugleich bestimmt.

Ähnlich wie nach der Silvesterpredigt 1946 erging es dem greisen Kardinal nach 1965: Manche nachkonziliare Entwicklungen und Verhaltensweisen verunsicherten ihn vor allem deshalb, weil er eine denkbare Mitverantwortung, zumindest eine Auslöserfunktion, des von ihm so weitherzig und entschieden mitgestalteten Konzils als belastend empfand. So wuchs nach dem 80. Geburtstag der Entschluß, auch das Amt des Erzbischofs von Köln in die Hand des Papstes zurückzugeben - ein damals noch ungewohnter Vorgang!

Ohne Zweifel dachte Kardinal Frings 1968 an eine vollständige Entpflichtung von seinem Amt. Doch in Rom beobachtete man mit Sorge die von "Solidaritätsgruppen" jüngerer Priester in diesen Jahren erstmals erhobene Forderung, bei der Berufung von Bischöfen Klerus und Volk der betreffenden Diözese an der Auswahl der Persönlichkeit zu beteiligen. So entschied der Heilige Stuhl, dem verdienten Kölner Oberhirten in der Gestalt des Bischofs von Münster, Dr. Joseph Höffner, zunächst einen coadiutor cum iure successionis an die Seite zu stellen. Doch alsbald nach dessen Einführung am 6. Januar 1969 erneuerte Frings sein Rücktrittsgesuch an Papst Paul VI., das mit Wirkung vom 23. Februar 1969 angenommen wurde.

IX

Josef Frings blieb sein ganzes Leben hindurch ein eher gewissensängstlicher Mensch, was in seinen letzten Lebensjahren nach dem Konzil noch einmal sehr deutlich wurde. Er hatte weder als Pfarrer in Köln-Braunsfeld noch als Regens des Priesterseminars besonderen Wagemut oder herausragende Führungseigenschaften erkennen lassen. Die 1942 von der Gestapo gesammelten Beobachtungen waren teilweise durchaus zutreffend. Die durch die Zeitverhältnisse

bedingten Ansprüche an den Erzbischof von Köln, an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, an den Anwalt der Bevölkerung bei den Besatzungsmächten, an den Kardinal der Weltkirche, an den Konzilsvater haben ihn zweifellos herausgefordert und über sich selbst hinauswachsen lassen.
Frings hat den Ertrag seines priesterlichen und bischöflichen Wirkens aus tiefer Glaubensüberzeugung Gott selbst zugeschrieben. Sein eigener Beitrag bestand darin, daß er mit fast instinkthaftem Gespür Tragweite und Forderung kritischer Situationen erfaßte und aus einer Mischung von Pflichtgefühl, Gottvertrauen, aber auch Autoritätsbewußtsein beinahe spontan handelte. Überraschung oder auch Erschrecken über die Konsequenzen mancher Entscheidungen machten ihm erst nachträglich zu schaffen.
Zur Basis seines Erfolges gehörte ebenso die Bereitschaft, ohne Scheu und mit erstaunlicher Menschenkenntnis Rat und Unterstützung kompetenter Helfer zu suchen. Das galt nicht nur für seine Generalvikare Emmerich David, Joseph Teusch und Hermann Jansen, für Wilhelm Böhler in politischen Fragen, für Willy Weyres und Wilhelm Schlombs in Fragen des Kirchenbaus. Das traf ebenso für den erwähnten "Sozialen Kreis" wie für die bereits genannten Konzilsberater zu. Man bedenke: Joseph Ratzinger war mit 33 Jahren der jüngste Ordinarius der Bonner katholisch-theologischen Fakultät, als Kardinal Frings ihn zu seinem Konzilsberater für theologische Fragen machte! Wenn Frings Verhandlungen mit den Alliierten führte, erstaunte er seine Gesprächspartner oft genug mit detailliertem Wissen in Wirtschafts- und Verwaltungsfragen, das er sich vorher verschafft hatte. In den Jahren 1948/49 versammelte er mehrfach einen Kreis von deutschen und internationalen Fachleuten für Flüchtlingsfragen. Die im Sommer 1949 in alle Welt versandte Darstellung des deutschen Flüchtlingsproblems war der Ertrag dieses Arbeitskreises und trug dem Kölner Erzbischof Anerkennungsschreiben von allen Seiten ein. Bundeskanzler Adenauer berief den führenden Kopf dieses Kreises, den letzten Oberpräsidenten von Oberschlesien, Hans Lukaschek, als Vertriebenenminister in sein erstes Kabinett. Dabei zählt es zu den menschlich sympathischen Zügen des Kardinals, daß er seine Mitarbeiter immer benannte und ihnen zustehendes Lob - oft mit launigen Bemerkungen - an sie weitergab.
Die erhaltenen Akten verraten einen auch in menschlichen Einzelfragen fleißigen und bereitwillig zum Federhalter greifenden Arbeiter. Doch erweckte Frings nie den Eindruck des hektischen Managers. Er musizierte mit einem Streichquartett, das sich regelmä-

ßig in seinem Hause versammelte. Über Jahrzehnte war er Protektor der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft. Solange Kräfte und Augenlicht reichten, wanderte er im Urlaub mit priesterlichen Freunden in den Bergen. Er bestand auf dem Einbau eines Schwimmbades in das neue Priesterseminar neben seinem Hause; über Jahre ging er mehrmals wöchentlich schwimmen. Als Spaziergänger mit seinem Sekretär Dr. Luthe am Kölner Rheinufer ist er noch manchen Kölnern in Erinnerung. Sein geistvoller Humor und rheinischer Witz gewannen ihm viel Sympathie, konnten aber auch ironische Spitzen enthalten und gelegentlich auf Kosten anderer gehen.

X

Nach seiner Emeritierung vom Amt des Erzbischofs übernahm es der greise Kardinal, die alten und kranken Priester des Erzbistums zu besuchen und ihnen Mut zuzusprechen. Bei gelegentlichen öffentlichen Auftritten erlebte er, welches Maß an Zuneigung und Wertschätzung ihm die Menschen und zumal der Klerus bewahrt hatten. Aus der Erinnerung versuchte der Blinde, die Erfahrungen seines Lebens auf Tonband zu sprechen und so für die Nachwelt festzuhalten. Unter dem Titel "Für die Menschen bestellt. Erinnerungen des Alterzbischofs von Köln" erschienen sie 1973 in Buchform.

Ein gesundheitlicher Einbruch im Jahre 1976 band ihn für den Rest seiner Tage an seine Wohnung und ließ nur noch seltene Möglichkeiten der Begegnung mit ihm zu. Es war still geworden um den inzwischen 91jährigen Kardinal, als er am 17. Dezember 1978 verstarb. Doch in den folgenden Tagen nahm die Schlange der Menschen im und vor dem Dom kein Ende, die von dem verstorbenen, im Hochchor aufgebahrten Alterzbischof Frings Abschied nehmen wollten. Zwischen den Exequien und der Beisetzung in der Bischofsgruft des Domes am 21. Dezember wurde der Sarg des Ehrenbürgers Kardinal Frings noch einmal vor das Kölner Rathaus geleitet. Vom Balkon des Spanischen Baues sagte Oberbürgermeister van Nes-Ziegler zu der unübersehbaren Menschenmenge u.a.: "Josef Frings kam aus dem Volk und wirkte für das Volk, als 'Leutepriester', wie er es selber charakterisierte - und dies auch und gerade, je höher er in der Hierarchie emporstieg. Mit seinem erzbischöflichen Motto 'Für die Menschen bestellt' blieb er seiner ursprünglichen Leitidee treu - sie war zutiefst kölnisch, rheinisch;

hier gilt vor allem der Mensch, und nichts Menschliches ist wohl ihm fremd geblieben. Er war ein Kind dieser Landschaft, dabei, wie hier geläufig, von kosmopolitischem Geist, Wissen und Engagement, doch gegründet in Lehre und Glauben seiner Kirche".

Alfred Kardinal Bengsch (1921 - 1979)

I

Die wohl einfühlsamste und der Gesamtpersönlichkeit von Kardinal Alfred Bengsch am ehesten gerecht werdende Charakterisierung stammt vom Aachener Bischof Klaus Hemmerle. In einem kurz nach dem Tod des Berliner Bischofs im Dezember 1979 gesendeten Fernsehinterview beschreibt er Alfred Bengsch als einen Menschen, den "Klarheit, Stärke und Trauer" auszeichneten: Stärke, weil "er ganz und gar zu dem stand, wovon er überzeugt war; Klarheit, weil er sehr unbestechlich war in seinem Urteil über das, was 'man' dachte; aber zugleich eine tiefe Trauer, weil er eben die Spannung empfand zwischen dem, was sein soll, und dem, was ist." Etwas später vertieft Hemmerle diese Einsichten an anderer Stelle: "Seine Persönlichkeit war klar und stark. Der Berliner Humor, die treffende und manchmal wie lässig hingeworfene Formulierung zeichnete seinen Stil ebenso wie die Souveränität, Zusammenhänge mit einem Blick zu erfassen, Perspektiven aufzureißen, Konsequenzen, an die keiner dachte, ins Sichtfeld zu rücken. Aber hinter all dem rührte man an einen tiefen Schmerz, der nicht im Gegensatz stand zu seinem Leitwort 'Helfer eurer Freude'... Die Persönlichkeit von Kardinal Bengsch war ungewöhnlich, ungewöhnlich aber auch die Last, die er zu tragen hatte..."
Drei Tage nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 wurde der noch nicht 40jährige Dr. Alfred Bengsch als erster gebürtiger Berliner Bischof in dieser Stadt, in der die Trennung des Volkes und das Aufeinandertreffen der politischen Machtblöcke für die Menschen besonders schmerzliche Auswirkungen hatte. Zu den wesentlichen Aspekten seines Dienstes gehörte es, den Katholiken des Bistums Berlin, die in der geteilten Stadt und in den Gemeinden Brandenburgs und Vorpommerns in unterschiedlichen politischen Bedingungen zu leben hatten, das einigende Fundament der Kirche zu erhalten. Er sah die Kirche auch als eine der letzten "Klammern" für die Einheit des deutschen Volkes; nicht zuletzt deshalb

widersetzte er sich, so lange es nur ging, beharrlich den von verschiedenen Seiten unternommenen Versuchen zur Angleichung der Diözesangrenzen an die (deutsch-deutsche) Staatsgrenze. Über seinen Tod hinaus und bis zur staatlichen Vereinigung Deutschlands blieb die Person des Bischofs von Berlin eine solche "Klammer": wegen der vom SED-Regime zugestandenen Möglichkeit für den in Ost-Berlin residierenden Bischof, sein Amt auch in West-Berlin auszuüben, und aufgrund der Tatsache, daß der Bischof von Berlin auch nach Errichtung der Berliner Bischofskonferenz immer Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz blieb, wenngleich er sich bei den Zusammenkünften in der Bundesrepublik durch den West-Berliner Generalvikar vertreten lassen mußte.
Zeitgleich mit der Verantwortung für das Bistum Berlin war Alfred Bengsch der Vorsitz der Berliner Ordinarienkonferenz (seit 1976 Berliner Bischofskonferenz) übertragen worden, den er bis zu seinem Tod innehatte. Damit trug er in hohem Maße Mitverantwortung für den Weg der katholischen Kirche in der DDR. Nicht erspart blieben ihm politische Verdächtigungen in Ost wie in West, Handlanger des jeweils anderen "Systems" zu sein. Zu der von ihm oft bitter erfahrenen Realität gehörte es, weder in der Öffentlichkeit des Westens noch in der des Ostens wirkliche Möglichkeiten zur Richtigstellung zu haben.
Voller Hoffnung auf die innere Erneuerung der Kirche nahm er an der Arbeit des II. Vatikanischen Konzils teil. Der Vermittlung grundlegender Anliegen des Konzils widmete er große Aufmerksamkeit in Verkündigung und Pastoral.
Mehr noch als für andere Ortskirchen waren nach seiner Überzeugung die beim Konzil erlebte weltweite katholische Einheit - bei aller legitimen Verschiedenheit - und die Verbundenheit mit dem Nachfolger des hl. Petrus lebensnotwendig für die Kirche im Bistum Berlin, in der DDR und in den Staaten des Ostblocks. In vielen persönlichen Gesprächen erfuhr er die besondere Sorge der Päpste um diese Kirchen. Auch wenn er die sogenannte "Ostpolitik des Vatikans", z.B. im Hinblick auf die vom SED-Regime gewünschte Errichtung von Diözesen in der DDR, mit Skepsis betrachtete, war er um der Einheit mit dem Papst willen doch bereit, auch ungeliebte Lösungen zu akzeptieren.
Was der junge Bischof seinen priesterlichen Mitbrüdern unmittelbar vor der Inthronisationsfeier in Ost-Berlin sagte, hat sich in den 18 darauffolgenden Jahren vielfach bewahrheitet: "In meiner Lage kann, glaube ich, keiner etwas tun, was nicht aus der einen oder anderen Sicht falsch erscheint." - Kennzeichnend für den Berliner

Alfred Bengsch ist, wenn er im selben Zusammenhang äußert: "Aber ich will nicht klagen, sondern um Euer Verständnis bitten, wenn unter den Stoffmassen des Bischofsschmuckes hin und wieder ein Seufzer im Berliner Dialekt zu hören ist."

II

Alfred Bengsch wurde am 10. September 1921 in Berlin-Schöneberg als drittes Kind des Postbeamten Leo Bengsch und seiner Frau Hedwig geboren. Im Kreis von drei Geschwistern wuchs er heran; das erste Kind der Familie war früh gestorben. Die Eltern vermittelten der Tochter und den drei Söhnen die aus der grenzmärkischen Heimat nach Berlin mitgebrachte ursprüngliche Frömmigkeit und Liebe zur Kirche. Beide Eltern erreichten ein gesegnetes Alter und erlebten die ersten Bischofsjahre des Sohnes mit; die politisch aufgezwungene Spaltung der Stadt hat auch die Familie Bengsch nach dem Mauerbau mit besonderer Härte getroffen.

Frühzeitig wird der Junge in der Heimatgemeinde St. Elisabeth Ministrant. Mit großer Hochachtung spricht er später von den Seelsorgern der Gemeinde, die ihm ebenso wie die Eltern ihre Ablehnung des Nationalsozialismus "ins Herz gepflanzt" haben: "Keine der Ideen von Blut und Boden, von Herrenrasse und Judenhaß konnte auch nur für eine kurze Zeit bei mir Raum gewinnen, nicht weil ich politisch besonders einsichtig war, sondern weil mir an den geliebten aufrechten, treuen Männern sichtbar wurde, wie - trotz aller Erfolge und allen Glanzes - dieses ganze Menschenbild zutiefst unchristlich und zuletzt unmenschlich war."

Von 1932 bis 1937, als das NS-Regime den stufenweisen Abbau auch dieser Schule verfügt, besucht Alfred Bengsch das Jesuiten-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg; das Abitur legt er im März 1940 am Charlottenburger Kaiserin-Augusta-Gymnasium ab. Sechs Wochen später tritt er in das Fuldaer Priesterseminar ein; nach nur einem Jahr muß er es mit dem Gestellungsbefehl der Wehrmacht wieder verlassen.

Nach dem Tod von Kardinal Bengsch fand man ein Tagebuch des jungen Seminaristen und Soldaten. Die inzwischen veröffentlichten Auszüge aus den Jahren 1940 bis 1950 zeugen von der Wachheit des jungen Menschen, von kritischer und selbstkritischer Beobachtungsgabe und Urteilsvermögen. Sie lassen zugleich etwas ahnen von seinem Ringen um Sinnfindung: angesichts des Sterbens

vieler Gleichaltriger, in der Erfahrung eigener schwerer Verwundung und lebensbedrohlicher Krankheit, in der Sorge um den Bruder im Kampf um Stalingrad und um die dem Bombenkrieg ausgesetzten Eltern und Geschwister, in der stumpfsinnigen und lähmenden Banalität des Krieges. Schließlich sind diese Aufzeichnungen beredtes Zeugnis eines reifenden Glaubens und der sich weiter festigenden Entscheidung, mancherlei Unverständnis seiner Umgebung zum Trotz der Berufung zum Priestertum zu folgen.
Aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, kann er im Mai 1946 sein Theologiestudium in Fulda fortsetzen. Am 2. April 1950 empfängt er durch Kardinal von Preysing in dessen Hauskapelle in Berlin-Zehlendorf die Priesterweihe.
Der Neupriester wird Kaplan an der Ost-Berliner Großstadtpfarrei Herz Jesu. Zugleich ist er Religionslehrer für die dortige Theresienschule. Auch als Bischof wird er häufig in dieser Schule weilen, die - von den Nationalsozialisten aufgelöst - bald nach Kriegsende die alliierte Bestätigung erhalten hatte. Als einzige katholische Schule mit staatlich anerkanntem Abitur in Ost-Berlin und der gesamten DDR überdauerte sie, wenn auch unter Schwierigkeiten, die vier Jahrzehnte des SED-Regimes.
Im Herbst 1953 erhält der Berliner Bischof Weskamm nach langem Tauziehen die Genehmigung, im Ostteil des Bistums ein Kirchenblatt herauszugeben; den Vertrieb des in West-Berlin erscheinenden Petrusblattes hatten die DDR-Behörden verboten. Zu den Autoren der ersten, im Januar 1954 erscheindenen Ausgabe des St. Hedwigsblattes gehört Kaplan Bengsch. Zahlreich sind die Beiträge zu Themen des Glaubens und des christlichen Lebens aus seiner Feder, die in den Folgejahren bis zu seiner Bischofsweihe hier gedruckt werden; einige übernimmt auch das Petrusblatt. Schon aus diesen frühen Artikeln sprechen sowohl die literarische Begabung als auch das ständige Bemühen um eine gute, lebensnahe Sprache der Verkündigung. - Wenn man später dem Bischof und Kardinal gegenüber bemerkt, er schüttle doch seine Predigten gewissermaßen aus dem Ärmel, kann er aufgebracht reagieren. Das ihm zweifellos geschenkte "Talent" der Sprache hat er nicht vergraben und nicht leichtfertig verschleudert, sondern sorgfältig damit gearbeitet; ohne gründliche Vorbereitung zu predigen, hielt er für unverantwortlich.
Nach vier Kaplansjahren am Prenzlauer Berg stellt Bischof Weskamm ihn 1954 zu weiteren theologischen Studien frei. Zwei Jahre zuvor war in Erfurt das Regionalpriesterseminar mit dem Philosophisch-Theologischen Studium eröffnet worden, angesichts der po-

litischen Entwicklung die einzige Möglichkeit, die Ausbildung von Seelsorgern für die Gemeinden in der DDR und in Ost-Berlin auf Dauer zu gewährleisten. Der nach Kriegsende von Breslau nach Königstein/Ts. "umgesiedelte" Professor Erich Kleineidam, erster Erfurter Regens und Rektor, und einige andere theologische Lehrer kamen aus der Bundesrepublik nach Erfurt; die notwendigen Zuzugsgenehmigungen erteilte das SED-Regime erst nach zähen Verhandlungen. Die Bischöfe und Ordinarien erkannten sofort die Notwendigkeit, für die Heranbildung theologischer Lehrer für die Priesterausbildung zu sorgen; Alfred Bengsch sollte einer von ihnen sein. Er studiert Dogmatik an der Universität München, wird 1955 Assistent am Erfurter Philosophisch-Theologischen Studium und promoviert 1956 bei Michael Schmaus in München mit einer Arbeit zur Struktur und Entfaltung des theologischen Denkens im Werk "Adversus haereses" des hl. Irenäus von Lyon. Ein Grundthema des späteren Bischofs klingt im Schlußwort der Promotionsarbeit deutlich an: die "dringende Frage nach der Verkündigung". Könnte nicht, so fragt der Doktorand, die Theologie des Irenäus, wie sie in dem Werk gegen die häretischen Gnostiker deutlich wird, "eine Hilfe für die Verkündigung sein, weil sie lehrt, wie man mitten in der schärfsten Polemik doch schließlich ohne apologetische Verengung aus der Fülle antworten und verkündigen kann, wenn man sich zurückbesinnt auf die Fülle der Zeit? Von ihr aus ergibt sich doch erst ein christliches Urteil über die eigene Zeit und ihren Geist, nur von dorther auch die je wieder neue Sicht des eigenen Glaubensgutes, und aus beidem könnte dann eine Verkündigung der alten Lehre folgen, die zugleich die unüberholbare Neuheit Christi spüren ließe."
Von Januar 1957 an lehrt Dr. Bengsch zwei Jahre lang Dogmatik und Homiletik am Pastoralseminar in Neuzelle, wo die angehenden Seelsorger für das Bistum Berlin und mehrere Jurisdiktionsgebiete in der DDR die letzte Vorbereitung auf die Diakonen- und die Priesterweihe erfuhren. Zum 1. April 1959 wird er gemäß dem Votum der Berliner Ordinarienkonferenz zum Regens des Priesterseminars in Erfurt ernannt. Doch ehe er dieses Amt wirklich antreten kann, wird bekannt, daß Papst Johannes XXIII. den 37jährigen Dr. Alfred Bengsch am 2. Mai zum zweiten Weihbischof für Berlin ernannt hat.
Genau ein Jahr zuvor, während einer Firmreise im Mai 1958, hatte der Berliner Bischof Dr. Julius Döpfner zum letzten Mal Gemeinden außerhalb der Stadt Berlin besuchen dürfen. Seither verweigerten die DDR-Behörden dem in West-Berlin wohnenden Döpfner

den Besuch der in Brandenburg und Vorpommern liegenden Gemeinden des Bistums. Der damals 63jährige, in Ost-Berlin wohnende Weihbischof Tkotsch war an der Ausübung seines Dienstes zunehmend durch Krankheit gehindert.
Am 11. Juni 1959 empfängt Alfred Bengsch durch Kardinal Döpfner in der Ost-Berliner Corpus-Christi-Kirche die Bischofsweihe; Mitkonsekratoren sind der Bischof von Meißen, Dr. Spülbeck, und Weihbischof Rintelen, Erzbischöflicher Kommmissar in Magdeburg. Weihbischof Bengsch, der Wohnung im Ostteil der Stadt nimmt, wird für die letzten beiden Bischofsjahre Döpfners in Berlin - mehr als üblicherweise ein Weihbischof - ständiger Vertreter des Diözesanbischofs in den Gemeinden außerhalb der geteilten deutschen Hauptstadt sein.
Noch im Sommer 1959 wird er zum ersten Leiter des Referates Seelsorge für den Ostteil der Diözese ernannt; bis dahin gab es im West-Berliner Ordinariat einen Referatsleiter für das gesamte Bistum. Von Anfang an gilt seine besondere Sorge der Glaubensverkündigung an die jungen Christen, die unter den Bedingungen eines atheistischen Weltanschauungsstaates zu leben hatten. Sie zur Entscheidung für Christus zu führen und dafür zu stärken, bleibt zentrales Anliegen des Bischofs. Gern feiert der Bischof selbst die vierteljährlichen Stadtjugendmessen, die seit dem Wiederaufbau der Berliner Kathedrale dort und später auch in West-Berlin stattfinden, häufig nutzt er Möglichkeiten zur Begegnung im Jugendhaus. Als das SED-Regime in den Jahren nach dem Mauerbau versucht, der Kirche das Recht auf jugendgemäße Feriengestaltung abzusprechen und mit Zwangsmaßnahmen gegen das östlich von Berlin in Alt-Buchhorst gelegene Christian-Schreiber-Haus droht, stellt er sich schützend vor das Jugendhaus und die Jugendlichen.
Zu ersten kirchenpolitischen Verwicklungen in der ohnehin spannungsgeladenen Atmosphäre Berlins kommt es bereits kurz nach seiner Bischofsweihe, als er im September 1959 an der Telefonanlage seiner Wohnung in Berlin-Weißensee eine Abhöreinrichtung entdeckt. Auf die nur zum Teil zutreffenden Meldungen in der West-Berliner Tagespresse und eine klarstellende Pressemitteilung des Bischöflichen Ordinariates hin will das SED-Regime Aktivitäten eines amerikanischen Geheimdienstes glauben machen. - Die Gewißheit, Gegenstand beträchtlichen Interesses der DDR-Staatssicherheitsorgane zu sein, wird Alfred Bengsch bis an sein Lebensende begleiten, aber nicht sonderlich beunruhigen. Mitarbeiter seines Ordinariats in Ost-Berlin unterrichtet er selbst, daß sie mit Kontaktversuchen seitens des MfS rechnen müßten; es gebe nur

einen Schutz: "Sagen Sie ihnen, daß Sie sofort den Bischof informieren; dann werden sie die Finger von Ihnen lassen."
Im Sommer 1961 überschlagen sich die Ereignisse in Berlin: Auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegung von Ost nach West "sichert" das SED-Regime in der Nacht zum 13. August seine "Staatsgrenze", wie es im verordneten Sprachgebrauch hieß; wenige Monate später wird eine Flucht aus der nunmehr eingemauerten DDR und ihrer "Hauptstadt" Ost-Berlin nur noch unter Lebensgefahr möglich sein. Die Katholiken des Bistums Berlin sind am Tag des Mauerbaus ohne Bischof: Am 22. Juni hatte Papst Johannes XXIII. Kardinal Döpfner zum Erzbischof von München und Freising ernannt. Am Montag, dem 14. August, tritt er das Amt in München formell an, kehrt aber noch am selben Tag nach Berlin zurück. Am Freitag derselben Woche wird die am 16. August erfolgte Ernennung von Weihbischof Dr. Alfred Bengsch zum Bischof von Berlin bekannt. Dem scheidenden Kardinal ist der Zutritt nach Ost-Berlin, dem neuen Bischof der nach West-Berlin verwehrt. Kardinal Döpfner verabschiedet sich aus Berlin mit dem Wort vom "Bistum unter dem Kreuz". - So hatte es Alfred Bengsch wohl nicht gemeint, als er nach der Ernennung zum Weihbischof sein Wappen wählte: den Berliner Bären, umgeben von sieben Kreuzen. Dennoch, auch und gerade jetzt will er gemäß seinem Wahlspruch (nach 2 Kor 1,24) "Adiutores gaudii vestri" - "Helfer eurer Freude" sein für die Menschen, zu denen er sich gesandt weiß.
Sein Dienst als Diözesanbischof beginnt entsprechend der Situation: Am 19. September 1961 findet die Inthronisationsfeier in der Ost-Berliner Corpus-Christi-Kirche in Anwesenheit von Klerus und Gläubigen aus dem Ostteil der Diözese und sämtlicher Bischöfe und Ordinarien in der DDR statt. Bei der zwei Tage später mit den West-Berlinern in der St. Matthias-Kirche stattfindenden Feier ist der Apostolische Nuntius in Deutschland zugegen. - 18 Jahre später wird sich der Bischof auf ganz ähnliche Weise von seiner noch immer unter der politischen Spaltung leidenden Diözese verabschieden: Seinem Wunsch folgend, wird der Sarg mit dem Leichnam von Kardinal Bengsch zur Feier des Requiems am 21. Dezember 1979 zunächst nach St. Matthias in West-Berlin gebracht - über den Grenzübergang, den er zu Lebzeiten immer benutzte -, ehe am folgenden Tag das Requiem und die Beisetzung in der im Ostteil der Stadt gelegenen St. Hedwigskathedrale erfolgen.
Bereits drei Tage nach Bekanntwerden der Bischofsernennung, am 21. August 1961, wählen ihn die Bischöfe und Ordinarien in der DDR auf einer eilends einberufenen außerordentlichen Vollver-

sammlung zum Vorsitzenden ihrer Konferenz; auch in diesem Amt ist er Nachfolger von Kardinal Döpfner. Noch im Herbst desselben Jahres beruft Papst Johannes XXIII. Bischof Bengsch in die Zentralkommission für die Vorbereitung des II. Vatikanischen Konzils. Damit ist bereits in der ersten Phase seines Dienstes als Diözesanbischof der Grund gelegt für alles, das zu entfalten ihm in den folgenden knapp zwei Jahrzehnten aufgegeben sein wird: als Bischof von Berlin, als Vorsitzender der Berliner Ordinarien-/Bischofskonferenz und als Konzilsvater.
Die Verleihung des persönlichen Titels "Erzbischof" im Januar 1962 und die Kardinalserhebung im Juni 1967 versteht er als Zeichen der Ermutigung für das Bistum Berlin, von dem er kurz vor seinem Tod sagt, daß es "nahezu seit seiner Gründung vor einem halben Jahrhundert in der Bedrängnis ist".

III

Auch in seriösen theologischen bzw. zeitgeschichtlichen Publikationen trifft man gelegentlich auf den von Theologen aus der ehemaligen DDR erhobenen pauschalen Vorwurf, Kardinal Bengsch habe die Rezeption des II. Vatikanischen Konzils für die katholische Kirche in der DDR verhindert. Und noch die Emotionalität derartiger Äußerungen läßt etwas ahnen von der von manchem als bedrohlich empfundenen Dominanz der Persönlichkeit des Berliner Bischofs. So konnte die Schärfe und Klarheit seines Intellekts in Verbindung mit der Fähigkeit, pointiert und mitunter überspitzt zu formulieren, zu Mißverständnissen führen. Besonders außerhalb Berlins fühlte sich mancher verletzt, weil er diese Sprache, die Bischof Hemmerle so treffend charakterisiert, nicht verstand.
Tatsache ist, daß sich Kardinal Bengsch nach Kräften bemüht hat, das Konzil im Osten wie im Westen seines Bistums fruchtbar werden zu lassen. Wie er den Erfolg dieser Bemühungen einschätzte, sah er selbst unmittelbar nach Konzilsende so: "Die Bischöfe wissen, daß es Jahre dauern wird, lange Jahre, bis die Anregungen, die der Geist Gottes im Konzil gab, durchgedrungen sind zur letzten Gemeinde der katholischen Kirche. Aber sie wissen auch, ... daß der Geist Gottes die Kirche jung erhält, daß Er immer wieder das Verkrustete aufbricht, das Erstarrte zu neuem Leben weckt."
Wesentlich zügiger als in anderen Ostblockstaaten konnten in der DDR die Konzilstexte veröffentlicht und damit allen zugänglich gemacht werden, zum Teil bereits unmittelbar nach ihrer Verab-

schiedung. In etwa Schritt haltend mit der Umsetzung im übrigen deutschen Sprachraum, wurde die Liturgiereform in der DDR wirksam. Ebenfalls bald nach Konzilsende erfolgte in beiden Teilen des Bistums Berlin die Konstituierung von Räten auf pfarrlicher und diözesaner Ebene. Mit Erfolg setzte sich die Berliner Ordinarienkonferenz unter Leitung von Erzbischof Bengsch für den damals in der gesamten Weltkirche einzigartigen Dienst von Diakonatshelfern in den Diasporagemeinden ein. Besondere Bedeutung maß der Berliner Bischof der Vermittlung des Kirchenbildes des Konzils bei, wie es "Lumen gentium" formuliert. Wenig versprach er sich von der bloßen Änderung bestehender oder der Schaffung neuer Strukturen, alles erhoffte er von der Umkehr der Herzen.
Häufig äußerte er gerade vor jungen Christen seine Sorge, "daß wir die Erneuerung des Konzils nicht mitvollziehen, uns mit ein paar liturgischen Änderungen begnügen, den Aufbruch versanden lassen im Gerede, in Krittelei, in der distanzierten Trägheit, die nur Leidenschaft kennt, wenn sie ihre Ruhe verteidigt, Anforderungen abweist und das Risiko verweigert." Doch voller Zuversicht ruft er denselben jungen Menschen zu: "Ich hoffe mit dem ganzen Konzil, daß es nicht so sein möge. Ich hoffe auf den mächtigen Geist Gottes, den Ihr empfangen habt. Ich hoffe auf den Herrn, dem Ihr gehört und der Euch liebt und der Euer Herz berühren und mutig machen kann. Und gegen alle Statistik, gegen alle Enttäuschung, gegen alle düsteren Prognosen, bei noch so vielen Versagern - so lange ich Euer Bischof bin, werde ich das Wort nicht zurücknehmen: Ich hoffe auf Euch!"
Was heute mancherorts Anstoß erregt, ist die Tatsache, daß Erzbischof Bengsch der Pastoralkonstitution "Gaudium et spes" - der am heftigsten umstrittenen Konzilskonstitution überhaupt - nicht seine Zustimmung gegeben hat. In völliger Offenheit legte er in Rom ebenso wie zu Hause seine grundsätzlichen Vorbehalte dar. Bischof Heinrich Theissing, Schwerin, der als Berliner Weihbischof am Konzil teilgenommen hatte, erinnerte sich unmittelbar nach dem Tod des Berliner Kardinals: "Ich werde nie die letzte Konzilssession vergessen und den Kampf um die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute. Gegen die Euphorie der Entwurfsvorlage hat er (Bengsch) darum gerungen, daß der evangeliumsgemäße Dienst der Kirche für die Welt klar zum Ausdruck kam..."
Zu den Ursachen für Kritik, die mit dem Namen von Kardinal Bengsch gewissermaßen "personalisiert" wird, gehört sicher auch die von manchem als unbefriedigend empfundene kirchliche Entwicklung in der damaligen DDR. Dabei geht es um die tatsächliche

Diskrepanz zwischen dem, was das Konzil und in den Jahren 1973 bis 1975 die Pastoralsynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR an wertvollen Impulsen gaben, und dem, was davon "an der Basis", also bei einem großen Teil der katholischen Christen, der Gemeinden und Gemeinschaften mit wirklichem Leben erfüllt wurde. - Diese Erfahrung dürfte aber kein Spezialproblem der Kirche in der DDR gewesen sein.

IV

In jüngerer Zeit wird verstärkt die Frage nach dem Hineinwirken der katholischen Kirche in die Gesellschaft der DDR gestellt. Kardinal Bengsch und die anderen Bischöfe in der DDR während seiner Amtszeit - das wird man so pauschal sagen dürfen - dachten nicht an ein kirchliches Selbstverständnis im Sinne einer katholischen "Kirche im Sozialismus". Zustimmendes Engagement - und daran lag der SED vor allem! - für ein Regime, das "Staat und Gesellschaft" in eins setzte und beide der Herrschaft "der Partei" unterwarf, schien ihnen nicht möglich. Immer wieder drängte das Regime auf Zustimmung der katholischen Kirche zur "Friedenspolitik der DDR". Doch ein Friedensbegriff, der ohne Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit auskommt, war für Kardinal Bengsch und seine Mitbischöfe undenkbar. Undenkbar auch, einem Staat "Friedensliebe" zu bescheinigen, in dem Erziehung zum Haß gegen den "Klassenfeind" zum pädagogischen Programm schon der Kindergärten gehörte. Die kleine Gruppe SED-gelenkter Katholiken, die - ausgerechnet mit Berufung auf die Enzyklika "Pacem in terris" - dem real-existierenden Sozialismus den von der Kirche nicht zu erhaltenden "katholischen Segen" geben sollte und deshalb in DDR-Medien in unerträglicher Weise hochgespielt wurde, blieb während der Amtszeit von Kardinal Bengsch bedeutungslos.
Daß diese "Verweigerungshaltung" der Bischöfe in der DDR nicht gleichzusetzen ist mit dem, was mitunter als "Ghettomentalität" oder "Nischenexistenz" apostrophiert wird, zeigen die folgenden Bemerkungen des Berliner Bischofs aus einem Vortrag zur kirchlichen Jugendarbeit, gehalten 1963 in Ost-Berlin vor Diözesanjugendseelsorgern:
"Das Weltamt des Christen ... ist die ihm gemäße Verwirklichung des Weltamtes der Kirche... Es ist also abgelehnt der Ghettokomplex, das Sichgenügen darin, daß wir, als bessere Menschen, unter uns sind. Gewiß sollen wir alles tun, um den jungen Menschen in

der Gemeinschaft der Kirche zu beheimaten, und dies ist zumindest hier (in der DDR) eine große Chance. Aber es gehört wesentlich zum Christsein, daß der Christ in die Welt gesandt ist, auch in die hiesige, sonst wird sein Christsein selbst angekränkelt... Gewiß ist hier die Unterscheidung der Geister schwer, wir wissen um die unentwegten Versuche, den Christen und die Kirche einzubeziehen, vor den Wagen zu spannen. Wir wissen auch, daß man die Vermittlungsversuche des Papstes wie seine Friedensenzyklika mißbraucht. Aber von der Kirche her müssen wir festhalten: Wir haben eine kirchliche Sendung, nicht erstlich eine politische ... Es wird also ... wohl an uns liegen, die humanen Werte zu pflegen, die in einem ideologisierten atheistischen Staatsgebilde beiseitegeschoben werden. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, Barrikadenkämpfe vorzubereiten."

Das hier formulierte Verständnis vom Weltauftrag des Christen findet sich in vielen Vorträgen und vor allem in zahlreichen Jugendpredigten von Kardinal Bengsch immer aufs neue.

Im selben Zusmmenhang aber warnt er die Priester, die in der DDR - anders als in anderen Ostblockstaaten - selbst kaum noch gefährdet waren: "Ich verstehe ... nicht jene Jugendseelsorger, die unreifen jungen Menschen allerlei Widerstandspraktiken beibringen, sie dadurch in Gefahr bringen und sich dann auf die Unantastbarkeit ihres Amtes berufen - wie sie sehr wohl wissen, in der gegenwärtigen Lage durchaus mit Erfolg."

Schließlich nimmt er Stellung zu dem Vorwurf an die Bischöfe, "daß sie zuviel schweigen" und gibt dreierlei zu bedenken: erstens, "daß die Kritiker immerhin versuchen müssen, den Umfang der Verantwortung abzuschätzen, daß sie auch nicht alle Gegebenheiten kennen, unter denen Entscheidungen gefällt werden"; zweitens, "daß die Bischöfe die Öffentlichkeit in unserem geteilten Volk sehr viel schwerer in Anspruch nehmen können, als etwa dies in Polen möglich ist, weil unweigerlich jedes Wort politisch ausgenutzt wird"; und drittens, daß es "nicht darum (geht), hier eine Rolle zu spielen..., die triumphal wirkt, sondern die Seelsorge aufrecht zu erhalten, solange nicht ein Preis gezahlt werden muß, der um des Gewissens willen nicht gezahlt werden kann". - Wohl auch mit Blick auf eine gewisse "Westorientierung" der angesprochenen Jugendseelsorger weist er "zur Beruhigung mancher Gemüter" darauf hin, "daß die entscheidenden westdeutschen Politiker diese Linie der politischen Abstinenz durchaus verstehen und billigen", und fügt hinzu: "Vielleicht ist es auch nützlich, sich zu erinnern, daß es bis jetzt ausschließlich bei uns gelungen ist, ohne eine politische

Loyalitätserklärung auszukommen, sonst nicht - weder in Polen noch in Ungarn noch in der Tschechei noch bei der protestantischen Kirche in der DDR." - Aus diesen kurzen Ausschnitten lassen sich Grundzüge dessen heraushören, was mitunter als der "kirchenpolitische Kurs" von Kardinal Bengsch bezeichnet wird, der in Wahrheit aber der "Kurs" aller in der ostdeutschen Bischofskonferenz versammelten Bischöfe und Ordinarien während seiner Amtszeit war.

Bei allen Problemen, denen sich die Kirche in der DDR gegenübersah, war sie sich doch auch ihres "privilegierten" Status bewußt - etwa im Verhältnis zur Lage der Kirchen in der CSSR oder in den Republiken der UdSSR. Die Bischöfe in der DDR nahmen ihre Verantwortung für diese Nachbarkirchen sehr ernst und versuchten das ihnen Mögliche, um dort Hilfe zu leisten. Durch lange Zeit bestand solche Hilfe in heute gering anmutenden Gesten - wenn etwa der Berliner Bischof den amtsbehinderten und verfolgten Apostolischen Administrator von Königgrätz, Bischof Karel Otcenasek, Anfang der 70er Jahre in seiner "Urlaubssuite", zwei kleinen Zimmern in einem katholischen Kinderheim an der Ostsee, unterbrachte, damit dieser für ein paar Tage ein wenig freier atmen konnte. Die persönliche Kontaktaufnahme zur Kirche in Polen wurde seitens beider sozialistischer "Bruderstaaten" durch lange Jahre verhindert. Daß auch die beim Konzil anwesenden Bischöfe aus der DDR 1965 den Antwortbrief der deutschen Bischöfe auf die Grußbotschaft ihrer polnischen Mitbrüder unterzeichnet hatten, führte zu heftigen Vorhaltungen des SED-Regimes und gehörte zu den Gründen dafür, daß Kardinal Bengsch auch die Teilnahme an der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens 1966 in Tschenstochau verwehrt wurde. Man ließ den Berliner Bischof eher nach Japan (1968) als ins "sozialistische" Polen reisen! Erst 1972 kam es zu einem ersten Besuch bei Kardinal Wyszynski.

Die Umstände des Todes und der Beisetzung von Kardinal Trochta im Frühjahr 1974 in Leitmeritz warfen ein bezeichnendes Licht auf die Verfolgungssituation; demonstrativ nahmen aus der DDR Kardinal Bengsch, die Bischöfe Schaffran und Aufderbeck sowie zwei Weihbischöfe an der Beerdigung des nach einem Verhör durch den Sicherheitsdienst gestorbenen tschechischen Kardinals teil. Noch im selben Jahr folgte Bengsch einer Einladung des russisch-orthodoxen Patriarchen Pimen; dieser Aufenthalt in Moskau und Sagorsk eröffnete dann die Möglichkeit zur Reise nach Litauen 1975. Für die dortigen Katholiken war der Besuch von Kardinal Bengsch - nach Jahrzehnten der Abriegelung der erste Besuch eines Kardinals

der Weltkirche - Trost und Stärkung in ihrer bedrängten Situation. Alle diese Kontakte konnten nach dem Tod von Kardinal Bengsch weiter ausgebaut werden.
"Wir werden niemals vergessen", so formulierte der Prager Kardinal Tomasek am Sarg des Berliner Bischofs den Dank der Kirche in seinem Land. Er hatte die Genehmigung erhalten, dem Berliner Kardinal, der ihn in Prag besucht hatte, wenigstens auf diese Weise den "Gegenbesuch" abzustatten.

V

Unter den fünf Diözesanbischöfen, die in der Unterkirche der Berliner St. Hedwigskathedrale beigesetzt sind, ist Kardinal Bengsch mit 58 Jahren der jüngste. Seine Amtszeit aber war mit 18 Jahren die längste, die seit Gründung der Diözese im Jahre 1930 einem Berliner Bischof zugemessen war. Bei aller Last des Bischofsamtes, die ihn besonders in den letzten Jahren oftmals wirklich niederdrückte und auch niedergedrückt erscheinen ließ: Kardinal Bengsch war gern Bischof für die Gläubigen des Bistums Berlin. "Keinen anderen Platz auf dieser Erde hätte ich je dafür eintauschen wollen", schreibt er in seinem Abschiedswort, das nach seinem Tod verlesen wurde.
Die so unterschiedliche politische Situation im Osten und im Westen der Diözese war eine schwere Belastung, ein großes Problem auch für die Verwaltung des Bistums. Aus seiner Ablehnung des unrechtmäßigen, auf Lüge und Unfreiheit gegründeten SED-Regimes, das seine Macht durch den Bau einer Mauer sichern mußte, machte Kardinal Bengsch keinen Hehl. Im Blick auf die konkreten Menschen in diesen beiden "Welten" stellte er aber auch fest, daß ihre Grundsituation so unterschiedlich nicht war: Die Gefahren der Anpassung an den atheistischen Materialismus des Ostens oder den praktischen Materialismus des Westens schienen ihm in der letzten Konsequenz nicht so weit voneinander entfernt. Diese Sicht hat ihm vor allem im Westen nicht wenig Unverständnis eingetragen.
Was er selbst als das Wesentliche seines Bischofsdienstes in Berlin verstand, findet sich in dem zwei Wochen vor seinem Tod verfaßten Abschiedswort, das zu Recht sein geistliches Vermächtnis genannt wird. Kaum jemand in seinem Bistum konnte überraschen, was Kardinal Bengsch als Mitte seiner Sendung ansah. Unverständlich dürfte es jedem bleiben, der in dem Berliner Kardinal den autoritären Kirchenfürsten sehen möchte oder den ambitionierten

Kirchenpolitiker; beides war dieser Bischof nicht. Einzig von Bedeutung für ihn - so sehr, daß er, dem unangebrachtes Pathos fremd ist, im Angesicht des Todes Gott zum Zeugen anruft - ist: "Ich wollte Helfer zur Freude an der Frohbotschaft unseres Herrn sein. Vieles, was ich dazu getan habe, wird vielleicht unzureichend gewesen sein. Aber Gott ist mein Zeuge, daß ich immer darauf bedacht war, Sein Evangelium unverkürzt zu verkünden. Denn das Evangelium, so sagt der Apostel im Galaterbrief, ist nicht Menschenwerk. Und er sagt dort auch das harte Wort: 'Wenn jemand euch ein anderes Evangelium verkündet, als ihr empfangen habt, so sei er verflucht!'".

Hier liegt der Schlüssel zur Person und zum bischöflichen Wirken von Alfred Bengsch, zu seinem leidenschaftlichen Bemühen um die Verkündigung des Evangeliums; der Schlüssel auch zu seiner Skepsis und Distanz gegenüber Entwicklungen in der Kirche, die anstelle von Erneuerung bloß Neuerung brachten. Die Erfahrung, als "konservativ" abgestempelt zu werden, nahm er in Kauf. Er wollte, wie es der 35jährige in seiner Promotionsarbeit sagt, die "alte Lehre" verkündigen, damit "zugleich die unüberholbare Neuheit Christi" zu spüren ist.

Hubert Jedin (1900-1980)

Die heutige Theologie ist vornehmlich systematisch oder literaturwissenschaftlich orientiert. Es geht ihr mehr um Geschichtlichkeit als um Geschichte. Dagegen spricht nicht die weite Verbreitung von nur vordergründig geschichtsbezogenen Reizworten wie "Kreuzzüge" oder "Inquisition". Diese deutlich negativ besetzten Schlagworte mit mehr affektiver als kognitiver Konnotation wurden früher eher von der interkonfessionellen Polemik benutzt und dienen heute auch dem innerkatholischen Streit. Eine ähnliche Reizvokabel ist in den letzten dreißig Jahren auch das Stichwort "Trient" geworden. Damit ist das Konzil gemeint, das zwischen 1545 und 1563 getagt und die Kirchenspaltung des 16. Jahrhunderts besiegelt hat. Die Geschichte dieses Trienter Konzils war der Mittelpunkt des Forscherlebens des Kirchenhistorikers Hubert Jedin. Seine vierbändige Darstellung dieser Kirchenversammlung zählt zu den international herausragenden Leistungen des Faches Geschichte im 20. Jahrhundert.

Dieser Professor Jedin war das gerade Gegenteil eines einzelgängerischen Stubengelehrten, sondern ein ausgesprochen kontaktfreudiger Mensch. Wenn er sprach, ging geradezu ein Leuchten über sein Gesicht. Seine hellblauen Augen sprühten förmlich, wenn ihm, scheinbar mühelos, eine besonders geschliffene Formulierung gelungen war, gelegentlich mit Sarkasmus gewürzt und stets den Kern der Sache betreffend. Er fesselte seine Zuhörer nicht mit Pathos oder rhetorischen Kunststücken, sondern indem er sich einfach selbst mitteilte. Er wußte, vom Allgemeinen zu sprechen, ohne zu simplifizieren. Seine Sätze sind klar gebaut. Gespreiztheiten waren ihm fremd. Wer ihn in Vorlesungen, im Seminar, in Vorträgen oder in Gremien hörte, der spürte, daß da ein wirklicher Gelehrter stand, eine Autorität, ein Mann mit viel Scharfsinn und Ausdruckskraft. Geschichtliche Einsichten und persönliche Lebenserfahrungen waren in seiner Persönlichkeit einzigartig zusammengeflossen.

I

Jedin entstammte der bäuerlich-handwerklichen Welt des 1945 verlorenen deutschen Ostens und hat seine Heimat und Herkunft immer stolz betont. Er kam aus kleinen Verhältnissen, geboren am 17. Juni 1900 als das jüngste von zehn Kindern in dem oberschlesischen Bauerndorf Großbriesen (Kreis Grottkau). Sein Vater, Johannes Jedin, war Lehrer, ein korrekter Katholik und ein Mann mit Phantasie und Wissensdrang. Er betrieb die mit dem Hauptberuf und den Nebenämtern der Zwergschule verbundene Landwirtschaft selbst, um die große Familie durchzubringen. Die Mutter Emma, geb. Ziegler, war tief religiös, eine getaufte Jüdin, jedoch ohne jeden konvertitenhaften Übereifer. Auf sie hat Jedin die Nüchternheit und Zähigkeit zurückgeführt, die ihm eigen waren. In seinem Elternhaus herrschte nie Hunger, aber eisernes Sparen, damit die drei Jungen zum Gymnasium gehen, später studieren und dadurch sozial weiterkommen könnten. Ein solches Verhalten war sehr typisch: Die katholische Volksschullehrer-Familie in Dorf und Kleinstadt hatte damals für die Rekrutierung der geistigen Führungsschicht der nächsten Generation eine ähnliche Bedeutung wie im protestantischen Deutschland das Pastorenhaus.

In der väterlichen Dorfschule hatte Jedin viel sicheres Grundwissen erworben, so daß er, vom Pfarrer in Latein vorbereitet, 1911 sofort in die Quinta des "Königlichen Katholischen Gymnasiums" zu Neiße eintreten konnte. Untergebracht wurde er im Bischöflichen Konvikt.

Die sieben Jahre in Neiße, wo er Ostern 1918 Abitur machte, sind für seine persönliche Entfaltung vielleicht bedeutsamer geworden als die sich daran, bis 1923, anschließenden Studentenjahre. Das humanistische Gymnasium preußischen Zuschnitts vermittelte alles für einen künftigen Gelehrten grundlegend Wichtige: das Lernen zu lernen, Abstraktions- und Formulierungsfähigkeit zu entwickeln und sich einen breiten Fundus von Tatsachenwissen und geistiger Tradition anzueignen, nicht allein im Umkreis der alten Sprachen.

Für ihn persönlich wurde auf die Dauer bedeutsamer der Einfluß des Konvikts. Der Dorfjunge begegnete dort einigen Priestern um die vierzig, die ganz starke und für das damals Moderne aufgeschlossene Persönlichkeiten waren. Sie haben ihn, als er fünfzehn wurde, für die katholische Wandervogelbewegung Quickborn gewonnen und seinen Weg zum Priestertum vorbereitet. Jugendbewegung: das bedeutete bewußtes Sich-Absetzen von manchem Konformismus der Erwachsenenwelt, bedeutete Selbstbildung als Lebens-

aufgabe, bedeutete aber auch einen moralischen Rigorismus, der den Bogen überspannen mochte, und es bedeutete, weniger prinzipiell als tatsächlich, einen Hang zum Unpolitischen. Jedins Entschluß, Priester zu werden, war nicht das Ergebnis komplizierten inneren Ringens, sondern eine unproblematische Konsequenz der Konviktszeit.

Nach einem kurzen militärischen Intermezzo bis zum Kriegsende begann Jedin, in Breslau Theologie zu studieren, ergänzt durch Geschichtsstudien in der Philosophischen Fakultät. Unterbrochen wurde diese Zeit von zwei auswärtigen Semestern in München und in Freiburg (1920/21). Auch die fünf Universitätsjahre stellten ihn vor keine besonders aufwühlenden theoretischen Probleme. Er ist nicht durch große akademische Lehrer geprägt worden, was er später als deutliches Manko empfand; er kam aus keiner "Schule" und hat keine solche begründet.

Dies hing einerseits von den Umständen ab, in die er schon vom Elternhaus her eingebunden war, berührte sich aber auch tief mit der Art seines Denkens. Nicht durch spekulierendes Grübeln näherte er sich den praktischen wie den theoretischen Dingen, sondern durch angestrengtes und konkretes An- und Hinschauen. Daher zählten für ihn Fakten und Tatsachen weit mehr als Vorstellungen und Wünsche. Diese geistige Grundhaltung hat der alte Goethe einmal als "gegenständliches Denken" bezeichnet (Brief vom 22. Dezember 1822). Es kam Jedins (in gutem Sinne) "bäuerlichen" Erbgut entgegen, das er bis in den Tagesrhythmus hinein stets bewahrte. Den Menschen wie der Natur trat er daher ähnlich gegenüber: unsentimental, aber nicht gefühllos. In späteren Jahren hatte er etwas ausgesprochen Hausväterliches an sich.

All das waren gewiß gute Voraussetzungen für den künftigen Professor, aber die akademische Laufbahn war nicht Ergebnis eines konsequent verfolgten Lebensplans. Daß der etwas trockene Breslauer Ordinarius für Kirchengeschichte, Franz Xaver Seppelt (1883-1956), sein Doktorvater wurde, ergab sich von selbst; daß seine Dissertation über Johannes Cochlaeus (1479-1552) ihn in das Jahrhundert der Glaubensspaltung führte, war mehr Zufall als Plan; daß er schließlich nicht Pfarrer, sondern Professor werden sollte, verdankte er einer Entscheidung seines Bischofs, Adolf Kardinal Bertram (1859-1945). Dieser bot ihm, noch ehe das Doktorexamen beendet war, für drei Jahre eine Kaplanstelle im Priesterkolleg des Campo Santo Teutonico in Rom an, um dort wissenschaftlich arbeiten und sich anschließend habilitieren zu können. Der Vikar, den überspannter Moralismus als jungen Priester in ziemliche

innere Probleme verwickelt hatte, war selig. Sein Lebensziel wurde jetzt das Universitätskatheder. Dies hat er schließlich erreicht, aber erst nach langen Umwegen und unter größten Schwierigkeiten.

II

Jedin ist Anfang 1926 nach Rom gekommen. Dort, im Schatten des Petersdoms, war er zunächst, bis 1930, ein junger Gelehrter mit glänzenden Aussichten, dann, von 1933 bis 1936, ein daheim Ausgestoßener, und schließlich, von 1939 an, ein Emigrant, dem sich erst 1949 das Tor nach Deutschland wieder öffnete. Diese insgesamt 17 Jahre am Tiber haben nicht weniger auf ihn eingewirkt als seine schlesische Kindheit und Jugend. Jedin wurde nicht gerade Römer, aber weit römischer geprägt als die meisten anderen Kirchenhistoriker seiner Generation.
Besondere Bedeutung hatten dafür die traditionell weltoffene Liberalität der Vatikanischen Bibliothek und des Vatikanischen Geheim-Archivs, das Priesterkolleg neben St. Peter, das ihm zuerst zweite Heimat und später Zuflucht bot, und vor allem die neue Lebenswelt, die mit den beiden Stichworten "Weltkirche" und "katholisches Italien" zu bezeichnen ist. Rom faszinierte den jungen schlesischen Priester natürlich auch durch den Reichtum der Denkmale seiner zweieinhalbtausendjährigen Kunst und Geschichte, aber mehr noch als der Sitz der Zentrale einer lebendigen Weltkirche mitten in einem durch und durch katholischen Land. Dieses Bildungserlebnis wurde seine neue Lebenserfahrung.
Jedin hat sich auch diesem Neuen weniger gemütsbetont als sachbezogen geöffnet. Daher ist er von antirömischen Ressentiments und antikurialen Affekten immer frei gewesen. Er hat zwar über die Schwächen des vatikanischen Systems keineswegs hinweggesehen. Das verboten ihm seine Vertrautheit mit den Realitäten in Gegenwart und Vergangenheit und seine Gewöhnung an die Pflicht des Historikers zu unparteiischem Urteil. Aber er hat stets vertreten, daß man in Rom mit guten Argumenten und strenger Sachlichkeit vermutlich weiter kommen könne als in den Zentralen anderer, vergleichbarer Groß-Organisationen.
Es kam hinzu, daß er antirömische Kritik auch an dem konservativen Maßstab eines Rechts des Bestehenden maß, soweit es sich durch überprüfbare Argumente rechtfertigen lasse. Als Josef Lortz 1951 bemängelte, daß Band I der Konzilsgeschichte Jedins eine pauschale Verurteilung des päpstlichen Behördenwesens im Spät-

mittelalter vermeide (dessen für die Entstehung und Durchsetzung der Glaubens- und Kirchenspaltung Deutschlands im 16. Jahrhundert unheilvolle Konsequenzen der Autor doch genau beschreibe), da hat dieser an das "Recht des Bestehenden" appelliert, das die Grenze zwischen Reform und Revolution präzise markiere. Nicht die Organisation der päpstlichen Behörden und Finanzen des 14. und 15. Jahrhunderts könne man als hinreichenden Grund dafür bezeichnen, daß tatsächlich die katholische Reform vor Luther in Rom nicht zum Zuge gekommen sei. Die nachtridentinische Geschichte habe bewiesen, daß eine wirkliche Reform auch in Rom durchsetzbar gewesen sei, ohne im Sinne der strengen Reformpartei die bestehenden Strukturen radikal zu zerschlagen. Der Bewahrung der Institutionen sei auch unersetzliche und positive Bedeutung zugekommen; denn ohne sie liefere die Tradition sich der Revolution aus. Das schließe die Veränderungsfähigkeit im Sinne notwendiger Abhilfe gegen Mißstand und Mängel nicht aus, wie die Geschichte nach 1563, nach Abschluß des Konzils, beweise.
Konsequenterweise hat Jedin auch den globalen Lortzschen Begriff einer "historischen Schuld" der Verantwortlichkeiten auf katholischer Seite für die Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts abgelehnt. Er war in diesem Punkte durch den von ihm als ganz ungerecht empfundenen Kollektivschuld-Vorwurf der Sieger von 1945 gegen Deutschland besonders hellhörig geworden. "Schuldbekenntnisse sind eine Angelegenheit des einzelnen Menschen, der vor Gott steht und dem Zeugnis seines Gewissens folgt. Kollektive Schuldbekenntnisse dürfen, auch wenn es sich um 'historische Schuld' handelt, nur auf Grund eindeutiger Tatbestände und von den berufenen Autoritäten abgelegt werden". Und weiter: "Der Kirchenhistoriker scheint mir nicht genügend legitimiert, auf Grund der von ihm eruierten Tatbestände ein Nostra Culpa zu sprechen, das in diesem Falle unweigerliche Gegenwartsbedeutung erhält". Geschichte war für Jedin Gewissenserforschung; aber der Historiker habe keine Zuständigkeit, für das Gemeinwesen verbindlich zu sprechen.
In Rom wandte Jedin sich einem bedeutenden Sujet zu, dem Leben und Werk des Augustinereremiten Girolamo Seripando (1492-1563). Dieser war ein großer Theologe und Reformer und wurde Ordensgeneral und schließlich Legat beim Trienter Konzil. Umfangreiche Akten in Neapel und Rom warteten auf den wirklichen Biographen eines Mannes, der nach Jedins Urteil zu den "im wahren Sinne des Wortes aristokratischen Männern gehört, bei denen der innere Wert der Persönlichkeit die historische Nachwirkung bei

weitem überragt". Die weitschichtigen Materialien waren im Herbst 1929 so weit gesammelt, daß Jedin sich mit den ersten drei Kapiteln des auf mehrere Bände angelegten Werks 1930 in Breslau für Kirchengeschichte habilitieren konnte.
Sein Lebensziel schien jetzt in greifbare Nähe gerückt. Hatte er nicht eine glänzende Karriere vor sich? Seine Antrittsvorlesung über die katholische Erforschung der Reformationsgeschichte seit 1876, ein historiographiegeschichtliches Meisterwerk, ist noch heute unüberholt. Auch wirtschaftlich ging es ihm gut. Und er lebte in einem Kreis von Menschen, die ihn ebenso mochten wie er sie. So war es ihm nicht schwer, 1931 das Angebot, die Leitung des gerade vakant gewordenen Campo Santo Teutonico in Rom zu übernehmen, auszuschlagen. Die akademische Karriere in Deutschland reizte den jungen Privatdozenten erheblich mehr als die Aussicht auf eine bequeme Prälaten-Position in Rom. Daß die Ereignisse von 1933 für sein Leben eine jähe Wende bedeuten würden, kam für ihn ganz unvermutet.
Er war bis dahin ein ziemlich unpolitischer Mensch gewesen: im Ersten Weltkrieg als Gymnasiast Pazifist, als Soldat dem Sturz der Monarchie 1918 nicht nachtrauernd, als Student gelegentlich Wahlhelfer für die Zentrumspartei, näherte er sich in den frühen zwanziger Jahren zwar großdeutschen Vorstellungen, hatte aber wenig Interesse für Innenpolitik und nicht viel mehr für Außenpolitik. Das Lärmen der italienischen Faschisten stieß ihn ab. Daß sich in Deutschland weit Schlimmeres ereignen könnte, kam ihm nicht in den Sinn. Die römischen Jahre hatten jedoch sein nationales Selbstbewußtsein gestärkt. Jedins politische Heimat war selbstverständlich das Zentrum. Hitlers "Mein Kampf" kannte er höchstens dem Namen nach.
So sah er die Ereignisse des 30. Januar 1933 für ein gefährliches Experiment an, empfand aber für Hitlers nationale Ziele, wie er sie interpretierte, anfangs Sympathien. Nach dem Wahlsieg der Hitler-Koalition am 5. März 1933 meinte er, es müsse sich für die Kirche in Deutschland (wie in Italien) ein modus vivendi mit dem neuen Regime finden lassen. Erst nach der gesetzlichen Aufhebung der Rechtsgleichheit (Beamtenrechts-Änderungen vom 7. und 11. April) wurde ihm klar, daß ihm, dem "Nichtarier", nunmehr der Weg in den Staatsdienst und damit zu einer Professur verschlossen sei. Am 1. Mai untersagte der Dekan der Breslauer Fakultät dem Privatdozenten die Abhaltung der für das Sommersemester angekündigten Vorlesung; am 1. September 1933 entzog der preußische

Kultusminister ihm die venia legendi. Er stand mit 33 Jahren vor einem Scherbenhaufen.
Als Ausweg konnte der junge Priester sich jetzt um eine Seelsorgsstelle bewerben, die daneben Muße zu wissenschaftlicher Tätigkeit böte, oder in die kirchliche Verwaltung flüchten. Jedin tat keines von beiden. Er empfand die Vertreibung aus der Universität als eine tiefe Demütigung und nahm sich vor, der amtlichen Version von der Minderwertigkeit der "Nichtarier" durch unangreifbare wissenschaftliche Leistungen den Boden zu entziehen. 1929 hatte ihm die Görres-Gesellschaft die Fertigstellung eines Bandes ihres Jahrhundertwerks, der großen historisch-kritischen Ausgabe der Akten des Trienter Konzils, übertragen. Um daran zu arbeiten, reiste er, versehen mit einem kleinen Görres-Stipendium, erneut nach Rom, wo er im Campo Santo Teutonico wieder eine Kaplanstelle erhielt. Er meinte zu diesem Zeitpunkt, daß die Hitler-Herrschaft nur Episode bleibe und wollte die Zwischenzeit zu sinnvoller Forschung nützen. Wirtschaftlich ging es ihm nicht rosig, aber erträglich.
Hitlers Herrschaft aber brach nicht zusammen, sondern konsolidierte sich. Das berührte ihn zunächst wenig. Hauptfrucht der Jahre 1933-1936 wurde ein umfangreicher, 1938 ausgelieferter Band mit Konzils-Traktaten der Jahre 1546-1563. Diese Edition, bei der viele hundert Zitate aus der patristischen und scholastischen Theologie, aus den Sammlungen des kanonischen Rechts und der spätmittelalterlichen Kommentatoren nachgewiesen werden mußten, war eine vorzügliche Vorbereitung auf die spätere Darstellung des Konzils. Daneben hat er in diesen Jahren die zweibändige Seripando-Biographie zu Ende geschrieben. Sie wurde 1937 publiziert. Der Autor nennt sich im Titel "Erzbischöflicher Archivar in Breslau" und dankt im Vorwort ausdrücklich "den wenigen, ganz treuen Menschen", die in schweren Tagen zu ihm gehalten hätten und hielten.
Jedin war 1936 nach Deutschland zurückgekehrt. Dafür gab es gute Gründe: Er sah ein, daß er im Campo Santo nicht dauerhaft Fuß fassen könne; er hatte zudem menschliche Enttäuschungen erlebt, weil er sich an der Art des neuen Rektors rieb und einige Deutsche in Rom sich von dem geduldeten Flüchtling distanzierten; sein Doktorvater hatte angefragt, ob er in das Breslauer Diözesanarchiv kommen wolle; rechtliche Bedenken gegen eine Rückkehr bestanden nicht, da er 1933 legal ausgereist war; schließlich stellte er sich nicht vor, daß er in wenigen Jahren erneut aus Deutschland flüchten werde.

Die Augen hat ihm erst der Judenpogrom im November 1938 geöffnet. Am Morgen danach wurde er aus dem Archiv heraus zum Abtransport ins Konzentrationslager verhaftet. Jedoch bei der Personalienaufnahme im Polizeirevier hat ihn ein älterer Polizeibeamter freigelassen - wieso, hat Jedin nie genau erfahren. Jetzt drängte er aus Deutschland heraus, nur: wohin? Für deutsche Kirchenhistoriker war in katholischen Institutionen im Ausland kein Platz zu finden. Wohl aber unterstützte der für Bibliothek und Archiv des Vatikans zuständige Kardinal, Giovanni Mercati (1866-1957), der sein wissenschaftliches Format hoch einschätzte, einen zunächst vom Präsidenten der Görres-Gesellschaft, Heinrich Finke (1855-1938), angeregten Plan, daß Jedin zur 400-Jahr-Feier der Eröffnung des Konzils eine große und moderne Geschichte des Tridentinums schreiben solle.

Als Übersiedlungstermin war der 1. September 1939 vorgesehen; aber der Kriegsausbruch schien alles zu zerschlagen. Mit viel Glück ist es ihm jedoch gelungen, am 7. November 1939 ein Ausreisevisum zu erhalten. 36 Stunden später saß er im D-Zug, bewaffnet mit den Tridentina-Exzerpten, in dem Bewußtsein, daß es ein Abschied für lange Zeit werde, aber nicht, daß er Breslau nie wiedersehen würde. Als er auf italienischem Boden angelangt war, meinte er, ein neues Leben gewonnen zu haben. "Im Vergleich mit Hitler-Deutschland", erinnerte er sich später, "erschien mir das faschistische Italien immer noch als ein Land relativer Freiheit, in dem man leben und arbeiten konnte, ohne unter ständiger Todesfurcht zu stehen".

Die Jahre von 1939 bis 1949 hat der Emigrant Jedin erneut im Campo Santo Teutonico gelebt, erneut mit einer Kaplanstelle ausgestattet, die Kost und Logis bot, und bis zum Kriegsende hier und da mit kleinen Geldzuweisungen des Kardinals Bertram versehen. Er unterlag, wie die anderen Römer auch, kriegsbedingten Einschränkungen, ohne Hunger zu leiden; wohl aber litt er, je länger je mehr, seelisch: "Armes Vaterland - und für mich dauernde Emigration", vertraute er seinem Tagebuch an, als die russische Offensive im Januar 1945 losbrach.

Jedin hat an den täglichen Ereignissen des Kriegsverlaufs leidenschaftlich Anteil genommen. Das hat ihn zu einem glühenden Patrioten gemacht, mehr und mehr bestimmt durch ein pointiertes Bekenntnis zum National-Deutschen. Dies paarte sich mit größter Sorge vor dem Kommunismus und sehr viel Skepsis vor der Resistenz-Fähigkeit der westlichen Demokratien. Er wurde ein politisch bewußter Konservativer. Nachweisbar ist dies in seinen Notizen

schon 1940. Jedin war und blieb ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus, aber er fühlte und bekannte sich, zuweilen mit geradezu trotzigem Selbstbehauptungswillen, immer mehr als Deutscher, gegen die "unsinnige und maßlose Beschimpfung und Ächtung alles Deutschen in Presse und Öffentlichkeit", und "jenseits aller von Hitler und seinen Gesellen verübten Greuel" (Notizen 10. Juni und 13. Dezember 1944). Diese Grundhaltung steht hinter Jedins geschichtlichen Meisterwerken aus den letzten 40 Jahren seines Lebens.

III

1949 hat Jedin als persönlicher Ordinarius ein Bonner Extraordinariat für Kirchengeschichte, das 1951 zu einem Ordinariat aufgestockt wurde und das er bis 1965 versehen hat, übernommen. Rufe auf Lehrstühle nach München oder Freiburg, auch Bemühungen des Vatikans, ihn für das Archiv oder die Bibliothek zu gewinnen, hat er ausgeschlagen. Für 31 Jahre boten ihm Universität und Stadt Bonn, die beide ein wichtiges Stück der Adenauer-Ära waren, ein neues Zuhause. Hier hat er sich wohlgefühlt, trotz des andauernden Schmerzes um den Verlust der schlesischen Heimat, die er auch nach 1970, als es theoretisch wieder möglich gewesen wäre, nie mehr besucht hat.

Der neue Bonner Professor, der im Frühjahr 1949 zu lehren begann, war längst ein weltweit bekannter Gelehrter, mit einem Oeuvre von 13 Büchern und 120 Aufsätzen - mehr, als andere am Ende eines Lebens aufweisen können. Ein Teil davon waren Gelegenheitsarbeiten für eine breitere Öffentlichkeit, das meiste aber richtete sich an die Fachwelt. Seit den Kriegs- und Nachkriegsjahren ist vieles davon nicht oder nicht allein in Deutschland erschienen. Dies entsprach Jedins internationalen Ausstrahlungskraft, zuerst nach Italien, später auch in die englisch- und spanisch-, weniger in die französischsprachige Welt hinein. Für diese Reputation zeugen die ungewöhnlich zahlreichen Übersetzungen seiner Schriften, besonders in der Epoche des II. Vaticanums.

Zu nennen sind aus den römischen Exiljahren zunächst vier wichtige Bücher, die als Nebenfrucht zum I. Band der Geschichte des Tridentinums entstanden. Zwei davon (Quellenapparat Pallavicinos [1940] und Krisis und Wendepunkt des Trienter Konzils 1562/63 [1941]) sind gelehrte Studien über neu entdeckte Quellen, aber spannend zu lesen wie ein Kriminalroman; ein drittes, über die

Geschichte der Geschichtsschreibung des Trienter Konzils (1948), gehört trotz unerträglich vieler Druckfehler mit zum besten, was er je geschrieben hat; das vierte, ein schmales Bändchen (1946), enthält den Vorschlag einer Auseinanderfaltung der Begriffe "Katholische Reform" und "Gegenreformation". Damit wurde eine generationenalte interkonfessionelle Polemik überwunden: "Die katholische Reform ist die Selbstbesinnung der Kirche auf das katholische Lebensideal durch innere Erneuerung, die Gegenreformation ist die Selbstbehauptung der Kirche im Kampf gegen den Protestantismus". Kurz, nachdem er in Bonn begonnen hatte, erschien dann Band I der Geschichte des Konzils von Trient. Sie bereits zum Jubiläum 1945 herauszubringen, hatte sich als unrealistisch erwiesen. Jedins Werk wurde allgemein als ein wissenschaftliches Ereignis ersten Ranges gefeiert. Er ist damit ein Klassiker der deutschen Geschichtsschreibung geworden.

Sein Band I enthält die Vorgeschichte, die für ihn nicht mit der Berufungsbulle 1544 einsetzt, sondern mit dem Neben- und Gegeneinander von Konzil, Papst und Reform seit dem frühen 15. Jahrhundert beginnt. Nur auf diese Weise, durch Erzählen einer langen Geschichte, nicht systematisch, läßt sich erklären (nicht entschuldigen), warum Konzils- und Reformidee sich gegenseitig blockierten und daher das Konzil nicht zeitig zusammengetreten ist, 1521 bis 1525, als es in diesen Entscheidungsjahren der Reformation "menschlich gesprochen nur ein Mittel gab, der Abfallbewegung Einhalt zu gebieten: das Konzil". Daß im Konzil schließlich nicht die Einheit des Glaubens zurückgewonnen wurde, sondern der Trennungsstrich zu den Protestanten markiert werden mußte, war die Folge einer Unsumme kleiner und großer Entscheidungen und Fehlentscheidungen zwischen 1517 und 1545. Diese schildert Jedin nicht einfach als ideengeschichtliches Problem, sondern beschreibt die daran Beteiligten auf jeder Seite mit wirklicher Farbe als verantwortliche Wesen, als lebendige Menschen von Fleisch und Blut. Der große Konzilshistoriker hat keine theologiegeschichtlich orientierte Monographie verfaßt, sondern das Thema "Konzil" in den Mittelpunkt einer großen allgemeingeschichtlichen Synthese gestellt. Das verlangte eigentlich mehr, als ein Einzelner überhaupt zu leisten vermag. Aber, sagt das Vorwort, "ich bin überzeugt, daß von dem Willen und der Kraft zur Synthese die Fortdauer unserer geistigen Existenz abhängt, und daß keine Institution mehr dazu berufen ist, für diese geistige Existenz zu kämpfen, als die katholische Kirche. Ihr entnimmt dieses Buch seine Wertmaßstäbe..." Der

Historiker Jedin ist mit höchstmöglichem Anspruch vor die Welt getreten.

Diese Form von Geschichtsschreibung bezeichnen manche mit dem ziemlich uneindeutigen Begriff eines "Historismus", der auf den Schultern Leopold von Rankes (1795-1876) steht. Jedin gründet auf logisch und empirisch überprüfbaren Tatsachen, beschränkt sich aber nicht mit deren Erzählung, sondern formuliert, vor allem an den Knotenpunkten des Geschehens, unter Rückgriff auf Metahistorisches ("katholische Wertmaßstäbe") deutliche Werturteile. Dabei vermeidet er zweierlei: Erstens führt er die ereignisgeschichtlichen Begebenheiten nicht auf angeblich vorliegende Strukturen zurück. Er orientiert sich nicht an einem theoretisch-systematischen Modell des Geschichtsverlaufs ("historisch-soziologische Methode"). Vielmehr will er allein "jenes Bild der Vergangenheit festhalten, das sich mir durch das Studium der Quellen geformt hat" (Vorwort zu Band II). Das ist - zweitens - erheblich mehr als blanker Positivismus, aber erheblich weniger als kirchenpolitische Parteischrift. Jedin verfolgte mit seiner Konzilsgeschichte "keine konkreten Ziele, weder ökumenische noch kontroverstheologische". Er vermied daher Aussagen in der Richtung eines historischen Optativs, behandelte nicht das Denk-Mögliche, stellte nicht die beliebte Frage Was wäre geschehen (oder: wäre erspart geblieben), wenn: er blieb auf dem Boden der Tatsachen stehen. Auch Kirchengeschichte als Heilsgeschichte müsse das Spekulative ausgrenzen, diese These hat er 1954 ganz deutlich formuliert: "Unsere Wissenschaft hat es ausschließlich mit dem wirklichen Verlauf der Kirchengeschichte zu tun, nicht mit dem Möglichen".

Seine Geschichte des Konzils von Trient, deren Band II 1957 erschien, also noch zu Lebzeiten Pius' XII. (+ 1958), ist keine Programmschrift. Sie ist aber weder in einem luftleeren Raum entstanden noch in einen luftleeren Raum hinein geschrieben worden. Dafür war ihr Autor viel zu leidenschaftlich an seiner Gegenwart interessiert. Daher sollte auch diese Konzilsgeschichte auf das Innerkirchliche einwirken, freilich nur indirekt. Das hat er 1948 in einem Privatbrief unmißverständlich formuliert: "Ich will ja auch die Geschichte des Konzils von Trient schreiben, um durch Einsicht in seine Bedingtheit die Bahn für künftige Entwicklungen freizumachen". Dies ist der "Sitz im Leben" seines monumentalen Werks. Daß wir heute dies, historisch, in die Vorgeschichte des Zweiten Vatikanischen Konzils einordnen müssen, hat damals niemand vorhergesehen, auch der Autor nicht.

Band II, der die Erste Trienter Tagungsperiode (1545/47) behandelt, fand ähnlich große Resonanz wie nach 1949 Band I. Jedin, ein Mann mit allenthalben anerkanntem Namen, war inzwischen fest im universitären und außeruniversitären Wissenschaftsbetrieb etabliert. So war sein großer Vortrag über "Die Entwicklung des Kirchenbegriffs im 16. Jahrhundert" ein Glanzpunkt des Internationalen Historikerkongresses 1955 in Rom.

IV

Am 25. Januar 1959 überraschte Papst Johannes XXIII. (1958-1963) die gesamte Welt mit der Ankündigung eines neuen Ökumenischen Konzils, das dann von 1962-1965 getagt hat, das "Vaticanum II". Diese Ankündigung erfüllte den Konzilshistoriker Jedin, nach heutigem Sprachgebrauch ein konservativer Reformer, mit Begeisterung. Daß die Kirche unzweckmäßig gewordenen Ballast abstoßen solle, um der Gegenwart besser gerecht werden zu können, war ihm aus dem Herzen gesprochen; daß wirkliche Reformen nicht von der Zentrale kommen könnten, sondern des mobilisierenden Schubs eines Konzils bedürften, davon war er aufgrund seiner römischen Erfahrungen überzeugt; daß schließlich seine ureigene wissenschaftliche Domäne jetzt ungeahnte Aktualität erhielt, begrüßte er als eine willkommene Herausforderung, der er auf drei Ebenen Antwort gab.
Schon am 3. Februar notierte er sich, daß ein breites Publikum solide historische Information verlange; Anfang März setzte er sich an die Niederschrift einer "Kleinen Konziliengeschichte". Das Buch war in sechs Wochen fertig, kam im Juni auf den Markt und wurde ein riesiger buchhändlerischer Erfolg: allein in Deutschland sind mehr als 100.000 Exemplare verkauft worden, und es erschienen bald Übersetzungen in alle Weltsprachen, sogar ins Japanische. Es ist kein Zweifel, daß dieser vorzügliche, wissenschaftlich fundierte Überblick über die Geschichte der zwanzig Ökumenischen Konzilien von 325 bis 1870 Jedins Namen über die Fachwelt hinaus einem sehr breiten Publikum bekannt gemacht hat. Die fesselnd und lebensnah geschriebene Konziliengeschichte ist ein wirklicher Wurf. Er konnte sie aus zwei Gründen in so unglaublich kurzer Zeit verfassen: einmal, weil Konzilsgeschichte seit drei Jahrzehnten sein Hauptarbeitsgebiet war; zum andern, weil er seit 10 Jahren in Bonn über die gesamte Kirchengeschichte seit der Väterzeit durch Klarheit und Lebendigkeit ausgezeichnete Vorlesungen gehalten

hatte. Diese waren mit einprägsamen Schlüsselworten und Leitsätzen so gegliedert, daß wirklich Anschaulichkeit erreicht wurde, historische Ekklesiologie jenseits von Skandalgeschichten und theoretischen Idealbildern der Kirche. So verfährt auch seine Konziliengeschichte.

Für einen ganz anderen Adressatenkreis war ein zweites Projekt bestimmt, das kurz vor Konzilsbeginn, im Sommer 1962, fertig war: eine handliche, wissenschaftlich zitierfähige Sammlung der Dekrete aller ökumenischen Konzilien. Diese Aufgabe besorgten seine Bologneser Schüler im Centro di Documentazione unter Giuseppe Alberigo. Jedin steuerte eine Praefatio bei. Das Buch steht noch heute als Standardwerk in jeder dogmen-, kirchen- und kirchenrechtsgeschichtlichen Bibliothek.

Das dritte schließlich war eine ausgedehnte, 1959 einsetzende Vortragstätigkeit über das Thema Konzil, die er bis in die frühen siebziger Jahre hinein ausgeübt hat. Zunächst stand dabei im Vordergrund die Frage, wie sich das kommende Konzil zum Tridentinum und zum Vaticanum I verhalten könne und solle. Darauf antwortete Jedin seit Januar 1961 mit der Formel: das Alte ist "nicht revisionsbedürftig, sondern ergänzungsfähig". Hinter diesem konzilspolitischen Leitsatz steht Jedins konservativer Reformwille, dessen Urteilsbildung auf sachlicher kirchengeschichtlicher Information beruhte. Aus seinen historischen Einsichten leitete er jedoch weder Prognosen noch Programme ab. "Die Kirchengeschichte ist nicht Prophetie. Sie maßt sich nicht an, den verantwortlichen Leitern der Kirche unerbetenen Rat zu erteilen. Sie möchte nur aus der Kenntnis des Vergangenen den Blick in die Gegenwart und auf die Zukunft schärfen", hieß es im Schlußsatz der Kleinen Konziliengeschichte.

In Konzilien geht es um Dogma, um Recht und um Kirchenpolitik; gelegentlich aber muß auf kirchenhistorisches Fachwissen zurückgegriffen werden. Jedin wurde am 23. Dezember 1960 Mitglied einer Vorbereitenden Kommisssion und am 24. September 1962 Peritus des Konzils. Das trug ihm fünf Jahre hindurch erhebliche zusätzliche Arbeitsbelastungen ein; denn die Bonner Lehrstuhlverpflichtungen gingen weiter, ebenso vielerlei wissenschaftliche Aktivitäten, die er in Gang gebracht hatte.

Zwei Dinge beanspruchten ihn vor allem. Das eine war die Zweitauflage des zehnbändigen "Lexikons für Theologie und Kirche", das zwischen 1957 und 1965 erschienen ist. Jedin war Berater für Kirchengeschichte und hat selbst 76 Artikel verfaßt, darunter so große wie "Kirchengeschichte", "Luther" und "Trienter Konzil".

Das zweite war die nicht nur Mühe, sondern auch Ärger bereitende Herausgeberschaft eines umfangreichen "Handbuchs der Kirchengeschichte", dessen Konzeption auf das Jahr 1956 zurückging und deren zehn Bände zwischen 1963 und 1979 erschienen sind. Jedin hat dafür selbst drei große Teile verfaßt: die allgemeine Einleitung in die Kirchengeschichte (I: 1962), die Geschichte der katholischen Reform und Gegenreformation (IV: 1967) sowie eine allgemeine Geschichte des Lebens und Wirkens der Päpste von 1914 bis 1958 und des Zweiten Vatikanums (VII: 1979).
Während des Konzils hat Jedin korrekt seine Sitzungspflichten wahrgenommen und dann, wenn man ihn fragte, seine Meinung gesagt. Aber er war mehr Beobachter als Berater. Zweimal jedoch hat er in Kernpunkten den künftigen Kurs mitbestimmt. Das eine begann mit einem Vortrag aus dem Jahre 1960 über die Bedeutung der Geschäftsordnungen für den Gang des Tridentinums und des Ersten Vatikanischen Konzils. Dieser fiel dem Kölner Kardinal Frings (1887-1978) in die Hände, der Jedin dann mehrfach in dieser Sache konsultierte. Dieses Unterrichts entsann er sich bei seiner berühmten Intervention vom 13. Oktober 1962 in der Peterskirche, welche die kurialen Wahlvorschläge und -modalitäten zu Fall brachte und andere Kandidaten mit einem neuen Wahlsystem kreierte. Das hat allem darauf folgenden Konzilsgeschehen das Gepräge gegeben.
Das zweite war im Dezember 1963, am Schluß der Zweiten Sitzungsperiode, als Paul VI. (1963-1978) den ersten fertigen Konzilstext, die Liturgiekonstitution, promulgieren wollte. Der Papst wollte einerseits die päpstliche Primatialgewalt nicht angetastet wissen und andererseits dem Konzil den nötigen Freiraum belassen, um die noch ungeklärte Frage über das Verhältnis von Papst- und Bischofsamt angemessen beraten zu können. Über diesem vertrackten Kirchenverfassungsproblem wäre das Tridentinum 1563 nahezu gescheitert; 1870 war es unerledigt geblieben. Jedin, dem Montini-Papst aus den dreißiger Jahren auch persönlich bekannt, ist vom Papst in den engsten Kreis der Beratung gezogen worden. Dort hat man schließlich eine ekklesiologisch für beide Seiten, Bischöfe und Papst, vertretbare Formel gefunden, die nichts präjudizierte.

V

Die meisten Konzilsväter waren auf einen Optimismus gestimmt, der von dem heute vorherrschenden Zeitgeist meilenweit entfernt

ist. Auch deshalb hörte man auf Jedin eher, wenn er Ja sagte, als wenn er Bedenken vorbrachte. Vor allem haben die meisten Bischöfe nicht auf seine internen Appelle gehört, als er beim Konzilsende auf die schwere, neue Verantwortung hinwies, die sie sich aufgeladen hätten. Daß die Bewährungsprobe für Konzilien erst komme, wenn das letzte TeDeum verklungen wäre, war ihm als Historiker klar.

Unmittelbar nach dem Ende des Konzils - er hatte sich inzwischen, mit 65, emeritieren lassen - reiste er für ein Jahr in die USA. Als er Europa kurz vor Weihnachten 1965 verließ, hoffte auch er noch durchaus auf künftig größere Attraktivität der Kirche durch konziliare Erneuerung. Seit Ende Oktober 1966 wieder in Bonn, schlug die optimistische Grundstimmung bald in tiefe Besorgnis über die Zukunft der Kirche um. Dieser hat er zunächst intern Ausdruck verliehen. Vom Herbst 1968 an aber ist er mit beschwörenden Warnungen vor der Preisgabe disziplinärer und dogmatischer Traditionen an die kirchlichen Behörden wie an die Öffentlichkeit herangetreten. Eine im "Lebensbericht" 1984 abgedruckte Eingabe an die Deutsche Bischofskonferenz vom 16. September 1968 bringt diese Dinge auf den Punkt und verlangt vom Episkopat ein Ende des Laufenlassens, des Tolerierens der Verschiebung des Glaubensbewußtseins in Liturgie und Verkündigung, des Hinwegsehens über dogmatischen Abweichungen von Theologen. Was Jedin vom nachkonziliaren Progressismus trennte, war die Rolle, die das Zweite Vatikanische Konzil spielte. Für ihn kam es darauf an, daß dessen Beschlüsse getreu ausgeführt würden; aber er wehrte sich dagegen, die Konzilsbeschlüsse als Hebel zu benutzen, um weiterführende Veränderungen in Gang zu bringen. Der Führungsstil mancher Inhaber maßgebender kirchlicher Ämter empörte ihn geradezu.

VI

Als Emeritus war Jedin von den Gegenwartsverhältnissen weniger unmittelbar betroffen als früher. Aber er hat sich in den letzten zwölf Jahren seines Lebens an vielen Dingen seiner Zeit gerieben - kirchlich wie politisch. Das blieb nicht verborgen und führte auch wieder zu Kritik an ihm, zum Teil auch zur Distanzierung von solchen, die er bis 1965/66 als Weggenossen eingeschätzt hatte und die ihn ähnlich gekannt zu haben meinten. Da er im Grunde das Gegenteil einer kämpferischen Seele war, sondern ein weicher

Mensch, der Prinzipientreue mit Harmonie verbinden wollte, hat ihn solches Auseinanderleben zuweilen sehr belastet. Er ist aber an der Richtigkeit seines Urteils nicht irre geworden. "Man gewöhnt sich im Alter daran, falsch verstanden zu werden", schrieb er in einem Privatbrief 1978. Dies ist der biographische Hintergrund der Jahre, in denen Jedin seine monumentale Konzilsgeschichte vollendete: Der Autor stand abseits und quer zu den Modeströmungen der späten sechziger und der siebziger Jahre. Aber er brachte die geistige Zucht auf, seine Darstellung von seinen Sorgen freizuhalten. In den Bänden III (1970) und IV (1975) fehlt jedes direkte Pro oder Contra hinsichtlich dessen, was kirchlich aktuell war, als das Manuskript entstand.

Dies hat dazu beigetragen, daß die letzten Bände in der Öffentlichkeit kaum und in der Fachwelt erheblich weniger beachtet worden sind als die beiden ersten. Sie stehen hinter diesen, was die breite Heranziehung und gedankliche Verarbeitung der Quellen, die Lebendigkeit der Darstellung und die Schlüssigkeit der Argumentation betrifft, in keiner Hinsicht zurück; und sie hatten ihn nicht weniger Kraft gekostet, eher noch mehr. Aber er hat es als seine Pflicht betrachtet, das Begonnene zu Ende zu führen, auch, nachdem ihn ein totaler Kollaps Ende November 1973 an den Rand des Todes geführt hatte. Daß ihm schließlich die Lebensleistung gelungen ist, im Alter von 75 Jahren seine Konzilsgeschichte zu vollenden, hat ihn mit berechtigtem Stolz erfüllt.

Er wußte natürlich gut, daß die historische Bedeutung seines Sujets, des Tridentinums, durch das Vaticanum II von Grund auf verändert worden ist. Trient ist nicht mehr direkte Norm des Handelns, sondern in weiten Teilen "Geschichte" geworden. Von dieser veränderten Funktion hat Jedin im Vorwort zu Band IV ausdrücklich gesprochen. "Als ich den Entschluß faßte, die Geschichte des Konzils von Trient zu schreiben, schien diese durch das Bekanntwerden der wichtigsten Quellen aus dem jahrhundertelangen Streit der Konfessionen heraus in die kühlere Atmosphäre unparteiischer Geschichtsschreibung gerückt. Jetzt, da ich das Werk aus der Hand lege, ist dieses Konzil von neuem in den Mittelpunkt kirchlicher Auseinandersetzungen getreten, aber weniger konfessioneller als innerkatholischer. Aus der Sicht des Ökumenismus und katholischer Selbstbesinnung nach dem II. Vatikanischen Konzil wird es von den einen als Hindernis zur Wiedervereinigung der christlichen Kirchen, von anderen als Bollwerk gegenreformatorischer Gesinnung, von wieder anderen als Inbegriff echter katholischer Tradition betrachtet".

Ob der Autor, der von diesem Konzil mehr wußte, als irgendeiner seiner Leser, dieser oder jener der drei Gruppen zuneige oder keiner von diesen, ist damit nicht gesagt; er selbst hielt eine solche Frage auch für falsch gestellt. "Dieses Buch", fährt er fort, "greift in diesen Parteienstreit nicht direkt ein, es ist in keiner Beziehung eine Streitschrift. Aber es läßt Tatsachen sprechen. Der aufmerksame Leser, den ich diesem Buche wünsche, wird bei der Lektüre nicht weniger bestürzt sein als der Autor, wenn er innewird, wie vieles, ja fast alles, was damals die Menschen erregte, uns heute wieder aufgegeben ist". Und er endet mit dem Satz: "Die Ereignisse und Tatsachen, die hier vorgeführt werden, sprechen für sich. Ihre Sprache ist für den, der sie hören will, eindeutig". Man könnte diesen Gedanken auch anders formulieren und sagen: Nach Jedin liefert die Geschichte des Konzils von Trient, die hier umfassend, nach den besten Quellen und auf höchstem gedanklichen Niveau, mit äußerstem Streben nach Gerechtigkeit des Urteils erzählt worden ist, kein Aktionsprogramm für das nachkonziliare 20. Jahrhundert. Aber ein heutiges Handlungsprogramm, das die geschichtlichen Erfahrungen dieses Konzils unberücksichtigt ließe, wäre blind.

VII

Auch in den letzten Jahren seines Lebens, als schließlich die Kräfte deutlich nachließen, ist Jedin, wie sein Schriftenverzeichnis ausweist, nicht untätig geblieben. Er hat insofern sein Haus bestellt, als er in den späten siebziger Jahren eine Reihe kleinerer autobiographischer Vorveröffentlichungen publizierte, die Teil seines posthum erschienenen "Lebensberichtes" geworden sind, einer Hauptquelle für unser Lebensbild.

Als Hubert Jedin am 16. Juli 1980 starb, waren die meisten Menschen, die ihn gekannt hatten, sich bewußt, daß dieser Gelehrte und Lehrer, der zugleich Seelsorger und Priester gewesen ist, zu den Großen gehöre. Die Predigt in seinem Sterbeamt schloß mit einem Zitat aus einem Jedin-Aufsatz des Jahres 1969, gewissermaßen einer Summe seines Lebens. Es heißt: "Nicht die verdienen Glauben, die uns überreden wollen, die Geschichte der Kirche sei nur eine Kette von Fehlern und Fehlentwicklungen ... Wir stehen in Kirche und Welt vor ganz neuen Aufgaben. Wir werden sie nicht lösen, wenn wir nicht die Bescheidenheit aufbringen, aus der Erfahrung der Jahrhunderte zu lernen".

Karl Rahner SJ (1904-1984)

Als Karl Rahner SJ am 30. März 1984 in Innsbruck verstarb, mußte die glaubend-pilgernde Kirche ebenso wie die wissenschaftlich reflektierende Theologie von einem der Großen in der Reihe der Theologen unseres Jahrhunderts Abschied nehmen. Denn Karl Rahner war nicht minder begnadeter Seelsorger als genialer Wissenschaftler. Im Nachruf auf seinen Lehrer unternimmt Karl Lehmann, einer seiner bekanntesten Schüler, den Versuch, rückblikkend noch einmal die ambivalenten Konturen dieses Denkens und Lebens herauszuheben. Im Spannungsfeld zwischen der hochkomplexen theologisch-wissenschaftlichen Theorie einerseits, die Karl Rahners Denken und Sprache nicht wenigen Zeitgenossen kompliziert und unzugänglich erscheinen ließ, und der existentiellen Einfachheit und Treue des gelebten Glaubens andererseits erkennt er jene kreative und überzeugende Verbindung, die Karl Rahners Lebenswerk zu Recht als einen bleibenden Bestandteil in der Bilanz der Theologie unseres Jahrhunderts etablierte: "Auch die tiefsinnigste Reflexion dieses Theologen darf nie vergessen lassen, daß er von Anfang an um die Uneinholbarkeit des konkreten Lebensvollzuges und um die Unersetzbarkeit gelebten Glaubens durch wissenschaftliche Erkenntnis weiß. In der Herzmitte dieser Spiritualität lebt eine große Leidenschaft für die Unermeßlichkeit und Unbegreiflichkeit dessen, was wir 'Gott' nennen. Aus diesem stets lebendigen Quellgrund schöpft Rahners Theologie immer wieder ihre ganze Dynamik, zerbricht sie immer wieder die Krusten aller theologischen Begriffe und findet stets wieder zurück in eine sie verjüngende Unerschöpflichkeit des Denkens, der Meditation, der spirituellen und theologischen Rede. Diese fundamentale Erfahrung ist auch der Grund dafür, daß Karl Rahner die großen Themen der klassischen 'theologia negativa': das Nichtwissen Gottes und Gott als das 'Geheimnis' von Anfang an ... und bis in die letzten Verästelungen seines Denkens hinein als wohl entscheidendes Lebenselement seines Denkens bewahren konnte" (Bayerischer Rundfunk, "Katholische Welt" am 1. April 1984).

I

Geboren wurde Karl Rahner am 5. März 1904 in Freiburg im Breisgau. Sein Vater, Gymnasialprofessor Karl Rahner (1868-1934), der zunächst in Pfullendorf und Emmendingen am Gymnasium und ab 1908 in Freiburg in der Lehrerausbildung tätig war, und seine Mutter Luise Rahner (1875-1976) waren gleichermaßen auf die intellektuelle Entwicklung und Bildung ihrer sieben Kinder bedacht, wie sie auf eine ansprechende und aufgeschlossene kirchliche Atmosphäre in der Familie Wert legten. Der Weg aller sieben Kinder führte konsequent zum Abitur und Studium. Zwei von ihnen, der um vier Jahre ältere Bruder Hugo Rahner (1900-1968) und Karl Rahner, wandten sich der wissenschaftlichen Theologie und dem Jesuitenorden zu. Nach dem Entschluß zum Eintritt in das Noviziat der Societas Jesu im Jahr 1922 - eine Entscheidung, für die Karl Rahner eine Vorbildfunktion des älteren Bruders nachdrücklich und wiederholt ausschließt - folgte zunächst die zweijährige Noviziatszeit in Feldkirch in Vorarlberg und nach einer vierteljährigen Weiterbildung das dreijährige Philosophiestudium in Feldkirch (1924-1925) und Pullach bei München (1925-1927). Das anschließende Junioratsmagisterium (1927-1929) führt ihn wieder nach Feldkirch-Tisis und bringt dort über zwei Jahre die Verpflichtung u. a. zum Lateinunterricht mit sich. Das Theologiestudium (1929-1933) wird daraufhin an der Ordenshochschule in Valkenburg in Holland absolviert. Am 26. Juli 1932 empfängt Karl Rahner in München, St. Michael von Kardinal Faulhaber die Priesterweihe.

II

Die wissenschaftliche Laufbahn gestaltet sich nicht ohne Brüche. Dem ursprünglichen Plan der Ordensoberen zufolge sollte Karl Rahner in Freiburg i. Br. in Philosophie promovieren, um später Philosophiegeschichte zu dozieren. Zwar beginnt er 1934 an der Freiburger Universität das Promotionsstudium, doch wird der Entwurf seiner Dissertationsschrift "Geist in Welt" vom Doktorvater Martin Honecker abgelehnt. Rahner selbst verwendet später im Rückblick auf dieses Ereignis ironisch das Wort "durchgefallen". Infolge von notwendig gewordenen Stellenumdispositionen im Orden wird Karl Rahner von der ursprünglich geplanten philosophischen auf eine neue theologische Schiene gesetzt. Sehr rasch erfolgt

daraufhin seine theologische Promotion in Innsbruck mit der dogmatischen Arbeit "»E latere Christi«. Der Ursprung der Kirche als zweiter Eva aus der Seite Christi des zweiten Adam. Eine Untersuchung über den typologischen Sinn von Jo 19, 34" (19. Dezember 1936) und unmittelbar anschließend seine Habilitation für das Fach Dogmatik (1. Juli 1937) mit einer Reihe von bereits früher begonnenen patristisch-dogmengeschichtlichen Arbeiten.
Nach Promotion und Habilitation gibt Rahner ab dem Wintersemester 1937/38 als Privatdozent an der Theologischen Fakultät in Innsbruck seine ersten Vorlesungen. Die Lehrtätigkeit in Innsbruck erstreckt sich insgesamt bis zum Jahr 1964 mit Ausnahme der durch den Zweiten Weltkrieg und das nationalsozialistische Regime erzwungenen beinahe zehnjährigen Unterbrechungen: Die Theologische Fakultät der Universität Innsbruck wird 1938 von den Nazis aufgehoben. Unmittelbar nach dem Profeßgelübde, das Karl Rahner am 15. August 1939 in St. Andreä im Lavanttal/Kärnten ablegt, wird auch das Innsbrucker Jesuitenkollegium im Oktober 1939 aufgelöst und ein "Gauverbot" durch die NS-Behörden verhängt. Die theologische Lehre kann allerdings teilweise in Sion im Wallis weitergeführt werden. Rahner geht auch aufgrund von Sicherheitserwägungen der Ordensoberen 1939 nach Wien, wo er bis 1944 als Ordinariatsrat und Mitarbeiter am Seelsorgeinstitut der Erzdiözese Wien tätig ist und sich durch Predigten, Vorträge, Kurse und Exerzitien in der Arbeit des Seelsorgeinstituts unter Prälat K. Rudolf engagiert. Über das Kriegsende hinweg wird er vorübergehend auch in der praktischen Seelsorge in Mariakirchen in Niederbayern mit besonderem Blick auf die Flüchtlingspastoral eingesetzt, lehrt gleichzeitig bis 1948 nach eigenen Worten "Nottheologie" am Berchmannskolleg in Pullach bei München und gibt theologische Kurse im Bildungswerk München.
Produktive wissenschaftliche Arbeit war in diesen zurückliegenden zehn Jahren nur in höchst eingeschränktem Rahmen möglich. Neben einigen grundlegenden dogmatischen Aufsätzen über Fragen der Gnadentraktates, des Gottesbegriffs und der theologischen Anthropologie, wie sie im ersten Band der "Schriften zur Theologie" zusammengestellt sind, fallen in diese Zeit vor allem intensive Studien zur Bußgeschichte und Systematik der Bußtheologie, die später im elften Band der Schriften publiziert wurden. Von unübersehbarer Bedeutung sind in den ersten Nachkriegsjahren vor allem die spirituellen Schriften Karl Rahners. Insbesondere die Fastenpredigten "Von der Not und dem Segen des Gebetes", die im kriegszerstörten München des Jahres 1946 gehalten wurden, gehören nicht

nur zu den meistgelesenen, in über hunderttausendfacher Auflage allein im deutschen Sprachraum verbreiteten Veröffentlichungen Karl Rahners, sondern zugleich zu den existentiell beeindruckendsten und geistlich hilfreichsten Handreichungen seiner Theologie. 1948 wird Rahner wieder Dozent an der Theologischen Fakultät in Innsbruck und am 30. Juni 1949 zum Ordentlichen Professor für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Universität Innsbruck ernannt.

III

Karl Rahners wissenschaftlich produktivste und erfolgreichste Lebensphase beginnt in den 50er Jahren. Es sind zunächst die ersten beiden Sammelbände der "Schriften zur Theologie" (1954-1955), die erstmals weitverstreute und bis dahin nur einem eng umgrenzten theologischen Fachpublikum vertraute Veröffentlichungen Karl Rahners zusammenfaßten und systematisiert einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machten. Die Resonanz, die diese Publikationen auslösten, war durchschlagend. Die im ersten Band erklärte Absicht, "junge Theologen in der Überzeugung zu bestärken, daß die katholische Dogmatik keinen Grund hat, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, daß sie vielmehr weiterkommen kann und muß und zwar gerade so, daß sie dabei ihrem eigenen Gesetz und ihrer Überlieferung treu bleibt", entwirft ein wegweisendes Programm, das einerseits ohne oberflächliche Anpassungsmanöver an den jeweils gerade geltenden modischen "Zeitgeist" in Verpflichtung und erklärter Treue zur überlieferten Glaubenssubstanz der Kirche Theologie treiben will, andererseits aber erklärtermaßen alle Verkrustungen, Unebenheiten und Berührungsängste einer festgefahrenen "Schultheologie" durch Konfrontation und gezielte Integration der Erkenntnisse der modernen Philosophie und Exegese wie auch der human-, sozial- und naturwissenschaftlichen Forschung aufzubrechen und zu überwinden beabsichtigt. Das Bestechende und zugleich Faszinierende dieses mit dem Werk Karl Rahners initiierten neuen theologischen Aufbruchs besteht wohl darin, daß sich hier in der theologisch-wissenschaftlichen Sphäre zeitgemäße Offenheit und "intellektuelle Redlichkeit" im Umgang mit den drängenden Fragen der "Kirche in der Welt von heute" ebenso überzeugend verbinden, wie im persönlich-spirituellen Bereich geistliche Grundsatztreue und ehrliche Aufgeschlossenheit im Umgang mit den existentiellen menschlichen Lebensfragen das Interesse und Vertrauen

gerade moderner kritischer Christen zu wecken vermögen. Insbesondere die im dritten Band der Schriften unter dem Thema "Zur Theologie des geistlichen Lebens" gebotenen Beiträge begegnen den drängenden Fragen und Erwartungen vieler Christen Europas in der Umbruchssituation und Orientierungskrise der Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg und entsprechen der Notwendigkeit einer "heutigen" Theologie und Spiritualität, "mit der man wirklich leben kann." Hier wird der entschlossene Versuch erkennbar, das traditionelle Glaubensgut der Kirche wieder neu, kreativ und fundamental zu durchdenken und gerade dadurch die innere Fruchtbarkeit des bislang brachliegenden "depositum fidei" einer breiten Schicht interessierter Zeitgenossen in moderner Sprache und Denkform zugänglich zu machen.
Karl Rahners Bekanntheitsgrad und Publikationserfolge steigern sich in den folgenden Jahren beträchtlich. Bis zum Herbst 1979 liegen 14 Bände der "Schriften zur Theologie" vor, im Jahr 1983 sind es insgesamt 16. Übersetzungen in alle wichtigen Kultursprachen der Welt kommen in Gang. Gleichzeitig beginnt Mitte der 50er Jahre in Kooperation mit Josef Höfer die jahrelange intensive Arbeit an der Zweiten Auflage des 10 Bände umfassenden "Lexikons für Theologie und Kirche" (1957-1965), das nach Beendigung des Zweiten Vatikanischen Konzils um drei Supplementbände mit autorisiertem Text und Kommentar der Konzilsdokumente erweitert wird. Zusammen mit Heinrich Schlier begründet Rahner 1957 die Reihe der "Quaestiones disputatae", von denen bis zu seinem Tod im Jahr 1984 101 Bände vorliegen. Es folgt die Herausgabe der pastoraltheologischen Aufsatzsammlung "Sendung und Gnade" (Ersterscheinung 1959) und darauf die Konzeption und Edition eines neuen "Handbuchs der Pastoraltheologie", das in den Jahren 1964-1969 in 5 Bänden erscheint. Darüber hinaus zeichnet Karl Rahner zusammen mit Adolf Darlapp als Herausgeber und Autor einer beträchtlichen Ansammlung von grundlegenden Artikeln des "Sacramentum mundi. Theologisches Lexikon für die Praxis" in 4 Bänden verantwortlich und ebenfalls als Mitherausgeber der "Internationalen Dialog Zeitschrift" zusammen mit Herbert Vorgrimler. Mit erstaunlicher Energie und Produktivität folgt ein wissenschaftlicher Beitrag dem anderen. Auch die internationale Reputation wächst. Beinahe sämtliche mitteleuropäischen und viele amerikanische und asiatische Universitäten und Akademien überschlagen sich mit Vortragseinladungen an Karl Rahner. Es gibt kaum eine europäische Universität von Rang und Namen, vor der Rahner nicht gesprochen hätte.

Eine systematische Synthese seines theologischen Denkens legt Rahner schließlich 1976 mit dem "Grundkurs des Glaubens" vor, der sich seiner didaktischen und wissenschaftstheoretischen Konzeption entsprechend als "Einführung in den Begriff des Christentums" versteht. Auf einer "ersten Reflexionsstufe" soll die Summe christlicher Theologie aufgeschlossenen Lesern präsentiert werden, welche einerseits die Hegelsche "Anstrengung des Begriffs" nicht scheuen, andererseits aber angesichts der komplexen modernen Problemlagen in "intellektueller Redlichkeit" glauben möchten. Bei Lichte besehen, bietet der "Grundkurs des Glaubens" allerdings nicht mehr und nicht weniger als eine gereifte und hochkomplexe systematische Darstellung der Rahnerschen Theologie in Endform. Allein der publizistische Erfolg dieses Werkes ist trotz des hohen sprachlichen und wissenschaftlichen Anspruchs erstaunlich: Innerhalb von zwei Jahren, bis Ende 1978, liegen 10 deutsche Auflagen und 4 fremdsprachige Übersetzungen vor. Zugleich bestätigt aber dieser Erfolg die weitreichende Ansprechbarkeit moderner Menschen im internationalen Raum für eine Theologie, die in gewissenhafter intellektueller Verantwortung den Schatz traditioneller Theologie für moderne Fragen und Problemstellungen zu öffnen und fruchtbar zu machen versucht.

IV

Eine bedeutende Wegmarke der theologischen Wirksamkeit Karl Rahners bildet seine Mitarbeit und Beratertätigkeit vor und während des Zweiten Vatikanischen Konzils. Bereits vor Beginn des Konzils wurde Rahner im Jahr 1960 zum Berater der Sakramentenkommission ernannt, jedoch in dieser Funktion nie konsultiert. Am 22. März 1961 erfolgt darauf die Ernennung zum Konsultor der Konzilsvorbereitungen durch Papst Johannes XXIII. Kardinal Franz König aus Wien macht ihn schon frühzeitig zu seinem theologischen Berater und eröffnet ihm dadurch die Möglichkeit, von Anfang an als Experte in der theologischen Kommission mitzuarbeiten, bevor im Oktober 1962 die offizielle Ernennung zum Peritus des Konzils durch Johannes XXIII. ausgesprochen wird. Später griff auch der Münchener Kardinal Julius Döpfner in breitem Umfang auf Rahners Zuarbeit als Berater in theologisch-dogmatischen Fragen zurück und erhöhte dadurch sein Gewicht. Diese gestärkte Position ermöglichte Rahner zweifelsohne die maßgebliche Mitwirkung an einigen wegweisenden Sternstunden bereits zu Beginn des

Konzils, insbesondere, als die Mehrheit der deutschen, französischen und holländischen Bischöfe im Herbst 1962 durch die Wahl der bischöflichen Mitglieder der Konzilskommissionen und durch die Abweisung des Schemas "De fontibus revelationis" und weiterer von römischer Seite bereits fix und fertig präparierter Schemata eine grundlegend wichtige Vorentscheidung für den völlig neuen Gang des Zweiten Vatikanischen Konzils setzten. Der einzigartige "Geist" des Konzils, das Programm Johannes' XXIII., "die Türen zur Welt weit aufzustoßen", vor allem aber die in "Gaudium et spes", der "Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute" forcierten und formulierten neuen Ideen des Dialogs, des "aggiornamento" und der Interpretation der "Zeichen der Zeit" wären ohne diese wegweisenden Vorentscheidungen bereits am Beginn der Konzilssessionen nie Realität geworden.

Karl Rahners direkter und indirekter Einfluß auf dem Konzil läßt sich keineswegs nur formaliter auf einzelne Sätze, Begriffe oder Ideen eingrenzen bzw. reduzieren, die aus seiner Feder stammen und in die Dokumente Eingang fanden. Vielmehr beginnt seine nachhaltige indirekte Wirkung bereits in der vorkonziliaren Phase durch die weltweite Rezeption vieler seiner theologischen Publikationen. Sein Einfluß setzt sich fort in der intensiven Sachdiskussion und Zusammenarbeit mit profilierten Bischöfen und mit den übrigen theologischen "Autoritäten" auf dem Konzil, wie Y. Congar, E. Schillebeeckx, J. Ratzinger, M.-D. Chenu, Ch. Moeller, G. Philips und auch H. Küng, in zahlreichen Vorträgen vor den verschiedenen Bischofskonferenzen zu diversen Themen des Konzils, in denen die Bischöfe informell hilfreiche und klärende Unterstützung in der Entscheidung mancher "quaestio disputata" bezogen, ferner in der intensiven theologischen Beratung und teilweise häufigen Überarbeitung diverser "relationes", "modi" und "intercessiones" in gekonnt stilisierter lateinischer Sprache und schließlich in der autorisierten Edition und Interpretation der Konzilstexte, die sich in den drei Supplementbänden des "Lexikons für Theologie und Kirche" und in dem zusammen mit H. Vorgrimler unmittelbar nach Beendigung des Konzils herausgegebenen "Kleinen Konzilskompendium" finden. Diese Veröffentlichungen besitzen bis heute bahnbrechende Funktion für die faktische Verbreitung und Umsetzung der Konzilsbeschlüsse in der wissenschaftlichen Theologie und pastoralen Praxis.

Rahners Einfluß und Beratertätigkeit auf dem Konzil war wie das II. Vatikanum selbst nie unumstritten. Bereits vor Beginn des Konzils hatten bestimmte "ultrakonservative Kreise" - wie Karl

Lehmann sie nannte - versucht, Rahner zu diskreditieren, um seine Aktivitäten und Einflußmöglichkeiten im Blick auf dieses Ereignis zu begrenzen. Ein kritischer Vortrag auf dem Österreichischen Katholikentag am 1. Juni 1962 in Salzburg unter dem Thema "Löschet den Geist nicht aus!" bot lediglich den äußeren Anlaß, um Rahner im Rahmen der Vorzensur durch das "Hl. Offizium" ein ominöses "Schreibverbot" aufzuerlegen, das effektiv nie zur Geltung kam. Insofern erscheinen aus nachträglicher Sicht die Unterschriftsammlungen der "Paulusgesellschaft", zahlreiche Unterstützungsadressen prominenter deutschsprachiger Katholiken, angeführt selbst von Konrad Adenauer, und diverse Interventionen deutscher Bischöfen unangemessen aufgeregt, obwohl das Schreibverbot zwar nie formell aufgehoben, durch Johannes XXIII. aber in Hinblick auf die unverzichtbare wissenschaftliche Zuarbeit Karl Rahners bei wichtigen theologischen Projekten entkräftet wurde und insgesamt schlichtweg wirkungslos blieb.

V

Für den Theologen, Priester und Jesuiten Karl Rahner war es einerseits eine fraglose Selbstverständlichkeit, für seine Kirche in loyaler Treue einzustehen und im Konfliktfall ihre Entscheidungen dem Geist des Hl. Ignatius entsprechend im Gehorsam anzunehmen. So kommentiert er in den autobiographischen Bemerkungen zu seinem "Lebenslauf" in der Zeitschrift "Der Entschluß" 31 (1977) die indigniert-eitle Haltung manch "jüngerer Theologen heute" mit einem gewissen Unverständnis. "Das Interessante an dieser Sache ist, glaube ich, daß wir von unserer alten traditionellen Einstellung zur Kirche und zu ihrem Amt her solche Dinge vielleicht anders und weniger tragisch empfunden haben, wie das vielleicht jüngere Theologen heute empfinden. Sehen Sie, es wäre durchaus denkbar gewesen, daß ich als Theologieprofessor in Innsbruck abgesägt worden wäre. Das ist nie eingetreten, aber man kann ruhig sagen: mit so was mußte ich in den fünfziger Jahren durchaus rechnen, ohne daß es etwas besonderes hätte bedeuten müssen. ... Wenn ich damals abgesägt worden wäre oder ein wirklich sich effizient auswirkendes Schreibverbot bekommen hätte, dann hätte ich eben das zur Kenntnis genommen und hätte etwas anderes getan, hätte etwa Exerzitien geben können oder predigen können oder Beichte hören können oder Missionar in Indien oder Brasilien werden können. Das hätte man durchaus alles nicht so

vernichtend und tragisch empfunden wie das vielleicht heute ein Theologieprofessor empfunden hat. ... Ich werde doch meinen Priesterrock nicht ausziehen deswegen, weil ich nicht mehr in einer amtlichen Stelle Theologie dozieren kann. Ich würde eine solche Verfügung für sehr ungerecht, sehr dumm, sehr primitiv, sehr albern empfinden, aber weiter würde sich zur Kirche und zu meinem Orden nichts ändern".

Auf der anderen Seite beförderten allerdings manche Verwerfungen, Einseitigkeiten und Mißverständnisse vor allem der nachkonziliaren kirchlichen Gesamtlage genügend Potential und Zündstoff für polemische Auseinandersetzung, Widerspruch und Kritik in und an der Kirche herauf. Die jahrelange Diskussion mit Hans Küng und dessen Buch "Unfehlbar?" (1970) ist ein Indiz dafür, wie nicht nur die bislang gängigen Attribute konservativ und progressiv in der Theologie zusehends verschwammen, sondern die Lage insgesamt unübersichtlicher und das Gespräch zugleich ideologischer zu werden begann. Die Sorge, daß die Kirche auf dem Reformweg des Zweiten Vatikanischen Konzils erlahmen könnte oder manche Kräfte das Rad der Geschichte gar zurückdrehen wollten, bewog Karl Rahner zu der leidenschaftlichen Überzeugung, rückschrittlichen Tendenzen in Theologie und Kirche entgegentreten zu müssen. Vor allem der Streit um die Aufgaben und Ziele der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1975 führte zu einer Reihe selbst für seine engeren Anhänger kaum nachvollziehbarer Positionen. Neben den pointiert kirchenreformerischen Postulaten, die Rahner in der Publikation "Strukturwandel der Kirche als Aufgabe und Chance" (1972) erhebt, war es vor allem sein forciertes Engagement in der Auseinandersetzung um die Einstellung der Wochenzeitung "Publik", insbesondere der verschärfte Streit mit Karl Forster und Kardinal Joseph Höffner, der Rahner zusehends ins resignative kirchenpolitische Abseits brachte. Der zusammen mit Karl Lehmann 1973 herausgegebene Band "Marsch ins Getto?" erscheint in diesem Zusammenhang sowohl als Indiz für die damalige Grundbefindlichkeit Karl Rahners als auch seiner Einschätzung der Situation der deutschen Katholiken auf dem vermeintlichen Weg ins Getto.

Ohne Zweifel hat Rahner in seinen letzten Lebensjahrzehnten nicht nur ursprünglich loyale Gefolgsleute, sondern auch manche guten Freunde verloren. Denn viele seiner späten "Zwischenrufe" lassen das ausgewogene Verhältnis im Urteil und die streng sachliche Reflexion früherer Zeiten vermissen und sind nicht selten verbitterter Ausdruck einer gewissen Resignation, zuweilen auch einer

dezidierten, sogar verletzenden Schärfe und gewollten Einseitigkeit. Man mag die Strenge und entblößende Unmittelbarkeit, auch die harsche und teilweise polemische Kritik seiner späten Beiträge mit dem "Zorn der alten Männer in der Kirche" (Bernhard Häring) rechtfertigen, verurteilen oder auch verstehen können. Nach Karl Lehmanns Überzeugung sollte man jedoch bei aller angemessenen Kritik und Distanzierung von einigen problematischen, wohl auch überzogenen Aussagen Karl Rahners das Gesamtwerk im Auge behalten, diese unschätzbaren Leistungen und Verdienste um die Kirche in schwieriger Zeit, und dabei eines nicht vergessen: "Die energischen Zwischenrufe und die Klagen über eine erneute Unbußfertigkeit des kirchlichen Systems kommen aus einem verwundeten Herzen, das die Kirche auch der Gegenwart mit demselben leidenschaftlichen Eifer liebt wie bisher".

VI

Die universitäre "vita academica activa" Karl Rahners nimmt im letzten Lebensquartal noch einmal zwei bedeutende Wendungen. Am 1. April 1964 verläßt er Innsbruck und nimmt - unmittelbar nach seinem 60. Geburtstag - den Ruf auf den Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie in der Nachfolge Romano Guardinis an der Universität München an. Über die Gründe mancher Mißverständnisse, Konflikte und Mißerfolge dieser Münchener Zeit Karl Rahners läßt sich im nachhinein nur unzureichend spekulieren. War die Zeit der "Weltanschauungsprofessuren" bereits vorüber und ein Anknüpfungsversuch an die Guardini-Tradition von vornherein aussichtslos? Waren es die unendlich vielen Verpflichtungen im Zusammenhang des Konzils, die seinen Aufenthalt in München zusehends belasteten? Oder war es das geistige und literarische Genie und Gepräge Romano Guardinis, dem Karl Rahner in der Lehrstuhlnachfolge durch seine ihm eigene Denkform wohl Gleichwertiges, aber nie Gleichartiges entgegenzusetzen vermochte. Die Ablehnung seines Antrages auf Promotions- und Habilitationsrecht durch die Münchener Theologische Fakultät stellt somit wohl nicht mehr als nur den äußeren Anlaß zu einer Neuorientierung dar.
Nicht unerwartet nimmt Rahner am 1. April 1967 einen Ruf als Ordentlicher Professor für Dogmatik und Dogmengeschichte an die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Münster an, die ihm bereits drei Jahre zuvor, am 13. Mai 1964, den ersten seiner

insgesamt 15 Ehrendoktoren verliehen hatte. Vom 1. April 1967 bis zum Zeitpunkt seiner Emeritierung am 3. September 1971 lehrt Karl Rahner Dogmatik und Dogmengeschichte in Münster. Den Ausklang seiner aktiven universitären Lehrtätigkeit läuten schließlich zwei Honorarprofessuren ein: 1971 eine Honorarprofessur für Grenzfragen von Theologie und Philosophie in München und 1972 eine Honorarprofessur für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck.
Geprägt ist diese Zeit durch viele Ehrungen, Preise und Würdigungen, welche die überwältigende Wertschätzung der wissenschaftlichen und kulturellen Leistung Karl Rahners auch auf internationaler Ebene zum Ausdruck bringen, darunter der begehrte Romano-Guardini-Preis der Katholischen Akademie in Bayern, das große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland, die Mitgliedschaft im Orden Pour le Mérite für Wissenschaft und Künste der Bundesrepublik Deutschland, die Ehrenmitgliedschaft der American Academy of Arts and Sciences in Boston/USA, der Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa und Dichtung in Darmstadt, die Lorenz-Werthmann-Medaille des Deutschen Caritasverbandes, der Champion Award des Catholic Book Club of America, der Kardinal-Innitzer-Preis und die Discovery Award Medal der Marquette University Milwaukee/USA. Gleichzeitig ist diese Lebensepoche einerseits von angestrengter wissenschaftlicher Arbeit erfüllt, die insbesondere dem Abschluß des "Grundkurses" gilt, und darüber hinaus von einem Überangebot von Einladungen und Terminen verschiedenster universitärer, kirchlicher und publizistischer Gruppierungen begleitet, die in Vorträgen, Interviews und Gesprächen Rechenschaft und Auskunft über die spirituelle Lebenssumme des "Grand seigneur" der zeitgenössischen Theologie erbitten. Das örtliche Lebensumfeld Karl Rahners ändert sich zum Lebensabend noch zweimal: 1971 nimmt er im Zusammenhang mit der Honorarprofessur an der Hochschule für Philosophie seinen Wohnsitz in München und siedelt dann 1981 endgültig nach Innsbruck um, wo er im Jesuitenkolleg in der Sillgasse wohnt. Am 30. März 1984 ist Karl Rahner in Innsbruck verstorben.

VII

Karl Rahners theologisches Werk gehört zweifellos zu den beeindruckendsten theologischen Entwürfen der zeitgenössischen Epoche. Der Grund für die weitreichende Wertschätzung seines

Schaffens liegt sicherlich einmal in der zuweilen zwar unkonventionellen, aber in einer Zeit geistes- wie kirchengeschichtlich bedeutsamer Umbrüche weitsichtigen und wegweisenden Beantwortung neu entstandener Fragen der theologischen Tagesordnung, wie sie etwa in seinen Beiträgen zu den "Quaestiones disputatae" und thematisch geordnet in den sechzehn Bänden seiner "Schriften zur Theologie" dokumentiert sind. Darüber hinaus gehört der systematische Entwurf seiner "anthropologisch gewendeten" transzendentalen Theologie, wie er zusammengefaßt im "Grundkurs des Glaubens" dargelegt ist, zum bleibenden Grundbestand einer Bilanz der Theologie des 20. Jahrhunderts.
Mit der Begrifflichkeit Romano Guardinis ausgedrückt, war es immer die "Sorge um den Menschen", die ihn zeitlebens bewegte, alles theologische Fragen und Denken beim Menschen anzusiedeln, alle theologischen Gegenstände, von der Gnadenlehre bis zur Trinität, von der Christologie bis zur Lehre über die Kirche und ihre Sakramente um ihrer ureigensten Sinngebung willen anthropologisch zu fundieren. Damit ist nicht nur an geschichtlich bedeutender Stelle - im Umfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils und seiner frühen Rezeptionsphase - ein weitreichender Impuls zum notwendigen Aufbruch zuweilen erstarrter theologischer Positionen gesetzt, sondern vor allem in der vielbeklagten Entfremdungssituation der "Kirche in der Welt von heute" eine hilfreiche Brücke geschlagen. Das lebenslange wissenschaftliche Bemühen Karl Rahners um die sorgsame Wahrnehmung und theologische Ausdeutung der Fragen und Aporien der menschlichen Existenz, dessen beeindruckendes Ergebnis sich in den respektablen 16 Bänden der "Schriften zur Theologie" und über 4000 theologischen Publikationen präsentiert, und auch die spirituelle Kraft dieses Denkens erklärt sich immer wieder aus der zentralen Perspektive dieser Theologie, dem Blick auf das Geheimnis Gottes, und wird von diesem theologischen Ansatzpunkt aus erst verständlich.

VIII

Die Grundgestalt der Theologie Karl Rahners zu kartografieren und systematisch auf einen Nenner bringen zu wollen, ist nicht nur in Anbetracht des quantitativen Umfangs und der thematischen Vielfalt dieses Oeuvres schwierig bis unmöglich, sondern es wirkt nach Karl Lehmanns Überzeugung "mißverständlich..., einen vieldimensional verschränkten und hochkomplexen Lebensvollzug in einzel-

ne, nur hintereinander sagbare 'Elemente' auseinanderlegen zu wollen. Allzuleicht wird ein Moment ohne das andere unwahr".
Ein geeignetes Interpretament zur Systematisierung der Theologie Karl Rahners könnten hier die Festschriften zu seinen Ehren bieten, weil sie Wege zu zentralen Themen seines Denkens aus der Perspektive der Rezeption aufweisen: Zunächst ist es die erste große Festgabe des Jahres 1964 zum 60. Geburtstag mit dem Titel "Gott in Welt". Die Hinwendung der Kirche zu den Fragen der modernen Welt - ausdrücklich thematisiert auf dem gleichzeitig versammelten Zweiten Vatikanischen Konzil - wird hier deutlich, die Integration der Strömungen der modernen Philosophie in die theologische Reflexion intendiert und der Katalog der großen Themen und bleibenden Fragen der christlichen Existenz und der Identität der Theologie als Wissenschaft, das Verhältnisses von Vernunft und Offenbarung, von Glaube und Welt, von religiöser Identität und Weltverantwortung aufgezeigt. Im Abstand von 20 Jahren wendet sich 1984 die Festschrift "Glaube im Prozess. Christsein nach dem II. Vatikanum" zum 80. Geburtstag Karl Rahners erneut den zentralen Konzilsthemen zu, diesmal allerdings bereits "im Streit um das Konzil", das nun in vielfacher Hinsicht als "ein prophetisches Konzil" (M.-D. Chenu) qualifiziert wird und reichhaltigen Anlaß zur Auseinandersetzung um die adäquate Interpretation der Theologie des II. Vatikanums bietet. Karl Rahners theologischer Beitrag erscheint hier namhaften Autoren bereits als eine Art von hermeneutischer Grundlage und Kriterium einer authentischen Konzilsrezeption, wenn es um die Fragestellungen eines "neuen Kirchenbegriffs", neuer "Weichenstellungen in der Ökumene", des Verhältnisses "Mensch und Offenbarung" und der "Weltperspektive des Christentums" geht. Parallel dazu weist die gleichzeitig zum 80. Geburtstag erscheinende Festschrift mit dem Titel "Vor dem Geheimnis Gottes den Menschen verstehen" den wohl markantesten Zugang zum zentralen Motiv der Theologie Karl Rahners: Es geht um die anthropologische Wende der Theologie. Die Theologie "muß gerade heute einen Menschen anrufen, dem es um sich selbst geht" stellt Karl Rahner grundsätzlich in seinem Artikel "Die theologische Dimension der Frage nach dem Menschen" fest. Diese epochale anthropozentrische Grundgestimmtheit des "heutigen" menschlichen Selbstverständnisses und nicht weniger der wissenschaftlich betriebenen Anthropologie bedeutet demnach eine der nachhaltigsten Herausforderungen und Aufgabenstellungen an die gegenwärtige theologische Orientierung. Aber auch vom Anspruch der Theologie selbst her legt sich dieser Weg nahe: Denn der von

Karl Rahner postulierten "theologischen Dimension der Frage nach dem Menschen" entspricht im umgekehrten Verhältnis die notwendige anthropologische Dimension der Frage des Menschen nach Gott. Wenn Theologie sich als Frage nach Gott versteht, die notwendig den Menschen in seiner Ganzheit fordert und vor sich selbst bringt, dann stellt sie immer den fragenden Menschen selbst in die Mitte der Frage, weist also gerade als theologische Frage direkt und selbstverständlich auf die Anthropologie als Horizont und Voraussetzung der Theologie. So wird einerseits die grundsätzliche Möglichkeit und Legitimität, andererseits die Dringlichkeit eines anthropologischen Ansatzes der Theologie evident. Er figuriert geradezu als Prüfstein jeder Theologie und entscheidet über ihre Qualität und über ihre Leistungsfähigkeit vor den gravierenden Menschheitsfragen der modernen Welt.

IX

Karl Rahner selbst hat immer einer eindimensionalen Reduktion seiner Theologie energisch widersprochen: Ein pauschaler anthropologischer Ansatz "von unten" wird, wenn er das alles begründende und alles finalisierende Geheimnis der Wirklichkeit Gottes aus dem Auge verliert, ebenso fraglich wie ein pauschaler Ansatz "von oben", sobald er als alleiniges Auslegungsprinzip gegen eine im jeweiligen "hier und heute" des lebendigen Menschen ansetzende Erfahrungstheologie in Anschlag gebracht wird. "So im allgemeinen theologischen Geschwätz des Alltags gehöre ich gerade zu den 'anthropozentrischen' Theologen. Das ist letztlich ein absoluter Unsinn. Ich möchte ein Theologe sein, der sagt, daß Gott das Wichtigste ist, daß wir dazu da sind, in einer uns selbst vergessenden Weise ihn zu lieben, ihn anzubeten, für ihn dazusein, aus unserem eigenen Daseinsbereich in den Abgrund der Unbegreiflichkeit Gottes zu springen. Daß ein Theologe sagen muß, daß der Mensch es ist, welcher letztlich auf Gott bezogen, sich über Gott vergessen muß, das ist natürlich selbstverständlich. In diesem Sinne kann man nicht genug eine anthropozentrische Theologie treiben" sagt Rahner im Gespräch mit P. Imhof und H. Biallowons über sich selbst und den Ansatzpunkt seiner Theologie. Die Dialektik von Mensch und Geheimnis, von Anthropologie und Theologie, menschlicher Subjektivität und Transzendentalität, des "übernatürlichen Existentials" und der "Selbstmitteilung des unendlichen Geheimnisses" werden hier als wesentliche Kategorien einer Theologie sichtbar, die in der

existentiellen Erfahrungswirklichkeit der Menschen wurzelt, aber zugleich ihre wesentlichen Impulse aus der Mystik ignatianischer Prägung bezieht.
Die Problematik einer eindimensionalen Rahnerdeutung rein "von oben" zeigt sich schnell in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit, wenn dieses Auslegungsprinzip in einen konstruierten Gegensatz zum transzendental-anthropologischen Ansatz "von unten" gebracht wird, und auch umgekehrt, weil so, im musikalischen Vergleich gesprochen, die Tonart mit dem Thema verwechselt wird. Denn "mystische Gotteserfahrung" einerseits und anthropologisch gewendete, im jeweiligen "Heute" ansetzende Erfahrungstheologie andererseits sind - recht verstanden - keine Gegensätze, sondern zwei wechselseitig sich bedingende und auslegende Momente ein und desselben Stückes. "Mensch" und "Geheimnis" schließen sich nicht aus, sie setzen sich voraus! Damit wird nicht nur die äußerlich auffällige "Zweispurigkeit" des Rahner'schen Werkes, die Einteilung in wissenschaftlich-systematische Schriften einerseits und geistlich-spirituelle Literatur andererseits mit einem Mal verständlich, sondern es wird zugleich ein letzter und sehr wichtiger Grund für die Legitimität der "anthropologischen Wende" in der Theologie geliefert: Der zentrale Ermöglichungsgrund eines Ansatzes "von unten" liegt in seiner wesentlichen vorausgängigen "Aufgehobenheit" in einem Ansatz "von oben", in der hoffenden Gewißheit nämlich, daß alles suchende Begreifen des Menschen sich immer schon geleitet weiß vom Sich-Zeigen des absoluten Geheimnisses, von der "Selbstmitteilung Gottes" in Gnade.
Wenn Karl Rahner daher in seinem Aufsatz über "Die theologische Dimension der Frage nach dem Menschen" in streng philosophisch-wissenschaftlicher Diktion die glaubende Existenz des Christen definiert als "in Freiheit angenommene Radikalität der Rationalität des Menschen, wenn diese nämlich wirklich sich selbst begreift als getragen und ermächtigt durch jene Transzendentalität eben dieser Rationalität, in der diese aufgehoben ist in das nicht mehr umgreifbare Geheimnis hinein, das wir 'Gott' nennen und mit dem wir unausweichlich in der Erfahrung dieser Transzendentalität zu tun haben, ob wir diese Verwiesenheit thematisieren oder nicht", dann meint das trotz der komplizierten Begrifflichkeit letztlich nichts wesentlich anderes als jenes betrachtende Gebet, das sich in den "Worten ins Schweigen" findet: "Du hast mich ergriffen, nicht ich habe dich 'begriffen', du hast mein Sein von seinen letzten Wurzeln und Ursprüngen her umgestaltet, du hast mich deines Seins und

Lebens teilhaftig gemacht ..., weil du ja die innerste Mitte meines Wesens geworden bist".
Wird so die einzigartige Stellung des Menschen gegen alle falsch verstandenen "Revierabgrenzungen" von Theologie und Anthropologie wirklich ernst genommen, dann erscheint Rahners theologischer Grundansatz prinzipiell unproblematisch und die Forderung nach einer "anthropologischen Wende" in der Theologie einschließlich des dadurch implizierten "anthropologische Ansatzes" als einzig gangbarer und sinnvoller theologischer Weg. Eine Theologie, die diesen stringenten anthropologischen Anspruch nicht einlösen könnte oder wollte, wäre nicht nur eine weniger gute Theologie, sondern letztlich eine angesichts der modernen Fragen weniger geeignete!

Alois Mertes (1921 - 1985)

An dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neuaufbau Deutschlands nach 1945 haben Persönlichkeiten entscheidenden Anteil gehabt, die vor dem sog. Dritten Reich dem politischen Katholizismus zuzurechnen waren. Inzwischen ist es unüblich, ja ungewöhnlich geworden, die Sorge um das Bonum commune und die aktive Mitwirkung in der Politik dezidiert aus dem katholischen Glauben zu begründen und dies offen zu vertreten. Alois Mertes, einer der profiliertesten Köpfe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik der 70er und 80er Jahre und in schwierigen Zeiten Brückenbauer für den deutsch-jüdischen Dialog, hat sich in diesem Sinne ungewöhnlich verhalten.
Mertes verstand "katholisch sein" in einem durchaus konservativen Sinne: Er verband Kirchentreue und Offenheit, dagegen waren ihm Konfessionalismus und Intoleranz fremd. Folgerichtig war sein Anliegen weder katholische Interessenpolitik noch hat Mertes seine Katholizität zu instrumentalisieren gesucht. Vielmehr bedeutete für ihn "katholisch", daß er die Handlungsorientierung auch für das politische Arbeiten aus dem Glauben empfing. Selbst in härtesten Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner, die er nicht scheute, hat Mertes das menschliche Miteinander zu wahren gesucht. Vielleicht hat gerade diese Grundhaltung dazu beigetragen, daß er zu der eher kleinen Gruppe von Politikern zählte, der man über Parteigrenzen hinweg aufmerksam zuhörte, obwohl seine politischen Entscheidungsmöglichkeiten begrenzt blieben.

I

Seine landsmannschaftliche Zugehörigkeit, seine soziale Herkunft und das spezifisch katholische Milieu, in dem er heranwuchs, machten seine Heimat aus. Zu ihr hat er sich bekannt und ihr hat er zeitlebens eine tiefe Zuneigung bewahrt.
Alois Mertes stammt aus der Eifel, einer herb-schönen Landschaft, die bis weit in die Nachkriegszeit zu den benachteiligten Regionen Westdeutschlands gehörte. Entscheidend änderte sich das erst unter

dem jungen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl, mit dem ihn sein Lebensweg später zusammführen sollte.
Handwerker und Kleinbauern bestimmten in Mertes' Jugendzeit die Wirtschaftsstruktur der Eifel, und aus dieser sozialen Schicht kamen auch die meisten seiner Vorfahren. Die wirtschaftliche Bescheidenheit, die er erlebte - sein Vater war Beamter des mittleren Postdienstes -, hat er später als Gewinn, die kulturelle und historische Bedeutung seiner Landschaft als persönlichen Reichtum empfunden: In enger Nachbarschaft zu Luxemburg und Lothringen ist die Eifel ein europäisches Kerngebiet, geprägt durch eine 1500jährige, immer noch bewußte katholische Tradition - Grundlagen mithin, die bei den Menschen das Entstehen feindseliger Nationalismen nicht zuließ. Mit Nachdruck und Stolz hat Mertes wiederholt festgestellt, daß das Rheinland und seine eifelländische Heimat sich als besonders immun gegen den Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten und ihren Rassenwahn erwiesen hatten. Bis zum Ende der Weimarer Republik waren deren Wahlergebnisse nirgendwo im Reichsgebiet so ungebrochen schlecht geblieben. In einem Brief an Lord Pakenham, den Minister für die britische Besatzungszone, hielt der Student Mertes 1948 fest, daß im Rheinland, "insbesondere in Bonn", seit jeher - "auch gegenüber den autokratischen Systemen der Vergangenheit" - ein starkes "Unabhängigkeits- und betontes Kulturwertbewußtsein" bestanden habe.
In Gerolstein wurde Alois Mertes am 29. Oktober 1921 als fünftes und jüngstes Kind der Eheleute Michael und Anna Mertes, geb. Feldges, geboren. Noch in einer seiner letzten Reden sprach er liebevoll von seinen Eltern, die er vor dem American Jewish Committee als "gläubige Christen und gute Deutsche" bezeichnete. Mit großem persönlichen Verzicht machten sie ihren Kindern den Besuch weiterführender Schulen möglich, in der - milieuspezifischen - Gewißheit, daß ihr Bildungswille Voraussetzung für den sozialen Aufstieg der nächsten Generation sei.
Beispiele aus der Schulzeit deuten bereits an, was sich später wie ein roter Faden durch Mertes' Leben zieht: Dogmatismus und Intoleranz abgeneigt, kritisch gegenüber dem Zeitgeist, offen für andere Menschen und neue Erfahrungen. Vor dem Krieg trug er "im Auftrage unseres Kaplans", wie er später schrieb, die regimekritischen Schriften des Kölner Generalvikars Joseph Teusch aus. Teusch wandte sich darin gegen die nationalsozialistische Ideologie, ihre Kirchenfeindlichkeit und ihren Antisemitismus. Bezeichnenderweise lautete der Titel einer Schrift aus dem Jahre 1938:

"Die Nathanaelfrage unserer Tage: 'Kann denn aus Palästina etwas Gutes kommen?'"
Zweifellos ist Mertes durch Elternhaus und Kirche gegen den Nationalsozialismus und den Antisemitismus immunisiert worden. In der Schule wurde ihm vorgeworfen, er sei ein "Ewiggestriger", weil seine Eltern "Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung" seien. Unter den gegebenen Zeitumständen war es dennoch nicht selbstverständlich, daß der Gymnasiast Mertes seinem nationalsozialistischen Biologielehrer und dessen These von der Überlegenheit der germanischen Rasse offen entgegenhielt, daß im Rheinland Juden wohnten, lange bevor die Germanen dort siedelten.
Solche Zusammenstöße führten dem jungen Mertes vor Augen, wie wenig er und seine Familie auf der Höhe der - nationalsozialistischen - Zeit waren. Vielleicht empfand er es als Ausbruch in die Freiheit, die geistige Normalität, als er kurz vor Kriegsbeginn, im Sommer 1939, nach Frankreich reisen konnte. Jedenfalls berichtete er überwältigt von seinen Erfahrungen als Austauschschüler in einer Familie im Departement Seine et Oise, ein Kontakt, den er bis an sein Lebensende pflegte und der sein Verständnis und seine Zuneigung für Volk und Kultur unseres großen westlichen Nachbarn wenn nicht begründet, so doch verstärkt haben wird.
Im Frühjahr 1940 legte Mertes ein ausgezeichnetes humanistisches Abitur am Gymnasium in Prüm ab. Ein Trimester konnte er an der Universtität Bonn studieren, bevor er zum Reichsarbeitsdienst und dann zur Wehrmacht einberufen wurde. Bei Kriegsende geriet er als Leutnant d. R. für kurze Zeit in amerikanische Gefangenschaft. Als Deutschland, wie er es später formulierte, bei der Kapitulation "ein physischer und moralischer Trümmerhaufen" war, bildeten christlicher Glaube und humanistische Bildung ein geistiges Fundament, das noch kurz zuvor als rückständig gegolten hatte und das ihm jetzt Zuversicht und Weisung in einer Zeit großer Hoffnungslosigkeit bot.
Bis 1946 arbeitete Mertes als Dolmetscher für den französischen Kreiskommandanten im Landratsamt Daun/Eifel, wurde aber entlassen, weil er Übergriffe von Angehörigen der Besatzungsmacht kritisiert hatte. Das Betreten der französischen Besatzungszone wurde ihm für längere Zeit untersagt. Gleichwohl ist Mertes später wiederholt illegal in das Benediktinerkloster Maria Laach gereist, das in der französischen Besatzungszone lag, u. a. zur Beisetzung von Abt Ildefons Herwegen (1874 - 1946). Seiner grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber Frankreich hat die schlechte Behandlung durch die Besatzungsmacht keinen Abbruch getan.

Mertes kehrte an die Universität Bonn zurück und nahm das Studium der Romanistik und der Geschichte auf. Später kam noch das Fach Jura hinzu. Bereits 1948 legte er das Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab. Kaum vier Jahre nach Kriegsende ging er nach Paris, studierte 1949/50 an der Sorbonne und wurde 1951 mit einer von Franz Steinbach betreuten Dissertation über "Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Revolution im Jahre 1848" promoviert. Untersuchungsgegenstand war die französische Haltung gegenüber dem nationalen Einheitsstreben in Deutschland, ein Thema, das über die historische Fragestellung hinaus aktuelle Bedeutung gewonnen hatte.

Die Daten weisen aus, wie zügig Mertes - und die meisten seiner Freunde - das Studium abschlossen. Lebensreife und tägliche Auseinandersetzung mit der materiellen Not beschleunigten die akademische Ausbildung, ohne daß die Gefahr einer fachlichen oder geistigen Verengung gedroht hätte. Im Gegenteil: Im Zentrum der Diskussionen stand die Erörterung weltanschaulich-religiöser Fragen, die als Kern der Nachkriegsprobleme verstanden wurden.

Diese Diskussionen fanden in der Katholischen Studentengemeinde Bonn ihren Mittelpunkt in dem Studentenpfarrer Josef Steinberg, der dieses Amt seit dem Sommer 1945 (und bis 1957) ausübte. Er holte Referenten wie den Dominikaner Eberhard Welty und den Kirchenhistoriker Wilhelm Neuss, die der Ideologie und dem Herrschaftsanspruch der Nationalsozialisten mutig entgegengetreten waren. Steinberg gab den Studierenden Anregung und geistigen Halt, und zugleich bemühte er sich, zur Linderung der vielfältigen materiellen Probleme beizutragen, mit denen die erste studentische Nachkriegsgeneration zu kämpfen hatte. Dem Kreis von "Alt-Bonnern", zu dem sich Steinbergs "Ehemalige" zusammenfanden, blieb auch Mertes verbunden.

Im besonderen die geistige Erneuerung, Fragen der Spiritualität und, angelehnt an Erörterungen der 20er Jahre und in Vorwegnahme des II. Vatikanischen Konzils, Diskussionen über die Liturgiereform bewegten Mertes und seine Freunde. Besondere Anziehungskraft übte der junge französische Katholizismus auf sie aus. Die grenzüberschreitende Annäherung auf christlicher Grundlage und der Gedanke an das vereinte Europa bildeten eine tragfähige Brücke zwischen den Völkern. Mertes nahm an den Studentenwallfahrten nach Chartres und den Begegnungen in Maria Laach teil.

Einen Rahmen für diese Aktivitäten und sein persönliches Engagement bildete die Katholische Deutsche Studenteneinigung (KDSE), der Dachverband katholischer Studentengemeinden und -organisati-

onen. Mertes hat die KDSE 1947 in Limburg/Lahn mitbegründet. In Zusammenarbeit mit dem seinerzeitigen KDSE-Generalsekretär Konrad Repgen übernahm er die Leitung des Auslandssekretariates, in dem die kirchlich wie (europa-)politisch gleichermaßen motivierten internationalen Initiativen der katholischen Studenten zusammenkamen. Es hat Mertes - vor diesem Hintergrund verständlicherweise - geschmerzt, daß die KDSE in den 60er Jahren in eine Krise geriet und nach 1968 Kräften zum Opfer fiel, die eine politische Kirche und eine Politik wollten, die nur noch bedingt im herkömmlichen demokratischen Spektrum einzuordnen war. Als Vorsitzender des Bundes Neudeutschland (1969 - 1971) gehörte Mertes zu jenen, die sich dieser Entwicklung vergeblich entgegenzustellen versuchten; sie endete 1973 mit der Auflösung der KDSE.
Zu dem geistigen Umfeld, das Mertes und seine Studentengeneration prägte, gehörten seine akademischen Lehrer Robert Curtius und Franz Steinbach, es gab Verbindungen zu Romano Guardini, Ernst Michel und Walter Dirks, mit dem er wenige Jahre später in der Wiederbewaffnungsfrage nicht übereinstimmen konnte, es begann die Freundschaft mit Joseph Rovan. In diesem Umfeld fand Mertes mit Kurt Plück und Konrad Repgen auch zwei persönliche Freunde, die ihm bis an sein Lebensende verbunden blieben.
Im Jahr seiner Promotion heiratete Mertes Hiltrud Becker, Tochter eines Arztes aus Saarbrücken. Die Eheleute hatten sich in der gemeinsamen Pariser Studienzeit kennengelernt, als Mertes - frankophil, aber auch aus eigener Erfahrung nicht unkritisch gegenüber Frankreich und seiner mitunter wenig klugen und von überkommenen nationalistischen Positionen bestimmten Deutschlandpolitik - in einer Diskussion engagiert für die Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland eintrat. Dies war die Auffassung, die entgegen mächtigen Zeitströmungen auch im Saarbrückener Elternhaus der jungen Studentin vertreten wurde. Seine Frau war ihm in den folgenden, überaus arbeitsintensiven und oft aufreibenden Jahren mehr als nur aktive Partnerin; sie hat die Hauptlast des Familienlebens und der Erziehung ihrer fünf Kinder getragen.

III

Nach kurzer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn trat Alois Mertes 1952 in das Auswärtige Amt (AA) ein. Seine Stationen waren das Deutsche Generalkonsulat in Marseille

(1955/56) und das Deutsche Konsulat Nikosia (1957), bevor er in der Zentrale im Bereich Naher Osten und Balkan eingesetzt wurde (1957/58). Es folgten Verwendungen an der Deutschen Botschaft Paris (1958 bis 1963) und der Deutschen Botschaft Moskau (1963 bis 1966), eine erneute Tätigkeit in Bonn (1966 bis 1968) und 1968/69 ein dienstlicher Studienaufenthalt am Centre for International Affairs der Harvard-University. Nach seiner Rückkehr aus Harvard übernahm Mertes die Leitung des Referates 'Europäische Sicherheit und regionale Abrüstung' im Bonner AA, die er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Dienst im Jahre 1971 innehatte.

Seine Zeit im Außenministerium fiel zusammen mit der Hochphase des Kalten Krieges und der folgenden Entspannungspolitik, die Mertes von den ersten Anfängen an erlebte. Es sind entscheidende Perioden deutscher und internationaler Nachkriegspolitik gewesen, und Mertes war sich der einschneidenden innenpolitischen Rückwirkungen in Deutschland völlig bewußt. Diese ebenso arbeits- wie erlebnisreiche Periode ist für ihn in wichtiger Hinsicht Schule, wenn nicht sogar Voraussetzung für den zweiten beruflichen Lebensabschnitt, die aktive Politik, gewesen, der sich Mertes nach 1971 zuwandte.

Der Pariser Posten entsprach in besonderer Weise seinen Interessen und Neigungen. Als Referent in der politischen Abteilung der Deutschen Botschaft erlebte er Frankreich in einer dramatischen Phase seiner jüngeren Geschichte. Die Zeit war bestimmt durch eine Krise des nationalen Selbstverständnisses, des innenpolitischen Umbruchs und erschütterter internationaler Bedeutung: Frankreichs Rückzug aus den Kolonien, die Algerien-Krise (1960/62) und die Anfänge der V. Republik. Zugleich wurde er an einem der wichtigsten politischen Plätze der Welt Zeuge der von den Sowjets provozierten Krisen: Berlin 1958, drei Jahre später der Mauerbau, schließlich Kuba (1962).

Den Krisenerfahrungen stand ein positives Erlebnis von epochaler Bedeutung gegenüber. Als Angehöriger jener Studentengeneration, die in der Nachkriegszeit symbolisch die Schlagbäume zwischen Frankreich und Deutschland zerbrochen hatte, muß es ihn tief berührt haben, als er vor Ort die Unterzeichnung des Elysee-Vertrages durch Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer erlebte. Besonders in Deutschland war die Euphorie über diesen säkularen Wandel zwischen den sogenannten "Erbfeinden" verbreitet. Mertes hat freilich auch die französische Interessenlage gesehen. Die Annäherung beider Länder bildete eine

Voraussetzung für die Europäische Einigung, die in Frankreich auch als Chance für den Aufbau einer neuen nationalen Machtposition gesehen wurde.
Der Pariser Gesandte Josef Jansen, später Leiter der Politischen Abteilung des AA, wurde sein Förderer und väterlicher Freund. Jansen trug wesentlich dazu bei, daß Mertes 1963 an die Deutsche Botschaft nach Moskau versetzt wurde, gleichsam in das Zentrum des Ost-West-Konflikts.
Als Mertes seinen Posten in Moskau antrat, stand Deutschland innenpolitisch unter dem Schock des Mauerbaus vom 13. August 1961. Hinter den Kulissen aber begannen unter Ludwig Erhard, der im Oktober 1963 Konrad Adenauer als Bundeskanzler abgelöst hatte, vorsichtige Änderungen in der Ostpolitik. Der Dialog zwischen den USA und der UdSSR, der nach Abklingen der Kuba-Krise begann, und der Beginn der Ära Breschnew hatten dafür Voraussetzungen geschaffen.
Mertes hatte sich auf seine Moskauer Aufgabe gründlich vorbereitet. Er trat für einen offenen Dialog ein, war aber kein Freund politisch-rhetorischer Beliebigkeit. Er hat das Sowjet-System, die Taktik seiner Führung und die langfristige Strategie nüchtern eingeschätzt und ist illusionären Auffassungen deutlich entgegengetreten. Die Moskauer Führung verfolgte ihn mit ausgeprägtem Mißtrauen.
Zur Jahreswende 1965/66 wurde in Bonn ein sowjetischer Diplomat der Spionage überführt und zur Persona non grata erklärt. Es konnte kaum überraschen, daß die sowjetische Seite als Gegenmaßnahme Alois Mertes des Landes verwies. Sie folgte konsequent einer Einschätzung, die die regierungsnahe Tageszeitung 'Iswestija' wenige Wochen zuvor mit der haßerfüllten, aber von Mertes gewiß nicht als ehrenrührig empfundenen Formulierung auf den Punkt gebracht hatte, er sei ein "Jesuit in Diplomatenuniform".
Mertes hat stets unterschieden zwischen dem kommunistischen Regime und den Völkern der Sowjetunion, im besonderen dem russischen Volk, zu dessen Kultur und historischem Schicksal er persönlichen Zugang fand. Es ist daher kein Zufall, daß er noch Jahre nach seiner Moskauer Zeit mit Lew Kopelew, dem russischen Germanisten und Schriftsteller, der aus dem eigenen Vaterland ausgewiesen worden war, gemeinsam an Friedrich Joseph Haas (1780 - 1853) erinnerte. Der aus Münstereifel stammende "heilige Doktor von Moskau" hatte sich im 19. Jahrhundert für die Ärmsten in Moskau und die nach Sibirien Verbannten eingesetzt. Kopelew und

Mertes sahen in ihm eine Symbolfigur für bessere Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Volk.

IV

Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion war Mertes im Bonner AA in Wiederanknüpfung an frühere Aufgaben mit dem Atomwaffen-Sperrvertrag befaßt, bevor er 1968 zu einem dienstlich veranlaßten Studienaufenthalt nach Harvard ging. Es war sein erster längerer und intensiver Kontakt mit der angelsächsischen Welt. An Henry Kissinger's Institut für Politische Wissenschaft verfaßte er eine Studie "Reflections on Detente: Russia, Germany, and the West", in der er u. a. eine Zwischenbilanz der "neuen Ostpolitik" der Großen Koalition unter der Kanzlerschaft Kurt Georg Kiesingers (1966 - 69) zog.
Mertes' letzte Station als Beamter des AA war die Leitung des Referates "Europäische Sicherheit und regionale Abrüstung". Dem ostpolitischen Kurswechsel der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel, die im Herbst 1969 der Regierung Kiesinger gefolgt war, stand Mertes skeptisch gegenüber. Gleichwohl hat er seine Kritik stets so artikuliert, daß seine Loyalität als Beamter nicht in Frage gestellt werden konnte.
Für Mertes waren klare Begrifflichkeit und die Wahrung von Rechtspositionen kein "Formelkram", wie es zeitgenössisch auch auf Regierungsebene formuliert wurde, sondern Voraussetzung einer über den Tag hinaus reichenden verantwortungsbewußten Politik. Er war zugleich davon überzeugt, daß die Preisgabe von Interessen und Rechtspositionen der Glaubwürdigkeit deutscher Politik im Ausland nicht nützen würde. Berechenbarkeit schien Mertes die bessere Garantie für ein friedliches Nebeneinander als ein an kurzsichtigen Interessen orientiertes, allzu bereitwilliges Entgegenkommen. Von interessierter Seite suchte man ihm - letzlich vergeblich - den Ruf eines Hardliners anzuhängen, in verblüffender Kontinuität zu seiner Bewertung durch die sowjetische Seite.
Mertes lehnte im besonderen die damals unter deutschen Politikern und in den Medien aufkommende Äquidistanz zu den USA und zur Sowjetunion ab, die mittelbar auch in der Gleichsetzung der Ostpolitik Brandts und der Westpolitik Adenauers zum Ausdruck kam. Es war vor diesem Hintergrund folgerichtig, daß er wichtige CDU- und CSU-Politiker außenpolitisch beriet, so Karl Theodor Freiherr

zu Guttenberg, aber auch den Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, Rainer Barzel.
Guttenberg und der rheinland-pfälzische Landespolitiker Heinrich Holkenbrink brachten Mertes mit dem Ministerpräsidenten Helmut Kohl zusammen, der ihn Anfang 1972 zum Staatssekretär und Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund berief. Seine außenpolitische Beratungstätigkeit konnte Mertes fortsetzen, unbelastet von den Loyalitätsverpflichtungen gegenüber einer Bundesregierung, deren Politik er in wichtigen Punkten mit grundsätzlichen Bedenken begegnete. Zugleich bot ihm der Bundesrat die Möglichkeit, offen und aktiv in ostpolitischen Fragen mitzuwirken.
Seine Skepsis verstärkte sich, als im Frühjahr 1972 deutlich wurde, daß zwischen der deutschen und der sowjetischen Interpretation der Ostverträge eine gefährliche Diskrepanz bestand. Während die sowjetische Seite die Verträge als endgültige Anerkennung der Teilung Deutschlands interpretierte, beeilte sich die Regierung Brandt/Scheel zu versichern, sie interpretiere die Verträge in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz als einen Modus vivendi. Aus der Sicht deutscher Kritiker waren die Verträge unprofessionell und unter Verletzung wichtiger Prinzipien verhandelt worden. Die Vorwürfe richteten sich im besonderen gegen den Verhandlungsführer Egon Bahr, der sich lange weigerte, der Opposition vollständigen Einblick in die Verhandlungsunterlagen zu gewähren. Mertes hat im Hintergrund wichtigen Anteil daran gehabt, daß die CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag den "Brief zur Deutschen Einheit" vom 12. August 1970 und die "Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages" vom 17. Mai 1972 erreicht und durchgesetzt hat, daß sie nicht nur deklaratorischen Charakter hatten, sondern in völkerrechtlich verbindlicher Form Eingang in das Vertragswerk fanden. So - und nur so - konnte die deutsche Frage rechtlich offengehalten werden. Für die politische Offenhaltung hat Mertes in den folgenden Jahren innen- und außenpolitisch gestritten.

V

Am 19. November 1972 wurde Alois Mertes im Wahlkreis 153 (Bitburg-Daun-Prüm-Wittlich) als Kandidat der CDU, der er während seiner Pariser Zeit 1961 beigetreten war, in den Deutschen Bundestag gewählt. Nach einem ersten, 1969 fehlgeschlagenen No-

minierungsversuch hatte er sich gegen den bisherigen Abgeordneten Hans Richarts durchgesetzt. Mit 66,6 Prozent der Stimmen erzielte Mertes eines der besten Ergebnisse der Union bei diesen Bundestagswahlen. Aus ihnen ging erstmals die SPD als stärkste Fraktion hervor. Mertes behielt Wahlkreis und Mandat bis zu seinem Tode.

Als "Seiteneinsteiger" und damit ohne den Rückhalt einer Gruppierung oder Organisation innerhalb der Partei konnte er sich nicht auf eine Hausmacht stützen. Seine Stellung in der Fraktion hat er sich in der Folge selbst - und durchaus mühevoll - erarbeitet. Er unterlag andererseits nicht automatisch Verpflichtungen im parteiinternen Interessenausgleich, konnte vielmehr seine persönliche Unabhängigkeit, die ihm auch in der Politik ein hohes Gut bedeutete, in ungewöhnlichem Maße wahren. Auf seine Loyalität durfte in Fraktion und Partei gerechnet werden, nicht aber auf ein unkritisch-sprachloses Einschwenken und Einlenken.

Seine Arbeit im AA und die Beratungstätigkeit während der Auseinandersetzung um die Ost-Verträge trugen dazu bei, daß Mertes in den folgenden Jahren Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, des Innerdeutschen Ausschusses sowie des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle wurde. Die Fraktion wählte ihn zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik, mithin zu ihrem außenpolitischen Sprecher.

Fachliches Ansehen, Fleiß und rhetorische Begabung führten zu häufigen Einsätzen als Debattenredner, Mertes war aber auch gefragter Referent außerhalb des Parlamentes. Die Themenpalette im Bundestag war umfassend. Sie reichte vom Ost-West-Konflikt über den Problembereich Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Fragen der Rüstung und Abrüstung, mit denen Mertes seit langem befaßt war, bis hin zu den transatlantischen und den deutsch-französischen Beziehungen sowie der Deutschlandpolitik. In der Debatte über die Unverjährbarkeit von Mord, die angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen 1979 innerhalb und außerhalb Deutschlands Wellen schlug, wandte er sich in einer ethisch wie rechtsstaatlich begründeten, über die Parteigrenzen beachteten Argumentation gegen die Aufhebung der Verjährung, die der Deutsche Bundestag erst 1969 auf eine 30-Jahres-Frist verlängert hatte.

Deutschland- wie kirchenpolitisch sah sich Mertes gefordert, als der Heilige Stuhl unter Papst Paul VI. eine neue Ostpolitik entwikkelte und in diesem Zusammenhang die Frage der deutschen Bistumsgrenzen aufnahm. Mertes, der nach wie vor kirchlich stark engagiert und von 1972 bis 1975 Mitglied der Gemeinsamen Syno-

de der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland sowie ab 1975 Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken war, wandte sich nachdrücklich gegen diese Politik. Auch in Kreisen der Deutschen Bischofskonferenz trug er zur Schärfung des Problembewußtseins bei: Die alten Diözesangrenzen, die im doppelten Sinne über die innerdeutsche Grenze hinweggingen, bildeten eine der letzten formalen Klammern zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Es gelang schließlich im Zusammenspiel zwischen deutscher Ortskirche und deutschen Politikern - neben Alois Mertes nicht zuletzt Heinrich Krone -, die kurzfristig angelegten und somit im Prinzip ganz unrömischen Vorstellungen zu konterkarieren.
Auch in einer anderen Frage kirchlicher Außenpolitik war Mertes seiner Ortskirche hilfreich. Als Freund des polnischen Volkes und Gegner des kommunistischen Regimes in Warschau, konnte er mit sachlicher Aufklärung zu einer realistischeren Einschätzung der Verhältnisse in Polen sowie der Einwirkungsmöglichkeiten durch kirchliche Stellen in Deutschland beitragen.
Mertes hatte in der Debatte über die Ostverträge klar Position bezogen. Nach ihrer Ratifizierung galt für ihn wie für seine Fraktion der Grundsatz Pacta sunt servanda, eine Formel, die nach der Ablösung Brandts durch Helmut Schmidt im Mai 1974 von der staatspolitischen Selbstverständlichkeit zur Grundlage größerer Gemeinsamkeiten weiterentwickelt werden konnte.
Seit 1976/77 traf sich Mertes mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher in dessen Privathaus im gemeinsamen Wohnort Wachtberg-Pech bei Bonn. Mertes hielt Genscher in der Deutschland-Frage für "betont verfassungstreu". Aus der Sicht Genschers war Mertes ein vertrauenswürdiger und - für den Stellenwert der Gespräche entscheidend - in seiner Partei deutschland- und außenpolitisch einflußreicher Politiker. Die Gespräche, die regelmäßig stattfanden und deren Vertraulichkeit von beiden Seiten gewahrt wurde, dienten in erster Linie der Wiederfindung eines ost- und deutschlandpolitischen Konsenses von CDU/CSU und FDP, den Fraktionen also, die in der ersten Phase deutscher Nachkriegspolitik gemeinsam die entscheidenden Weichenstellungen der Deutschland- und Außenpolitik vorgenommen hatten.
Dabei spielte auch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Frage der Oder-Neiße-Grenze in Teilen der Union, die gerade durch die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition politische Heimat vieler Vertriebener geworden war, eine große emotionale Rolle. Die Grenzfrage und die von Mertes übergeordnete Frage der deutschen

Einheit bildeten die Eckpunkte, in denen eine Verständigung mit der FDP gelingen mußte.
Mertes ließ sich von dem Grundsatz leiten, daß die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 völkerrechtlicher Ausgangspunkt deutscher Ostpolitik sein mußten, aber angesichts der Nachkriegsrealitäten nicht das Ziel deutscher Ostpolitik sein konnten. Diesen Gedankengang stellte er in einen größeren menschenrechtlichen und europapolitischen Zusammenhang. Auf dem Düsseldorfer Parteitag der CDU im März 1977 prägte er die Formel vom unauflöslichen "Wertedreiklang" von freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit, nationaler Einheit und europäischer Gemeinschaft.
Es war keine Frage, daß die Gespräche Mertes/Genscher auch unter koalitionsstrategischen Gesichtspunkten geführt wurden: Bei den Bundestagswahlen im Herbst 1976 hatte die CDU/CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Helmut Kohl die absolute Mehrheit knapp verfehlt. Es wurde deutlich, daß die Union auf die Zusammenarbeit mit der FDP angewiesen sein würde, wenn sie wieder in die Regierungsverantwortung zurückkehren wollte. Diese Möglichkeit zeichnete sich bereits zu Beginn der folgenden Legislaturperiode ab, als die SPD-internen Auseinandersetzungen um die Außen- und Abrüstungspolitik die Regierungsarbeit der SPD/FDP-Koalition zunehmend belasteten.
Mertes hatte vor den Bundestagswahlen 1980 zu den führenden CDU-Politikern gehört, die eine Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß befürworteten. Wie viele in der CDU, aber auch der CSU, befürchtete Mertes, daß die Verweigerung dieser Spitzenkandidatur die Wiederbelebung des Kreuther CSU-Beschlusses vom November 1976 zur Folge haben würde, der später zurückgenommenen Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU. Auch Mertes ging davon aus, daß die dann nicht aufzuhaltende wechselseitige Ausdehnung von CDU und CSU auf das gesamte Bundesgebiet das Unionslager eher schwächen würde. Die nicht unerwartete Niederlage des Kanzlerkandidaten Strauß war der Preis, den man für die Beibehaltung der Gemeinschaft mit der CSU glaubte zahlen zu müssen.
Angesichts wachsender sachlicher wie interner Probleme der sozialliberalen Koalition entwickelte die CDU/CSU in der Folge eine Strategie, die einerseits die Regierungsunfähigkeit der SPD belegen und andererseits der FDP die Union als Partei eines "neuen Anfangs" und künftigen Koalitionspartner näherbringen sollte. Während die Regierung mit schwerwiegenden Haushaltsproblemen,

steigender Arbeitslosigkeit und hoher Inflationsrate zu kämpfen hatte, kulminierte die Auseinandersetzung im Streit um den NATO-Doppelbeschluß. Von Bundeskanzler Schmidt im Dezember 1979 persönlich initiiert, wurde er jetzt von seiner eigenen Partei nicht mehr mitgetragen.

VII

Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl durch ein konstruktives Mißtrauensvotum Nachfolger von Helmut Schmidt als Bundeskanzler. Kohl berief Alois Mertes zum Staatsminister im AA; Außenminister blieb Genscher, der seit 1974 amtierte und als FDP-Vorsitzender den Koalitionswechsel seiner Partei vollzogen hatte.
Mertes kehrte in sein "Stammhaus" zurück, dessen außenpolitische Konzeption und Personalpolitik seit Beginn der Großen Koalition im Dezember 1966 nicht mehr entscheidend von seiner Partei beeinflußt worden waren. Der gute persönliche Kontakt zu Genscher änderte nichts an der von Mertes sehr ernst genommenen Loyalitätsverpflichtung. Er verfügte nur über eng begrenzte Entscheidungsmöglichkeiten - auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatssekretäre-Ausschusses für Europafragen - und hatte kaum Zugriff auf die personellen Ressourcen seines Hauses. Mertes suchte diese Nachteile durch die vielfältigen persönlichen Kontakte und Beziehungen zu kompensieren, die er seit Jahrzehnten auch international aufgebaut und gepflegt hatte.
Mertes verfolgte eine außenpolitische Linie, die er inhaltlich, sicher aber auch unter Koalitionsgesichtspunkten auf die Formel "Kontinuität und Wandel" brachte. Er trat für die Offenhaltung der Deutschen Frage und die Überwindung des Systems von Jalta ein und machte damit zugleich den qualitativen Unterschied zu den außenpolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie klar. Deren politische Kanonisierung des Status quo fand in der bewußten Ignorierung der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen - ganz besonders der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc durch die Regierung Schmidt - sichtbaren Ausdruck. Mertes widersprach, weil er die künftigen Entwicklungen anders einschätzte und weil diese Politik seiner persönlichen Grundüberzeugung widersprach: Für ihn stand - ausgehend vom jüdisch-christlichen Menschenbild, auf das er sich immer wieder bezog - fest, daß der Mensch zur Freiheit bestimmt sei.

Mertes wollte die gegebenen politischen Möglichkeiten nutzen, um Freiheitsräume zu sichern und zu erweitern. Aus seiner Sicht konnten die Bürgerrechtsbewegungen nicht dauerhaft unterdrückt werden, zumal er davon überzeugt war, daß die Sowjetunion zu einer neuen Definition ihrer Interessenlage kommen mußte. Der von Stalin als Cordon sanitaire angelegte Gürtel von Satellitenstaaten erwies sich zunehmend als Gürtel der Instabilität. Die erwartete Neudefinition sowjetischer Sicherheitsinteressen würde neue Chancen für die osteuropäischen Staaten bieten und auch der deutschen Politik mehr Bewegungsspielraum geben.
Es konnte daher für Mertes überhaupt nicht in Betracht kommen, auf die 'Geraer Forderungen' der DDR vom Oktober 1980 einzugehen, in denen SED-Generalsekretär Honecker u. a. die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und damit der endgültigen Teilung Deutschlands verlangt hatte. Mertes nannte die 'Geraer Forderungen' einen "Angriff auf die Modus-vivendi-Natur der Ostverträge". Eine wachsende Zahl sozialdemokratischer Politiker war dagegen bereit, diese Forderungen im Rahmen einer aus ihrer Sicht notwendigen "zweiten Ostpolitik" zu akzeptieren.

VIII

Die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition fanden ihren sichtbarsten Ausdruck und ihren Höhepunkt in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß. Vordergründig ging es darum, ob die NATO als Reaktion auf die sowjetische Hochrüstung und die Stationierung von SS 20-Raketen ihrerseits mit der Stationierung von Pershing II-Mittelstreckenraketen beginnen solle, verbunden mit dem Angebot unverzüglicher Verhandlungen über den Abbau dieser Waffensysteme auf beiden Seiten. Tatsächlich stand die NATO vor der Frage, ob das Bündnis überhaupt noch die Kraft besaß, so Mertes, dem "Risiko einer schleichenden politischen Selbstunterwerfung" entgegenzutreten.
Mertes sah nicht in den Waffen die Ursache von Spannungen; sie waren für ihn nur Symptome eines tieferen Konfliktes. Wirkliche Abrüstung setzte für ihn politischen Wandel voraus. Auf unterschiedliche Weise teilte Mertes diese Position mit Ronald Reagan und Vaclav Havel (T. Garton Ash). Demokratischer Wandel aber war zu dieser Zeit auf sowjetischer Seite noch kein Thema. Mertes sah weder Anlaß noch Möglichkeit, seine Einschätzung der sowjetischen Strategie zu revidieren.

Der deutschen Friedensbewegung, die, wie sich nach 1989 zeigte, in wichtigen Teilen unter Einfluß des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit stand, trat er mit der Forderung nach "Friedenserhaltung durch glaubwürdige Entmutigung - das ist eigentlich ein besseres Wort als Abschreckung - eines potentiellen Angreifers und durch ausgewogene Abrüstung" entgegen. Im Unterschied zu anderen Unionspolitikern hob er aber auch stark auf die moralische Seite ab: "Freiheit und Friede", so sagte er im Deutschen Bundestag, seien für ihn "ein untrennbar Ganzes, auch moralisch". Dem "Friedenspharisäismus" weiter Teile der Friedensbewegung hielt er seine eigenen Kriegserfahrungen entgegen; er wisse auch, daß drei seiner Söhne als Reservisten der Bundeswehr im Kriegsfalle sofort einberufen würden, und schloß die Frage an: "Was gibt Ihnen eigentlich das Recht, sich eine größere Sensibilität für den Frieden zuzusprechen als mir?"
Die grundsätzliche ethische Argumentation, aber auch die erkennbare persönliche Betroffenheit machten Mertes zu einem der wenigen Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses, denen zumindest von Teilen der Friedensbewegung persönliche Glaubwürdigkeit zuerkannt wurden. Eine Äußerung von Heinrich Böll macht dies deutlich. Böll und Mertes hatten sich beide nachdrücklich für Dissidenten in Osteuropa, besonders in der Sowjetunion eingesetzt; in der Nachrüstungsdebatte vertraten sie entschieden gegensätzliche Positionen. Nach Mertes' Tod schrieb Böll an Hiltrud Mertes, ihr Mann sei "einer der wenigen, wenn nicht der einzige Politiker seiner Partei (gewesen), mit dem ich reden konnte und noch hätte reden können".

IX

Schon während seines Studiums hatte sich Mertes am Gespräch zwischen den christlichen Konfessionen beteiligt. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Zeit und in dem Bewußtsein, daß hier die Wurzeln des christlichen Glaubens liegen, galt sein Interesse aber bereits damals auch dem jüdischen Glauben und dem jüdischen Schicksal. In den letzten Jahren seines Lebens wandte sich Mertes diesem Themenbereich erneut zu.
Anknüpfungspunkt waren Kontakte in die USA. In William Trosten, dem Geschäftsführer des American Jewish Committee (AJC), fand er einen ebenso engagierten wie ideenreichen Gesprächspartner. Trosten hielt das verbreitete deutsche Desinteresse an der jüdi-

schen Gemeinschaft der USA angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit und der aktuellen deutsch-amerikanischen Beziehungen für ein doppeltes Defizit: Ein moralisches und - durchaus auch im Sinne deutscher Interessen - ein politisches. Mertes war offen für Trostens Vorstellungen und konnte über ihn viele, von den Beteiligten übereinstimmend als Gewinn betrachtete Kontakte in die USA herstellen. Mertes' Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft waren indes nicht auf den AJC beschränkt. Auch zu dem europäischen Zweig der jüdischen Weltorganisation B' nai B' rith, im besonderen zu ihrem Direktor Ernst Ludwig Ehrlich (Basel), entwickelten sich rege Kontakte.

Im Mai 1985 sollte der amerikanische Präsident Reagan die Bundesrepublik besuchen. Ein gemeinsamer Besuch mit dem Bundeskanzler auf einem deutschen Soldatenfriedhof sollte 40 Jahre nach Kriegsende ein Zeichen der Versöhnung setzen. Besonders in den USA entstand eine heftige Kontroverse, die noch eskalierte, als festgestellt wurde, daß auf dem vorgesehenen Friedhof in Bitburg auch einige Angehörige der Waffen-SS beigesetzt waren.

Weniger durch die Tatsache, daß Mertes Abgeordneter des Wahlkreises Bitburg war, als durch die in den vergangenen Jahren aufgebauten vertrauensvollen Beziehungen kam Mertes zu einer ebenso wichtigen wie schwierigen Mission. Am 2. Mai 1985, sechs Tage vor dem Reagan-Besuch in Bitburg, hielt er anläßlich der Jahresversammlung des AJC in New York - gleichsam "im Auge" des Hurrikans, wie es sein Freund Kurt Plück später formulierte - eine vielbeachtete Rede.

Mertes sprach von der "Ruchlosigkeit der nationalsozialistischen Diktatur", die Deutschlands Namen "mit dem planmäßigen Völkermord belastet" habe, dem "Genozid am jüdischen Volk". Er fügte aber auch offen - und für jüdisch-amerikanische Zuhörer nicht selbstverständlich - hinzu, daß Hitler "unser eigenes Volk mißbraucht" habe, insbesondere die "Loyalität des deutschen Soldaten gegenüber seinem Vaterland". Unter Berufung auf Arthur Burns, den scheidenden amerikanischen Botschafter in Bonn, der zur jüdischen Gemeinschaft seiner Nation gehörte, mahnte er ebenso die deutsche Pflicht an, "auch all des Großen und Guten zu gedenken, das unser Volk der Menschheit gegeben hat". Nach den Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit sei der deutsche Patriotismus "nicht mehr zu trennen von der Treue zu den Menschenrechten und zur Demokratie". Sehr persönlich schloß Mertes, seine gläubigen Eltern und sein verstorbener älterer Bruder, der katholischer Prie-

ster gewesen sei, hätten ihn "gelehrt, Ehrfurcht zu haben vor jüdischer Frömmigkeit und jüdischer Gesetzestreue".
Es war eine große und sicher eine der wichtigsten Reden, die Mertes in seinem Leben gehalten hat. Das Echo in den USA hat weit über den aktuellen Anlaß hinaus Wirkung gezeigt, im besonderen in der jüdischen Gemeinschaft. Der AJC veranstaltet regelmäßig in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Alois-Mertes-Memorial-Lecture; eine Veranstaltung ähnlicher Art hat das Deutsche Historische Institut in Washington mit Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft eingerichtet.
Sechs Wochen nach seiner New Yorker Rede, am 13. Juni 1985, erlitt Mertes während eines Vortrags, den er im Rahmen eines Symposiums des Bundes der Vertriebenen zur Berliner Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 hielt, einen Schlaganfall. Er erlag den Folgen am 16. Juni 1985. Sein letzter Vortrag, sein letztes Handeln galt einer politischen Aufgabe, von deren friedlicher Lösung er überzeugt war, deren Erfüllung er aber nicht mehr erlebte: der Einheit Deutschlands.

X

Alois Mertes verdankte Ansehen und Einfluß in Partei und Parlament seinem Fachwissen, seiner Kontaktfähigkeit, seiner rhetorischen Darstellungskraft und nicht zuletzt seiner persönlichen Glaubwürdigkeit. Weit weniger als andere Politiker, die seine Einflußebene in Fraktion und Regierung erreichten, war er auf die inhaltliche Zuarbeit von Mitarbeitern angewiesen.
Seine umfassende historische Bildung, analytische Fähigkeiten, sprachliche Präzision und nicht zuletzt sein beharrlicher Fleiß machten ihn zu einer von politischen Freunden geschätzten und von Gegnern respektierten Persönlichkeit. Politische Beliebigkeit, fragwürdige Argumentationen und unscharfe Begriffe forderten seinen Widerspruch heraus. Eine "Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion" etwa, wie sie Egon Bahr apostrophierte, fiel seinem intellektuellen Verdikt anheim: Partnerschaft konnte es seiner Überzeugung nach nur zwischen frei gewählten Regierungen freier Völker, nicht aber mit totalitären Regimen geben.
Aus der Sicht von Mertes mußte für alle Zeit klar sein, daß die Bundesrepublik Deutschland unzweideutig ein demokratischer Staat westlicher Prägung ist. Nicht eine imaginäre politische Mittlerrolle zwischen West und Ost, sondern die Integration in den Westen, die

Verbindung mit dem freien Europa und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und auf dieser Basis die Verständigung mit den östlichen Nachbarn machten für ihn die außenpolitische Doktrin des freien Deutschland aus.
Seine persönliche Unabhängigkeit erlaubte es ihm stärker als anderen, die Bedeutung des "Ethischen in der Politik" zu betonen. Idealismus war für ihn kein zwangsläufiger Gegensatz zu politischem Realismus: Die in dieser Zeit eher ungewöhnliche These, die Deutsche Frage sei in erster Linie eine Frage der Menschenrechte, erfuhr vier Jahre nach seinem Tod eine "triumphale Bestätigung" (T. Garton Ash).
Eine wirklich katholische Unabhängigkeit kennzeichnet sein Verhältnis zur Kirche: Er vertrat jene in seinem Kulturraum verbreitete ernsthafte Kirchlichkeit, die ganz und gar unklerikal ist. Wo kirchenamtliche Verlautbarungen den ihnen zustehenden Raum überschritten und zu Fragen Stellung nahmen, in denen Laien größere Sach- und Fachkompetenz haben, trat er ihnen offen und öffentlich entgegen. Dies ist der persönliche Hintergrund von sehr beachteten Stellungnahmen, durch die er gemeinsam mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Georg Leber (SPD), wie er Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die Entstehung des amerikanischen Hirtenbriefes "Die Herausforderung des Friedens - Gottes Verheißung und unsere Antwort" 1982/83 begleitete. Andererseits hat er seine treue Kirchlichkeit immer wieder auch durch die Bereitschaft gezeigt, in Gremien und Organisationen der Kirche Verantwortung zu übernehmen. Zuletzt wurde er 1980 Vorsitzender des Wilhelm-Böhler-Klubs, eines Zusammenschlusses von katholischen Politikern, Ministerialbeamten und im Umfeld der Bundesregierung tätigen Persönlichkeiten. Im Jahr vor seinem Tode wurde er mit der Thomas-Morus-Medaille der gleichnamigen Gesellschaft ausgezeichnet.
Mertes sah "keinen von seiner christlichen Überzeugung freien Raum des öffentlichen Handelns", wie es sein Freund Peter Hermes kurz nach seinem Tode formulierte. Orientierung und Kraft für das öffentliche wie das private Handeln schöpfte Alois Mertes aus seinem Glauben, seiner bewußten Katholizität. Katholisch und frei, vielleicht geben diese Begriffe Lebenseinstellung und Lebenshaltung von Alois Mertes zutreffend wieder.

Franz Josef Strauß (1915 - 1988)

Der wortgewaltige und führungsstarke Parteivorsitzende der CSU (1961-1988), der langjährige Bundesminister in wichtigen Ressorts (1953-1962, 1966-1969) unter Adenauer und Kiesinger, der Bayerische Ministerpräsident (1978-1988), der als Repräsentant Deutschlands internationale Anerkennung errang, hat die Bundesrepublik mehr als eine Generation lang maßgeblich mitgestaltet. Er war auch ein Politiker der ersten Stunde, als Angehöriger des Frankfurter Wirtschaftsrats und junger Bundestagsabgeordneter einer der rasch emporsteigenden Mitbegründer des westdeutschen Staatswesens. Am Ende eines erfüllten Lebens sah sich Strauß als "Integrator", vor allem im Blick auf seine mehrere Flügel vereinende, für einen bundesweiten Anspruch bereitstehende Partei.
Aber wirkte er nicht viel häufiger als "Polarisator" im notwendigen Streit der Meinungen? Ein Volkstribun von universaler Bildung, ein gründlicher Analytiker, ein versierter Verwaltungsfachmann, ein Experte für Finanzen und moderne Technologie, ein herausragender demokratischer Parteipolitiker, zuletzt ein lebenssprühender, temperament- und gemütvoller Mensch mit sozialem Gewissen, hat Strauß weit über die weißblauen Grenzpfähle hinaus Bewunderer, Anhänger und Freunde gefunden. Aber zeit seines Lebens sind ihm, über abweichende Sachmeinungen hinaus, denen er sich gern argumentativ stellte, emotionale Ablehnung, ideologischer Haß und dünkelhafte Attitüden der Distanzierung entgegengeschlagen. Er hatte Angriffe zu erdulden, die weit das Maß überstiegen, das im politischen Geschäft üblich ist.
Joseph Kardinal Ratzinger hat in seiner Gedächtnisrede vom 8. Oktober 1988 in dem "geistigen Grund", in der "geistigen Gestalt" des Handelns von Strauß die Erklärung für den erstaunlichen Grad von Exponiertheit, der dessen Leben im Erdulden und Handeln aufweise, gefunden. Leidenschaftlich sei Strauß für Frieden, Freiheit und Recht, zunächst auf das deutsche Volk bezogen, dann in weltweiter Perspektive, eingetreten. Er habe diese inhaltlichen Ziele mit den Mitteln der Erfahrung und Vernunft erstrebt, allerdings einer Vernunft, die sich ihrer Verankerung im christlichen Sittengesetz bewußt gewesen sei.

Hingegen erschien Strauß seinen Anhängern, aber auch einer seine Lebensleistung zunehmend objektiv würdigenden Öffentlichkeit, eher als ein Inbegriff herausragender säkularer Tugenden: Verkörperte er nicht besondere Vitalität und Dynamik, großen Tatendrang und unermüdliche Schaffenskraft, ungebrochene Aktivität und ein erstaunliches Regenerationsvermögen? Und Strauß wurde mit einer Botschaft identifiziert, einem stets persönlich geprägten, differenzierten, doch klar vermittelbaren politischen Programm, zu dessen Konkretisierung ihm ein umfassendes und detailgenaues politisches und historisches Wissen zu Gebote stand.
Doch der "säkulare", pragmatische, auf den politischen Bereich zu begrenzende Strauß und die Würdigung seiner "idealen" Bestrebungen müssen nicht notwendig in Gegensatz zueinander treten. Beide Seiten seines Wesens lassen sich zusammenfügen unter dem Aspekt, daß hier ein Politiker seine Verantwortung für das öffentliche Leben wahrnahm, die er zugleich als Bewährung im christlichen Sinn begriff. Strauß reihte sich damit einer ganzen Anzahl von Gleichgesinnten ein. Das bedeutete keineswegs, einen Ausschließlichkeitsanspruch für die Definition des Christlichen zu erheben. Aber Unionspolitiker der ersten Stunde wie Strauß wollten aus ihren gesamten, den Glauben einschließenden Lebensgrundlagen das Gemeinwesen gestalten. Dabei differierten die jeweiligen persönlichen Ausgangslagen und Anschauungen. Strauß teilte die Erfahrungen der großen zeitgeschichtlichen Umbrüche mit vielen Gleichaltrigen. Seine Herkunft und sein Werdegang verliehen seiner sich rasch entwickelnden Persönlichkeit dennoch eine unverwechselbare Prägung.

I

Geboren wurde Franz Josef Strauß am 6. September 1915 in sehr bescheidenen Verhältnissen in München, Schellingstraße 49. Beide Eltern waren bäuerlicher Herkunft. Der Vater, Franz Josef, hatte sich als Metzgermeister in München niedergelassen. Er stammte aus Kemmathen bei Arberg, Bezirksamt Feuchtwangen, in Mittelfranken, die Mutter Walburga geb. Schießl aus einem Dorf bei Kelheim in Niederbayern. Der Bub sollte zunächst einen Handwerksberuf erlernen. Auf Rat seiner Lehrer schickte ihn der Vater widerstrebend auf die Gisela-Realschule. Der Theologieprofessor Dr. Johannes Zellinger, dem die selbsterworbenen Lateinkenntnisse seines Ministranten auffielen, vermittelte den Wechsel an das

renommierte Max-Gymnasium. An dieser liberal orientierten Schule erhielt Franz Josef eine solide humanistische Bildung. Das Abitur legte er 1935 als Jahrgangsbester in Bayern ab. Neben "hervorragenden" Leistungen in den herkömmlichen Fächern und in Kurzschrift wurde ihm körperliche Gewandtheit im Turnen und Radfahren bescheinigt.

Die politische Einstellung seiner Eltern, einfacher Leute mit einer klaren Meinung, beschreibt Strauß als katholisch, antipreußisch, monarchisch-wittelsbachisch. Auf ihn wirkte vor allem der Vater, ein Gründungsmitglied und überzeugter Anhänger der Bayerischen Volkspartei. Von ihm hörte er erstmals die Namen der BVP-Vorsitzenden Heinrich Held und Fritz Schäffer, wurde er 1933 in eine Parteiversammlung mitgenommen. Der Vater lehnte die Nationalsozialisten, die in der unmittelbaren Nachbarschaft, in der Schellingstraße 50, zunächst ihr Parteiquartier aufgeschlagen hatten, kompromißlos ab. Vermutlich wegen der politischen Haltung seiner Eltern und weil er weder in die Hitlerjugend noch in die SA oder SS eintrat, wurde Strauß nach sechsmonatigem Arbeitsdienst anfangs die Immatrikulation an der Universität München verweigert. Er erhielt 1936 die Zulassung erst nach einer Intervention seines alten Gönners Zellinger beim Dekan der Philosophischen Fakultät.

Der sehr interessierte, kontaktfreudige und mutige Student belegte die Fächer Alte Sprachen, Geschichte und Germanistik für das höhere Lehramt. Er begann auch ein viersemestriges Studium der Volkswirtschaft bei Adolf Weber, um angesichts der politischen Entwicklung eine berufliche Ausweichmöglichkeit zu haben. Bereits zur Wehrmacht eingezogen, legte er 1940 und 1941 vorzügliche Staatsexamina ab. Wegen des Krieges konnte Strauß eine bei dem Althistoriker und Hellenismus-Kenner Walter Otto begonnene Dissertation nicht vollenden. An der vom Nationalsozialismus beherrschten Universität bewahrte er sich nach der Erinnerung Hermann Bengtsons ein selbständiges Urteil. So habe sich Strauß positiv über das antike Judentum geäußert: "die NS-Propaganda war von ihm wirkungslos abgeprallt".

Die Teilnahme am Krieg von 1939 bis 1945 entriß ihn dem heimatlichen Umkreis. Strauß machte den Frankreich-Feldzug mit und kam als Leutnant der Heeresflakartillerie im Osten zum Einsatz. Er zog sich bei der Abkommandierung zu einem Lehrgang nach Stolpmünde schwere Erfrierungen an beiden Füßen zu. In Lemberg wurde er Zeuge der Ermordung von Gefangenen durch die Sowjets und von Massenerschießungen durch die SS. Wie andere Kriegsteilneh-

mer hatte Strauß als Soldat bis zum Kriegsende keine Vorstellung vom wahren Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen. Die beiden letzten Kriegsjahre verbrachte er als Ausbildungsoffizier der Flak-Artillerieschule IV, seit 1944 Oberleutnant, in Altenstadt bei Schongau. Freimütige Äußerungen über das Regime, das den Krieg verlieren werde, brachten ihn mehrfach in die Gefahr, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. 1944 hörte Strauß über den Publizisten Hans Zehrer von Staatsstreichplänen gegen Hitler.
Durch sein umsichtiges und beherztes Handeln trug er dazu bei, daß beim Anrücken der Amerikaner im Landkreis Schongau unnützes Blutvergießen vermieden werden konnte. Der sinnlose Einsatz von Volkssturm und Hitlerjugend wurde verhindert: "Wir haben den Widerstand gründlich sabotiert und die Nazi so eingeschüchtert, daß sie froh waren, nicht erschossen zu werden," berichtete er seinen Eltern am 6. Juni 1945. Nach eigenem Bekenntnis hat die um einen allzu hohen Preis erworbene Erfahrung dieser Kriegsjahre seine Persönlichkeit reifen lassen, partikulare Tendenzen und Vorbehalte gegenüber den nicht-bayerischen Landsleuten abgebaut: "Das verpflichtende Bewußtsein, für das Ganze einstehen zu müssen, drang unauslöschlich in mich ein".

II

Nach kurzer Gefangensetzung wurde Strauß von der amerikanischen Besatzungsmacht am 2. Juni 1945 als stellvertretender Landrat von Schongau eingesetzt. Er sprach englisch, kannte Land und Leute und erwies sich als kooperationsbereit. Die Spruchkammer des Landkreises Schongau bescheinigte ihm, an der Schule, an der Universität und in der Wehrmacht ein aktiver Gegner des Nationalsozialismus gewesen zu sein. Das Amt des Landrats, in das er am 4. Juni 1946 erstmals gewählt wurde, legte Strauß zum 31. Dezember 1948 nieder. Die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen, die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, erste kulturelle Veranstaltungen bildeten Schwerpunkte einer verdienstvollen Aufbauarbeit.
Im Frühjahr 1946 fand Strauß Anschluß an den Münchener "Gedonstraßenkreis" der Christlich-sozialen Union in Bayern um Dr. Josef Müller. Im November 1945 hatte er zusammen mit früheren BVP-Mitgliedern in Schongau die CSU ins Leben gerufen. Aktiv trieb Strauß bis weit in die fünfziger Jahre hinein den Aufbau und Ausbau der Partei auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene voran,

meist samstags und sonntags auf eigene Rechnung im Auto unterwegs. Der CSU-Vorsitzende Josef Müller entdeckte die politische Begabung des jungen Landrats und nahm ihn in den Führungskreis der Partei auf. Dem Einfluß Müllers auf die CSU-Landtagsfraktion verdankte Strauß 1947 die für ihn überraschende Delegation in den Wirtschaftsrat der Bizone nach Frankfurt.

Das Drängen Müllers, am politischen Leben dieser Keimzelle des späteren "Bundes", eines damals noch höchst ungewissen Zukunftsprojekts, teilzunehmen, fiel auf fruchtbaren Boden. Die allgemeine Existenz- und Überlebenskrise der ersten Nachkriegszeit hatte in Strauß einen unbändigen politischen Gestaltungswillen geweckt, der zur Artikulation drängte. Die Mitarbeit in einer interkonfessionellen Partei, die von der Grundlage des Christentums ausging, erschien ihm als höchst lohnende Aufgabe. Auf dem Bamberger Parteitag der CSU im März 1946 betonte Strauß die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit und Anstrengung für die Zukunft. Er profilierte sich erstmals als Anhänger des mehr liberalen Müller-Flügels innerhalb der entstehenden Partei - eine Absage an parteipolitische Traditionen der Weimarer Republik. Manche ihrer Vertreter, so etwa Heinrich Brüning, erschienen ihm als übervorsichtige Taktierer, die die Schlachten von gestern wieder schlagen wollten. Der in den Kriegsjahren erworbenen unitarischen Denkweise von Strauß entsprach, daß er sogleich intensiv über das Zukunftsschicksal Deutschlands nachdachte. Er war enttäuscht darüber, daß die Amerikaner die Besetzung eines großen Teils seines Vaterlandes durch die Sowjetunion zugelassen hatten.

Im Wirtschaftsrat ließ sich Strauß von der freiheitlichen Wirtschaftsauffassung Ludwig Erhards überzeugen. Er verteidigte dessen Soziale Marktwirtschaft mit Hugo Karpf und Theo Blank gegen die Kritik (anderer) gewerkschaftsorientierter Kräfte in den Reihen der CDU. Er wirkte an der Ausbildung einer Frontlinie mit, die CDU und CSU als Wertegemeinschaft zusammenführte und gegen die planwirtschaftlich ausgerichtete SPD einte. In der internen, kontrovers geführten Debatte der Rhöndorfer Konferenz vom 21. August 1949 über die erste Regierungsbildung bezog Strauß entschieden Position gegen die von Teilen der CDU favorisierte große Koalition mit der SPD. 1949 gewann er bei der ersten Bundestagswahl das Direktmandat des Wahlkreises Weilheim, das er bis 1978 behauptete.

Das distanzierte Verhältnis, das zwischen der Deutschen und der Bayerischen Zentrumspartei bzw. der BVP geherrscht hatte, wurde im Verhältnis der regierenden Unionsparteien zueinander nicht

fortgesetzt. Diese befanden sich in einem zum Erfolg verurteilten Regierungsbündnis, der Bonner Umkreis erinnerte nicht an lastende Traditionen, die Situation verlangte gebieterisch nach gemeinsamer Anstrengung zum politischen Neuaufbau. Strauß repräsentierte neben dem ehemaligen BVP-Vorsitzenden Schäffer die junge, nicht vorbelastete Generation. Dennoch bejahte er den Föderalismus schon wegen der ursprünglich starken Stellung der Länder, die vor den zentralen Institutionen des Bundes tätig geworden waren.
Auch fand die Landesgruppe der CSU-Abgeordneten im Bundestag zu einem engen Zusammenhalt. Ihre Führung übernahm de facto Strauß, während Fritz Schäffer ihr Vorsitzender wurde. Strauß, seit 1948 Generalsekretär der CSU, wurde im Ersten Bundestag außerdem stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Bayerischen Kultusministerium war er seit Juni 1946 Jugendreferent (1948 als Oberregierungsrat) gewesen; als Bundestagsabgeordneter übernahm er den Vorsitz des Jugendfürsorgeausschusses. Seine erste Wortmeldung im Bundestag galt der "Jugendpflege". Seine Absicht war, die in Politikferne verharrende Jugend an den demokratischen Staat heranzuführen, ohne dafür kollektivistische Methoden zu benutzen.
Im Ersten Bundestag lernte Strauß Adenauer als strategischen Denker kennen und schätzen. Er machte sich den kühnen Plan des Bundeskanzlers zu eigen, Schritt für Schritt das Vertrauen der Westmächte zu gewinnen und die Bundesrepublik deren Lager zuzuführen, um mit dem Rückhalt der USA und der demokratischen Staaten des Westens die deutschen Interessen, besonders die Wiedervereinigung gegenüber der Sowjetunion, durchzusetzen. Am 7. Februar 1952 schlug die große Stunde des jungen Abgeordneten. Als die Bundesregierung in der schweren Debatte um den deutschen Wehrbeitrag schon niedergekämpft zu sein schien, sprang Strauß mit einer glanzvollen Rede in die Bresche. Er entwickelte die konstruktive Idee eines geeinten Europas, das mit seiner Stärke den Frieden gegen den "bolschewistischen Koloß" sichern und dem Kontinent eine neue Zukunft in politischer Gemeinschaft erschließen müsse. Nur der rechtzeitige Zusammenschluß zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft könne die Abschreckung glaubhaft gewährleisten, erst der Weg über die Einigung Europas führe zur Wiedervereinigung. Streitbar wies Strauß die These der SPD zurück, daß die Westintegration und der Wehrbeitrag das Kriegsrisiko erhöhen und die Wiedervereinigung unmöglich machen würden.

Das breite und zustimmende Echo auf diese 70minütige Friedens- und Europarede zeigte, daß Strauß Grundpositionen von Adenauers Außenpolitik publikumswirksam hatte vermitteln können. Der 36jährige Abgeordnete aus Bayern kam nun ernsthaft für ein Ministeramt in Frage.

III

Als ihm Adenauer nach der Wahl von 1953 das Bundesfamilienministerium anbot, lehnte Strauß mit Zivilcourage ab. Als Junggeselle werde er in diesem Amt nicht glaubhaft wirken. In der Tat hatten der Krieg und dann die Politik Strauß kaum Zeit für ein Privatleben gelassen. Am 20. Oktober 1953 erhielt er das Bundesministerium für besondere Aufgaben übertragen, eine unscheinbare, neu geschaffene Dienststelle, die clearing-Aufgaben zwischen der Regierung und den Koalitionsfraktionen übernehmen sollte. Strauß nutzte das Amt, um Verbindungen zur Hohen Behörde in Luxemburg und zur französischen Regierung, unter anderem in den heiklen Auseinandersetzungen um das Saarstatut, aufzunehmen.
Am 20. Oktober 1955 wurde Strauß zum Bundesminister für Atomfragen ernannt. Der studierte Altphilologe arbeitete sich mit Energie in das schwierige Gebiet der Kernphysik ein. Für den Aufbau der neuen Technologie entwarf er die richtungweisende Konzeption einer Kooperation von Staat und Wirtschaft. Gegen Widerstände aus dem Finanz- und Wirtschaftsministerium hielt er an diesem modernen Grundsatz fest. Den ersten Atomreaktor der Bundesrepublik holte er nach Garching bei München. Die Kombination der Atomforschung, die damals auch von der SPD begrüßt wurde, mit der Luft- und Raumfahrtindustrie sollte dazu dienen, den von den Siegermächten verordneten technologischen Rückstand aufzuholen und Rang und Geltung für Deutschland in der Welt wiederzugewinnen. Energiedefizite, für die Strauß wegen der Strukturschwäche Süddeutschlands hellhörig war, sollten durch die zivile Nutzung der Kernenergie, besonders für die Stromerzeugung, behoben werden. Auch die Zusammenarbeit mit den technologisch weit fortgeschrittenen USA war dem "Atomminister" ein Anliegen.
Für das ihm am 16. Oktober 1956 eingeräumte Bundesverteidigungsministerium hatte Strauß sich hinreichend qualifiziert. Mehrfach hatte er mit Bravour die Westintegration und die Sicherheitspolitik der Bundesregierung im Bundestag verteidigt. Er gehörte

schon länger einem kleinen Kreis von Parlamentariern an, der den Bundeskanzler in Sicherheitsfragen beriet. Auch hatte er dem Bundeskanzler seine Bedenken über die Führung des "Amtes Blank" massiv vorgetragen.
Mit Realismus und Augenmaß trieb Strauß den Aufbau der Bundeswehr voran. Er wollte der Truppe eine gute Ausstattung und den höchstmöglichen technischen Standard sichern. Aus strategischen Gründen förderte er den Ausbau der Luftwaffe, mit Rücksicht auf seinen oberbayerischen Wahlkreis die von den militärischen Planern norddeutscher Herkunft vernachlässigte Gebirgstruppe. Für den zivilen Verteidigungsminister stand das Militär unter der Priorität politischer Ziele: Es sollte, auf dem Rückgrat der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft beruhend, Sicherheit vor der Bedrohung durch die Staaten des Warschauer Pakts schaffen. Für die inzwischen der NATO beigetretene Bundesrepublik sollte die Armee zum Unterpfand wirklicher Gleichberechtigung mit den Partnern des Verteidigungsbündnisses werden. Die ersten Planungsvarianten einer bloßen Polizei- oder Söldnertruppe hatte Strauß abgelehnt. Er gedachte der Bundeswehr die psychologische Aufgabe zu, das Selbstgefühl der Deutschen zu stärken und deren Hang zur "Selbstbeschuldigungssucht", nachdem sie die Lasten der Kriegs- und Nachkriegszeit getragen und für den Nationalsozialismus gebüßt hätten, entgegenzuwirken.
Angesichts des rasanten militärtechnischen Wandels hat Strauß einen wesentlichen Beitrag zur Neubestimmung der Sicherheitsdoktrin im Atomzeitalter geleistet. Von der Einsicht ausgehend, daß es in einem Atomkrieg keine Sieger und Besiegten mehr geben könne, schlug er vor, die hochgerüstete Bundeswehr als Abschreckungsinstrument zu definieren, das schon durch seine unverzichtbare Existenz die elementare Aufgabe habe, den Krieg zu verhindern. Die wichtigste Funktion der im Bündnisfall über Kernwaffen mitverfügenden militärischen Macht hatte demnach in der Erhaltung des Friedens zu bestehen. Als der Pressereferent Gerd Schmückle dafür die griffige Formel fand, daß die Soldaten der Zukunft "bewaffnete Pazifisten" sein müßten, stieß er auf heftigen Widerspruch in konservativ denkenden Militärkreisen. Als viel bedenklicher mußten die Versuche der Kennedy-Administration seit 1961 erscheinen, die Atomschwelle anzuheben, um für Amerika das Risiko der Verwüstung durch russische Interkontinentalraketen zu verringern. Die im Gefolge solcher Erwägungen von den Amerikanern gewünschte Anhebung der konventionellen Stärke der Bundeswehr hätte den Verteidigungsminister auch dem erhöhten Argwohn der Sowjet-

union ausgesetzt. Aus Gründen der ungeschmälert beizubehaltenden atomaren Abschreckungsdoktrin widerriet Strauß Überlegungen im westlichen Lager, in der Berlin-Krise frühzeitig im Rahmen einer planbaren Eskalation konventionelle Streitkräfte einzusetzen. Trotz solcher Probleme hat Strauß für den Staat Israel Waffen der noch im Aufbau befindlichen Bundeswehr bereitgestellt und dies als Teil der aktiven Wiedergutmachung betrachtet. Israel hat Strauß die Hilfe nie vergessen.

Mannigfache Beschaffungs-, Ausbildungs- und Führungsprobleme waren beim Aufbau der Bundeswehr zu bewältigen. Die Eheschließung von Strauß mit der Diplom-Volkswirtin Marianne Zwicknagl am 4. Juni 1957 wurde von dem tragischen Unglück an der Iller überschattet. 15 Rekruten eines Luftlande-Jägerbataillons waren bei dem übereifrigen Versuch, bei Kempten den reißenden Fluß zu überqueren, ertrunken. Der Vorfall erregte bundesweit Aufsehen. Strauß wurde wegen des angeblich ungenügenden Ausbildungsstands der Bundeswehr schwer angegriffen. Adenauer hielt an ihm fest und kam zur Hochzeit nach Rott am Inn. Strauß kannte die Familie Zwicknagl, der Schwiegervater Max war ein politischer Freund Josef Müllers, seit 1948. Er empfand sein glückliches Familienleben mit Marianne und den drei Kindern Max Josef, Franz Georg und Monika als Refugium inmitten der zahlreichen Anfechtungen seines bewegten Politikerlebens. An dem plötzlichen Tod seiner Frau infolge eines Verkehrsunfalls am 22. Juni 1984 trug er schwer.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" richtete immer wieder heftige Angriffe gegen den Exponenten der atomaren Sicherheitspolitik. Als der Artikel "Bedingt abwehrbereit" über das NATO-Manöver Fallex 62 erschien, unterstützte der Bundesverteidigungsminister Ermittlungen, die die Bundesanwaltschaft wegen Landesverrats gegen den "Spiegel" eingeleitet hatte, und beschleunigte in Überschreitung seiner Zuständigkeit die Verhaftung des "Spiegel"-Journalisten Conrad Ahlers in Spanien. Als Strauß dies gegenüber dem Bundestag verschwieg, wurde er am 14. Dezember 1962 aufgrund von Protesten der FDP sowie auch der deutschen und englischen Presse zum Rücktritt genötigt; auch Professoren der Universitäten Bonn und Tübingen sammelten Unterschriften gegen den Minister. Strauß hatte in der politisch aufgeladenen Atmosphäre des Kalten Krieges und der akuten Kuba-Krise gehandelt und war in seinem Vorgehen von Konrad Adenauer und von Reinhart Gehlen, dem Chef des Bundesnachrichtendienstes, bestärkt worden. In der "Spiegel"-Redaktion wurde viel belastendes Material gefunden.

Den Bundeskanzler, der Mitverantwortung trug, hat Strauß durch seinen Rücktritt gedeckt; Adenauer hatte gerade noch ein Jahr zu regieren. Viele sahen damals das Ende der staunenswerten Karriere von Strauß gekommen.

IV

Dieser war als Nachfolger von Hanns Seidel 1961 zum Vorsitzenden der CSU gewählt worden. Er behielt das Amt nach mehrfacher Wiederwahl bis zu seinem Tod. Der von dem Hamburger Magazin der Linksintellektuellen zum "Prügelknaben der Nation" erklärte Politiker errang bei den bayerischen Landtagswahlen vom 25. November 1962 einen eindrucksvollen Sieg. Er erhielt einen Stimmanteil von 47,5% und die absolute Mehrheit der Mandate für die CSU. Von nun an konnte er mit dem "Solidarisierungseffekt" (H.-P. Schwarz) bei seinen bayerischen Landsleuten rechnen. Strauß hätte Ministerpräsident in Bayern werden können, blieb aber in Bonn präsent und beteiligte sich an den Führungskämpfen um Adenauers Nachfolge.
Er hatte den Wirtschaftspolitiker Ludwig Erhard stets nachhaltig unterstützt, dem Bundeskanzler Erhard versagte er die Gefolgschaft. Diesem und dem Außenminister Gerhard Schröder lastete er an, die Chancen für eine kraftvolle deutsche Politik auszuschlagen, die in Charles de Gaulles Angebot einer deutsch-französischen Union lagen. Ihn enttäuschte es schwer, daß die Bundesregierung französische Offerten einer Zusammenarbeit bei der atomaren Waffentechnik überging, schon weil Frankreich seine Atombewaffnung nur im Schatten der Abschirmung durch den westdeutschen Verteidigungsbeitrag habe initiieren können.
Strauß hat seine außenpolitischen Vorstellungen in dem 1966 erschienenen Buch "Entwurf für Europa" und später in seinen "Erinnerungen" (1989) erläutert. Er plädierte dafür, daß Europa seine seit dem Ersten Weltkrieg verlorengegangene historische Aufgabe in der Welt wieder übernehme und gemeinsam seine reichen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten dafür nutze. Ein vereintes Europa könne ein "gleichgewichtiges Verhältnis zu den Vereinigten Staaten erreichen" und stark genug werden, seine Interessen gegenüber der Sowjetunion wahrzunehmen, falls die USA aus Gründen innerer Instabilität einer die deutsche Teilung verfestigenden Status-quo-Haltung gegenüber Moskau zuneigen würden. Strauß sprach sich für die Aufnahme Großbri-

tanniens und anderer beitrittswilliger Länder in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus, "ohne dabei Europa für alle Zeit auf der Stufe einer Wohlfahrtsgemeinschaft unter amerikanischem Atomschirm zu belassen". Eine zusätzliche Bedrohung für Moskau durch das Entstehen eines neuen europäischen Machtzentrums hielt er angesichts der funktionierenden gegenseitigen Abschreckung nicht für gegeben.
Strauß nährte auch mentale Vorbehalte gegenüber Erhard und Schröder, die ihm als protestantische Norddeutsche schwer zugänglich zu sein schienen. Der seit der Gründung der Unionsparteien zum Programm erhobene Interkonfessionalismus bewährte sich hier nicht. Jedenfalls empfand Strauß, seit 1963 auch Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, genug partei-, innen- und außenpolitische Differenzen, um nach dem Austritt der FDP-Minister aus dem Kabinett Erhard im September 1966 ultimativ den Rücktritt dieses Bundeskanzlers zu fordern. Dessen Sturz ergab sich letztlich aus dem Weiterschwelen der seit Adenauers Ausscheiden ungelösten Nachfolge- und Führungsfrage in den Unionsparteien, keineswegs aus einer allgemeinen politischen oder gar historischen Notwendigkeit.
Strauß trat im Dezember 1966 als Finanzminister in Kurt Georg Kiesingers Kabinett der großen Koalition ein. Anders als Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CSU) war er allerdings nie ein Freund des Zusammengehens mit der SPD gewesen und 1961 bei den ersten Sondierungen über eine große Koalition ablehnend oder unbeteiligt geblieben. Das hinderte Strauß nicht, von 1966 bis 1969 konstruktiv mit Karl Schiller, dem von der SPD gestellten Wirtschaftsminister, zusammenzuarbeiten.
Als Finanzminister forderte Strauß im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung eine Begrenzung der dem Konsum dienenden Ausgaben zugunsten der Zukunftsvorsorge, "damit die Generation von morgen in der Welt von morgen unter den Bedingungen von morgen und mit den Möglichkeiten von morgen ebenfalls ihre gesicherte Existenz hat" (6.9.1967). In Bayern errang Strauß unter den Jungwählern stets beachtliche Stimmanteile. Von dem umfangreichen Programm des Finanzministers konnten die Finanzreform mit einer Neuregelung der Finanzbeziehungen und Aufgabenzuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die Reform des Haushaltsrechts und die Einführung des Mehrwertsteuersystems, d.h. einer wettbewerbsneutralen Umsatzsteuer, verwirklicht werden. Strauß maß bei aller Absicht der Haushaltskonsolidierung den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung besondere Bedeutung zu. Seinem SPD-Nachfolger Alex Möller hinterließ er geordnete

Staatsfinanzen mit einem Reservefonds von sieben Milliarden DM. Die Steuermehreinnahmen des Wirtschaftsaufschwungs von 1969 konnten zur Schuldentilgung verwendet werden. Angesichts der unbestreitbaren Leistungen von Strauß in dem für ihn neuen Finanzressort besserte sich sein durch die Spiegel-Affäre beschädigtes Ansehen auch in der außer-bayerischen Öffentlichkeit.

V

Doch wurden in den Koalitionsverhandlungen, die auf den Wahlsieg der Unionsparteien 1969 folgten, die Weichen für deren ungewohnte Oppositionsrolle gestellt. Schon ein halbes Jahr vorher, am 5. März 1969, war Gustav Heinemann (SPD) mit den Stimmen der FDP zum Bundespräsidenten gewählt worden.

Strauß wurde im neuen Bundestag zum Vorstandsmitglied der Unionsfraktion und zu deren finanz- und wirtschaftspolitischem Sprecher gewählt. Darüber hinaus äußerte er sich mit bewährter Kompetenz weiterhin zu Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik. Dabei kam ihm zustatten, daß er seinen Spielraum als unangefochtener Parteivorsitzender nutzen konnte, während sich die CDU im vollen Umbruch befand.

Gegner der Ostpolitik des Kabinetts Brandt-Scheel, gelang es ihm allerdings nicht, seine Auffassungen in der ganzen Unionsfraktion durchzusetzen. Diese übte in der Ratifikationsdebatte über die Ostverträge mit Polen und der Sowjetunion Stimmenthaltung, verzichtete damit auf einen klaren Alternativkurs zur Entspannungspolitik der SPD. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen von 1972 verloren CDU und CSU daraufhin die Mehrheit im Bundestag. Strauß hielt zwar den Gewaltverzicht gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts für richtig, warnte aber eindringlich vor der Interpretation der Ostverträge als "politischer Besitzstandsgarantie" und vor deren Instrumentalisierung für eine "sowjetische Weststrategie" (24. Februar 1972). Im Alleingang, ohne nennenswerte Unterstützung durch die CDU oder andere Bundesländer, veranlaßte er die Klage des Freistaats Bayern gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR beim Bundesverfassungsgericht. Die mutige Tat führte am 31. Juli 1973 zur verfassungskonformen Interpretation des Grundlagenvertrages, wonach die Grenze zur DDR keine völkerrechtliche und humane Qualität besaß.

Im aufgeregten Klima der siebziger Jahre, in dem zur Gesellschaftsveränderung und Leistungsverweigerung aufgerufen wurde

und bewährte Rechts- und Verfassungsgrundlagen zur Disposition einer irrationalen Entspannungspolitik standen, verlieh der sprachgewaltige Oppositionspolitiker Sorgen und Ängsten Ausdruck, die in der Bevölkerung entstanden waren. Er erkannte in dem von den Medien unterstützten oder gar produzierten Zeitgeist eine gefährliche und verführerische Macht. Aus geschichtlicher Erfahrung und erlebter Zeitgeschichte formulierte er Grundpositionen einer deutschen demokratischen Identität. Er wandte sich gegen Systemveränderung, "Demokratisierung" und die Hofierung unfreiheitlicher Regimes und trat für eine freiheitliche Politik ein, "die auf dem Boden der Verantwortung des Christenmenschen, auf liberalen, auf sozialen und auf konservativen Grundelementen sich aufbaut". "Ich glaube daran, daß das dem Menschen angeborene Streben nach Freiheit, Würde und Recht unauslöschbar ist." (Gebote der Freiheit, 1980).

Zusammen mit Gerold Tandler unternahm Strauß im Vorfeld der Bundestagswahl von 1976 den Versuch, den norddeutschen CDU-Politiker Karl Carstens zur Übernahme der Kanzlerkandidatur der CDU/CSU zu bewegen. Carstens lehnte ab. Die CDU nominierte Helmut Kohl. Die CDU folgte im Wahlkampf nicht der polarisierenden Formel "Freiheit oder Sozialismus", die die CSU propagierte, sondern wählte das moderatere Motto "Freiheit statt Sozialismus". Aus Verärgerung über das Abschneiden der CDU - die CSU hatte in Bayern das Rekordergebnis von 60,0%, im Bundesdurchschnitt 10,6% erreicht - faßte die CSU-Landesgruppe am 19. November 1976 in Wildbad Kreuth den am 12. Dezember 1976 wieder zurückgenommenen Beschluß, die seit 1949 bestehende Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag aufzukündigen. Im Hintergrund standen parteistrategische Erwägungen, die CSU als vierte Partei im Bundesgebiet zu etablieren und dadurch die Entscheidungsmöglichkeiten innerhalb der hergebrachten Dreierkoalitionen (CDU/CSU - SPD - FDP) zu erweitern. Die Landesgruppe blieb die "Speerspitze der Opposition" (Friedrich Zimmermann).

Indes vermochte Strauß auch durch seinen geballten Einsatz als Kanzlerkandidat der Union im Bundestagswahlkampf von 1980, für den er nun über den eingespielten Stab der Bayerischen Staatskanzlei verfügen konnte, die sozial-liberale Koalition nicht zu verdrängen. Zwar gewannen die Unionsparteien mehr Stimmen als die SPD (44,5% gegenüber 42,9%). Doch die von Strauß entschieden betriebene Eigenprofilierung der Unionsparteien auf den Gebieten der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Außenpolitik begünstigte kaum

einen Koalitionswechsel der FDP, obwohl Strauß erklärt hatte, auf seine Kandidatur zu verzichten, falls die FDP ihren Übergang zu den Unionsparteien von der Person des Kanzlers abhängig mache. Der Wahlkampf wurde mit viel emotioneller Erregung geführt. Anhänger und Gegner von Strauß (auch in den Reihen der CDU) traten einander schroff gegenüber. In der selbstbewußten Reklamation des Führungsanspruchs für die Unionsparteien erwies sich Strauß als Nachfahr der Ära Adenauer, vom Aufbau- und Kampfeswillen der Entscheidungsjahre der Bundesrepublik Deutschland geprägt. Trotz einer "beispiellosen Kampagne" (Golo Mann) gegen ihn errang er zu seiner Genugtuung mehr Stimmen als der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt.

VI

Am 6. November 1978 wurde Strauß mit 125 gegen 71 Stimmen bei vier ungültigen Voten vom Landtag zum Bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Sein Bundestagsmandat legte er nieder, nach der Wende von 1982 ist er nicht in das Bundeskabinett zurückgekehrt. Diese Entscheidung des geborenen Debattenredners und leidenschaftlichen Parlamentariers mutete wie Resignation an.
Auf der bewährten Arbeit seiner Vorgänger aufbauend, bemühte sich der Ministerpräsident, die historisch erklärlichen strukturellen Benachteiligungen Bayerns in einen Entwicklungsvorsprung dieses Landes umzukehren. Dessen Bruttoinlandsprodukt stieg von 1978 bis 1987 stärker als in den anderen Bundesländern; im Vergleich zur übrigen Bundesrepublik wurde auch die Zahl der Arbeitsplätze überproportional erhöht. Über die bevorzugte Ansiedlung von Luft- und Raumfahrtindustrie sollten mittelständische Zulieferbetriebe technologisch gefördert werden. Strauß engagierte sich persönlich für die Projekte Airbus, Transrapid, Trägerrakete Ariane und Flughafen München II. Es liegen indes Anzeichen dafür vor, daß er Mittel von Geschäftsleuten zu unbedenklich in Anspruch nahm. Ein gesteigerter Finanztransfer vom Land an die Kommunen sollte die Investitionsfähigkeit der Gemeinden erhöhen. Eine intensivierte Verkehrspolitik diente der wirtschaftlichen Erschließung strukturschwacher Gebiete, z.B. der Ansiedlung des BMW-Werkes in Regensburg. In der Energiepolitik setzte Strauß mit der Bevorzugung der Gasversorgung und der Kernenergie Schwerpunkte. Die Förderung der einer billigeren und emissionsvermeidenden Stromversorgung dienenden Kernenergie provozierte allerdings schwere Aus-

einandersetzungen, so um den Baubeginn der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf 1987. In dem 1987 vorgestellten "Jahrhundertvertrag für die Landwirtschaft" waren eine kostenorientierte Preispolitik, die Förderung heimischer Rohstoffe sowie Entgelte für die Behebung von Ertragsdefiziten und für die Erbringung landeskultureller Leistungen vorgesehen. Gemäß der Konzeption des "Kulturstaats Bayern" ließ sich Strauß den weiteren Ausbau der neugegründeten bayerischen Universitäten, des gegliederten Schulwesens, die Musik-, Theater- und Filmförderung und die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft angelegen sein.
Neben den ihn stets faszinierenden Naturwissenschaften förderte er auch die Geisteswissenschaften; so unterstützte er die Gründung des Historischen Kollegs in München. Bedeutende Aufgaben der Landespolitik waren auch die Bewahrung des Rechtsstaats und der inneren Sicherheit - in bewußter Distanzierung von den Verhältnissen in der Hamburger Hafenstraße -, der Abbau von Staatsaufgaben und die Vereinfachung einer bürgernah zu gestaltenden Verwaltung. In einzelnen an ihn persönlich herangetragenen Härtefällen hat sich Strauß für die Interessen behinderter oder benachteiligter Personenkreise unkonventionell und wirkungsvoll eingesetzt. Aus prinzipiellen Gründen, um der Erhaltung der Gesellschaft willen, wies er der Familie und der Erziehung in der Familie einen hohen Stellenwert zu.
Den Föderalismus begriff Strauß, der ab dem 28. Oktober 1983 für ein Jahr Präsident des Bundesrats wurde, als die "Staatsordnung der Freiheit". Strauß hat die Ämter des Ministerpräsidenten und Bundesratspräsidenten genutzt, um in der Außen- und Deutschlandpolitik aktiv zu bleiben. Dabei kamen ihm alte Bekanntschaften und Freundschaften, die bis in seine Zeit als Verteidigungsminister zurückreichten, und sein Verhandlungsgeschick zustatten. Zwischen 1956 und 1985 erhielt er Ehrendoktorwürden der Universitäten Detroit, Cleveland, Chicago, Kalamazoo, Maryland, Dallas, Santiago de Chile und München.
Mit Billigung der US-Regierung übernahm Strauß 1983 eine erfolgreiche Vermittlungsaktion zwischen den USA und Syrien in der Libanon-Krise. Wegen des weithin ungehinderten Vordringens der Sowjetunion in Afrika galt sein besonderes Interesse diesem Kontinent. Dort sollten nach seinen Vorstellungen die USA und Europa gemeinsam ein Wächteramt für den Fortschritt der freiheitlichen Demokratie wahrnehmen. Im Auftrag von Bundeskanzler Kohl vermittelte Strauß zu Anfang des Jahres 1988 persönlich zwischen den Staatsmännern Südafrikas und des kommunistisch orientierten

Mozambique. 1987 besuchte Strauß Peking und traf sich mit Michael Gorbatschow in Moskau. Beeinflußt von seinem Freund Henry Kissinger entwickelte er eine globale Zukunftsplanung, gemäß der die sich anscheinend ausweglos zuspitzende atomare Konfrontation von dem multipolaren Gleichgewicht der fünf Großmächte USA, Sowjetunion, Europa, China und Japan abgelöst werden sollte.

Für die Bundesrepublik, deren Platz Strauß unwiderruflich an der Seite der freien Völker sah (1980), forderte er nachdrücklich, die Rolle des "Fürsorgezöglings" aufzugeben und das "Tal der Ohnmacht" zu verlassen, um die "vorhandenen Machtmöglichkeiten" zu "maximieren" und die Gleichberechtigung mit England und Frankreich zu erringen. Durch den vielfach mißverstandenen, vom Bundeskanzler aber gebilligten "Milliardenkredit" an die DDR trug er wesentlich dazu bei, die deutsche Frage in Bewegung zu halten. Strauß ließ Erich Honecker bei dessen Besuch in der Bundesrepublik 1988 das übliche Staatszeremoniell zuteil werden, um nicht in die Ecke des Unzeitgemäßen gestellt zu werden, beharrte dem Diktator gegenüber aber auf dem deutschen Rechtsstandpunkt und auf der Absicht der Wiedervereinigung. Die Chancen einer beiderseitigen Annäherung und Verständigung im deutsch-deutschen Verhältnis auszunutzen, schien ihm geboten, weil nach seiner Auffassung eine reale Alternative zu der Weiterentwicklung friedlicher Beziehungen im nuklearen Zeitalter überhaupt nicht bestand. Dabei erstrebte er allerdings wirkliche, die Lage der Mitteldeutschen verbessernde Wandlungen. Er blieb seiner Verhandlungsdevise 'Do ut des' getreu und stand mit seiner Vergangenheit und seiner Person für jene Politik der Stärke, die den Umbruch in Osteuropa erst möglich gemacht hat.

VII

Das Aufbegehren der Völker in den osteuropäischen Ländern, die Auflösung des Sowjetimperiums und die Wiedervereinigung Deutschlands zu erleben, blieb Strauß versagt. Nun hatte sich der Handlungsspielraum für Deutschland ergeben, den er so oft beschworen hatte. Seine Stunde wäre nun gekommen. Am 3. Oktober 1988 verstarb Strauß völlig überraschend in Regensburg, seit drei Jahren Ehrenbürger dieser Stadt. Zu Beginn eines Jagdausflugs in die Wälder des Fürsten Johannes von Thurn und Taxis war er aus dem vollen Leben zusammengebrochen.

Überwältigende Trauerbekundungen in Regensburg und München bezeugten seine unübertroffene Volksverbundenheit und Popularität. Diese hatte er allerdings auch gepflegt, so durch die großen Reden zum alljährlich in der Nibelungenhalle in Passau stattfindenden "Politischen Aschermittwoch" der CSU. Das Ereignis fand bundesweit ein solches Echo, daß es von anderen Parteien nachgeahmt wurde. Seine klaren Standortbestimmungen für die deutsche Politik und für den Kurs der Unionsparteien wurden nun vermißt.

Strauß war ein begnadeter, überaus schlagfertiger Redner, nach seinem eigenen Verständnis allerdings eher ein Anti-Rhetor, weil er dem Verständnis eines breiten Publikums entgegenkommende Abflachungen und Vereinfachungen in Stil und Satzbau bewußt vermied und seinem Auditorium mit ciceronianischen Perioden und anspruchsvoller Wortwahl viel zumutete. Belohnt fühlte er sich erst, wenn er spürte, daß seine Hörerschaft den Ernst des auf intellektuellem Niveau, doch mit hinreichender Deutlichkeit vorgetragenen Sacharguments begriff und akzeptierte. Mit einer unbestechlichen Beobachtungsgabe paarten sich Scharfsinn, außergewöhnliche Intelligenz, eine plastische und rationalistische Formulierungskunst. Der Redner und Autor Strauß verfügte mühelos über die variantenreiche Redundanz des konstruktiven Denkers.

Er neigte zu einem aufgeklärten Optimismus, der den Fortschritt auf allen Lebensgebieten blitzschnell registrierte, verarbeitete und in sein Weltbild aufnahm. Er bewahrte sich den Glauben an eine gute Zukunft der Menschheit. Pessimismus und mißtrauischer Realismus blieben dem lebensbejahenden Bayern im Grunde seines Herzens fremd, so sehr er die Wahrheit und die historische Erfahrung schätzte. Weil er an das Leben glaubte, hat Strauß auf soziale Zukunftsinvestitionen und auf die Förderung der jungen Generation immer wieder besonderen Wert gelegt.

In seinem Auftreten und in seiner Mentalität, in seiner Bereitschaft zum Wagnis und zum unkonventionellen Sponsoring, in seinen Kontakten zur Geschäfts- und Filmwelt (Luggi Waldleitner) verkörperte Strauß einen neuen Typus des Politikers, der den fortgeschrittenen Zeiten einer wirtschaftlich und sozial "avancierten" Bundesrepublik entsprach. Damit hob er sich von dem Erscheinungsbild mancher Politiker der Vor- und der Nachkriegszeit ab, die, haushälterisch veranlagt, einem bescheidenen, bürgerlich korrekten und persönlich eingezogenen Lebensstil zuneigten.

Strauß war ein machtbewußter, politisch herausfordernder, Indifferenz nicht zulassender Kämpfer von erstaunlicher Ausstrahlung und Durchsetzungskraft. Sein Ethos war agonal, selbstverantwortlich,

anti-kollektivistisch angelegt. Darin verleugnete er keineswegs christliches Erbe. "Er beugte seine Knie nur vor Gott" (Friedrich Kardinal Wetter).

Kurt Georg Kiesinger (1904 - 1988)

Politiker aus Vernunft, nicht aus Instinkt, so könnte Kurt Georg Kiesinger - in Abwandlung eines berühmten Tocqueville-Wortes - genannt werden. Bekanntlich hat er den französischen Staatsmann und politischen Denker wie einen geistesverwandten Lehrmeister geschätzt. Weder die Atmosphäre des Elternhauses und die "Lehrjahre" noch angeborene Neigung und Machttrieb führten ihn in die Politik. Erst als über Vierzigjähriger, nach der Erfahrung von nationalsozialistischer Zwangsherrschaft, Weltkrieg und Kriegsende begann er seine politische Karriere, die ihn in zwanzig Jahren vom Landesgeschäftsführer der neugegründeten CDU in Württemberg-Hohenzollern (1948-1951) über die Stationen des Bundestagsabgeordneten (1949-1958) und des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg (1958-1966) zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1966-1969) und CDU-Parteivorsitzenden (1967-1971) aufstiegen ließ. Als er am 9. März 1988 im Alter von 83 Jahren starb, würdigten ihn die Nachrufe als einen der großen "Baumeister" der erfolgreichen zweiten deutschen Republik, als Staatsmann, "der sich um das Schwerste bemühte, nämlich aus der Geschichte zu lernen" (R. von Weizsäcker).

Wie kaum ein anderer Spitzenpolitiker der Bundesrepublik Deutschland entsprach Kurt Georg Kiesinger nach Herkunft und sozialer Lage, nach Selbsteinschätzung und Lebensführung dem konventionellen Bild des deutschen Bildungsbürgers. Man kann in ihm sogar den letzten führenden Exponenten einer Politikergattung sehen, die dem Parlamentarismus in Deutschland mit ihrer gemäßigt-liberalen und juristisch-staatswissenschaftlichen Prägung, wie schon in den Tagen der Frankfurter Paulskirche, seine Besonderheit verliehen hat. Sein Streben nach einem "dauernden Bündnis" zwischen Politik und Geist, zwischen "den im Staate Handelnden und den über Politik Nach- und Vorausdenkenden" (Kiesinger, Ideen vom Ganzen), nährte sich aus dem humanistischen Bildungsgut des europäischen 19. Jahrhunderts. Seine Debattenbeiträge im Deutschen Bundestag vermitteln hiervon mit ihrer virtuosen Rhetorik, ihren bildungsgesättigten Assoziationen, ja selbst mit ihrem

gelegentlichen Hang zur pathetischen Übersteigerung einen lebendigen Eindruck.
Als Regierungschef während der Großen Koalition 1966-1969 übernahm er die höchste politische Verantwortung in einer Übergangszeit, die der Historiker Klaus Hildebrand als Zeitenwende zwischen "juste milieu" und neuer Unruhe charakterisiert hat. Der politische Führungswechsel vom christlich-demokratisch dominierten Nachkriegsaufbau zur "sozialliberalen" Reform ging mit einem geistigen Klimaumschwung und Wertewandel einher, der einen tiefen Einschnitt in der Innenpolitik der neuen Demokratie hinterließ. Kiesingers historische Bedeutung ist darin zu sehen, daß es ihm gelang, den doppelten Generationsbruch - von der älteren, vom Kaiserreich geprägten Generation zur Generation, die nach dem Ersten Weltkrieg geboren und wesentlich von der Erfahrung der NS-Herrschaft und dem Krieg geprägt war, und weiter zur jüngeren Generation, die im demokratischen Nachkriegsdeutschland aufgewachsen war und die Welt der Väter und Großväter ablehnte - ohne krisenhafte Auswirkungen für Staat und Gesellschaft zu bewältigen. Seiner auf Sachlichkeit und Ausgleich angelegten Politik ist im wesentlichen zu verdanken, daß das in seinem Ursprung als Provisorium entstandene Staatswesen Bundesrepublik auf dem Weg zur Normalität blieb und sich als demokratisch mündig erwies.

I

Geboren wurde Kurt Georg Kiesinger am 6. April 1904 in Ebingen, einer an der Schmieche gelegenen Kleinstadt auf der schwäbischen Alb, die in diesem Abschnitt nach dem weiter nordwärts gelegenen Hohenzollern bei Hechingen heißt. Der Vater, Christian Kiesinger, war kaufmännischer Angestellter. Die väterliche Familie war, angelockt von der aufstrebenden Textilindustrie des Ortes, aus ehemals herzoglich-altwürttembergischem Gebiet zugezogen und daher evangelisch. Die Mutter Domenika, geborene Grimm, stammte aus dem alemannischen katholischen Bauern- und Handwerkermilieu. Obwohl sie ein halbes Jahr nach der Geburt des Sohnes starb, blieben enge Beziehungen zur katholischen, bäuerlichen Lebenswelt der mütterlichen Verwandten, der Taufpatin in Anhausen im Bäratal und den Großeltern in Bubsheim, für den jungen Kiesinger prägend.
Stolz und Liebe kennzeichneten Kiesingers Verhältnis zu seiner Heimat, der er mit seiner romantischen Vorbildern nachempfunde-

nen Erinnerungsskizze "Schwäbische Kindheit" (1963) ein persönliches literarisches Denkmal gesetzt hat. Zeit seines Lebens hat er besonderen Wert auf die Einflüsse gelegt, die er von beiden sozialen und konfessionellen Welten empfing. So sprach er später gern von sich als einem "evangelischen Katholiken".
In seiner Kindheit, die vom Besuch der Volksschule und des Realgymnasiums, von Ferienaufenthalten bei Verwandten und von Spielen in der Flur und den Nachbaranwesen erfüllt war, nahm er kaum etwas von den Bewegungen und Gegensätzen der großen Welt wahr, die sich im Krieg befand. Nach bestandenem "Einjährigen" meldete er sich 1919, väterlichem Wunsch entsprechend, zur Aufnahme in das katholische Lehrerseminar in Rottweil. "Wie ein Fest" betrat der junge Kiesinger die schöne ehemalige Freie Reichsstadt am Neckar, deren gesellschaftlichen Charakter das Beamtenbürgertum bestimmte. Die Rottweiler Seminarzeit, die noch die Inflationsjahre umfaßte, hielt jedoch Hunger, Dürftigkeit und Krankheit bereit. Als der Vater ihm keine Unterstützung mehr zukommen lassen konnte, mußte Kiesinger sich durch Ferienarbeit und Gelegenheitsbeschäftigungen seine Seminarausbildung selbst verdienen. Dabei half ihm Friedrich Haux, ein Freund seines Vaters, Direktor der Württembergisch-Hohenzollerischen Trikotwarenfabriken, der sein Gönner wurde und ihn von bedrängenden Existenzsorgen befreite. In Rottweil kam Kiesinger auch mit der Jugendbewegung in Berührung, zuerst mit dem "Wandervogel", dann mit dem katholischen Jugendbund "Neudeutschland", aber Prägendes ist für ihn davon nicht ausgegangen. Obwohl gesellig, war Kiesinger kein Gruppenmensch, der nach Anpassung oder Beteiligung strebte. Statt auf das Kollektiv, setzte er eher auf sich selbst, baute auf seine Anlagen und Kräfte; ihm lag mehr die gesellschaftliche Solistenrolle. In die fünfjährige Rottweiler Seminaristenzeit fielen auch seine dichterischen Versuche, die in den Lokal- und Regionalblättern, unter anderem im Stuttgarter Neuen Tagblatt, gedruckt wurden. "Das war so ein bißchen Weltschmerz, ein bißchen jugendliche Lyrik", wie er rückblickend gemeint hat. Nachdem damals auch das Gedichtbändchen "Wallfahrt zu Gott" herausgekommen war, träumte Kiesinger - nach eigenem Bekenntnis - sogar eine Zeitlang davon, ein Dichter zu werden. Die Distanz zur Politik könnte nicht extremer gedacht werden.
1925, als er die Abschlußprüfung des Lehrerseminars erfolgreich ablegt, darf er - mit 21 Jahren - zum ersten Mal wählen; in der Reichspräsidentenwahl gibt er seine Stimme dem Generalfeldmarschall Hindenburg, dem er zutraut, die widerstreitenden Kräfte der

Weimarer Republik versöhnen zu können. Er bekam die Politik der Zeit nun auch insofern zu spüren, als er wegen der Sparmaßnahmen, zu denen die Regierungen damals gezwungen waren, nicht sofort in den Schuldienst übernommen wurde. So lag es nahe, sich akademisch weiter zu qualifizieren. Gefördert von Friedrich Haux, bezog Kiesinger die Universität Tübingen, wo er sich an der Philosophischen Fakultät für das Studium der Pädagogik einschrieb und zugleich sein Abitur in Form einer Ergänzungsprüfung zum Seminarabschluß nachholte. Unter den Tübinger Professoren stach besonders der betont nationalpolitische, deutschbaltische Historiker Johannes Haller hervor, von dem Kiesinger die Einsicht vermittelt erhielt, daß alle Vorgänge in Deutschland immer zugleich auch europäische Angelegenheiten seien. Die Teilnahme am Studentenleben in der katholischen Verbindung "Alamannia" verhalf dem jungen Studiosus zur Bekanntschaft mit dem um vier Jahre älteren Gebhard Müller, dem nachmaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, der später Kiesingers Karriere an entscheidenden Wegmarken die Richtung weisen sollte. Auch die Persönlichkeiten der führenden Zentrumspolitiker Eugen Bolz, Lorenz Bock und Josef Beyerle, die alte KV-Herren waren, gehörten zu den bleibenden Eindrücken der Tübinger Studienzeit.

In Tübingen hatte Kiesinger nicht nur Gefallen am ungebundenen Studentenleben gefunden, sondern war auch in seinen geistigen Ansprüchen gewachsen. Nicht zuletzt wird die Lebenslust der "Goldenen Zwanziger" mit im Spiele gewesen sein, als er sich nach seinem in Stuttgart bestandenen Abitur für Berlin als weitere Station seiner Ausbildung entschied. Die Reichshauptstadt befand sich damals in der Entwicklung zur modernen Weltstadt und war - zumal in den Erholungsjahren zwischen 1924 und 1929 - das vitale Zentrum des deutschen Geistes- und Kunstlebens. Mit dem Einverständnis seines väterlichen Freundes Haux wurde im Oktober 1926 der Sprung in die preußisch-deutsche Metropole gewagt. Hier sollte das Leben Kiesingers jedoch - schneller als gedacht - eine andere, feste Richtung bekommen. Zunächst begann eine Zeit geistigen Vagabundierens; in vollen Zügen wurde die Vielfalt kultureller Angebote genossen, oft die letzte Reichsmark für Theaterpremieren und Konzertveranstaltungen ausgegeben. Halt fand der 23jährige in der KV-Verbindung "Askania". Dort fand er bald nicht nur Freunde fürs Leben, sondern begegnete auch - auf dem Rosenmontagsball 1927 - der Frau seines Lebens. Die Verlobung mit Marie-Luise Schneider, der 18jährigen Tochter eines aus dem Saarland

stammenden Rechtsanwalts und Notars, der in Berlin-Karlshorst seine Praxis unterhielt, folgte rasch. Mit diesem Schritt war es klar, daß auch das Studium Kiesingers ein konkretes Ziel erhalten mußte. Unter dem Einfluß seiner Verlobten, aber auch auf den Rat von Kommilitonen hin stieg er auf das Studium der Jurisprudenz um, in dem Martin Wolf, Heinrich Triepel und Rudolf Smend seine akademischen Lehrer wurden.

Obwohl er in den Versammlungen der "Askania" so prominenten Zentrumspolitikern begegnete wie dem Reichskanzler Wilhelm Marx, den Reichstagabgeordneten Clemens Lammers und Erich Emminger sowie Heinrich Brüning und Konrad Adenauer, zeigte er keinerlei Neigung, geschweige denn Ehrgeiz, sich in irgendeiner Form politisch zu engagieren, auch nicht durch einfachen Parteieintritt, sieht man einmal von Versuchen der Sozialarbeit im Geiste Carl Sonnenscheins ab. Wie er der Politik gegenüberstand, läßt sich einem von ihm 1928 in der "Germania" erschienenen Artikel entnehmen, in dem es von der Jugend heißt, daß sie nach dem "grausamen Erlebnis der Kriegskindheit und der Inflations-Jugendjahre, das heißt Hunger, Bedrücktheit, hohles Pathos und geistige Öde" Zeit brauche, "um ihre Zeit zu überwinden. Wer weiß, wie diese Zwanzigjährigen in zwanzig Jahren handeln werden?"

Seine Lebensumstände - das intensiv betriebene Jurastudium, die Theaterbesuche und Ausflüge in die märkische Umgebung mit Marie-Luise, die aufkommenden Examensnöte mitten in der Weltwirtschaftskrise - waren nicht dazu angetan, seine politische Abstinenz zu überwinden. Er blieb ein "Unpolitischer", auch als er durch die Wirtschaftsmisere am Ende der Weimarer Republik gezwungen wurde, wieder selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen. Nach Abschluß der Referendarprüfung im Frühjahr 1931 wurde er zwar mit ministerieller Sondergenehmigung und aufgrund seiner guten Note in den preußischen Referendardienst übernommen, aber da der Vorbereitungsdienst unentgeltlich abgeleistet werden mußte, war er damit seiner wirtschaftlichen Sorgen nicht enthoben. Die zufällige Anfrage eines Studenten, ob Kiesinger ihn nicht zusammen mit noch einigen anderen Kandidaten auf das erste juristische Staatsexamen vorbereiten könnte, half nicht nur weiter, sondern erwies sich als schicksalhaft. Kiesinger wurde Repetitor oder, wie er es lieber hörte, privater Rechtslehrer - eine Tätigkeit, aus der er bis zum Weltkrieg ein solides Einkommen bezog und die er auch nach dem Krieg noch bis 1950 ausüben sollte. Es machte ihm Freude, junge Menschen zu unterrichten, und erstmals empfand er mit der gewählten Aufgabe, in der Diktatur rechtstaatliche Grundsätze zu

vermitteln, auch eine über sein persönliches Interesse hinausgehende Verantwortung.
Wirtschaftlich sichergestellt, konnte er an die Gründung eines ehelichen Hausstands denken. Zu Weihnachten 1932 heiratete er. Es mag mit den sich ihm durch Beruf und Heirat neu eröffnenden Perspektiven zusammengehangen haben, daß er - in einem spontanen Entschluß - im Februar 1933 in die NSDAP eintrat. Er selbst hat diesen Schritt später damit erklärt, daß er gehofft habe, in der Partei "von innen heraus auf eine Wende ihrer Ideologie hinzuwirken". Sicher ist, daß er weder aus Überzeugung von der Sache der erstarkenden neuen Bewegung noch aus reinem Opportunismus gehandelt hat. Es scheint vielmehr - in der politisch aufgewühlten Stimmung nach dem 30. Januar 1933 - aus dem Gefühl heraus geschehen zu sein, irgendetwas tun und sich dem vermeintlichen nationalen Aufbruch zur Verfügung stellen zu müssen. Kiesinger hatte nicht das mindeste mit den Nationalsozialisten im Sinn, sondern war, was deren terroristisch-politische Zielsetzungen und Vernichtungsenergien betraf, im Gegenteil völlig ahnungslos. Er ist als Parteigenosse auch keinen Augenblick lang aktiv gewesen, er trat auch nicht dem NS-Rechtswahrerbund bei, was berufliche Nachteile bedeutete; ein Mitmachen im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) blieb eine kurze, komisch anmutende Episode.
Es ist für Kiesingers Haltung im NS-Staat weiter kennzeichnend, daß er im Anschluß an das Assessorexamen, das er nach seiner harten Referendarausbildung am Köpenicker Amtsgericht, am Landgericht in Moabit und am Preußischen Kammergericht im Oktober 1934 ablegte, auf Karrierechancen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft verzichtete. Er wurde Rechtsanwalt, was ihm nicht nur genügend Freiraum für seine Repetitorentätigkeit schaffte, sondern auch eine größere Distanz zum NS-Staat ermöglichte. Bis über den Kriegsausbruch hinaus gelang es Kiesinger so, für sich und seine Frau eine zurückgezogene Nischenexistenz zu sichern. Vor der Wirklichkeit des NS-Regimes konnte es letztlich jedoch kein Ausweichen geben. Anfang April 1940 erhielt er den Gestellungsbefehl. Vor dem Soldatwerden rettete ihn, daß er gleichzeitig das Angebot erhielt, die Stelle eines Wissenschaftlichen Hilfsarbeiters in der neueingerichteten "Kulturabteilung Rundfunk" des Auswärtigen Amts zu übernehmen. Dort sollten vor allem die Sendungen der ausländischen Rundfunkkorrespondenten beobachtet und im Sinne der deutschen Außenpolitik beeinflußt werden; dazu gehörte auch der sogenannte "Seehaus-Dienst" zur Abhörung ausländischer Rundfunksendun-

gen. Mit diesen Funktionen wurde die Abteilung zum Streitobjekt zwischen Außen- und Propagandaministerium, was auch Kiesinger persönlich zu spüren bekam, nachdem er zum stellvertretenden Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung ernannt worden war. Diese Tätigkeit Kiesingers im Auswärtigen Amt diente später der von der DDR gesteuerten kommunistischen Subversion, um Kiesinger als Nazi und antijüdischen Propagandisten zu verleumden. Tatsächlich hatte er großes Glück, Ende des Jahres 1944 nicht Opfer einer Denunziation zu werden, die ihn als Defaitisten mit liberalistischer Einstellung und "als Gegner der antijüdischen Aktion" angab.
Das Ende des Krieges erlebte Kiesinger im südlichen Bayern, wohin der Auslandsrundfunk vor der näherrückenden Ostfront ausgewichen war. Seit 1943 befand sich auch schon seine Frau mit der 1940 geborenen Tochter Viola und dem um zwei Jahre jüngeren Sohn Peter in Süddeutschland, bei Verwandten im mittelfränkischen Treuchtlingen, um den immer schwerer werdenden Luftangriffen auf Berlin zu entgehen. Von den amerikanischen Truppen in Benediktbeuern überrollt, wurde er interniert. Die Bekanntschaft mit den Internierungslagern Rheingönheim und Ludwigsburg verdankte er einer Verwechslung, die ihn in den Verdacht gebracht hatte, ein Angehöriger des SD zu sein. Erst im September 1946 erhielt er seine Entlassung und kehrte zu seiner Familie zurück, die inzwischen in Scheinfeld (Mittelfranken) Zuflucht gefunden hatte.
Wie für die meisten Deutschen war auch für die Kiesingers die Alltagsnot der Nachkriegsjahre mit ihren Subsistenzsorgen bestimmend, besonders in den beiden eisigen Wintern 1946/47 und 1947/48. Um beruflich wieder Fuß fassen zu können, mußte Kiesinger als ehemaliges NSDAP-Mitglied zudem die Hürde der Entnazifizierung nehmen. Zunächst als Mitläufer eingestuft, wurde er nach einem Einspruch im August 1948 voll entlastet. Bereits im Frühjahr 1947 hatte er seine Kurse für Jurastudenten wiederaufgenommen, und zwar in Würzburg, wohin ihn eine Empfehlung gewiesen hatte. Von einer expliziten Hinwendung zur Politik oder von einer parteipolitischen Bindung war bei ihm zu dieser Zeit noch keine Rede.

II

Ein Christlicher Demokrat der ersten Stunde war Kiesinger nicht. Im Internierungslager hatte er jedoch, erschreckt von der "heillosen

Mischung von Unkenntnis, Propagandawust und weltanschaulichen Ressentiments", die er dort, vor allem bei den jüngeren Soldaten antraf, mit einer rechtsstaatlich-demokratischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit begonnen. Der amerikanische Lagerkommandant bescheinigte ihm, daß er mit seinem Bestreben, "im Sinne aufbauender Zusammenarbeit anderen über Schwierigkeiten hinwegzuhelfen und neue Grundlagen für ihre zukünftige Verantwortung zu schaffen", die Forderungen der Zeit klar erkannte. Doch erst die Begegnung mit Gründerpersönlichkeiten der CDU wie Ulrich Steiner, dem damaligen zweiten Vorsitzenden der CDU Württemberg-Hohenzollerns, und Paul Binder, der das Finanzressort in der provisorischen Regierung des Landes verwaltete, sowie Gebhard Müller, dem im März 1947 gewählten CDU-Landesvorsitzenden, führte ihn schließlich auf den Weg des demokratischen Aufbaus in der neuen christlich-demokratischen Partei. Als Kiesinger nach Möglichkeiten der Übersiedlung in seine Heimat - von der amerikanischen in die französische Besatzungszone - suchte, erhielt er von Gebhard Müller, den er aus Tübinger Studententagen kannte, das Angebot, Landesgeschäftsführer der CDU in Tübingen zu werden. Daß er annahm, beruhte auf einer bewußten Entscheidung für die politische Praxis. In der CDU erkannte er die neuartige politische Kraft, die in ihrer weltanschaulichen und gesellschaftlichen Spannweite den Gegensatz zwischen sozialistischen und liberal-bürgerlichen sowie konservativen Richtungen, wie er die Demokratie der Weimarer Republik tödlich geschwächt hatte, überwinden konnte. Er war, wie er in einer Denkschrift schrieb, der Meinung, "daß die vielleicht letzte Möglichkeit zur Verwirklichung einer rechtsstaatlichen Demokratie auf deutschem Boden nicht wieder durch einen naiven unkritischen Utopismus verspielt werden darf". Mit der Forderung nach "Wirklichkeitssinn, Elastizität, Toleranz, Kompromißbereitschaft und geschärftem Bewußtsein für die eigenen Versagensmöglichkeiten" trat er im Frühjahr 1948 das neue Amt an, in dem er - gemäß den Parteistatuten - Mitglied des Landesvorstandes war und das Recht hatte, an allen Sitzungen und Beratungen der Parteiorgane beratend teilzunehmen.

Bis 1951 in dieser Funktion tätig, erwarb er sich bleibende Verdienste um den Ausbau der Parteiorganisation und um die überregionale Zusammenarbeit der neuen Partei, insbesondere auch im Kontakt zu anderen gesellschaftlichen Kräften (Kirchen und Verbänden). Ein Nur-Parteipolitiker, ein absoluter Berufspolitiker, der sich der Unterstützung von Landesverbänden und Vereinigungen der Partei versichern muß, um Stufe für Stufe nach oben zu stei-

gen, ist er gleichwohl nie geworden. Gegenüber dem Schieben und Drängen um Positionen in Partei und Parlament ist er stets auf Distanz geblieben. "Ich hatte, damals wie später, keine irgendwie organisierte Gruppe hinter mir", so hat er selbst seine Situation in der CDU gesehen. Nicht, daß er nicht auch in der Partei und für die Partei hart gearbeitet und gekämpft hätte. Was ihn dabei auszeichnete, war die Fähigkeit des Ausgleichens, die nicht auf eine Kompromißhaltung aus Prinzip, Schwäche oder gar Lässigkeit zurückging, sondern in dem schöpferischen Vermögen bestand, mit Einbeziehung anderer, selbst entgegengesetzter Positionen sinnhafte Zusammenhänge zu erschließen, die es ermöglichen, sachliche Gemeinsamkeit zu stiften. Es waren diese "Ideen vom Ganzen" (1964), wie nicht zufällig das schöne Bändchen seiner frühen Reden und Betrachtungen betitelt ist, die ihn als politischen Menschen motiviert und ausgezeichnet haben, weniger wie bei anderen der Wille zur Macht.

Sein Geschick im Angleichen der Begriffe und im Ausgleichen der Gegensätze hat sich von Anbeginn seiner politischen Tätigkeit bewährt. Zunächst im Amt des Landesgeschäftsführers der CDU Württemberg-Hohenzollerns, dann seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland auch im Deutschen Bundestag, in den er als direkt mit 75,2 Prozent der Stimmen gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Ravensburg-Tettnang-Wangen einzog. Unter Drängen nur hatte er kandidiert, sein Mandat dann jedoch schaffensfroh und standhaft, als ein Neuling zwar, aber keineswegs als ein Hinterbänkler ausgeübt. Dank seiner Redekunst, die die Abgeordneten im Plenum wie die Zuschauer auf der Tribüne und noch die Radiohörer fesselte, und dank seiner Vermittlungserfolge, deren von allen Seiten des Hohen Hauses Anerkennung gezollt wurde, zählte Kiesinger bald zu den prominentesten deutschen Parlamentariern. Als 1950 bei der Errichtung des Bundesverfassungsgerichts über dem Streit um die Richterqualifikation und die Verfahrensautonomie die gemeinsame Arbeit von Regierungsparteien und Opposition zusammenzubrechen drohte, wies er den Weg zur Einigung durch seinen Vorschlag zur Einsetzung eines interfraktionellen Ausschusses, der durch präzis erarbeitete Alternativvorschläge weiterführte. Für ihn war es mit den demokratischen Grundsätzen unvereinbar, ein Gesetz über das Bundesverfassungsgericht, den "mächtigen Pfeiler im Bau der Bundesrepublik" (C. Schmid), ohne die Mitwirkung der Minderheit zu verabschieden - eine Haltung, die bei der Annahme des Gesetzentwurfes im Bundestag von dem sozialdemokratischen

Sprecher Adolf Arndt als beispielhafte demokratische Haltung gewürdigt wurde.
Nicht von ungefähr wurde Kiesinger in der ersten Legislaturperiode Vorsitzender des sogenannten Vermittlungsausschusses, dem es bei der Gesetzgebung obliegt, einen Einigungsvorschlag auszuhandeln, wenn die Vertretung der Länder mit dem Inhalt eines vom Bundestag beschlossenen Gesetzes nicht einverstanden ist oder einem zustimmungsbedürftigen Gesetz des Bundestages nicht zustimmt. Hier, in dieser neuartigen Einrichtung des deutschen Verfassungslebens, erwarb sich Kiesinger als "Meister des Ausgleichs" nicht nur ein hohes Ansehen, hier gelangte er auch zu einer vertieften Einsicht in die föderativen Strukturen, hier erschloß sich ihm das Wesen der vertikalen Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern, so daß er in seinen späteren Funktionen als Ministerpräsident von Baden-Württemberg und als Bundeskanzler maßgeblich dazu beitragen konnte, den Föderalismus in der Bundesrepublik lebendig und fruchtbar zu gestalten.
Hatte Kiesinger sich im Parlament zunächst die Erziehung der Jugend für den demokratischen Gedanken des Rechts- und Verfassungsstaates angelegen sein lassen und sich dementsprechend für die Mitarbeit im Verfassungsausschuß entschieden, so geriet unter dem Eindruck der Staatskunst Adenauers bald die Außenpolitik zu seiner Domäne. Früh profilierte er sich als "Europäer", was auch in der Entsendung als ordentlicher Delegierter in die Beratende Versammlung des Europarats zum Ausdruck kam. Von 1957 bis 1959 war er Vizepräsident dieser Institution und von 1957 bis 1958 auch Vorsitzender der Gesamtfraktion der Christlichen Demokraten in der Parlamentarischen Versammlung. Hier wie dort kämpfte er mit Verve für die Bildung einer kleineren, als erste Stufe und Kraftquelle der Integrationsbewegung konzipierten europäischen Föderation durch Verwirklichung des Schuman-Plans und durch Schaffung einer Verteidigungsgemeinschaft. Zum charakteristischen Grundzug seiner Politik wurde - schwäbischer Wesensart zwischen Enge und Weite entsprechend - die Zweigleisigkeit, die beim Möglichen, beim Machbaren ansetzte, ohne das große Ziel aus den Augen zu verlieren. Sie ermöglichte ihm später als Bundeskanzler auch, gegenüber dem Osten für eine auf Entspannung angelegte Normalisierungspolitik der kleinen Schritte die Weichen zu stellen, ohne am Ziel der nationalen Einheit Deutschlands Abstriche zu machen.
In der zweiten Legislaturperiode, Ende 1954, übernahm Kiesinger auch den Vorsitz im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Es

war dies die Konsequenz seines leidenschaftlichen Engagements für die christlich-demokratische Außenpolitik, deren Ziel - nach seinen Worten - "ein freies, einiges Deutschland, in einem freien, einigen Europa, inmitten einer befriedeten Welt" war. In den großen Bonner Debatten der Aufbaujahre focht er redegewaltig als außenpolitischer "Parlamentsdegen" Adenauers im Bundestag für die feste Bindung des freien Teils Deutschlands an die freiheitlichen Demokratien des Westens, für den Durchbruch zur atlantisch gesicherten Souveränität der Bundesrepublik und für die Integration Europas. Aus voller Überzeugung vertrat er die Adenauersche Konzeption, daß "die Zukunft Deutschlands, seine Unabhängigkeit, seine freiheitliche gesellschaftliche und politische Ordnung und die Erringung seiner staatlichen Einheit nur an der Seite der westlichen Welt und nur mit ihrer Hilfe gesichert werden kann" (Rede am 29. Juni 1956 vor dem Deutschen Bundestag).
Von Kiesinger hieß es sehr bald, daß er der "kommende Mann" sei. Anfang der fünfziger Jahre war er eine Zeitlang abwechselnd als Bundestagspräsident, Bundespressechef und Staatssekretär des Auswärtigen im Gespräch, doch Adenauer wollte ihn stärker in die Parteiarbeit eingebunden wissen. Das fand aber in gewissen Parteikreisen Widerspruch wegen Kiesingers NSDAP-Mitgliedschaft. Obwohl schon auf dem Goslarer ersten Bundesparteitag der CDU 1950 in den Parteivorstand gewählt, waren die Vorbehalte gegen Kiesinger anfangs immerhin so stark, daß er weder als stellvertretender Parteivorsitzender akzeptiert wurde noch in der Wahl zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied überzeugend abschnitt. Erst innerhalb einer Triumviratslösung für den geschäftsführenden Parteivorstand, die von Ende 1951 bis 1960 Bestand hatte, kam er neben dem evangelischen mitteldeutschen Robert Tillmanns und dem katholischen Rheinländer Franz-Josef Wuermeling zum Zuge. 1956 hatte er in der Partei wie in der Öffentlichkeit ein solches Ansehen erworben, daß seine Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden kein Problem mehr war. In all diesen Funktionen suchte er mit seiner Kunst des Auswägens und seiner Fähigkeit, Spannungen aufzuheben, zwischen den Organisationserfordernissen einer werdenden Volkspartei und dem Führungsstil eines Vorsitzenden, der die Partei lieber nur als Kanzlerwahlverein behandelte, zu vermitteln. So war es nicht zuletzt Kiesingers Verdienst, daß gegen die Vorstellungen Adenauers ein Bundesgeschäftsführer durchgesetzt werden konnte, der die notwendige Aufbauarbeit der CDU auf Bundesebene organisierte, und daß für diesen Posten Bruno Heck gewonnen wurde.

So erfolgreich Kiesingers Einsatz in Parlament und Partei war, die Perspektive seines Wirkens in Bonn blieb begrenzt. 1955 unterlag er im Kampf um den Fraktionsvorsitz der CDU/CSU Heinrich Krone. Sich mit seinen Fähigkeiten in einem wichtigen Ressort der Regierung zu bewähren, blieb ihm versagt. Zu gerne wäre er nach dem grandiosen Wahlsieg der Union von 1957 Justiz-, Außen- oder Europaminister geworden, aber es fehlte ihm die Unterstützung durch eine Gruppe, die ihn ins Kabinett hätte bringen können. Und auch Adenauer war in dieser Sache halbherzig, wollte er doch den glänzenden Streiter für seine Außenpolitik im Bundestag nicht missen.

Als 1958 dann Gebhard Müller den Stuhl des Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gegen den Präsidentensitz des Bundesverfassungsgerichts vertauschte, folgte Kiesinger dem Ruf der CDU-Fraktion des Landtags, dessen Nachfolger in der Stuttgarter Villa Reitzenstein zu werden. In einer überraschten Öffentlichkeit nahm sich der Wechsel so aus, wie frei nach Shakespeare kommentiert wurde, als ob man eine Eiche in einen Blumentopf verpflanzte. Doch die Würde des "Landesfürsten" lag ihm; er konnte zeigen, daß er zu regieren verstand. Unter ihm bestätigte sich Baden-Württemberg als "Modellfall deutscher Möglichkeiten", wie es Theodor Heuss einmal gepriesen hat. Die acht Jahre als Ministerpräsident Baden-Württembergs - zunächst als Chef der von seinem Vorgänger übernommenen Allparteienregierung, dann in seiner zweiten und dritten Regierung mit einer Koalition von CDU und FDP - wurden seine politische Glanzzeit, seine "glücklichsten Jahre." Auch diese Wirkung ist das Ergebnis einer Ausbalancierung äußerer Darstellung staatlicher Würde und handfester administrativer Tätigkeit - gemäß seiner vielzitierten Formel "R^4 = Reden, Reisen, Repräsentieren, Regieren".

Seiner Regierungsweise hat man etwas Souveränes, Künstlerisch-Genialisches nachgesagt, eine Anspielung darauf, daß er bei großem persönlichen Fleiß kein systematischer Aktenleser und "Verwalter" war, sondern mehr die Begegnung mit den Menschen suchte, deren Schicksale hinter den Problemen der Politik stehen - Grund für seine fast charismatische Popularität, die ihm 1964 einen Stimmenanteil nahe der absoluten Mehrheit (46,2 %) sicherte und entscheidend dazu beitrug, daß die CDU in Baden-Württemberg bei der Bundestagswahl 1965 mit 49,9 Prozent das beste Ergebnis unter allen Bundesländern erreichte. Seine Landespolitik stand im Zeichen des Ausgleichs zum Wohl des Ganzen: er verstand sie in einem umfassenden Sinne als pflegende und vervollkommnende

Kulturpolitik, die wie das Wassergesetz von 1960, die Planungsperspektive für das Bodenseegebiet 1962 oder die Landesbauordnung von 1964 nicht nur den Raumansprüchen und dem Energiebedarf der wachsenden Siedlung und Industrie, sondern auch dem Schutz der Naturgüter und der Landschaft genügen sollte.
Eine seiner größten landespolitischen Aufgaben war die Badenfrage, die er in der Manier einer "Hegelschen konstruktiven Denkbewegung" (E. Müller) anging: Es gelang ihm, die badische Bevölkerung für die 1952 begründete Einheit des Landes zu gewinnen, was später in der Badenabstimmung von 1970 Frucht trug. Auch der Schulentwicklungsplan und das Hochschulgesetz wurden, obwohl später erst realisiert, in seiner Zeit im wesentlichen vorbereitet. Er hat dem unter seinem Vorgänger zusammengefügten "Kunstland" Baden-Württemberg den kulturellen Überbau gegeben: nicht nur in Gestalt neuer Universitäten wie Ulm, Mannheim und vor allem Konstanz, seiner ureigensten Gründung, sondern auch durch umfassende Bemühungen des Staates, die geistigen und seelischen Kräfte der Menschen Südwestdeutschlands für die Bewältigung der modernen Zeitprobleme zu stärken. Sie betrafen das ganze Gebiet der Erziehung, sie zielten auf eine "Entprovinzialisierung" ab, auf die Überwindung des kulturellen Gefälles zwischen Großstadt und Land sowie zwischen den Regionen. Wie innerhalb des Landes, so setzte er sich auch als Landesvertreter im Bundesrat für das Zusammenspiel der Kräfte des föderativ-staatlichen Gesamtgebildes ein; denn in der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung sah er nicht nur eine Möglichkeit der Machtkontrolle, sondern auch einen Schutz gegen provinzielle Verkümmerung und partikulare Absonderung.

III

Die acht Regierungsjahre in Stuttgart hatten ihm den Ruf verschafft, ein Allroundpolitiker zu sein. Als sich in Bonn die Krise um Ludwig Erhard zuspitzte, das Regierungsbündnis zwischen CDU/CSU und FDP in die Brüche ging und die Union einen Helfer aus der Not suchte, kam der erfolgreiche baden-württembergische Ministerpräsident wie von selbst ins Gespräch. Kein Zweifel, daß er sich auch selbst zum höchsten Regierungsamt berufen fühlte. Am 10. November 1966 wurde Kiesinger von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in drei Kampfabstimmungen, die er gegen Gerhard Schröder, Rainer Barzel und Eugen Gerstenmaier gewann, zum

Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers gewählt. In den folgenden Koalitionsverhandlungen mußte er sich, mitten in einer ungesunden Wirtschaftsentwicklung und mitten in einer Phase unangenehmer außenpolitischer Friktionen, auf ein politisches Zusammengehen mit den Sozialdemokraten einlassen, die damit zum ersten Mal wieder nach der verhängnisvollen Auflösung der Großen Koalition am Ende der Weimarer Republik Teil an der Regierungsmacht erhielten.

Die Große Koalition spannte zwei Partner in der Regierung zusammen, die sich bis dahin heftig bekämpft hatten und in den Grundlinien ihrer Politik erheblich voneinander abwichen. Dem Kabinett Kiesinger gehörten so eigenwillige und politisch gestandene Persönlichkeiten wie Willy Brandt (Auswärtiges), Franz Josef Strauß (Finanzen), Karl Schiller (Wirtschaft), Herbert Wehner (Gesamtdeutsche Beziehungen) und Gerhard Schröder an. Nur einem Mann von der Konzilianz Kiesingers und seinen Fähigkeiten, integrierend zu wirken und tragbare Kompromisse ausfindig zu machen, konnte es gelingen, die Große Koalition bei so schwierigen Vorhaben wie der Rückgewinnung wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität, der Notstandsgesetzgebung und der Reform der Bund-Länder-Beziehungen zu einer starken und letztlich erfolgreichen Regierung zu machen. Als Steuerungsmittel diente ihm dabei unter anderem seit Sommer 1967 der informelle, in wechselnder Besetzung zusammenkommende Kreis von Spitzenpolitikern der Union und SPD, der nach einem Treffen in Kiesingers damaligem Urlaubsort am Bodensee als "Kressbronner Kreis" bekannt wurde. Zudem gab es eine Reihe von Kabinettsausschüssen zur Vorbereitung der Kabinettsentscheidungen und etliche Beiräte wie den Konjunkturrat und den Finanzplanungsrat, in denen die Wissenschaft gehört wurde. Beeindruckt von Kiesingers gelassenem Verhältnis zur Macht, seiner gemäßigten Fortschrittlichkeit und seines auf Sicherung des Konsenses angelegten Führungsstil pries ihn ein Publizist gar als "Moderator Germaniae"; er selbst hat sich freilich eher als "Inhaber einer Reparaturwerkstatt" gefühlt.

Die Große Koalition unter seiner Kanzlerschaft - mit 33 Monaten der kürzesten in der Geschichte der Bundesrepublik - verstand sich als Regierungsbündnis für eine modernisierende Reformpolitik. Nicht weniger als 436 Gesetze sind während dieser Zeit im Kabinett und Parlament beraten und verabschiedet worden. Das Schwergewicht der Reformen lag dabei auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie auf der Rechtspolitik. So konnte durch das Stabilitätsgesetz, die Konzertierte Aktion und eine Reihe von Konjunkturpro-

grammen der erste rezessive Einbruch im deutschen Wirtschaftswunder bald überwunden werden. Die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen gelang durch die Mittelfristige Finanzplanung, die Haushaltsrechtsreform und die Neuverteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die Erhebung des Hochschulbaus sowie der regionalen Wirtschafts- und Agrarstrukturförderung zu Gemeinschafsaufgaben von Bund und Ländern sorgte dafür, daß diese Bereiche in Schwung kamen. In der Sozialpolitik wurden für den Ausbau des sozialen Netzes im Sinne ganzheitlicher Gesellschaftspolitik die Weichen gestellt: Der Kündigungschutz wurde verbessert, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf die Arbeiter ausgedehnt; das "Sozialbudget" ermöglichte erstmals eine langfristige Planung der sozialen Sicherung; Kiesingers eigenen Vorstellungen von einer "sozialen Kulturpolitik" entsprachen vor allem die Gesetzeswerke zur Arbeits- und Ausbildungsförderung.
Es ist sicher kein Zufall, daß im Bereich der Rechtspolitik, in dem Kiesinger selbst hohen Sachverstand besaß, die größten Leistungen der Großen Koalition zu verzeichnen waren. Mit dem Reformgesetz über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder, mit der Entkriminalisierung des Verkehrsrechts, der Entschärfung des Strafprozeßrechts, der Großen Strafrechtsreform und der Regelung der umstrittenen Verjährungsproblematik, vor allem aber mit den Notstandsgesetzen, die gegen heftigsten Widerstand linker Studenten, Gewerkschafter und Teilen der SPD beschlossen wurden, bewährte sich die rechtsstaatliche Ordnung. "Es ist", so bekannte Kiesinger bei ihrer Verabschiedung im Deutschen Bundestag, "für den Bundeskanzler ..., dem in Zeiten höchster Gefahr ein besonders hohes Maß an Verantwortung zufällt, gut zu wissen, daß er dann nicht auf eine kaum zu tragende Last persönlichen Ermessens angewiesen ist, zu wissen, daß auch für den äußersten Fall die Herrschaft des Rechts gesichert bleibt".
Die Politik der Versachlichung, für die Kiesinger stand, bewährte sich auch in der deutschen Frage und in den auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik. Die "friedliche Neugestaltung unserer Beziehungen zum Osten und darin eingeschlossen die Lösung der deutschen Frage" definierte er als "eine historische Herausforderung" im Toynbeeschen Sinne. Neben Brandt und Wehner ist er Wegbereiter der neuen beweglicheren Ost- und Deutschlandpolitik geworden, die ein politisches Klima der Verständigung und, wo immer möglich, der Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostblocks schaffen wollte. So wurden nicht nur diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufgenommen (Januar 1967) und das Verhält-

nis zu Jugoslawien normalisiert (Januar 1968), sondern auch Kontakte mit der DDR angebahnt, um zu verhindern, "daß sich das deutsche Volk immer weiter auseinanderlebt", wie Kiesinger es als Zweck seines Briefwechsels mit Willi Stoph, den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, bezeichnet hat (Mai/Juni und September 1967).

Diese außenpolitische Neuorientierung sollte, ohne Rechtspositionen aufzugeben und am Ziel der Wiedervereinigung qualitative Abstriche zu machen, zunächst den Menschen im geteilten Deutschland und ihrem friedlichen Miteinander dienen. Auf weitere Sicht zielte sie, aufbauend auf dem Fundament der Europäischen Gemeinschaft, auf eine europäische Friedensordnung ab, in der den Deutschen möglich sein würde, das Vertrauen der westlichen wie der östlichen Welt zu gewinnen. Darin sah er "den einzig denkbaren Weg zu einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit". Kiesingers historisches Verdienst als Bundeskanzler ist es, die deutsche Frage als Teil dieser weitangelegten Entspannungspolitik nicht nur in die Ostpolitik, sondern auch in "das Verhältnis zu Frankreich und zu den Vereinigten Staaten einbalanciert" (B. Kaiser) zu haben. Da er ein überzeugter, aber nicht einseitiger Atlantiker war wie Schröder und Erhard, hatte er mit der flexiblen Verbindung von Entspannung und atlantischer Verfestigung Erfolg. Durch eine klare Sprache gegenüber den USA, die auch vor Kritik nicht zurückschreckte, belebte er das System wechselseitiger Konsultation und Abstimmung. In diesem Zusammenhang war ihm auch die erneute Heranführung Frankreichs an die Europäische Gemeinschaft wichtig. Dank seinem persönlich-freundschaftlichen Verhältnis zur französischen Regierungsspitze, vor allem zu Charles de Gaulle, galt er den Franzosen als deutscher "homme d'Etat", mit dem sie wieder wie mit Adenauer reden konnten (M. Couve de Murville). Wie kaum ein anderer deutscher Politiker hat Kiesinger die deutsche Situation in dem sich ständig variierenden Dreieck zwischen den USA, der Sowjetunion und Frankreich sowohl weltpolitisch wie auch welthistorisch zu analysieren verstanden.

IV

Kiesingers persönlicher Anteil an der Politik der inneren Reformen und an der Entspannungspolitik ist weit größer gewesen, als Beobachter und Kritiker der Großen Koalition, zumal nach deren Ende, erkannten und wahrhaben wollten. Seine "fast naturhafte Neigung

zum Kompromiß als der Summe aller Möglichkeiten; der Abstrich als Vorwärtsprinzip; die Mitte als Maximum" (W. Horlacher) prädestinierten ihn für eine Politik in schwieriger Zeit. Seine Achillesferse war, daß er in der herausgehobenen Position des Bundeskanzlers ständigen Angriffen aufgrund seiner Vergangenheit im "Dritten Reich" ausgesetzt war. Es gab nicht nur die Hetze der DDR, die ihn der Kriegsvorbereitung und Aktivierung der Judenverfolgung beschuldigte. In der Bundesrepublik mußte er als Zeuge in Judenmordprozessen aussagen und sah sich in Verfahren wegen des Verdachts der Falschaussage verwickelt. Der prominente Philosoph Karl Jaspers bezeichnete Kiesingers Kanzlerschaft öffentlich als Affront gegenüber dem Ausland und als Beleidigung aller Deutschen, die den Nationalsozialismus gehaßt haben. Besonders von der 68er-Bewegung und der "Außerparlamentarischen Opposition" (APO) wurde Kiesinger als Exponent des "CDU-Staats" angefeindet und auf Veranstaltungen von Demonstranten mit "Sieg-Heil"-Rufen und Sprechchören "Wir wollen unseren Führer sehen" empfangen. Der Gipfelpunkt der gegen ihn gerichteten Kampagnen war erreicht, als er auf dem Berliner Bundesparteitag der CDU 1968 am Vorstandstisch von einer jungen Frau geohrfeigt wurde.
Mit ablaufender Legislaturperiode zeigte sich auch noch eine strukturelle Schwäche des Bundeskanzlers der Großen Koalition: Er hatte in der Regierung mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner zusammen Politik zu machen, mußte diesen aber gleichzeitig als Kanzlerkandidat der CDU für die bevorstehende Bundestagswahl bekämpfen. Hieraus erwuchsen im Parteivolk der Union zunehmend mehr Irritationen, je mehr der Parteivorsitzende als Wahlkampfchampion gefordert war. Als Ludwig Erhard auf dem Braunschweiger CDU-Bundesparteitag im Mai 1967 den Parteivorsitz niedergelegt hatte, war Kiesinger, in der richtigen Erkenntnis, daß die Trennung von Kanzleramt und Parteiführung ihm keine Erleichterung, sondern eine zusätzliche Belastung bringen würde, dessen Nachfolger geworden. Mit ihm kam in der CDU ein Generationswechsel in Gang; den tüchtigen Generalsekretär Bruno Heck an der Seite, bemühte er sich um die Stabilisierung der in Lager und Gruppierungen auseinanderstrebenden und vom Wertewandel der sechziger Jahre konsternierten Partei. Mit dem Berliner Programm von 1968, das nach einer intensiven innerparteilichen Diskussion auf allen Ebenen beschlossen wurde, beschritt die CDU den Weg zur "modernen Volkspartei".
Als das Ergebnis der Bundestagswahl vom 28. September 1969 vorlag, zeigte sich, daß die Union dank Kiesingers Doppelstellung

als Kanzler und Parteivorsitzender von der Großen Koalition wesentlich mehr profitiert hatte als die SPD. Die Union, die auf ihren Aktivposten mit dem Wahlslogan "Auf den Kanzler kommt es an" gebaut hatte, verfehlte mit einem Stimmenanteil von 46,1 Prozent nur sehr knapp die absolute Mehrheit der Mandate. Laut Wahlanalyse übertraf Kiesingers "direkter" Einfluß auf das Wahlergebnis sogar die Bedeutung Bundeskanzler Willy Brandts für den Wahlsieg der SPD von 1972. Zeitweise hatte es nach den Hochrechnungen der Wahlnacht danach ausgesehen, als wäre Kiesinger der große Wurf gelungen. Um so größer war bei ihm die Enttäuschung. Er hat es letztlich nie verwinden können, daß er - als der unbestrittene Wahlsieger - durch den von SPD und FDP verabredeten "Machtwechsel" auf den Platz des Oppositionsführers verwiesen wurde.

Seine Oppositionspolitik, die auf ein baldiges Scheitern des sozialliberalen Regierungsbündnisses setzte, blieb den in der Großen Koalition angenommenen Prinzipien und Grundlagen verpflichtet. Die Strategie, die er dabei für die CDU/CSU favorisierte, beruhte auf dem Anspruch, "verhinderte Regierungspartei" zu sein; sie wurde indes von der Mehrheit der Fraktionsmitglieder, allen voran vom Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel, mit Skepsis betrachtet. So sah sich Kiesinger nach dem unglücklichen Wahlausgang nun immer mehr in die Auseinandersetzungen um den Oppositionskurs und in die parteiinternen Machtkämpfe hineingezogen. Bekanntlich war das seine Sache nicht. Sein politisches Engagement beruhte nicht so sehr auf einer spezifischen Persönlichkeitsdisposition, auf einer "geologischen" Struktur politischen Urgesteins, sondern entsprang jeweils konkreten Lebenszusammenhängen. Als die Stimmungslage von Fraktion und Partei ihn nicht mehr trug, zog er sich allmählich in eine "Art innerer Emigration" (H.J. Sottorf) zurück. Das Kandidatenkarussell um den Bundesvorsitz im Vorfeld des Saarbrückener Parteitags von 1971 bestieg er nur kurz. Er verlor die Lust am Weitermachen, als die Kritik aus den eigenen Reihen an seinem Oppositionskurs, insbesondere an seiner negativen Beurteilung des Moskauer Vertrages, zunahm. Unter diesen Umständen war ihm auch nicht der gewünschte große Abgang von der politischen Bühne vergönnt. Am 5. Juni 1971 verzichtete er auf eine nochmalige Kandidatur für den Parteivorsitz. Seine letzte Rede als Parteivorsitzender galt den großen Zielen seiner Politik: der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und der politischen Einigung Europas. Seiner Partei, der Christlich-Demokratischen Union, gab er den Rat auf den weiteren Weg, eine praktische und

pragmatische Politik zu treiben, eine "realistische Politik, die sich an einigen großen zentralen Ideen und Wertvorstellungen, vor allem an den Grundsätzen christlicher Verantwortung orientiert."
Zum Ehrenvorsitzenden der CDU gewählt, blieb er als "elder statesman" noch bis 1980 im Bundestag, wo er mit vielbeachteten außenpolitischen Debattenbeiträgen für eine Ostpolitik eintrat, die sich auf die westeuropäische Einigung stützen sollte, "um - gestützt durch die westeuropäische Einigung - eine gesamteuropäische Friedensordnung zu erreichen, in der die Lösung der deutschen Frage möglich" würde. Am 27. April 1972 begründete er als Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler Willy Brandt. Nach dem überraschenden Rücktritt Barzels als Vorsitzender der Unionsfraktion im Mai 1973 übernahm er kommissarisch den Fraktionsvorsitz bis zur Wahl von Karl Carstens als neuen Vorsitzenden. Das waren seine letzten Auftritte als parlamentarische dramatis persona.
"Auf die Postille gebückt zur Seite des wärmenden Ofens", sah er sich an seinem 70. Geburtstag, Johann Heinrich Voss zitierend, freilich noch lange nicht. Ohne daß er öffentlich zu aktuellen politischen Fragen mehr Stellung nahm, war es ihm nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag vornehmlich darum zu tun, das Vermächtnis Konrad Adenauers lebendig zu halten, insbesondere dessen Politik der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. So hat er sich gern für den Vorsitz des Kuratoriums der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Verfügung gestellt. Auch aus seinen Lebenserinnerungen wollte er noch - in seinem Haus am geliebten Schönbuch in Tübingen - "etwas Rechtes" machen, doch es blieb bei Fragmenten. An seinem 80. Geburtstag teilte er rückblickend sein Leben in zwei Hälften: die ersten vierzig Jahre "wie mit Mehltau bedeckt", die zweite Hälfte als "eine gewaltige Sache", bei der er für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland maßgebend mitwirkte. Die moralische Kraft und das Ethos seiner Politik finden sich in der "Formel" ausgedrückt, "daß wir nämlich handeln müssen nach bestem Wissen und Gewissen. Aber in dieser Welt müssen wir uns darüber klar sein, was das bedeutet, was dieses schlichte Wort an den politisch Handelnden für außerordentliche Ansprüche stellt und daß es uns nicht gestattet ist, uns auf bequem gelegten Gleisen zu bewegen, sondern daß wir jeden Tag bereit sein müssen, in neues Land aufzubrechen" (Rede auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 9. März 1968).

Heinrich Krone (1895 - 1989)

Kurz bevor Heinrich Krone am 15. August 1989 verstarb, konnte er noch zur Kenntnis nehmen, daß sich in Polen und Ungarn bisher kaum denkbare, weitreichende Entwicklungen vollzogen. Fast ungläubig fragte er, ob die Sowjetunion es wirklich zulasse, daß ihr Imperium bröckele. Es war ihm aber nicht mehr vergönnt, den Herbst des weltpolitischen Umbruchjahres 1989 mitzuerleben. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands hätte sich für ihn ein Traum erfüllt, dem er mit seinem politischen Lebenswerk seit über 40 Jahren verpflichtet war.

Der Mitbegründer der CDU in Berlin hatte während einer Besuchsreise im November 1945 in Aachen als eine seiner politischen Maximen angeführt: "Was die Westdeutschen in Berlin festhalte und sie nicht zurück in den Westen gehen lasse, sei ihr Verantwortungsgefühl, dem Übergewicht des Kommunismus entgegenzuarbeiten, auch wenn es ihr Leben kosten könne. Sie hätten nur die Hoffnung, daß die Amerikaner und Engländer eines Tages willens und mächtig genug seien, ihnen zu helfen." Pointiert stellte er fest: "Wer den Osten abschreibt, treibt russische Politik."

Heinrich Krone galt zeit seines Lebens als einer der engagiertesten und standfestesten Deutschlandpolitiker der Bundesrepublik. Er galt in gleicher Weise als einer der herausragenden politischen Vertreter des katholischen Volksteils. Die politische Karriere führte nach dem Umbruch von 1918/19 den angehenden Pädagogen Krone zum Berufspolitiker in die Partei der deutschen Katholiken, das Zentrum; das nationalsozialistische Unrechtsregime machte ihn 1933 stellungs- und brotlos, bis er im Schutz seiner Kirche Arbeit fand; die Katastrophe von 1945 stellte ihn in den Mittelpunkt des politischen Neu- und Wiederaufbaus als Mitbegründer der CDU und als einen ihrer führenden Repräsentanten in Partei, Parlament und Regierung. Zusammen mit Konrad Adenauer und Ludwig Erhard war er prägender Repräsentant der Adenauer-Ära. Er stand nicht wie diese im Rampenlicht der Öffentlichkeit, sondern blieb stets ein Mann der zweiten Linie, der als möglichst lautloser Regisseur das innere Gefüge zusammenhielt.

I

Der politische Lebensweg des am 1. Dezember 1895 im niedersächsischen Hessisch-Oldendorf geborenen Heinrich Krone spiegelt die Brüche und Verwerfungen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Er spiegelt ebenso den Weg des katholischen Volksteils vom Kaiserreich bis zur wiedergewonnenen deutschen Einheit. Heinrich Krone stammt aus der Bildungsreserve des deutschen Katholizismus. Diese wurde seit der Jahrhundertwende immer mehr als Rekrutierungsfeld für das politische und kirchliche Organisationsgeflecht der Katholiken genutzt. Krone war ein Kind aus einer Arbeiterfamilie, das den Vater durch einen Unglücksfall früh (1900) verloren hatte. Trotz schwieriger Umstände war es für die Mutter selbstverständliche Pflicht, zweien ihrer drei Söhne auf Anraten des örtlichen Kaplans den Besuch des Gymnasiums und der Universität zu ermöglichen.

Nachdem Heinrich Krone im Jahr des Kriegsausbruches 1914 am Gymnasium Josephinum in Hildesheim sein Abitur bestanden hatte, begann er zunächst mit dem Studium der Theologie im nahen Münster. Zu Beginn des Studiums trat er der katholischen Studentenverbindung Unitas bei. 1917 wurde er Soldat. Da er heimatverwendungsfähig gemustert worden war, blieb ihm der Fronteinsatz erspart. Das Kriegserlebnis, die Niederlage und die Revolution von 1918/19 warfen den jungen Mann nicht aus der Bahn, im Gegenteil: Krone setzte sein Studium fort. In Göttingen studierte er Neuere Sprachen, Latein und zuletzt Volkswirtschaft, bestand 1920 das Staatsexamen, wurde nach dem Studienreferendariat 1921 zuerst aber arbeitslos. Er hielt sich durch Aushilfstätigkeit an einer Kieler Privatrealschule über Wasser. Gleichzeitig schrieb er bei dem Kieler Altvater der Soziologie, Ferdinand Tönnies, der parteipolitisch auf Seiten der SPD stand, eine Arbeit über "Die Theorie der Stadt", mit der er 1923 promoviert wurde.

Die Berliner Zentrumsführung wurde durch Zeitschriftenartikel über Jugendfragen auf den jungen Mann aufmerksam. Man holte ihn 1922 nach Berlin, als das Reichsgeneralsekretariat der Zentrumspartei mit Dr. Heinrich Vockel als Nachfolger Dr. Hermann Katzenbergers neu besetzt wurde. Heinrich Krone übernahm von Vockel die Geschäftsführung des Reichsverbandes der Windthorstbunde, der Jugendorganisation des Zentrums, und gleichzeitig dessen Vertretung als Generalsekretär der Gesamtpartei. Der Weg des 26jährigen in die Politik war durch die Zufälligkeiten einer Nachkriegs- und Umbruchszeit genauso beeinflußt wie durch die selbst-

verständliche Zugehörigkeit und Einbindung in die gesellschaftlichen Organisationsformen des Katholizismus. Bemerkenswert war allerdings, daß er seinen Weg ohne die Anbindung an einen etablierten politischen Mentor fand und daß andererseits das Zentrum für einen solchen Einstieg offen war.
Der Zentrumsangestellte wurde schnell zum Zentrumspolitiker. Er übernahm nicht nur die administrative, sondern bald auch die politische Führung der Windthorstbunde, deren Organ "Das Junge Zentrum" (1924 - 1933) er herausgab. Nach nur drei Jahren hatte er bereits ein Reichstagsmandat inne. 1925 rückte Krone auf der Reichswahlliste des Zentrums für den verstorbenen Abgeordneten Peter Spahn nach und behielt das Reichstagsmandat - seit 1930 als Berliner bzw. Potsdamer Abgeordneter - bis 1933. Er war zwischenzeitlich 1929 auch Nachfolger von Joseph Joos als Vorsitzender der Windthorstbunde geworden.
Krone war ein Repräsentant der jüngeren Generation der Weimarer Republik, die es nicht gut fand, daß die Politik des neuen Reiches von "Männern des alten Reiches geführt" wurde. Er stand nicht nur auf dem Boden der neuen Verhältnisse, sondern schätzte sie positiv ein, ja er bedauerte, daß es nicht zu einer sozialen und politisch festen Neuordnung von Staat und Gesellschaft gekommen war. Die Windthorstbunde, und mit ihnen Heinrich Krone, standen auf dem republikanischen Zentrumsflügel. Dieser legte ein demokratisch-republikanisches und nicht nur ein Verfassungsbekenntnis zum Weimarer Staat ab, war sozial ausgerichtet und bekannte sich zur Völkerversöhnung in Europa. Koalitionspolitisch befürwortete er die Weimarer Koalition, insbesondere das Zusammengehen mit der SPD, und lehnte eine Rechtskoalition ab. Gleichzeitig war dieser Flügel großdeutsch eingestellt und forderte den Zusammenschluß mit Österreich.
Die Schwerpunkte der Tätigkeit des Weimarer Politikers Heinrich Krone lagen in der Parteipolitik, im kirchlich-politischen Bereich und im Parlament. Eine systematische, auf demokratischen Prinzipien beruhende und hauptamtlich betriebene Organisation der Zentrumspartei hatte sich erst seit 1918 herausgebildet. Das Reichsgeneralsekretariat in Berlin wurde Mittelpunkt dieser Bemühungen. Es war personell durchweg mit Angehörigen der jüngeren Generation besetzt, betrieb erstmals in nennenswertem Umfang Schulungs- und Wahlkampfarbeit und gab darüber hinaus politisches Informations- und Pressematerial heraus.
Krone versuchte als Repräsentant der Windthorstbunde, denen seit 1926 der "Reichsverband der deutschen Zentrumsstudenten" eng

angelehnt war, eine dauerhafte Verbindung zur katholischen Jugend zu knüpfen. Mit der Bildung des "Reichsjugendausschusses der Deutschen Zentrumspartei" (1929) hatten diese Bemühungen auch einen nach außen sichtbaren Erfolg aufzuweisen. Nicht zuletzt diesen Bemühungen ist es zu verdanken, daß die lange Zeit in der katholischen Jugend vorherrschende apolitische und auf das Religiöse konzentrierte Haltung abbröckelte und die Windthorstbunde "in enge Ideengemeinschaft mit der jungen katholischen Generation der Verbände und Bünde" kamen. Für Krone war dies eine selbstverständliche politische Entwicklung. In der Politik ging es ihm im letzten "um die Durchsetzung christlichen Lebensgutes in der Öffentlichkeit. Es gibt keine wertfreie Politik".

Der angehende Zentrumspolitiker setzte erstmals Akzente, als er am 4. November 1923 - im Vorfeld des Hitler-Putsches vom 9. November - in Berlin gemeinsam mit den Jugendorganisationen von SPD und DDP eine große Jugendkundgebung veranstaltete, die demonstrativ ein Bekenntnis zur Republik ablegte. Die SPD war durch Erich Ollenhauer, die DDP durch Ernst Lemmer vertreten. Mit beiden Politikern blieb Heinrich Krone auch nach 1945 verbunden.

Die Erfahrungen des Krisenjahres 1923 führten in den Parteien der Weimarer Koalition (Zentrum, DDP, SPD) zu einem neuen Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für Staat und Republik. Die Windthorstbunde und mit ihnen Heinrich Krone zogen entsprechende Konsequenzen. Sie unterstützen die Gründung des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold", des Kampfverbandes für die Weimarer Republik. Kurz nach dessen Gründung 1924 wurde Krone Mitglied des Reichsausschusses, 1926 wurde er in den Bundesvorstand gewählt; 1928 war er bereits einer der stellvertretenden Vorsitzenden. Die Windthorstbunde empfahlen ihren Mitgliedern, dem Reichsbanner beizutreten.

Der republikanische Flügel des Zentrums, den u. a. Männer wie Joseph Joos und Friedrich Dessauer repräsentierten, wurde vom rechten Flügel der Partei nicht ohne Argwohn betrachtet, zumal er mit den Repräsentanten des ausgesprochen linken Flügels, wie Josef Wirth und Karl Spiecker, häufig in einer Front zu finden war. Insbesondere der Kreis um Friedrich Dessauer und die "Rhein-Mainische-Volkszeitung" war ein politischer Kristallisationspunkt der jungen Zentrumsgeneration, die auf eine Neuorientierung der Partei drängte. Die Mitglieder dieses Kreises verstanden sich als Antireaktionäre, die den neuen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen wollten. Es gab Überlegungen, die

Zeitung zum überregionalen Organ der Windthorstbunde zu machen und Krone als Redakteur zu gewinnen.
In den emotional aufgeladenen Auseinandersetzungen um das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung (1926) und um den Bau des Panzerkreuzers A (1928) bezogen Krone und die Windthorstbunde eine von der Mehrheit des Zentrums abweichende Postition. Krone plädierte in beiden Fragen gegen eine Festlegung der Haltung durch die Fraktion und für die Gewissensentscheidung des einzelnen. Er selbst sprach sich gegen das von KPD und SPD in Gang gesetzte Volksbegehren mit dem Ziel der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten aus. In der Fraktion stimmte er aus Parteiräson für die Bewilligung der Mittel für den Panzerkreuzer.
Insbesondere diese Entscheidung brachte ihm Kritik aus dem "Friedensbund Deutscher Katholiken" ein. Er war dort Mitglied und hatte für ihn referiert und publiziert. Der Friedensbund Deutscher Katholiken beschäftigte sich, nicht zuletzt angetrieben durch Mitglieder wie Krone und Mitgliedern aus dem Kreis der "Rhein-Mainischen Volkszeitung", mit ethischen Fragen der Gewaltanwendung durch Krieg. Dabei wurde jeder rigorose Pazifismus abgelehnt. Gleichzeitig ging es ihm auch um die Bedingungen konkreter Friedenspolitik. In diesem Zusammenhang nahm Krone an der von Zentrum und Friedensbund getragenen "Katholisch-Deutsch-Französischen Konferenz" 1929 in Berlin teil, die der Aussöhnung beider Völker dienen sollte. Sie stand im Umfeld der regelmäßigen Treffen europäischer christlich-sozialer Parteien seit 1925.
Nur scheinbar im Gegensatz zu der politischen Stellungnahme seither stand die Unterstützung, ja geradezu Verehrung, die Heinrich Brüning zum Ende der Weimarer Republik als Kanzler und politische Leitfigur von den Windthorstbunden und von ihrem Vorsitzenden erhielt. Brüning galt als Mann mit Tatkraft und Verständnis für die neue Zeit und als Retter der Republik, die im Parteienhader und in der Parlamentarismuskrise unterzugehen drohte. Krone trat für eine Konzentration der Kräfte und eine starke Regierung ein, hielt aber den demokratischen Staatsaufbau für unverzichtbar und lehnte kategorisch jeden Verfassungsbruch ab.

II

Das Ende der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtergreifung stellten den Vorsitzenden der Windthorstbunde, den stellvertretenden Generalsekretär des Zentrums und das

Reichstagsmitglied vor schwierige Entscheidungen. Die drei Wahlkämpfe innerhalb von acht Monaten (Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November 1932 sowie vom 5. März 1933) beanspruchten Krone stark. Die Windthorstbunde und die katholische Jugend unterstützten in bislang kaum gekanntem Ausmaß die Zentrumswahlkämpfe. Nachdem die Entscheidung des 5. März 1933 gefallen war, gehörte Krone in der Fraktion zu jener Mehrheit, die glaubte - nach "Stunden schwersten Ringens" - am 23. März 1933 schließlich dem Ermächtigungsgesetz zustimmen zu sollen. Diese Entscheidung - im Rückblick als zu wenig vorausschauend und mutig empfunden - war bestimmt von der Vorstellung, nichts ändern zu können, und gleichzeitig von der Hoffnung, daß Hitler schnell abwirtschaften würde.

Für die Zwischenzeit setzte man auf die Chance, die Zentrumspartei erneuern zu können. In der Zeit bis zur Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933 wurde Krone sowohl in den Windthorstbunden wie in der Partei einer der Motoren von Reorganisationsbemühungen. Die Wahl Brünings zum Partei- und Fraktionsvorsitzenden am 6. Mai 1933 sollte eine neue Ära der Zentrumsgeschichte einleiten, in Wirklichkeit fanden jedoch nur Nachhutgefechte statt. Zwar wurde Krone von Brüning beauftragt, in einem Viererausschuß Reformvorschläge auszuarbeiten, tatsächlich mußte er aber das Zentrum liquidieren und als Mitglied der "Abwicklungsstelle der Deutschen Zentrumspartei" am 7. Juli die organisatorische Auflösung anordnen sowie am 14. Juli in einem Schreiben von den Windthorstbunden Abschied nehmen. Danach lehnte Krone alle Kooperationsversuche mit dem Nationalsozialismus ab, wie sie von einigen Zentrumsabgeordneten versucht wurden. Sein Name stand folglich auch nicht auf einer Liste ehemaliger Zentrumsabgeordneter für den NS-Reichstag vom November.

Für den 1933 berufs- und brotlos gewordenen Heinrich Krone gab es keine Versuchung der Macht oder materiell bedingter Kompromisse. Er gab eine Korrespondenz "Zeit im Querschnitt" heraus und ernährte seine Familie, mit inzwischen drei Kindern, als Vertreter von Ölen und Kaffee. Er weigerte sich zu emigrieren. Er gehörte zu denen, die meinten, man müsse ausharren, und gerade nun sei es nötig, anderen Mut zu machen und zu helfen. Er tat dies u. a. als Mitbegründer und Geschäftsführer des Caritas-Notwerkes, das 1934 unter Vorsitz des Berliner Bischofs Nikolaus Bares gegründet worden war, sowie über den 1935 errichteten "Hilfsausschuß für katholische Nichtarier" und das 1938 ins Leben gerufene "Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin". In diesen Posi-

tionen konnte der wegen seiner politischen Vergangenheit selbst gefährdete Krone zunächst ehemaligen Zentrums- und Gewerkschaftsangestellten sowie wegen ihrer Zentrums-Zugehörigkeit entlassenen Beamten wirksam helfen. Er war sodann maßgeblich beteiligt, Juden, meist katholischen Glaubens, den Weg in die Emigration zu ebnen. Dabei wußte Krone die Hilfe von Männern wie Bischof Heinrich Wienken und Hans Globke zu schätzen, deren Tätigkeit ohne Kenntnis der Zusammenhänge leicht mißdeutbar war, an deren nichtnationalsozialistischer Haltung aber kein Zweifel bestand.
Für kurze Zeit wurde der knapp 44jährige Krone im Jahre 1939 nochmals Soldat. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er im Rahmen der "Aktion Gewitter" verhaftet. Mit dieser Racheaktion versuchte das NS-Regime, die überlebende Elite der Weimarer Zeit auszurotten, um jegliche Chancen für einen Neuanfang von vornherein auszuschließen. Krone gehörte jedoch auch zu den politischen Freunden um Jakob Kaiser und Bernhard Letterhaus und damit zum politischen Umkreis des Umsturzversuchs. Ein für die tägliche Wirklichkeit des totalitären Regimes kennzeichnender Zufall rettete ihn vor dem KZ Oranienburg und vor dem Todesmarsch nach Bergen-Belsen: Der zuständige Gestapo-Beamte wurde kurz vor der Unterzeichnung der KZ-Überweisung an die Front versetzt, sein Nachfolger war der Beeinflussung zugänglich. Krone, dem aktenkundig nichts nachzuweisen war, kam frei.
Nach der Kapitulation schlug sich Krone durch das zerstörte Berlin zu alten Freunden aus der Weimarer Republik und des gemeinsamen Widerstehens gegen das NS-Regime wie Johann Baptist Gradl durch. Sie waren sich schnell einig, daß alles daran gesetzt werden müsse, damit es nie wieder zu Diktatur und Krieg käme.

III

1945 gehörte Krone zusammen mit Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Robert Tillmanns zu den Berliner Mitbegründern der CDU. Berlin, das er von 1949 bis 1965 im Deutschen Bundestag vertrat, blieb seine politische Heimat auch in der Nachkriegszeit. Gerade seine Berliner Erfahrungen trugen mit dazu bei, daß er als überzeugter Anhänger Adenauers den politischen Kurs des Kanzlers mitvertrat und mitgestaltete.
Krone gehörte zu denen, die nach 1945 ihre Weimarer Erfahrung und ihre standfeste Lauterkeit während der Diktatur in die neue Demokratie einbrachten. Die moralische Integrität und parlamenta-

rische Praxiserfahrung solcher Mitglieder des ersten Bundestages waren wesentliche Voraussetzungen dafür, daß die parlamentarische Arbeit nach 1949 ohne große Reibungsverluste erfolgen konnte. Krone ist es zunächst als Fraktionsgeschäftsführer (1951 - 1955) und später als Nachfolger seines Freundes Heinrich von Brentano im Fraktionsvorsitz (1955 - 1961) in allseits anerkannter Art und Weise gelungen, die Fraktion zu einer politisch aktionsfähigen Einheit zu fügen. Gleichzeitig gewährleistete er eine reibungslose Zusammenarbeit und eine nur selten getrübte Atmosphäre zwischen Fraktion und Regierung. Diese Tätigkeit prägte das Bild Krones als ehrlichen Makler, als Mann des Ausgleichs, der, auch in schwierigsten Situationen, die divergierenden Fraktions- und Parteirichtungen zu einem Kompromiß zu bringen in der Lage war, ohne daß er je prinzipienlos wurde.
Nach der mit absoluter Mehrheit gewonnenen Bundestagswahl von 1957 bedauerte Konrad Adenauer in einer Parteivorstandssitzung mit leicht ironischem Unterton Krone, "weil er eine Fraktion von 270 Mitgliedern zu formen und zu führen hat, darunter 90 neue, die noch in die Geheimnisse des Parlamentarismus einzuführen sind". Sehr ernsthaft ergänzte und erläuterte er die Schwierigkeiten eines Fraktionsvorsitzenden: "Es bedarf mindestens zwei Jahre, um eine solch große Fraktion zu einem einigermaßen homogenen Körper zu machen. Eine Homogenität ist nötig, damit eine Fraktion auch etwas leistet. Andernfalls kann eine solche Fraktion eine gediegene und in sich geschlossene Arbeit in allen vier Jahren nur außerordentlich schwer leisten."
Als die durch Adenauers Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten ausgelöste Krise 1959 die CDU erschütterte, sollte Krone die Parteieinheit wahren. Ihm gelang es, sowohl Adenauer wie Erhard und der Fraktion gegenüber loyal zu bleiben, ohne das Vertrauen der einen oder der anderen Seite zu verlieren. Sein ausgleichendes Temperament rettete die Partei und die Fraktion in dieser Zerreißprobe über die Runden. Nicht ganz unzutreffend wurde in Bonn zu dieser Zeit - auf Krones Vermittlungsfähigkeiten und seine Selbsteinschätzung als "Treuer Diener der Sache" bezogen - kolportiert: "Im Falle eines Falles klebt Papa Krone alles".
Als Vorsitzender der mit absoluter Mehrheit ausgestatteten und auch von daher selbstbewußten CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde Heinrich Krone nicht nur ein Höchstmaß an organisatorischem Geschick, an Integrationskraft und Führungsqualität abverlangt. Immer deutlicher stellte sich auch die Machtfrage im Blick auf die Nachfolge Konrad Adenauers. Heinrich Krone war zum zweitwich-

tigsten Mann in der Union aufgerückt und ein potentieller Kanzlernachfolger.
Er wollte und konnte sich aber nicht bereiterklären, Adenauers Nachfolge anzustreben oder als Bundespräsident zu kandidieren, obwohl er dazu gedrängt wurde. Er blieb - jetzt stärker als bisher im Blickfeld der Öffentlichkeit - der Garant der Kontinuität ohne jeden persönlichen Machtehrgeiz, und er blieb der Mann der Koordination.
1958 wurde der Fraktionsvorsitzende zum stellvertretenden Vorsitzenden und Präsidiumsmitglied der CDU gewählt. Als Heinrich von Brentano 1961 das Auswärtige Amt verließ und den Fraktionsvorsitz wieder übernahm, stand der unprätentiöse Krone diesem Personalwechsel nicht im Wege. Bis 1966 diente er als Bundesminister für besondere Aufgaben - unter anderem für Berlin-Belange - bzw. als Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates in den Kabinetten Adenauers und Erhards.
Schon die Daten der politischen Biographie Heinrich Krones machen deutlich, wo die Schwerpunkte seiner Wirksamkeit in Bonn lagen: in der Parlamentsarbeit, in der Kooperation von Partei, Fraktion und Regierung, in der Beratung von Bundeskanzler Adenauer und in der Übernahme höchst wichtiger Koordinationsaufgaben für die Außen- und Verteidigungspolitik. Kontinuität und Diskontinuität zwischen Weimar und Bonn liegen ebenso deutlich zu Tage.
Es ist zunächst einmal der parteipolitische Neubeginn, die Gründung der Union. Der ehemalige Zentrumspolitiker ging entschlossen den Weg von der katholisch geprägten politischen Minderheitspartei zur interkonfessionellen Mehrheitspartei der Union. Dabei setzte er auf die christliche Substanz im deutschen Volk; er wirkte gleichzeitig als ein Repräsentant des katholischen Teils stetig und behutsam darauf hin, daß die Zusammenarbeit der Konfessionen als ökumenische Realität und als ein Faktum praktizierten Christentums erfahrbar wurde. Dabei verband ihn gegenseitiger Respekt und Freundschaft insbesondere mit Hermann Ehlers und Eugen Gerstenmaier.
Gegenüber der Weimarer Zeit verlagerte sich das Schwergewicht der politischen Tätigkeit auf die Parlamentsarbeit. Seine ausgleichende Art und Führung innerhalb der Spannbreite der CDU/CSU-Fraktion trugen entscheidend dazu bei, daß diese sich menschlich und politisch zu einer Einheit entwickelte und zu der notwendigen politischen Homogenität fand. Anknüpfend an seine Weimarer Erfahrungen hat er sich dabei stark auf dem Felde der Sozialpolitik

eingesetzt. In der Tradition der katholischen Soziallehre stand er dafür ein, daß durch Integration insbesondere der Arbeiterschaft eine stabile innenpolitische Neuordnung geschaffen wurde. Krone trug so dazu bei, daß die Soziale Marktwirtschaft sich im Katholizismus als Ordnungskonzept jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, aber auch jenseits der herkömmlichen berufsständischen Vorstellungswelt durchsetzen konnte.
Seine Weimarer Erfahrungen haben ihn auch bewogen, bei aller politischen Kontroverse nie die Brücken zur Opposition abzubrechen. Er ging davon aus, daß bei entscheidenden, das nationale Gesamtinteresse berührenden Fragen alle demokratischen Parteien gemeinsam zu handeln in der Lage sein müßten. Dies galt in seinen Augen besonders für die Deutschland- und Sicherheitspolitik. Daher hat er in den Grundfragen der Nation immer wieder das Gespräch mit Erich Ollenhauer und Herbert Wehner gesucht, und so wurde er auch einer der Wegbereiter der Großen Koalition 1966.
Der Fraktionschef Krone hat sein Amt als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion weder als Manager noch als parlamentarischer Hauptdebattenredner ausgeübt. Er bevorzugte die lautlose Führung, war stets präsent, delegierte Aufgaben sowohl intern wie nach außen und erzielte Geschlossenheit durch Vorabberatungen im kleinen Kreis. Ziel dieses Führungsstils war die Harmonisierung der politischen Willensbildung in der Fraktion mit der dann gemeinsam durchzusetzenden Regierungspolitik. Die Hauptbetroffenen waren an diesem kleinen Kreis genauso beteiligt wie in ihn eingebunden.
Demgemäß hat er die geräuschlose Abstimmung mit Bundeskanzler Adenauer und seinen Kabinetten in den Vordergrund seiner Bemühungen gestellt. Die eigentliche Leistung dieser Koordinierung und Vermittlung lag darin, daß er keiner der beiden Seiten das Gefühl gab, "überfahren" oder zum Hilfsinstrument des jeweils anderen degradiert worden zu sein.
Seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes gelangte Krone auch immer stärker in den innersten Zirkel um Bundeskanzler Adenauer, der die Politik vorab und über das Tagesgeschäft hinaus überlegte und konzipierte. Krone wurde neben Staatssekretär Hans Globke zum engsten Vertrauten des Kanzlers. Diese drei trafen sich zum regelmäßigen Montagsgespräch, zu dem nur von Fall zu Fall einige wenige andere hinzugezogen wurden. Die Legende, daß Adenauers Politik im wesentlichen aus der Durchsetzung einsamer Beschlüsse bestanden hätte, ist genauso falsch wie zählebig. Wichtige Entscheidungen wurden zwar nicht an institutionalisierte Gremien delegiert, sie wurden im kleinen Kreis der vertrauten Berater

Adenauers mit politisch-fachlicher Kompetenz und politischer Durchsetzungskraft beraten und vorbereitet.
Krone hat diesem Kreis als regelmäßiger Berater angehört und war insbesondere mit personellen Überlegungen des Übergangs in die Nach-Adenauer-Ära und den komplizierter werdenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen befaßt. Mit Adenauer war er durchaus bereit, neue Wege auch in der Ost- und Deutschlandpolitik, wie sie sich etwa in den Überlegungen des sogenannten Globke-Plans zeigten, einzuschlagen - allerdings ohne die Substanz von Wiedervereinigungsanspruch, festem Bündnis mit den USA und europäischer, speziell deutsch-französischer Zusammenarbeit in Frage zu stellen. In diesem Kontext ist auch seine Ministertätigkeit seit 1961 zu sehen, besonders seit der Kanzlerschaft Ludwig Erhards. Der Bundesminister für besondere Aufgaben Heinrich Krone galt als Garant außenpolitischer Kontinuität und als Bürge dafür, daß die deutsche Außenpolitik zwischen Washington und Paris nicht ins Schlingern kommen konnte.

IV

Heinrich Krone zog sich 1969 ohne inneren Vorbehalt aus dem Bundestag zurück, um einer neuen Generation Platz zu machen. Er blieb jedoch politisch beratend tätig, insbesondere durch seine freundschaftliche Verbindung mit Bruno Heck, Eugen Gerstenmaier und Helmut Kohl. Ihm schwebte vor, die Erfahrungen der Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland den nachfolgenden politischen Generationen verfügbar zu halten. Gleichzeitig sah er es als einen Akt der Klugheit und des moralisch Gebotenen an, diese Gründergeneration nach dem Ausscheiden aus dem aktiven politischen Leben nicht vereinsamt abseits stehen zu lassen. Aus diesen Überlegungen heraus initiierte er die Gründung des "Ältestenrats der CDU"; in diesem Kreis trafen und treffen sich regelmäßig ehemals führende Mitglieder der Union mit aktiven Politikern zum politischen Meinungs- und Erfahrungsaustausch.
Im politischen Ruhestand engagierte sich Heinrich Krone noch einmal nachdrücklich in einer aktuellen Frage, die ihm besonders am Herzen lag. Als im Zuge der vatikanischen Ostpolitik die Frage einer Neuordnung der Bistumsgrenzen in Deutschland anstand, intervenierte er, auch in Abstimmung mit Alois Mertes, beim vatikanischen Nuntius in Bonn und mahnte die deutsche Bischofskonferenz eindringlich, in dieser Frage standfest zu bleiben.

In den 50er Jahren hatte Krone feststellen müssen, wie schnell die Tradition des deutschen Katholizismus aus der Weimarer Zeit in Vergessenheit geriet und wie leicht Geschichte ohne eine sorgfältige Forschung zu tagesaktueller politischen Polemik mißbraucht werden kann. Nicht zuletzt deshalb war er 1962 eine treibende Kraft bei der Gründung der "Kommission für Zeitgeschichte e.V.", die seitdem die Geschichte des deutschen Katholizismus im 20. Jahrhundert und seine Wurzeln im 19. Jahrhundert erforscht. Ähnliche Überlegungen bewogen ihn, 1975 die Gründung eines Archivs für Christliche-Demokratische Politik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung zu initiieren und durchzusetzen.

V

Heinrich Krone ist einer der herausragenden katholischen Politiker im 20. Jahrhundert. In seiner Kirche fühlte er sich beheimatet und aus seinem Glauben erwuchs ihm die Verpflichtung, als Christ zur Gestaltung der Welt beizutragen. Bis zuletzt mahnte er, in den Anstrengungen und Bemühungen um eine christliche Fundierung von Politik und um eine zeitgerechte Verwurzelung der Kirche im Volk nicht nachzulassen. Besonders im Alter stellte er die besorgte Frage, ob die Kirche und ob die Christen noch genügend Kraft besäßen, Gesellschaft und Politik prägend mitzugestalten.
Krone war in seiner politischen und auch in seiner kirchenpolitischen Grundhaltung ein zeitoffener Konservativer. Ihm war jedes reaktionäre Verhaftetsein ebenso fremd wie stürmisch-überschäumende Veränderungslust. Es entsprach seinem Temperament und seiner Veranlagung, daß er stets ein Mann der zweiten Linie blieb. Die wirkliche Bedeutung seiner Persönlichkeit wurde immer dann deutlich, wenn er in Diskussionen und Gesprächen mit eher leiser Stimme Stellung bezog. Er war gefragt und sein Wort hatte Gewicht.

Oswald von Nell-Breuning SJ (1890 - 1991)

Die Zeit, in die Pater Oswald von Nell-Breuning hineingeboren wurde und die er mitgestaltet hat, war ein Jahrhundert von ungeheurer Dynamik und schwersten sozialen und politischen Verwerfungen, wie sie Deutschland und Europa bisher nicht heimgesucht hatten. In seinem Geburtsjahr 1890 stand das preußisch-deutsche Kaiserreich auf dem Höhepunkt seiner politischen Macht, auch wenn in demselben Jahr der Architekt Otto von Bismarck entlassen wurde. Der Kulturkampf, der der katholischen Kirche aufgezwungen worden war, hat viele Katholiken aufgeweckt, sich zu organisieren und ihre Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale, für die kulturelle und religiös-kirchliche, nicht zuletzt für die politische Entwicklung wahrzunehmen. Die Zentrumspartei schickte sich an, die Sozialpolitik im Deutschen Reichstag zu intensivieren. Der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland war bestrebt, die Katholiken zu mobilisieren, sich mit der "sozialen Frage", die von Bischof Ketteler schon 1848 als zentrales Problem der Industriegesellschaft erkannt worden war, zu befassen und einen Beitrag zu ihrer Lösung zu leisten. Der soziale Katholizismus fühlte sich durch die erste Sozialenzyklika Rerum novarum Leos XIII. (1891) bestärkt und ermutigt. Dies war vordringlich, weil die Gegensätze zwischen Kapitaleignern und Arbeitern sich immer weiter zuspitzten und die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Erfurter Programm (1891) die Lassallesche Linie verlassen hatte und auf revolutionär-marxistischen Kurs eingeschwenkt war.

Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches mit all seinen Erschütterungen markieren eine Wende. Der demokratische Neuanfang in der Weimarer Republik lief von Anfang an Gefahr, zwischen den anwachsenden ideologischen Strömungen und den politischen Extremen von links und von rechts zerrieben zu werden. In Rußland war 1917 Lenin an die Macht gekommen; in Deutschland konnte 1933 der Nationalsozialismus seine bald totalitäre Herrschaft aufrichten. Der Zweite Weltkrieg besiegelte den Zusammenbruch Deutschlands und führte zur Spaltung Europas und zum Kalten Krieg zwischen Ost und West. Es folgten die Jahre des mühsamen Wiederaufbaus und der Eingliederung der Bundesrepu-

blik Deutschland in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten. Es waren die Jahre, in denen von Nell-Breuning einen maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ausübte. In seinen letzten Lebensjahren konnte er den Fall der Mauer und den Niedergang des Sozialismus erleben.

I

Geboren wurde Oswald von Nell-Breuning am 8. März 1890 in der geschichtsträchtigen Stadt Trier, die 1815 zu Preußen gekommen war. Der Vater Arthur von Nell hatte in der Rechtswissenschaft promoviert und war 1. Beigeordneter der Stadt Trier, ab 1815 Besitzer und Verwalter eines großen Landgutes, zu dem auch Weinberge gehörten. Daß er langjähriger Präfekt der Marianischen Bürgersodalität war, läßt auf seine Verwurzelung in der katholischen Lebenswelt schließen. Die Mutter Bernharda, geb. von Breuning, stammte aus einer angesehenen Familie. Ihr Vater war Landgerichtspräsident in Köln, später in Koblenz, und mit König Wilhelm I. bekannt. Der zusätzliche Namensbestandteil Breuning wurde dem Stammhalter vom König von Preußen verliehen, um das mit dem Tod seines kinderlosen Onkels mütterlicherseits, Maximilian von Breuning, bevorstehende Aussterben des Adelsnamens von Breuning zu vermeiden. Wie von Nell-Breuning selbst bemerkt, überragte die Mutter den Vater "intellektuell bei weitem" und hätte nach heutigen Maßstäben "zweifellos die Qualifikation für einen akademischen Lehrstuhl" besessen. Sie diskutierte mit dem bedeutendsten liberal-protestantischen Theologen Adolf von Harnack in Zeitschriften vom Range der "Preußischen Jahrbücher" und des "Hochland".

Nach der Volksschule besuchte Oswald das humanistische Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Trier. 1835 hatte hier auch Karl Marx die Reifeprüfung abgelegt. Schon frühzeitig hatte der junge Mann den Wunsch verspürt, Priester zu werden, wozu die Atmosphäre im Elternhaus und die religiös-kirchliche Ausrichtung der Schule beigetragen haben. Damals gab es im Bistum Trier sehr viele Priester- und Ordensberufe. Eine Schwierigkeit für von Nell-Breuning war die Tatsache, daß er der einzige Sohn der Familie war, von dem die Eltern erwarteten, daß er das Erbe weitertragen würde. Das änderte sich erst 1906, als der Familie ein weiterer Sohn geboren wurde.

Nach dem Abitur 1908 wandte sich von Nell-Breuning zunächst vier Semester lang mathematisch-naturwissenschaftlichen Studien zu. Er hörte Vorlesungen an den Universitäten in Kiel, München, Straßburg und Berlin. In Innsbruck begann er 1910 mit dem Studium der Philosophie und Theologie. Ohne Zweifel haben diese Jahre seinen Denk- und Erfahrungshorizont enorm erweitert. Damals machte er auch Bekanntschaft mit Ludwig Wolker in München, der ihn zu Veranstaltungen in Arbeiterkreisen mitnahm, und mit dem späteren "Arbeiterapostel" Carl Sonnenschein, der beim Volksverein in Mönchengladbach arbeitete und 1908 das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit (SSS) gründete. Von Nell-Breuning, der für soziale Fragen von Haus aus Interesse und Anlagen mitbrachte, erhielt durch diese Begegnungen wichtige Anstöße.
1911 trat er im Alter von 21 Jahren in den Jesuitenorden ein. Damit verband er die Hoffnung, daß dieser Orden "ihm die erforderliche Reife und charakterliche Durchformung" ermöglichen würde, die ihm nach eigener Einschätzung damals noch fehlten. Der Orden war im Kulturkampf verboten und die Jesuiten ins Ausland vertrieben worden. Das zweijährige Noviziat machte er in 's-Heerenberg, Niederlande. Daran schloß sich das Philosophiestudium an der Ordenshochschule in Valkenburg, nahe der Grenzstadt Aachen, an.
In den ersten beiden Kriegsjahren tat von Nell-Breuning Dienst in einem Malteser-Lazarett-Trupp. Das Lazarett lag im Frontabschnitt der umkämpften Festung Verdun. Aus dem Sanitätsdienst wurde er wegen einer unbedeutenden Erkrankung als nicht mehr kriegsverwendungsfähig entlassen.
Der Orden sandte ihn in das Jesuitenkolleg "Stella Matutina" in Feldkirch in Vorarlberg, wo er als Erzieher von 1916 bis 1919 sein Praktikum ableistete. Anschließend setzte er die theologischen Studien in Innsbruck fort, wo er 1921 die Priesterweihe empfing. Das letzte Jahr der Ausbildung verbrachte er wiederum in den Niederlanden, wo das Terziat in Exaeten untergebracht war.
In den langen Jahren des Studiums waren die ungewöhnlichen Geistesgaben des jungen Jesuiten den Ordensoberen nicht verborgen geblieben. Dennoch sollte er zunächst Erfahrungen im Bereich der Seelsorge und der Öffentlichkeitsarbeit machen. Von 1923 bis 1926 gehörte er einer Rednergruppe an, die von Düsseldorf aus in ganz Deutschland Vorträge zu religiösen und sozialen Fragen hielt. Diese Tätigkeit sollte auch die Jesuiten, die erst seit 1917 in Deutschland wieder zugelassen waren, wieder ins Bewußtsein des Volkes bringen. Am 2. Februar 1926 legte von Nell-Breuning die feierlichen Ordensgelübde ab.

II

Die Ordensoberen hatten von Nell-Breuning dazu bestimmt, das Lebenswerk von Pater Heinrich Pesch, des Begründers des christlichen Solidarismus, fortzuführen. Der siebzigjährige Pesch lebte damals im Kloster zum guten Hirten in Berlin. Er war bekannt geworden durch seine zahlreichen Artikel in den "Stimmen aus Maria Laach", darunter die breit angelegte Untersuchung: Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung, die 1896 in zwei Bänden wieder abgedruckt wurde. Das Hauptwerk bildete das fünfbändige "Lehrbuch der Nationalökonomie". Darin suchte er die christliche Auffassung über den Menschen, insbesondere über die Wirtschaft als einen gesellschaftlichen Lebensprozeß mit den Erkenntnissen der modernen Nationalökonomie zu verbinden und die verschiedenen Methoden einander zuzuordnen.

Bei der Begegnung mit Pater Pesch im Jahre 1923 äußerte von Nell-Breuning, es werde eine wichtige Aufgabe sein, die fünf Bände in einem Band zusammenzufassen. Pesch sah darin eine grobe Verkennung seines Lebenswerkes und lehnte ihn als Nachfolger ab. Der Pesch-Biograph Franz H. Mueller trifft gut die Charakterzüge der beiden Patres: "Der immer 'sachliche', logisch-juridisch, folgerichtig, nüchtern denkende v. Nell-Breuning fand es unausstehlich, wenn Pesch im Gespräch nicht immer 'bei der Sache' blieb, liebenswürdig reagierte, wo eine Scheidung der Geister nötig zu sein schien, wenn er durch eingestreute Erzählungen und Witze vom 'Thema' abgedrängt wurde oder wenn Pesch sich in gewissen praktischen Sparten des Wirtschaftslebens - wie z. B. des Bank- und Börsenwesens - als nicht genügend informiert erwies."

Die Wege Gottes sind oft eigenartig. Diese Begebenheit war Anlaß, daß Pater Gustav Gundlach, der sich für Philosophie und für ökumenische Theologie interessierte, zum Studium der Nationalökonomie destiniert wurde, um in die Fußstapfen von Heinrich Pesch zu treten.

Von Nell-Breuning wurde 1926 nach Münster gesandt, wo er bei dem angesehenen Moraltheologen Josef Mausbach promovieren sollte. Der Orden benötigte für die 1926 gegründete Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt a. M. tüchtige Professoren. Die Dissertation behandelte das Thema "Grundzüge der Börsenmoral". Die Untersuchung, die noch im Jahre der Promotion (1928) gedruckt erschien und den Autor in der katholischen Öffentlichkeit bekannt machte, legt an die wirtschaftlichen Mechanismen an der Börse die kritische Sonde aus moraltheologi-

scher Sicht an. Eine Stelle aus dem Vorwort der Arbeit ist für die dialektische Formulierungskunst von Nell-Breunings bezeichnend: "Die Börse ist von jeher Tummelplatz skrupellosester Machenschaften gewesen, und nirgends wohl kann rücksichtsloser Eigennutz so ungeniert über Leichen gehen wie an der Börse. Aber wenn nach einem bekannten Worte Augustins selbst die Räuberbanden ihren Ehrenkodex und ihre Moral haben, ohne die sie überhaupt nicht bestehen können, dann setzt das Funktionieren eines so feinen und komplizierten Apparates wie der Börse erst recht eine vielleicht sehr einseitig entwickelte, aber gewiß nicht unbeträchtliche Kaufmannsmoral voraus."
Nach der Promotion wurde er als Professor für Moraltheologie, Kirchenrecht und Gesellschaftswissenschaften an die Ordenshochschule Sankt Georgen berufen - einer Aufgabe, der er über vierzig Jahre lang oblag. Er hat ganze Generationen von Jesuiten und Priestern der Diözese Limburg ausgebildet und geprägt.

III

Mit dem "schwarzen Freitag" an der Börse in New York (1929) und der dadurch ausgelösten Weltwirtschaftskrise, die den Zusammenbruch vieler Unternehmen in Nordamerika und in Europa und damit eine Massenarbeitslosigkeit nach sich zog, spitzte sich die "soziale Frage" zu. So konnte es nicht weitergehen. Pius XI., der die Lateranverträge mit dem Italien Mussolinis geschlossen und damit die "Römische Frage" endlich gelöst hatte, trug sich mit dem Gedanken, aus Anlaß der vierzigsten Wiederkehr der Enzyklika Rerum novarum Stellung zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation zu beziehen und Grundsätze für ihre Neuordnung darzulegen.
Der Papst war mit dem damaligen Jesuitengeneral Ledochowski vertraut. Mit ihm erörterte er die Frage, wer ein solches Lehrschreiben vorbereiten könnte. Dies war nicht einfach, weil die Zentren christlich-sozialen Denkens, auf die sich Leo XIII. gestützt hatte, keine Ausstrahlungskraft mehr hatten und in verschiedene Richtungen gespalten waren. Unter den Ordenshochschulen hatte Valkenburg einen guten Klang. Die Wahl fiel auf den Jesuiten Franziskus Hürth, der später an der Päpstlichen Universität Gregoriana lehrte und in moraltheologischen Fragen seiner Zeit die unangefochtene Autorität war. Es ehrt Pater Hürth, daß er auf seine geringe Kenntnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusam-

menhänge hinwies und P. von Nell-Breuning ins Gespräch brachte, der in seiner Dissertation das Geschehen an der Börse durchleuchtet hatte. So wurde der junge Wissenschaftler mit der Vorbereitung eines Entwurfs der Sozialenzyklika Quadragesimo anno betraut, die 1931 erschien.

Freilich, auch von Nell-Breuning war kein Fachmann in Wirtschaftsfragen. Wiederholt hat er sich später als Autodidakt auf nationalökonomischem Gebiet bezeichnet. Nach eigenen Angaben hatte er die einzige volkswirtschaftliche Vorlesung seines Lebens vor seinem Ordenseintritt während seines Studienaufenthaltes in Berlin bei Adolf Wagner, dem Begründer der Wissenschaft der Sozialpolitik, gehört. Um diesem Mangel etwas abzuhelfen, sorgte er dafür, daß die wichtigen Problembereiche im "Königswinterer Kreis" erörtert wurden. Der Kreis war 1930 vom Generaldirektor des "Volksvereins" und späteren Aachener Bischof Josef van der Velden ins Leben gerufen worden. Er setzte sich aus angesehenen katholischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern zusammen. Dazu gehörten Theodor Brauer, Goetz Briefs, Paul Jostock, Rudolf Keibach, Franz H. Mueller, Heinrich Rommen, Wilhelm Schwer und Gustav Gundlach, der als einziger dieser Expertenrunde eingeweiht werden durfte, welchem Ziel die Gespräche dienen sollten. Abgeschirmt von der Öffentlichkeit, auch von den katholisch-sozialen Richtungen, wurde die wirtschaftliche und soziale Lage analysiert und über Wege aus der Krise der Klassengesellschaft nachgedacht.

"Der lehrhafte Teil der Enzyklika", schrieb von Nell-Breuning später, "enthält zwar nicht alles, was ich hineinbringen wollte, aber - von einigen 'aufgesetzten Lichtern' abgesehen - nichts, was nicht mein geistiges Eigentum wäre." Dazu gehören besonders die Partien, die sich mit der Eigentumsfrage auseinandersetzen. Auf Gustav Gundlach, als dessen "gelehrigen Schüler" sich von Nell-Breuning bekennt und zu dem er "mit Dankbarkeit und Bewunderung" aufblickt, gehen die Klärung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital, die Formulierung des Subsidiaritätsprinzips und die Feststellung der Unvereinbarkeit der sozialistischen und der christlichen Gesellschaftsauffassung zurück. 1932 veröffentlichte von Nell-Breuning seinen klassischen Kommentar "Die soziale Enzyklika", in dem das Anliegen und die Zielvorstellungen in geradezu autoritativer Sprache beschrieben sind. Ohne Zweifel markiert der Entwurf zu Quadragesimo anno den nachhaltigsten Beitrag zur Entwicklung der katholischen Soziallehre.

Es blieb nicht mehr die Zeit, die Lehren der Enzyklika zur Überwindung der Klassengesellschaft wirksam werden zu lassen und die Machtergreifung des Nationalsozialismus zu verhindern. Anfangs versuchten von Nell-Breuning und Gustav Gundlach in Sonderkursen am Samstagnachmittag, Priester der Diözese Limburg und Theologen gegen die braune Flut zu immunisieren und sie mit den Wertorientierungen der katholischen Soziallehre vertraut zu machen. Gundlach hatte durch seine offene Kritik des Nationalsozialismus den Zorn der braunen Machthaber auf sich gezogen. Der Orden befürchtete negative Auswirkungen für die Hochschule und schickte ihn 1934 in die Niederlande, von wo aus er nach Rom gerufen wurde. Sein Mitbruder von Nell-Breuning erhielt zwar kein Schreibverbot, stellte aber seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen für zehn Jahre (1936-1945) ein.
Neben seiner Professur trug er von 1931 bis 1946 die Verantwortung für die Finanzen der Niederdeutschen Provinz. 1936 wird gegen von Nell-Breuning von den Nationalsozialisten ein Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Devisenvergehen eingeleitet. Allerdings wurde die Anklage vor dem Sondergericht in München, das in Devisenangelegenheiten nur bei Eilbedürftigkeit zuständig war, erst sieben Jahre später, Ende 1943 erhoben. Weil in dem Verfahren seine Unschuld zutage trat, wurde er kurzerhand wegen seines "Mißtrauens gegen den nationalsozialistischen Staat" zu einer Geldstrafe von RM 500.000 und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er jedoch nicht verbüßte. Nach Kriegsende wurde das Urteil aufgehoben. Mit Genugtuung wies von Nell-Breuning auf den Mut "seiner" Katholisch-Theologischen Fakultät in Münster hin. Als diese damals aufgefordert wurde, ihm den Doktorgrad zu entziehen, hat sie dies einfach unbeachtet gelassen.

IV

Nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann die Phase höchster wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivität. 1947 bis 1950 brachte von Nell-Breuning zusammen mit Hermann Sacher das fünfteilige "Wörterbuch der Politik" heraus. Es bildete eine Fundgrube für alle, die in der Stunde des totalen Zusammenbruchs nach tragfähiger Orientierung suchten. Er schrieb darin viele Grundsatzartikel zu den Wertbereichen der katholischen Soziallehre. Er legte dar, was darunter zu verstehen ist, was ihr Fundament und ihre Er-

kenntnisquellen sind, worin sie sich von der (Sozial-) Ethik und von der Politik unterscheidet, wie das Verhältnis zwischen christlicher Gesellschaftslehre und den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu sehen ist, wie weit ihr Geltungsanspruch reicht und wo ihre Grenzen liegen. Er engagierte sich besonders in der Erklärung dessen, was Solidarität und was Subsidiarität beinhaltet. Er bekannte sich zum "Solidarismus" als der Gesellschaftsauffassung, die sich aus der christlichen Sicht des Menschen und der Gesellschaft ergibt. Das Wörterbuch war besonders wichtig, weil die bis 1933 entwickelte christlich-soziale Reflexion und Praxis weithin abgebrochen war und keine zeitgerechte Literatur für das Gebiet Glaube und Welt, Kirche und Gesellschaft zur Verfügung stand. Auch die soziale Lehrverkündigung Pius XII. gelangte in den Nachkriegsjahren meist nur partiell und verspätet nach Deutschland. Rom war noch weit weg. In dieser Situation war das Wörterbuch für alle interessierten und suchenden Menschen Gold wert.
Obendrein hatte von Nell-Breuning die Fähigkeit, die Prinzipien so zu vermitteln, daß sie verstanden und für die Neugestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse anwendbar wurden. Auch wenn er nicht dem damaligen "Kölner Kardinalskreis" angehörte, kommt ihm ein hohes Verdienst zu, die Soziallehre der Kirche bekannt gemacht und ihr bei Wissenschaftlern, bei Politikern und führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Ansehen verschafft zu haben.
Kein Wunder, daß sein Wissen und sein Rat gefragt waren. 1948 erhielt er einen Lehrauftrag für Wirtschafts- und Sozialethik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main, die ihn 1956 zum Honorarprofessor für Philosophie der Wirtschaft ernannte. Von 1948 bis 1965 war er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats zunächst bei der Verwaltung für Wirtschaft, nach Bildung der Bundesregierung beim Bundesministerium für Wirtschaft. Man schätzte seinen Sachverstand, seine gründlichen Analysen und seine durchdachten Vorschläge zum Aufbau und zur Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft, auch wenn er bisweilen unbequem war. Von 1950 bis 1958 war er stellvertretender Vorsitzender des wohnungswirtschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen. Für kurze Zeit von 1959 bis 1961 gehörte er auch dem Beirat beim Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen an. Schon frühzeitig wies von Nell-Breuning ebenso wie Wilfrid Schreiber auf die Notwendigkeit der Drei-Generationen-Solidarität hin, auch wenn die Familienpolitik lange Zeit auf Sparflamme gehalten wurde.

Zu den katholischen Verbänden, besonders zur Katholischen Arbeitnehmerbewegung hielt von Nell-Breuning Kontakt, hielt Vorträge und schrieb Artikel, um sie in ihrer Aufgabe zu bestärken. 1949 nahm er an der Gründungsversammlung des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) teil. Er hatte erkannt, daß der soziale Katholizismus nicht nur die katholischen Arbeitnehmer, sondern ebenso die katholischen Unternehmer für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gemäß den Normen der Gerechtigkeit und der Solidarität gewinnen müsse. Das ihm angetragene Amt des Geistlichen Beraters schlug er jedoch aus und brachte dafür den katholischen Sozialwissenschaftler und späteren Kölner Kardinal Joseph Höffner ins Gespräch. Von 1953 bis 1955 war er Berater des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften.

V

In zunehmendem Maße konzentrierte sich das Interesse von Nell-Breunings auf die aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die drei Bände des Sammelwerks "Wirtschaft und Gesellschaft", die von 1956 bis 1960 erschienen sind, geben Aufschluß darüber, wie intensiv er sich mit der Neugestaltung der Wirtschaftsgesellschaft, mit Fragen des Lastenausgleichs und des gerechten Lohnes, der Sozialpolitik, der Gewerkschaften und des Streikrechts, der Wohnungsnot, der Vermögenspolitik und der Unternehmensverfassung auseinandersetzte.
Es war ihm ein vordringliches Anliegen, daß die vor 1933 herrschenden kapitalistischen Betriebs- und Unternehmensstrukturen nicht mehr wiederkehren, sondern eine Neuordnung durchgesetzt werde, in der die Arbeitnehmer mehr und mehr in die Industriegesellschaft integriert und gleichberechtigte Partner mit den Arbeitgebern bei der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse werden. Noch ganz der Tradition von Quadragesimo anno verbunden, suchte er die Ansätze einer leistungsgemeinschaftlichen Ordnung ("berufsständische Ordnung") zu verwirklichen. Er war bemüht, Mißverständnisse nicht aufkommen zu lassen, als ob es sich dabei um die Wiederauflage einer Art ständischer Ordnung handele.
Je mehr die "soziale Marktwirtschaft" Konturen annahm und in wachsendem Maße auch bei den Arbeitnehmern Zustimmung fand - dies zeichnete sich schon bei den Bundestagswahlen 1953 und besonders 1957 ab, als die Mehrzahl der Großstädte von den Christlichen Unionsparteien gewonnen wurde -, desto weniger war die

Rede von der leistungsgemeinschaftlichen Ordnung. Allerdings fand von Nell-Breuning nur schwer Zugang zur sozialen Marktwirtschaft. Es ist erstaunlich, daß es in seinem gewaltigen Schrifttum nur wenige Artikel gibt, die sich damit befassen, und zwar überwiegend kritisch. Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht der Vortrag, den er 1954 auf der von Patrick M. Boarman, dem Leiter des Bonner Büros für kulturelle Beziehungen der amerikanischen National Catholic Welfare Conference, veranstalteten Tagung hielt und bei der auch Alfred Müller-Armack und Alexander Rüstow zu den Referenten zählten. Er werde, erklärte von Nell-Breuning, vom Standpunkt der katholischen Soziallehre aus am Neoliberalismus Kritik üben. "Das könnte den irreführenden Eindruck erwecken, als ob die katholische Soziallehre, mindestens so, wie sie von katholischen Sozialwissenschaftlern in Deutschland vertreten wird, Vorbehalte gegen die Markt- oder Verkehrswirtschaft hätte und dementsprechend an einer gewissen Zuneigung zur Befehls-, Zwangs- oder Zentralverwaltungswirtschaft kranke. Dem ist nicht so." Diese Feststellung hinderte jedoch von Nell-Breuning nicht, von der "sogenannten" sozialen Marktwirtschaft zu sprechen.
Hinter der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft witterte er den Einfluß des Neoliberalismus, der sich zwar vom Wirtschaftsliberalismus alter Prägung gelöst habe, der aber seine Verwandtschaft nicht abstreiten könne. Dieses nachwirkende Mißtrauen führte dazu, daß die geschaffenen sozialen Strukturen daraufhin befragt wurden, ob sie wirklich "sozial" seien. Das Ergebnis war dann meist unbefriedigend und wurde zum Anlaß, die sozialen Anforderungen immer höher zu schrauben. In dieser Konstellation dürfte der Grund dafür zu suchen sein, daß sich Kritiker der sozialen Marktwirtschaft zunehmend auf von Nell-Breuning beriefen. Auch wenn er die zum Teil extremen Positionen nicht teilte, so erschien ihm die Kritik als ein durchaus geeignetes Vehikel, um die soziale Entwicklung voranzutreiben.

VI

Ein besonders enges Verhältnis entwickelte von Nell-Breuning zu den Gewerkschaften. Er befürwortete die Einheitsgewerkschaft und tat alles, um ein Wiederaufleben der Richtungsgewerkschaften zu verhindern. Von Anfang an beriet er den Deutschen Gewerkschaftsbund unter der Führung von Hans Böckler und des Vorsitzenden der IG-Metall Otto Brenner. Während sein Mitbruder

Gundlach in Rom der Einheitsgewerkschaft eher skeptisch gegenüberstand - die auch in Italien gebildete Einheitsgewerkschaft war kurz darauf wieder auseinandergebrochen, weil die Kommunisten die Führung beansprucht hatten -, vertrat von Nell-Breuning die These, daß sich die Einheitsgewerkschaft auf die Interessenvertretung der Arbeitnehmer konzentrieren, weltanschaulich neutral und (partei)politisch nicht nur "unabhängig", sondern "tolerant" sein müsse. Damals war die Führung des DGB darauf bedacht, die christlichen Arbeitnehmer nicht vor den Kopf zu stoßen. Eine der drei gewerkschaftlichen Bildungsakademien sollte das christlich-soziale Ideengut vermitteln. 1949 erhielt von Nell-Breuning einen Lehrauftrag an der Akademie der Arbeit in Frankfurt.
Als 1953 der sozialistische Flügel drauf und dran war, den DGB auf die Linie der marxistischen Klassenideologie zurückzuführen, erhob von Nell-Breuning seine Stimme gegen Viktor Agartz, den Exponenten dieser Richtung. Seine Entlassung konnte die Wiederbegründung der Christlichen Gewerkschaften nicht mehr verhindern, zumal die vom DGB ausgegebene Losung "Für einen besseren Bundestag" viele christliche Arbeitnehmer, die politisch in den christlichen Parteien beheimatet waren, verletzte. Wenn jedoch die Christlichen Gewerkschaften nicht so recht Tritt fassen konnten, dann lag dies einerseits daran, daß die DGB-Führung den ideologischen Streit zurückdrängte, andererseits an der engagierten Verteidigung der Einheitsgewerkschaft durch von Nell-Breuning. Er konnte allerdings nicht verhindern, daß der christliche Einfluß in den DGB-Gewerkschaften immer weiter zurückging.
Weil die Gewerkschaften auf ihn hörten, konnte er ihnen gelegentlich auch unangenehme Wahrheiten sagen. Als er 1980 den Hans-Böckler-Preis vom DGB entgegennahm, wies er darauf hin, daß man den Arbeitgebern unter bestimmten Umständen die Möglichkeit zur Aussperrung zugestehen müsse. In ähnlicher Weise griff er 1984 auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, die die IG-Metall "mit vollem Lohnausgleich" durchsetzen und diese Forderung auch noch mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit begründen wollte, in die Diskussion ein und mahnte: "In die Sprache des Angebots übersetzt lautet das so: 'Wir sind so gnädig, euch fünf Arbeitssstunden zu überlassen, aber - wohlverstanden! - der Lohn für diese Stunden bleibt bei uns; ihr tut die Arbeit, das Geld, den Lohn dafür behalten wir.' Ein solches Angebot kann man doch nur als Hohn empfinden; eine solche Haltung ist klassenkämpferisch, ausgesprochenermaßen Klassenkampf von oben, nicht der 'Produktionsmittelbesitzer' gegen die 'von Produk-

tionsmittelbesitz entblößten Nur-Lohnarbeiter', sondern der Klasse der Arbeitsplatzbesitzer gegen die Klasse der von Arbeitsplatzbesitz entblößten Nur-Arbeitslosen."
Ein wichtiger Gesprächspartner war für von Nell-Breuning seit den fünfziger Jahren Georg Leber, der langjährige Vorsitzende der Gewerkschaft Bau - Steine - Erden und einer der wenigen praktizierenden Katholiken in der Führung der SPD. Damals war von Nell-Breuning noch der Meinung, der Weg zu einer vollwertigen wirtschaftlichen Mitbestimmung lasse sich nur über eine Eigentums- (Vermögens-) Beteiligung erschließen. Dies lag durchaus auf der Linie von Quadragesimo anno, auf der auch Pius XII., von Gustav Gundlach beraten, beharrte. Von Nell-Breuning schrieb zahlreiche Artikel über die Notwendigkeit der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktiveigentum. Er setzte sich leidenschaftlich für die "Eigentumsbildung in Arbeiterhand" ein, um eine gerechte Vermögensverteilung zu erreichen. Die Frankfurter Allgemeine schrieb damals: "Er ist von einem ungewöhnlichen sozialen Gerechtigkeitssinn und von der Liebe zu den Armen in den dunklen Bereichen unserer scheinbar so glänzenden Welt getrieben." Er förderte nach Kräften den Gedanken des Investivlohns. Georg Leber, der vermögenswirksame Leistungen in den Tarifvertrag einbaute, konnte auf seinen Rat und die tatkräftige Unterstützung zählen. Mit seinen kreislauftheoretischen Überlegungen, die in der 1957 erstmals vorgetragenen These "Sparen ohne Konsumverzicht" ihren Schwerpunkt hatten, erregte von Nell-Breuning das Interesse breiter Kreise, gerade auch in den Wirtschaftswissenschaften.
Seit der Mitte der sechziger Jahre läßt sein Engagement für die Vermögensbildung stark nach. Statt dessen rückt erneut die Frage der Mitbestimmung in den Mittelpunkt. Nach dem Tode Pius XII., der eine "paritätische Mitbestimmung" abgelehnt hatte, erblickten ihre Befürworter im katholischen Raum neue Chancen. Schon die Sozialenzyklika Mater et Magistra Johannes' XXIII. (1961) wurde in diese Richtung gedeutet. Im Anschluß an das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) kam es im deutschen Katholizismus zu heftigen Kontroversen, ob die Aussagen in der Pastoralkonstitution Gaudium et spes im Sinne der Gewerkschaftsforderung gedeutet werden könnten. Von Nell-Breuning, der von 1959 bis 1965 Berater der Stiftung "Mitbestimmung" war, nahm in vielen Artikeln und Vorträgen Stellung. Er war bemüht, die sozialethische Begründung der Mitbestimmung und ihre verschiedenen Elemente herauszuarbeiten. Die Gewerkschaften, die damals den Druck auf die Bundesregierung zur Novellierung der Mitbestimmungsgesetze stei-

gerten, hatten in von Nell-Breuning ihren wichtigsten Verbündeten. Es muß für ihn eine arge Enttäuschung gewesen sein, daß das Ziel der "Parität" nicht einmal später, als die sozialliberale Regierung an der Macht war, erreicht wurde. Dies war wohl der Anlaß dafür, daß er zunehmend, wenngleich in ausweichenden Formulierungen, Sympathien für den sogenannten Laborismus erkennen ließ, bei dem nicht das Kapital die Arbeit, sondern die Arbeit das Kapital in Dienst nehmen soll. Damit kehrte er zu Fragestellungen zurück, die im Vorfeld von Quadragesimo anno, allerdings mit anderen Vorzeichen, diskutiert wurden.

VII

Überhaupt kann man seit den siebziger Jahren eine gewisse Wende bei von Nell-Breuning beobachten. Als die Katholische Akademie in Bayern ihm 1972 den Romano Guardini Preis verlieh, hielt er den viel beachteten Vortrag: Wie sozial ist die Kirche? Wenn man die hier geübte Kritik auf sich wirken läßt, dann könnte man meinen, die Soziallehre der Kirche sei beinahe ohne Wirkung geblieben - ein Vorwurf, der wenig später von den radikalen Befreiungstheologen in Lateinamerika erhoben wurde. Man fragt sich, wie eine solche Wende bei einem Mann möglich ist, der ein Leben lang für die soziale Gerechtigkeit gearbeitet und tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen hat?

In diesem Zusammenhang muß auch sein Beitrag auf der Gemeinsamen Synode der Bistümer in Würzburg (1971-1975) erwähnt werden. Die ursprüngliche Vorlage "Kirche und Arbeiterschaft" erwies sich als unbrauchbar. Da es die Öffentlichkeit nicht verstanden hätte, wenn die Synode kein Wort zur sozialen Frage gesagt hätte, wurde von Nell-Breuning 1974 gebeten, für den historischen Teil einen neuen Entwurf vorzulegen. Er griff das Wort vom "Skandal" auf, das Pius XI. zum Begründer der christlichen Arbeiterjugend gesagt haben soll, daß die Kirche die Arbeiterschaft verloren habe. Das Wort selbst ist nirgends historisch belegt. Von Nell-Breuning erweiterte es zum "fortwirkenden Skandal". In seinem Kommentar hat Weihbischof Wilhelm Wöste auf die "umstrittenen Fragen" hingewiesen, die dieser Teil der Synodenvorlage ausgelöst hat. Es wird Aufgabe der Geschichtswissenschaft sein, die Gründe für die Entfremdung zwischen Kirche und Arbeiterschaft zu ermitteln. Dabei wird auch zu klären sein, warum katholische Arbeiter, jedenfalls bis 1933, in so großer Zahl der Katho-

lischen Arbeiter-Bewegung, dem Volksverein für das katholische Deutschland, den Christlichen Gewerkschaften angehörten und überwiegend das Zentrum wählten.
Eine Frage allerdings hat der historische Zusammenbruch des Sozialismus beantwortet. Der Rückgriff auf die marxistische Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft, die in den achtziger Jahren auch von katholischen Gruppierungen übernommen wurde, hat sich als Fehlgriff erwiesen. In diesem Punkt ist die Synode der um sich greifenden Verwirrung leider nicht mit der notwendigen Orientierung entgegengetreten. Auch das Wort von Nell-Breunings: "Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx" hat jene ermutigt, die in dem inzwischen gewachsenen Sozialstaat immer noch oder schon wieder eine bloße Symptomkur erblicken wollten.
Natürlich spürte von Nell-Breuning die Spannungen, die sich zwischen den Positionen, die er früher vertreten hatte und die er jetzt einnahm, auftaten. Während er im Wörterbuch der Politik die Unterschiede zwischen der christlichen und der sozialistischen Gesellschaftsauffassung überzeugend herausgearbeitet hatte, verkürzte er die Problematik später auf den Unterschied zwischen der damaligen Definition Gundlachs und der so ganz anderen Wirklichkeit. Ebenso überrascht ist man darüber, daß er das feurige Bekenntnis zur berufsständischen (leistungsgemeinschaftlichen) Ordnung im Kommentar zu Quadragesimo anno später als "unglücklich" abtut. Auch die Antwort auf die Frage, bis wann diese Ordnung verwirklicht sein könne: "Das wird niemals verwirklicht; das ist viel zu vernünftig, als daß die Menschen das jemals machen werden", ist bestenfalls eine Ausflucht. Und während er 1955 feststellte: "Wir verfechten die Institution des Eigentums als naturrechtliche Institution, als eine für die Ordnung und das Wohlergehen der menschlichen Gesellschaft unentbehrliche Einrichtung", heißt es 1972, "daß in diesem ganzen Streit nur leeres Stroh gedroschen wird." Bisweilen hat man den Eindruck, daß Begriffe und Argumente bei von Nell-Breuning im Dienste der jeweiligen Ziele stehen, die durchgesetzt werden sollen. Wenn er den gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms der SPD (1959) als ein "kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre" nennt, dann war diese Aussage eminent politisch gemeint und hat auch so gewirkt.

Am meisten wirksam wurde von Nell-Breuning über sein Schrifttum. In ungebrochener Schaffenskraft hat er bis zu seinem Tode die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen verfolgt und in Artikeln, Monographien, Lexikonartikeln, Rezensionen Stellung bezogen. Wenn es galt, ein Buch zu besprechen, so erfolgte seine Rezension meist früher als die anderen, wodurch er die Meinungen beeinflußte. Im Jahr 1970, als er den 80. Geburtstag feiern konnte, verzeichnen die gedruckten Bibliographien 1.288 Titel. Bis zu seinem Tode kamen noch mehrere hundert Beiträge hinzu. Die Mehrzahl der Publikationen behandeln aktuelle Fragestellungen aus der Theologie und Sozialethik, aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Möglich wurde diese Lebensleistung nicht nur dank einer robusten Gesundheit, sondern auch durch eine eiserne Disziplin. Wenn er nicht zu Vorträgen, Kongressen oder Sitzungen von Beiräten unterwegs war, ging er jeden Morgen zu Fuß ins Offenbacher Theresienheim, um mit den Ordensschwestern und den Kindern die hl. Messe zu feiern. Es gab kaum einen Tag, den er nicht mit der Feier der hl. Messe begonnen hätte. Der Tagesablauf war geregelt. Er begann mit dem Aufräumen seines Zimmers; dann folgte die wissenschaftliche Arbeit. Bis ins hohe Alter tippte er seine Beiträge selbst auf der Schreibmaschine, ebenso seine Briefe, in denen er meist ohne Umschweife zur Sache kam. Er hielt die Essens- und Rekreationszeiten des Kollegs ein. Man sah ihn nie anders als im Römerkragen.

Als Nestor der katholischen Soziallehre erhielt er zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen. Er sammelte die Ehrendoktoren der Universitäten Innsbruck, Frankfurt am Main, Münster, Sophia in Tokyo und Trier. Er erhielt die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt am Main, die Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen und die Ehrenplakette der Stadt Offenbach. Er wurde Ehrenbürger seiner Vaterstadt Trier und der Stadt seines Wirkens, Frankfurt. Er bekam die Lorenz-Werthmann-Medaille des Deutschen Caritasverbandes, den Ludger-Westrick-Preis und den Bayerischen Maximilianorden.

An seinem 90. Geburtstag ehrte die Deutsche Bischofskonferenz den Jubilar. Der Vorsitzende, Kardinal Joseph Höffner, zelebrierte mit ihm den Festgottesdienst im Kölner Dom und sagte in der Predigt: "Unser verehrter Jubilar hat stets heftig reagiert, wenn die Gerechtigkeit und die Menschenwürde verletzt wurden. Dann ver-

ließ ihn sein trockener Humor und seine Sprache wurde scharf." Bei der anschließenden Festakademie in den Börsensälen wurde ihm die goldene Bonifatius-Medaille der Deutschen Bischofskonferenz überreicht. Den Festvortrag hielt auf Wunsch des Geehrten Professor Wilhelm Weber, dem von Nell-Breuning in einer Rezension bescheinigt hatte: "Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten oder gar Gegensätze zwischen Weber und mir haben sich insgesamt als unvergleichlich geringer herausgestellt, als sie in den Augen der katholischen und nichtkatholischen Öffentlichkeit dastehen und dem Ansehen der Katholischen Soziallehre Abbruch tun."
1990 konnte von Nell-Breuning seinen 100. Geburtstag feiern. Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker verlieh ihm das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Viele Persönlichkeiten mit Rang und Namen waren zur Festakademie nach Sankt Georgen gekommen. Seine Dankesrede, in der er auch von seinem Einsatz für die Belange der katholischen Arbeiter gesprochen hatte, endete mit dem Satz: "Ich rechne aber fest darauf, daß diese katholischen Arbeiter ... durch ihre Fürsprache bei Gott mir eine selige Sterbestunde erflehen werden, der ich mit großer Erwartung entgegensehe." Am 21. August 1991 hat ihn Gott zu sich gerufen.

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

THERESE STUDER

Schriften

"Aus meinem Leben", in: "Arbeiter Familienkalender" 1930.

Literatur

C. *Bentenrieder,* Therese Studer. München 1932. - L. *Anderl,* Die roten Kapläne. München 1962. - W. *Zorn,* L. *Hillenbrand,* Sechs Jahrhunderte Schwäbische Wirtschaft. Augsburg 1969. - Kirche und Arbeiterschaft, Arbeitshilfen zur Synodenvorlage der SK III. Augsburg 1974. - Arbeiterinnenverein Kaufbeuren 1906-1976. KAB Kaufbeuren 1976. - M.A. *Wanner,* Das Marienheim in Kaufbeuren, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter, Bd. 8, Nr. 2, Juni 1978. - H. *Glaser,* Von der Kultur der Leute. Frankfurt 1983. - T. *Meyer,* K.-H. *Klär,* K. *Novy,* H. *Timmermann* (Hg.), Lexikon des Sozialismus. Köln 1986. - K. *Bosl* (Hg.), Bosl's Bayerische Biographie, Ergänzungsband. Regensburg 1988. - E. *Guggemos,* J.G. *Weinhart,* in: Kaufbeurer Geschichtsblätter, Bd. 11, Nr. 12, Dezember 1989. - Spinnerei und Weberei Momm AG (Hg.), 150 Jahre Spinnerei und Weberei Momm AG Kaufbeuren. Kaufbeuren 1989. - R. *Böckler,* Die Sorge um Kaufbeurer Fabrikarbeiterinnen, Diplomarbeit Universität Augsburg 1991. - F.-J. *Stegmann,* "Rerum novarum" und der soziale Katholizismus, in: zur debatte. München März/April 1991. - Haus der Bayerischen Geschichte. München, Frauen in Bayern, Kalender 1991. - M. *Meister,* Therese Studer und die katholischen Arbeiterinnenvereine, Bayerischer Rundfunk. München, Hörbild, Sendung: 17. Januar 1993.

FRITZ GERLICH

Quellen

Für die Möglichkeit, den Nachlaß Gerlich benutzen zu können, danke ich Herrn Dr. Max *Höfter* (Pfäffikon/CH). Andere Zitate sind den Personalakten Gerlichs im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, Abteilung I, entnommen.

Schriften (Auswahl)

Das Testament Heinrichs VI. Versuch einer Widerlegung. Berlin 1907. - Bildidee und Maltechnik, in: Technische Mitteilungen für Malerei der Adolf-Wil-

helm-Keim-Gesellschaft. 1914. - Geschichte und Theorie des Kapitalismus. München 1913. - Oliver Cromwell und die Idee der religiösen Toleranz, in: Das neue Jahrhundert. 1913. - Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich. München 1920. - Die stigmatisierte Therese Neumann von Konnersreuth. 2 Bde. Regensburg 1929. - Der Kampf um die Glaubwürdigkeit von Therese Neumann. München 1931. - Was wird aus Deutschland? Die Voraussagen des Dr. Gerlich erfüllen sich. Zusammengestellt von Spectator [d.i. Anton *Klotz*], hg. von der Zentralbildungsstelle für Tirol. Innsbruck 1934. - [Curt Graf *Strachwitz*,] Von Preußen zum Großdeutschen. Gespräche Dr. Gerlichs mit Verus, hg. von der Zentralbildungsstelle für Tirol. Innsbruck o.J. (1935). - Prophetien wider das Dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlich und des Paters Ingbert Naab O.F.M. Cap. Gesammelt von J. *Steiner*. München 1946.

Literatur (Auswahl)

M. *Carnot*, F. G., ein Blutzeuge für Glauben und Heimat, hg. von der Arbeitsgemeinschaft österreichischer Vereine. Wien ^{2}1935. - E. Freiherr *von Aretin*, F.M. G.: Ein Märtyrer unserer Tage. München 1949; 2. ergänzte Aufl. mit einem zeitgeschichtlichen Kommentar, hg. von K. O. Freiherr *von Aretin*. München 1983. - I. *Hösl*, In Memoriam Dr. F. G., in: Archivalische Zeitschrift 46 (1950), S. VIII-X. - O. *Bender*, Der Gerade Weg und der Nationalsozialismus. Phil. Diss. (Ms.). München 1954. - F. *Herre*, Die Straße, welche die gerade heißt, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 339-346. - B. *Zittel*, Dr. F. G.: Ein Märtyrer für die Wahrheit, in: Der Mönch im Wappen. Aus Geschichte und Gegenwart des katholischen München. München 1960, S. 521-531.- K. A. *von Müller*, Im Wandel einer Welt. Erinnerungen. Bd. 3. 1919-1932, hg. von O. A. *von Müller*. München 1966. - K. O. Freiherr *von Aretin*, F. G. als Journalist im Umfeld der bayerischen Politik, in: Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Bd. 2. München 1984, S. 157-172 (Nachdruck in: *Ders.*, Nation, Staat und Demokratie. Mainz 1993, S. 260-274). - H.-G. *Richardi*, K. *Schumann*, Geheimakte Gerlich-Bell. München 1993. - R. *Morsey*, F. G. - der Publizist als Prophet, in: Die personale Struktur des gesellschaftlichen Lebens. Festschrift für Anton Rauscher, hg. von N. *Glatzel* und E. *Kleindienst*. Berlin 1993, S. 529-548. - A. *Dornheim*, Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1993. (Darin "Der 'Konnersreuther Kreis' und die Gründung des 'Geraden Wegs'", S. 295-347.)

MAX JOSEF METZGER

Literatur

M. *Möhring*, Täter des Wortes. M.J. M. - Leben und Wirken. Freising 1966. - K. *Drobisch*, Wider den Krieg. Dokumentarbericht über Leben und Sterben des katholischen Geistlichen Dr. M.J. M. Berlin (Ost) 1970. - H. *Ott*, Dokumentation zur Verurteilung des Freiburger Diözesanpriesters Dr. M.J. M. und zur Stellungnahme des Freiburger Erzbischofs Dr. Conrad Gröber, in: Freiburger Diözesan-Archiv 90/1970, S. 303-315. - R. *Feneberg*, "Gerechtig-

keit schafft Frieden." Die katholische Friedensethik im Atomzeitalter. München 1985. - H. *Ott*/A. *Weiß*/M.-G. *Reimann,* Dr. M.J. M., geb. 3. Februar 1887 in Schopfheim Baden, hingerichtet 17. April 1944 in Brandenburg (Havel)-Görden. Beiträge zum Gedenken, in: Freiburger Diözesan-Archiv 106/1986, S. 187-255. - M.J. M., Christuszeuge in einer zerrissenen Welt. Briefe aus dem Gefängnis 1934-1944, hg. von K. *Kienzler.* Freiburg i. Br. 1991.

MAXIMILIAN KALLER

Schriften

Unser Laienapostolat in St. Michael-Berlin. Leutesdorf 1926. - Kreuzbund und Katholische Aktion. Berlin 1932. - Ermländisches Kirchenblatt. Jg. 1-9 (1932/40). - Wachsende Sorge um die Wandernde Kirche, in: Priester-Jahrheft des Bonifatiusvereins (1940), S. 1-30. - Bischof K. spricht. Hirtenbriefe des Flüchtlingsbischofs M. K., hg von P. *Kewitsch.* Lippstadt 1951.

Literatur

W. *Adolph,* M. K., in: Sie sind nicht vergessen. Gestalten der jüngsten deutschen Kirchengeschichte. Berlin 1972, S. 61-131. - G. *Fittkau,* Zehn Jahre Katholische Aktion im Bistum Ermland 1929/39. Ein Bericht aus dem Jahre 1939, hg. von E.M. *Wermter,* in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands, Bd. 33 (1969), S. 219-302.- *Ders.,* Excelsa fidelitas. Zum Gedächtnis des Diaspora-Bischofs M. K., in: Priester-Jahrheft des Bonifatiusvereins (1948), S. 19-23. - *Ders.,* M. K., in: Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803-1945, hg. von E. *Gatz.* Berlin 1983, S. 357-361. - E. *Laws,* Wanderer zwischen drei Zonen. Bischof M. Ks. Leben vom 7. Februar 1945 bis zum 12. August 1946 im Spiegel seiner Briefe, in: Ermländischer Hauskalender (1957), S. 6-33. - G. *Matern,* Einheit von Wort und Leben. Zum Gedenken an den Heimgang unseres Bischofs Maximilian vor 20 Jahren, in: Unser Ermlandbuch (1967). Osnabrück, S. 43-50. - H. *Preuschoff,* Bischof K., die Braunsberger Akademie und der Nationalsozialismus, in: Zeitschrift f. die Geschichte u. Altertumskunde Ermlands, Bd. 40 (1980), S. 105-133. - G. *Reifferscheid,* Das Bistum Ermland und das Dritte Reich (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 7). Köln 1975.

FRANZ ALBERT KRAMER

Quellen

Ein Nachlaß F.A. Kramers ist nicht erhalten. Materialien über die Anfänge und die ersten Jahre des "Rheinischen Merkur" gingen bei mehreren Umzügen (Koblenz, Köln, Bonn) verloren. Die Angaben zur Person stützen sich in der Hauptsache auf Auskünfte der Familienmitglieder, die v. a. von Eduard Ver-

hülsdonk für seinen Beitrag zu den "Rheinischen Lebensbildern" befragt wurden. Ich danke Herrn Verhülsdonk für die Überlassung seines Informationsmaterials und für seine ständige kollegiale Beratung. Für Mitteilungen über Kontakte F.A. Kramers mit französischen Behörden 1944-1949 aus Akten im Archiv des Quai d'Orsay (Série Y internationale und Aktenband 388) danke ich Herrn Prof. Dr. Heinrich Küppers (Aachen).

Schriften

Die christlichen Gewerkschaften. Eine Untersuchung ihrer Ideenbildung. Manuskript S. 142. Rechts- und Staatswissenschaftliche Dissertation. Münster, 19.10.1924. Das in der Universitäts-Bibliothek Münster unter der Signatur U 24 8413 aufbewahrte Exemplar ist "durch Kriegseinwirkung vernichtet worden"; ein anderes Exemplar hat sich nicht ermitteln lassen. Über den Inhalt informiert ein "Auszug", der samt handschriftlichem Lebenslauf im Universitätsarchiv Münster liegt und für dessen Nachweisung ich Herrn Prof. Morsey herzlich danke. - Das rote Imperium. Kempten 1933. - Vor den Ruinen Deutschlands. Ein Aufruf zur geschichtlichen Selbstbesinnung. Koblenz und Zürich 1945. - Politische Leitsätze. Koblenz 1946. - Die geistigen Grundlagen des Föderalismus, in: Hochland 40 (1947/48), S. 216-225. - L'Allemagne peut-elle être réintégrée à l'Europe?, in: Cahiers du Monde Nouveau 3 (1947) No. 6, S. 103-109. Deutsch in: Der Kampf um den Frieden. Ein neuer Weltkrieg oder eine Neue Ordnung? Koblenz 1948, mit zusätzlichem Vorwort, S. 7-9.

Literatur

K. *Legat,* Zum Tode von Dr. F.A. K., in: Rheinischer Merkur vom 18. Februar 1950. - W. *Ferber,* Dem Gedächtnisse F.A. Ks., in: Föderalistische Hefte 3 (1950), S. 83-85. - W. *Röpke,* Gegen die Brandung. Erlenbach-Zürich 1959, S. 369-374 (F.A. K. - in memoriam). - W. *Ferber,* Der Wiedererwekker des "Rheinischen Merkur", in: Vaterland (Luzern) vom 16. Januar 1960. - O.B. *Roegele,* Journalistische Lehrjahre, in: Publizistik 8 (1963), S. 555-561. - P.W. *Wenger,* Merkur-Beschimpfungen, in: Rheinischer Merkur vom 13. März 1970. - H. *Gückelhorn,* "Rheinischer Merkur", in: Chefredakteure - Publizisten oder Administratoren?, H.-D. *Fischer* (Hg). Düsseldorf 1979, S. 135-161. - H.-P. *Schwarz,* Vom Reich zur Bundesrepublik, Stuttgart ^{2}1980 (v. a. Kap. VIII). - O.B. *Roegele,* Die Gründung des "Rheinischen Merkur", in: Rheinischer Merkur vom 15. März 1986. - E. *Verhülsdonk,* F.A. K. (1900-1950), in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 12. Köln 1991, S. 297-320.

LEO WOHLEB

Quellen

Der Nachlaß von Leo Wohleb befindet sich im Staatsarchiv in Freiburg i. Br. Gedenkschriften erschienen zu seinem 10. Todestag (1965), zu seinem 80. Geburtstag (1968), zu seinem 20. Todestag (1975) und zu seinem 100. Geburtstag (1988).

Schriften

Die wichtigsten philologischen Arbeiten zwischen 1913 und 1930 sind bibliographiert und kommentiert von K. *Büchner* in der Gedenkschrift zum 80. Geburtstag (1968), S. 31 ff. Hier auch - mit einer Einleitung - zehn Reden Wohlebs, S. 159 ff. Weitere Aufsätze und Reden mit Kommentaren in der Gedenkschrift zum 20. Todestag (1975). Zwei heimatkundliche Betrachtungen sind im Freiburger Almanach, 2. Jahrbuch, 1951 (S. 9 f.) und 3. Jahrbuch, 1952 (S. 23-26) publiziert. Eine Gesamtbibliographie, die auch die philologischen und historischen Rezensionen sowie die verschiedenen Auflagen der von Wohleb erarbeiteten Lateinischen Schulgrammatik von J.H. Schmalz und C. Wagner dokumentieren müßte, steht aus.

Literatur

L. W. zum 10. Todestag am 12. März 1965, zusammengestellt von seiner Frau. Karlsruhe 1965. - Humanist und Politiker, L. W. - der letzte Staatspräsident des Landes Baden. Gedenkschrift zu seinem 80. Geburtstag am 2. September 1968, hg. von H. *Maier* und P.-L. *Weinacht*. Heidelberg 1968. - L. W. - der andere politische Kurs. Gedenkschrift aus Anlaß seines 20. Todestages, hg. von P.-L. *Weinacht*. Freiburg 1975. - P. *Feuchte*, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg. Stuttgart 1983, S. 2-5. - P.-L. *Weinacht* (Hg.), Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag. Sigmaringendorf 1988. - R. *Albiez*, Zum 100. Geburtstag, in: Badische Heimat 68 (1988), S. 457-464; aus gleichem Anlaß H. *Ott*, in: Badische Zeitung vom 2. September 1988. - P.-L. *Weinacht*, L. W. (1888-1955) und das historische Bundesstaatskonzept, in: Geschichte im Westen 8 (1993), S. 90-101.

JOSEF BEYERLE

Quellen

Der Nachlaß Beyerle befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn. Er enthält neben einem Tagebuch (1945-1950) seine Papiere nach 1945. Das Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrt einen Teilnachlaß mit den Handakten aus der Zeit als Justizminister und Abgeordneter zwischen 1924 und 1933. Beyerles Reden im Landtag sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Württembergischen bzw. Württemberg-Badischen Landtags.

Literatur

W. *Besson*, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart 1959. - R. *Maier*, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945-1947. Tübingen 1964. - R. *Maier*, Erinnerungen 1948-1953. Tübingen 1966. - K. *Schmitt*, Die CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg, in: P.-L. *Weinacht* (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1978, S. 137-162. - J. B., Beispiel ei-

nes christlichen Politikers. Mit Beiträgen von B. *Heck*, H. *Eyrich*, A. *Pfitzer*, bearbeitet von G. *Buchstab*. Melle 1981. - G. *Müller*, Ein Mann der Rechtlichkeit und Güte. Zum Gedenken an J. B., Justizminister von 1923-1933 und von 1945-1951, in: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beiträge zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 5 (1981), S. 6-10. - P. *Feuchte*, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg. Stuttgart 1983. - Th. *Schnabel*, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46. Stuttgart 1986. - K.-J. *Matz*, Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989. - H. *Ferdinand*/A. *Pfitzer*, J. B., in: Baden-Württembergische Biographien (1994/95).

MARIA PROBST

Quellen

Der größte Teil des Nachlasses befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz (Materialsammlungen und Korrespondenzen zur parlamentarischen Tätigkeit, insbesondere als sozialpolitische Sprecherin der CSU; Zuschriften aus der Bevölkerung). Reden im Plenum des Bayerischen Landtags sind abgedruckt in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags/Stenographische Berichte (1946-1949); Reden im Plenum des Deutschen Bundestages in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages/Stenographische Berichte (1949-1967). Interviews in Zeitungen, Presseberichte über Maria Probst befinden sich in der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages.

Schriften

Die Familienpolitik des bayerischen Herrscherhauses zu Beginn des 19. Jahrhunderts. München 1930. - Die Frau als Haupt der Familie, in: Die Christliche Frau 44 (1955), S. 161-169.

Literatur

Zeitungsberichte, Porträts in Tages- und Wochenzeitungen. - U. *Männle*, M. P., in: Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft, hg. von R. *Hellwig*. Stuttgart 1984, S. 194-203.

GERTRUD VON LE FORT

Schriften

Erzählende Schriften in drei Bänden. München 1956. - Das Schweißtuch der Veronika: Der römische Brunnen. München 1991. - G. v. l. F. erzählt. Mit einem Nachwort von E. *Biser*. Frankfurt-Leipzig 1993. - Hälfte des Lebens, Erinnerungen. München 1965. - A. M. *Miller*, Briefe der Freundschaft mit G. v. l. F.. Memmingen 1976.

Literatur (Sekundär)

G. *Kranz,* G. v. l. F., Leben und Werk in Daten, Bildern und Zeugnissen. Frankfurt 1976. - G. v. l. F., Werk und Bedeutung: Der Kranz der Engel im Widerstreit der Meinungen. München 1950. - E. *Przywara,* Humanitas. Der Mensch gestern und morgen. Nürnberg 1952, S. 41-45, S. 160 f., S. 665, S. 752 ff. - E. *Biser,* Überredung zur Liebe. Die dichterische Daseinsdeutung G. v. l. F. Regensburg 1980. - E. *Biser,* Furcht und Angst. Werner Bergengruen und G. v. l. F. - Zwei Paradigmen dichterischer Angstbewältigung, in: Gläubige Angstüberwindung, Akademie-Publikation Nr. 91 der Katholischen Akademie Augsburg 1993, S. 31-62.

JOSEF KARDINAL FRINGS

Quellen

Ergiebiger als der "Nachlaß Frings" im Historischen Archiv des Erzbistums Köln (noch gesperrt) sind die dortigen einschlägigen Erzbistumsakten (Cabinettsregistratur und Generalia). Die Hirtenbriefe des Erzbischofs wurden - mit wenigen Ausnahmen - im "Kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln" veröffentlicht, die Konzilsreden in: Acta Synodalia Sacrosancti Concilii Oecumenici Vaticani II. Romae 1970-1980 (s. Index-Band, S. 461 f.).

Publikationen einzelner Quellentexte: N. *Trippen,* Das Schicksal der westdeutschen Bischofsstädte im Winter 1944/45, in: Annalen des Hist. Vereins f. d. Niederrhein 194 (1991), S. 189-200. - *Ders.,* Das Elend der Nachkriegsjahre und der Wiederaufbau des Kölner Domes. Die Weihnachtsbriefe des Kölner Erzbischofs Kard. F. an Papst Pius XII. 1945-1949, in: Kölner Domblatt 56 (1991), S. 135-154. - *Ders.,* Kard. F., Essen und das Ruhrgebiet, in: Das Münster am Hellweg 44 (1991), S. 55-65. - *Ders.,* Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland, in: K.-D. *Bracher*/P. *Mikat*/K. *Repgen*/M. *Schumacher*/H.P. *Schwarz* (Hg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Berlin 1992, S. 345-377.

Schriften

Grundsätze katholischer Sozialarbeit und zeitnahe Folgerungen (= Bausteine der Gegenwart, Heft 6). Köln 1947. - Verantwortung und Mitverantwortung in der Wirtschaft. Was sagt die katholische Soziallehre über Mitwirkung und Mitbestimmung? Köln 1949. - Für die Menschen bestellt. Erinnerungen des Alterzbischofs von Köln. Köln 1973. - Erinnerungen an Konrad Adenauer, in: D. *Blumenwitz*/K. *Gotto*/H. *Maier*/K. *Repgen*/H. P. *Schwarz* (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers... (= Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik), Bd. 1. Stuttgart 1976, S. 149-155.

Literatur

Die Erstellung einer umfassenden wissenschaftlichen Biographie Josef Kard. Frings' durch den Autor wird voraussichtlich noch einige Jahre erfordern.
E. *Hegel,* J. F., (1887-1978), in: E. *Gatz* (Hg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon. Berlin 1983, S. 210-213. - *Ders.*, J. Kard. F.: Das Wirken eines Kölner Erzbischofs in Bistum und Weltkirche, in: Pastoralblatt Köln 34 (1982), S. 199-206. - K. *Repgen,* Kard. F. im Rückblick. Zeitgeschichtliche Kontroverspunkte einer künftigen Biographie, in: Hist. Jahrbuch 100 (1980), S. 286-317. - D. *Froitzheim* (Hg.), Kard. F.: Leben und Werk. Köln 1979. - J. *van Elten,* Pro hominibus constitutus. Gedenkausstellung des Historischen Archivs des Erzbistums Köln zum 100. Geburtstag von J. Kard. F. am 6. Februar 1987. Katalog. Köln 1987. - U. *von Hehl,* Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945 (= Veröffentl. d. Komm. f. Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 23). Mainz 1977, S. 227-240. - N. *Trippen,* Der Bischof im Zeitalter der Industrialisierung, des Nationalismus und der Weltkriege (1885-1950), in: P. *Berglar,* O. *Engels* (Hg.), Der Bischof in seiner Zeit. Bischofstypus und Bischofsideal im Spiegel der Kölner Kirche. Festgabe für Joseph Kardinal Höffner... . Köln 1986, S. 397-427, hier: S. 419-422. - *Ders.,* Das Seminar in der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges (1933-1945), in: *Ders.* (Hg.), Das Kölner Priesterseminar im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift zur Feier des 250jährigen Bestehens am 29. Juni 1988 (= Studien zur Kölner Kirchengeschichte, Bd. 23). Siegburg 1988, S. 159-179. - R. *Morsey,* Adenauer und Kard. F. 1945-1949, in: D. *Albrecht*/H.G. *Hockerts*/P. *Mikat*/R. *Morsey* (Hg.), Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag. Berlin 1983, S. 483-501. - J. *Teusch,* Kölner Initiativen außerdiözesaner Art unter den Episkopaten der Kardinäle F. und Höffner, in: F. *Groner* (Hg.), Die Kirche im Wandel der Zeit. Festgabe... Joseph Kardinal Höffner... zur Vollendung des 65. Lebensjahres... . Köln 1971, S. 187-200. - *Ders.,* In Freundschaft begegnen. Das Erzbistum Köln und die Kirche in Japan, in: N. *Trippen*/W. *Mogge* (Hg.), Ortskirche im Dienst der Weltkirche. Das Erzbistum Köln seit seiner Wiedererrichtung im Jahre 1825... . Köln 1976, S. 193-196. - *Ders.,* Zuerst: Eine Äußerung des Glaubens. Das Bischöfliche Werk "Misereor", seine Anfänge und seine Initialwirkung in die Weltkirche, in: ebd. S. 197-202. - J. *Ratzinger,* Stimme des Vertrauens. Kard. J. F. auf dem Zweiten Vaticanum, in: ebd. S. 183-190. - H. *Jedin,* "Für die Menschen bestellt". Ein Wort über Kard. F. beim Rücktritt vom Bischofsamt, in: ebd. S. 191f. - *Ders.,* Kard. F. auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil, in: G. *Adrianyi* (Hg.), Festgabe für Bernhard Stasiewski zum 75. Geburtstag. Leverkusen-Bonn 1980, S. 17-34.

ALFRED KARDINAL BENGSCH

Schriften (Auswahl)

Heilsgeschichte und Heilswissen. Eine Untersuchung zur Struktur und Entfaltung des theologischen Denkens im Werk "Adversus haereses" des hl. Irenäus von Lyon. Leipzig 1957. - Schöpfungsglaube, in: Unsere Sorge der Mensch -

unser Heil der Herr. Berlin 1958. - Erlösung, ebd. - Heiligung - Umkehr - Vollendung. Leipzig ^{2}1965. - Berufung und Bewährung. Leipzig 1960 und Berlin ^{2}1964. - Den Glauben leben. 2 Bde. Leipzig 1965/1967. - Konzil für Dich. Selbstbesinnung und Konsequenzen. Berlin 1966. - Ich hoffe auf euch. Düsseldorf 1967. - Glaube und Kritik. Berlin 1968. - Kirche ohne Kreuz. Berlin 1969. - Würde des Dienstes. Wort an die Mitbrüder im Priesteramt. Berlin 1969. - Manipulation und christliches Leben. Pastorale Überlegungen zu einem aktuellen Thema. Berlin 1970. - Ein Bischof steht Rede und Antwort. Glaubensgespräch mit einer Familie. Berlin 1970. - Weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges. Berlin 1972. - Wo steht die Predigt heute. Berlin 1974. - Zehn Gebote. Anstoß zur Erneuerung. Berlin 1975. - Ave Maria. Berlin 1976. - Mysterium und Nachfolge. Berlin 1978. - Eucharistie. Gedächtnis und Hingabe. Berlin 1980. - In der Schule des Glaubens. München 1980. - Die Hoffnung darf nicht sterben. Tagebuch 1940-1950. München 1981.

Literatur

Der Glaube lebt. Leipzig 1980. - A. B.: Der Kardinal aus Berlin. Berlin 1980. - W. *Knauft,* Katholische Kirche in der DDR. Mainz 1980. - H. *Bengsch,* Bistum Berlin. Berlin 1985. - G. *Lange* u.a., Katholische Kirche - sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945-1990. Leipzig ^{2}1993.

HUBERT JEDIN

Schriften (Auswahl)

Ziemlich vollständige Bibliographie bis 1980 (über 700 Nummern, davon 40 Bücher und 250 Aufsätze), bearb. von R. *Samulski* und G. *Butterini,* in: Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 6 (1980), S. 287-367.

Des Johannes Cochlaeus Streitschrift De libero arbitrio hominis (1525). Breslau 1927. - Die Erforschung der kirchlichen Reformationsgeschichte seit 1876. Münster 1931 (Teil-ND 1975; it. Übers. 1981). - Girolamo Seripando. 1.2. Würzburg 1937. - Concilium Tridentinum ed. Societas Goerresiana. XIII: Tractatuum pars 2 vol. I. Freiburg 1938 (ND 1967). - Der Quellenapparat der Konzilsgeschichte Pallavicinos. Rom 1940. - Krisis und Wendepunkt des Trienter Konzils (1562/63). Würzburg 1941. - Katholische Reformation oder Gegenreformation? Ein Versuch zur Klärung der Begriffe. Luzern 1946 (ND 1973; ital. Übers. ^{1}1957, ^{2}1967). - Das Konzil von Trient. Ein Überblick über die Erforschung seiner Geschichte. Rom 1948. - Geschichte des Konzils von Trient. Freiburg. I: 1949 (^{2}1951); II: 1957; III: 1970; IV/1.2: 1975 (engl. Übers.: I 1957, II 1961; franz. Übers. I 1965; ital. Übers. I 1949, II 1962; span Übers. I, II 1972). - Kardinal Contarini als Kontroverstheologe. Münster 1949. - Joseph Greving (1868-1919). Münster 1954. - Kleine Konziliengeschichte (= Herder-Bücherei 51). Freiburg 1959 (8 Auflagen, dazu engl., franz., holl., ital., japan., portug. und span. Übersetzungen, z.T. in mehreren Auflagen). - Conciliorum oecumenicorum decreta, edidit Centro di Documen-

tazione, curantibus Josepho Alberigo & al., consultante Huberto Jedin. Freiburg 1962 ([3]1973). - Handbuch der Kirchengeschichte (Hg.), I; II/1.2; III/1.2; IV; V; VI/1.2; VII. Freiburg 1962-1979 (ND 1985; engl. Übers. 1965-1891; ital. Übers. 1975-1980; span. Übers. 1966-1984). - Strukturprobleme der ökumenischen Konzile. Köln-Opladen 1963. - Krisis und Abschluß des Trienter Konzils 1562/63. Freiburg 1964 (engl. Übers. 1967; franz. Übers. 1966). - Kirche des Glaubens - Kirche der Geschichte. I. II. Freiburg 1966 [64 vom Verfasser ausgewählte Aufsätze zu den Themenkreisen: Kirchengeschichtsschreibung, Italien und das Papsttum sowie Deutschland, Abendland und Weltkirche] (ital. Übers. 1972). - Vaticanum II und Tridentinum. Köln-Opladen 1968 (span. Übers. 1968). - Lebensbericht hg. von K. *Repgen*. Mainz 1984 ([3]1988; it. Übers. 1987).

Literatur (Auswahl)

K. *Repgen*, H. J. (1900-1980), in: Historisches Jahrbuch 101 (1981), S. 325-340. - Simposio H. J. 7-8 novembre 1980, in: Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 6 (1980), S. 25-255 [Beiträger: G. *Alberigo*, R. *Bäumer*, M. *Ditsche*, K. *Ganzer*, E. *Gatz*, E. *Iserloh*, R. *Lill*, P. *Prodi*, A. *Prosperi*, K. *Repgen*, I. *Rogger*, B. *Ulianich*, A. *Wandruszka*]. - K. *Repgen*, Der Geschichtsschreiber des Trienter Konzils, H. J. (1900-1980), in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Kan. Abt. 70 (1984), S. 356-396 - M. *Ditsche*, H. J., in: Theologische Realenzyklopädie XVI. Berlin 1987, S. 550-553 (Literatur).

KARL RAHNER SJ

Quellen

Der Nachlaß von Karl Rahner befindet sich im Karl-Rahner-Archiv in der Theologischen Fakultät der (Alten) Universität Innsbruck, Universitätsstraße. Daneben ist das reichhaltige Bildmaterial über Karl Rahner im Medienarchiv des Jesuitenprovinzialats, Süddeutsche Provinz in München, Seestraße, von Bedeutung. Die ab Herbst 1994 beim Herder-Verlag, Freiburg, von der Karl-Rahner Stiftung unter der Schriftleitung von K. *Lehmann*, K.-H. *Neufeld*, J.B. *Metz*, H. *Vorgrimler* und A. *Raffelt* angekündigte und auf 32 Bände angelegte Gesamtausgabe sämtlicher Schriften Karl Rahners dürfte einen beträchlichen Teil noch unveröffentlichter Manuskripte, insbesondere auch Teile der Vorlesungsreihe über den Geheimnisbegriff und Mariologische Forschungen der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Schriften

Schriften zur Theologie I-XVI. Zürich-Einsiedeln-Köln 1954-1984. - Das Dynamische in der Kirche (= Quaestiones disputatae 5). Freiburg-Basel-Wien 1958. - Geist in Welt. Zur Metaphysik der endlichen Erkenntnis bei Thomas von Aquin. Innsbruck-Leipzig [1]1939 (= München [3]1964). - Grundkurs des Glaubens. Einführung in den Begriff des Christentums. Freiburg [11]1979. - Hörer des Wortes. Zur Grundlegung einer Religionsphilosophie. München

[1]1941. Neu bearbeitet von J.B. *Metz*. München [2]1963. - K. *R.*/H. *Rahner,* Worte ins Schweigen - Gebete der Einkehr. Freiburg [5]1980, S. 34-35. - K. *R.* /H. *Vorgrimler,* Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanums. Freiburg [11]1976. - P. *Imhof*/H. *Biallowons,* K. R. im Gespräch I-II. München 1987. - K. *Lehmann*/A. *Raffelt* (Hg.), K. R.: Praxis des Glaubens. Geistliches Lesebuch. Freiburg 1982. - K. *Lehmann*/A. *Raffelt* (Hg.), Rechenschaft des Glaubens. Karl Rahner-Lesebuch. Freiburg-Basel-Wien 1979. - [K. R.], "Gnade als Mitte menschlicher Existenz". Interview mit K. R., in: Herder Korrespondenz 28 (1974), S. 77-92. - [K. R.], Lebenslauf, in: Der Entschluß. Zeitschrift für Praxis und Theologie 31 (1977), S. 30-34.

Literatur

I. Einführungen und Sekundärliteratur

P. *Eicher,* Die anthropologische Wende. K. Rs philosophischer Weg vom Wesen des Menschen zur personalen Existenz. Fribourg/Schweiz 1970. - K.P. *Fischer,* Der Mensch als Geheimnis. Die Anthropologie K. Rs. Mit einem Brief von K. R. Freiburg-Basel-Wien 1974. - B. *van der Heijden,* K. R.: Darstellung und Kritik seiner Grundpositionen. Einsiedeln 1973. - B.J. *Hilberath,* K. R.: Gottgeheimnis Mensch. Eine Einführung in Leben und Werk K. Rs. Mainz 1994. - K. *Kienzler,* Geheimnis Gottes und Transzendentaltheologie. K. R., in: A. *Halder*/K. *Kienzler*/J. *Möller* (Hg.), Religionsphilosophie heute. Düsseldorf 1988, S. 162-168. - K. *Lehmann,* K. R.: Ein Portrait, in: K. *Lehmann*/A. *Raffelt* (Hg.), Rechenschaft des Glaubens, S. 13*-49*. - A. *Losinger,* Orientierungspunkt Mensch. Der anthropologische Ansatz in der Theologie K. Rs. St. Ottilien [2]1992 - J.B. *Metz,* K. R., in: Tendenzen der Theologie im 20. Jahrhundert. Berlin [2]1967, S. 513-518. - H.-D. *Mutschler* (Hg.), Gott neu buchstabieren. Zur Person und Theologie K. Rs. Beiträge zur Aktualität K. Rs zehn Jahre nach seinem Tod. Würzburg 1994. - J. *Ratzinger,* Vom Verstehen des Glaubens. Anmerkungen zu Rahners "Grundkurs des Glaubens", in: Theologische Revue 74 (1978) S. 177-186. - H. *Vorgrimler,* K. R. verstehen. Eine Einführung in sein Leben und Denken. Freiburg [2]1988. - H. *Vorgrimler,* K. R.: Leben - Denken - Werke. München 1963. - H. *Vorgrimler* (Hg.), Wagnis Theologie. Erfahrungen mit der Theologie K. Rs. Freiburg-Basel-Wien 1979. - K.H. *Weger,* K. R.: Eine Einführung in sein theologisches Denken. Freiburg-Basel-Wien 1978.

II. Bibliografien

R. *Bleistein*/E. *Klinger,* Bibliographie K. R. 1924-1969. Mit einer Einführung von H. *Vorgrimler*. Freiburg-Basel-Wien 1969. - R. *Bleistein,* Bibliographie K. R. 1969-1974. Freiburg-Basel-Wien 1974. - P. *Imhof*/H. *Treziak,* Bibliographie K. R. 1974-1979, in: H. *Vorgrimler* (Hg.), Wagnis Theologie, S. 579-597. - A. *Raffelt,* K. R.: Bibliographie der Sekundärliteratur 1948-1978, in: H. *Vorgrimler* (Hg.), Wagnis Theologie, S. 598-622. - P. *Imhof*/E. *Meuser,* Bibliographie K. R. 1979-1984, in: E. *Klinger*/K. *Wittstadt* (Hg.), Glaube im Prozess. Christsein nach dem II. Vatikanum. Freiburg-Basel-Wien 1984, S. 854-885.

ALOIS MERTES

Quellen

Der politische Nachlaß Alois Mertes befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin bei Bonn. Weitere Unterlagen sind im Besitz von Frau Hiltrud Mertes, Wachtberg-Pech. Mertes' Parlamentsreden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Deutschen Bundestages, 7. - 10. Legislaturperiode. Vorträge und Ansprachen aus seiner Zeit als Staatsminister im Auswärtigen Amt wurden teilweise im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht. Eine Sammlung ausgewählter Reden und Aufsätze wurde zusammengestellt von G. *Buchstab* (Hg.), A. M.: Der Primat des Politischen. Düsseldorf 1994.

Schriften

Die Veröffentlichungen reichen zurück bis 1947; vielfach handelt es sich um Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften. Die frühen Beiträge sind u. a. erschienen in 'Aussprache', 'Civitas', 'Dokumente', 'Geist und Tat', 'Michael', 'La Revue Nouvelle', 'Rheinischer Merkur' und 'Trierischer Volksfreund'. Ein umfassendes Verzeichnis seiner zahlreichen Schriften, Aufsätze u. a. ist zusammengestellt in den drei Bibliographien: G. *Hahn,* Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1945-1980. Stuttgart 1982.- B. *Krahe,* Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1981-1986; mit Nachträgen 1945-1980. Düsseldorf 1990. - H. *Krengel*/Th. *Schaarschmidt,* Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1987-1990. Düsseldorf 1994.

Literatur

G. *Buchstab,* (s. o.), mit einem Vorwort von Timothy Garton *Ash* und einer Kurzbiographie von Michael *Mertes.* - Ph. *Jenninger* (Hg.), A. M. zur Erinnerung. Ansprachen und Nachrufe. Mit Beiträgen von H.J. *Spital,* K. *Plück,* K. *Repgen,* P. *Hermes* u. a. Bonn 1986. - Weitere Literatur führen auf H. *Krengel*/ Th. *Schaarschmidt* (s. o.).

FRANZ JOSEF STRAUSS

Quellen (Auswahl)

Nachlaß (1949-1990: Schriftverkehr der Minister- und Abgeordnetenbüros; Fotos, Flugblätter, Plakate, Reden, Zeitungsausschnittsammlung u.a.) im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. München. - Archivalien in der Registratur und in der Presseabteilung der Bayerischen Staatskanzlei. - Reden: Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages 1949-1984. - Bundestagsreden. Bonn ^{2}1969. - Bundestagsreden und Zeitdokumente, Bonn 1975/1979. - Entwurf für Europa. Stuttgart $^{1\text{-}2}$1966. - Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa. Vorwort von J.-J. *Servan-Schreiber.* Stuttgart 1968. - Deutschland Deine Zukunft. Stuttgart 1975. - Signale. Beiträge zur deutschen Politik 1969-1978. Ausgew. u. eingeleitet von

W. *Scharnagl.* München 1978. - Zur Lage. Nachwort von G. *Mann.* Stuttgart 1979. - Gebote der Freiheit. München 1980. - Verantwortung vor der Geschichte. Beiträge zur deutschen und internationalen Politik 1978-1985. Ausgew., eingeleitet u. hg. von W. *Scharnagl.* Mit einer Einführung von G. *Tandler.* Percha 1985. - Die Erinnerungen. Berlin 1989. Nachdr. 1991 (unvollendet). -

Literatur (Auswahl)

E. *Kuby,* E. *Kogon* u.a., F.J. S.: Ein Typus unserer Zeit. Wien-München-Basel 1963. - Apropos Strauß. Eine Dokumentation. Mit einem Vorwort v. K. *Adenauer*, hg. von der Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit. Stuttgart [1-2]1965. - Th. *Dalberg,* F.J. S.: Porträt eines Politikers. Gütersloh 1968. - D. *Bischoff,* F.J. S., die CSU und die Außenpolitik. Konzeption und Realität am Beispiel der großen Koalition. Meisenheim a. G. 1973. - O. *Zierer,* F.J. S.: Ein Lebensbild. München 1978, [6]1986. - H. *Wald-Wagenburg,* F.J. S.: Großer Bildband. Biographie von H. *Klein.* Percha 1979. - Anspruch und Leistung. Widmungen für F.J. S., hg. von F. *Zimmermann.* Stuttgart 1980. - U. *Zimmermann,* Geliebt, verkannt und doch geachtet. F.J. S., der Mensch, der Politiker, der Staatsmann von A-Z. Percha 1980. - A. *Mintzel,* F.J. S., in: Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts, hg. v. W.L. *Bernecker,* V. *Dotterweich,* Bd. 2. Göttingen 1982, S. 196-208. - Th. *Enders,* F.J. S. - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung. Koblenz 1984. - F.J. S.: Der Mensch und der Staatsmann. Ein Portrait, hg. von W. *Schöll.* Percha 1984, [3]1988. - F.J. S.: Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke, hg. von K. *Carstens,* A. *Goppel* u.a. München 1985. - R. *Morsey,* Föderalismus im Bundesstaat. Die Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard in der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Historisches Jahrbuch 108 (1988), S. 430-447. - U. *Zimmermann,* Unvergessen. F.J. S. - das war sein Leben. Passau 1988. - F.J. S. zum Gedächtnis. Ansprachen bei den Trauerfeiern am 7. u. 8. Oktober 1988, hg. von der Bayerischen Staatskanzlei. Stamsried 1988. - W. *Scharnagl,* Bayern und Strauß. Lebenswerk und Abschied. Percha 1989. - F.J. S.: Der Charakter und die Maske, der Progressive und der Konservative, der Weltmann und der Hinterwäldler, hg. von H.-J. *Heinrichs.* Frankfurt a.M. 1989. - F. *Hopfenmüller,* C. *Brügmann,* F.J. S.: Eine kurze Biographie. München 1992 (Literatur). - L. *Braun,* Der unbekannte Strauß - die Schongauer Jahre. Vorwort von Th. *Waigel.* Schongau 1992.

KURT GEORG KIESINGER

Quellen

Der politische Nachlaß Kurt Georg Kiesingers befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn; er enthält neben Reden, Artikeln, Interviews, Korrespondenzen und Gesprächsnotizen aus seiner Parlaments- und Parteitätigkeit vor allem auch Unterlagen und Sachdokumentationen aus seiner Ministerpräsidenten- und Kanzlerzeit. Einige Materialien betreffen auch seine Tätigkeit vor 1945.

Schriften (Auswahl)

Ideen vom Ganzen. Reden und Betrachtungen. Tübingen 1964. - Stationen 1949-1969. Tübingen 1969. - Die Große Koalition 1966-1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, hg. von D. *Oberndörfer*. Stuttgart 1979. - Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958, hg. von R. *Schmoeckel*. Stuttgart 1989.

Literatur (Auswahl)

L. *Hermann*, K.G. K.: Ein politisches Porträt. Freudenstadt 1969. - D. *Oberndörfer* (Hg.), Begegnungen mit K.G. K.. Stuttgart 1984. - G. *Ziegler*, K.G. K., in: W. *von Sternburg* (Hg.), Die deutschen Kanzler. Königstein/Ts. 1985. - R. *Schmoeckel*, B. *Kaiser*, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen. Bonn 1991. - G. D. *Diehl*, K.G. K., in: H. *Klein* (Hg.), Die Bundeskanzler. Berlin 1993.

HEINRICH KRONE

Schriften

Die Theorie der Stadt, phil. Diss. (Masch.). Kiel 1923. - Das Junge Zentrum. Monatsschrift des Reichsverbandes der Deutschen Windthorstbunde, hg. vom Reichsgeneralsekretär der Deutschen Zentrumspartei. Berlin 1924-1933. - Jugend und Staat, in: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag am 11. August 1929. Berlin 1929, S. 172-176. - Die junge katholische Generation in der Deutschen Politik, in: Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, hg. von A. *Schulte*. Berlin 1929, S. 459-469. - Zeit im Querschnitt. Halbmonatsschrift (Verleger und Lizenzträger). Berlin 1933-1942. - Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969, eingel. u. bearb. von K. *Gotto*, in: R. *Morsey*/K. *Repgen* (Hg.), Adenauer-Studien III. Mainz 1974, S. 134-201. - Konrad Adenauer - Im Gespräch mit einem großen Politiker und tiefen Menschen, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, hg. von D. *Blumenwitz* u. a., Bd. 1. Stuttgart 1976, S. 117-121. - Der Berater Adenauers, in: Der Staatssekretär Adenauers, hg. von K. *Gotto*. Stuttgart 1980, S. 15-26.

Quellen und Literatur

G. *Buchstab* (Bearb.), Adenauer: "Es mußte alles neu gemacht werden". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953. Stuttgart 1986. - *Ders.* (Bearb.), Adenauer: "Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957. Düsseldorf 1990. - *Ders.* (Bearb.), Adenauer: "... um den Frieden zu gewinnen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961. Düsseldorf 1994. - A. *Baring* (Hg.), Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964. Hamburg 1974. - H. *Blankenberg*, Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main 1918-1933. Mainz 1981. - E. *Gerstenmaier*, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/M. 1981. - K. *Gotto*,

Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959, in: K. Adenauer. Ziele und Wege. Mainz 1972, S. 97-144. - *Ders.,* Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954-1963, in: R. *Morsey*/K. *Regpen* (Hg.), Adenauer-Studien III. Mainz 1974, S. 3-91. - *Ders.,* H. K., in: W.L. *Bernecker*/V. *Dotterweich* (Hg.), Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Portraits, Bd. 2. Göttingen 1982, S. 37-48. - J.B. *Gradl,* Vom Zentrum zur CDU. H. Ks. politischer Weg, in: Unitas II (1975), S. 112-115. - K. *Hildebrand,* Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4). Stuttgart-Wiesbaden 1984. - M. *Höllen,* Caritasbischof Wienken, der "unpolitische" Kirchenpolitiker. Eine Biographie aus drei Epochen des deutschen Katholizismus. Mainz 1981. - J. *Hofmann,* Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916-1947, bearb. u. eingel. von R. *Morsey*. Mainz 1977. - R. *Morsey,* Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und "Nationaler Erhebung" 1932/33. Stuttgart 1977. - L.-E. *Reutter,* Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich. Die Betreuung von Auswanderern durch den St. Raphaels-Verein. Recklinghausen 1971. - D. *Riesenberger,* Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1976. - K. *Rohe,* Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966. - J. *Rovan,* In Memoriam. H. K. (1895-1989), in: Documents 44 (1989), S. 110-111. - H.-P. *Schwarz,* Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2). Stuttgart 1981. - *Ders.,* Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3). Stuttgart-Wiesbaden 1983. - *Ders.,* Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952 (Bd. 1). Stuttgart 1986. - *Ders.,* Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967 (Bd. 2). Stuttgart 1991. - W. *Wagner,* Die Bundespräsidentenwahl 1959, in: R. *Morsey*/K. *Repgen* (Hg.), Adenauer-Studien II. Mainz 1971.

OSWALD VON NELL-BREUNING SJ

Quellen

Der Nachlaß Oswald von Nell-Breunings befindet sich im Archiv der Norddeutschen Jesuitenprovinz in Köln und in der Ordenshochschule Sankt Georgen in Frankfurt/Main.

Schriften (Auswahl)

Grundzüge der Börsenmoral. Freiburg 1928. - Wirtschaft und Gesellschaft heute, 3 Bde. Freiburg 1956-1960. - Baugesetze der Gesellschaft. Freiburg 1968. - Aktuelle Fragen der Gesellschaftspolitik. Köln 1970. - Wie sozial ist die Kirche? Düsseldorf 1972. - Kapitalismus - kritisch betrachtet. Freiburg 1974. - Gerechtigkeit und Freiheit. Wien 1980.

Bibliographie für die Jahre 1924-1964, in: H. *Achinger*/L. *Preller*/H.J. *Wallraff* (Hg.), Normen der Gesellschaft. Festgabe für O. v. N.-B. SJ zu seinem 75. Geburtstag. Mannheim 1965, S. 326-370. - Bibliographie für die Jahre

1965-1969, in: O. v. N.-B., Aktuelle Fragen der Gesellschaftspolitik. Köln 1970, S. 439-452.

Literatur

A. *Rauscher,* Im Schatten von Karl Marx? Kritische Anmerkungen zur Synodenvorlage "Kirche und Arbeiterschaft", in: Deutsche Tagespost, Nr. 133, 28. Jg. Würzburg 1975, 6 f. - O. v. N.-B. SJ. Dokumentation der Ansprachen beim 90. Geburtstag des Wissenschaftlers, Priesters und Ordensmanns am 8. März 1980 in Köln, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 1980. - W. *Schwaderlapp,* Eigentum und Arbeit bei O. v. N.-B.: Praxisorientierte Theorie rekonstruiert und reflektiert in anthropologischer Absicht. Düsseldorf 1980. - H. *Klein* (Hg.), O. v. N.-B.: Unbeugsam für den Menschen. Freiburg 1989. - Nun danket alle Gott. Feier des 100. Geburtstages von P. O. v. N.-B. SJ, hg. von der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen. Frankfurt am Main 1990. - J.H. *Müller,* Würdigung für P. O. v. N.-B. SJ anläßlich der Vollendung seines 100. Lebensjahres am 8. März 1990, in: Die Enzyklika Quadragesimo anno und der Wandel der sozialstaatlichen Ordnung, hg. von J. *Mückl.* Paderborn 1990. - F. *Hengsbach,* Entschieden zur Sache. Werk, kirchliches Umfeld und politische Resonanz O. v. N.-B. SJ, in: Theologie und Philosophie 65 (1990). - W. *Kerber,* O. v. N.-B.: Seit sechs Jahrzehnten soziales Gewissen der Kirche, in: Stimmen der Zeit 115, Bd. 208 (1990). - J. *Schasching,* "Unbeugsam für den Menschen". Erinnerungen an O. v. N.-B., in: Herder-Korrespondenz 45, H. 10 (1991). - B. *Kuppler,* Die Sache Jesu braucht Begeisterte: In memoriam P. O. v. N.-B SJ (1890-1991), in: Zeitschrift für katholische Theologie 114, H. 1 (1992). - A. *Losinger,* Gerechte Vermögensverteilung. Das Modell O. v. N.-B. Paderborn 1994.

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige Würdigung.

A
Adenauer, Konrad 74-76, 81, 87, 91, 95-110, 145, 158, 183, 200, 214-216, 227, 232-237, 240, 249, 254 f., 265, 271, 274 f.
Adolph, Walter 54, 58 f.
Agartz, Viktor 287
Ahlers, Conrad 235
Alberigo, Guiseppe 187
Aretin, Erwein Frhr. von 22, 27 f.
Aretin, Karl Otmar Frhr. von 21
Arnold, Karl 91
Ash, T. Garton 222, 226
Aufderbeck, Hugo 172

B
Bahr, Egon 217, 225
Bares, Nikolaus 270
Barion, Hans 59
Barzel, Rainer 217, 257, 262 f.
Baumgart, Winfried 74
Bebel, August 81
Bell, Georg 35 f.
Benedikt XV. 42 f.
Bengsch, Alfred *161-174*
Bengsch, Hedwig 163
Bengsch, Leo 163
Bengtson, Hermann 229
Bentenrieder, Centa 10, 20
Bernanos, Georges 79
Bertram, Adolf 148, 177, 182
Beyerle, Anton 97
Beyerle, Anton Franz von 98
Beyerle, Josef *97-111*, 248
Beyerle, Maria Anna 97, 105
Biallowons, H. 206
Binder, Paul 252
Bing, Jean-Michel 71
Bismarck, Otto von 67, 81, 277
Blank, Theo 121, 231
Blos, Wilhelm 99
Bloy, Léon 79
Boarman, Patrick M. 286
Bock, Lorenz 100, 248
Böckler, Hans 286
Böhler, Wilhelm 151, 158
Böhm, Domenikus 151
Böll, Heinrich 223
Bolz, Eugen 99-104, 111, 248
Bothmer, Karl Graf von 24
Brandt, Willy 216 f., 219, 238, 258 f., 262 f.,
Brauer, Theodor 64, 282
Braun, Otto 65
Brenner, Otto 286
Brentano, Heinrich von 272 f.
Breschnew, Leonid Iljitsch 215
Breuning, Bernharda von 278
Breuning, Maximilian von 278
Briefs, Goetz 282
Brill, Hermann Louis 108
Broicher, Paul 78
Brüning, Heinrich 101, 249, 269 f.
Büchner, Franz 88
Burckhardt, Jacob 69
Burnes, Arthur 224

C
Carnot, Maurus 37
Carstens, Karl 239, 263
Chenu, Marie-Dominique 199, 205
Ciano, Galeazzo 66
Claudel, Paul 79
Congar, Yves 199
Cossmann, Paul Nikolaus 25, 28
Curtius, Robert 213

D
Dankwerts, Justus 108
Darlapp, Adolf 197
David, Emmerich 158
Dehler, Thomas 110
Dessauer, Friedrich 268
Dichtel, Anton 87, 95
Dietze, Constantin von 88
Dirks, Walter 213
Dix, Rudolf 45-46
Döpfner, Julius 165-168, 198
Dovifat, Emil 72
Drobisch, Klaus 46
Dulles, Allan Welsh 68

E
Ebert, Friedrich 26
Eckart, Dietrich 24
Ehard, Hans 91
Ehlers, Hermann 273
Ehrlich, Ernst Ludwig 224
Eidem, Erzbischof 40
Emminger, Erich 249
Erhard, Ludwig 90, 215, 236 f., 249, 257, 260 f., 272 f., 275
Erzberger, Matthias 43
Eschenburg, Theodor 82
Eschweiler, Karl 59

F
Farny, Oskar 103
Faulhaber, Michael von 27, 29, 31 f., 35, 54, 194
Ficker, Julius 69
Finke, Heinrich 182
Fleig, Paul 86, 95
Föhr, Ernst 86, 88 f.
Forster, Karl 201
Fort, Gertrud von le *129-142*
Frantz, Constantin 69
Freisler, Roland 39, 43, 45
Freudenberg, A. 68
Frings, Heinrich 144
Frings, Josef *143-160,* 188
Frings, Maria 144
Frings, Michael 144
Frotz, August 147

G
Galen, Clemens August Graf von 60, 148 f.
Gall, Familie 98
Gaulle, Charles de 69, 91, 214, 236, 260
Gehlen, Reinhart 235
Genscher, Hans-Dietrich 219-221
Gerlich, Fritz *21-38*
Gerlich, Paul 21 f.
Gerlich, Sofie 25, 36 f.
Gerlich, Therese 21 f.
Gerstenmaier, Eugen 257, 273, 275
Gervinus, Georg Gottfried 69
Globke, Hans 271, 274 f.
Gnauck-Kühne, Elisabeth 17
Goebbels, Joseph 66
Göring, Hermann 146
Görres, Joseph 63, 70
Goethe, Johann Wolfgang von 177
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 242
Gradl, Johann Baptist 271
Grauert, Hermann 22
Gröber, Conrad 41, 45-46, 86, 88
Grosche, Robert 148, 156
Guardini, Romano 202, 204, 213
Gundlach, Gustav 280, 282, 283, 287
Guttenberg, Karl Theodor von und zu 216 f., 237

H
Haas, Josef 215
Hadrian VI. 143
Häring, Bernhard 202
Hahn, Elisabeth 115
Haller, Johannes 248
Hallstein, Walter 125
Haniel, Karl 25, 28
Hansjakob, Heinrich 82
Harnack, Adolf von 278
Hausenstein, Wilhelm 82
Hauser, Anton 9
Haux, Friedrich 247 f.
Havel, Vaclav 222
Heck, Bruno 255, 261, 275
Hegel, Eduard 144, 151
Hegel, Friedrich Wilhelm 198
Hehl, Ulrich von 147
Heigel, Karl Theodor von 22
Heinemann, Gustav 238

Heiseler, Bernd von 130
Held, Heinrich 27, 29, 32, 229
Hemmerle, Klaus 161
Hermes, Andreas 271
Hermes, Peter 226
Herre, Franz 29
Herwegen, Ildefons 211
Hesse, Hermann 130
Heuss, Theodor 75, 110, 256
Hilbert, Anton 87
Hildebrand, Klaus 246
Hilpert, Werner 108
Himmler, Heinrich 36
Hindenburg, Paul von 27, 34, 247
Hitler, Adolf 21, 24, 26, 31-38, 44, 63, 66-69, 81, 102 f., 180-183, 224, 230, 268, 270
Hlond, Augustyn 60
Höfer, Josef 197
Höfer, Werner 116
Höffner, Josef 157, 201, 285, 291
Hoffmann, Johannes 24
Hohoff, Curt 78
Holkenbrink, Heinrich 217
Honecker, Erich 222, 242
Honecker, Martin 194
Horkheimer, Max 147
Huber, Anton 104
Huber, Lorenz 17
Hürth, Franziskus 281
Hugenberg, Alfred 25

I
Imhof, P. 206

J
Jaeger, Lorenz 61, 148
Jäger, Richard 82, 121
Jansen, Hermann 158
Jansen, Josef 215
Jaspers, Karl 138, 261
Jedin, Emma 176
Jedin, Hubert 153, 155, *175-191*
Jedin, Johannes 176
Jochner, Georg Maria von 25
Johannes XXIII. 165, 167, 186, 198-200, 288
Joos, Joseph 267 f.
Jostock, Paul 282

K
Kahr, Gustav Ritter von 26
Kaiser, Jakob 81, 87, 271
Kaller, Maximilian *49-62*, 151
Karpf, Hugo 231
Katz, Rudolf 108
Katzenberger, Hermann 266
Kaufmann, Hans 79
Keibach, Rudolf 282
Keim, Adolf Wilhelm 23
Kennedy, John F. 234
Kerrl, Hanns 147
Ketteler, Wilhelm Emmanuel von 9, 277
Kiene, Johann Baptist 99
Kiesinger, Christian 246
Kiesinger, Domenika 246
Kiesinger, Kurt Georg 94, 108, 216, 227, 237, *245-263*
Kiesinger, Marie-Luise 248 f.
Kiesinger, Peter 251
Kiesinger, Viola 251
Kissinger, Henry 216, 242
Kleineidam, Erich 165
Koch, Erich 59
Köhler, Heinrich 92, 101
König, Franz 198
Kohl, Helmut 217, 220 f., 241, 275
Kopelew, Lew 215
Kramer, Albert Wilhelm 63 f.
Kramer, Elisabeth 65
Kramer, Franz Albert *63-80*
Kramer, Katharina 64
Kramer, Margot 65
Kramer, Martin 65
Kramer, Thomas 65
Krone, Heinrich 219, 256, *265-276*
Küng, Hans 199, 201
Kuenzer, Richard 39-41
Küster, Otto 107

L
Lammers, Clemens 249
Landes, Pfarrer 20
Lang-Brumann, Thusnelda 115
Lassalle, Ferdinand 277
Leber, Georg 226, 288
Legat, Konrad 78

Lehmann, Karl 193, 200-202, 204
Lemmer, Ernst 268, 271
Lenin, Wladimir Iljitsch 277
Lenz, Otto 110
Leo XIII. 9, 14, 277, 281
Lettau, Josef 57
Letterhaus, Bernhard 271
Liecke, Emil 23
Liénart, Achille 154
Liesching, Theodor 99
Lilje, Hanns 76, 78
Lortz, Josef 178 f.
Luhmann, Niklas 77
Lukaschek, Hans 158
Luthe, Hubert 154, 159
Luther, Martin 179

M
Maaz, Hans Joachim 131
Mahraun, Artur 65
Maichle, Geistlicher Rat 86
Maier, Reinhold 92, 97, 105 f., 109, 111
Mandry, Justizminister 99
Mann, Golo 240
Marx, Karl 278, 290
Marx, Wilhelm 27, 249
Maunz, Theodor 92
Mausbach, Josef 280
Mayer, Wilhelm 113 f.
Mende, Erich 78
Mercati, Giovanni 182
Mertes, Alois *209-226*, 275
Mertes, Anna 210
Mertes, Hiltrud 213, 223
Mertes, Michael 210
Metzger, Max Josef *39-48*
Meyer-Spreckels, Elisabeth 115
Michel, Ernst 213
Miller, Arthur Maximilian 130
Möller, Alex 109, 237
Moeller, Ch. 199
Mueller, Franz H. 280, 282
Müller, Gebhard 90, 92, 94, 110, 248, 252, 256
Müller, Josef 230 f.
Müller, Karl Alexander von 25 f.
Müller-Armack, Alfred 286
Muhs, Hermann 147
Mussolini, Benito 66 f.

N
Naab, Ingbert 21, 29, 33-35, 37
Napoleon I. 63
Nell, Arthur von 278
Nell-Breuning, Oswald von 20, *277-292*
Neumann, Therese 21, 27-31, 38
Newman, John Henry 55
Nietzsche, Friedrich 135

O
Ollenhauer, Erich 268, 274
Onclin, Willy Hubert Joseph 153
Orsenigo, Cesare 47, 49, 58, 146 f.
Otcenasek, Karel 172
Ottaviani, Alfredo 155
Otto, Walter 229

P
Pacelli, Eugenio 145
Pakenham, Francis H. 210
Papen, Franz von 34, 65
Paschen, Otto 145 f.
Paul VI. 155, 157, 188, 218
Péguy, Charles 79
Pesch, Heinrich 280
Philips, Georg 199
Pimen, Patriarch 172
Pius XI. 54 f., 281, 289
Pius XII. 46, 61, 68, 78, 148, 152, 185, 284, 288
Plenge, Johann 64
Plück, Kurt 224
Preysing, Konrad Graf von 58, 148, 164
Probst, Alfred 114
Probst, Maria *113-127*
Przywara, Erich 130, 135

R
Rahner, Hugo 194
Rahner, Karl *193-207*
Rahner, Karl (Vater) 194
Rahner, Luise 194
Ranke, Leopold von 185
Ratzinger, Joseph 154 f., 158, 199, 227
Reagan, Ronald 222, 224
Reckzeh, Paul 40
Rembold, Alfred 99

Renz, Barbara 11
Repgen, Konrad 213
Richartz, Hans 218
Riedner, Otto 29, 34
Rintelen, Friedrich Maria 166
Roegele, Otto B. 78, 93
Röhm, Ernst 35 f.
Rommen, Heinrich 282
Roosevelt, Franklin D. 69
Röpke, Wilhelm 68, 69, 75, 78, 92
Rosenberg, Alfred 29
Rovan, Joseph 213
Rudolf, K. 195
Rüstow, Alexander 286
Rupfle, Georg 17

S
Sacher, Hermann 283
Schäffer, Fritz 229, 232
Schäffer, Paul 67
Schaffran, Erhard 172
Scheel, Walter 216 f., 238
Scheler, Max 64
Schillebeeckx, Edward 199
Schiller, Karl 237, 258
Schlombs, Wilhelm 158
Schmaus, Michael 165
Schmid, Carlo 87, 94, 108, 253
Schmid, Jonathan 104
Schmidt, Helmut 219, 221
Schmidt, Karl L. 68
Schmidt, Wilhelm 68
Schmückle, Gerd 234
Schneider, Reinhold 130
Schreiber, Wilfried 284
Schröder, Gerhard 236 f., 257 f., 260
Schühly, Alfred 92
Schulte, Karl Josef 145, 147
Schumacher, Kurt 75, 87
Schwartz, Jacques 105
Schwarz, Hans-Peter 75, 236
Schwarz, Rudolf 151
Schwer, Wilhelm 282
Segesser, Philipp Anton von 69
Seidel, Hanns 236
Seppelt, Franz Xaver 177
Seripando, Girolamo 179-181
Smend, Rudolf 249
Solf, Wilhelm 41
Sonnenschein, Carl 83, 279
Spahn, Peter 267
Späth, Lothar 96
Spiecker, Karl 268
Spülbeck, Otto 166
Stalin, Jossif Wissarionowitsch 33, 69
Stein, Edith 130
Steinbach, Franz 212
Steinberg, Josef 212
Steiner, Johannes 29, 37
Steiner, Ulrich 252
Stinnes, Hugo 25
Stoph, Willi 260
Strauß, Franz Josef 220, *227-244*, 258
Strauß, Franz Josef (Vater) 228 f.
Strauß, Georg 235
Strauß, Marianne 235
Strauß, Max Josef 235
Strauß, Monika 235
Strauß, Walburga 228 f.
Stresemann, Gustav 27
Studer, Therese *9-20*
Süsterhenn, Adolf 74
Suhrkamp, Peter 40
Swoboda, Heinrich 52

T
Tandler, Gerold 239
Teusch, Joseph 152-155
Theissing, Heinrich 169
Thieme, Karl 68
Thurn und Taxis, Johannes, Fürst 242
Tillmanns, Robert 255, 263
Tkotsch, Weihbischof 166
Tönnies, Ferdinand 266
Tomasek, Frantisek 173
Triepel, Heinrich 249
Trochta, Stepan 172
Troeltsch, Ernst 130, 137
Trosten, William 223 f.

V
Vandervelden, Josef 282
Verhülsdonk, Rudolf 70
Victor Emanuel III. 67
Visser't Hooft, Wilem Adolf 68
Vockel, Heinrich 266
Vorgrimler, Herbert 197, 199

Voss, Johann Heinrich 263

W
Wagner, Adolf 282
Wagner, Robert 85
Waldburg zu Zeil, Ernst Fürst von 29-31, 35
Waldleitner, Luggi 243
Walterbach, Karl 18-20
Weber, Adolf 229
Weber, Wilhelm 292
Wehner, Herbert 258 f., 274
Weinhart, Johann Georg 13
Weizsäcker, Richard von 245, 292
Welty, Eberhard 212
Wenger, Paul Wilhelm 74, 78
Weskamm, Wilhelm 164
Wetter, Friedrich 244
Weyres, Willy 151, 158
Wienken, Heinrich 44, 149, 271
Wilhelm I., Kg. von Preußen 278
Wilhelm II., Kg. von Württemberg 99
Windthorst, Ludwig 81, 84, 91, 93
Wirth, Joseph 40, 268
Wöste, Wilhelm 289
Wohleb, Amelie 83
Wohleb, Joseph 82
Wohleb, Joseph Ludolf 82
Wohleb, Leo *81-96*
Wohleb, Maria 84, 96
Wolf, Martin 249
Wolker, Ludwig 279
Wurm, Theophil 149
Wyszynski, Stefan 172

Z
Zehner, Zita 115
Zehrer, Hans 230
Zeller, Ludwig 70
Zellinger, Johannes 228 f.
Zimmermann, Friedrich 121, 239
Zittel, Bernhard 25
Zuckmayer, Carl 130
Zürcher, Paul 89 f., 92
Zwicknagl, Max 235



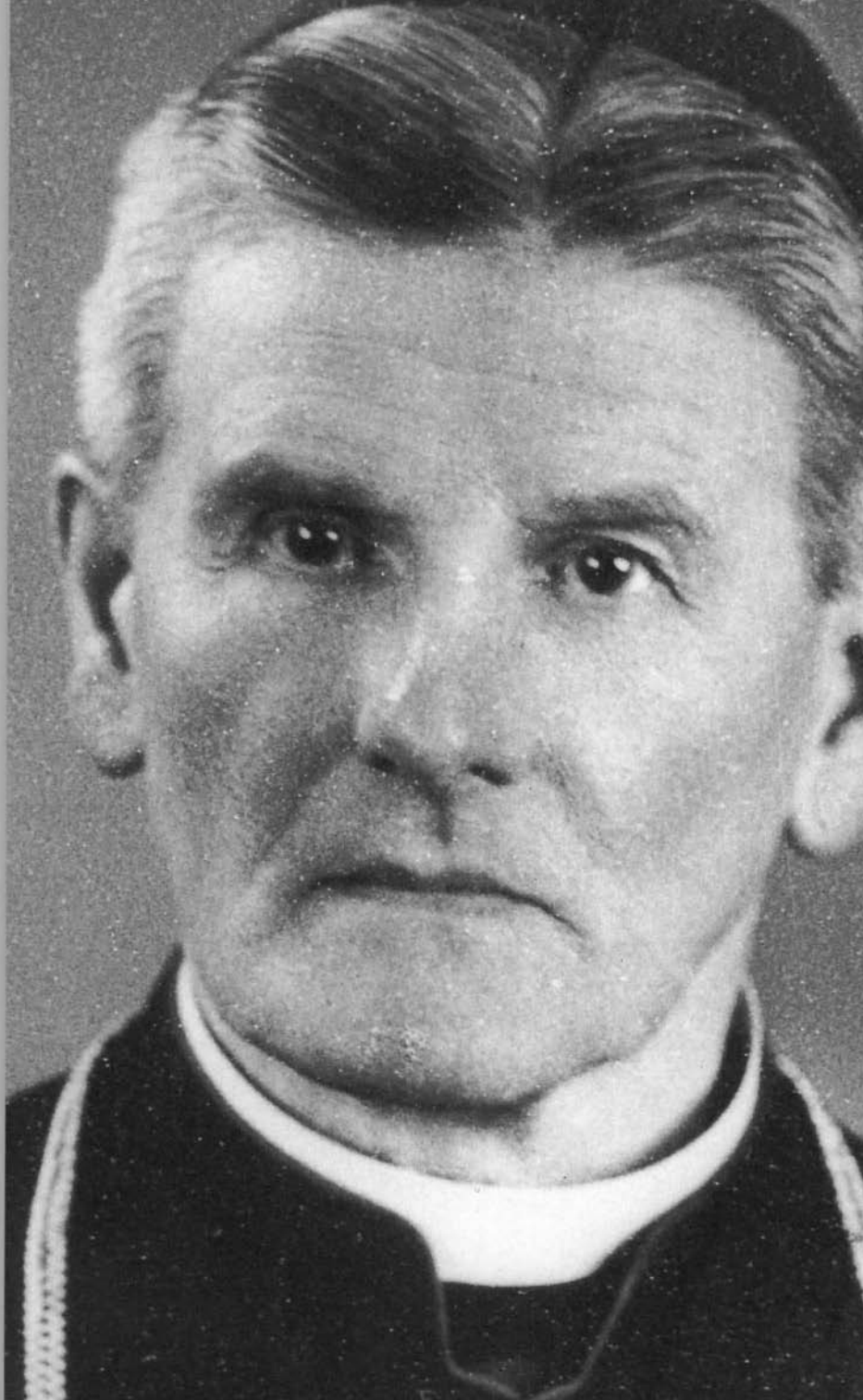
Therese Studer (1862–1931)



Fritz Gerlich (1883–1934)



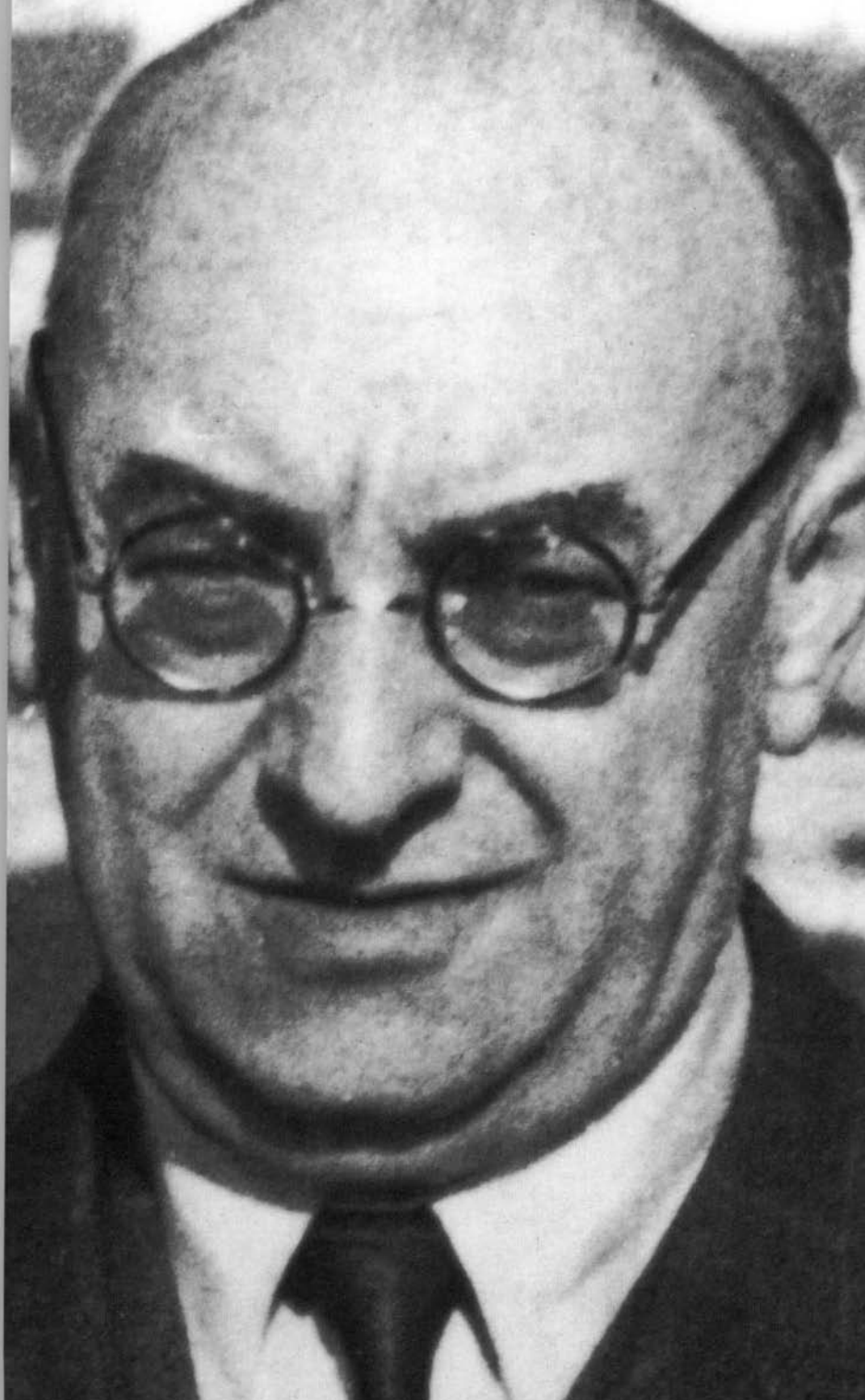
Max Josef Metzger (1887–1944)



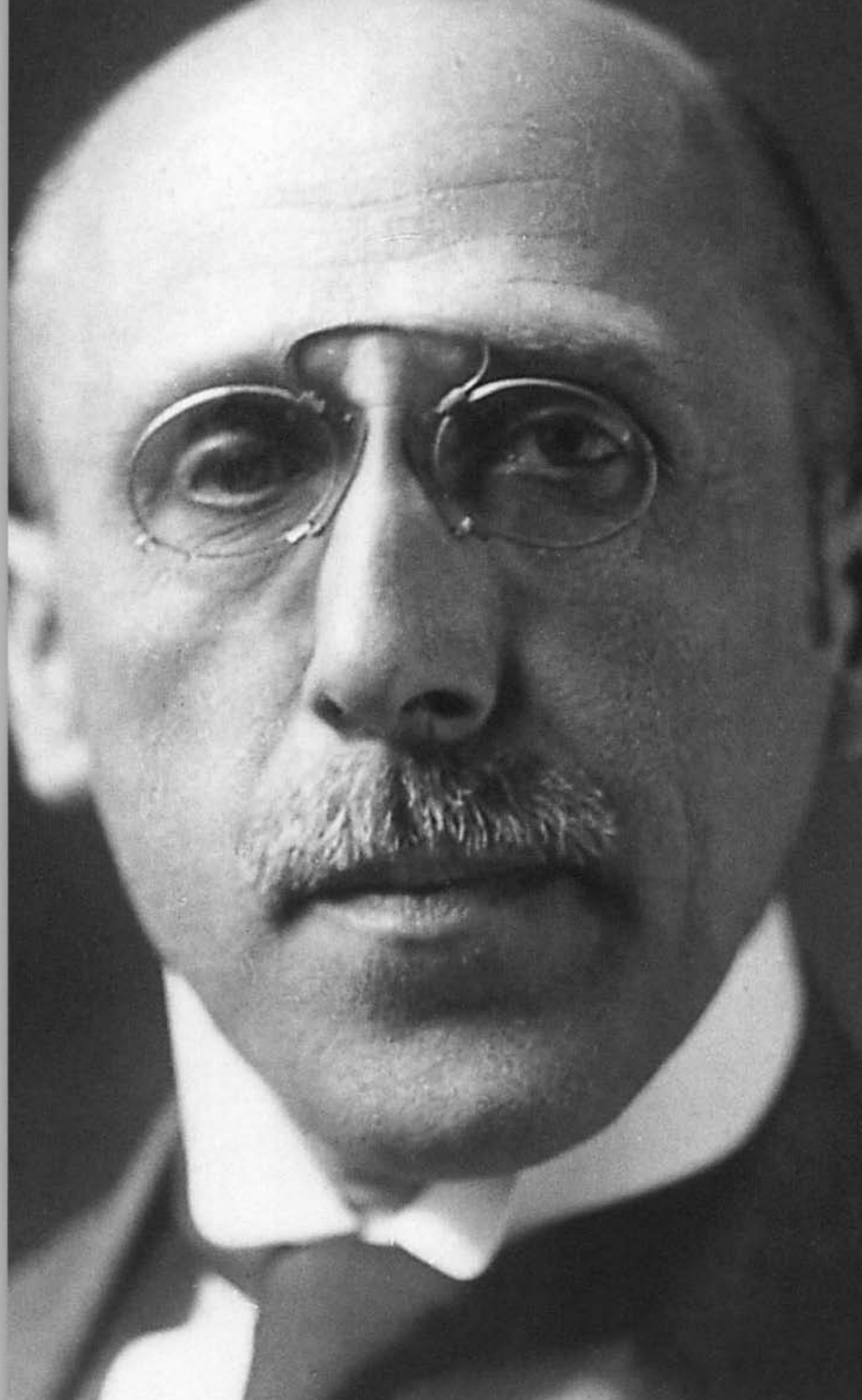
Maximilian Kaller (1880–1947)



Franz Albert Kramer (1900–1950)



Leo Wohleb (1888–1955)



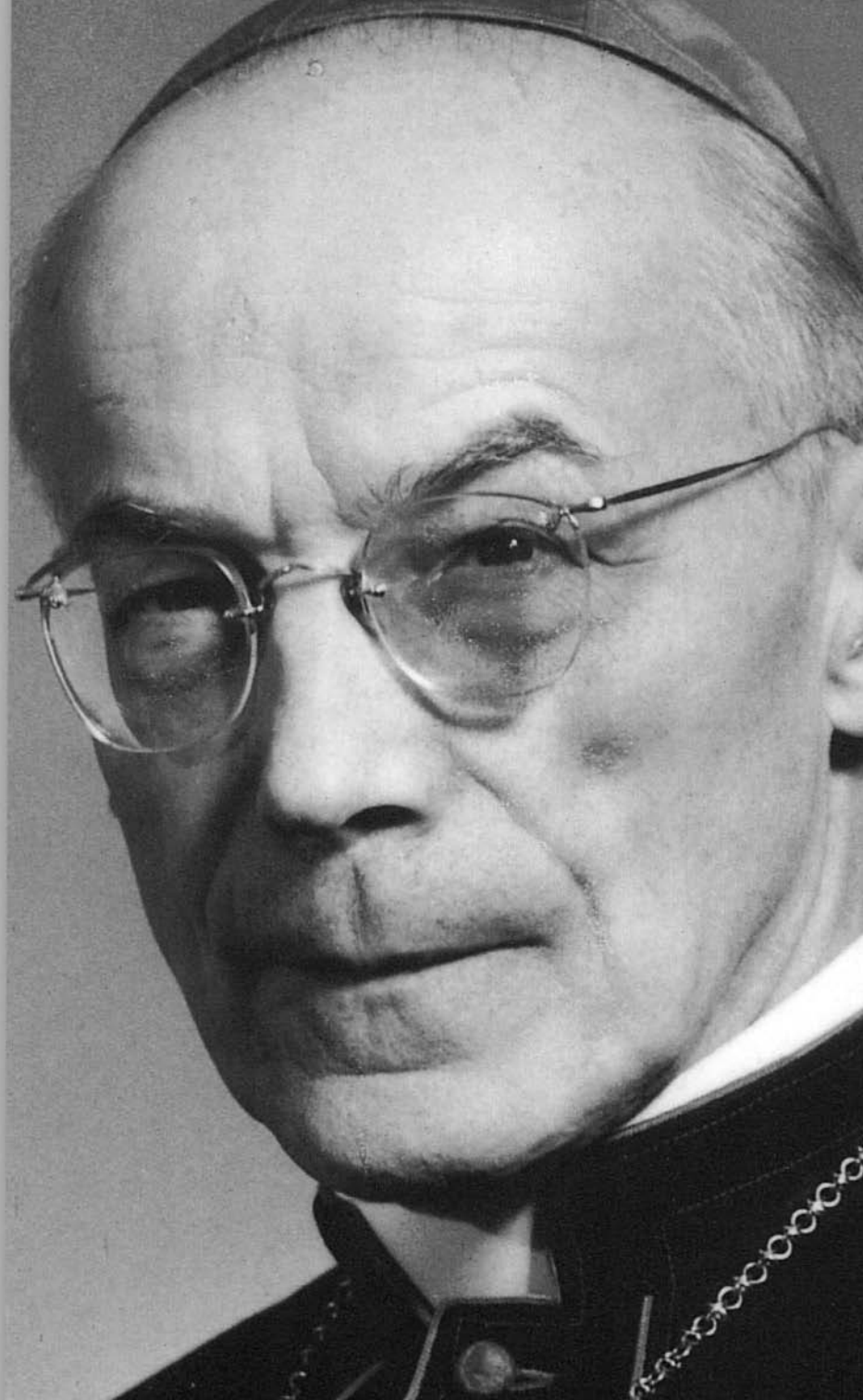
Josef Beyerle (1881 – 1963)



Maria Probst (1902–1967)



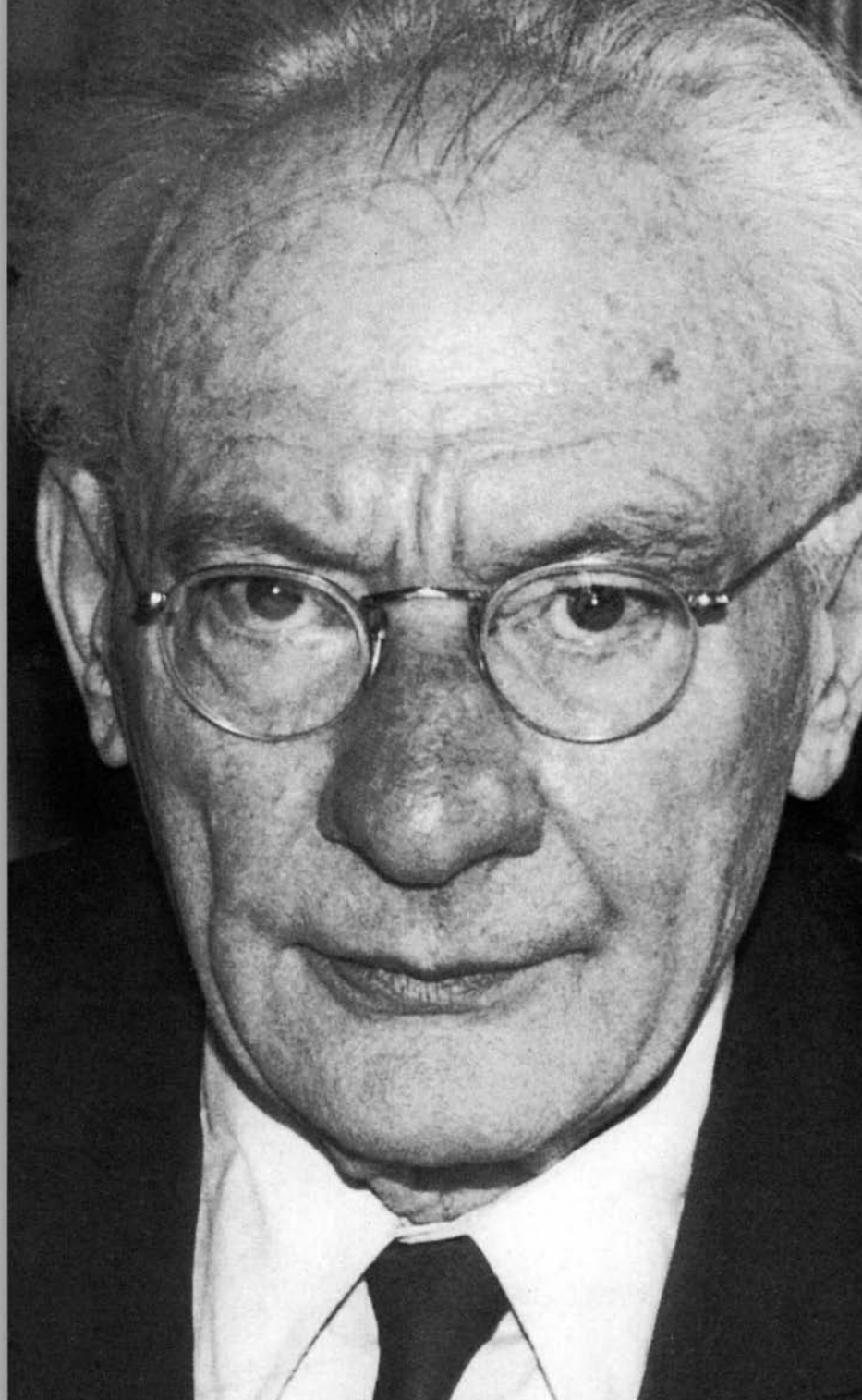
Gertrud von le Fort (1876–1971)



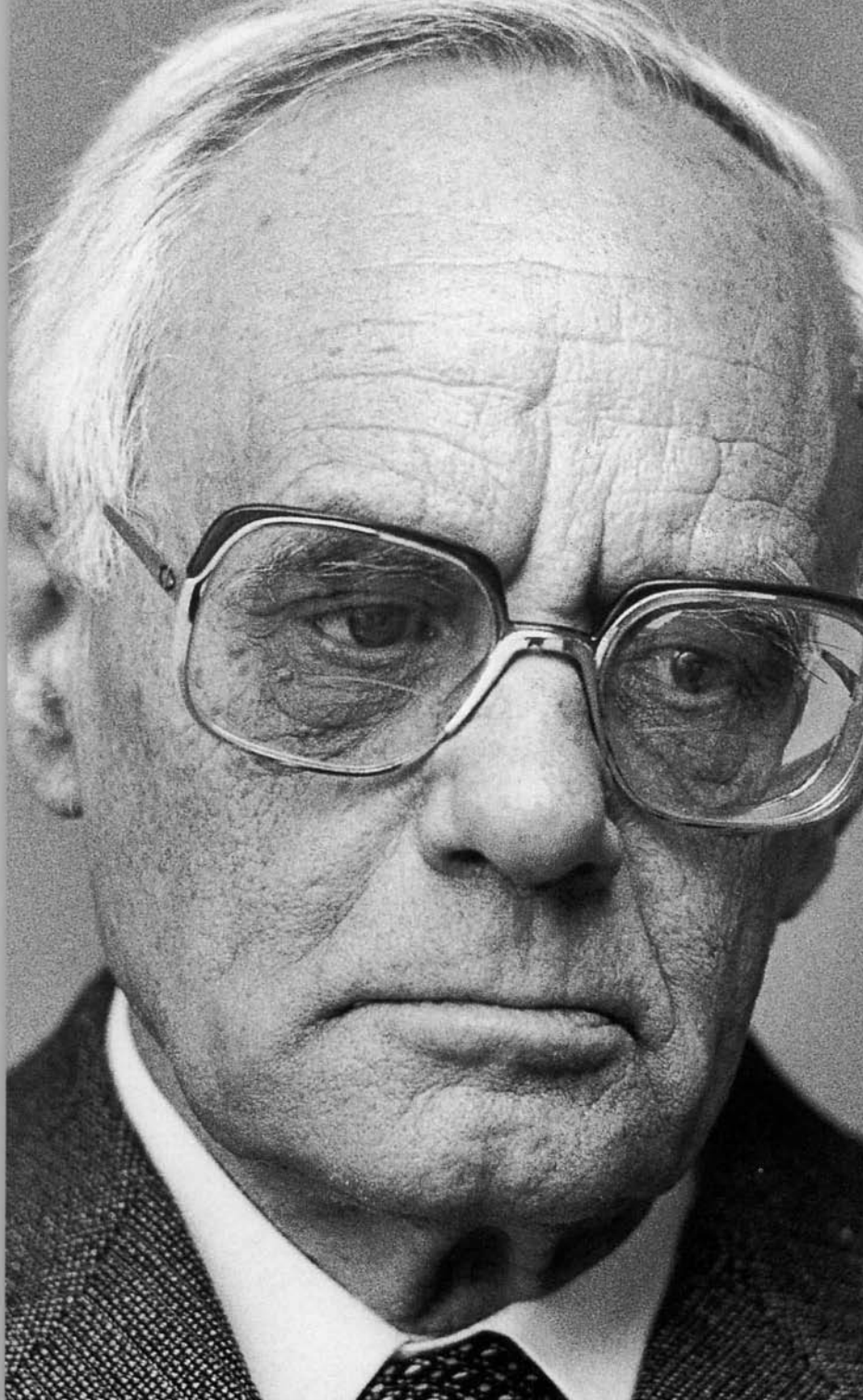
Josef Kardinal Frings (1887–1978)



Alfred Kardinal Bengsch (1921 – 1979)



Hubert Jedin (1900–1980)



Karl Rahner SJ (1904–1984)



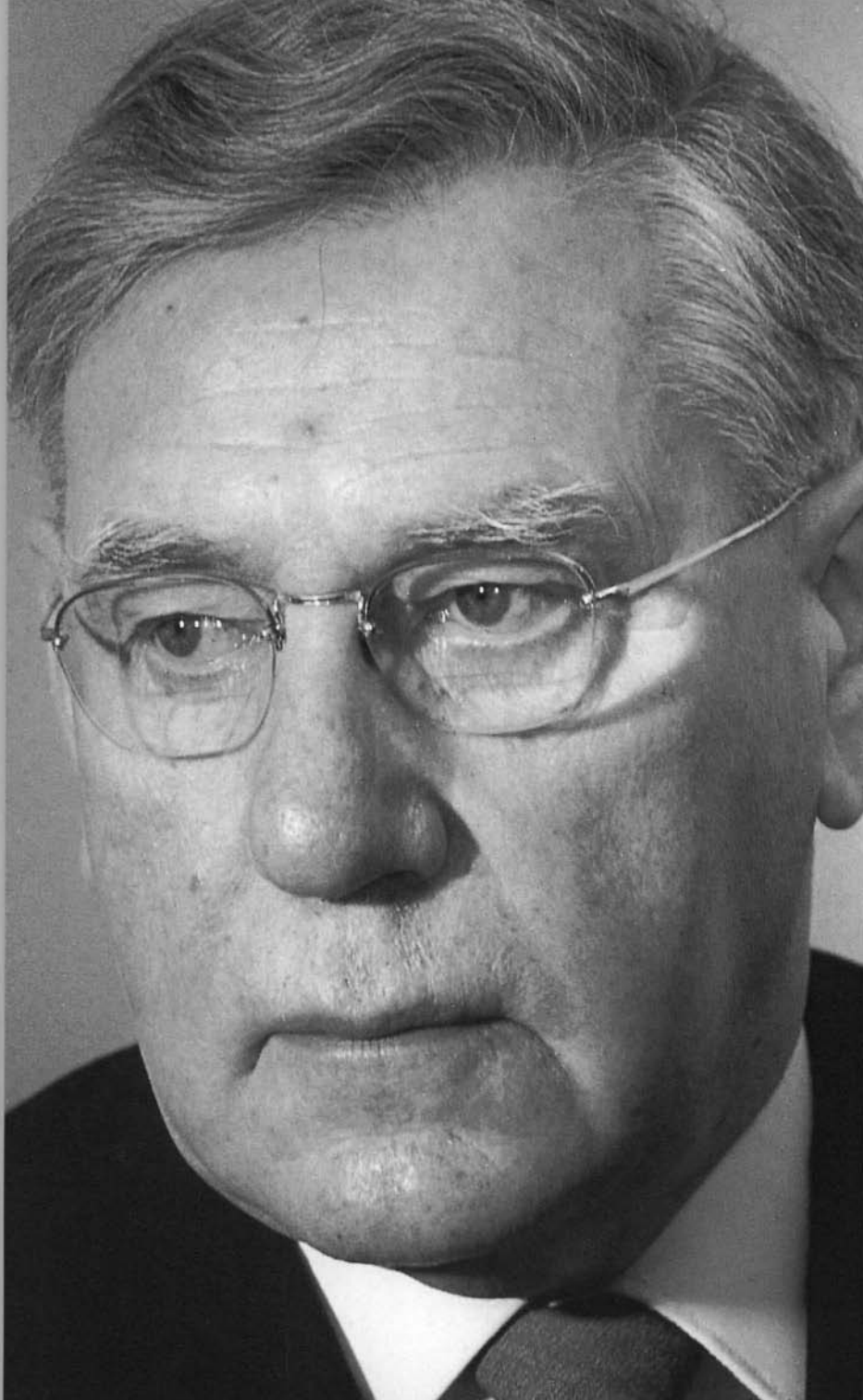
Alois Mertes (1921 – 1985)



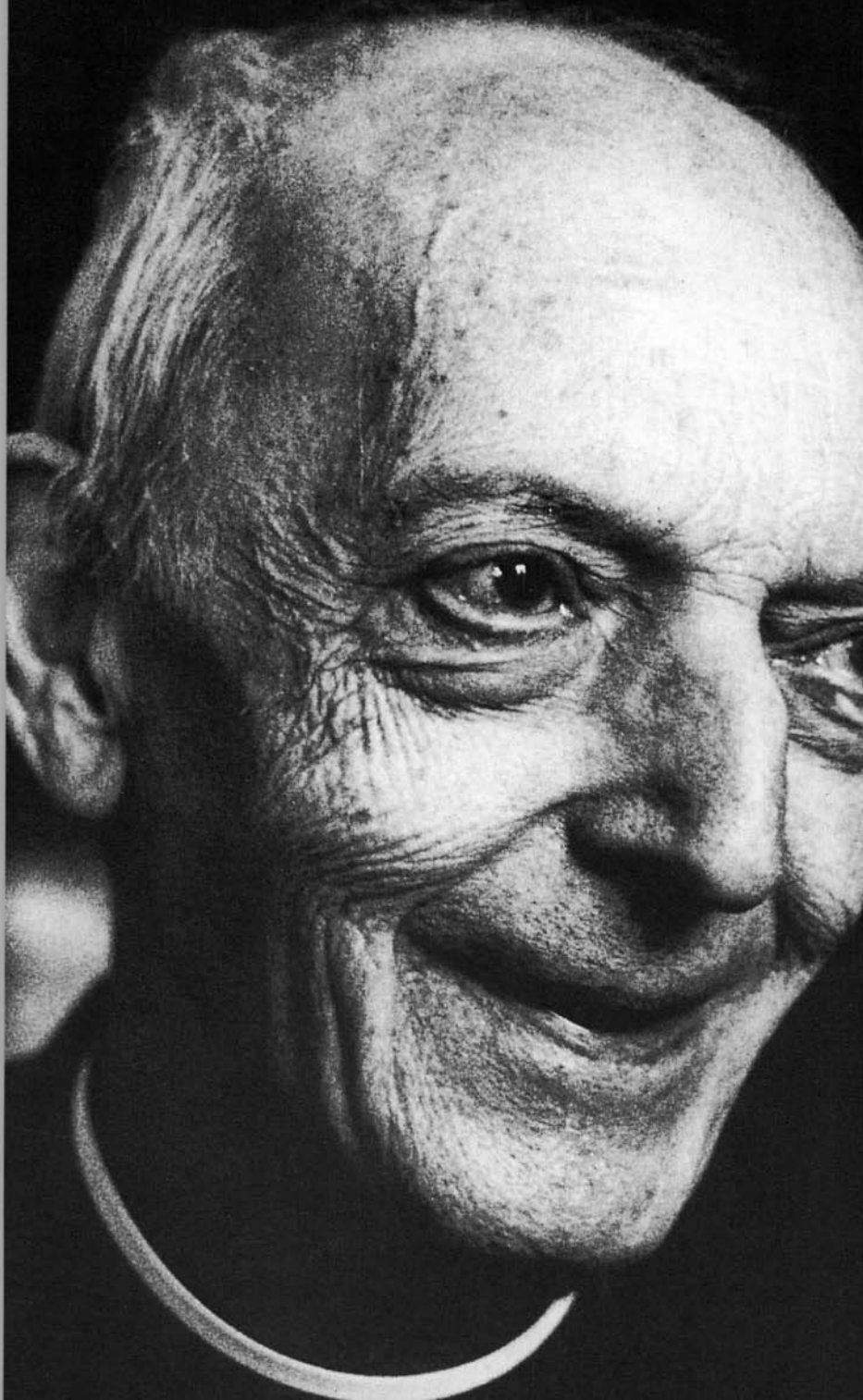
Franz Josef Strauß (1915–1988)



Kurt Georg Kiesinger (1904–1988)



Heinrich Krone (1895–1989)



Oswald von Nell-Breuning SJ (1890–1991)